

Geschäftsbericht des Stadtrates



2005

Inhalt

Seite

Grosser Gemeinderat, Stadtrat, Stadtkanzlei:

– Der Grosse Gemeinderat	7
– Der Stadtrat	14
– Stadtkanzlei	15

Departement Kulturelles und Dienste 19

Departement Finanzen 43

Departement Bau 61

Departement Sicherheit und Umwelt 89

Departement Schule und Sport 117

Departement Soziales 135

Departement Technische Betriebe 165

Initiativen und parlamentarische Vorstösse 183

Behördenverzeichnis 189

Vertretungen in Gesellschaften, Stiftungen usw. 199

Departements- und Bereichsleitungen 200

Inhaltsverzeichnis 203

An den
Grossen Gemeinderat Winterthur

In Anwendung von § 28 Abs. 1 Ziff. 3 der Gemeindeordnung unterbreitet der Stadtrat dem Grossen Gemeinderat den Geschäftsbericht der Stadtverwaltung Winterthur über das Jahr 2004.

Winterthur, 5. April 2006

Im Namen des Stadtrates

Der Stadtpräsident:
Ernst Wohlwend

Der Stadtschreiber:
Arthur Frauenfelder

Der Grosse Gemeinderat

Der Grosse Gemeinderat trat zu 14 Doppelsitzungen (Vorjahr 13) und zu 1 (1) einfachen Sitzung zusammen.

Die Kommissionen des Grossen Gemeinderates erledigten ihre Geschäfte an folgenden Sitzungen:

- Ratsleitung (RL) 0 (0) (Beschlüsse erfolgten auf dem Zirkularweg)
- Erweiterte Ratsleitung (ERL) 2 (3)
- Aufsichtskommission (AK) 30 (20)
- Sachkommission Stadtentwicklung (SEK) 16 (20)
- Sachkommission Hochbau (HBK) 15 (14)
- Sachkommission Tiefbau, Umwelt, Verkehr, Ver- und Entsorgung (TUVEK) 17 (26).
- Sachkommission Bildung, Sport und Kultur (BSKK) 19 (22)
- Sachkommission Soziales und Sicherheit (SSK) 14 (20)

Der Grosse Gemeinderat verabschiedete folgende Geschäfte:

24. Januar 2005

- I. Die Interpellation N. Albl (SVP) und D. Kläy (FDP) betreffend Projekt Fokus wird dringlich erklärt und aufgrund der mündlichen Beantwortung durch den Stadtrat als erledigt abgeschrieben.
- II. Die Interpellation P. Rütimann (FDP) betreffend Winterthurer Eingaben für das Agglomerationsförderungsprojekt des Bundes wird dringlich erklärt und aufgrund der mündlichen Beantwortung durch den Stadtrat als erledigt abgeschrieben.
- III. Als neuer Stimmenzähler für den Rest der Amtsdauer 2002/2006 wird St. Schär (SVP) gewählt.
- IV. Als neue Mitglieder der Aufsichtskommission für den Rest der Amtsdauer 2002/2006 werden W. Baderscher (SVP) und H. Weiler (SVP) gewählt.
- V. Als neuer Präsident der Sachkommission Hochbau wird für den Rest der Amtsdauer 2002/2006 E. Wettstein (SP) gewählt.
- VI. 1. Die Organisationsstruktur der Stadtverwaltung Winterthur (Produktgruppen) und die Produkte der Produktgruppen werden gemäss Detailbeschlüssen festgelegt.
2. Es wird vorgemerkt, dass der Stadtrat die Verordnung über die Organisation der Stadtverwaltung an die Struktur der Produktgruppen anpassen und dem Parlament zum Beschluss vorlegen wird.
3. Über die parlamentarischen Zielvorgaben für die Produktgruppen wird zu einem späteren Zeitpunkt Beschluss gefasst.
- VII. 1. Es wird eine Verordnung über das gebührenpflichtige Parkieren auf öffentlichem Grund (VgP) erlassen.
2. Die Verordnung wird erst in Kraft gesetzt, wenn im Gebiet Teuchelweiher-Zeughaus für insgesamt mindestens 560 Parkplätze (teilweise befristet auf drei Jahre) eine erstinstanzliche baurechtliche Bewilligung vorliegt.
3. Die Verordnung tritt drei Jahre nach ihrem Inkrafttreten ausser Kraft, wenn bis dahin im Gebiet Teuchelweiher-Zeughaus nicht 560 Parkplätze definitiv zur Verfügung stehen und nicht zugleich die Möglichkeit zur Erstellung von weiteren 100 Parkplätzen durch Dritte rechtlich gesichert ist.

- VIII. 1. Die städtische Berufsberatung für Jugendliche und Erwachsene wird spätestens auf Ende des Kalenderjahres 2005 an den Kanton zurück delegiert.
2. Der Stadtrat wird ermächtigt, den genauen Zeitpunkt festzulegen.
3. Auf den Zeitpunkt der Rückdelegation wird die Aufgabe der Berufs- und Laufbahnberatung aus Art. 13 der Verordnung über die Organisation der Stadtverwaltung vom 26. Oktober 1987 gestrichen und die Aufgabe «Stipendienwesen» neu dem Bereich Zentrale Dienste zugewiesen (IX. Nachtrag zur Verordnung über die Stadtverwaltung). Gleichzeitig werden alle städtischen Beschlüsse betreffend Errichtung und Betrieb der Berufsberatung der Stadt Winterthur aufgehoben.

28. Februar 2005

- I. Als neues Mitglied der Sachkommission Hochbau für den Rest der Amtsdauer 2002/2006 wird J. Heusser (FDP) gewählt.
- II. In die neu organisierte Vormundschaftsbehörde der Stadt Winterthur werden per 1. Mai 2005 und mit Wirkung für den Rest der Amtsdauer 2002–2006 gewählt:
als Vizepräsident lic. iur. U. Gürtler; als weitere Mitglieder lic. iur. M. Brenn, G. Herzog Zah, lic. iur. E. Leschke und D. Schumacher.
- III. 1. Für Sicherheitsmassnahmen beim Departement Soziales (Lagerhausstrasse 6), den Betriebsämtern (exkl. Wülflingerstrasse 239) und bei der Stadtpolizei wird zu Lasten der Investitionsrechnung des Verwaltungsvermögens ein Bruttokredit von 1 175 000 Franken inkl. MWSt bewilligt.
2. Stichtag für die Berücksichtigung der Mehrwertsteuersatz- und teuerungsbedingten Mehr- oder Minderkosten: 1. April 2004.
- IV. Vom Bericht betreffend Entwicklung der Städtischen Werke Winterthur (StWW) wird zustimmend Kenntnis genommen.
- V. Die Abrechnungen von fünf Verpflichtungskrediten werden abgenommen.
- VI. Die Motion M. Ott (SP), A. Peter (Grüne/AL) und N. Gugger (EVP) betreffend Schiessanlage Wülflingen wird infolge Rückzug als erledigt abgeschrieben.
- VII. Die Interpellation M. Ott (SP) betreffend Schwund der Baurechte im Finanzvermögen wird aufgrund der stadträtlichen Antwort als erledigt abgeschrieben.
- VIII. Das Postulat U. Böni (SP) und L.C. Hübscher (Grüne/AL) betreffend Liegenschaftenpolitik wird sofort abgelehnt und als erledigt abgeschrieben.
- IX. Das Postulat R. Werren (FDP) betreffend Überprüfung der städtischen Strukturen, Aufgaben und Standards wird sofort abgelehnt und als erledigt abgeschrieben.
- X. Das Postulat U. Bründler (CVP) betreffend Spar- und ohne Belastung der Familien wird sofort abgelehnt und als erledigt abgeschrieben.

Beschlüsse der Bürgerlichen Abteilung:

- I. Als neues Mitglied der Bürgerrechtskommission für den Rest der Amtsdauer 2002/2006 wird J. Hofmann (FDP) gewählt.

21. März 2005

- I. 1. Der Beschluss vom 24. Januar 2005 betreffend die Organisationsstruktur der Stadtverwaltung Winterthur (Produktgruppen) und die Produkte der Produktgruppen wird gemäss der Zusammenstellung «Produktgruppen, Produkte und Indikatoren» vom 9. März 2005 sowie mit den heute zusätzlich beschlossenen Anpassungen bestätigt.
2. Die parlamentarischen Zielvorgaben (Rest der Weisung Nr. 2004/108) werden in Ergänzung des bestätigten Beschlusses vom 24. Januar 2005 (Ziffer 1) gemäss der Zusammenstellung «Produktgruppen, Produkte und Indikatoren» vom 9. März 2005 sowie mit den heute dazu beschlossenen Änderungen festgelegt.
- II. 1. Dem privaten Gestaltungsplan «Oberes Alpgut» wird zugestimmt.
2. Der Stadtrat wird eingeladen, für den privaten Gestaltungsplan «Oberes Alpgut» die Genehmigung durch die Baudirektion einzuholen.
- III. Für die durch die Stadt Winterthur zu erstellenden Erschliessungsanlagen (Vorfahrt Seite Hofackerstrasse mit 10 Parkplätzen, Bike-and-Ride-Anlage, Busbucht, WC- und Unterhaltsgebäude; 1. Etappe des kommunalen Rad-/Gehweges parallel SBB Nordseite bis Sulzerareal mit neuer Brücke über Ohrbühlstrasse, sowie Anpassungen an der Ohrbühlstrasse, im Abschnitt Stegacker- bis Hofackerstrasse) bei der S-Bahn Haltestelle Hegi wird zu Lasten der Investitionsrechnung des Verwaltungsvermögens ein Kredit von 1 675 000 Franken bewilligt. Stichtag für die Berücksichtigung der teuerungsbedingten Mehr- oder Minderkosten: 1. Mai 2004.
- IV. Es wird eine Fragestunde durchgeführt.
- V. Dem Verein Läbesruum wird für sein Projekt «Taglohn» (Teil «Arbeit statt Fürsorge») für die Jahre 2005 und 2006 ein jährlicher Beitrag von maximal 242 500 Franken zur Sicherung von Arbeitsplätzen für Langzeitarbeitslose, Ausgesteuerte und Sozialhilfebeziehende zu Lasten der Laufenden Rechnung gewährt.
- VI. Das Postulat F. Scherrer (CVP) betreffend Schaffung von mehr Teilzeitstellen wird an den Stadtrat überwiesen.

18. April 2005

- I. Als neue Präsidentin der Aufsichtskommission für den Rest der Amtsdauer 2002/2006 wird Y. Beutler (SP) gewählt.
- II. Als neues Mitglied der Aufsichtskommission für den Rest der Amtsdauer 2002/2006 wird B. Stettler (SP) gewählt.
- III. Die Volksinitiative «Ja zur Biblischen Geschichte an der Primarschule» wird abgelehnt und mit Antrag auf Verwerfung der Gemeindeabstimmung unterbreitet.
- IV. 1. Es wird zur Kenntnis genommen, dass mit den am 16. Mai 2004 durch die Volksabstimmung bewilligten Kreditbeträgen – bei Verwendung von rund 1000 geschenkten Gebraucht-Geräten und entsprechenden Konzeptanpassungen – sowohl die Mittel- als auch die Unterstufe der Primarschule mit Informatikmitteln ausgerüstet und unterstützt werden können.
2. Der Stadtrat wird ermächtigt, den einmaligen Investitionskredit von 2,64 Mio. Franken und den jährlich wiederkehrenden Kredit von durchschnittlich 1,13 Mio. Franken auch für die Informatik-Ausrüstung und -Unterstützung der Primarschul-Unterstufe zu verwenden.
- V. Es wird eine Verordnung über die Finanzkontrolle der Stadt Winterthur (Finanzkontrollverordnung) erlassen.

- VI. Die Volksinitiative «Mehr Zug für Winterthur – für den Winterthurer S-Bahn-Vollausbau» wird abgelehnt und mit der Empfehlung zur Verwerfung der Volksabstimmung unterbreitet.
- VII. 1. Die Jugendhilfe, wahrgenommen durch das Jugendsekretariat und den Gesetzlichen Betreuungsdienst der Stadt Winterthur, wird spätestens per 1. Januar 2006 an den Kanton zurückdelegiert oder auf dieses Datum ersatzlos eingestellt.
2. Der Stadtrat wird ermächtigt, den genauen Zeitpunkt der Rückdelegation bzw. der Einstellung festzulegen. 3. Art. 14 der Verordnung über die Organisation der Stadtverwaltung (VOS) vom 26. Oktober 1987 wird im Rahmen der nächsten Revision entsprechend angepasst.
- VIII. Das Postulat E. Leschke (SP) betreffend Zentralisierung der Betriebs- und Stadttammannämter in Winterthur wird infolge Rückzug als erledigt abgeschrieben.

Beschlüsse der Bürgerlichen Abteilung:

- I. Als neues Mitglied der Bürgerrechtskommission für den Rest der Amtsdauer 2002/2006 wird K. Schmid (SP) gewählt.

23. Mai 2005

- I. Als Präsidentin für das Amtsjahr 2005/2006 wird Marianne Ott (SP) gewählt.
Das Abstimmungsergebnis lautet wie folgt:

ausgeteilte Stimmzettel	57
abgegebene Stimmzettel	57
leere Stimmzettel	2
massgebende Stimmen	55
absolutes Mehr	28

 Stimmen haben erhalten:
 Marianne Ott (SP) 51
 vereinzelte Stimmen 4
- II. Als 1. Vizepräsidentin für das Amtsjahr 2005/2006 wird Ruth Kleiber-Schenkel (EVP) gewählt.
Das Abstimmungsergebnis lautet wie folgt:

ausgeteilte Stimmzettel	57
abgegebene Stimmzettel	57
leere Stimmzettel	1
massgebende Stimmen	56
absolutes Mehr	29

 Stimmen haben erhalten:
 Ruth Kleiber-Schenkel (EVP) 49
 vereinzelte Stimmen 7
- III. Als 2. Vizepräsident für das Amtsjahr 2005/2006 wird Peter Rütimann (FDP) gewählt.
Das Abstimmungsergebnis lautet wie folgt:

ausgeteilte Stimmzettel	57
abgegebene Stimmzettel	57
leere Stimmzettel	2
massgebende Stimmen	55
absolutes Mehr	28

 Stimmen haben erhalten:
 Peter Rütimann (FDP) 31
 Ursula Künsch (FDP) 22
 vereinzelte Stimmen 2
- IV. Für den Rest der Amtsdauer 2002/2006 wird als Stimmzählerin G. Bienz-Meier (CVP) gewählt.
- V. Für den Rest der Amtsdauer 2002/2006 werden als neue Mitglieder der Aufsichtskommission R. Kleiber-Schenkel (EVP) und G. Bienz-Meier (CVP) gewählt.
- VI. Für den Rest der Amtsdauer 2002/2006 wird als neues Mitglied der Sachkommission Stadtentwicklung P. Dennler (SP) gewählt.

- VII. Für den Rest der Amtsdauer 2002/2006 wird als neues Mitglied der Sachkommission Hochbau U. Böni (SP) gewählt.
- VIII. Für den Rest der Amtsdauer 2002/2006 wird als neues Mitglied der Sachkommission Tiefbau, Umwelt, Verkehr, Ent- und Versorgung S. Stierli (SP) gewählt.

Beschlüsse der Bürgerlichen Abteilung:

- I. Für den Rest der Amtsdauer 2002/2006 wird als neuer Präsident der Bürgerrechtskommission R. Schürmann (CVP) gewählt.

20. Juni 2005

- I. Als neues Mitglied der Sachkommission Hochbau für den Rest der Amtsdauer 2002/2006 wird A. Daurü (SP) gewählt.
- II. Als neues Mitglied der Sachkommission Bildung, Sport und Kultur für den Rest der Amtsdauer 2002/2006 wird D. Berger (AL) gewählt.
- III. Die Rechnung 2004 wird abgenommen.
- IV. Der Geschäftsbericht 2004 wird genehmigt.
- V. Die Rechnung in Bezug auf den Globalkredit, die Netto-Zielabweichung und die Zuweisung von 20 % davon an das Reservekonto der jeweiligen Organisation sowie der Jahresbericht für das Jahr 2004 werden für die 12 Pilotorganisationen der Wirkungsorientierten Verwaltungsführung genehmigt.
- VI. Der neue Vertrag mit dem Verein Winterthur Tourismus, der die Zusammenführung des bisherigen Subventions- und Leistungsvertrages mit dem Zusammenarbeitsvertrag über die Anlaufstelle der Stadtverwaltung im Bahnhofgebäude vorsieht, wird genehmigt. Die dafür erforderlichen jährlichen Beiträge der Stadt zugunsten des Vereins von 490 000 Franken werden bewilligt. Mit dem Inkrafttreten dieser Neuregelung wird der Gemeinderatsbeschluss vom 17. Mai 1999 (betreffend Einrichtung einer Anlaufstelle der Stadtverwaltung im Bahnhofgebäude) aufgehoben.
- VII. 1. Dem Verkauf des Grundstückes Kat.-Nr. 3/9600 (Areal Tägelmoss, Seen) mit einer Fläche von 17 300 m² an die ASIG, Genossenschaft mit Sitz in Zürich, Dreispitz 21, 8050 Zürich (10/13 Miteigentum), und die GAIWO, Genossenschaft mit Sitz in Winterthur, Kirchplatz 5, 8400 Winterthur (3/13 Miteigentum), zum Preis von 500 Franken pro m², total somit 8 650 000 Franken, wird zugestimmt.
2. Die erheblich erklärte Motion betreffend den Bau einer Muster-Wohnsiedlung (Nr. 90/003) wird damit als erledigt abgeschlossen.
- VIII. 1. Der Stadtrat wird ermächtigt, den städtischen Rebbetrieb per 31. August 2005 aufzuheben und die beiden Rebgüter in Neftenbach und Wiesendangen per 1. September 2005 an die VOLG Weinkellereien Winterthur zu verpachten.
2. Die Verordnung über die Organisation der Stadtverwaltung wird im Rahmen der anstehenden Totalrevision entsprechend angepasst.
- IX. Für den Bau einer Primarschulanlage im Stadtkreis Winterthur Seen-Sennhof wird zu Lasten der Investitionsrechnung des Verwaltungsvermögens ein Kredit von 12 100 000 Franken bewilligt. Stichtag für die Berücksichtigung der Mehrwertsteuersatz- und teuerungsbedingten Mehr- oder Minderkosten: 1. Dezember 2004 / Zürcher Index der Wohnbaukosten 1. April 2004: 107.6 Punkte. (Dieses Geschäft unterliegt der obligatorischen Volksabstimmung).

- X. 1. Für Umbauten und Renovationen am Kindergarten Neuwiesen im Stadtkreis Winterthur-Stadt wird zu Lasten der Investitionsrechnung des Verwaltungsvermögens ein Kredit von 560 000 Franken bewilligt.
2. Stichtag für die Berücksichtigung der teuerungsbedingten Mehr- oder Minderkosten: 1. April 2004.
- XI. 1. Für die inneren Umbauten und die Renovation des Kindergartens Inneres Lind im Stadtkreis Winterthur-Stadt wird zu Lasten der Investitionsrechnung des Verwaltungsvermögens ein Kredit von 990 000 Franken bewilligt.
2. Stichtag für die Berücksichtigung der teuerungsbedingten Mehr- oder Minderkosten: 1. April 2004.
- XII. 1. Für die Planung des Ersatzes der Verbrennungslinie 1 in der Kehrrichtverbrennungsanlage Winterthur wird ein Projektierungskredit von 1 600 000 Franken (exkl. MWSt.) zu Lasten der Investitionsrechnung StWW/KVA bewilligt.
2. Stichtag für die Berücksichtigung der teuerungsbedingten Mehr- und Minderkosten: 1. Januar 2004.
- XIII. 1. Vom Bericht des Stadtrates zum Postulat D. Hauser (SP) betreffend räumliche Verbindung Altstadt – Sulzer Areal Stadtmitte wird in zustimmendem Sinn Kenntnis genommen.
2. Das Postulat wird damit als erledigt abgeschlossen.
- XIV. Die Interpellation St. Fritschi (FDP) betreffend Fussgängerbeschilderung wird aufgrund der stadträtlichen Antwort als erledigt abgeschlossen.

27. Juni 2005

- I. Die beantwortete Interpellation A. Ramsauer (Grüne/AL) betreffend Partikelfilter für Dieselbusse wird infolge Rückzug als erledigt abgeschlossen.
- II. Die Interpellation E. Schlegel (SP) betreffend Blockzeitenstundenpläne in der Mittelstufe wird dringlich erklärt und aufgrund der mündlichen Beantwortung durch den Stadtrat als erledigt abgeschlossen.
- III. 1. Für die Erweiterung des Dienstleistungsangebotes der elektronischen Datenerfassung (Scanning) und Archivierung von Steuererklärungen für weitere Gemeinden und das Kantonale Steueramt Zürich (Scan-Zentrum Winterthur) wird ein Kredit von 482 000 Franken für neue einmalige Ausgaben und von 438 000 Franken für neue jährlich wiederkehrende Ausgaben zu Lasten der Laufenden Rechnung bewilligt.
2. Es wird zur Kenntnis genommen, dass für die einmalige Ausgabe 150 000 Franken aus der WOV-Reserve des Steueramtes eingesetzt werden.
- IV. Die Interpellation H. Iseli (EDU) und N. Rickli (SVP) betreffend Kontrollstelle gegen Sozialhilfe-Missbrauch wird aufgrund der stadträtlichen Antwort als erledigt abgeschlossen.
- V. Die Motion R. Werren (FDP) betreffend Schaffung einer Stelle eines Sozialinspektors / einer Sozialinspektorin wird sofort abgelehnt und als erledigt abgeschlossen.
- VI. Die Interpellation A. Huber (FDP) betreffend Verpflichtung Asylsuchender zu gemeinnütziger Arbeit wird aufgrund der stadträtlichen Antwort als erledigt abgeschlossen.
- VII. Die Interpellation W. Langhard (SVP) betreffend Unterhaltszentrum der Asylkoordination wird aufgrund der stadträtlichen Antwort als erledigt abgeschlossen.
- VIII. 1. Vom Bericht des Stadtrates zum Postulat N. Galadé (SP), N. Gugger (EVP), A. Peter (Grüne/AL) und U. Bründler (CVP) betreffend Konzept zur Kinder- und Jugendpartizipation wird in zustimmendem Sinn Kenntnis genommen.
2. Das Postulat wird damit als erledigt abgeschlossen.

- IX. Das Postulat M. Schwager (SP) betreffend Prävention sexueller Ausbeutung von Kindern im Sport wird an den Stadtrat überwiesen.
- X. Die beantwortete Interpellation P. Rütimann (FDP) betreffend Verlässlichkeit bei der Eishallennutzung wird infolge Rückzug als erledigt abgeschlossen.
- XI. Die Interpellation N. Galladé (SP) betreffend Winterthur als Austragungsort von Sportanlässen wird aufgrund der stadträtlichen Antwort als erledigt abgeschlossen.
- XII. Die Interpellation E. Schlegel (SP) betreffend Einrichtung eines Mittagstischs im Oberstufenschulhaus Heiligberg wird aufgrund der stadträtlichen Antwort als erledigt abgeschlossen.
- XIII. Zum Postulat G. Beutler (SVP), R. Kleiber (EVP), C. Bodmer (FDP) und R. Schürmann (CVP) betreffend optimale Nutzung der Schulhauswartungen in Winterthur wird ein Ergänzungsbericht des Stadtrates verlangt.
- XIV. Die Interpellation St. Fritschi (FDP) betreffend Pensionsregelung für Stadtratsmitglieder wird aufgrund der stadträtlichen Antwort als erledigt abgeschlossen.

11. Juli 2005

- I. Die Interpellation B. Baltensberger (SP) betreffend Verlängerung der Buslinie 3, Rosenberg wird dringlich erklärt und an den Stadtrat zur schriftlichen Beantwortung überwiesen.
- II. Die Motion St. Fritschi (FDP) betreffend Schliessung des Energieladens wird infolge Rückzug als erledigt abgeschlossen.
- III. Die Interpellation J. Lisibach (SVP) betreffend auswärtige Angestellte in der Stadtverwaltung wird aufgrund der stadträtlichen Antwort als erledigt abgeschlossen.
- IV. 1. Vom Bericht des Stadtrates zum Postulat N. Rickli (SVP) betreffend «Kindertag statt Tochtterttag» wird in zustimmendem Sinn Kenntnis genommen.
2. Das Postulat wird damit als erledigt abgeschlossen.
- V. Die Interpellation A. Meier-Camenisch (FDP) betreffend Stelleninserat im Landboten wird aufgrund der stadträtlichen Antwort als erledigt abgeschlossen.
- VI. Die in ein Postulat umgewandelte Motion N. Rickli (SVP) betreffend Online-Stelleninserate wird sofort abgelehnt und als erledigt abgeschlossen.
- VII. Die Motion N. Rickli (SVP) betreffend Anpassung des Mutterschaftsurlaubs für städtische Angestellte wird sofort abgelehnt und als erledigt abgeschlossen.
- VIII. Die Interpellation W. Badertscher (SVP) betreffend Erscheinungsbild der Stadt Winterthur wird aufgrund der stadträtlichen Antwort als erledigt abgeschlossen.
- IX. Die Interpellation R. Werren (FDP) betreffend Einhaltung der Budgetvorgaben wird aufgrund der stadträtlichen Antwort als erledigt abgeschlossen.
- X. Die Interpellation G. Beutler (SVP) und J. Heusser (FDP) betreffend «Publikations-Ferien» bei Bauseuchen im Monat Dezember wird aufgrund der stadträtlichen Antwort als erledigt abgeschlossen.
- XI. Die Interpellation R. Werren (FDP) betreffend Tieferlegung der Zürcherstrasse wird aufgrund der stadträtlichen Antwort als erledigt abgeschlossen.
- XII. Die Interpellation J. Würgler (SP) betreffend Festlegung der Gebiete mit Publikumsintensiven Einrichtungen wird aufgrund der stadträtlichen Antwort als erledigt abgeschlossen.
- XIII. Die Interpellation J. Würgler (SP) betreffend Gestaltung eines zugänglichen Gewässers im Rahmen der Höherlegung des Mattenbaches wird aufgrund der stadträtlichen Antwort als erledigt abgeschlossen.
- XIV. Das Postulat H. Strahm (SP) betreffend keine städtischen Aufträge an Lohndumper wird an den Stadtrat überwiesen.
- XV. 1. Vom Bericht des Stadtrates zum Postulat R. Kleiber (EVP) betreffend ein würdiges Gemeinschaftsgrab auf den Winterthurer Friedhöfen wird in zustimmendem Sinn Kenntnis genommen.
2. Das Postulat wird damit als erledigt abgeschlossen.
- XVI. 1. Vom Bericht des Stadtrates zum Postulat G. Schmid (SP), U. Bründler (CVP), M. Stauber (Grüne/AL) und N. Gugger (EVP) betreffend Beleuchtung Zebrastreifen wird in zustimmendem Sinn Kenntnis genommen.
2. Das Postulat wird damit als erledigt abgeschlossen.

29. August 2005

- I. Als neues Mitglied der Sachkommission Stadtentwicklung für den Rest der Amtsdauer 2002/2006 wird Martin Hollenstein (CVP) gewählt.
- II. Die Verkehrsbaulinie Ohrbühlstrasse, Rümikerstrasse bis Sulzer Allee wird revidiert.
- III. Der Geschäftsbericht 2004 des Ombudsmannes und des Datenschutzbeauftragten wird abgenommen.
- IV. Die dringlich erklärte Interpellation B. Baltensberger (SP) betreffend Verlängerung der Buslinie 3, Rosenberg wird aufgrund der stadträtlichen Antwort als erledigt abgeschlossen.
- V. Die Interpellation D. Kläy (FDP) betreffend Anwendung des Gesetzes über selbständige Gemeindeanlagen in Winterthur wird aufgrund der stadträtlichen Antwort als erledigt abgeschlossen.
- VI. Das Postulat St. Fritschi (FDP) betreffend Stadtbusse mit Erdgasantrieb wird an den Stadtrat überwiesen.
- VII. Der Beschlussantrag R. Werren (FDP) und P. Meier (SVP) betreffend Änderung der Geschäftsordnung des GGR wird sofort abgelehnt und als erledigt abgeschlossen.
- VIII. Die Motion A. Peter (Grüne/AL) betreffend konstruktives Referendum wird an den Stadtrat überwiesen.
- IX. Die Motion A. Ramsauer (Grüne/AL) betreffend neues Einbürgerungsorgan wird sofort abgelehnt und als erledigt abgeschlossen.
- X. Die Interpellation J. Lisibach (SVP) und P. Rütimann (FDP) betreffend Koordinationsstelle für Integration wird aufgrund der stadträtlichen Antwort als erledigt abgeschlossen.
- XI. Die Interpellation C. Bodmer (FDP) betreffend Gruppenleitungen Horte wird aufgrund der stadträtlichen Antwort als erledigt abgeschlossen.
- XII. Die Interpellation N. Galladé (SP) betreffend Lehrstellen bei internationalen Firmen wird aufgrund der stadträtlichen Antwort als erledigt abgeschlossen.
- XIII. Die Interpellation E. Schlegel (SP) betreffend Kindergarten und Schule finden statt wird aufgrund der stadträtlichen Antwort als erledigt abgeschlossen.

19. September 2005

- I. Die Interpellation B. Stettler (SP) betreffend die befristete Lohnkürzung des städtischen Personals wird dringlich erklärt und aufgrund der mündlichen Beantwortung durch den Stadtrat als erledigt abgeschlossen.
- II. Die Interpellation U. Bründler (CVP) betreffend Alterspflege wird dringlich erklärt und aufgrund der mündlichen Beantwortung durch den Stadtrat als erledigt abgeschlossen.
- III. Für die etappenweise Erstellung des Eulachparks in Oberwinterthur gemäss Projekt «Cube» wird ein Rah-

menkredit von netto 10 250 000 Franken inkl. MWSt. zu Lasten der Investitionsrechnung bewilligt. Stichtag für die Berücksichtigung der teuerungsbedingten Mehr- oder Minderkosten: 1. April 2005. Über die Aufteilung des Rahmenkredites in die Objektkredite entscheidet der Grosse Gemeinderat. (Dieser Beschluss unterliegt der obligatorischen Volksabstimmung).

- IV. 1. Gestützt auf § 4 Abs. 2 der Gemeindeordnung vom 26. November 1989 wird der Stadtammannamts- (Betreibungs-) Kreis III (Seen, Sennhof, Gotzenwil, Eidberg, Iberg) aufgehoben und mit dem Stadtammannamts- (Betreibungs-) Kreis I (Altstadt, Töss, Dätttau, Veltheim, Mattenbach) vereinigt. Gleichzeitig wird der Stadtkreis Veltheim vom Stadtammannamts- (Betreibungs-) Kreis I abgetrennt und neu dem Stadtammannamts- (Betreibungs-) Kreis IV (Wülflingen, Neuburg) zugeteilt.
2. Diese Änderungen treten – vorbehaltlich der Bestätigung durch den Regierungsrat – auf Beginn der Amtsdauer 2006 bis 2010 in Kraft.
- V. Es wird eine Fragestunde durchgeführt.
- VI. Die Einzelinitiative M. Kopp betreffend Reduktion des Stadtrates von 7 auf 5 Mitgliedern wird sofort abgelehnt und als erledigt abgeschrieben.
- VII. Das Postulat B. Baltensberger (SP) betreffend Wochenmarkt, Anpassung der Marktverordnung vom 12. Oktober 1983 wird infolge Rückzug als erledigt abgeschrieben.

Beschlüsse der Bürgerlichen Abteilung:

- I. Vom Schlussbericht der Arbeitsgruppe Einbürgerung vom 23. November 2004 wird in zustimmendem Sinn Kenntnis genommen.

3. Oktober 2005

- I. Für den Bezug externer Ressourcen bei der Durchführung verschiedener Teilprojekte innerhalb des Projektes Haushaltsanierung 07 (HS 07) wird ein Rahmenkredit von 2 400 000 Franken bewilligt. Der Stadtrat wird ermächtigt, die einzelnen Objektkredite zu bewilligen.
- II. Für den Erwerb der Grundstücke Kat. Nrn. 6911 und 6914 (6459 m² der Schenkelwiese Nord) sowie die Projektierung und Realisierung einer einfachen Erholungsanlage auf diesen Kaufobjekten wird ein Kredit von 516 000 Franken zu Lasten der Investitionsrechnung des Verwaltungsvermögens bewilligt. Stichtag für die Berücksichtigung der teuerungsbedingten Mehr- oder Minderkosten: 9. März 2005.
- III. 1. Für den Einbau von Horträumen im Untergeschoss des Kindergartens Unterwegli wird zu Lasten der Investitionsrechnung des Verwaltungsvermögens ein Kredit von 360 000 Franken, vorbehaltlich der Genehmigung des Voranschlags 2006, bewilligt. Stichtag für die Berücksichtigung der teuerungsbedingten Mehr- oder Minderkosten: 1. April 2003.
2. Es wird zur Kenntnis genommen, dass parallel zu den Bauarbeiten notwendige Sanierungsarbeiten realisiert werden. Die budgetierten Kosten in der Höhe von 110 000 Franken sind vom Stadtrat als gebunden erklärt worden.
- IV. Das Postulat St. Fritschi (FDP) betreffend Einführung eines Waldkindergartens wird an den Stadtrat überwiesen.
- V. Die Interpellation R. Werren (FDP) betreffend Kosteneinsparungen im Schuldepartement wird aufgrund der stadträtlichen Antwort als erledigt abgeschrieben.
- VI. Das Postulat B. Gruber (SP) betreffend Einführung

von öffentlichen Tagesschulen wird an den Stadtrat überwiesen.

31. Oktober 2005

- I. Die Interpellation N. Rickli (SVP) betreffend Auswirkungen bei einem Nein zur Revision des Arbeitsgesetzes am 27. November 2005 auf Winterthur wird aufgrund der mündlichen Beantwortung durch den Stadtrat als erledigt abgeschrieben.
- II. Als neue Mitglieder der Fürsorgebehörde für den Rest der Amtsdauer 2002/2006 werden Ch. Portmann (CVP), D. Kuhn (Grüne) und P. Übersax (SP) gewählt.
- III. I. Den städtischen Angestellten wird für das laufende Jahr 2005 eine einmalige Lohnzulage von 1,5 % ausgerichtet. Diese Zulage wird auf der Grundlage der teuerungsausgleichsberechtigten Bezüge im Zeitraum vom Januar bis Dezember 2005 berechnet.
- II. Die Zulage wird mit dem Dezemberlohn 2005 ausbezahlt, nicht in den Grundlohn eingebaut und nicht in der Pensionskasse versichert.
- III. Die Zulage wird auch den Angestellten des Bereiches Berufsberatung ausgerichtet, die im Laufe des Jahres 2005 zum Kanton gewechselt haben.
- IV. Die einmalige Lohnzulage wird auch den Angestellten ausgerichtet, die im Laufe des Jahres 2005 altershalber zurückgetreten sind.
- V. Der Stadtrat wird mit dem Vollzug beauftragt.
- IV. In Bestätigung der vom Stadtrat veranlassten vorsorglichen Beschwerdeerhebung an den Regierungsrat wird gegen den Beschluss des Bezirksamtes vom 24. Juni 2005 betreffend Standortentschädigung KVA definitiv Beschwerde eingereicht.
- V. Für den Bau von Urnenwänden im Friedhof Töss wird ein Kredit von netto 335 000 Franken zu Lasten der Investitionsrechnung des Verwaltungsvermögens bewilligt. Stichtag für die Berücksichtigung der teuerungs- und mehrwertsteuerbedingten Mehr- oder Minderkosten: 1. April 2005.
- VI. Für die Neukonzeption der Frauenfelderstrasse, im Abschnitt Seenerstrasse bis Bahnhof Oberwinterthur im Zuge der Strasseninstandstellung nach Werkleitungsbauten sowie für den Umbau der Knoten Frauenfelder- / Dorf- / Hegistrasse und Zufahrt Bahnhof Oberwinterthur mit Lichtsignalanlagen wird zu Lasten der Investitionsrechnung des Verwaltungsvermögens, Objekt-Nr. 11024, ein Kredit von 1 300 000 Franken bewilligt. Stichtag für die Berücksichtigung der teuerungsbedingten Mehr- und Minderkosten: 30. Juni 2004.
- VII. Es wird eine Verordnung über den Finanzhaushalt der Stadt Winterthur erlassen.
- VIII. Die Abrechnungen der Verpflichtungskredite werden abgenommen.
- IX. Das Postulat D. Kläy (FDP) betreffend Parkleitsystem für Winterthur wird infolge Rückzug als erledigt abgeschrieben.
- X. Die Interpellation G. Schmid (SP) und A. Peter (Grüne/AL) betreffend «Verwechslung bei Routinekontrollen» wird aufgrund der stadträtlichen Antwort als erledigt abgeschrieben.
- XI. Die Interpellation N. Rickli (SVP) betreffend Besetzung Sulzerhochhaus wird aufgrund der stadträtlichen Antwort als erledigt abgeschrieben.

7. November 2005

- I. Die Interpellation B. Böckli (SP) betreffend Aktionstag «Zur Arbeit ohne mein Auto» wird aufgrund der stadträtlichen Antwort als erledigt abgeschrieben.

- II. Die Interpellation U. Böni (SP) betreffend Massnahmen gegen die hohe Ozonbelastung wird aufgrund der stadträtlichen Antwort als erledigt abgeschlossen.
- III. Die Interpellation B. Baltensberger (SP) betreffend beruflicher Integration junger Menschen wird aufgrund der stadträtlichen Antwort als erledigt abgeschlossen.
- IV. Die Interpellation P. Rütimann (FDP) betreffend frühmorgendlicher Lastwagenlärm wird aufgrund der stadträtlichen Antwort als erledigt abgeschlossen.
- V. Die Interpellation E. Leschke (SP) betreffend nicht in Kraft gesetzte Parkplatzgebühren-Verordnung wird aufgrund der stadträtlichen Antwort als erledigt abgeschlossen.
- VI. Das Postulat U. Künsch (FDP) und W. Langhard (SVP) betreffend Parkplätze hinter Stadthaus wird sofort abgelehnt und als erledigt abgeschlossen.
- VII. Die Interpellation A. Huber (FDP) betreffend Taxisituation am Bahnhofplatz wird aufgrund der stadträtlichen Antwort als erledigt abgeschlossen.
- VIII. Die Interpellation U. Künsch (FDP) betreffend Restaurant Altersheim Neumarkt wird aufgrund der stadträtlichen Antwort als erledigt abgeschlossen.
- IX. Die Interpellation N. Rickli (SVP) betreffend 90 % Ausländeranteil im Jugendhaus wird aufgrund der stadträtlichen Antwort als erledigt abgeschlossen.
- X. Die Interpellation U. Böni (SP) betreffend Einbezug der Veltheimer Bevölkerung bei der Verwendung der Erträge aus dem Luciak-Weilenmann-Fond wird aufgrund der stadträtlichen Antwort als erledigt abgeschlossen.
- XI. Die Interpellation U. Dolski (parteilos) betreffend einheitliche Grundlagen im Subventionswesen der Stadt Winterthur wird aufgrund der stadträtlichen Antwort als erledigt abgeschlossen.
- XII. Die Interpellation U. Künsch (FDP) betreffend Mehrwertsteuern bei WOV-Betrieben wird aufgrund der stadträtlichen Antwort als erledigt abgeschlossen.

21. November 2005

- I. Die Interpellation N. Galladé (SP) betreffend finanzielle Auswirkungen der Abstimmung vom 27. November betreffend Integrationskurse für die Stadt Winterthur wird dringlich erklärt und aufgrund der mündlichen Beantwortung durch den Stadtrat als erledigt abgeschlossen.
- II. Für die gesamtstädtische aufsuchende Jugendarbeit in Winterthur wird ein jährlich wiederkehrender Kredit von 210 000 Franken für die Jahre 2006 bis 2009 bewilligt.
- III. Die Interpellation Ch. Kern (SVP) betreffend kriminelle Asylbewerber wird aufgrund der stadträtlichen Antwort als erledigt abgeschlossen.
- IV. Die Interpellation B. Baltensberger (SP) betreffend Reorganisation der städt. Alters- und Pflegeheime wird aufgrund der stadträtlichen Antwort als erledigt abgeschlossen.
- V. Das Postulat D. Werner (SP) betreffend Preissenkung für Ökostromprodukte wird an den Stadtrat überwiesen.
- VI. Das Postulat J. Lisibach (SVP) betreffend neue Linienführung der Buslinie 4 wird an den Stadtrat überwiesen.

- VII. Die Interpellation G. Schmid (SP) betreffend neue Polizeiverordnung (APV) Artikel 16 wird aufgrund der stadträtlichen Antwort als erledigt abgeschlossen.
- VIII. Das Postulat D. Werner (SP) betreffend Gratisverleih von Velos für Winterthur wird sofort abgelehnt und als erledigt abgeschlossen.
- IX. 1. Vom Bericht des Stadtrates zum Postulat R. Kleiber (EVP) betreffend Winterthur in den Reisesecar-Führer, Parkplätze für Touristen-Cars, wird in zustimmendem Sinn Kenntnis genommen.
2. Das Postulat wird damit als erledigt abgeschlossen.
- X. Die Motion R. Weibel (EVP), M. Gfeller (Grüne) und J. Würzler (SP) betreffend Rychenbergstrasse – Aufhebung der Klassierung als kommunale Strasse wird nicht erheblich erklärt und damit als erledigt abgeschlossen.
- XI. Das Postulat D. Werner (SP) betreffend Evaluation Road Pricing für Winterthur wird sofort abgelehnt und als erledigt abgeschlossen.
- XII. Die Interpellation J. Hofmann (FDP) betreffend Finanzierung von Verkehrsprojekten wird aufgrund der stadträtlichen Antwort als erledigt abgeschlossen.

5. Dezember 2005

- I. Die Interpellation A. Ramsauer (Grüne/AL) betreffend Aus für den Bahngüterverkehr in Töss und Wülflingen wird dringlich erklärt und aufgrund der mündlichen Beantwortung durch den Stadtrat als erledigt abgeschlossen.
- II. Als Leiter der Finanzkontrolle wird auf 1. Januar 2006 für eine Amtsdauer von vier Jahren gewählt: Walter Hubmann, gegenwärtiger Leiter der Finanzkontrolle, geb. 25. September 1948, wohnhaft in Winterthur.
- III. 1. Die Voranschläge über die Globalkredite und Leistungsziele der Produktgruppen der Stadt Winterthur in der Laufenden Rechnung für das Jahr 2006 werden mit den beschlossenen Änderungen genehmigt.
2. Die Voranschläge über die Aufwendungen und Erträge der Laufenden Rechnung für das Jahr 2006 des noch nicht in die wirkungsorientierte Verwaltungsführung überführten Teils der Volksschule werden mit den beschlossenen Änderungen genehmigt.
3. Die Voranschläge über die Aufwendungen und Erträge der Stadt Winterthur in den Investitionsrechnungen des Verwaltungsvermögens und des Finanzvermögens für das Jahr 2006 werden mit den beschlossenen Änderungen im Investitionsprogramm genehmigt.
4. Die ordentliche Gemeindesteuer wird auf 123 % (2005: 126 %) der einfachen Staatssteuer festgesetzt und zusammen mit der gesetzlichen Personalsteuer (CHF 24.– pro Person) in sieben Raten gleichzeitig mit der Staatssteuer bezogen. Mit dieser Festsetzung entfällt ab 1. Januar 2006 die lineare Kürzung der Löhne des städtischen Personals.
5. Der integrierte Aufgaben- und Finanzplan der Stadt Winterthur für die Jahre 2007 bis 2009 wird zur Kenntnis genommen.

Bürgerliche Abteilung des Grossen Gemeinderates

Die Bürgerliche Abteilung des Grossen Gemeinderates tagte zur Behandlung der Gesuche an folgenden Daten:

24. Januar 2005	38 Bewerber/innen	13 mit Ehepartner/in	50 Kinder
28. Februar 2005	26 Bewerber/innen	10 mit Ehepartner/in	21 Kinder
21. März 2005	24 Bewerber/innen	7 mit Ehepartner/in	17 Kinder
18. April 2005	26 Bewerber/innen	10 mit Ehepartner/in	31 Kinder
20. Juni 2005	40 Bewerber/innen	11 mit Ehepartner/in	32 Kinder
11. Juli 2005	10 Bewerber/innen	5 mit Ehepartner/in	17 Kinder
29. August 2005	16 Bewerber/innen	3 mit Ehepartner/in	10 Kinder
19. September 2005	17 Bewerber/innen	6 mit Ehepartner/in	18 Kinder
31. Oktober 2005	17 Bewerber/innen	4 mit Ehepartner/in	8 Kinder
21. November 2005	11 Bewerber/innen	3 mit Ehepartner/in	10 Kinder
5. Dezember 2005	12 Bewerber/innen	4 mit Ehepartner/in	17 Kinder

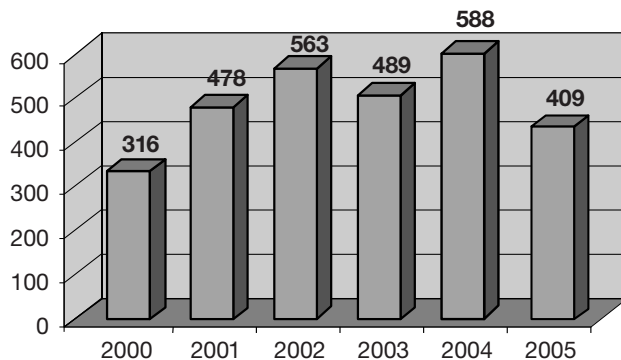
Die Bürgerliche Abteilung des Grossen Gemeinderates hat damit insgesamt 11 (11) Sitzungen abgehalten. An diesen 11 Sitzungen wurden 186 (248) Bewerber und Bewerberinnen ins Bürgerrecht der Stadt Winterthur aufgenommen. Mit eingebürgert wurden dabei 57 (95) Ehepartner/innen und 166 (245) Kinder, insgesamt somit 409 (588) Personen.

Die Gesuchsteller und Gesuchstellerinnen wurden vorgängig durch die Bürgerrechtskommission (BüK) an 20 (23) Sitzungen zu einer mündlichen Befragung eingeladen, um einen persönlichen Eindruck von den betreffenden Personen und ihrer Eignung zur Einbürgerung zu gewinnen. Ein Teil der Bewerber und Bewerberinnen konnte gemäss Verordnung ohne Befragung zur Aufnahme empfohlen werden. 42 (55) Gesuche mussten wegen offensichtlich ungenügender Kenntnisse um ein, drei Gesuche um zwei Jahre zurückgestellt und 6 (1) Gesuche definitiv abgelehnt werden.

Die neuen Bürger und Bürgerinnen stammen aus folgenden Ländern:

Serbien-Montenegro 151; Türkei 83; Mazedonien 50; Sri Lanka 27; Bosnien-Herzegowien 21; Kroatien 21; Italien 14; Pakistan und Tibet 6; Amerika 5; Indien 4; Deutschland 3; Vietnam, China, Sudan, Albanien und Grossbritannien je 2; Slowakei, Brasilien, Spanien, Nepal, Kanada, Thailand, Somalia und Nigeria je 1.

Einbürgerungen (Gesamtpersonenzahl)



Der Stadtrat

Im letzten vollen Kalenderjahr der Amtsperiode 2002 – 2006 wurden weitere Projekte umgesetzt, um den spürbaren Aufwärtstrend in Winterthur voranzutreiben. Gesamthaft gesehen nahm die Entwicklung in den Bereichen Wirtschaft, Kultur und Bildung einen ermutigenden Verlauf. Finanziell trat eine leichte Entspannung ein, was nicht darüber hinwegtäuschen darf, dass der Spielraum nach wie vor sehr eng ist und die eingeleiteten Haushaltsanierungsmassnahmen unumgänglich sind.

Mit der letzten Abstimmung im Jahre 2005 gaben die Winterthurer Stimmberechtigten ein deutliches Signal für die künftige Stadtentwicklung: Mit einer überzeugenden Mehrheit sagten sie Ja zu einem 10-Millionen-Kredit für den Eulachpark Oberwinterthur. Dieser Park stellt eine wichtige Voraussetzung dar, damit sich auf dem früheren Sulzer-Industrieareal ein Stadtteil mit einem ausgewogenen Verhältnis von urbanem Freiraum und Grünflächen entwickeln kann. Dieses Zentrumsgebiet von Oberwinterthur hat ein Entwicklungspotenzial für zusätzlich dreibis viertausend Bewohnerinnen und Bewohner sowie für etwa zweitausend zusätzliche Arbeitsplätze. Das deutliche Ja der Stimmberechtigten zum Eulachpark dürfte auch von Investorenseite her als motivierender Impuls verstanden worden sein.

Auf dem andern grossen früheren Industrieareal Sulzer-Stadtmitte setzte sich im Berichtsjahr die erfreuliche Entwicklung fort. Grössere Arealteile werden bereits neu genutzt, andere sind auf dem Weg dazu. Die Durchmischung von Gewerbe, Verwaltung, Bildung, Wohnen, Unterhaltung/Freizeit führt zu einer immer intensiveren Belegung des Areals.

Fortgesetzt hat sich im Berichtsjahr auch die belebte Entwicklung im Wohnungsbau, was zu einer weiteren Bevölkerungszunahme um knapp 700 Personen auf 96 144 Einwohnerinnen und Einwohner führte.

Intensiv diskutiert wurden in Zusammenhang mit dem regionalen Gesamtverkehrskonzept Fragen rund um den Verkehr. Der Stadtrat bekräftigte dabei seine Haltung, dass die Realisierung der Südostumfahrung sowie der tiefer gelegten Vogelsangstrasse wichtige Elemente für die langfristige Verbesserung der Verkehrsverhältnisse sind. Beim öffentlichen Verkehr hat sich der Stadtrat vor allem zugunsten von Massnahmen für Kapazitätserhöhungen auf dem Engpass Zürich – Winterthur eingesetzt.

Der leichte Rückgang der Arbeitslosenzahl sowie der geringere Anstieg der Zahlen bei der Sozial- und Wirtschaftshilfe sind weitere Zeichen für eine gewisse Verbesserung der wirtschaftlichen Situation.

Im kulturellen Bereich handelte der Stadtrat mit zwanzig Kulturinstitutionen neue Subventionsverträge aus. Gesamthaft ist die Summe der Kultursubventionen zwar etwas tiefer als bisher, doch ist ein weiterhin vielfältiges und innovatives Kulturangebot gewährleistet. Drei dieser Subventionsverträge (Musikkollegium, Kunstverein, Technorama) unterstanden der Volksabstimmung. Die Stimmberechtigten hiessen die Vorlagen mit grosser Deutlichkeit gut, was als klares Ja zur eingeschlagenen Kulturpolitik gewertet werden darf.

Weiter an Bedeutung gewonnen hat Winterthur als Bildungszentrum. So wählte die ZHW Winterthur als Standort für die Ausbildung in den Gesundheitsberufen. Auf der andern Seite ist es zu bedauern, dass der Regierungsrat grosse Teile der Chemie der ZHW aus Winterthur abziehen und nach Wädenswil verlegen will.

Finanziell begann das Berichtsjahr unter schlechten Voraussetzungen. Um den Budgetausgleich zu erzielen, hatte der Grosse Gemeinderat einer dreiprozentigen Lohnkürzung und parallel dazu einer dreiprozentigen

Steuererhöhung für 2005 zugestimmt. Gegen die Lohnkürzung wurde das Referendum ergriffen; in der Volksabstimmung im Januar 2005 wurde die Kürzung dann aber vom Volk gutgeheissen. In der zweiten Jahreshälfte zeichnete sich dann eine Verbesserung der finanziellen Situation ab, so dass die ursprünglich auf zwei Jahre befristeten Massnahmen nach einjähriger Dauer wieder aufgehoben werden konnten. Zur Verbesserung trugen insbesondere der höhere Steuerkraftausgleich bei sowie die mit dem Sparprogramm win.03 erzielten Entlastungen. Mit dem Projekt Haushaltsanierung 2007 (HS 07) wurden Massnahmen eingeleitet, um die städtische Rechnung mittelfristig ausgeglichen gestalten zu können. Die verschiedenen unsicheren Begleitfaktoren erschweren aber nach wie vor die mittel- und langfristige Finanzplanung.

Intern bildete die Einführung von WOV (Wirkungsorientierte Verwaltungsführung) in der gesamten Stadtverwaltung eine markante Veränderung, die einen grossen Effort erforderte, aber durchwegs gut bewältigt wurde. Zudem wurden in der ganzen Stadtverwaltung verschiedene weitere Reorganisationsprojekte verfolgt, die alle dem Zweck dienen, die Effizienz zusätzlich zu verbessern.

Im Frühjahr 2005 wurde das bisherige Stadtratsmitglied Hans Hollenstein in den Zürcher Regierungsrat gewählt. Am 5. Juli wählten die Stimmberechtigten Michael Künzle zu seinem Nachfolger, der am 5. August sein Amt antrat.

Der Stadtrat führte 2005 nebst den ordentlichen Mittwochsitzungen einmal monatlich so genannte Donnerstagsitzungen für vertiefte Diskussionen und Grundsatzfragen durch und zog sich zur vertieften Themenbehandlung zweimal zu einer Klausurtagung zurück.

In zahlreichen Kontakten mit der Zürcher Regierung und mit andern Exekutiven sowie mit kantonalen und eidgenössischen Parlamentarierinnen und Parlamentariern, aber auch mit Wirtschaftsverbänden und kulturellen Organisationen betrieb der Stadtrat ein engagiertes Lobbying und warb um Verständnis für die Winterthurer Anliegen.

Im November legte der Stadtrat einen detaillierten Bericht über die Zielerreichung in der zu Ende gehenden Amtsperiode 2002 – 2006 vor. Darin konnte eine weitestgehend positive Bilanz gezogen werden.

Die nachfolgenden Berichte der einzelnen Departemente in diesem Geschäftsbericht enthalten ergänzende und vertiefende Informationen zu diesen Schwerpunkten der stadträtlichen Tätigkeit.

Stadtkanzlei

Die Wahl von Stadtrat Hans Hollenstein in den Regierungsrat des Kantons Zürich, der Schweizerische Städtetag und die Bundespräsidentenfeier für Moritz Leuenberger haben 2005 besondere Akzente in der Tätigkeit der Stadtkanzlei gesetzt und Winterthur schweizweit positive Beachtung verschafft. Schwerpunkte der stadtinternen Arbeit bildeten neben anderem die flächendeckende Einführung von WOV sowie die Handhabung der neuen Gesetzgebung über die politischen Rechte.

Der überraschende Rücktritt von Regierungsrat Christian Huber führte dazu, dass in Winterthur zwei zusätzlich Abstimmungstermine – für den zweiten Wahlgang der Ersatzwahl in den Regierungsrat und (nach dem Wahlerfolg des Winterthurers Hans Hollenstein) auch für die Ersatzwahl in den Stadtrat – durchzuführen waren. Ein dritter zusätzlicher Urnengang wurde nötig, weil noch vor Ende 2004 gegen zwei kommunale Vorlagen Referenden zustande gekommen waren. Insgesamt kam es zur ungewöhnlich hohen Zahl von sieben Wahl- und Abstimmungsdaten in einem Jahr.

Denkwürdige Veranstaltungen für die Stadt, deren Bevölkerung und zahlreiche auswärtige Gäste waren nebst der offiziellen Verabschiedung von Stadtrat Hollenstein vor allem der Schweizerische Städtetag vom 1. bis 3. September sowie die Wahlfeier für Bundespräsident Moritz Leuenberger vom 8. Dezember im Sulzerareal Stadtmitt. Bei diesen wie auch zahlreichen weiteren Anlässen gewährleistete die Stadtkanzlei mit ihrem Verantwortlichen für Veranstaltungen eine reibungslose Vorbereitung und Durchführung und trug so dazu bei, dass viele Besucherinnen und Besucher ein positives Bild von Winterthur mit sich nahmen.

Zwei Volksinitiativen («Ja zur Biblischen Geschichte» und «ProBruehlgut.ch»), ein Volksreferendum und eine Einzelinitiative (betreffend Reduktion des Stadtrats von 7 auf 5 Mitglieder) gaben der Stadtkanzlei Gelegenheit, die am 1. Januar in Kraft getretene neue Gesetzgebung über die politischen Rechte gleich auch an einigen nicht alltäglichen Beispielen zu erproben und entsprechende Erfahrungen zu sammeln. Diese Erfahrungen werden von Nutzen sein, wenn demnächst die Gemeindeordnung an das geänderte kantonale Recht angepasst werden muss.

Von besonderer Bedeutung für den Stadtschreiber und das Sekretariat des Grossen Gemeinderats waren dieses Jahr die verschiedenen Vorlagen zur Einführung der Wirkungsorientierten Verwaltungsführung in der gesamten Stadtverwaltung. Die schrittweise Erarbeitung der Produktgruppen-Budgets und der Erlass der entsprechenden Rechtsnormen (Verordnungen über den Finanzhaushalt und die Finanzkontrolle) verlangten einiges an Koordination und juristischer Sorgfalt. Rechtlich besonders zu betonen war auch das Rechtsmittelverfahren um die Standortentschädigung der KVA, welches der Grosse Gemeinderat – nach Aufhebung seines Entscheides durch den Bezirksrat – in zweiter Instanz an den Regierungsrat weiter gezogen hat. Das bevorstehende Inkrafttreten der neuen Kantonsverfassung beschäftigte die Erweiterte Ratsleitung und den Ratssekretär vor allem hinsichtlich der Auswirkungen auf die Bürgerliche Abteilung und die Zukunft der städtischen Ombudsstelle.

Verwaltungsseitig leitete der Stadtschreiber drei Sitzungen der Konferenz der Departementssekretärinnen und -sekretäre, in denen speziell das GIS-Angebot des städtischen Vermessungsamtes und die aktualisierten Richtlinien zur sprachlichen Gleichstellung vorgestellt wurden. Beim traditionellen Treffen mit den Kolleginnen und Kollegen aus der Stadt Zürich, zu dem dieses Jahr Winterthur einlud, gelangten schwergewichtig die Themen

«Neue Kantonsverfassung» und «Agglomerationspolitik – Stellung der Städte» zur Behandlung.

Als Ergebnis einer längeren Organisationsüberprüfung hat der Stadtrat der Stadtkanzlei im Laufe des Jahres eine neue Stelle «Assistenz Stadtschreiber» bewilligt; die Vorbereitungen für die Stellenbesetzung standen Ende Jahr kurz vor ihrem Abschluss. Mit der zusätzlichen Stelle sollen der Stadtschreiber und sein Stellvertreter entlastet und vor allem die juristische Bearbeitungskapazität der Stadtkanzlei erhöht werden. Trotz anhaltend grosser Geschäftslast auch in den Bereichen Sekretariat Stadtrat und Einbürgerungen beschäftigte und betreute die Stadtkanzlei eine KV-Lernende.

Abstimmungen und Wahlen

Ende 2005 waren in Winterthur 27 117 (Vorjahr 26 866) Männer und 32 108 (31 871) Frauen, insgesamt 59 225 (58 737) Stimm- und Wahlberechtigte, gemeldet. Die Stimmbürgerinnen und Stimmbürger hatten an 7 (4) Urnengängen über 5 (13) eidgenössische, 4 (3) kantonale und 8 (7) städtische, total also über 17 (23) Sachvorlagen sowie über Ersatzwahlen in den Regierungsrat und in den Stadtrat zu entscheiden.

Der zweite Wahlgang für den Ersatz des zurückgetretenen Regierungsrates Christian Huber musste an einem separaten Urnengang (10. April) durchgeführt werden. Für den ebenfalls erforderlichen zweiten Wahlgang im Rahmen der Ersatzwahl für den in den Regierungsrat gewählten Winterthurer Stadtrat Hans Hollenstein wurden die Stimmberechtigten am 10. Juli separat an die Urnen gerufen.

Die Stimmbeteiligung lag zwischen 60,8 Prozent (Bundesgesetz vom 18. Juni 2004 über die eingetragene Partnerschaft gleichgeschlechtlicher Paar [Partnerschaftsgesetz, PartG]) und 40,5 Prozent (Neubau des Landwirtschaftsbetriebes Ifang im Winterthurer Grundwasserfassungsgebiet).

Ein in der evangelisch-reformierten Kirchenpflege Winterthur-Stadt vakant gewordener Sitz konnte am 27. Februar 2005 ebenso im ersten Wahlgang neu besetzt werden wie am 5. Juni 2005 ein vakanter Sitz in der Kreisschulpflege Oberwinterthur. In stiller Wahl wurden im Geschäftsjahr insgesamt 7 Mitglieder der Kreisschulpflegen sowie 2 Mitglieder der evangelisch-reformierten Kirchenpflegen gewählt. In der Kreisschulpflege Winterthur-Wülflingen wurde überdies in stiller Wahl ein bisheriges Mitglied der Behörde als deren Präsident gewählt.

Im Zusammenhang mit Rücktritten in den Kreisschulpflegen Töss und Veltheim verzichtete der Bezirksrat Winterthur gestützt auf § 45 Abs. 2 des Gesetzes über die politischen Rechte (GPR) auf die Anordnung von Ersatzwahlen, da die Gesamterneuerungswahlen dieser Behörden innert sechs Monaten erfolgen.

Einbürgerungen

Im Berichtsjahr ging die folgende Anzahl Gesuche von Ausländern und Ausländerinnen um Einbürgerung in der Stadt Winterthur ein:

im Ausland geborene	258 (Vorjahr 246)
im Ausland geborene, zwischen	
16 und 25 Jahre alt	70 (Vorjahr 55)
in der Schweiz geborene	123 (Vorjahr 91)
Total eingereichte Gesuche von Ausländerinnen/Ausländern	451 (Vorjahr 392)

Der bürgerlichen Abteilung des Grossen Gemeinderates wurden 207 (Vorjahr 265) Weisungen um Aufnahme in das Bürgerrecht unterbreitet.

Die bürgerliche Abteilung des Stadtrates hat in eigener Kompetenz 95 (89) in der Schweiz geborene ausländische Personen in das Bürgerrecht der Stadt Winterthur aufgenommen. Aufgrund von § 21 des Gemeindegesetzes wurden durch den Stadtrat 38 (73) im Ausland geborene Personen im Alter zwischen 16 und 25 Jahren mit mindestens fünf Jahren Schulbildung in einer der Landessprachen in der Schweiz in das Bürgerrecht von Winterthur aufgenommen. Die insgesamt in der Kompetenz des Stadtrates eingebürgerte Anzahl von Ausländern beläuft sich somit auf 133 (162). Ebenfalls in eigener Kompetenz wurden durch den Stadtrat im Berichtsjahr 58 (66) Schweizerinnen und Schweizer in das Bürgerrecht der Stadt Winterthur aufgenommen.

Im Berichtsjahr wurden durch den Stadtrat 12 Gesuche von im Ausland geborenen Gesuchstellenden (ohne Anspruch auf Einbürgerung) abgelehnt: deren 6 aufgrund der Tatsache, dass die Gesuchstellenden Sozialhilfe bezogen, eines wegen strafrechtlichen Einträgen von Bedeutung, eines wegen offenen Betreibungen, eines wegen fehlender Selbsterhaltungsfähigkeit und 3 aufgrund der Tatsache, dass die Gesuchstellenden ihren finanziellen Verpflichtungen nicht nachkamen.

In insgesamt 10 Fällen mit einem Anspruch auf Einbürgerung (in der Schweiz geborene Ausländer/innen und im Ausland geborene Gesuchstellende mit mindestens fünf Jahren Schulbildung in der Schweiz) musste das Gesuch ebenfalls abgelehnt werden. 3 betroffene Personen bezo-

Abstimmungen 2005

Städtische Vorlagen

Abstimmungen nach dem Wahlgesetz vom 4. September 1983

Datum	Abstimmungsvorlage	Stimmende	Ja	Nein	Leer	Ungültige	%
23. Januar	1. Kürzung der Löhne der städtischen Angestellten um 3 %, befristet auf zwei Jahre (IV. Nachtrag zum Personalstatut vom 12. April 1999)	24 065	12 049	11 467	199	350	40.9
	2. Neubau des Landwirtschaftsbetriebes Ifang im Winterthurer Grundwasserfassungsgebiet (Kredit von Fr. 3 800 000.– zu Lasten der Investitionsrechnung der Wasserversorgung der Städtischen Werke)	23 815	13 161	9 979	338	337	40.5
27. Februar	1. Subventionsvertrag mit dem Musikkollegium Winterthur (Orchester Musikkollegium)	25 764	17 421	7 764	294	285	43.8
	2. Subventionsvertrag mit dem Kunstverein Winterthur (Kunstmuseum)	25 746	16 657	8 483	324	282	43.7
	3. Subventionsvertrag mit der Stiftung Technorama	25 797	20 097	5 086	332	282	43.8

Abstimmungen nach dem Gesetz über die politischen Rechte vom 1. September 2003

Datum	Abstimmungsvorlage	eingegangen	ungültig eingelegt	leer	ungültig	gültig	Ja	Nein	%
5. Juni	1. Volksinitiative «Ja zur Biblischen Geschichte an der Primarschule»	34 368	732	686	0	32 950	20 352	12 598	58.2
25. September	1. Neubau einer Primarschulanlage in Sennhof. Kredit von Fr. 12 100 000.– (zuzüglich Mehrwertsteuersatz- und teuerungsbedingte Mehr- oder Minderkosten)	31 808	855	493	0	30 460	23 032	7 428	53.8
27. November	1. Eulachpark Oberwinterthur, Rahmenkredit von Fr. 10 250 000.– für die Erstellung (zuzüglich teuerungsbedingte Mehr- oder Minderkosten)	29 471	380	329	0	28 762	17 738	11 024	49.5

Kantonale Vorlagen

Abstimmungen nach dem Wahlgesetz vom 4. September 1983

Datum	Abstimmungsvorlage	Stimmende	Ja	Nein	Leer	Ungültige	%
27. Februar	1. Verfassung des Kantons Zürich	25 605	17 081	7 619	621	284	43.5
	2. Beschluss des Kantonsrates über die Bewilligung eines Kredites für den Neubau des Sicherheitstrakts Forensik des Psychiatriezentrums Rheinau	25 633	15 403	9 444	514	272	43.5

Abstimmungen nach dem Gesetz über die politischen Rechte vom 1. September 2003

Datum	Abstimmungsvorlage	eingegangen	ungültig eingelegt	leer	ungültig	gültig	Ja	Nein	%
5. Juni	1. Volksschulgesetz	34 337	705	1 043	0	32 589	24 214	8 375	58.1
	2. Volksinitiative «Landschaftsinitiative»	34 038	694	1 425	2	31 917	16 006	15 911	57.6
25. September	1. Volksinitiative «Verdoppelung der Kinderabzüge zur Entlastung der Familien» und Gegenvorschlag des Kantonsrates vom 25. April 2005: Steuergesetz (Änderung; Kinderabzug)								
	A) Kinderabzüge ohne Antwort	1 092	31 598	476	4	30 290	11 166	18 032	53.4
	B) Gegenvorschlag ohne Antwort	2 033	31 598	476	4	30 290	18 380	9 877	53.4
	C) Stichfrage						Initiative	Gegen-vorschlag	
	ohne Antwort	3 638	31 598	476	4	30 290	9 900	16 752	53.4
27. November	1. Beschluss des Kantonsrates über die Bewilligung eines Kredites für Staatsbeiträge an Integrationskurse für 15- bis 20-jährige Fremdsprachige	29 556	381	288	1	28 886	16 899	11 987	49.7

gen Sozialhilfe, in 6 Fällen war die Voraussetzung des unbescholtenen Rufes nicht gegeben und in einem Fall kam der Gesuchsteller seinen finanziellen Verpflichtungen nicht nach.

Jungbürgerfeier

Die diesjährige Jungbürgerfeier wurde bereits das sechste Mal nach dem im Jahr 2000 festgelegten Konzept durchgeführt; auch für die Jungbürgerinnen und Jungbürger des Jahrgangs 1987 wurde eine zweiteilige Feier unter Mithilfe der Jungparteien organisiert. Im ersten Teil, der wieder im Stadthaus stattfand, wurden die Rechte und Pflichten der zu Staatsbürgern- und -bürgerinnen gewordenen 18-Jährigen mit einer Ansprache des Stadtpräsidenten gewürdigt. Eine durch Thomas Möckli moderierte Gesprächsrunde mit allen Mitgliedern des Stadtrates sowie Vertreterinnen und Vertretern der in Winterthur politisch aktiven Jungparteien ergänzte das Programm. Der zweite Teil fand in Form einer Volljährigkeitsparty mit Unterhaltung und Verpflegung im Garden Club statt. Dazu wurden – nebst den Begleitpersonen der Jungbürgerinnen und Jungbürger – auch die in Winterthur wohnhaften 18-jährigen Ausländerinnen und Ausländer mit Aufenthaltsbewilligung B oder Niederlassung C eingeladen. Das Programm bestand aus einem Buffet des Wohn- und Pflegezentrums Oberwinterthur mit kulinarischen Köstlichkeiten, Informations- und Kontaktständen von politischen Jungparteien und Auftritten des Breakdancertrios «Dirty Hands», des kabarettistischen «Duo Hinterletscht» sowie des Zauberkünstlers «Basil Spiess». Wie in den vergangenen Jahren wurde eine Umfrage zur Jungbürgerfeier, verbunden mit einem Wettbewerb, durchgeführt. Die Preise wurden von verschiedenen Winterthurer Firmen gesponsert. Auf die Einladung an 829 Schweizerinnen und Schweizer, 210 Ausländer und Ausländerinnen mit Niederlassung C und 34 Ausländer und Ausländerinnen mit Aufenthaltsbewilligung B haben sich zum ersten Teil 488 Personen und zum zweiten Teil 635 Personen angemeldet.

Sekretariat Grosser Gemeinderat

Das Sekretariat Grosser Gemeinderat nahm 100 (Vorjahr 139) Versände an den Grossen Gemeinderat (GGR), dessen Kommissionen sowie Medien und Abonnenten vor. Die Auflage der Geschäfte des GGR (Weisungen und

Vorstösse) konnte aufgrund des elektronischen Versandangebotes weiter auf 205 (220) Exemplare reduziert werden. Zusammen mit den übrigen Unterlagen (Sitzungseinladungen, Sitzungsprotokolle, Kommissionsunterlagen usw.) für den GGR bedeutete dies im Jahr 2005 eine Menge von 284 278 (386 091) Blatt Papier. Die gesamte Kopienzahl der Stadtkanzlei konnte weiter auf 558 827 (643 588) reduziert werden. Für rund 95 % dieser Menge wird Recycling-Papier verwendet. Hochweisses Papier wird für Drucksachen benötigt, welche archiviert werden müssen.

Die Stadtkanzlei hat 43 (Vorjahr 43) Stadtratssitzungen vor- und nachbereitet und dabei 2721 (2684) Stadtratsgeschäfte verarbeitet. Zur Ausfertigung gelangten 849 (657) Stadtratsbeschlüsse und 520 (396) Stadtratsbriefe.

Informationsdienst

Der Informationsdienst veröffentlichte 366 Medienmitteilungen (Vorjahr 369), welche über die Tätigkeit von Stadtrat und Stadtverwaltung informierten. Zudem wurden die Medienschaffenden zu 78 (93) Anlässen (Medienkonferenzen, Präsentationen, Würdigungen usw.) eingeladen. Medienleuten und weiteren Anfragenden wurden unzählige Auskünfte erteilt.

Die zweimonatlich erscheinende Personalzeitung, die Koordination von fünf Abstimmungszeitungen sowie die laufende Mitwirkung an der inhaltlichen Informationsaufarbeitung im Internet bildeten weitere Schwerpunkte der Tätigkeit. Im Übrigen hat der Informationsdienst in zahlreichen städtischen Projekten in der Kommunikationsplanung und -umsetzung mitgewirkt.

Behördenverkehr/Empfänge

Die Stadtkanzlei organisierte wieder gegen 100 kleinere und grössere Anlässe. Nebst den wiederkehrenden Empfängen und Feierlichkeiten fanden auch verschiedene Ehrungen statt. Der Schweizerische Städtetag und der Empfang von Bundespräsident Moritz Leuenberger waren zwei Grossanlässe, welche eine aufwendige Organisation erforderten. Die Treffen mit Behörden von Pilsen, Hall in Tirol, Yverdon-les-Bains, Zürich, St. Gallen, Schaffhausen, Illnau Effretikon und Brütten hatten partnerschaftlichen oder nachbarschaftlichen Charakter. Halbjährlich wurden im Stadthaus wieder Empfänge für Neuzuzüger und Neuzuzügerinnen durchgeführt.

Eidgenössische Vorlagen

Abstimmungen nach dem Gesetz über die politischen Rechte vom 1. September 2003

Datum	Abstimmungsvorlage	eingegangen	ungültig eingelegt	leer	ungültig	gültig	Ja	Nein	%
5. Juni	1. Bundesbeschluss vom 17. Dezember 2004 über die Genehmigung und die Umsetzung der bilateralen Abkommen zwischen der Schweiz und der EU über die Assoziation an Schengen und Dublin	36 856	805	352	4	35 695	22 600	13 095	61.0
	2. Bundesgesetz vom 18. Juni 2004 über die eingetragene Partnerschaft gleichgeschlechtlicher Paare (Partnerschaftsgesetz, PartG)	36 722	808	437	3	35 474	23 230	12 244	60.8
25. September	1. Bundesbeschluss vom 17. Dezember 2004 über die Genehmigung und Umsetzung des Protokolls über die Ausdehnung des Freizügigkeitsabkommens auf die neuen EG-Mitgliedstaaten zwischen der Eidgenossenschaft einerseits und der EG und ihren Mitgliedstaaten andererseits sowie über die Genehmigung der Revision der flankierenden Massnahmen zur Personenfreizügigkeit	33 978	934	276	2	32 766	21 025	11 741	56.1
27. November	1. Bundesbeschluss vom 17. Juni 2005 über die Volksinitiative «für Lebensmittel aus gentechnikfreier Landwirtschaft»	30 344	405	433	0	29 506	15 968	13 538	49.8
	2. Änderung vom 8. Oktober 2004 des Arbeitsgesetzes (Ladenöffnungszeiten in Zentren des öffentlichen Verkehrs)	30 482	414	384	2	29 682	16 276	13 406	50.0

Departement Kulturelles und Dienste

Das Jahr 2005, das für Winterthur aufgrund der finanziellen Aussichten eher düster begann, hellte sich im Verlaufe des Jahres zunehmend auf. Die Stadt Winterthur stand immer öfters mit positiven Meldungen in den Medien. Die Durchführung des Schweizerischen Städtetages bildete einen ersten glanzvollen Höhepunkt, gefolgt von der Eröffnung des modern konzipierten Naturmuseums. Übertroffen wurden diese Anlässe einzig durch die Wahlfeier für den Bundespräsidenten Moritz Leuenberger, die im Dezember im Sulzerareal unter grosser Anteilnahme der Bevölkerung stattfand.

Angesichts der leeren Kasse hatte der GGR am 20. September 04 der unpopulären Massnahme einer zeitlich beschränkten dreiprozentigen linearen Lohnkürzung zugestimmt. Dagegen wurde das Referendum ergriffen, worauf in der Volksabstimmung vom 23. Januar 05 sich eine Mehrheit für diese Massnahme aussprach und rückwirkend per 1. Januar 05 für zwei Jahre in Kraft setzte. Die Lohnkürzung war mit einer dreiprozentigen Steuererhöhung gekoppelt und parallel dazu wurde unter der Bezeichnung HS07 ein Sparprogramm gestartet, das bis zum Jahre 07 wiederkehrende Einsparungen in Millionenhöhe bringen sollte.

Die finanzpolitische Entwicklung liess es zu, mit dem Voranschlag 2006 nicht nur die Wiederaufhebung der Lohnkürzung vorzusehen, sondern darüber hinaus sowohl den vollen Teuerungsausgleich per 1. Januar 06 als auch erstmals einen vollen Erfahrungsaufstieg und eine Quote für Leistungsanteile von 1 Mio. Franken zu beantragen.

Weitere Verbesserungen für das Personal bildet die Neuregelung der Arbeitszeit, indem künftig die Standardarbeitszeit der Stadtverwaltung der Jahresarbeitszeit entspricht. Ebenso gehört die versuchsweise Einführung eines «Case Management» für erkrankte Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen dazu. Während dem ganzen Jahr wurde

eifrig am Projekt Nove PIAS gearbeitet, damit dieses Personalinformations- und Abrechnungssystem zum Jahresende hin in Betrieb genommen werden konnte.

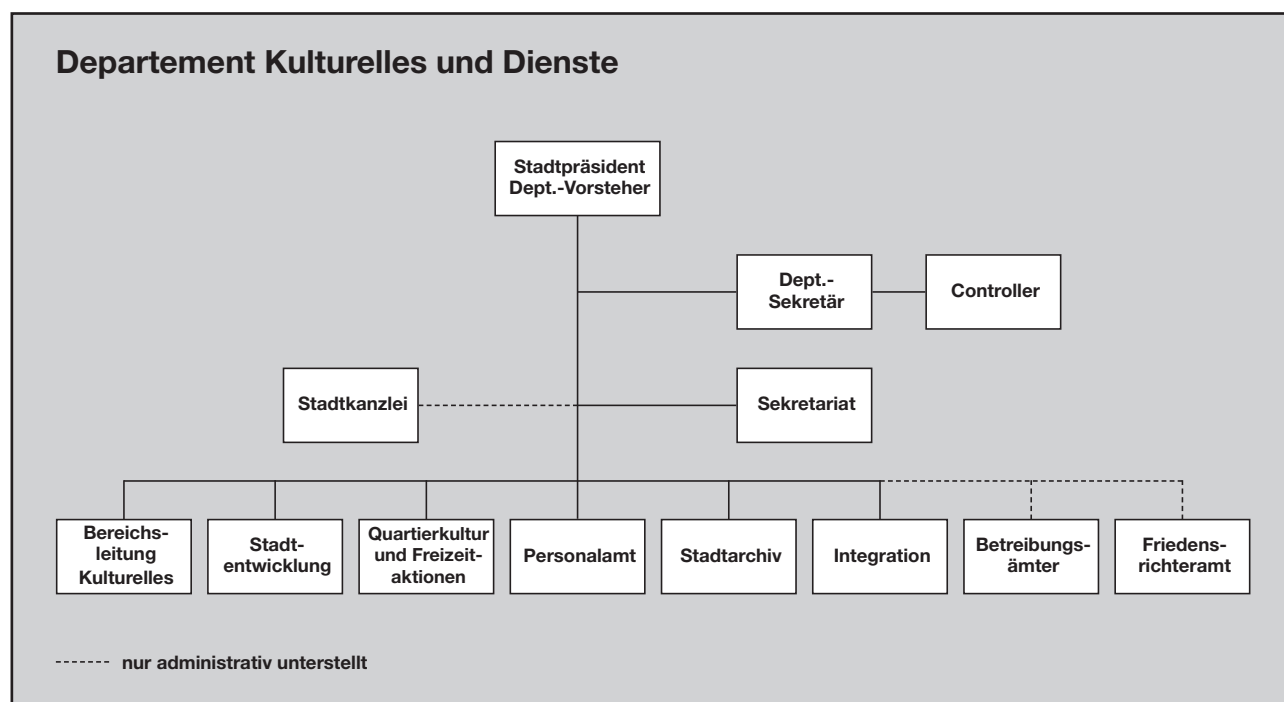
Neu geregelt wurde die Pensionsversicherung für Mitglieder des Stadtrates, indem auf das Leistungsprimat umgestellt und die Einkaufsbeteiligung der Stadt abgeschafft wurde. Das städtische Weiterbildungsangebot wurde noch häufiger genutzt als im Vorjahr, was den Mitarbeitenden ein gutes Zeugnis ausstellt.

Im Berichtsjahr konnten die Lehrverhältnisse um weitere 10 Prozent erhöht werden. Somit hat das Lehrstellenangebot innerhalb der letzten drei Jahre um über 60 Prozent zugenommen. Die Beauftragten für Gleichstellung haben im Verlaufe des Jahres einerseits einen Leitfaden für die sprachliche Gleichstellung von Frau und Mann und andererseits eine Broschüre mit Hinweisen zum Vorgehen bei sexueller Belästigung herausgegeben. Der Stadtrat hat zusätzlich den Auftrag erteilt, ein Gleichstellungscontrolling in der Stadtverwaltung einzuführen.

Die Hauptaufgabe der Stadtentwicklung bildet die Koordination von Planungen und Bauvorhaben in den Entwicklungsgebieten der Stadt. Dazu zählen die Sulzer- und Oberwinterthur sowie das Gebiet Zeughaus-Teuchelweiher. Aber auch die Umsetzung der Wohnungspolitik, Standortfragen in Bezug auf die Erweiterung der ZHW oder das regionale Gesamtverkehrskonzept gehören zu diesem umfangreichen Aufgabengebiet.

Die deutliche Zustimmung des Stimmvolkes zum beantragten Kredit für den Eulachpark zeigt, dass dieses Projekt eine breite Unterstützung findet.

Dass auch Initiativen aus der Bevölkerung Anerkennung finden können, zeigt das Beispiel Töss. Dort nimmt sich die Stadtentwicklung aktiv den Wünschen der Quartierbevölkerung an, um eine Verbesserung der Lebensqualität zu erreichen.



Dem Wohnungsbau kommt in Winterthur eine gewichtige wirtschaftliche Bedeutung zu. Erstmals wurde 2005 eine Bausumme von über einer Milliarde Franken erreicht. Trotzdem betrug der Leerwohnungsbestand lediglich 0,32%. Der Stadtrat hat im Frühling seinen Bericht zur Wohnungspolitik verabschiedet und publik gemacht. Wie gewünscht gibt es inzwischen immer mehr Projekte, mit denen die Marktlücke im mittleren und oberen Preissegment abgedeckt wird. Parallel dazu erfordert die steigende Zahl an Studierenden, dass auch diesen genügend Wohnraum zur Verfügung gestellt werden kann.

Die Integration und das Büro für Quartierkultur werden organisatorisch unter Leitung der Stadtentwicklung zusammengefasst. Bei der Integration wurde ein Rahmenkonzept für das Deutschkursangebot entwickelt, das eine bessere Koordination ermöglichen soll. Zudem ist die Stadt der Europäischen Städtekoalition gegen Rassismus beigetreten. Es wurden zahlreiche Integrationsprojekte unterstützt, wobei das Schwergewicht beim Deutschunterricht für Lernungewohnte, insbesondere Frauen lag.

In Winterthur nimmt die Kultur einen breiten Raum ein. Das wird auch so bleiben, denn nach der Zustimmung des GGR zu den Subventionsverträgen im 2004, stimmte am 27. Februar 05 auch die Bevölkerung den Subventionsverträgen der drei grossen Institutionen deutlich zu. Damit fand die stadträtliche Kulturpolitik breite Anerkennung, die sowohl auf dem Erhalt des traditionellen Kulturschaffens basiert, als auch der gezielten Förderung neuer Kulturformen. Den eigentlichen Höhepunkt bei den kulturellen Institutionen bildete die Eröffnung des Naturmuseums. Bei der Gestaltung sind die neuesten Erkenntnisse für die themengerechte Präsentation eingeflossen. Das Resultat der langjährigen Vorbereitung wurde denn auch in allen lokalen und nationalen Medien gewürdigt. Für eher lokales Aufsehen und Interesse sorgte hingegen die Unjurierte Kunstausstellung, die alle vier Jahre stattfindet.

Erfreuliche Zahlen konnte die Stadtbibliothek verzeichnen. Die Ausleihe stieg um 7,8 Prozent auf 865 710 Bücher und andere Medien. Dazu gehört auch die Integrationsbibliothek, deren Ausleihe sich um 3391 auf 11 672 Medien erhöhte.

Stadtentwicklung

Mit der Übernahme der Abteilung Stadtentwicklung des Departements Bau konnte sich die Stabsstelle Stadtentwicklung den wichtigsten Entwicklungsgebieten widmen. Mit der Übernahme der Fachstelle Statistik, infolge Pensionierung des Vorgängers neu besetzt, kann die Datengrundlage für die Formulierung von Strategien in den Bereichen Wohnen oder Wirtschaft verbessert werden.

Auf Beginn 2006 bzw. im Hinblick auf die flächendeckende Einführung von WOV werden die Fachstelle für Integration und die Quartierentwicklung – vormals Büro für Quartierkultur und Freizeitförderung – in der neuen Hauptabteilung Stadtentwicklung zusammengeführt. Diese Zusammenarbeit hat sich bereits in den Projekten «Töss» und «Zeughaus-Teuchelweiher» bewährt.

Geschäftsstelle der Stadtentwicklungskommission

Die Stadtentwicklung ist die geschäftsführende Stelle der Stadtentwicklungskommission des Stadtrates. Die Kommission wird geleitet vom Stadtpräsidenten, zudem ist der Stadtrat durch die Vorsteherin des Departements Finanzen und den Vorsteher des Departements Bau ver-

treten. Da in der Regel Querschnittsthemen behandelt werden, haben alle Departemente eine Person in diese Kommission delegiert. Mit dabei ist auch der Leiter des Stadtmarketings. Es werden stadtentwicklungsrelevante, querschnittsorientierte Fragestellungen behandelt, wobei der Schwerpunkt auch im Berichtsjahr in den Bereichen Planung und Bau lag. Wichtige Themen waren etwa die laufenden Planungen und Bauvorhaben in den Entwicklungsgebieten Stadtmitte, Oberwinterthur und im Gebiet Zeughaus-Teuchelweiher, die Umsetzung der Wohnungspolitik, Standortfragen in Bezug auf die Erweiterung der ZHW oder das regionale Gesamtverkehrskonzept. Auch gesellschaftliche und wirtschaftliche Themen wurden in verschiedenen Zusammenhängen untersucht, diskutiert und daraus entsprechende Beschlüsse gefasst.

Gebietsentwicklung

Leitbild Zeughaus-Teuchelweiher

Im Dezember 2004 wurde das vom Stadtrat verabschiedete «Leitbild Zeughaus-Teuchelweiher, Richtlinien für die zukünftige Gebietsentwicklung» der Öffentlichkeit vorgestellt. Für seine Umsetzung wurde eine Projektorganisation unter Gesamtleitung der Stadtentwicklung eingesetzt. Die relevanten Themen – in erster Linie die Umnutzung des Zeughausareals, das Freiraumkonzept und Parkierungsfragen – werden im Rahmen von Teilprojekten unter Leitung verschiedener Stellen bearbeitet. Das stark nutzungsorientierte Leitbild soll im Rahmen einer laufenden Testplanung durch Richtlinien zur Siedlung und zum Freiraum ergänzt und verfeinert werden. Die Resultate liegen im Sommer 2006 vor. Im Teilprojekt Verkehr wurde unter Leitung des Departements Bau eine strategische Umweltverträglichkeitsprüfung zur Realisierung der vom Runden Tisch Verkehr bestimmten Parkplatzzahl durchgeführt. Für die Entwicklung und Neunutzung des Zeughausareals und bezüglich des möglichen Landerwerbs durch die Stadt sind Verhandlungen mit dem Bund im Gang. Mittelfristig ist es eine Aufgabe der Stadtentwicklung, das immer noch durch die ehemalige Militärpräsenz geprägte Gebiet neuen Nutzungen zuzuführen.

Koordinationsgespräche Sulzer/Stadt

Die zwei grossen Entwicklungsgebiete Stadtmitte und Oberwinterthur sind im Besitz der Sulzer Immobilien AG. Die heutigen Erfolge vor allem im Gebiet Stadtmitte waren nur möglich durch eine enge Zusammenarbeit zwischen Sulzer und der Stadt Winterthur im Rahmen einer kooperativen Planung. Seit Anfang 2005 nimmt auch die Stadtentwicklung an den regelmässig stattfindenden Koordinationsgesprächen mit der Sulzer Immobilien AG teil. Mit den Gesprächen werden qualitätssichernde Zwecke verfolgt. Konflikte und Chancen sollen frühzeitig erkannt werden. Neben laufenden Testplanungsverfahren und den notwendigen Anpassungen an bestehende Rahmenpläne werden auch Fragen wie die Erweiterungsabsichten ansässiger Betriebe oder der Stand laufender Baubewilligungsverfahren diskutiert.

Sulzer-Areal Stadtmitte

Die Entwicklung des Sulzer-Areals Stadtmitte verläuft erfreulich. Planungen, Projekte, Realisierungen und Ansiedlungen sind auf allen Stufen im Gang. Deshalb ist eine kontinuierlich intensive Entwicklung auch für die kommenden Jahre zu erwarten. Die Baubewilligungen für die Projekte «Sieb-10» (Pionierstrasse/Bahnmeisterweg; 118 Wohnungen, Läden und Büros) und «Lokomotive» (Agnes-

strasse/Obere Briggerstrasse; 111 Wohnungen, Läden, Gewerbe und Büros) sind erteilt. Für die Neunutzung des Kesselhauses am Arealeingang hat Sulzer einen Bauträger gewonnen. Für die Bereiche «Ex Megalou» und die Gebäude 52/53 am Katharina-Sulzerplatz sind Testplanungsverfahren laufend. In Zusammenhang mit der geplanten Erweiterung der Zürcher Hochschule Winterthur wurde auch für das Areal Lagerplatz ein Testplanungsverfahren vorbereitet. Das Verfahren soll im Frühjahr starten, die Ergebnisse werden als Grundlage für eine Änderung der Nutzungsordnung (Zonenänderung mit Rahmenplan) verwendet.

Wichtig für dieses Areal ist zudem die Anbindung an den Bahnhof, die Altstadt und ans Arch-Areal. Im Rahmen eines Masterplans Bahnhof werden die verschiedenen Projektteile nun koordiniert. Die Stadtentwicklung wird sich dafür einsetzen, dass dadurch die wirtschaftliche Entwicklung der Stadtmitte unterstützt wird.

Zentrumsgebiet Oberwinterthur

Die wirtschaftliche Entwicklung im industriell geprägten Teil des Sulzer-Areals westlich der Seenerstrasse ist überwiegend erfreulich. Die Firma Zimmer plant einen weiteren Ausbau ihres Standortes an der Sulzer-Allee. Die Firma ChemTech und die Maag-Gear wollen ihre Präsenz verstärken.

Die Entwicklung auf dem östlichen Teil des Sulzer-Areals soll durch eine attraktive Mischnutzung geprägt werden. Zur Gebietsaufwertung wird der geplante Eulachpark beitragen. Mit der Zustimmung des Grossen Gemeinderates und des Volkes zum Rahmenkredit Eulachpark wurde das notwendige Vertrauen für die gelingende und qualitätsvolle Entwicklung des Zentrumsgebietes geschaffen.

Im Hinblick auf die Realisierung des Parks sind bereits erste Wohnüberbauungen entstanden, andere sind für die unmittelbare Zukunft geplant. Schwieriger wird es sein, kommerzielle Verkaufsflächen anzusiedeln, welche nicht einfach dem gängigen Industrietyp entsprechen. Dazu soll das Gebietsmanagement intensiviert und aktiver gestaltet werden. Mit den in Arbeit befindlichen «Leitlinien Oberwinterthur» werden die Entwicklungsziele des Stadtrates genannt und somit die Grundlagen zur Abstimmung der raumbedeutsamen Vorhaben und Aktivitäten präzisiert. Eine Ausweitung der Zentrumszone und die Sicherstellung einer qualitätsvollen Entwicklung nördlich des Bahnhofs Hegi sind anstehende Themen.

Projekte

Quartierentwicklung Töss («Projekt Töss»)

Im Herbst 2004 hat die Stabsstelle Stadtentwicklung eine Initiative der Tösser Bevölkerung aufgenommen und vorgeschlagen, die Probleme des Stadtteils Töss zusammen mit der Quartierbevölkerung anzugehen und mögliche Lösungen zur Verbesserung der Lebensqualität zu erarbeiten. Am 1. Februar 2005 wurde das Projekt Töss offiziell gestartet. An der Zukunftskonferenz vom 27./28. Mai und 3. Juni wurden die Stärken und Schwächen des Quartiers von über 100 Tösserinnen und Tössern bewertet und Visionen und Wünsche für die Zukunft formuliert. Zum Abschluss der Konferenz wurden acht thematische Arbeitsgruppen für die Weiterbearbeitung gebildet. An der Zwischenkonferenz vom 23. November wurden die bisherigen Ergebnisse vorgestellt. Aufgrund der sehr engagierten Arbeit der Arbeits-

gruppen dürfen für die Ergebniskonferenz vom 27. Januar 2006 interessante Vorschläge erwartet werden. Das weitere Vorgehen zur Behandlung der Vorschläge innerhalb der Stadtverwaltung sowie im Quartier wird Thema der Schlussveranstaltung bilden, an der auch der Stadtrat vertreten sein wird. Die Schlussveranstaltung wird im Mai 2006 stattfinden.

Mit der Schliessung des Bahnhofgebäudes Töss und dem angekündigten Abbau des Güterverlads von SBB Cargo gilt es zu prüfen, wie das Areal zukünftig genutzt werden kann. In diesem Sinne hat die Stadtentwicklung, zusammen mit der SBB, der Architekturabteilung der ZHW den Auftrag erteilt, verschiedene Überbauungsvarianten zu prüfen. Mit in diesen Prozess einbezogen wurde auch die lokale Arbeitsgruppe «Orte der Begegnung».

Wohnungspolitik

Die Entwicklung im Winterthurer Wohnungsbau ist weiterhin sehr dynamisch. Im Jahr 2005 wurde gesamthaft erstmals eine Bausumme von über einer Milliarde Franken erreicht. Bei diesem rasanten Wachstum sind die gesellschaftlichen und infrastrukturellen und die damit verbundenen finanziellen Folgewirkungen besonders zu beachten. Im März hat der Stadtrat seinen Bericht zur Wohnungspolitik verabschiedet, publiziert und den wichtigsten Grundeigentümern persönlich zur Kenntnis gebracht. Bei laufenden Planungen und Projekten konnten durch einzelne, zum Teil wichtige Verbesserungen erreicht werden. Erfreulicherweise gibt es eine immer grösser werdende Zahl von Projekten, welche die Marktlücken im eher mittleren bis höherpreisigen Segment abdecken. Dabei reicht die Vielfalt von modernen Lofts, über Terrassenwohnungen, Businessapartments, Reihenhäusern bis zu den klassischen Etagenwohnungen. Im Bereich Alterswohnungen erhöht sich das Angebot ebenfalls schrittweise. Dazu beitragen wird eine Überbauung der GAIWO auf dem städtischen Areal Tägelmoo. Mit dem Ausbau der ZHW wächst auch das Bedürfnis nach Zimmern für Studierende. Die Stadtentwicklung unterstützt aktiv die Bemühungen des Vereins Studentischer Wohnraum in Winterthur (SWOWI), der sein Angebot mehr als verdoppelt hat.

Bereits im Jahr 2004 wurden die Wohnbauandreserven in Winterthur mit externer Unterstützung erfasst und auf ihre Eigenschaften und Lagequalität hin beurteilt. Die Daten wurden im geografischen Informationssystem (GIS) des Vermessungsamtes eingebaut und weiteren Verwaltungsstellen zugänglich gemacht. Im Berichtsjahr mussten die Daten noch bereinigt und aktualisiert werden. Das so genannte Wohnbauportfolio bildet Grundlage für verschiedene Anwendungen in der Statistik und in der Raumbearbeitung. Zukünftig soll das Instrument auch für die Vermittlungstätigkeit des Stadtmarketing eingesetzt werden. Mit Hilfe eines kurzen Fragebogens werden die Grundeigentümerinnen und Grundeigentümer zu ihrer diesbezüglichen Interessenlage befragt.

Beleuchtungskonzept

Durch gesellschaftliche Veränderungen und technische Fortschritte sind neue Möglichkeiten und Anforderungen zur Beleuchtung des öffentlichen Raums entstanden. Inspiriert durch die Beispiele anderer Städte und den Erfolg der Internationalen Lichttage Winterthur hat die Stadtentwicklungskommission der Stabsstelle den Auftrag erteilt, Grundlagen für ein gesamtstädtisches Beleuchtungskonzept zu entwickeln. Mitte 2006 wird der Stadtrat die Strategie und das Vorgehen festlegen und anschliessend in der Öffentlichkeit zur Diskussion stellen.

Wirtschaftspolitik

Wie letztes Jahr werden vom Stadtpräsidenten alle in Winterthur neu gegründeten Firmen – ob juristische Personen oder Einzelfirmen – mit einem Schreiben begrüsst. Im Rahmen eines jeweils im Januar stattfindenden Neugründerapéros wird diesen eine Übersicht über die verschiedenen Netzwerke (Verwaltung, ZHW, KMU-Verband usw.) vermittelt.

Die Stadtentwicklung übernimmt auch die stadtinterne Koordination von privaten Projekten, wenn diese der behördlichen Unterstützung bedürfen oder einen hohen Koordinationsaufwand bedingen (bspw. Projekt Golfplatz, Standortverschiebungen von Firmen). Im Rahmen des neuen Standortkonzepts der ZHW und der Berufsschule Gesundheit hat die Stadtentwicklung die entsprechenden Stellen des Kantons begleitet und den notwendigen Koordinationsbedarf sichergestellt.

Kongresshausstandort

Im Bericht «Kongresshaus Winterthur, Potenziale und strategische Optionen» aus dem Jahr 2004 wurden die Chancen für ein primär auf den regionalen und schweizerischen Markt ausgerichtetes Kongresshaus kritisch positiv beurteilt. Die entsprechenden räumlichen und betrieblichen Anforderungen wurden im Bericht definiert. Die geforderte zentrale Lage wäre im Areal Sulzer Stadtmitte gegeben. In enger Zusammenarbeit mit Sulzer Immobilien wurde anschliessend die Umsetzung des Raumprogramms in der Cityhalle geprüft. Die Ergebnisse der Studie werden zirka Ende Februar 2006 vorliegen.

Grundlagen

Fachstelle Statistik und Grundlagen

Mit dem Wechsel der Fachstelle Statistik vom Stadtplanungsamt zur Stabsstelle Stadtentwicklung wurde die laufende Aktualisierung von «Winterthur in Zahlen» auf dem Internet in Angriff genommen. Dazu wird eine entsprechende Datenbank aufgebaut. Die entsprechende Broschüre ist im Dezember erschienen. Im neu eingerichteten Internetauftritt der Stabsstelle wird schrittweise die ständige Nachführung der Daten umgesetzt.

Eine interessante Auswertung der Universität Zürich zur Frage der «Segregation in der Stadt Winterthur und

Umgebung» dokumentiert die Bevölkerungsentwicklung von Winterthur und seinen Quartieren zwischen 1990 und 2000 und stellt diese in den Zusammenhang mit der Entwicklung im übrigen Kanton. Im Hinblick auf die vorgesehenen Neuerungen für die Volkszählung 2010 verfasste die Fachstelle in Absprache mit Fachkreisen eine Stellungnahme. So wird der vorgeschlagene Verzicht auf feingliedrige Daten im Bildungs- und Mobilitätsbereich auch in Statistik- und Wissenschaftskreisen nicht tatenlos hingenommen.

Die Leerwohnungszählung Mitte Jahr bestätigte die Attraktivität Winterthurs als Wohnort: Trotz grosser Bautätigkeit standen lediglich 0,32 % der Wohnungen zum Verkauf oder es konnten für diese noch keine Mieter gefunden werden.

Um die Angebote der Fachstelle innerhalb der Verwaltung besser bekannt zu machen und die Vernetzung der Daten in den einzelnen Departementen zu fördern, wurde zur Werkstadt Stadtentwicklung eingeladen. Die Bevölkerungsstatistik stand thematisch im Mittelpunkt des erfolgreichen verlaufenen Anlasses.

Stadtentwicklung ist auch ein Kommunikationsprozess

In ihrer Koordinationsfunktion zwischen verschiedenen Projekten, internen und externen Fachstellen sowie gegenüber der Politik hat die Stabsstelle eine interne Gesamtschau zur Kommunikationssituation erstellt.

Ein Schwerpunkt in der Kommunikation war die erfolgreiche Steuerung und Begleitung der Kommunikation zur Abstimmung «Eulachpark» in Zusammenarbeit mit dem Informationsdienst und der Stadtgärtnerei. Im Rahmen der Arbeitsgruppe Stadtentwicklung hat die Stabsstelle einen ersten Markenansatz für die Kommunikation entwickelt. Dieser soll zusammen mit dem Stadtmarketing weiterverfolgt werden. Für 2006 hat die Stabsstelle zudem den ersten Investorentag und ein «Sonderheft Winterthur» der Zeitschrift Hochparterre lanciert.

Zur kommunikativen Alltagsarbeit der Stabsstelle gehörten die schrittweise Anpassung des Internetauftritts, die Ausarbeitung von Argumentarien im Hinblick auf Abstimmungen, die Publikation Winterthur in Zahlen 2005, die Begleitung von Teilprojekten in der Arealentwicklung, die Medienarbeit in Stadtentwicklungsprojekten sowie die Unterstützung der politischen Kommunikation durch den Stadtrat.

Personalamt

Personalrecht und Personalpolitik

Am 1. Januar traten der III. Nachtrag zum Personalstatut und der IV. Nachtrag zur Vollzugsverordnung in Kraft, mit welchen im Rahmen von «win.03» die Ausrichtung der Treueprämie (Dienstaltersgeschenk) eingeschränkt wurde.

Die vom Grossen Gemeinderat am 20. September 2004 gutgeheissene lineare Lohnkürzung um 3 % (IV. Nachtrag zum Personalstatut), gegen welche die Personalverbände das Referendum ergriffen hatten, wurde in der Volksabstimmung vom 23. Januar mit 51,2 % Ja-Stimmen angenommen und trat rückwirkend auf 1. Januar in Kraft. Auf Grund der am 22. September 2004 vom Stadtrat erlassenen Richtlinien für Härtefälle hatte das Personalamt 97 Gesuche zu prüfen. Lediglich deren acht mussten abgelehnt werden.

Nachdem 2005 aus finanzpolitischen Gründen einmal mehr auf den Teuerungsausgleich, auf die Erhöhung des Erfahrungsanteils und auf eine Quote für Leistungsanteile verzichtet worden war, erlaubten zusätzliche Mittel aus dem Finanzausgleich dem Stadtrat am 14. September eine Vorlage an den Grossen Gemeinderat, mit welcher den städtischen Angestellten mit dem Dezemberlohn eine einmalige, nicht versicherte und nicht in den Lohn eingebaute Zulage von 1,5 % für das laufende Jahr ausgerichtet werden sollte. Sie entspricht der Anfang 2005 nicht ausgeglichenen Teuerung. Der Grosse Gemeinderat stimmte am 31. Oktober zu. Die finanzpolitische Entwicklung liess es zu, mit dem Antrag zum Voranschlag 2006 nicht nur die Wiederaufhebung der Lohnkürzung vorzusehen, sondern darüber hinaus sowohl den vollen Teuerungsausgleich per 1. Januar 2006 (Rückstand gegenüber dem zuletzt ausgeglichenen November-Index 2002: 2,4 %) als auch erstmals seit Einführung der neuen Lohnordnung BEREWI einen vollen Erfahrungsaufstieg und zudem eine Quote für Leistungsanteile von 1 Mio. Franken. Der Grosse Gemeinderat stimmte allen Anträgen mit dem Budget 2006 zu. Am 14. Dezember erliessen Stadtrat und Personalamt die Vollzugsweisungen zur Lohnrunde 2006.

Am 30. November beschloss der Stadtrat einen V. Nachtrag zur Vollzugsverordnung. Auf Grund der Empfehlungen der Projektgruppe «Arbeitszeit/Zeiterfassung ARZE» und nach durchgeführtem Vernehmlassungsverfahren und Bereinigung in der Personalkommission wurde mit Wirkung ab 1. Januar 2006 die Regelung der Arbeitszeit geändert: Soweit nicht feste oder besondere Arbeitszeiten gelten (in den Schichtbetrieben usw.), ist die Standardarbeitszeit der Stadtverwaltung künftig die Jahresarbeitszeit. Damit wurde ein weiterer, wichtiger Schritt auf dem Weg zur Flexibilisierung der Arbeitszeit erreicht. Das Reglement über die gleitende Arbeitszeit vom 19. November 1986 wurde aufgehoben, die Bandbreitenarbeitszeit wird mit einer reduzierten Zahl von Menüs beibehalten. Mit der flexiblen Arbeitszeit ist die Pflicht zur Zeiterfassung verbunden, die von den Angestellten in eigener Verantwortung zu führen ist. Der Stadtrat verzichtet auf ein einheitliches Zeiterfassungssystem für die ganze Stadtverwaltung und schränkte aus wirtschaftlichen Überlegungen auch die dezentrale Beschaffung elektronischer Systeme ein. Statt dessen entwickelten die Informatikdienste und das Personalamt eine Excel-Anwendung, welche die Führung der individuellen Zeitbuchhaltung erleichtert, soweit nicht besondere, auf die unterschiedlichen Bedürfnisse ausgerichtete Zeiterfassungssysteme bereits installiert sind oder nach wie vor die traditionelle «Stempeluhr» verwendet wird.

Die BEREWI-Einsprachen konnten auch in diesem Jahr noch nicht vollständig erledigt werden. Ende Jahr waren

von den insgesamt 378 Einsprachen 242 Fälle durch Entscheidung des Stadtrates und 49 Fälle durch Rückzug erledigt. Im Laufe des Jahres erstattete der Personalchef zu 129 Anträgen Mitbericht. Somit wird die letzte Phase der Besoldungsrevision erst im Laufe des Jahres 2006 definitiv abgeschlossen werden können.

Am 16. Februar erteilte der Stadtrat im Rahmen des Projektes «Haushaltsanierung 07» dem Personalamt den Auftrag, einen zentralen Stellenpool für Personalverschiebungen innerhalb der Verwaltung zu schaffen, um Entlassungen im Zusammenhang mit dem Abbau von Stellen möglichst zu vermeiden. Das Personalamt erarbeitete ein Konzept, das den Personalverbänden zur Vernehmlassung vorgelegt wurde. Nach der definitiven Bereinigung in der Personalkommission fasste der Stadtrat am 29. Juni den entsprechenden Beschluss. Der Stellenpool ist zentral beim Personalamt angegliedert und wird von den Beauftragten für Gleichstellung betreut. Kernpunkt ist, dass alle Dienststellen der Stadtverwaltung bei der Besetzung neuer Stellen in erster Linie geeignete Bewerbende aus dem Stellenpool zu berücksichtigen haben; eine externe Ausschreibung darf erst erfolgen, wenn keine geeignete interne Person rekrutiert werden kann. In den Stellenpool werden alle Angestellten aufgenommen, deren Stelle aufgehoben werden soll.

Im April erteilte der Stadtrat dem Personalamt den Auftrag, die Einführung eines «Case Management» für erkrankte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zu prüfen. Am 6. Juli stimmte der Stadtrat dem Vorschlag des Personalamtes zu, einen zweijährigen Versuch in Zusammenarbeit mit der Integrierten Psychiatrie Winterthur (IPW) durchzuführen und den entsprechenden Vertrag auszuhandeln. Für den Versuch wird pro Jahr mit Kosten von 40 000 Franken gerechnet. Am 13. September konnte der Vertrag mit der IPW unterzeichnet werden.

Am 26. Oktober legte der Stadtrat dem Grossen Gemeinderat den in seinem Auftrag vom Personalchef zusammen mit dem Leiter der Pensionskasse und dem Stadtschreiber erarbeiteten Entwurf für eine neue Verordnung über die Pensionsversicherung der Mitglieder des Stadtrates vor. Die Aufsichtskommission verabschiedete das Geschäft am 28. November in zustimmendem Sinne. Kernstück der neuen Regelung ist die Aufhebung des bisherigen «Reglements über die Pensionsversicherung der Mitglieder des Stadtrates» vom 9. Dezember 1974 und damit die Abschaffung der dort vorgesehenen Einkaufsbeteiligung der Stadt an der Pensionsversicherung sowie des nach dem Leistungsprimat bemessenen Ruhegehaltes. An deren Stelle treten ein nach dem Beitragsprimat berechnetes und damit reduziertes Ruhegehalt beim Rücktritt ab dem 55. Altersjahr und eine dem Personalstatut nachgebildete Abfindungsregelung im Falle der Nichtwiederwahl vorher.

Der Personalchef wirkte weiterhin in der Kerngruppe WOV (insbesondere im Rechtsausschuss) mit. In dieser Eigenschaft begleitete er die Ausarbeitung der Verordnung über den Finanzhaushalt der Stadt Winterthur und betreute federführend die Überarbeitung der Verordnung über die Organisation der Stadtverwaltung, die bis zum Abschluss des Vernehmlassungsverfahrens bei den Departementen und Personalverbänden vorangetrieben werden konnte.

Personalbestand, Personalbeschaffung und Funktionsbewertung

Die Grundlagen und Datenstruktur der Personalstatistik sind unverändert (siehe Bemerkungen zur Statistik): Sie weist die kumulierten Stelleneinheiten über das ganze Jahr und die Anzahl beschäftigter Personen per Stichtag aus. Aus technischen Gründen werden bestimmte Arbeits-

verhältnisse (rund 1 % der Gesamtzahl) nicht mitgezählt. Nicht ausgewiesen werden die Stelleneinheiten bei den städtischen Lehrkräften, weil deren Arbeitsverhältnisse in ihrer Struktur stark von den Verwaltungsstellen abweichen.

Das Total der besetzten Stelleneinheiten (ohne Lehrkräfte) weist gegenüber dem Vorjahr eine Differenz von -55,4 (+20,3) Stelleneinheiten aus. Im Total der Stelleneinheiten sind 390 (384,6) Lehrverhältnisse enthalten [1]. Die Anzahl der beschäftigten Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter inklusive Kleinstpensen (d.h. Personen, ohne Lehrkräfte) hat sich um 7 Personen verändert.

Die Funktionsbewertungskommission trat zu 3 (3) Sitzungen zusammen. Insgesamt wurden 68 (30) Einreichungs-Anträge beurteilt, davon 62 (21) durch die Kommission und 6 (9) im summarischen Verfahren durch das Personalamt.

Löhne und Sozialleistungen

Auf die Ausrichtung einer Teuerungszulage, auf eine Erhöhung des Erfahrungsanteils und auf die Quote für Leistungsanteile wurde verzichtet. Auf Grund der Lohnkürzung wurden die Löhne des städtischen Personals rückwirkend auf 1. Januar linear um 3 % gekürzt. Nicht gekürzt werden Löhne bis 5000 Franken brutto pro Monat bzw. 65 000 Franken pro Jahr (bezogen auf ein 100 %-Pensum), sofern der/die Angestellte gleichzeitig Kinderzulagen bei der Stadt bezog, sowie Löhne für Personal in Ausbildung.

Die Bruttobezüge und Sozialleistungen des gesamten Personals ohne Gemeindeanteil an den Löhnen der Lehrpersonen für 2005 von 38 428 477 Franken (2004: 37 507 178 Franken inkl. Sozialleistungen) betrugen:

Jahr	Bruttobezüge	Sozialleistungen	Total	Mehraufwand 2005
2005	302 975 738	52 543 813	355 519 551	8 380 673
2004	309 353 259	54 546 965	363 900 224	372 262

Personal- und Organisationsentwicklung

Die Nutzung des zentralen Weiterbildungsangebots konnte nochmals etwas gesteigert werden, nämlich auf 1128 Teilnehmertage (1076). Nicht enthalten in diesen Summen sind die Veranstaltungen der Führungsgruppen sowie die Kurse der Beauftragten für Gleichstellung und der Informatikdienste. 91 % (77 %) der Teilnehmertage entfielen im vergangenen Jahr auf stadteigene Kurse, je 4,5 % auf Kurse des Kantons und der Stadt Zürich. In den drei Jahren seit der Neugestaltung des zentralen Weiterbildungsangebots konnte eine Verdoppelung der jährlichen Teilnehmertage erreicht werden, was darauf schliessen lässt, dass das Weiterbildungsangebot dem Bedarf entspricht. Es ist auch erfreulich, dass trotz der umfangreichen Sparmassnahmen im vergangenen Jahr die Weiterbildung nicht vernachlässigt wurde, obwohl im Rahmen des Projekts win.03 auch die Weiterbildungsbudgets Kürzungen erfahren hatten.

Wie jedes Jahr wurden für das Weiterbildungsprogramm 2005 neue Kurse entwickelt. Als Beispiele seien die beiden neuen Gesundheitskurse erwähnt, in welchen die Teilnehmenden konkrete Anleitungen erhalten, wie sie

ihre Fitness und ihr Leistungsfähigkeit – insbesondere auch am Arbeitsplatz – verbessern können. Gleich doppelt geführt werden konnte der neue Kurs «Organisation und Kooperation im Sekretariat». Bei der Vorbereitung des Weiterbildungsprogramms für das Jahr 2006 wurde der Führungsschulung besondere Aufmerksamkeit geschenkt. Einerseits wurde der bereits sehr erfolgreiche Führungskurs für Ein- und Aufsteiger/innen weiterentwickelt, und andererseits wurde ein neuer Kurs für Angehörige des mittleren und oberen Kaders konzipiert, welcher eine Einführung in die städtischen Systeme und Verfahren bietet und aufzeigt, wie und wo Hilfen bei der Aufgabenbewältigung in Bereichen wie Antrags- und Berichtswesen, Information, Finanzen, Personal, Beschaffungswesen, Informatik usw. zu finden sind.

Die sieben Führungsgruppen, welche ein bedeutendes Instrument der Personal- und Organisationsentwicklung in der Hand des Stadtrats darstellen, haben sich in dessen Auftrag im vergangenen Jahr mit Fragen der Corporate Identity befasst, ein im Zeichen der Ausbreitung der WOV nicht unbedeutender Aspekt: Die gewollte vermehrt unternehmerisch orientierte Führung der einzelnen Verwaltungseinheiten erfordert Massnahmen, welche die gemeinsamen Werte und den Zusammenhalt der Gesamtverwaltung stärken.

Lehrlingswesen

Die Zahl der Lehrverhältnisse hat sich um weitere 10 % erhöht. Am Schluss des Berichtsjahres standen 171 (155) Personen in einem Ausbildungsverhältnis nach Berufsbildungsgesetz. Das Lehrstellenangebot hat sich in den letzten drei Jahren um mehr als 60 % erhöht. Eine weitere Erhöhung des Ausbildungsangebotes im Umfang der letzten Jahre ist nicht zu realisieren. Die Überprüfung betreffend Schaffung weiterer Ausbildungsplätze wird hingegen als eine Daueraufgabe betrachtet. Die Kapazitäten sind aber nicht unbegrenzt; räumliche, personelle, organisatorische und finanzielle Rahmenbedingungen setzen Grenzen. Auch die Qualität der Ausbildung muss gewährleistet sein.

Anlässlich der Preisverleihung für «Rauchfrei durch die Lehre» konnte Stadtpräsident Wohlwend zum dritten Mal acht Jugendliche belohnen, da sie aufs Rauchen verzichteten. Rund 60 % (60 %) der Lernenden nehmen am Programm teil. Leider sind zwischenzeitlich 42 % (31 %) ausgestiegen. Rückfragen ergaben, dass von diesen jedoch nur sehr wenige zu rauchen begonnen haben.

Als Ersatz des bisher jährlich durchgeführten Lehrlingstages bietet das Personalamt zusammen mit den Bereichen 16 halbtägige Veranstaltungen nach Wahl an. Die Anlässe sind freiwillig und so gewählt, dass die Lernenden Einblick in verschiedene Organisationen und Dienstleistungen der Stadtverwaltung erhalten. Pro Lehrjahr dürfen maximal zwei Anlässe besucht werden. Das Programm wird versuchsweise für die Dauer von zwei Jahren geplant und anschliessend evaluiert.

Seit Sommer 2003 werden die neu eintretenden kaufmännischen Lernenden auf der Basis der überarbeiteten kaufmännischen Grundausbildung unterrichtet und gefördert. Hauptziel der Reform ist es, die kaufmännische Lehre praxisorientierter zu gestalten. Die KV-Reform bedeutet für die Berufsbildner/innen ein regelrechtes Job Enrichment, aber auch zusätzlichen Aufwand und zeitlich stärkere Beanspruchung. Die Schulung der Berufsbildner/innen erfolgt durch die zentrale Lehrlingsstelle im Personalamt. Die branchenspezifische Ausbildung der Branche öffentliche Verwaltung wird durch den Verein Zürcher Gemeindeschreiber und Verwaltungsfachleute (VZGV) durchgeführt. Das Personalamt beteiligt sich daran mit einem Leiter überbetriebliche Kurse.

[1] Beim Total der besetzten Stelleneinheiten handelt es sich um das Total der tatsächlich geleisteten Pensen aller während des Jahres beschäftigten Mitarbeiter/innen, umgerechnet auf Vollbeschäftigten (siehe auch Personalstatistik), unabhängig von Dauer, Voll- und Teilzeit, in Berücksichtigung von Ein- und Austritten sowie unbezahltem Urlaub. Die Zahl ist nicht identisch mit dem bewilligten Soll-Stellenplan.

Mitarbeiter/innenberatung

Es fanden 246 (285) Beratungsgespräche mit Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern statt. 116 (135) davon betrafen Frauen, 130 (150) Männer. Daneben führte der Mitarbeiter/innenberater 7 (3) Sitzungen im Rahmen von Teamsupervisionen durch. Telefonische Auskünfte beziehungsweise Beratungen erteilte er 11 (4). Die reinen Vorgesetztenberatungen nahmen auf 21 zu (17). Die rein arithmetisch gesehen leichte Abnahme der Anzahl Beratungen gegenüber dem letzten Jahr dürfte einerseits mit einer gewissen Entlastung durch die beratende Tätigkeit der Beauftragten für Gleichstellung zusammenhängen, andererseits damit, dass der Mitarbeiter/innenberater auch in die Beurteilung der Härtefälle im Zusammenhang mit der Lohnkürzung involviert war.

Unter den Besprechungsthemen dominierten Fragen im Zusammenhang mit dem Arbeitsplatz mit 156 (172) Besprechungen. Davon betrafen 5 (10) die Vorbereitung und Assistenz des Beraters bei schwierigen Qualifikationsgesprächen, 2 (12) wurden im Rahmen einer Mediation geführt. An einem Teil dieser Besprechungen waren (auch deshalb) Vorgesetzte beteiligt. Sowohl im Zusammenhang mit Reorganisationen als auch aus anderen Gründen betrafen 39 Gespräche Kündigungssituationen. Neu kam es zu 11 Gesprächen mit Lehrlingen im Zusammenhang mit Schwierigkeiten in der Ausbildung. 21 (33) Beratungen betrafen Finanzprobleme, 16 (27) Fragen im Zusammenhang mit Alkoholproblemen am Arbeitsplatz, 17 (24) Gespräche galten Fragen im Zusammenhang mit körperlicher und/oder psychischer Krankheit, 18 (16) Unterredungen standen im Zusammenhang mit familiären Angelegenheiten, die übrigen 18 (13) Gespräche waren verschiedenen Themen gewidmet.

Als Mitglied der Arbeitsgruppe Pensionierungsvorbereitung nahm der Mitarbeiter/innenberater an 16 (16) Sitzungen und Veranstaltungen teil. Im Rahmen des Programms «Suchtprobleme am Arbeitsplatz» wurde neben der reinen operativen Tätigkeit in Zusammenarbeit mit der neuen Leitung der Winterthurer Fachstelle für Alkoholprobleme (WFA) ein Schulungstag innerhalb der obligatorischen Führungsschulung für Vorgesetzte durchgeführt.

Im fünften Jahr des Sozialstellenplans – der mit einem jährlich wiederkehrenden Kredit von 450 000 Franken dotiert ist – wurden drei bisherige Fälle weitergeführt. Zwei bisherige Fälle belasten den Sozialstellenkredit aus verschiedenen Gründen nicht mehr. Neu wurden vier Gesuche gestellt. Eines davon wurde bereits durch die spätere Invalidisierung der Bezügerin wieder gegenstandslos. Zwei weitere Gesuche betreffen erst das Kalenderjahr 2006. Im Rahmen des Sozialstellenplans wurden 2005 421 000 Franken (350 000 Fr.) aufgewendet. Damit wurde der Kredit praktisch vollständig ausgeschöpft. Der Mitarbeiter/innenberater führte ein (drei) Gespräch mit einer Betroffenen mit ihren Vorgesetzten zusammen und drei Gespräche mit je einer Gesuchstellerin.

Im Rahmen des neu eingeführten Case Managements wurden fünf Fälle mit der Case Managerin besprochen; zwei davon betreut sie inzwischen.

Beauftragte für Gleichstellung

Eine zeitgemässe Sprache, die Frauen und Männer in gleichem Ausmass berücksichtigt, war 2005 ein inhaltlicher Schwerpunkt. In diesem Zusammenhang erliess der Stadtrat am 8. Juni 2005 die «Richtlinien zur sprachlichen Gleichstellung von Frau und Mann» neu. Gleichzeitig veröffentlichte das Gleichstellungsbüro den neuen Sprachleitfaden mit 12 Sprachregeln und vielen Anwendungsvorschlägen. Der vom Personalamt angebotene Kurs «Modern schreiben» sowie spezifische Informationen in

Teams unterstützten die Vertiefung der sprachlicher Gleichstellung zusätzlich.

Im Rahmen des neu lancierten Projektes «sexuelle Belästigung am Arbeitsplatz» erschien eine Broschüre mit Informationen und einem Leitfaden mit Hinweisen zum Vorgehen bei Belästigungen mit sexuellem Bezug. Die Gleichstellungsbeauftragten veröffentlichten begleitende Merkblätter über sexuelle Belästigung und Mobbing. Das Tabu rund um die sexuelle Belästigung zu brechen, zu informieren und zu sensibilisieren, stand bei den verschiedenen Aktivitäten ebenso im Vordergrund wie die Prävention. So wurden betroffene Teams unterstützt und geschult, und die neuen Mitarbeitenden der Stadtverwaltung wurden an den Einführungsveranstaltungen neu über sexuelle Belästigung am Arbeitsplatz informiert.

Die Krippenplätze in der Arbeitgeberkrippe «Chäferfäsch» haben sich in den rund drei Jahren ihres Bestehens bewährt. Die 10 Plätze entsprechen einem Bedürfnis der Mitarbeitenden mit Kleinkindern und erfreuen sich grosser Beliebtheit. Inzwischen zeichnet sich ein zunehmender Bedarf an Plätzen für Säuglinge ab, dem nur noch teilweise entsprochen werden kann. Die Vergabe und das Vertragswesen der Krippenplätze sowie die Bearbeitung der Warteliste und die Absprachen mit den Interessierten waren sowohl beraterisch wie auch administrativ aufwändig.

Die Beratungsgespräche waren nach wie vor ein wichtiger Bestandteil der Aufgaben der Gleichstellungsbeauftragten. Reorganisationen, Veränderungen und Abbau in verschiedenen Bereichen, der Druck und die Angst, die Stelle zu verlieren, führte Mitarbeitende und Vorgesetzte in die Beratung. Auffällig war, dass dieses Jahr Mitarbeitende vermehrt Hilfe bei der Vorbereitung von Beurteilungs- und Konfliktgesprächen holten oder Vorgesetzte sich vor schwierigen Qualifikationsgesprächen mit Mitarbeitenden beraten liessen. Die Beratungen blieben komplex und entsprechend zeitlich intensiv. Neben den erwähnten Themen standen andere wie persönliche Konflikte am Arbeitsplatz, Entlassung, Lohnfragen, beruflicher Wiedereinstieg sowie Vereinbarkeit von Familie und Beruf im Vordergrund. Es wurden 207 (225) Beratungsgespräche geführt. Insgesamt nahmen 87 (56) Frauen und 16 (15) Männer diese Dienstleistung in Anspruch. Währenddem die Mehrfachberatungen leicht abnahmen, war eine deutliche Zunahme von Kurzberatungen zu verzeichnen. Die Gleichstellungsbeauftragten unterstützten 6 (6) Selektionsverfahren; zwei von den drei Kaderstellen konnten mit Frauen besetzt werden. Auch hier zeigte sich deutlich der positive Synergieeffekt der Vernetzung der Gleichstellungs- mit der allgemeinen Personalarbeit.

Das Weiterbildungsangebot im Bereich Gleichstellung wurde rege genutzt. Dank grosser Nachfrage konnte der Workshop «Gender Working» doppelt geführt werden. Auffällig war, dass sich vermehrt Männer für dieses Thema interessieren und den Kurs besuchten. Auf Wunsch von Teams wurden wiederum individuelle Schulungen zum Thema «Grenzen setzen – Grenzen akzeptieren» durchgeführt. Frauen beschäftigten sich vermehrt mit ihrer Laufbahnplanung und erarbeiteten sich in gezielten Weiterbildungskursen berufliche Perspektiven. Mit grossem Erfolg gestalteten die Beauftragten für Gleichstellung im Rahmen des obligatorischen Führungskurses zwei Tage zu den Themen «sexuelle Belästigung» und «Gender Working».

Am 6. Dezember erteilte der Stadtrat den Beauftragten für Gleichstellung den Auftrag, das Projekt «Gleichstellungscontrolling in der Stadtverwaltung» durchzuführen. Im Rahmen der Legislaturperiode 2006/2010 werden mit den Pilotorganisationen Stadtbau, Stadtpolizei, Spitex und Departement Bau nach bereits erfolgter Bestandesaufnahme individuell abgestimmte Ziele in den Bereichen Chancengleichheit zwischen Frau und Mann, Vereinbar-

keit von Familie und Beruf, Frauenanteil auf allen Stufen oder Nachwuchsförderung von Frauen im Kader erarbeitet. Die Umsetzung erfolgt dann schrittweise, begleitet von Reportings. Die Ziele der Chancengleichheit werden in die Strategien und Strukturen der Pilotorganisationen integriert, die Führungskräfte direkt in die Verantwortung eingebunden und damit die strukturelle Gleichstellung von Frau und Mann gewährleistet.

Die Stadtverwaltung beteiligte sich auch dieses Jahr wieder am nationalen Tochtertag, welcher im bisherigen Rahmen durchgeführt wurde. Hauptziel des Tochtertages für Mädchen ist die Förderung einer offenen Berufswahl sowie die Auseinandersetzung mit Lebensläufen und Berufslaufbahnen von Frauen und Männern in unbekannten Berufen.

34 Frauen hatten ein Gesuch für ein Stipendium zum beruflichen Wiedereinstieg eingereicht für total 174 000 Franken. Die Abklärungsgespräche und Prüfung der Gesuche waren dieses Jahr zeitintensiv und aufwändig. 13 Gesuche konnten ganz oder zum Teil bewilligt werden. Damit werden Familienfrauen unterstützt, um ihnen einen qualifizierten Wiedereinstieg ins Berufsleben zu erleichtern.

Die Beauftragten für Gleichstellung waren neben ihren Kernaufgaben in unterschiedlichen Gremien aktiv und nahmen an zahlreichen Veranstaltungen und Sitzungen teil. Zusätzlich übernahmen sie die Aufgaben und die Beratung im Stellenpool. Ebenfalls leisteten sie Unterstützung bei der Bearbeitung der Härtefälle im Zusammenhang mit der Lohnkürzung von 3 %.

Verschiedenes

Das im Jahre 1991 eingeführte bisherige Lohnabrechnungssystem PIAS stand während 15 Jahren ohne Probleme und äusserst kostengünstig im Einsatz. Mit dem Projekt Nove PIAS wird ein neues, einheitliches Personalinformations- und Abrechnungssystem auf Januar 2006 realisiert werden. Das neue HR-System basiert auf der Standard-Software SAP. Es wird das Modul «mySAP HR» eingesetzt, welches vor allem die Funktionen Lohnadministration sowie Planung und Controlling im Personalbereich unterstützen soll. Mit dem neuen Personalinformations-

system werden personalpolitische Massnahmen und Absichten optimal unterstützt. Es stellt die monatlichen Lohnzahlungen und Sozialversicherungsabzüge sicher und liefert die notwendigen Auswertungen und Kennzahlen. Jährlich werden mehr als 70 000 Lohnabrechnungen und rund 8500 Lohnausweise erstellt und verschickt. Die Projektleitungsaufgaben sowie die Vorbereitungs-, Migrations-, Test- und Einführungsarbeiten des neuen PIAS beanspruchten die internen Ressourcen des Personalamtes neben dem Tagesgeschäft stark.

Das Personalamt erstattete – nebst den Einspracheverfahren BEREWI – zu Händen des Stadtrates Mitbericht zu 43 Personalgeschäften sowie zu 27 Stellenplan-, Rechtsmittel- und weiteren Geschäften und erteilte seine Zustimmung zu 19 Personalverfügungen ab Lohnklasse 12. Zu Händen des Stadtrats war eine Vernehmlassung an die kantonale Finanzdirektion betr. die Nachführung des Personalrechts zu verfassen. Der Rechtsdienst (juristische Prüfung personalrechtlicher Anfragen und Sachverhalte sowie Rechtsmittelverfahren) beanspruchte den Personalchef in weiter zunehmendem Mass, ebenso die Beratung in Konflikt- und Mediationsfällen (22 Beratungsgespräche). Arbeitsintensiv war ferner die Begleitung der Reorganisation des Bereiches Alter und Pflege und der Kantonalisierung des RAV, vor allem hinsichtlich der Lösung damit verbundener personeller Einzelfälle.

Die Personalkommission trat zu 4 (6) Sitzungen zusammen. Mit dem Kanton, der Stadt Zürich und den Zürcher Gemeinden fanden 2 (2) personalpolitische Koordinations-sitzungen statt. Die Konferenz der Personalverantwortlichen der Departemente und Ämter trat unter dem Vorsitz des Personalchefs zu 4 (4) Sitzungen zusammen. Der Personalchef wirkte an der Selektion für 1 (3) Stellen im oberen Kader mit. Zusammen mit dem Institut für Verwaltungsmanagement der Zürcher Hochschule Winterthur organisierte er wiederum ein Weiterbildungsseminar für die Mitglieder des Stadtrats, das am 6./7. April stattfand. Der Personalchef leitete den Projektausschuss «Nove PIAS», übernahm im Rahmen des Projektes «Haushaltsanierung 07» die Teilprojektleitung «Retro 2000» und wirkte mit in der Projektorganisation des Teilprojektes «Fokus».

Personalstatistik 2005 Verwaltungspersonal (BKAT 1) und Ausbildungsverhältnisse (ohne Praktika)

	Stelleneinheiten (kumuliert)				Personen (Stichtag 31.12.2005)			
	Frauen	Männer	Total 2005	Total 2004	Frauen	Männer	Total 2005	Total 2004
Stadtkanzlei	5.9	9.5	15.4	15.1	12	13	25	25
Subtotal	5.9	9.5	15.4	15.1	12	13	25	25
Kulturelles und Dienste								
Departementssekretariat	1.2	1.5	2.7	3.5	2	2	4	4
Stadtentwicklung	0.3	3.4	3.7		1	4	5	
Personalamt	39.9	21.5	61.4	58.6	44	22	66	64
Stadtarchiv	1.5	1.5	3	3	3	2	5	5
Integration	2.7	0	2.7	3.5	8	0	8	6
Kulturelles	72.8	47.7	120.5	118.6	250	107	357	353
Stadtman- und Betreibungsämter	11.5	16.9	28.4	30	17	17	34	37
Friedensrichterämter	2.3	0	2.3	2.2	4	0	4	4
Subtotal	132.2	92.5	224.7	219.4	329	154	483	473
Finanzen								
Departementssekretariat	2	1	3	2.6	2	1	3	3
Finanzkontrolle	1.8	3	4.8	4.8	2	3	5	5
Finanzamt	7.1	8.2	15.3	15.2	10	8	18	18
Steueramt	28.3	16.2	44.5	45.3	32	17	49	47
Liegenschaftsverwaltung	24.2	15.9	40.1	40.8	90	39	129	154
Informatikdienste	2.5	38.5	41	40.8	7	44	51	51
Subtotal	65.9	82.8	148.7	149.5	143	112	255	278
Bau								
Departementssekretariat	2.8	2	4.8	5.2	4	2	6	6
Stadtplanungsamt	4.8	7.9	12.7	14.9	5	7	12	16
Tiefbau	9	182.9	191.9	194.7	11	189	200	196
Hochbau	6	20.7	26.7	27.5	7	21	28	29
Vermessungsamt	2.7	16.2	18.9	19.3	2	18	20	20
Baupolizeiamt	10.7	20.5	31.2	30.6	13	21	34	35
Subtotal	36	250.2	286.2	292.2	42	258	300	302
Sicherheit und Umwelt								
Departementssekretariat	1	2	3	3	1	2	3	3
Polizeirichteramt	4.9	2.4	7.3	7.5	5	3	8	8
Stadtpolizei	44.1	186	230.1	236.6	110	183	293	298
Feuerwehr	3.5	32.6	36.1	36.5	6	32	38	38
Zivilschutzamt	2.5	14.6	17.1	18.8	4	14	18	20
Gesundheitsamt	1.2	9.2	10.4	11	4	10	14	15
Melde- und Zivilstandswesen	24.3	7.1	31.4	34.2	31	8	39	40
Arbeitsamt	59.1	60.1	119.2	116.4	69	63	132	131
Umweltschutzfachstelle	1.2	1	2.2	2.3	2	1	3	3
Subtotal	141.8	315	456.8	466.3	232	316	548	556
Schule und Sport								
Departementssekretariat	2.7	0.7	3.4	3.4	5	1	6	6
Schulbehörden	6.2	1.8	8	8.1	11	3	14	14
Bereich Bildung	84.3	10.7	95	100.3	242	69	311	312
Bereich Zentrale Dienste	101.4	66.5	167.9	165.4	435	132	567	469
Bereich Berufsbildung	20.8	213.9	234.7	241.1	32	215	247	273
Bereich Sport	10.8	26	36.8	39.3	31	33	64	78
Subtotal	226.2	319.6	545.8	557.7	756	453	1209	1152
Soziales								
Departementssekretariat	3	2.6	5.6	5.8	5	3	8	8
Vormundschaftsamt	12.8	2.3	15.1	49.2	18	3	21	20
Soziale Dienste	116.7	68.4	185.1	163.3	211	89	300	316
Alter und Pflege	573.1	110.6	683.7	714.6	905	124	1029	1065
Subtotal	705.6	183.9	889.5	932.9	1139	219	1358	1409
Technische Betriebe								
Departementssekretariat	0.9	1	1.9	2.1	2	1	3	4
Städtische Werke	41.5	266.2	307.7	307.3	60	285	345	346
Stadtbus	20.1	210.3	230.4	217.1	27	220	247	231
Forstbetrieb	0.5	25.2	25.7	26	1	28	29	29
Stadtgärtnerei	22.1	69.3	91.4	94.1	31	72	103	106
Subtotal	85.1	572	657.1	646.6	121	606	727	716
Total	1398.7	1825.5	3224.2	3279.6	2774	2131	4905	4911
Im Total enthalten: Lehrverhältnisse	123.7	266.3	390	384.6	127	276	403	407

Personen (Stichtag 31.12.2005)

	Frauen	Männer	Total 2005	Total 2004
Lehrkräfte, inkl. Fachlehrkräfte, Vikariate (Stichtag 31.12.2005)				
Die Stelleneinheiten bei den städtischen Lehrkräften werden nicht ausgewiesen, weil diese Arbeitsverhältnisse in ihrer Struktur stark von den Verwaltungsstellen abweichen. Ein direkter Vergleich kann zu Missverständnissen führen, insbesondere bei den zahlreichen Teilzeit-Arbeitsverhältnissen, deren Pensen sich häufig während des Jahres ändern.				
Städtische Schulen	461	165	626	651
Kant. Volksschule	530	112	642	694
Total	991	277	1268	1345

Bemerkungen:

Stelleneinheiten kumuliert = Total der geleisteten Pensen aller während des Jahres beschäftigten MitarbeiterInnen (eingeschlossen alle während des ganzen Jahres und während nur einer beschränkten Dauer in Voll- und Teilzeit Beschäftigten, in Berücksichtigung von Ein- und Austritten sowie unbezahltem Urlaub) umgerechnet auf Vollbeschäftigten.

Für die Berechnung der Stelleneinheiten kumuliert werden folgende Arbeitsverhältnisse berücksichtigt:

- im Monatslohn (Voll- und Teilpensum): wenn Einreihung und Pensum vorhanden
- im Stundenlohn: aufgrund der abgerechneten Pensen der Stundenlohn-Lohnarten (geleistete Stunden, die auf eine fremde Kostenstelle verbucht werden, können nicht berücksichtigt werden).
- Sozialstellen und Besitzstandsfälle sind nur berücksichtigt, wenn obige Bedingungen zutreffen.

Stadtammann- und Betreibungsämter

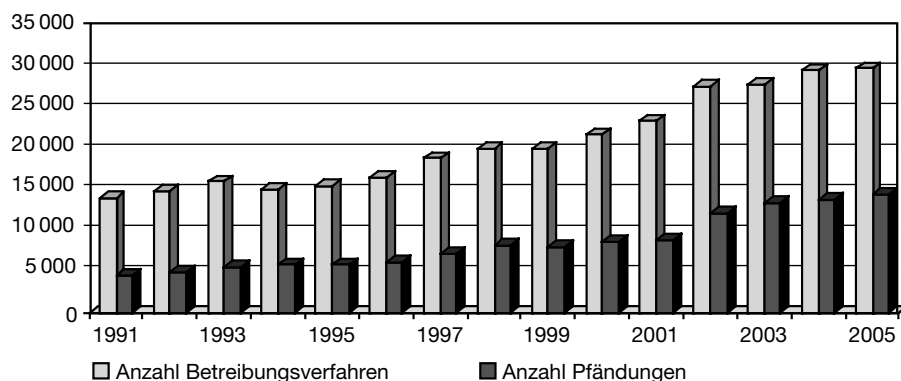
Auch im Jahre 2005 haben die Winterthurer Betreibungsämter erneut Höchstzahlen zu verzeichnen. Die eingeleiteten Betreibungsverfahren sind zwar nur leicht angestiegen, aber mit 30 173 ausgestellten Zahlungsbefehlen wird erstmals in der Stadt Winterthur die 30-tausender Grenze überschritten. Bei den vollzogenen Pfändungen gibt es eine grössere Zunahme zu verzeichnen (gegenüber dem Jahr 2004 um 5 % auf 14 638). Die Steigerung bei den Pfändungen bedingt grosse Mehrarbeit, denn dieser Teil des Vollstreckungsverfahrens ist sehr zeitintensiv. Oftmals ergeben sich aus den Einvernahmegesprächen weitere Probleme, denen sich Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Winterthurer Stadtammann- und Betreibungsämter annehmen müssen. Die nicht immer vorhandene Auskunftsbereitschaft führt zu umfangreichen Abklärungen. Renitenz, verbunden mit Drohungen, sprachliche Schwierigkeiten und psychische Erkrankungen bei der Kundschaft erschweren die Arbeit. Besorgniserregend ist die Zunahme jugendlicher Schuldner. 18- bis 25-Jährige müssen zunehmend auf die Amtsstellen vorgeladen werden. Die Forderungsgründe zeigen, dass der Umgang mit

Geld Schwierigkeiten bereitet. Der Wunsch nach Trendartikeln, Kauf auf Kredit, aber auch Ausgaben für Vergnügen sind Gründe für diese Erscheinung. Bei den stadtmannamtlichen Geschäften sind gegenüber dem Vorjahr keine wesentlichen Veränderungen zu verzeichnen. Einzelne Geschäfte erfordern komplexere und aufwändigere Bearbeitung, beispielsweise gerichtliche Ausweisungsverfahren, Befundaufnahmen und Vollzugsmassnahmen bei nachbarrechtlichen Streitigkeiten. Die jährlich durch das Bezirksgericht Winterthur sowie das Betreibungsinspektorat des Obergerichts des Kantons Zürich durchgeführten Inspektionen ergaben auch im Jahre 2005 keine Beanstandungen.

Jahresstatistik 2004/2005

	2004	2005
Betreibungsamt	Total	Total
Konkursandrohungen	617	726
Verlustscheine	11 602	11 579
Auskünfte über Zahlungsfähigkeit	20 115	20 642
Stadtammannamt		
Befundaufnahmen	74	70
Gerichtliche Ausweisungen	44	48
Allgemeine Verbote	18	28

Eingeleitete Betreibungs- und Pfändungsverfahren in der Stadt Winterthur (Kreis I – IV)



Friedensrichteramt

Im Berichtsjahr wurden insgesamt 482 Fälle erledigt (2004: 583, 2003: 495). Somit hat sich die Fallzahl wieder normalisiert, nachdem es im Vorjahr durch die Änderung des Scheidungsrechtes zu einem markanten Anstieg kam (Scheidungsklagen 2003: 59, 2004: 117, 2005: 74). Knapp 70 % der Scheidungsklagen endeten mit einer Weisung an das Gericht, da bei der Überweisung eines gemeinsam unterzeichneten Begehrens die Gefahr besteht, dass die Scheidung trotz Ablauf der gesetzlichen Trennungsfrist von zwei Jahren über Monate hinausgezögert werden kann. Weiter erledigt wurden 329 gewöhnliche Zivilklagen (68,3 % der Gesamtfälle; 2004: 394), 21 Vaterschafts- und Unterhaltsklagen (4,3 %; 2004: 5), 46 Kompetenzfälle (9,5 %; 2004: 44) sowie 12 Ehrverletzungsklagen (2,5 %; 2004: 23). In 280 der 482 Fälle konnte eine aussergerichtliche Lösung gefunden werden (58,1 %; 2004: 56,4 %).

Von den 202 Fällen, in denen eine Weisung an das Gericht ausgestellt werden musste, wurde die Klage in 107 Fällen bestritten. In 95 Fällen erschien die beklagte Partei nicht zur Sühnverhandlung oder es gab ein schriftliches Verfahren. In 72,4 % (2004: 71 %) der Fälle, in denen eine Sühnverhandlung ordentlich durchgeführt werden konnte, wurde die Klage endgültig erledigt. Als besonders aufwändig haben sich auch in diesem Jahr die Kompetenzfälle – dies sind Klagen mit einem Streitwert bis 500 Franken – erwiesen. Weil es in diesen Fällen häufig mehr um das Prinzip als um die Sache geht, gestaltet sich das Finden einer einvernehmlichen Lösung als schwierig. Auch für einen Streitwert von 14 Franken muss ein Hauptverfahren durchgeführt werden, unter Umständen samt Beweisverfahren mit Zeugeneinvernahmen.

Konstant geblieben ist die Zahl der allgemeinen Auskünfte (Audienzgespräche) mit 486 (2004: 482). Das Friedensrichteramt bleibt für die Bevölkerung eine wichtige Anlaufstelle bei rechtlichen Problemen, insbesondere bei

Verfahrensfragen, und nimmt eine Triage-Funktion ein.

Auch in diesem Jahr kam es zu verschiedenen bedrohlichen Situationen, welche den Beizug der Stadtpolizei notwendig machten.

Friedensrichterämter

	Verfahren	Total
A. Sühnverfahren in Zivilstreitigkeiten:		
Zu behandelnde Klagen:		
1. Übertrag aus dem Vorjahr	49	
2. Neu eingegangene Klagen	445	494
Erledigt im Geschäftsjahr:		
1. Durch Rückzug oder Abschreibung	71	
2. Durch Anerkennung	25	
3. Durch Vergleich	114	
4. Durch Weisung (davon 50 Scheidungen)	199	
5. Durch Überweisung (Scheidungen)	15	424
Übertrag auf das folgende Jahr		70
B. Zivilprozesse bis Fr. 500.– Streitwert		
Zu behandelnde Klagen:		
1. Übertrag aus dem Vorjahr	11	
2. Neu eingegangene Klagen	36	47
Erledigt im Geschäftsjahr:		
1. Durch Urteil	19	
2. Durch Verfügung	27	46
Übertrag auf das folgende Jahr		1
C. Sühnverfahren über Ehrverletzungsklagen		
Zu behandelnde Klagen:		
1. Übertrag aus dem Vorjahr	1	
2. Neu eingegangene Klagen	11	12
Erledigt im Geschäftsjahr:		
1. Durch Vergleich	4	
2. Durch Rückzug oder Abschreibung	5	
3. Durch Weisung	3	12
Übertrag auf das folgende Jahr		0
D. Audienzgespräche		486
Total erledigte Fälle 2004		482
Vorjahr		583

Stadtarchiv

Grosse Ablieferungen von Akten und Plänen gingen infolge von Reorganisationen aus den Abteilungen Stadtplanung und Hochbau (je 30 lfm), RAV, Fürsorgebehörde (40 Bände) und Asylkoordination ein. Gewohnter regelmässiger Nachschub kam aus der Stadtkanzlei und den Departementen, speziell den Bereichen Finanzen, Baupolizei, Gebäudeunterhalt, Denkmalpflege, Gewerbepolizei, Stipendienstelle, Forstbetrieb und Städtische Werke.

Bei den nichtamtlichen Beständen sind Nachlieferungen zu den Deposita Baumeisterverband, SP (Protokolle Altstadt-Mattenbach 1930–81) und FDP zu verzeichnen. Zur Dokumentsammlung Alt-Seen von F. Götsch brachte H.P. Friess einige weitere bemerkenswerte Stücke. R. Esseiva verdankt das Stadtarchiv ein interessantes Geschäftsbuch der ehemaligen Metzgerei Hersperger am Untertor und Dr. R. Bernhard Protokolle des Bundesfeierkomitees. Ferner nahm das Stadtarchiv den archivarischen Nachlass des Krankenpflegevereins Wülflingen auf.

Die Handbibliothek wuchs um 61 Titel. Auch Reihenwerke, Zeitschriften und Amtsdruckschriften verzeichneten den gewohnten Zuwachs, dank Zuwendungen des Bundesarchivs, der Staatsarchive Zürich, Thurgau, Luzern und des Stadtarchivs Sursee.

Zu den im vorarchivarischen Bereich anstehenden Fragen konnte der Stadtarchivar im Stadtrat berichten.

Auf Wunsch der Abteilung Siedlungsplanung wurde aufgrund der umfangreichen Ablieferung ein Registraturplan in Angriff genommen.

Bei den Restaurierungen konnten einige Bände extern und einige Dutzend Pläne im Haus saniert, viele durch eigene Kräfte instand gestellt werden.

Die neue Hybrid-Kamera für Mikroverfilmung und Digitalisierung erlaubt, die Originale zu schützen und Kundenwünsche flexibler zu befriedigen. Es wurden etliche Dutzend CDs mit einigen hundert Plänen, Archivalien und Siegeln produziert. Dank einer neuen Gebührenordnung haben sich die Einnahmen im zweiten Halbjahr etwa verdoppelt. Die Mikroverfilmung führte das zusammen mit der Stadt-, Zentral- und Landesbibliothek betriebene Projekt «Landbote» fort, das der Konservierung und der Befriedigung der regen Nachfrage nach Kopien dient. Ferner wurden 60 000 Seiten zugleich verfilmt und digitalisiert, teils zur Sicherung, teils zur Beschleunigung des Zugriffs, teils zur Mehrung der schwindenden Raumreserven. Die «Komprimierung» kann die Beschaffung neuen Magazinraums noch etwas verzögern.

Das Stadtarchiv beteiligte sich gemeinsam mit der Stadtbibliothek an der Ausbildung von Informations- und Dokumentationsassistentinnen und an den Lehrlingsanlässen zur Horizonterweiterung. Die Archivmitarbeiterinnen besuchten die Informatik- und Paläographiekurse in ihrer Freizeit, um die Öffnungszeiten einhalten zu können.

Die Anfragen der Kundschaft gingen vom Mittelalter bis zur Gegenwart. Manche haben die lokalhistorische Kenntnis bereichert und zu Publikationen* geführt. Zuweilen drängte sich angesichts knapper Ressourcen auch die Frage nach einem vernünftigen Verhältnis von Aufwand und Ergebnis auf. Amtsstellen brauchten Stadtratsbeschlüsse, Verträge oder Weisungen an Volk und Parlament, Angaben über mögliche Erben oder Nachweise von Schulbesuchen. Familienforscher suchten nach ihren Ahnen, Studenten Quellen für Seminar-, Lizentiats- oder Doktorarbeiten, Referenten Stoff und Stories für Festreden oder Vorträge. Das Stadtarchiv lieferte Dokumente und Abbildungen für Urkundeneditionen (Chartularium Sangallense, Regesten der österreichischen Herzoge) und einen Gemeindearchivführer*. Am häufigsten gefragt waren Personen (Alfred Escher*, Architekten E. Fritschi, F. Scheibler, Stadtbaumeister Bareiss, Heinrich Wolfer*), Familien (Bie-

dermann, Bretscher*, Egli, Goldschmid, Hettlinger, Hugenger, Hunziker, Künzli, Kuser, Pfau, Ziegler, Schellenbaum, Schuppisser, Studer, alte Familien der Vortortsgemeinden) oder Gruppen (Juden*, Bundes- oder Regierungsräte). Weitere Recherchen betrafen Vereine (Frauenvereine, Quartierverein Neuwiesen, Musikverein Seen, Philatelia), Firmen (im Welthandel), Institutionen (Kloster Töss) oder Organisationen (Theater ab 1979, TAD*, Haushilfedienst, Feuerpolizei und Feuerwehr). Einige Studien galten der Arbeiterbewegung, dem Maurerstreik 1909/10, der Unentgeltlichen Rechtsauskunft oder der Wohnsituation italienischer Gastarbeiter, andere der National-, Bodensee-, St. Gallerbahn oder Kutschen und Wagen. Einen weiteren Schwerpunkt bildeten Fragen nach einzelnen Gebäuden und Gartenanlagen, ihren Besitzern und Bewohnern (Königshof, Kirchen Peter und Paul* oder Wülflingen, Zeughäuser oder Villen im Lind, Römerholz und Tössertobel). Natürlich führte auch die Auferstehung der Giebelfiguren auf dem Stadthaus zu etlichen Vor- und Rückfragen im Stadtarchiv. Verschiedene Aufträge der Denkmalpflege erforderten Unterlagen für Gutachten, ebenso die Abklärung von Altlasten. Bauherren und Architekten suchten Pläne ihrer Liegenschaften. Weitere Nachforschungen betrafen Siedlungen und Quartiere (Orts-geschichten Töss*, Seen*, Schaffhauserstrasse*), Ortsnamen (Schleife) und Strassenbenennungen, Sportanlagen (Schützenwiese, Schwimmbad Geiselweid). Über die Stadtgrenzen hinaus lieferten die älteren Bestände auch Informationen und Illustrationen für die Orts-geschichten (Seuzach, Neftenbach, Hittnau*) oder für eine Ausstellung zum Thema Heirat im Museum Lindengut.

Die Benutzung verzeichnete die üblichen Schwankungen bei steigendem Umsatz.

<i>Benutzung und Auskünfte</i>	2005	2004	2003
Benützer			
– aus der Verwaltung	503	528	502
– zu wissenschaftlichen und privaten Zwecken	1120	1094	1126
Total	1623	1622	1628
<i>Benutzte Archivalien</i>			
Urkunden und Verträge	245	45	30
Protokolle, Register und weitere Archivbücher	1792	1608	1503
Einzelne Aktenstücke	567	513	611
Ganze Aktenmappen	550	464	483
Pläne, Fotografien	703	814	690
Filme	725	749	724
Handbibliothek, Drucksachen	1234	1240	1349
<i>Auskünfte</i>			
– Mündliche	472	450	465
– Schriftliche	240	233	231
Führungen	1	3	3
Ausstellungen	3	3	4

* Recherchen, die zu Publikationen geführt haben.

Integration

Einleitung

Die Integration stand 2005 im Zeichen neuer Strukturen: Einerseits wurde die Einführung von WOV vorbereitet, wobei sichtbar wurde, dass Integration als solches schwer messbar ist. Andererseits war der geplante Einbezug der Integration in die Hauptabteilung Stadtentwicklung ein Thema. Dies zeigte sich bereits in der verstärkten Zusammenarbeit der Bereiche Integration, Quartierkultur und Stadtentwicklung.

Im Rahmen des Leistungsauftrages mit dem Bund erhielt die Fachstelle wiederum einen Beitrag von 70 000 Franken. Dank diverser erfolgreicher Projekteingaben im Rahmen der Integrationsförderung des Bundes flossen zusätzlich 18 293 Franken an die Fachstelle.

1. Beratung und Information

Zu Migrationsfragen wurden 1310 persönliche Kurzberatungen durchgeführt und rund 1800 telefonische Auskünfte gegeben. Die Anfragen betrafen v.a. die Bereiche Finanzen, Sozialversicherungen, Aufenthaltsrecht, Gesundheit und Familie. Dazu zählten auch 90 Deutschkurs-Beratungen. Dabei wurden fremdsprachige Personen bei der Wahl eines geeigneten Deutschkurses beraten. Muttersprachliche Beratungen auf Serbisch/Kroatisch, Albanisch, Portugiesisch und Türkisch machten rund 58 % der persönlichen Kurzberatungen aus. Ausserdem wurden über die Fachstelle 114 Interkulturelle Übersetzungen vermittelt, v.a. für die Bereiche Schule und Soziales.

2. Grundlagen und Öffentlichkeitsarbeit

Die Grundlagenarbeit konnte intensiviert werden. So wurde ein Rahmenkonzept für das Deutschkursangebot in der Stadt Winterthur entwickelt, welches eine bessere Koordination des Angebotes ermöglichen soll. Daneben wurde ein Statusbericht zur Umsetzung des Integrationsleitbildes sowie ein Kommunikationskonzept für die Integration erstellt. Weiter wurde eine Willkommensbroschüre für neu zugezogene Ausländerinnen und Ausländer entwickelt, welche Anfang 2006 erscheinen wird.

Im Auftrag der Integrationskommission wurden die Umsetzungsmöglichkeiten des 10-Punkte Plans der Europäischen Städtekoalition gegen Rassismus abgeklärt und der Beitritt zur Koalition vorbereitet.

Im Internet wurde eine Übersicht der lokalen Sprachkursanbieter erstellt, ebenso eine Liste der lokalen Ausländervereine (www.integration.winterthur.ch).

3. Projekte

Förderung von lokalen Integrationsprojekten

In der Abteilung Projekte wurden 53 Beratungen durchgeführt. Dabei wurde lokalen Trägerschaften Unterstützung bei der Entwicklung von neuen qualifizierten Integrationsprojekten geboten. Aus den Mitteln der städtischen Integrationsmassnahmen wurden wiederum lokale Integrationsprojekte gefördert. Dabei lag das Schwergewicht bei Projekten im Bereich Spracherwerb für Lernende, insbesondere für Frauen. Daneben wurden Quartier- sowie Jugendprojekte unterstützt. Das Interkulturelle Forum Winterthur erhielt im Rahmen des Leistungsauftrages einen jährlichen Beitrag von 38 800 Franken. Die beim Bundesamt für Migration eingereichten Projektgesuche aus Winterthur waren überwiegend erfolgreich, so dass erneut namhafte finanzielle Beiträge an lokale Integrationsprojekte flossen. Die Zusammenarbeit mit der Integrationsförderung des Kantons Zürich gestaltete sich

indes schwieriger. So wurden mit einer Ausnahme alle Projektgesuche aus Winterthur abgelehnt.

«Älter werden in Winterthur»

Da das Thema Alter und Pflege für Migrant/innen zunehmend an Bedeutung gewinnt, führte die Fachstelle in Zusammenarbeit mit dem Sozialdepartement und der Pro Senectute ein Pilotprojekt durch. So wurden im Rahmen der Veranstaltungsreihe «Älter werden in Winterthur» erstmals zwei Informationsveranstaltungen speziell für Italiener/innen und Türk/innen durchgeführt, welche beim Zielpublikum auf sehr grosses Interesse stiessen. Es zeigte sich auch, dass ältere und pflegebedürftige Migrant/innen für viele der hiesigen Institutionen noch eine neue Zielgruppe sind und z.B. entsprechende Informationsbroschüren in Fremdsprachen fehlen.

«Leben in Winterthur»

Der städtische Deutsch-Integrationskurs «Leben in Winterthur» lief erfolgreich mit zwei voll belegten Kursen. Als Ergänzung zum übrigen lokalen Deutschkursangebot soll der Kurs das Wissen über Alltagsthemen vertiefen. Das Projekt erhielt wie schon in den Jahren zuvor einen substantiellen finanziellen Beitrag vom Bund. Der Beitrag der Teilnehmenden betrug je 300 Franken.

4. Zusammenarbeit und Vernetzung

Mitwirken bei nationalen Aufgaben

Die Integrationsdelegierte vertrat Winterthur in der schweizerischen Konferenz der Integrationsdelegierten (KID) sowie in der schweizerischen Konferenz der Fachstellen für Integration (KoFI). Dabei konnte Winterthur anderen Fachstellen durch Know-how-Transfer, insbesondere für deren Aufbauarbeit, willkommene Unterstützung leisten. Daneben war Winterthur für den Städteverband in der Interinstitutionellen Begleitgruppe des Bundesamtes für Gesundheit vertreten, welche sich mit Lösungsansätzen zum Thema Migration und Gesundheit beschäftigt.

Regionale Zusammenarbeit

Es fanden regelmässige Austauschtreffen der drei Fachstellen im Kanton Zürich, u.A. zum Thema Projektberatungen, statt. Die Zusammenarbeit mit der Fachstelle für Integration der Stadt Frauenfeld wurde intensiviert.

Kontakt mit lokalen Ausländervereinen und Organisationen

Der Kontakt zu lokalen Ausländervereinen war weiterhin sehr gut. Daneben konnten auch neue Kontakte zu lokalen Vereinen, Hilfswerken und anderen Partnern geknüpft werden. In Zusammenarbeit mit dem Interkulturellen Forum, der Alten Kaserne und der Stadtbibliothek entstand die Idee einer Aktionswoche zum Thema Integration, welche für Oktober 2006 geplant ist. Die Projektidee soll nun zusammen mit den lokalen Akteuren der Integrationsarbeit, insbesondere mit den Ausländervereinen, konkretisiert werden.

Vernetzungsaufgaben in der Stadt Winterthur

Als Mitglied der Projektleitung wirkte die Integrationsdelegierte bei der Planung und Durchführung der «Zukunftskonferenz Töss» mit. Insbesondere sorgte sie für die Mobilisierung der ausländischen Wohnbevölkerung von Töss und war Ansprechperson für die aus der Zukunftskonferenz entstandene Arbeitsgruppe «Lebendige Gemeinschaft». Daneben hatte die Integrationsdelegierte

eine aktive Rolle im Aufbau des lokalen Abstimmungskomitees für die Integrationskurse.

5. Ausländer/innen-Beirat

Im Jahr 2005 fanden fünf Sitzungen des Ausländer/innen-Beirats sowie zahlreiche Fachkommissions- und Bürositzungen statt. Im Februar verabschiedete der Beirat einen Vorschlag, wie das Verfahren zur Neuwahl für die Amtszeit 2006–2010 gestaltet werden könnte, den der Stadtrat im August weitgehend so beschlossen hat. Entsprechend wurden nun im Dezember eine Auswahlkommission gebildet und die Neuwahlen öffentlich ausgeschrieben. Im April befasste sich der Beirat mit der «Europäischen Städtekoalition gegen Rassismus» der UNESCO und empfahl dem Stadtrat eine Beteiligung. Im Dezember hat der Stadt den Beitritt beschlossen und vom zugehörigen Aktionsplan Kenntnis genommen. Zu Händen des Stadtrats nahm der Beirat im April zum Fach Biblische Geschichte aus Integrationssicht und zur Gestaltung der Einbürgerungsfeier Stellung. Im Juni fand ein Informationsbesuch einer Vertretung des 2005 neu geschaffenen Ausländerinnen- und Ausländerbeirats der Stadt Zürich statt. Im Juni und im September befasste sich der Beirat mit der Referendumsabstimmung vom 27. November 2005 über den Kantonsbeitrag an die Integrationskurse für fremdsprachige Jugendliche; anschliessend hat er die Winterthurer Ja-Kampagne aktiv mitgetragen und sich entsprechend über den positiven Ausgang der Abstimmung gefreut. Im September verabschiedete der Beirat einen Übersetzungsleitfaden für die Stadtverwaltung Winterthur, der unterdessen von der stadträtlichen Integrationskommission für die Verwaltung übernommen wurde. Sodann nahm er kritisch Stellung zur Frage, ob besondere mediterrane Abteilungen in städtischen Heimen eingerichtet werden sollen. Im November informierte sich der Beirat über das von der stadträtlichen Integrationskommission beschlossene Rahmenkonzept für das Deutschkursangebot in Winterthur und behandelte einen Zwischenbericht zum Postulat Mitwirkung in Schulbehörden, das er im September 2004 dem Stadtrat

und der Zentralschulpflege eingereicht hatte. Es ist vorgesehen, dass eine Arbeitsgruppe aus Mitgliedern einer Kreisschulpflege und der Fachkommission Schule nach konkreten Modellen sucht, um die Mitwirkungsmöglichkeiten von Ausländerinnen und Ausländern in Schulgremien zu verbessern.

Fachstelle für Integration Jahresstatistik Beratungen 2005

Problembereiche	
Immigration	228
Arbeit	136
Finanzen / Sozialversicherung	549
Gesundheit	156
Wohnen	83
Schule / Ausbildung	92
Ehe / Familie	166
Deutschkurse	90
Diverses	217
Dienstleistung	
Schriftliches ¹⁾	394
Info	972
Triage	318
Geschlecht	
Männlich	631
Weiblich	679
Altersgruppe ²⁾	
bis 20-jährig	59
21 – 50-jährig	530
über 50-jährig	397
Nationalitäten	
Serbien / Kroatien / Bosnien	679
Kosovo / Mazedonien	221
Türkei	51
EU-Bürger	99
Osteuropa	14
Asien	40
Südamerika	108
Afrika	51
Schweiz	44
Andere	3
Total	1310
Muttersprachliche Beratungen	765

¹⁾ Hilfe beim Ausfüllen von Formularen und beim Verfassen von kurzen Briefen

²⁾ Altersgruppen wurden erst ab 2. Quartal erfasst

Kulturelles

Winterthur konnte mit einem vielfältigen und hochstehenden Kulturangebot auf sich aufmerksam machen. Der Geschäftsbericht gibt hier nur unvollständig darüber Auskunft, weil er sich primär auf die städtischen Institutionen beschränkt und grössere subventionierte Institutionen mit eigenen Jahresberichten über ihre Tätigkeiten Auskunft geben. Die Veranstaltungen dieser Institutionen werden traditionsgemäss durch ein beträchtliches privates Engagement ergänzt und bereichert. Nachdem der Grosse Gemeinderat die neuen Subventionsverträge mit 20 Institutionen bereits im November 2004 genehmigt hatte, nahm die Winterthurer Bevölkerung am 27. Februar 2005 auch die Verträge mit den grossen Institutionen Musikkollegium, Kunstverein und Technorama in einer Volksabstimmung an. Die deutliche Zustimmung zu diesen Verträgen (66 bis 80 %) dokumentiert auch die grosse Verbundenheit der Bevölkerung mit dem Winterthurer Kulturangebot.

Mit einem neuen Internetauftritt über die Kultur in Winterthur (kultur.winterthur.ch) wird umfassend über kulturelle Institutionen, Veranstaltungen und Massnahmen der Kulturförderung orientiert.

Ein besonderer Höhepunkt war die Eröffnung des neuen Naturmuseums. Mit der Gestaltung der Ausstellung und der zeitgemässen Vermittlung von verschiedenen Themenbereichen hat das Museum weit überregional für Aufsehen gesorgt. Vermittlungsarbeit ist eine wichtige und noch ausbaufähige Basisarbeit in der Kultur. Sehr erfreulich ist deshalb das kontinuierlich steigende Interesse der Schulen am Programm der Museumspädagogik. Der Erfolg macht aber in naher Zukunft auch einen Ausbau dieser wichtigen Aufgabe der Kulturvermittlung notwendig.

Ein Anlass mit grosser Breitenwirkung war auch im Juni die 5. Unjurierte Kunstausstellung in den Eulachhallen. 301 Ausstellende, über 7500 Besucherinnen und Besu-

cher und Kunstverkäufe von 112 000 Franken belegen das grosse Interesse an diesem Anlass, der jeweils in Abständen von vier Jahren wiederholt werden soll.

Museen und Sammlungen

Auch dieses Jahr verzeichnen die Winterthurer Museen beinahe eine halbe Million Besucherinnen und Besucher, 490 910 gegenüber 496 492 im 2004. Auf die Durchführung der MuseumsTagNacht im 2005 musste die Stadt aus Kostengründen (Durchführung der Unjurierten Kunstausstellung im gleichen Jahr) verzichten. Einige Museen spürten dies in Bezug auf die Besucherzahlen. Das Technorama konnte mit 251 464 wiederum seine Besucherzahlen steigern, Kunstmuseum und Villa Flora, die im 2004 dank der Bonnard-Ausstellung hervorragende Zahlen aufweisen konnten, haben einen Einbruch erlitten. Die Villa Flora fiel auf die Werte von 2001 zurück. Die Sammlung Oskar Reinhart «Am Römerholz» erreichte dank der Manet-Ausstellung einen leichten Besucheranstieg. Ob sich die Einführung von Eintrittspreisen in den städtischen Museen ab 2004 auf die Besucherzahlen – besonders in den Kleinmuseen – auswirkt, kann nach zwei Jahren nicht abschliessend beurteilt werden. Sicher halten diese die früher spontan und mehrfach Besucherinnen und Besucher ab, obwohl fast alle Museen Jahrespässe zu attraktiven Preisen anbieten. Der Verkauf des Museumspasses, erhältlich für 1 Tag, 2 Tage, 3 Tage, hat gegenüber dem Vorjahr zugelegt, verkaufte Pässe für 35 062 Franken (2004: 29 035 Franken).

Museumspädagogik

Das Angebot der Museumspädagogik der Stadt Winterthur hat erstmals die Zahl der Kinder und Jugendlichen auf über 10 000 anwachsen lassen. Die abwechslungs-

Publikumszahlen seit 1991

Anzahl Besucher	1991	1992	1993	1994	1995	1996	1997	1998	1999	2000	2001	2002	2003	2004	2005
Technorama	118 206	132 100	126 654	134 900	158 729	174 832	193 637	224 440	243 502	238 940	247 213	231 407	204 224	236 898	251 464
Sammlung O. Reinhart «Römerholz»	35 305	30 674	35 187	31 650	31 117	30 364	3 980	4 542	50 861	31 798	30 072	35 134	34 456	35 552	38 081
Museum O. Reinhart am Stadtgarten	16 001	13 603	6 085	0	18 919	20 025	24 511	27 250	13 632	13 767	13 293	13 031	11 837	13 666	13 134
Kunstmuseum	23 618	16 760	20 755	31 877	19 055	73 523	30 594	24 012	26 923	36 319	26 382	23 004	21 253	36 074	25 967
Fotomuseum	0	0	20 100	28 150	22 300	25 750	27 150	28 700	28 100	26 800	28 650	28 850	31 500	50 800	49 100
Fotostiftung Schweiz (ab 14.11.03)													8 736	43 800	44 750
Villa Flora	0	0	0	0	10 446	10 699	8 736	8 110	10 871	10 424	9 698	16 835	11 772	18 649	7 573
Gewerbemuseum / Uhrensammlung Kellenberger	29 255	29 922	27 414	23 958	28 173	35 531	18 995	2 253	7 695	26 027	35 174	37 364	50 982	24 471	23 461
Naturw. Sammlungen (ab 2003 wegen Umbau teilw. geschlossen)	23 851	30 235	24 450	19 691	20 631	38 582	27 285	29 440	37 352	32 128	28 867	28 582	18 959	17 931	18 799
Museum Lindengut	5 024	5 212	4 012	3 760	4 635	6 630	3 828	4 300	3 311	5 275	4 368	7 164	3 588	3 112	5 057
Münzkabinett	825	1 984	1 425	1 463	2 355	1 803	2 632	2 429	2 552	2 421	2 700	2 703	2 457	2 403	1 670
Museum Briner und Kern	3 571	3 722	3 935	5 170	4 965	5 445	5 333	6 797	4 174	4 012	4 047	5 366	5 489	5 233	3 763
Mörsburg (Nov – Feb nur So offen)	5 081	5 168	5 583	4 669	4 790	5 025	5 324	4 551	4 993	4 787	4 587	5 977	5 505	2 998	3 020
Schloss Hegi (März – Okt)	2 100	2 300	2 150	2 320	2 410	2 125	2 299	2 215	2 195	2 067	1 997	2 498	2 480	1 590	2 051
Internationales Baum Archiv									1 598	2 085	2 600	2 470	3 013	3 315	3 020
Total / Jahr	262 837	271 680	277 750	287 608	328 525	430 334	354 304	369 039	437 759	436 850	439 648	440 385	416 251	496 492	490 910

Prozentanteile	1991	1992	1993	1994	1995	1996	1997	1998	1999	2000	2001	2002	2003	2004	2005
Technorama	44.97	48.62	45.60	46.90	48.32	40.63	54.65	60.82	55.62	54.70	56.23	52.55	49.06	47.71	51.22
Sammlung O. Reinhart «Römerholz»	13.43	11.29	12.67	11.00	9.47	7.06	1.12	1.23	11.62	7.28	6.84	7.98	8.28	7.16	7.76
Museum O. Reinhart am Stadtgarten	6.09	5.01	2.19	0.00	5.76	4.65	6.92	7.38	3.11	3.15	3.02	2.96	2.84	2.75	2.68
Kunstmuseum	8.99	6.17	7.47	11.08	5.80	17.09	8.63	6.51	6.15	8.31	6.00	5.22	5.11	7.27	5.29
Fotomuseum	0.00	0.00	7.24	9.79	6.79	5.98	7.66	7.78	6.42	6.13	6.52	6.55	7.57	10.23	10.00
Fotostiftung Schweiz (ab 14.11.03)													2.10	8.82	9.12
Villa Flora	0.00	0.00	0.00	0.00	3.18	2.49	2.47	2.20	2.48	2.39	2.21	3.82	2.83	3.76	1.54
Gewerbemuseum / Uhrensammlung Kellenberger	11.13	11.01	9.87	8.33	8.58	8.26	5.36	0.61	1.76	5.96	8.00	8.48	12.25	4.93	4.78
Naturw. Sammlungen	9.07	11.13	8.80	6.85	6.28	8.97	7.70	7.98	8.53	7.35	6.57	6.49	4.55	3.61	3.83
Museum Lindengut	1.91	1.92	1.44	1.31	1.41	1.54	1.08	1.17	0.76	1.21	0.99	1.63	0.86	0.63	1.03
Münzkabinett	0.31	0.73	0.51	0.51	0.72	0.42	0.74	0.66	0.58	0.55	0.61	0.61	0.59	0.49	0.34
Museum Briner und Kern	1.36	1.37	1.42	1.80	1.51	1.27	1.51	1.84	0.95	0.92	0.92	1.22	1.32	1.05	0.77
Schloss Mörsburg	1.93	1.90	2.01	1.62	1.46	1.17	1.50	1.23	1.14	1.10	1.04	1.36	1.32	0.60	0.62
Schloss Hegi	0.80	0.85	0.77	0.81	0.73	0.49	0.65	0.60	0.46	0.46	0.46	0.57	0.60	0.32	0.42
Internationales Baum Archiv									0.37	0.48	0.59	0.56	0.72	0.67	0.62



Museumspädagogisches Angebot

reichen und interessanten Angebote werden sehr gut besucht und sind als optimale Ergänzung des Schulstoffes geschätzt. Der Versand an die Schulklassen und Kindergartenklassen erfolgt zweimal jährlich. Die Zahlen dürfen sich sehen lassen: 547 (512) Winterthurer Schulklassen besuchten die Workshops und Führungen mit 7597 (7413) Schülerinnen und Schülern. Für auswärtige Schulklassen wurden 138 (89) Workshops mit 2520 (1602) Schülerinnen und Schülern durchgeführt. Für Lehrpersonen wurden 12 (8) Führungen zu den verschiedenen Angeboten durchgeführt. Das Interesse am Angebot für Kindergartenklassen ist gross und konnte gesteigert werden. So besuchten 200 (184) Winterthurer und auswärtige Klassen mit 2389 (1758) Kindern die angebotenen Workshops, 1 (1) Einführungsveranstaltung für Kindergärtnerinnen wurde angeboten und durchgeführt. Folgende Museen bieten diese Angebote an: Gewerbemuseum, Uhrensammlung Kellenberger, Naturmuseum, Münzkabinett, Sammlung Oskar Reinhart «Am Römerholz», Villa Flora, Fotomuseum, Fotostiftung Schweiz, Kunstmuseum, Museum Oskar Reinhart am Stadtgarten, Museum Internationales Baum Archiv, Schloss Kyburg und Museum Lindengut. Das Technorama bietet ganzjährig ein interaktives Programm für Schulklassen.

Naturmuseum

Am 26. November wurde das Naturmuseum eröffnet. Es soll Kindern und Erwachsenen die Natur familiengerecht nahe bringen. In den letzten Jahren wurde ein wegweisendes Konzept entwickelt, das auf Erfahrungen aus über fünfzig Wechselausstellungen beruht. Die alten Objekte erzählen neue Geschichten und die unterschiedlichsten Aspekte der Landschaft werden zu überraschenden Bildern vernetzt. In den neu gestalteten Sälen der ehemaligen Naturwissenschaftlichen Sammlungen werden sieben Themenkreise auf zwei Etagen familienfreundlich präsentiert. Dazu gehört auch eine moderne Website (www.natur.winterthur.ch) als virtuelle Ausstellung. Die Webseiten geben Informationen zur heimischen Natur, bieten neu entwickelte Spiele und liefern nützliche Ratsschläge für die ganze Familie, Schulen und Kindergärten. Als Hauptsponsor für die kommenden drei Jahre konnte die erdgas ostschweiz ag gewonnen werden. Die zusätzlichen Mittel ermöglichen es dem Naturmuseum, anregende Wochenendprogramme für die ganze Familie anzubieten: Studierende der Universität Zürich demonstrieren in der Ausstellung Objekte und beantworten individuell Fragen.

18 799 Gäste besuchten Ausstellungen des Naturmuseums (2004: 17 931). Allein im Dezember kamen 2415 grosse und kleine Gäste ins Naturmuseum und 2042 Interessierte nutzten die neue Website.

Ausstellungstätigkeit

Die Luzerner Bionikschau «HiTechNatur-Von Sinnen» wurde bis Mitte April im neuen Temporärsaal gezeigt. Am 29. Mai eröffneten wir gemeinsam mit Kathrin Gerold-Spring und dem Botanischen Garten St.Gallen die sommerliche Ausstellung über Pflanzenfarben («Von der Pflanze – zur Farbe – zum Bild»). Die Wechselausstellung «Museumsgeschichte(n)» war eine dreidimensionale Festschrift zur Eröffnung des Naturmuseums. Visualisiert wurden wichtige Etappen der dreihundertjährigen Geschichte: Vom Naturalienkabinett über das vitrinenlastige Naturkundemuseum der Urgrossväter bis zur zeitgemässen Objektinstallation.

Sammeln und Bearbeiten

Die Eulenfalter der Insektensammlung wurden vom Centre Suisse de Cartographie de la Faune in Neuchâtel bearbeitet. Die weiteren Recherchen, Zukäufe und die umfangreichen Restaurierungsarbeiten (wie z.B. die Wert erhaltenden Präparationsarbeiten an den international bekannten Saurierfunden aus dem süddeutschen Posidonienschiefer) standen ganz im Zeichen der neuen Dauerausstellung. Ausgeliehen wurden 25 Einzelobjekte und Herbarbelege.

Vorträge, Führungen und Kinderaktionen

1008 (2004: 755) Schülerinnen, Schüler und Lehrpersonen besuchten das Museum in 75 (2004: 72) Führungen. Bis Ende Mai wurde der Workshop «Wirbeltiere: Die Welt der Vögel» angeboten, anschliessend «Flower Power – von der Pflanze zur Farbe» für den Kindergarten und die Unterstufe.

3 Führungen für Lehrerinnen und Lehrer (39 Teilnehmende) und 1 für Kindergärtnerinnen (12 Teilnehmerinnen) wurden durchgeführt. 15 Junglehrerinnen und -lehrer besuchten im Rahmen ihrer Weiterbildung an der Pädagogischen Hochschule Zürich das Naturmuseum. Zur Ausstellung über Pflanzenfarben und zum Thema «Vögel im Naturmuseum» wurden Schuldokumentationen und -koffer zusammengestellt.

Durchschnittlich bastelten 20 Kinder mit ihren erwachsenen Begleitern an den 8 «Kerala- kreativ»-Nachmittagen. 28 kleine und grosse Pflanzenfreunde besuchten Keralas Familienworkshop über Pflanzenfarben.

Im Durchschnitt besuchten 37 (2004: 42) Gäste die 11 (2004: 12) traditionellen Museumsvorträge am Samstag-nachmittag.


Familienfreundliche Ausstellung im Naturmuseum
(Aufnahme: Dani Schaffner, Naturmuseum)

Münzkabinett und Antikensammlung

Die Zahlen der Besuchenden in der Villa Bühler gingen mangels grösserer Anlässe deutlich zurück; dagegen waren Veranstaltungen des Münzkabinetts ausserhalb des Museums gut besucht. Die Website des Münzkabinetts wird intensiv genutzt. Ende Jahr erhielt das Münzkabinett eine grosse Schenkung aus Winterthurer Privatbesitz.

Ausstellungen und Veranstaltungen

Das Jahr wurde mit der Sonderausstellung «Zuwachs: Geschenke und Ankäufe 2004» eröffnet (22. Januar bis 6. März). Am 8. April wurde die neue Wechselausstellung «Ausser Europa. Geld und Geschichte 1600 – 2000» eröffnet; das Museumskonzert am 12. Juni begleitete die Ausstellung mit Musik «Aus Übersee».

Zur Ausstellung wurde ein vielfältiges Rahmenprogramm angeboten, das zum Teil zusammen mit dem Nord-Süd-Haus in Winterthur organisiert wurde. Dazu gehörten ein Haiti-Abend (24. Mai), eine Informationsveranstaltung zum internationalen Kulturgüterhandel (27. September) sowie, zusammen mit der Stadtbibliothek am Kirchplatz, eine «Soirée Africaine» (15. November).

Eine MuseumsTagNacht fand in diesem Jahr nicht statt. Hingegen organisierte das Münzkabinett zusammen mit dem Museum Lindengut, dem Historischen Verein Winterthur und der Uhrensammlung Kellenberger im Gewerbemuseum den «2. Winterthurer Museumsbestimmungstag» im Museum Lindengut (26. November). Zudem präsentierte sich das Museum am 5. Römertag des Vindonissa-Museums in Brugg (1. Mai) und der Fête Romaine des Musée Romain de Vallon FR (3. Juli); an beiden Orten wurden Münzen geprägt.

Besuch, Website

Ausstellungen und Sammlungen in der Villa Bühler zogen 1670 Besucherinnen und Besucher (im Vorjahr: 2433) an; Veranstaltungen des Münzkabinetts ausserhalb des Museums waren gut frequentiert (1063 Besuche an Anlässen in Winterthur, Brugg und Vallon). Das Ausbleiben grösserer Anlässe, vor allem der MuseumsTagNacht, machte sich deutlich bemerkbar. In den Ausstellungen fanden insgesamt 63 Führungen und Workshops statt (davon 17 Führungen im Rahmen von «Museum am Mittag», «Museum am Abend» und «Museum am Sonntag»). 562 Schülerinnen und Schüler in 40 Klassenführungen nutzten die Museumspädagogik, deren Angebot um eine neue Dokumentation ergänzt wurde. Für das Herbst-Ferienprogramm in Winterthur organisierte die Museumspädagogin im Oktober zusammen mit dem Assistenten einen Workshop.

Seit Dezember 2004 hat das Münzkabinett einen rund 60 Seiten umfassenden Webaufrtritt, der in das Portal Winterthur integriert ist. Er verzeichnet steigende Frequenzen: durchschnittlich 46 Besuche und 345 Seitenansichten werden zurzeit pro Tag registriert. Insgesamt zählte der Webaufrtritt im Verlauf des Jahres 17 011 Besuche und 129 315 Hits.

Erwerbungen, Bibliothek

Die numismatischen Sammlungen vermehrten sich um 1052 Objekte. Davon waren 179 Ankäufe; 873 Objekte wurden dem Münzkabinett von Privaten und Institutionen geschenkt. Die wichtigste Schenkung (aus Winterthurer Privatbesitz) besteht aus 796 Münzen der Römischen Kaiserzeit und griechische Provinzialprägungen der römischen Zeit. Die Bibliothek wuchs um 836 Bücher und Broschüren (davon 152 als Geschenke und im Tausch).

Neu musste das Münzkabinett auch alle Katalogarbeiten im Zusammenhang mit der Bibliothek übernehmen, weil die Stadtbibliothek dafür keine Kapazitäten mehr bereitstellen kann. Die dafür notwendigen zusätzlichen Arbeiten lassen sich nicht über die bestehenden Arbeitspensen im Münzkabinett abdecken. Eine Lösung für das Problem konnte noch nicht gefunden werden.

Dienstleistungen

Insgesamt 264 Personen aus dem In- und Ausland benutzten die Sammlungen und die Bibliothek. 1116 Bücher wurden vor Ort oder nach Hause entliehen. Der Leiter und der wissenschaftliche Assistent beantworteten zahlreiche schriftliche und mündliche Anfragen aus dem In- und Ausland; dazu gehörten 30 teils aufwendige Recherchen für Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler aus der Schweiz sowie den Niederlanden, Israel, Libanon, Estland und den USA. Für Ausstellungen in Näfels, Riehen und Balzers wurden insgesamt 48 Objekte ausgeliehen.

Wissenschaftliche Kontakte

Der Leiter übernahm im Sommer- und im Wintersemester zwei Lehraufträge an der Universität Zürich für Münz- und Geldgeschichte des Frühmittelalters und der griechischen Antike. Ausserdem hielt er Vorträge in Zürich und Bern. Als Mitglied des Büros der Commission internationale de numismatique gab er den International Numismatic Newsletter sowie drei Ausgaben der neuen International Numismatic e-News heraus. Der gedruckte Newsletter wird an 1200 Adressen in 80 Ländern verschickt, dessen elektronisches Gegenstück geht weltweit an über 400 Mailadressen.

Sammlungen

Die Inventarisierung der numismatischen Sammlungen kam ein grosses Stück voran. Ende Jahr waren 1316 numismatische Objekte neu inventarisiert, die vollständig auch in die Datenbank integriert werden konnten (im Vorjahr: 822, davon 499 in der Datenbank). Wie bereits im Vorjahr wurde intensiv am Katalog der griechischen Münzen gearbeitet, dessen dritter Band in Vorbereitung ist. Zwei der drei auswärtigen Autoren absolvierten im Juli und Dezember längere Arbeitsaufenthalte, um am Manuskript zu arbeiten.

Fundmünzenbearbeitung

Der Dienstleistungsvertrag über die Fundmünzenbearbeitung für den Kanton Zürich wurde neu ausgehandelt und sichert ab 1. Januar 2006 diese bezahlte Dienstleistung wieder langfristig. Das Münzkabinett bearbeitet im Sinne eines Pauschalauftrags sämtliche Münzfunde, die im Kanton Zürich zum Vorschein kommen. Im Rahmen dieses Vertrages wurden die im Kanton Zürich neu gefundenen Münzen bestimmt und mehrere Publikationen vorbereitet. Im Dezember konnte eine neue Version der Datenbankapplikation installiert und zusätzliche, bisher andernorts erfasste Daten zu den Zürcher Münzfunden übernommen werden; damit hat sich der Datenbestand nahezu verdoppelt. Für den Kanton St. Gallen bearbeitete das Münzkabinett im Rahmen eines Lotteriefonds-Projekts den römischen Schatzfund von Oberriet aus dem 3. Jahrhundert; ausserdem wurden Neufunde bestimmt.

Gewerbemuseum

Die mit der Einführung der Eintrittsgebühren in den städtischen Museen (2004) gesunkenen Besucherzahlen

scheinen sich bei rund 24 000 Eintritte einzupendeln, wobei ein leichter Rückgang zum Vorjahr auf das diesjährige Fehlen der MuseumsTagNacht zurückzuführen ist. Die Medienarbeit wird zunehmend aufwändiger: Die redaktionellen Veränderungen in der Medienlandschaft – vorab im Tagesanzeiger und im Landbote – wirken sich insbesondere auf die Kulturberichterstattung aus. Trotzdem war das Medienecho auch im Berichtsjahr erfreulich. Zum Beispiel fanden auch kleinere Ausstellungen wie «Bio-Baumwolle», «Das Gelbe vom Ei» und «Achtung Holz» in der gesamten schweizerischen Presse inklusive in den elektronischen Medien breite Beachtung.

Ausstellungen, Veranstaltungen

Die Programmierung 2005 richtete sich wiederum an ganz verschiedene Besuchersegmente – eine Politik, die seit der Neueröffnung konsequent verfolgt und durch zusätzliche Begleitveranstaltungen gefördert wird. Die grosse, eigen produzierte Ausstellung «Licht-Raum» dauerte bis Ende April 2005 (s. Geschäftsbericht 2004). Dank zahlreichen interaktiven Spiel- und Handlungsmöglichkeiten richtete sie sich nicht nur an ein Fachpublikum, sondern auch an Jugendliche und Familien. Im Rahmenprogramm wurde das Phänomen Licht von den verschiedensten Seiten beleuchtet. Eine ausgesprochen kinderfreundliche Ausstellung war das «Gelbe vom Ei. 30 Jahre Kinderüberraschung», nach einer Idee des Museums für angewandte Kunst Frankfurt/M. Sie fand zudem das Interesse in Designkreisen; präsentierte sie doch weit mehr als ein Billig-Massenspielzeug im Schokolademantel, sondern Entstehungsprozess, Produktion und Erfindungsreichtum eines Produktes. Mit den verborgenen Schönheiten der Nebengeräusche befasste sich «Hertzflimmern. Ein Hör-gang durch die Welt der Geräusche». Für einmal waren weniger die Augen als die Ohren gefordert. Für manche Besucher und Besucherinnen war dies gewöhnungsbedürftig. Die Ausstellung wurde ursprünglich für das Forum Schlossplatz in Aarau konzipiert und für die Räume des Gewerbemuseums erweitert und adaptiert. Ende Oktober 2005 wurde in Zusammenarbeit mit der Bernischen Stiftung für angewandte Kunst und Gestaltung wiederum eine Eigenproduktion eröffnet: «DesignLabor». Sie befasst sich mit Entstehungsgeschichten und Entwicklungsprozessen von Produkten mit Zukunft. Gezeigt werden 17 Fallbeispiele – vom handwerklich gefertigten Einzelstück bis zum industriellen Serienprodukt für einen grossen Markt. Diese Schau richtet sich an alle an Gestaltung und Produktion Interessierte (bis 26. Februar 06). Sie wird 2006 auch im Kornhausforum Bern zu sehen sein.

Wie auch in anderen Jahren erwies sich das Forum als attraktive Plattform für aktuelle gestalterische Anliegen aller Art: Einerseits fand eine Präsentation von Wettbewerben zum Thema Innenraumgestaltung («Achtung Holz», eine Initiative des VSI an drei schweizerischen Fachhochschulen, unterstützt durch das BUWAL) sowie die zweite Verleihung des «Kaspar Diener Förderpreises» statt. Andererseits gab es zum 50-jährigen Bestehen von Helvetas die Jubiläumsausstellung «Bio-Baumwolle». Ebenfalls im Forum zu sehen war die von Xylon Schweiz, Deutschland und Österreich gemeinsam verantwortete Schau.

Museumspädagogik, Vermittlung

Auch dieses Jahr haben zahlreiche Schulklassen das Gewerbemuseum besucht. Workshops wurden in den Ausstellungen «Licht-Raum», «Das Gelbe vom Ei», «Hertzflimmern» und in der Materialmustersammlung angeboten. Dank der finanziellen Unterstützung durch Helvetas konnten zahlreiche museumspädagogische Workshops in der Ausstellung «Bio-Baumwolle» durchgeführt werden.

Insgesamt besuchten rund 6800 Schülerinnen und Schüler das Gewerbemuseum (inkl. Uhrensammlung Kellenberger), davon nahmen 2690 an 193 Workshop-Angeboten teil.

Uhrensammlung Kellenberger

Im 2005 konzentrierte sich die Tätigkeit der USK auf die Betreuung der Sammlung, vor allem auch auf die Restauration von Sammlungsstücken. Da keine speziellen Veranstaltungen stattfanden, war im Vergleich zum Vorjahr ein Besucherrückgang zu verzeichnen. Erwartungsgemäss richtete sich die noch im Dezember 2004 eröffnete kleine Sonderschau des Musée d'Horlogerie Le Locle «Die Zeit und ihre Schlüssel» (bis 29. Mai 2005) an eine kleine «Gemeinde» von Sammelnden. Die Reihe «Gastspiel» mit Highlights der Uhrmacherkunst fand ihre Fortsetzung mit einer Leihgabe aus dem Historischen Museum Bern und aus einer Privatsammlung in Brunnen. Nach wie vor fanden die thematischen Führungen im Rahmen von «Museum am Mittag» regen Zuspruch. Aus Winterthurer Privatbesitz konnte eine eiserne Konsolenuhr von Andreas Liechti, Winterthur 1609, gekauft werden. Damit erhielt die weltweit einzigartige Sammlung von Liechti-Uhren ein weiteres Glanzstück. In Überarbeitung ist die Broschüre von Adolf Schenk (1970) zum Thema der Uhrmacherei in Winterthur.

Am 4. August 2005 verstarb der ehemalige Konservator der USK, Rudolf Wehrli. Seinem Engagement und seinen schriftlichen Arbeiten, vor allem zu den Liechti-Uhren und zur Monstranzuhr, ist es zu verdanken, dass die Uhrensammlung Kellenberger in der Fachwelt internationale Bedeutung erlangte.

Schloss Hegi und Mörsburg

«Winterthur-Hegi ein Dorf und sein Schloss» mit diesem Programmteil wurde am 10. September der europäische Tag des Denkmals im Schloss Hegi eröffnet. Das Interesse an den geführten Rundgängen durch das Schloss war so gross, dass zusätzliche Führungen eingeschoben werden mussten. Die Gästezahlen im Schloss Hegi 2051 (1590) sowie in der Mörsburg 3020 (2998) sind leicht angestiegen.

Museum Oskar Reinhart am Stadtgarten

Im Jahre 2005 besuchten 13 134 (13 666) Gäste das Museum. An 106 (91) Führungen wurden 1169 (1160) Besuchern die Gemälde gezeigt und erklärt. 128 städtische Schulen mit 1518 Schülern und 22 auswärtige Schulen mit 309 Schülern besuchten das Museum. Es fanden 7 (6) Konzerte mit 1147 (500) Gästen statt. Im Dachgeschoss ist seit dem 23. März und bis auf weiteres die Sonderausstellung mit Radierungen von Francesco de Goya zu sehen.

Der Vortragssaal wurde 17 Mal privat und 27 Mal an städtische Abteilungen vermietet. Es fanden vier Vorträge mit 115 Personen statt.

Museum Briner und Kern

Im Berichtsjahr besuchten 3763 (5203) Gäste die beiden Ausstellungen im Rathaus Winterthur – die Miniaturensammlung Emil S. Kern und die Ausstellung der Jakob Briner-Stiftung. An 160 (210) Führungen nahmen 2914 (3798) Interessierte teil. Der Besucher- und Besucherinnenrückgang ist auf die reduzierte Anzahl Führungen sowie auf den Verzicht der MuseumsTagNacht 2005 zurückzuführen.

Kunstmuseum

Nach dem erfolgreichen Jahr 2004 mit der Ausstellung «Pierre Bonnard» pendelten sich die Besucherzahlen wieder auf normale Werte ein, dennoch darf ein leichter Anstieg gegenüber den Vorjahren verzeichnet werden 25 967 (2004: 36 074, 2003: 21 253). Folgende Ausstellungen waren zu sehen: Von Delacroix bis Bonnard; François Barraud und seine Brüder; Giulio Paolini – Esposizione universale; Zeichnungen des 19. Jahrhunderts aus der Sammlung; Von Calame bis Anker; Winterthur 13: Werner Ignaz Jans; John Chamerlain – Zweidimensionales sowie die Dezemberausstellung der Künstlergruppe Winterthur.

Während des ganzen Jahres wurden Führungen zu «Museum am Abend» und «Museum am Sonntag», die Veranstaltung «Kunstgenuss» über Mittag und weitere öffentliche Veranstaltungen, auch musikalische Darbietungen im Rahmen der Museumskonzerte, angeboten.

Museum Lindengut

Im Museum wurden drei Wechselausstellungen zu verschiedenen Themen gezeigt. Die Gästezahlen konnten mit 5057 gegenüber dem Vorjahr (3112) gesteigert werden. 41 Klassen mit 941 (190) Schülerinnen und Schülern besuchten das Museum.

Villa Flora Winterthur, Sammlung Hahnlose

Mit 7573 (18 649) Gästen gingen die Besucherzahlen nach dem «Bonnard-Jahr» markant zurück. Es wurden total 88 (113) Führungen mit 1596 (2425) Besuchenden durchgeführt.

Das museumspädagogische Angebot «Sammeln – eine Leidenschaft?» interessierte 34 (63) Winterthurer Schulklassen mit 475 (1115) Kindern und Jugendlichen sowie 6 (1) auswärtige Schulklassen 68 (80). Nach der Finissage der «Bonnard-Ausstellung» am 16. Januar wurde die neue Ausstellung «Einblick – Augenblick: Von Van Gogh bis Vallotton» eröffnet, diese dauert noch bis am 1. Mai 2006. Das Sommerfest zum 10 Jahre Jubiläum fand am Wochenende vom 20./21. August 2005 statt.

Kunsthalle

Während 40 Wochen im Jahr ist die Kunsthalle Winterthur geöffnet. In dieser Zeit besuchten rund 2000 (wie im Vorjahr) Kunstinteressierte die Ausstellungen. Die fünf Wechselausstellungen zeigten Werke der folgenden Künstlerinnen und Künstler: Alex Lieber, Thomas Müllerbach, Reto Boller, Suzette Beck, Georg Aerni.

Technorama der Schweiz

Das Technorama hat mit seinen Gästezahlen wiederum einen Höchststand erreicht, 251 464 gegenüber 236 898 im Vorjahr. 51,22 % (47,71 %) der gesamtstädtischen Museumsbesuchenden gingen somit ins Technorama.

Fotomuseum

Sechs Wechselausstellungen zeigte das Fotomuseum zu verschiedenen Themen. Folgende Ausstellungen waren im Berichtsjahr zu sehen: Rineke Dijkstra – Porträts; Trans Emilia – Sammlung Linea di Confine: Territoriales Erkunden der Emilia Romagna; Erich Salomon: «Mit Frack und Linse durch Politik und Gesellschaft»; RS – Fotoalben von Renée Schwarzenbach-Wille; Robert Frank – Storylines. Der Traum vom Ich, der Traum von der Welt; Bénin – Afrikanische Porträtfotografen. Die Gästezahl ging leicht

zurück auf 49 100 gegenüber dem Vorjahr (50 800). Details sind im Jahresbericht des Fotomuseums Winterthur nachzulesen.

Fotostiftung Schweiz

Mit 44 750 Gästen verzeichnet das Museum eine Steigerung gegenüber dem Vorjahr (43 800). Folgende Ausstellungen waren zu sehen: Helmar Lerski: Metamorphosen des Gesichts; Monique Jacot – Retrospektive; Albert Steiner – Das fotografische Werk. Details sind im Jahresbericht der Fotostiftung Schweiz nachzulesen.

Museum Internationales Baum-Archiv

Die Besucher- und Besucherinnenzahlen liegen im Rahmen des Vorjahres 3020 (3315). Die museumspädagogischen Angebote für Schulen besuchten im Berichtsjahr 41 (35) Klassen mit 510 (562) Kindern, diejenigen der Kindergärten 38 (38) Klassen mit 347 (346) Kindern.

Musikpavillon

Im Jahr 2005 wurde der Musikpavillon zwei Mal vermietet. Im Februar sechs Tage während der Fasnacht (Zelt) und im November und Dezember für 39 Tage (Fonduezelt).

Barockhäuschen zum Balustergarten

Das Barockhäuschen verzeichnete im Berichtsjahr 78 Vermietungen, davon 14 für städtische Veranstaltungen sowie 64 für private Anlässe.

Kunst- und Kulturpflege

Bereits im November 2004 hatte der Grosse Gemeinderat die neuen Subventionsverträge mit 20 Institutionen genehmigt. Im Februar 2005 wurden drei dieser Verträge (Musikkollegium, Kunstverein, Technorama) auch mit einer deutlichen Zustimmung in einer Volksabstimmung bestätigt. Mit der Ausarbeitung der Subventionsverträge wurde auch ein Sparbeitrag im Rahmen der win.03-Massnahmen erfüllt. Die Subventionsverträge treten ab 2006 in Kraft.

Die projektbezogene Kulturförderung hat für das Kulturschaffen und das Kulturangebot der Stadt eine grosse Bedeutung. Mit subsidiären Beiträgen können viele Projekte ermöglicht werden, die oft durch Beiträge von Dritten und des Kantons mitfinanziert werden. Die Liste der ausbezahlten Beiträge umfasst denn auch ein breites Spektrum vom traditionellen bis zum experimentellen Kulturschaffen. Traditionellerweise betreffen die meisten Gesuche die Sparte Musik.

Projektbezogene Kulturförderung 2005

Kultursparte	Total Gesuche	Beiträge	Gesamtsumme	
Total eingereichte Gesuche	195 (216)			
Pendente Gesuche per 31.12.2005	5 (15)			
Total unterstützte Projekte	102 (106)		786 816	(890 633)
Bildende Kunst	12 (17)	4 (11)	110 254	(116 500)
Film	11 (15)	5 (7)	127 400	(123 309)
Literatur / Publikationen	19 (29)	13 (11)	91 500	(65 250)
Musik	88 (96)	50 (49)	255 750	(342 833)
Tanz / Ballett	9 (11)	6 (7)	64 100	(68 500)
Theater	21 (19)	9 (8)	77 262	(82 700)
Diverses / Spartenübergreifendes	35 (29)	15 (13)	60 550	(91 541)

Ausbezahlte und zugesicherte Beiträge 2005

1 Produktions-/Projektbeiträge	3 Druckkostenbeiträge	5 Preise / Stipendien
2 Defizitbeiträge	4 Investitionsbeiträge	6 Übernahme / Reduktion Raumkosten

Bildende Kunst

Frei Werner WAL	Projektbeitrag an kantonale Skulpturenausstellung	3	1 500
Kunstkasten	Ausstellungen 2005	1	5 000
Künstleratelier Berlin	Ateliermiete Berlin	5	8 000
Unjurierte Kunstausstellung 2005	8. – 23. Juni 2005, Eulachhallen	1	95 754

Film

Forster Film Productions	Postproduktionsförderung Kurzfilm «Café Utopia»	1	3 000
Internationale Kurzfilmtage Winterthur Lichtspieltage	9. Int. Kurzfilmtage Winterthur	1/4	95 000
Winterthur Videoladen	10. Lichtspieltage 20. – 26. Februar 2006	1	5 000
Zauberlaterne Winterthur	Dokumentarfilmprojekt «Der beste Tänzer»	1	5 000
	Programm 2005 Kinderfilmclub	1	19 400

Literatur/Publikationen

Amann Jürg	Buchprojekt «Van Gogh. Variationen»	3	5 000
Böni Franz	Buchprojekt «Murphys Gesetz»	3	3 000
Edition Winterthur	Jahrbuch 2006	3	30 000
Eva Lehnerr	Projekt Buchcafé «Ich bin die Schwalbe von einst»	1	4 000
	Markus Roost, Illustration, Grafik	5	10 000
Förderpreis 2004 Frauenstadtrundgang Winterthur	Buchprojekt Frauenstadtrundgang Winterthur	3	10 000
Peter René Litera'thur	Buchprojekt «ni mer stres» CD Produktion	3	2 000
	«Schwester Erna & Herbert» von Peter Stamm	1	5 000
Schüpbach Hannes	Katalog «Falten»	3	2 000
Stadtführer Winterthur	Neuaufgabe Stadtführer	3	10 000
Steiner Ernst	Publikation «Das Geheimnis der Gestaltwerdung»	3	2 500
Von Buchwaldt-Ernst Beatrice	Fotoband «Monlam in Labrang»	3	3 000
Wolfbach Verlag Zürich	Buchprojekt «Schriftsteller/innen» von Andreas Wolfensberger	3	5 000

Musik

A-Cappella StimmArt	Klangkörper 2005	2	800
Afro Pfingsten	16. Afro-Pfingsten-Festival 2005	1	40 000
Benefizkonzert Sighet 2005	Patronatübernahme durch Stadt, Inserate/Raummiete	1/6	1 500
Benefizkonzert Sighet 2006	Patronatübernahme durch Stadt, Inserate/Raummiete	1/6	2 000
Boller Stephanie	Lesung-/Liederabend zu Goethes «West-östlichem Diwan»	1	400
Chorgemeinschaft Winterthur	Konzert der Chorgemeinschaft Winterthur in der Stadtkirche	2	1 000
close encounters, Festival für Neue Musik	Festival «Close Encounters» im 2005	1	3 000
CulturAll	Konzerte der klassischen indischen Musik 2005	2	2 000
Cutter Queens	Unterstützung CD-Produktion	1	3 000
Engadiner Klangfenster	Unterstützung «Engadiner Klangfenster»	1	4 000
Ensemble «Il desiderio»	Konzerte des Ensembles Il desiderio, Dorfkirche Veltheim	1	500
Ensemble TaG – neue Musik Winterthur	Produktionsbeitrag Saison 2005/2006	1	10 000
Ensemble TaG – neue Musik Winterthur	Produktionsbeitrag Saison 2004/2005	1	10 000
Eulachvoices	Jubiläums-CD «Kaleidoskop»	1	1 000
Festival «Davos meets Winterthur»	Festival vom 19. – 21. Mai 2005 in Winterthur	1	1 500
Förderpreis 2004	Raffaele Lunardi, Musik Jazz	5	10 000
Förderpreis 2004	Tamrko Kordzaia, Musik Klassik	5	10 000
Girod Roger	Konzerte für FrühaufsteherInnen 05	2	4 000
Hauser Denny	AfroSwiss-Konzert im Gaswerk am 24. September 2005	1	1 000
	Zwei Konzerte 2005 in Seen	2	1 500
Jazz in Seen			
Jodler Vereinigung Winterthur	Mietkosten Stadthausaal im Mai 2005	6	1 500
und Umgebung Jodler Vereinigung Winterthur	Mietkosten Stadthausaal im Mai 2006	6	1 500
und Umgebung Kammerchor Winterthur	Projekte 2005, Konzerte Mai und Dezember	2	4 000
Kammerphilharmonie Winterthur	Konzertreihe im 2005 «Johann Sebastian Bach»	2	800
Kappeler Vera	CD-Produktion der Gruppe «Bergerausch»	1	2 000
Kyburggade 2005	Kammermusik-Festival 2005	2	35 000
Lehner Martin R.	CD-Produktion EL ZORRO «Somos»	1	3 000
musica aperta	Konzertreihe «musica aperta», Saison 05/06	1	5 000
Musikkollegium	Schülerkonzert Juni 2005, Theatermiete.	6	6 400

Oratorienchor Winterthur	Konzertaufführung am 18./19. November 2006	2	6 000
Profos Felix	Kompositionsauftrag des Maarten Altena Ensemble	1	2 500
Salzhaus GmbH	Beitrag Saison 2005	1	30 000
Schlatter-Wiederkehr Barbara	l'histoire du soldat, Aufführung in Winterthur (Mörsburg)	1	5 000
Schöpp Klaus	Kompositionsauftrag an Max E. Keller, «modern art sextett» Berlin	1	5 000
Schweiz. Jugend-sinfonie-Orchester	Unterstützung Winterthurer MusikerInnen für zwei Tourneen	1	2 000
Schweiz. Tonkünstlerverein	Tonkünstlerfest 2005	1	4 000
Seeger Marita	Konzerte «Fandango» im 2006	6	150
Singfrauen Winterthur	Magnificat anima mea Dominum	1	2 500
SMPV Winterthur/ Zürcher Oberland	Mietkosten Alter Stadthausaal für 4 Konzerte im 2005	6	600
Stadtmusik Winterthur	Mietreduktion Theater am Stadtgarten für Konzert vom Januar 2006	6	1 600
Stadsänger Winterthur/ Konzertchor	Konzertbeitrag April 2006	2	5 000
Strässle Franziska	Konzertprogramm 2005 «Luna Piena»	1	800
Theaterchor Winterthur	Erlass Saalmiete Altes Stadthaus für Chorproben 2005 (18 Proben)	6	2 700
	Projektbeitrag Saison 2005/06	1	1 500
Tonabnehmer			
Valentin Johannes	«Der heitere Bach», Konzert	1	1 000
Gloor			
Verein für klassische indische Musik VKIM	5 Konzerte im 2005	2	4 000
Vokalensemble	Konzert 2006 «Zeit und Unzeit», Maurice Duruflé	1	2 000
Cantapella	Aufführung «Der Turm zu Babel»	1	3 000
Welti Franziska			
Winterthurer Museumskonzerte	Museumskonzerte 2005/06	2	4 000
Winterthurer Symphoniker	Konzerte 2006	2	6 000
Tanz / Ballett			
Galão Tanztheater	Tanztheaterstück «Galão» 2006	1	3 000
Huber Jessica	Projekt zeitgenössisches Tanzstück «touché»	2	2 000
Item Tanztheater	Produktion «Choreos», A Dance Odyssey	1	5 000
SODA-Project	Produktion Jugendstück «CHAT»	1	5 000
tanzinwinterthur	Mietkosten für 2005 Trainingsraum	1	20 000
tanzinwinterthur	13. Tanzeit-Festival 2005, Plattform Tanz 2005, 2 Projekte	1	29 100
Theater			
Collectif Chapeau	Unterstützung Projekt «Chez Claude», 2006	1	2 000
Mefibo	6. Int. Festival für komische Künste, 2005	1	5 000
Menschenschau – Theater für bedrohte Völker	Waikiki – Kostenübernahme Proberaum		
Molton	Alte Kaserne	6	1 000
Schümlipflümi	Veranstaltungsreihe Molton, 2005/06	1	2 000
Theater am Gleis	Theaterstück «Das Bergdrama»	1	7 000
Theater Katerland/ Brave Bühne	Jubiläums-Theaterfest 2004 Theater Winterthur	2	1 762
Theaterprojekte	Werkbeitrag 2005	1	48 500
Cornelia Montani	Theaterprojekt «Pauline»	1	5 000
Winterthurer Marionettenbühne	Produktion 2005, «Das besondere Leben der Hillette Jans»	1	5 000
Diverses und spartenübergreifende Projekte			
Chnopf			
Freilichtspektakel	Projektbeitrag an Aufführungen 2005	1	1 000
Das Eisblumenteam	Ausstellung «Eisblumen» im Dezember 2005	2	1 000
Historischer Verein Winterthur	Finanzierung der Ausstellung «JA. die ausstellung zum heiraten»	1	7 000
Historischer Verein Winterthur	Ausstellungsprojekt «Jüdisches Winterthur» 2006	1	7 000
Kubanischer Kulturverein	Übernahme Mietkosten Alte Kaserne, 3. März 2006	6	1 000
Kulturgespräch 2005	Anlass-Finanzierung (29. November 2005)	6	2 740
Künstlergruppe Winterthur	Übernahme Transportkosten		
Museum Internationales Baum Archiv	Ausstellung Langenburg	1	4 500
NGW Naturwissenschaftl. Gesellschaft	Projektbeitrag 2005	1	14 500
Rüsch Martin	Finanzierungsanteil einer DVD (J. Forster)	1	5 000
Sommertheater Winterthur	Projekt «Das unsichtbare Bild – die Ästhetik des Bilderverbotes»	2	3 000
Stipendium Atelier Berlin	Mietkosten Angestellten-WG, Stadthausstrasse 8	6	7 210
Technorama	Atelierstipendium Dezember 2005 – Februar 2006	6	3 000
Winterthurer Marathon	Unterstützung der Sonderausstellung «Mein Gott, Einstein»	1	3 000
	29. Mai 2005, Verrechnung Gratsieintritte in Museen	1	100
Zigeuner Kultur Zentrum	Ausstellungsprojekt	1	500

Kunstkommission und Kunstankäufe

Die Kunstkommission hat an der Dezemberausstellung der Künstlergruppe Winterthur Werke gekauft sowie aus verschiedenen Ausstellungen in privaten Galerien.

Kulturpreis der Stadt Winterthur

Der Stadtrat hat den Kulturpreis 2005 an den Verein Musikfestwochen Winterthur verliehen. Damit wurde der Verein für seine engagierte kulturelle Arbeit während 30 Jahren im Bereich Musik, Theater und Open-Air-Kino ausgezeichnet.

Förderpreis

Mit dem Förderpreis der Stadt Winterthur wurden die Künstlerin Lena Huber (Bildende Kunst) und die Künstler Manuel Bosshard (Filmer, Theatermacher und Kulturveranstalter) sowie Daniel Bosshart (Illustrator) ausgezeichnet. Für den diesjährigen Förderpreis haben sich 6 Künstlerinnen und Künstler aus den Kultursparten Musik, Bildende Kunst, Film, Theater und Illustration beworben.

Konzerte

Musikkollegium

In der Saison 2005/2006 des Musikkollegiums Winterthur wurden bzw. werden 18 A-Konzerte, 20 F-Konzerte, 12 H-Konzerte und E-Konzerte angeboten. Die Konzerte des Orchesters Musikkollegium Winterthur finden grösstenteils im Stadthausaal statt. Im Jahresbericht des Musikkollegiums können die weiteren Aktivitäten und Details nachgelesen werden.

Festivals

Alljährlich werden attraktive Festivals und Konzerte privater Veranstalter angeboten. Die Veranstalter der Kyburg bringen jedes Jahr ein attraktives Programm, das in den ersten Tagen des Monats August im Schlosshof der Kyburg – wenn es die Wetterbedingungen erlauben – gespielt wird. Alljährlich findet im Theater Winterthur am Stadtgarten im Oktober das Festival der gehobenen Unterhaltungsmusik statt.

Nach 30-jährigem Engagement erhielten die Winterthurer Musikfestwochen im Jahr 2005 den Kulturpreis der Stadt Winterthur. Konzerte, Rahmenprogramme aus verschiedenen Kultursparten wie Theater, Film, Kleinkunst stiessen auch dieses Jahr wieder auf grosses Interesse.

Weitere Publikumsmagnete waren die 9. Kurzfilmtage im Casinotheater, die Afro-Pfingsten, das 13. Tanzzeitfestival im Theater am Gleis, das 10. Internationale Festival der komischen Künste sowie die NACHTderkleinKÜNSTE im Gaswerk.

Infostelle der Stadt Winterthur

Seit 1999 führt Winterthur Tourismus im Auftrag der Stadt Winterthur im Rahmen eines erweiterten Leistungsauftrages die städtische Infostelle im Hauptbahnhof. Der Leistungsauftrag wurde im 2005 vom Parlament erneuert, damit bleibt auch die Infostelle bestehen und wird verstärkt in den Verein Winterthur Tourismus integriert.

Im Jahr 2005 stabilisierten sich die Kundenfrequenzen im Vergleich zu 2003 und 2004. Gesamthaft wurden 50 242 Kundinnen und Kunden gezählt. Rund ein Viertel der Anfragen sind reine Tourismusdienstleistungen. Gut 75 % der persönlich bedienten Kundinnen und Kunden haben städtische oder kulturelle Belange nachgefragt (vgl. Tabelle Kundenbedürfnisse).

Der Schalter wird zu 220 Stellenprozent von Personal von Winterthur Tourismus und zu 180 Stellenprozent von städtischem Personal bedient. Die 180 Stellenprozente entsprechen 45 % der Personenkapazität am Schalter, mit welcher rund 75 % der Auskünfte (städtische Belange, Kulturelles und Vorverkäufe) erbracht werden müssen.

Kundenbedürfnisse

Winterthur Tourismus führt seit 1999 eine ständige Vollerfassung der Kundenfrequenzen durch. Im Auftrag der Stadt wurden die erfassten Parameter noch ergänzt, um ein umfassendes Bild der nachgefragten Dienstleistungen zu erhalten. In der Zeit vom 14. November 2005 bis 13. Dezember 2005 wurden sämtliche Kundenkontakte in Form einer Vollerfassung erhoben. Es zeigt sich, dass die Zahl der Kundenkontakte stabil geblieben ist.

Kundenkontakte Infostelle

	Vollerfassung	Hochrechnung 14.11. – 13.12.05	Tagesschnitt auf 1 Jahr	Anteil	Vollerfassung	Hochrechnung 22.11. – 24.12.04	Tagesschnitt auf 1 Jahr	Anteil
Kundenkontakte total	5 249	50 242	202	100.0 %	4 829	51 456	167	100.0 %
Kundschaft im Selbstbedienungsbereich	533	5 102	21	10.2 %	510	5 434	18	10.6 %
Persönlich beratene Kundschaft	4 716	45 140	181	89.8 %	4 319	46 022	149	89.4 %
Kulturelle Auskünfte	773	7 399	30	14.7 %	729	7 768	25	15.1 %
Verwaltungsauskünfte	341	3 264	13	6.5 %	362	3 857	13	7.5 %
Auskünfte zum ÖV	501	4 795	19	9.5 %	515	5 488	18	10.7 %
Informationen über Märkte / Gewerbepolizeiliches	96	919	4	1.8 %	106	1 130	4	2.2 %
Informationen betreffend Quartierkultur	44	421	2	0.8 %	32	341	1	0.7 %
Wohnungssuchende unterstützen	22	211	1	0.4 %	17	181	1	0.4 %
Total Anfragen städtische Belange	1 777	17 009	68	33.9 %	1 761	18 765	61	36.5 %
Vorverkäufe	1 714	16 407	66	32.7 %	1 146	12 207	40	23.7 %
Übrige touristische Auskünfte (ohne reine Kulturfragen)	1 224	11 714	47	23.3 %	1 412	15 050	49	29.2 %
Total Anfragen Vorverkäufe / Tourismus	2 938	28 122	113	56.0 %	2 558	27 257	88	53.0 %

Theater Winterthur am Stadtgarten*

Das Theater am Stadtgarten ist das grösste Gastspieltheater der Schweiz. Die Bühne hat sich besonders im deutschen Theaterbewusstsein der ersten Häuser gut verankert. Immer mehr Theater kommen exklusiv nach Winterthur. Die technische Qualität des Hauses kann man auch als Laie sehen, die inhaltliche fällt vor allem den Berufsleuten auf.

Der kulturelle Auftrag des Theaters beinhaltet die Pflege von Spezialitäten und Minderheiten. Fremdsprachiges Theater (französische und englische Aufführungen) gehören dazu wie Theater in allen grossen Sparten und stufengerecht für jedes Alter und für fast jeden Geschmack.

Einführungen

Es haben wieder zwei Einführungen in den Spielplan stattgefunden und mit «Das Ohr am Publikum» eine Nachdiskussion über die gesamte Spielzeit mit Besucherinnen und Besuchern. Die Einführungen in Schauspiel und Musiktheater gehören zum Standard und werden im Schnitt von 100 bis 120 Personen besucht. Gesamthaft kamen rund 100 000 Menschen (eigene Aufführungen und Fremdveranstaltungen bzw. Vermietungen) ins Theater Winterthur.

Kunst im Foyer

In der Spielzeit 05–06 wurde dieser Freiraum für eine biophile Installation genutzt. Die Natur spielt sich mit frischen und präparierten Birken, Weidenzweigen und dürrn Rosen ins Foyer hinein. Die Zusammenarbeit mit Christoph Styger und seinen «paradiesischen Gärten» sowie mit seinem Fotografen Jürg Schmid ist beim Publikum gut angekommen.

Theaterausstellung

Ein Gastspiel der besonderen Art war die Ausstellung «Theater-Paare» des Theatermuseums München Ende der letzten Spielzeit im Haupt- und oberen Foyer. Christina Haberlik stellte 20 Künstler und Künstlerinnen (10 Theater-Paare) vor, die das Theater des 20. Jahrhunderts gemeinsam massgebend geprägt haben. Interessant waren die Begegnungen mit Persönlichkeiten, die sowohl in der Ausstellung und im Ausstellungsbuch dokumentiert, wie auch als Gast in Einführungen und in Produktionen auf der Bühne zu erleben waren.

Der Spielbetrieb (Spielzeit 2004/2005, Stand Juni 2005)

Die Anzahl der in eigener Verantwortung organisierten Aufführungen (ohne Lesungen) lag bei 144 (+13), bei einer Gesamtauslastung von 57 % (Vorjahr 62,16 %). Im Vergleich zum Vorjahr wurde in den Sparten Ballett/Tanztheater und Musiktheater ein Rückgang verzeichnet. – Die genauen Zahlen pro Sparte für die Spielzeit 2004/2005 (in Klammern Vorjahreswerte): Schauspiel 51,29 % (49,12); Ballett 58,51 % (75,88); Musiktheater 58,05 % (74,42); Nocturne 42,33 % (49,42); Fremdsprachen 47,54 % (60,64); Jazz-Matinée 84,76 % (83,98); Diverse 78,66 % (18,93). Bei Produkt 2 (Vermietungen) wurden 71 Vermietungstage erreicht.

Abonnentinnen, Abonnenten und Total Besuchende (Spielzeit 2004/2005, Stand Juni 2005)

Die Anzahl Besucherinnen und Besucher ist gleich geblieben (55 952 gegenüber 55 788 im Vorjahr). Aufgrund der schlechteren Auslastungen in Ballett/Tanztheater und Musiktheater ist die durchschnittliche Zahl der Besucherinnen und Besucher pro Vorstellung gesunken: 389 gegenüber 426 im Vorjahr. Der Abonnementsbestand hat sich um 6,6 % verschlechtert (4964 gegenüber 5317 im Juni 2004).

Winterthurer Bibliotheken*

Aufgrund einer zurückhaltenden Interpretation der Ereignisse und statistischen Daten des Jahrs 2005 sind erste Anzeichen einer Beruhigung der stürmischen Bibliotheksentwicklung der letzten Jahre auszumachen. Die Nutzung pegelt sich auf sehr hohem Niveau ein, die betrieblichen Veränderungen kommen zügig voran und die organisatorischen und technischen Neuerungen sind beherrschbar geworden.

Die Jahrestotale für die Kategorien Angebot (+ 1,5 %), Kundschaft (+ 1,8 %), Besuchende (+ 3 %) und Ausleihen (+ 3,8 %) sind im erwarteten Rahmen gestiegen. Auch der Rückgang bei den Neuanmeldungen entspricht der Erwartung, denn die Sogwirkung der Neueröffnung der Stadtbibliothek sinkt mit zeitlicher Distanz. Bei den Quartierbibliotheken ist diese Kennzahl konstant geblieben, während der Rückgang ausschliesslich bei der Stadtbibliothek anfällt. Auffällig ist, dass sämtliche Quartierbibliotheken mit Ausnahme von Wülflingen Einbussen bei den Ausleihen verzeichnen, dagegen bei den Besuchszahlen weiterhin zulegen. Die Schere zwischen Besuchs- und Ausleihzahlen, die sich öffnet, charakterisiert die Veränderung der Bibliotheksnutzung durch die Bevölkerung. Während die Quartierbibliothek einerseits ein immer beliebter Ort wird, wo man gemeinsam lesen, diskutieren oder Hausaufgaben erledigen kann, wo man Zugang zu konventionellen und elektronischen Medien hat und wo Schulklassen sich vermehrt für Lektionen aufhalten, tut sie sich andererseits als Ausleihstelle schwer, sich mit kleinem Budget gegen das übermächtige Angebot der Stadtbibliothek zu behaupten. Die Bibliotheksfilialen werden künftig ihre Rolle als Partner der Schulen und als Informationstankstelle im Quartier neu definieren müssen.

Sämtliche Kennzahlen der Stadtbibliothek am Kirchplatz sind weiterhin gestiegen. Die Ausleihe stieg um 7,8 % auf 865 710 Einheiten. Diese Zahl ist negativ beeinflusst durch die Schliessung während der Weihnachtsferien. Besonders erfreulich entwickelt sich die Nutzung der Integrationsbibliothek, deren Ausleihequote sich um 3391 auf 11 672 Medien (2004: 8281) erhöhte. Der Frequenzzähler der Stadtbibliothek belegt 10 619 Zutritte mehr als im vergangenen Jahr, dies bedeutet eine Steigerung der durchschnittlichen Tagesfrequenz auf 1255 Besuche (2004: 1193 Zutritte pro Tag). Aussagekräftig ist auch die Entwicklung der erteilten Auskünfte an den Informationsdesks (ohne Kundendienst).

Setzen die Zahlen ab Eröffnung des Hauses 2003 auf mittelhohem Niveau ein – im Vordergrund stehen Fragen die mit der Nutzung des neuen Hauses zusammenhängen – beantworten die Bibliothekarinnen und Biblio-

* Das Theater Winterthur am Stadtgarten ist eine Pilotorganisation der «Wirkungsorientierten Verwaltungsführung» (Wov). Die ausführliche Berichterstattung erfolgt im Rahmen dieses Projektes in separater Form.

* Die Winterthurer Bibliotheken sind eine Pilotorganisation der «Wirkungsorientierten Verwaltungsführung» (Wov). Die ausführliche Berichterstattung erfolgt im Rahmen dieses Projektes in separater Form.



Die Sondersammlungen befinden sich neu im alten Lesesaal

thekare stetig mehr Fragen. Tendenz steigend, wie der Kurvenverlauf zeigt. Stehen in den Abteilungen «Kibiz» (Geschoss U1) und «Unterhaltung» (Geschoss O1) Sach- und kurze Katalogauskünfte im Vordergrund, sind es in den Geschossen O2 bis O4 («Wissen» – «Freizeit» – «Mensch») Katalogauskünfte und –recherchen. Insgesamt wurden 2005 45 689 Auskünfte (2004: 30 055) erteilt. Die Zahlen widerlegen die oft gehegten Befürchtungen, dass die Vollautomatisierung zur vollständigen Anonymi-

sierung des Bibliotheksbetriebs führe. Sie belegen aber ebenso, dass bezüglich der Personalressourcen nach wie vor Vieles im Argen liegt. Derzeit beschäftigt die Stadtbibliothek zwölf Personen vom 2. und 3. Stellenmarkt, um den Betrieb über Wasser zu halten.

Neben der Bewältigung des Alltagsgeschäfts war das Jahr 2005 geprägt durch zahlreiche betriebliche Veränderungen: Auf den 1.1.2005 trat per Departementsverfügung die neue Organisationsform in Kraft. Sie basiert auf der WOV-Struktur und führt eine neue Teamorganisation in der Stadtbibliothek und der Abteilung «Technik und Logistik» ein. Mit konsequentem Outsourcing von Aufgaben (Buchbinderarbeiten, Folierung von Medien, Wartung der RFID-Technologie, Abgabe von Dienstleistungen für das Münzkabinett und Abtretung des Lohnbüros an das Personalamt) konnte die Arbeitsüberlastung etwas gemindert werden.

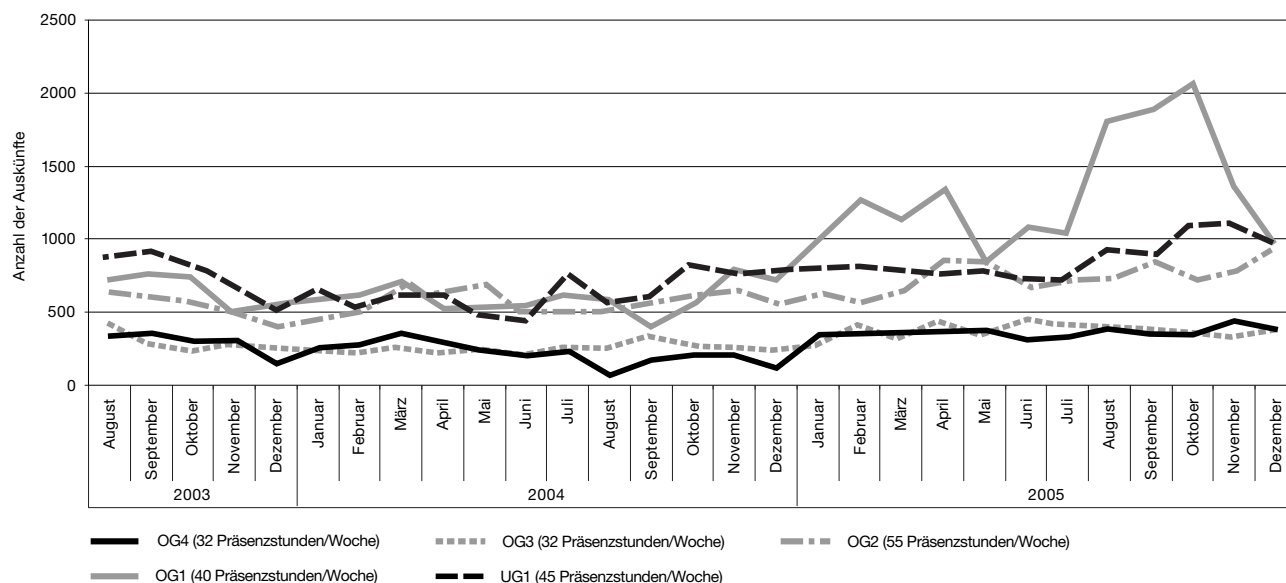
Auch baulich hat sich im vergangenen Jahr einiges getan: Im Januar 2005 wurde die Bücherrückstellung im Tösserhaus reorganisiert und die Materialtriage im Erdgeschoss eingerichtet. Im Sommer zogen die Geschäftsleitung und das Sekretariat in das umgebaute Dachgeschoss der Stadtbibliothek um, was ebenfalls Synergien und administrative Vereinfachungen mit sich brachte. In der Studienbibliothek an der Museumstrasse zogen die Sondersammlungen aus dem Untergeschoss in den verwaisten Lesesaal um. Zum einen erhalten die Nutzenden der Spezialsammlungen dadurch attraktivere Arbeitsplätze und zum andern ist die Sammlung damit nun über

Bestandes- und Nutzungsstatistik der Winterthurer Bibliotheken 2004/2005

Bibliotheken	Bestand, total		Nonbooksbestand		Ausleihe, total		Nonbooksausleihe		Neuanmeldungen		BesucherInnen	
	2004	2005	2004	2005	2004	2005	2004	2005	2004	2005	2004	2005
Stadtbibliothek	713 779	726 763	49 424	51 151	802 270	865 710	376 964	401 241	3 382	2 970	348 491	364 148
Studienbibliothek **	267 818	270 347	267 818	270 347	3 760	3 160	3 483	3 010	*	*	22 556	17 518
Bibliotheken Stadtzentrum	981 597	997 110	317 242	321 498	806 030	868 870	380 447	404 251	3 382	2 970	371 047	381 666
Hegi	5 467	5 345	729	754	14 797	14 073	3 733	3 176	55	45	11 064	12 897
Oberi	15 252	14 955	2 715	2 715	88 237	84 592	29 074	27 040	236	232	39 027	38 747
Seen	15 095	15 665	2 596	2 869	93 447	89 396	28 714	28 015	272	282	36 455	38 096
Töss	14 684	13 868	3 001	2 930	72 970	69 305	31 015	28 118	179	184	30 887	31 483
Veltheim	12 404	12 012	2 416	2 477	69 613	65 389	27 520	26 685	146	152	31 530	32 710
Wülflingen	16 190	16 882	3 761	3 941	106 112	107 084	47 263	49 595	341	349	49 365	50 860
Quartierbibliotheken	79 092	78 727	15 218	15 686	445 176	429 839	167 319	162 629	1 229	1 244	198 328	204 793
Total alle Bibliotheken	1 060 689	1 075 837	332 460	337 184	1 251 206	1 298 709	547 766	566 880	4 611	4 214	569 375	586 459
aktive Kunden/innen									22 664	23 071		

* = Zahl wird nicht erhoben ** = Werte Sondersammlungen

Sachliche Auskünfte in der Stadtbibliothek, Tätigkeit der Informationsdesks 8.2003 – 12.2005



Mittag zugänglich. Dies führt zu zehn zusätzlichen Öffnungszeiten, die durch das Zusammenlegen der Präsenzdienste von Studienraum und Sondersammlungen kompensiert werden konnten. Mit der Unterstützung durch den Winterthurer Kulturgüterschutz wurde gleichzeitig auch das Depot der Sammlungen neu geordnet und damit besser zugänglich gemacht.

Bei der Leseförderung setzen die Winterthurer Bibliotheken ihren eingeschlagenen Kurs fort. Der Lesesommer 2005 war wieder das mediale Grossereignis, doch wirken kleinere Projekte in der Sache oft nicht minder effektiv, zum Beispiel die Projekte «Medienkisten für die Schule», «Leseförderungspraktika für Studentinnen der pädagogischen Hochschule» oder «Kibizgeschichten». Mit einer Lesung für Gehörlose zum Weltbuchtag, der Vernissage zur Werkausgabe des Winterthurer Autors Walter Gross oder der CD-Premiere von Bruno Hächlers dritter CD konnten die Bibliotheken auch besondere Anlässe feiern.

Alte Kaserne*

Dieses Jahr konnten wir wiederum eine breite Palette an Eigenveranstaltungen durchführen. Anfang März wurde das Erscheinen des Kochbuches zur monatlich stattfindenden Veranstaltungsreihe «Kochen & Essen» mit einem kulinarisch und musikalisch kunterbunten Fest gefeiert und getauft. Seither haben mehr als die Hälfte der Bücher den Weg in Winterthurer Küchen gefunden. Die Veranstaltung selbst erfreut sich nach wie vor grosser Beliebtheit. Im September haben vierzig gehörlose und hörende Schauspieler aus der Winterthurer Bevölkerung und aus dem deutschschweizerischen Netzwerk der Gehörlosen das interdisziplinäre Stück «Zelia – oder Ihre Welt in vier Elementen» in der ausverkauften Reithalle der MZA Teuchelweiher uraufgeführt. Der Vorstellung vorausgegangen waren neun Monate proben, ausprobieren, kennen lernen, versuchen und immer wieder proben. Dieses bisher grösste Projekt im Bereich Eigenveranstaltungen der Alten Kaserne ist in enger Zusammenarbeit mit der Gehörlosenorganisation «sichtbar GEHÖRLOSE Zürich» entstanden. Es konnte dank grosszügiger Unterstützungsbeiträge der Stadt Winterthur und zahlreichen weiteren öffentlichen und privaten Institutionen in diesem Umfang auch finanziell erfolgreich durchgeführt werden. Bereits zum sechsten Mal hat das von der Alten Kaserne in Zusammenarbeit mit Studenten der Hochschule für Gestaltung und Kunst Zürich organisierte, zweitägige «Dialog-Festival für elektronische Kunst & Neue Medien» stattgefunden. Dieses Jahr wurde ein Kulturaustausch mit jungen Künstlern aus der Partnerstadt La Chaux-de-Fonds organisiert. Diese bestritten das musikalische Programm am Samstagabend mit ihren poppigen und zuweilen kabarettistischen Beiträgen. Auch ist es gelungen, im Rahmen des Festivals weitere spannende Synergien von jungen Künstlern im Bereich der elektronischen Kunst zu nutzen und zu präsentieren.

Der Hausdienst war während dem ganzen Jahr gefordert, die technische Infrastruktur für die rund 1500 Vermietungen bereit zu stellen. Technisch wie auch logistisch besonders anspruchsvoll gestaltete sich der zweitägige nationale Kongress des Schweizerischen Gehörlosenbundes. Hier galt es, in sämtlichen Räumen des Hauses den technischen Ansprüchen der gehörlosen Gäste gerecht zu werden, die aus drei Landesteilen angereist waren

(Dolmetscherkabinen für vier Sprachen, spezielle Raumbeleuchtung, usw.).

Die Cateringaufträge haben stetig zugenommen. Einerseits wurden an Grossanlässen im Haus, wie beispielsweise an den Winterthurer Drehtagen, während drei Tagen problemlos rund 300 Personen verköstigt, andererseits waren die Kochkünste auch an externen Anlässen wie dem Abschiedsapéro von Stadtrat Hollenstein oder beim Empfang von Bundespräsident Leuenberger auf dem Katharina Sulzer-Platz gefragt.

Die Alte Kaserne konnte in allen Bereichen ihre Leistungen nochmals steigern.

Büro für Quartierkultur und Freizeitaktionen

Der Hauptteil der finanziellen und personellen Ressourcen diente 2005 der Erfüllung der Standards in den beiden Bereichen Quartierkultur und öffentliche Freizeitgestaltung. Zu den üblichen Projektvorhaben, welche jährlich umgesetzt werden, gesellten sich vermehrt Projekte in der Quartierentwicklung, Aufgaben für die gemeinsame Nutzung des öffentlichen Raumes und Integrationsmassnahmen im Quartier.

Besondere Ereignisse in der Quartierkultur:

Die Ludothek Rössli in Seen durfte das 20-jährige Jubiläum feiern, und die Ludothek Altstadt bezog im September die neuen Räumlichkeiten an der Spitalgasse 3.

Neu betreibt der Männerchor Reutlingen das städtische Männerchorhüsli zusammen mit dem Ortsverein Reutlingen als Quartierlokal. Das Büro unterstützte die Träger-schaften und hat mit ihr auch eine Benützungsvereinbarung abgeschlossen.

Am 3. März wurde in der Freizeitanlage Hölderli die neue Küche eingeweiht. Der Umbau dauerte zwei Monate und verlief reibungslos. Die Küche hat ihre Bewährungsprobe an diversen Anlässen bestanden.

Durch den Bau des Unterwerks in Wülflingen wurde die Aussenanlage der Freizeitanlage Holzlegi verkleinert und auch sehr beansprucht. Eine Projektgruppe, bestehend aus Vertretungen des Quartiervereins und der Nutzungsgruppen, hat die Bedürfnisse aller Interessierten aufgenommen und umgesetzt. Entstanden ist eine attraktive Aussenanlage für die Bevölkerung.

In der Freizeitanlage Dätttau und auf dem Spielplatz Hardau mussten die Spieltürme ersetzt werden, auf dem Spielplatz Talwiesen das Wasserspiel.

Zur jährlichen Präsidentinnen-, Präsidenten- und Vorstands-konferenz 2005 wurden erstmals alle Orts-, Quartier- und Bewohner/innenvereine sowie Interessengemeinschaften eingeladen. Über 70 Personen nahmen daran teil.

Ein Treffen mit den Verantwortlichen der sieben von der Stadt subventionierten Stadtkreiszeitungen und den Präsidentinnen und Präsidenten der betreffenden Ortsvereine wurde im April zum anregenden Gedankenaustausch benutzt. Erstmals waren auch die Verantwortlichen des «Wulfilo», der neuen Wülflinger Dorfzeitung, anwesend.

«Vorhang auf» heisst es jeweils, wenn das Theater Kanton Zürich in den Quartieren gastiert. Fünf Quartiervereine nutzten das Angebot einer von der Stadt finanzierten Aufführung.

Das Angebot an subventionierten Weiterbildungskursen für die Freiwilligen der Quartierarbeit wurde weniger rege benutzt als im Vorjahr. 40 Personen besuchten Kurse in den Bereichen Kommunikation, Arbeitstechnik oder Informatik.

* Die Alte Kaserne sowie das Büro für Quartierkultur und Freizeitaktionen bilden zusammen eine Pilotorganisation der «Wirkungsorientierten Verwaltungsführung» (WOV). Die ausführliche Berichterstattung erfolgt im Rahmen dieses Projektes in separater Form.

Als Zeichen der Wertschätzung organisiert das Büro für die freiwillig Tätigen im Bereich Quartierkultur einmal im Jahr einen Anlass. Diesmal führte ein Ausflug per Dampfbahn ins Zürcher Oberland.

Neue Projekte in der Quartierförderung und -entwicklung:

An der Zukunftskonferenz des «Projekts Töss» haben sich im Mai über hundert Menschen Zeit genommen, gemeinsam Visionen für ihr Quartier und Massnahmen zur Verbesserung der Lebensqualität zu entwickeln. Über 30 engagierte Personen arbeiteten in sieben themenspezifischen Arbeitsgruppen weiter. An der Zwischenkonferenz im November wurde der aktuelle Stand der Dinge ausgetauscht und über das weitere Vorgehen orientiert.

Zum zweiten Mal trafen sich ein Dutzend Mitarbeitende von städtischen Stellen zum Thema Entwicklung und Infrastruktur des Stadtteils Hegi. Die Organisation, die Moderation, der Informationspool und die Zusammenarbeit mit dem Ortsverein Hegi liegen beim Büro für Quartierkultur und Freizeitaktionen. Inhaltlich wurde zu den Themen Verkehr, Sicherheit, Schulen, Einkaufen, Freizeit und Gesellschaft gegenseitig informiert und Massnahmen besprochen.

Beim Projekt «Freiraumkonzept Zeughaus-Teuchelweiher» des Departements Bau konnte das Büro in der Projektgruppe sein Wissen und die Anliegen des Quartiers vertreten, so dass bei der Entwicklung der Freiräume auch soziale und quartierspezifische Faktoren berücksichtigt werden.

Dass die Integrationsarbeit im Quartierzentrum Gutschick-Mattenbach nach Abschluss des Projektes weitergeht, wurde an zwei erfolgreichen Anlässen sichtbar: Im Mai fand das 2. interkulturelle Quartierfest statt, im November das erste interkulturelle Kinderfest. Beide Anlässe wurden von vielen Quartierbewohnenden aus unterschiedlichsten Kulturkreisen besucht.

Bei Konflikten im öffentlichen Raum zwischen Anwohnenden und Jugendlichen konnte das Büro die Koordinations-, Vermittlungs- und Kommunikationsrolle zwischen Vertretungen der Quartierbevölkerung und den beteiligten Verwaltungsstellen einnehmen. Die Ziele, die Anliegen der Betroffenen ernst zu nehmen, die Situation zu klären und Massnahmen einzuleiten, wurden erreicht.

Erfolgreiche Freizeitaktionen

Vom Ferienprogramm der Stadt Winterthur profitierten bisher alle Kinder aus dem Bezirk Winterthur. Seit dem Herbstferienprogramm 2005 haben Winterthurer Kinder Vorrang. Auswärtige haben noch die Chance, Restplätzen zu buchen. Bei der alljährlich durchgeführten Umfrage erhielt das Ferienprogramm von den beteiligten Kindern erneut sehr gute Beurteilungen. Während den Frühlingferien organisierte das Ferienprogramm, in Zusammenarbeit mit dem Zentrum am Buck, einen Malkurs mit einer zweisprachigen Co-Kursleitung. 18 Kinder mit zehn verschiedenen Muttersprachen malten und spielten in bestem Einverständnis während einer Woche. An der anschliessenden Vernissage präsentierten sie ihre Werke den Angehörigen, Freundinnen und Freunden. Einer der Höhepunkte im Ferienprogramm sind seit fünf Jahren die Videokurse. Ideenreichtum, Kreativität und Freude der Jugendlichen, nebst einer professionellen Führung, zeigten jeweils erstaunliche Ergebnisse. Der Zürcher Ferienpass, der jeweils auch die Winterthurer Ferienangebote für den Sommer enthält, erschien in einem neuen, kindgerechteren Erscheinungsbild und war erstmals mit 7728 Pässen ausverkauft.

Das Angebot des Spielverleihs wurde 2005 von Trägerschaften von Quartieranlässen, Veranstaltenden von Ferien- und Sportlagern, Schulen und Privatpersonen über zweihundert Mal in Anspruch genommen. Der Spielbus erfreute bei 25 Anlässen Kinder- und Erwachsenenherzen. Die Nutzung der öffentlichen Holzwerkstatt an der Palmstrasse wurde ab 2005 neu geregelt. Dank vermehrter Werbung, klaren Benützungsbedingungen, Jahres- und Monatsabonnements und Abendpauschalen konnte eine stärkere Belegung erreicht werden. Ab August mietete die Migros Klubschule für ihre Werk- und Schnitzkurse die Holzwerkstatt, so dass die Anlage gut ausgelastet ist. Im Sommer luden die Werkstätten und der Spielverleih an der Palmstrasse 16a zum Tag der offenen Türen.

Viele Wechsel bei der Mieterschaft der Musikübungsräume sorgten für aufwändige Sachbearbeitung. Ein lückenloser Übergang war wegen der kurzen Kündigungsfrist nicht immer möglich.

Die Infostelle bewährte sich erneut als Anlaufstelle für Private und Organisationen. Die Suche nach Räumlichkeiten und Infrastrukturen für Quartierfeste und andere Anlässe sowie Auskünfte über Winterthur als Wohn- und Quartierkulturstadt gehörten zu den häufigsten Anfragen.

Departement Finanzen

Rechnung 2005

Die Rechnung 2005 konnte ausgeglichen abgeschlossen werden. Dieses unerwartet erfreuliche Ergebnis ist im Wesentlichen eine Folge des Steuerkraftausgleichs, welcher mit 59,7 Millionen Franken gegen 15 Millionen Franken höher ausgefallen ist als budgetiert. Aber auch die Steuern und vor allem die Entgelte sind viel reichlicher geflossen als angenommen werden konnte. Mit Bezug auf die Ausgaben darf der Verwaltung eine sehr grosse Budgetdisziplin attestiert werden; zum ersten Mal seit Jahren sind die budgetierten Gesamtausgaben nicht überschritten worden. Diese erfreuliche Entwicklung ist einerseits eine Folge der konsequent umgesetzten win.03 Massnahmen. Andererseits zeigen auch die regelmässigen Berichterstattungen zum Finanzcontrolling an den Stadtrat eine positive Wirkung, indem die Qualität der Hochrechnungen immer besser wird und dem Stadtrat als wichtiges Führungs- und Steuerungsinstrument dient.

Dieser unerwartet gute Rechnungsabschluss darf allerdings nicht darüber hinweg täuschen, dass die mit dem Voranschlag 2005 beschlossenen, schmerzlichen Massnahmen einer dreiprozentigen Lohnkürzung und einer dreiprozentigen Steuererhöhung zum damaligen Zeitpunkt unerlässlich waren, um den Voranschlag ausgeglichen verabschieden zu können. Die Begründungen zu den Budgetabweichungen zeigen deutlich, dass die erzielten Mehreinnahmen, insbesondere der Steuerkraftausgleich, im Zeitpunkt der Budgetierung nicht voraussehbar waren. Wenn der Steuerkraftausgleich bereits damals richtig hätte abgeschätzt werden können, wäre der Steuerfussausgleich wesentlich tiefer ausgefallen. Angesichts der grossen Finanzprobleme der Stadt Winterthur und der aus eigener Kraft ergriffenen drastischen Massnahmen konnte mit dem Kanton ein Steuerfussausgleich in dieser nie da gewesenen Höhe ausgehandelt werden.

Die finanzielle Situation der Stadt Winterthur wird auch weiterhin angespannt bleiben, weshalb die mit dem Projekt «Haushaltsanierung 07» (HS 07) in die Wege geleiteten Teilprojekte strikte umgesetzt werden müssen, um den Finanzhaushalt im Gleichgewicht zu halten.

Der stadträtliche Finanzausschuss hat die wichtigen Finanzgeschäfte an sechs Sitzungen zu Händen des Stadtrates beraten.

Landpolitik

Der Stadtrat hat im Rahmen der Umsetzung des Konzeptes für das Liegenschaftenportefeuille im Finanzvermögen zahlreiche Landverkäufe und zwei Landkäufe getätigt. Damit ist man dem Ziel des Konzeptes – das Liegenschaftenportefeuille zu bereinigen und die Laufende Rechnung zu entlasten – einen Schritt näher gekommen. Sodann hat die Liegenschaftsverwaltung im Projekt «HS 07» die Projektleitung des Teilprojektes «Facility Management» bzw. «Zentrales Immobilien Management (ZIM)», wie das Projekt heute bezeichnet wird, übernommen. In einem ersten Schritt wurde ein Beratungsbüro mit der Vorbereitung und Durchführung der Submission für die externe Projektleitung beauftragt.

Steuern

Eine markante wirtschaftliche Erholung konnte auch im Jahr 2005 nicht verzeichnet werden, weshalb die Steuer-

einnahmen weiterhin auf einem relativ tiefen Niveau verharrten. Die Steuerkraft der Stadt Winterthur hinkt im Vergleich zum Kantonsmittel weiterhin hinten an und ist im 2005 wieder gesunken, was den unerwartet hohen Anstieg des Steuerkraftausgleichs zur Folge hatte.

Informatik

Das Schwergewicht der Tätigkeiten der Informatikdienstleistungen lag auch im Jahr 2005 bei der Entwicklung einer stadtweiten Informatik-Strategie, die im Frühjahr 2006 vom Stadtrat genehmigt wurde. Ferner beauftragte der Stadtrat die IDW mit der Evaluation einer einheitlichen Geschäftsverwaltungs-Software für die Stadtverwaltung. Das Departementssekretariat Finanzen stellte sich als Pilotorganisation zur Verfügung und testet seit Frühling 2005 erfolgreich die Software «iGEKO». Geplant ist, die Software in einem ersten Schritt in allen Departementssekretariaten und der Stadtkanzlei für die Bearbeitung der Stadtratsgeschäfte einzusetzen. Ein entsprechender Antrag an den Stadtrat ist in Vorbereitung.

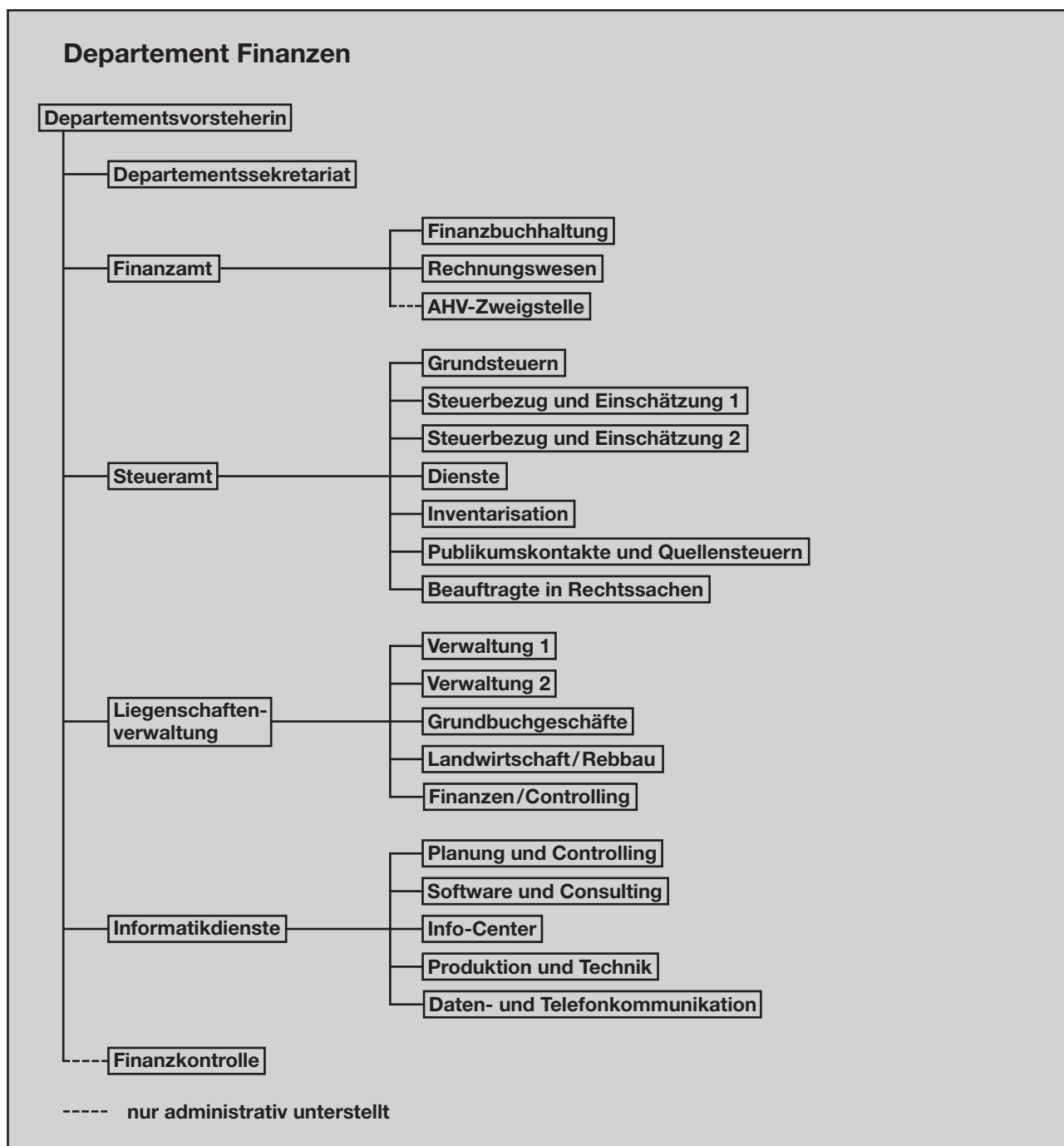
Projekt

«Wirkungsorientierte Verwaltungsführung (WOV)»

Für die wirkungsorientierte Verwaltungsführung WOV darf das Jahr 2005 als Schlüsseljahr bezeichnet werden. Der Prozess für die Budgetierung des Jahres 2006 wurde vollständig auf WOV umgestellt. Mit Ausnahme der Volksschule haben sämtliche Verwaltungsstellen nicht nur ihre finanziellen Eckwerte für das kommende Jahr geplant, sondern auch die Indikatoren, die Auskunft geben über die erbrachten Leistungen. Damit ist ein äusserst ehrgeiziges Ziel erreicht worden, das unter grossem Zeitdruck zu bewerkstelligen war. Der Umstellungsprozess bedingte eine sehr enge Zusammenarbeit zwischen der Verwaltung, dem Stadtrat und dem Grossen Gemeinderat. Es galt, relativ viele Entscheide auf verschiedenen Ebenen innerhalb verhältnismässig kurzer Zeit zu fällen. Dass das Vorhaben rechtzeitig gelungen ist, ist nicht zuletzt dem Engagement zu verdanken, das die Mitarbeitenden der Verwaltung und die Mitglieder der politischen Institutionen an den Tag gelegt haben. Die Bemühungen von Winterthur wurden denn auch vom für die Gemeinden zuständigen Regierungsrat des Kantons Zürich mit folgenden Worten gewürdigt: «Ich habe den Bericht mit Interesse zur Kenntnis genommen und freue mich, dass Sie bei der Umsetzung der wirkungsorientierten Verwaltungsführung einen entscheidenden Schritt weitergekommen sind. Wie bereits bei früherer Gelegenheit festgehalten, leistet Winterthur damit Pionierarbeit und verdient hierfür Anerkennung.»

Projekt «win.03»

Das Projekt win.03 konnte mit Erfolg abgeschlossen werden. Die Laufende Rechnung der Stadt wird mit einem jährlich wiederkehrenden Betrag von rund 24 Millionen Franken entlastet. 70 Prozent davon werden mit Reduktionen des Aufwandes und 30 Prozent mit Erhöhungen der Erträge realisiert. Insgesamt konnten 75 Prozent der geplanten Massnahmen vollständig umgesetzt werden. Von den übrigen 25 Prozent ist ein Teil nicht umsetzbar. Die übrigen, noch nicht vollständig umgesetzten Massnahmen werden in das Projekt «HS 07» überführt; damit kann ihr ordnungsgemässer Abschluss gewährleistet werden.



Projekt «Haushaltssanierung 2007»

Das Projekt «HS 07» zielt darauf ab, einen wichtigen Beitrag zur mittelfristigen Sanierung des Haushaltes der Stadt Winterthur zu liefern. Der Stadtrat legte im Februar 2005 fest, welche konkreten Aufgaben in diesem Rahmen bearbeitet werden sollen. Jedes der insgesamt 19 Projekte steht unter der Federführung eines Departements, das für die eigentliche Projektabwicklung verantwortlich zeichnet. Zur Koordination des Vorgehens auf Stufe Stadtrat wurde eine Gesamtprojektleitung im Departement Finanzen eingerichtet. Diese führt regelmässige Projektstandsitungen mit den Leitungen der einzelnen Projekte durch. Die Ergebnisse dieser Besprechungen und die Anträge der Projektteams werden dem Stadtrat in verdichteter Form an vier bis fünf gesonderten Sitzungen pro Jahr zur

Kenntnis gebracht. Diese Art der Berichterstattung erlaubt ein zügiges Vorankommen, obwohl das Gesamtvorhaben eine hohe Komplexität aufweist. Die meisten Projekte haben einen Zeithorizont von mindestens einem Jahr, so dass eine gesamthafte Würdigung der Ergebnisse per Ende 2005 verfrüht wäre.

Reform Zürcher Finanzausgleich (REFA)

Das von der Direktion des Innern und der Justiz des Kantons Zürich geleitete Projekt «REFA» lag auch 2005 auf Eis. Erst im laufenden Jahr wird wieder Bewegung in das Projekt kommen: Wie die Regierung angekündigt hat, beabsichtigt sie, aufgrund der Ergebnisse der Vernehmlassung ein neues Modell für den kantonalen Finanzaus-

gleich zu entwickeln. Das Departement Finanzen wird die Projektarbeit genau beobachten, um die Interessen der Stadt Winterthur möglichst frühzeitig einbringen zu können. Laut Fahrplan der Regierung soll der neue Finanzausgleich im 2009 in Kraft gesetzt werden können.

Neugestaltung des Finanzausgleichs und der Aufgabenteilung zwischen Bund und Kantonen (NFA)

Mit Annahme der Verfassungsbestimmungen für die Neugestaltung des Finanzausgleichs und der Aufgabenteilung zwischen Bund und Kantonen an der Volksabstimmung vom 28. November 2004 haben die Gesetzgebungsarbeiten für die NFA-Umsetzung auf Bundes- und Kantonsebene begonnen. Im Kanton Zürich ist unter der Leitung der Finanzdirektion eine Projektorganisation ins Leben gerufen worden: Für die strategische Projektleitung wurde ein Steuerungsausschuss bestehend aus Vertreterinnen und Vertretern der Kantons- und Gemeinderegierungen geschaffen. In diesem Gremium wird die Finanzvorsteherin die Interessen der Stadt Winterthur vertreten. Für die eigentliche Projektarbeit besteht eine zentrale Projektgruppe, in welcher sämtliche Direktionen, der Gemeindepräsidentenverband sowie die Städte Zürich und Winterthur Einsitz haben. Zur Koordination der Projektarbeiten innerhalb der Stadt Winterthur hat der Stadtrat zudem eine städtische NFA-Arbeitsgruppe eingesetzt. Ziel der NFA ist eine Entflechtung der Aufgaben zwischen Bund und Kantonen und eine Neugestaltung der Finanzströme. In der Bundesverfassung werden jene Aufgaben neu definiert, für welche entweder der Bund oder die Kantone die alleinige Verantwortung tragen werden und welche als so genannte Verbundaufgaben gemeinsam wahrgenommen werden sollen. Die Neuregelung des Finanzausgleichs umfasst eine Umverteilung und Entflechtung der Finanzströme: Mit dem Ressourcenausgleich soll die Leistungsfähigkeit der Kantone ausgeglichen werden. Mit dem Lastenausgleich werden zwei besondere Lasten abgegolten, nämlich mit dem geografisch-topografischen Lastenausgleich die Mehrbelastung der Bergregionen und mit dem soziodemografischen Lastenausgleich die Mehrbelastungen der Zentrumsgebiete. Die Arbeiten zur Anpassung der Gesetzgebung auf Bundes- und Kantonsebene laufen auf Hochtouren, da geplant ist, die neuen Gesetze auf den 1. Januar 2008 in Kraft zu setzen. Die Auswirkungen der NFA auf die Gemeinden sind zum heutigen Zeitpunkt nur schwer abschätzbar. Dennoch gilt es auch hier, die Gesetzgebungsarbeiten sehr aufmerksam zu verfolgen und, so weit möglich, mitzugestalten.

Finanzkontrolle

Der Grosse Gemeinderat hat die neue Finanzkontrollverordnung verabschiedet und der Stadtrat setzte sie auf den 1. Januar 2006 in Kraft. Die Verordnung sieht im Kernpunkt eine grössere Unabhängigkeit der Finanzkontrolle von der Verwaltung vor. Auf den gleichen Zeitpunkt bestätigte das städtische Parlament Walter Hubmann als Leiter der Finanzkontrolle. Er wurde für eine Amtsdauer von vier Jahren gewählt.

Kontrolle der städtischen Finanzen

Bei der Prüfung der städtischen Rechnung 2004 konnte in der Laufenden Rechnung gegenüber dem Vorjahr eine stark verbesserte Budgetdisziplin festgestellt werden. Die

Prüfresultate bei den Globalrechnungen waren ebenfalls zufrieden stellend. Bei der Bestandesrechnung wurde bemängelt, dass die vorgenommenen Rückstellungen in der Rechnungslegung zu wenig transparent dargestellt worden sind. Zudem wurden Rückstellungen gebildet, die finanzrechtlich als Eventualverpflichtungen zu qualifizieren sind. Im Weiteren wurde der korrekten Rechnungsabgrenzung zum Teil immer noch zu wenig Beachtung geschenkt.

Die gesetzlich vorgeschriebenen, unangemeldeten Kassarevisionen ergaben wenige und in der Regel nicht wesentliche Soll-Ist-Differenzen.

Am Häufigsten wurden bei den Dienststellenrevisionen (Zwischenrevisionen) Abweichungen von massgebenden Rechtsgrundlagen festgestellt. Gesamthaft betrachtet hat jedoch die Qualität der dezentralen Rechnungsführung zugenommen. Es ist zu hoffen, dass diese Entwicklung auch im Zuge der stadtweiten WOV-Rechnungslegung anhält.

Jährlich wiederkehrende und laufende Prüfungsarbeiten

- Abschlussrevision der städtischen Rechnung
- Unangemeldete Kassenprüfungen bei 61 Dienststellen: rund 130 Kassen-, PC-, Bank-, Wertschriftenbestände
- PIAS (Besoldungswesen): monatliche Abstimmungsprüfungen
- Vernehmlassungen zu Objektkreditabrechnungen

Dienststellenrevisionen (Prüfung bestimmter Teilgebiete):

- Personalamt
- Gewerbe- und Uhrenmuseum
- Winterthurer Bibliotheken
- Umbau Stadtbibliothek Ob. Kirchgasse 4/6 (Objektkredit)
- Steueramt / Grundsteuern
- Stadtplanungsamt (Review)
- Fonds für den Unterhalt des überkommunalen Strassennetzes
- Fachstelle Haustechnik
- Feuerpolizei
- Baupolizei, Amtsleitung
- Departementssekretariat Bau
- Polizeirichteramt
- Stadtpolizei
- Stadtpolizei, Objektkredit Lichtsignalanlage Technikum-, Zürcherstrasse
- Parkhäuser und Parkplätze
- Zivilschutz
- Melde- und Zivilstandswesen
- Horte
- Primarschule, Obligatorischer Unterricht
- Primarschule, Objektkredit Neubau Schulhaus Laubegg
- Oberstufe, Obligatorischer und fakultativer Unterricht
- Oberstufe, Objektkredit Renovation Schulhaus Hofurri
- Oberstufe, Liegenschaften
- Heilpädagogische Schule
- Hauswirtschaftliche Fortbildungsschule
- Berufswahlschule
- Werkjahr
- Berufsberatung
- Kinder- und Jugendheim Oberi
- Altersheim Rosental
- Zentrum Adlergarten
- Spitex
- Stadtbus Winterthur

Übrige Kontrolltätigkeit

Gesetzliche Stiftungsaufsichtsmandate (Art. 84 ZGB)

- Dora Grob-Reinhart-Stiftung
- Stiftung Metzggasse 6
- Robert Sulzer-Forrer-Stiftung
- Stiftung für Symphoniekonzerte und das Stadtorchester Winterthur
- Sportstiftung Winterthur
- Arnold Schenkel-Stiftung
- Carl Heinrich Ernst-Kunststiftung
- Stiftung Winterthurer Moschee
- Stiftung für Kleinsiedlungen
- Stiftung Akazia
- Margaretha und Werner Ehrat-Stiftung
- Stiftung zum Mandelbaum
- Stiftung für das Pflegepersonal am Kantonsspital Winterthur
- Stiftung Konradhof Winterthur
- Stiftung Sulzberg

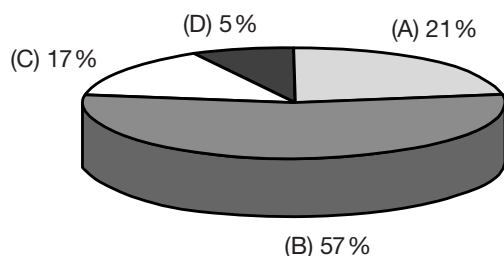
Revisionsmandate

- GAIWO (Genossenschaft für Alters- und Invalidenwohnungen)
- Stiftung Altersheim St. Urban
- Stiftung Jakob Briner
- Gesellschaft für zentrale Wärmeversorgungsanlage Bülhofquartier
- Verein AIDS-Informationsstelle
- Vereinigung «Stadtmarketing Winterthur»
- Trägerverein Jugendhaus Winterthur
- Überkommunale Abrechnungsstelle «Sackgebühren»
- Stiftung «Winterthur-La Chaux-de-Fonds»
- Musikkollegium Winterthur (subventionsrechtliche Prüfung)
- Kunstverein Winterthur (subventionsrechtliche Prüfung)

Weitere Prüfungen

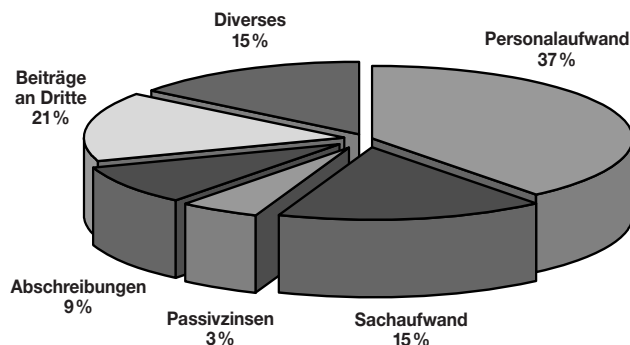
- Beratungsstelle für das Alter, Klienten- und Klientinnen-Buchhaltung
- Sozialamt, Geldverwaltung von Klienten und Klientinnen
- Theater am Stadtgarten (Auftragsrevision)
- Kulturförderung «Afro-Pfingsten» (Auftragsrevision)

Struktur der Kontrolltätigkeit



- (A) Abschluss städtische Rechnung
- (B) Dienststellenrevisionen (inkl. Objekt- und Kassenrevisionen)
- (C) Ad-hoc-Kontrollen, Abklärungen, Beratungen und Projektbegleitung
- (D) Aufsichts- und Revisionsmandate (externe Revisionen)

Aufwand 2005



Finanzamt

Die Rechnung 2005 schliesst bei bereinigten Aufwendungen und Erträgen von 1016 Millionen Franken ausgeglichen ab. Bei der Investitionsrechnung des Verwaltungsvermögens stehen 93,1 Millionen Franken an bereinigten Ausgaben 21,6 Millionen Franken an bereinigten Einnahmen gegenüber, so dass netto 71,6 Millionen Franken investiert worden sind. Während davon 31,1 Millionen Franken ins Allgemeine Verwaltungsvermögen geflossen sind, beträgt der Anteil des Verwaltungsvermögens der städtischen Betriebe 40,5 Millionen Franken. Beim Finanzvermögen wurden netto 22,9 Millionen Franken desinvestiert. Das Verwaltungsvermögen beläuft sich nach Berücksichtigung der Abschreibungen auf 531,9 Millionen Franken; davon entfallen 327,9 Millionen Franken auf das Allgemeine Verwaltungsvermögen und 204 Millionen Franken auf das Verwaltungsvermögen der städtischen Betriebe. Der Bilanzfehlbetrag wurde getilgt.

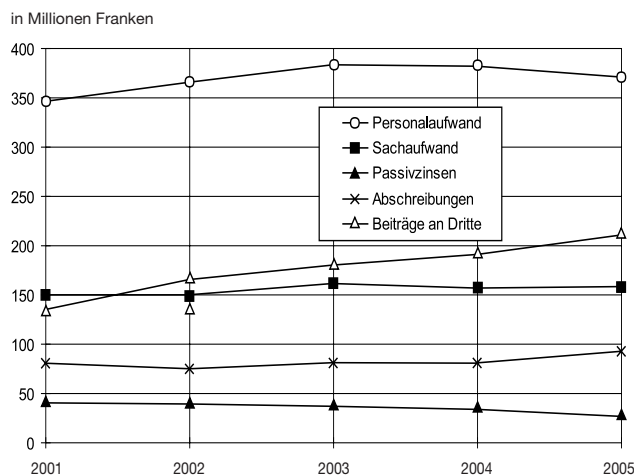
Die Rechnung 2005 zeigt folgende Resultate:

Laufende Rechnung

Beträge in tausend Franken	Rechnung 2005	Voranschlag 2005	Veränderung
Aufwand (bereinigt)	1 016 209	1 004 890	11 319 –
Ertrag (bereinigt)	1 016 210	1 005 013	11 197 +
Ertragsüberschuss	1	123	122 –
Aufwand:			
Personalaufwand	373 642	374 617	975 –
Sachaufwand	156 385	159 703	3 318 –
Passivzinsen	31 360	34 734	3 374 –
Abschreibungen	94 471	100 805	6 334 –
Energie-/Rohmaterialankauf	67 224	59 483	7 741 +
Entschädigungen an andere Gemeinwesen	41 750	39 285	2 465 +
Beiträge an Dritte	212 425	212 016	409 +
Durchlaufende Beiträge	6 220	3 573	2 647 +
Einlagen in Spezialfinanzierungen	32 732	20 675	12 057 +
Ertrag:			
Steuern	292 346	287 935	4 411 +
Regalien und Konzessionen	715	809	94 –
Vermögenserträge	26 017	29 008	2 991 –
Entgelte	395 960	374 787	21 173 +
Anteile/Beiträge ohne Zweckbindung	108 488	102 011	6 477 +
Rückerstattungen von Gemeinwesen	54 647	57 562	2 914 –
Beiträge mit Zweckbindung	116 435	122 762	6 327 –
Durchlaufende Beiträge	6 220	3 573	2 647 +
Entnahmen aus Spezialfinanzierungen	15 383	26 566	11 183 –

Die Rechnung 2005 konnte durch grosse Ausgaben- disziplin ausgezeichnet abgewickelt werden. Das eigentliche Ergebnis entsprach weitgehend dem Voranschlag. Allerdings war ein unerwarteter Mehrertrag beim Steuerkraftausgleich von 14,8 Millionen Franken zu verzeichnen, so dass das Rohergebnis einen Ertragsüberschuss ergab. Davon konnte der Bilanzfehlbetrag vollständig abgeschrieben werden. Der resultierende Ertragsüberschuss muss nach Massgabe des Finanzausgleichsgesetzes mit dem Steuerfussausgleich verrechnet werden. Mit anderen

Entwicklung des Aufwandes

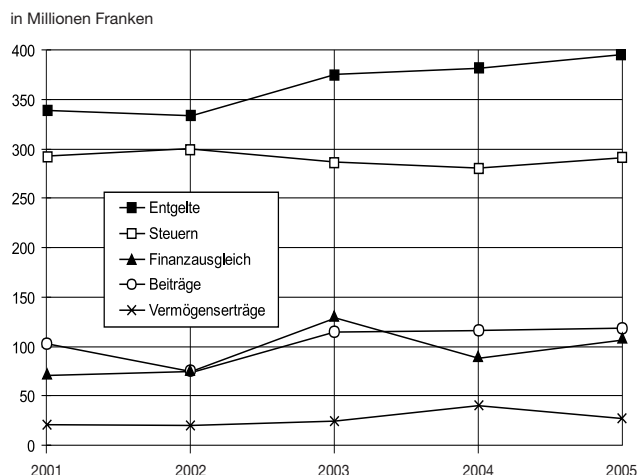


Worten: der vom Kanton gewährte Steuerfussausgleich muss in der Höhe von 9,6 Millionen Franken nicht beansprucht werden.

Der Gesamtaufwand ist um rund 11,3 Millionen Franken, der Gesamtertrag um rund 11,2 Millionen Franken höher als der Voranschlag. Das Gesamtergebnis weicht somit um knapp tausend Franken negativ vom Budget ab. Dies liegt an der Rundung des nicht belasteten Anteils des Steuerfussausgleichs. Beim Ertrag sind folgende Positionen speziell zu erwähnen: Die budgetierten Steuereinnahmen wurden um rund 4,4 Millionen Franken übertroffen und erreichten den Totalbetrag von 292,3 Millionen Franken (dieser Betrag umfasst sämtliche Steuereinnahmen des laufenden Jahres und der Vorjahre). Der Vorjahreswert wurde um rund 12,5 Millionen Franken übertroffen. Die grössten positiven Abweichungen ergeben sich bei den Entgelten (+ 21,2 Mio.) und bei den Beiträgen ohne Zweckbindung (+ 6,5 Mio.).

Beim Aufwand wurde das Budget tendenziell gut eingehalten. Beim Sachaufwand wurden 3,3 Millionen Franken weniger ausgegeben als veranschlagt. Dieses Ergebnis zeugt von einer grossen Zurückhaltung bei sämtlichen Ausgabenkategorien und stark verbesserter Budgetdisziplin. Der Personalaufwand weicht mit Minderausgaben von rund einer Million Franken vom Voranschlag ab: Hier schlagen sich die Massnahmen der Lohnkürzung um drei Prozent und die Zurückhaltung bei den Anstellungen nieder. Die Abschreibungen sind um 6,4 Millionen Franken unter den Voranschlag gesunken, was auf die kleiner aus-

Entwicklung des Ertrages



gefallenen Abschreibungen der Städtischen Werke wie auch die tiefen Investitionen ins Allgemeine Verwaltungsvermögen in den Jahren 2004 und 2005 zurückzuführen ist. Die Beiträge an Dritte sind fast genau im Ziel, was darauf hindeuten könnte, dass sich der Anstieg der Ausgaben für Sozial- und Wirtschaftshilfe auf einem hohen Niveau zu stabilisieren beginnt.

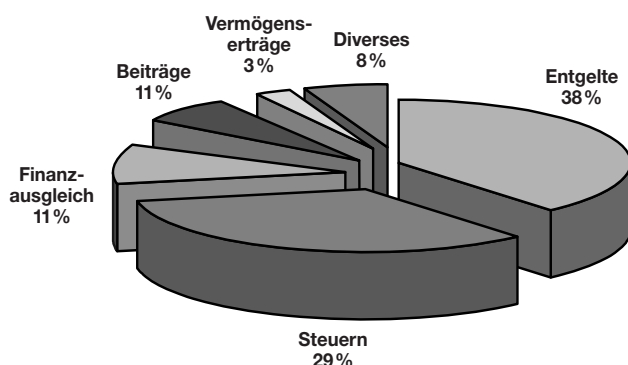
Der Verlauf der Rechnung zeigt deutlich, dass der finanzielle Spielraum der Stadt Winterthur eng ist. Es bleibt sehr wenig Raum für eine reale Ausweitung. Die Konjunktur hat wieder deutlich angezogen und es ist zu hoffen, dass die finanziellen Verhältnisse stabilisiert werden können. Dazu sind aber nach wie vor Massnahmen vorzusehen. Die Abhängigkeit vom maximalen Steuerfussausgleichsbeitrag hat ausserdem zur Folge, dass der Kanton den Voranschlag zu genehmigen hat.

Investitionsrechnung des Verwaltungsvermögens

Beträge in tausend Franken	Rechnung 2005	Voranschlag 2005	Veränderung
Ausgaben (bereinigt)	93 142	142 591	49 449 +
Einnahmen (bereinigt)	21 579	21 486	93 -
Nettoinvestitionen	71 563	121 105	49 542 +
Ausgaben:			
Grundstückwerb und Bauten	89 520	137 651	48 131 +
Darlehen und Beteiligungen	811	500	311 +
Investitionsbeiträge	1 469	3 560	2 091 +
übrige zu aktivierende Ausgaben	1 090	830	260 -
Einlagen in Spezialfonds	252	50	202 -
Einnahmen:			
Abgang von Sachgütern	2 795	0	2 795 +
Nutzungsabgaben/Vorteilsentgelte	5 709	4 330	1 879 +
Rückzahlung von Darlehen/Beteiligungen	750	225	525 +
Rückerstattungen für Sachgüter	1 142	2 690	1 548 -
Rückzahlung von Investitionsbeiträgen	133	0	133 +
Beiträge mit Zweckbindung	10 164	10 480	316 -
Entnahmen aus Spezialfonds	886	3 761	2 875 -

Die Nettoinvestitionen ins Verwaltungsvermögen liegen mit 71,5 Millionen Franken deutlich unter dem Voranschlag. Beim Allgemeinen Verwaltungsvermögen wurde zwar mehr investiert als letztes Jahr; dennoch sind die Nettoinvestitionen ins Allgemeine Verwaltungsvermögen mit 31,1 Millionen Franken immer noch sehr tief ausgefallen. Dies liegt an verschiedenen zeitlichen Verzögerungen von grossen Vorhaben. Der Realisierungsgrad liegt bei rund 55 Prozent des Programms. Die Nettoinvestitionen der städtischen Betriebe belaufen sich auf rund 40,5 Millionen Franken und liegen damit wesentlich tiefer als angenommen (72,2 Mio.).

Erträge 2005



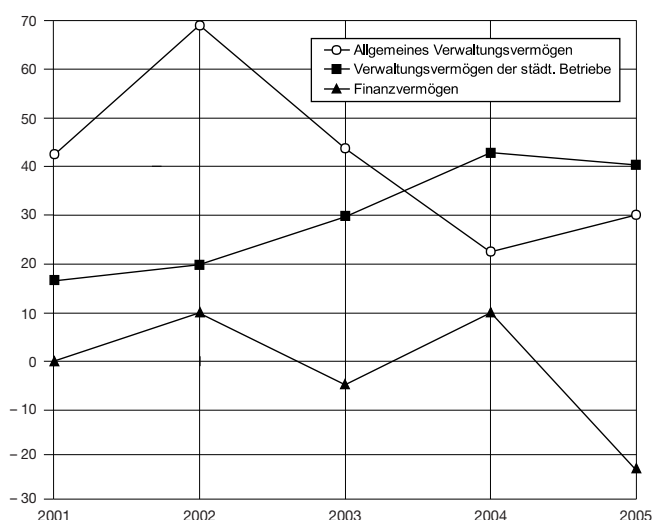
Investitionen ins Finanzvermögen

Beträge in tausend Franken	Rechnung 2005	Voranschlag 2005	Veränderung
Total Ausgaben	10 722	12 820	2 098 +
Total Einnahmen	33 627	10 470	23 157 +
Nettoinvestitionen	- 22 905	2 350	25 255 +

Bei den Investitionen ins Finanzvermögen sind verschiedene Verkäufe und Übertragungen abgewickelt worden, die zu wesentlichen Abgängen geführt haben. Diese waren als Einnahmen zu verbuchen (vgl. die Berichterstattung dazu bei der Liegenschaftenverwaltung).

Entwicklung der Nettoinvestitionen

in Millionen Franken



Bestandesrechnung

Beträge in tausend Franken	31.12.2005	31.12.2004	Veränderung
Bilanzsumme	1 188 044	1 308 254	120 210 -
Aktiven:			
Finanzvermögen	655 649	764 389	108 740 -
Verwaltungsvermögen	531 931	539 705	7 774 -
Spezialfinanzierungen	464	140	324 +
Bilanzfehlbetrag	0	4 020	4 020 -
Passiven:			
Fremdkapital	1 007 424	1 133 919	126 495 -
Verrechnungen	12 586	23 342	10 754 -
Spezialfinanzierungen	168 032	150 993	17 039 +
Eigenkapital	1	0	1 +

Die Bilanzsumme hat wieder abgenommen (- 120,2 Mio.). Dies liegt vor allem daran, dass am Ende des Vorjahres erhebliche Liquidität abgebaut werden konnte, indem die Verpflichtungen gegenüber der Pensionskasse verringert wurden und die Verpflichtung gegenüber der OeKK entfiel. Das Allgemeine Verwaltungsvermögen sank um 6,6 Millionen Franken auf 327,9 Millionen Franken. Das Verwaltungsvermögen der städtischen Betriebe sank ebenfalls und zwar um 1,2 Millionen Franken auf 204 Millionen Franken. Der Bilanzfehlbetrag wurde getilgt und durch die Rundung des Betrags des Steuerfussausgleichs ergab sich ein geringes Eigenkapital in der Höhe des Ergebnisses.

Finanzierungsrechnung

Beträge in tausend Franken	Rechnung 2005	Voranschlag 2005	Veränderung
<i>Nettoinvestitionen ins Allgemeine Verwaltungsvermögen</i>	31 086	48 000	16 914 -
+ Nettoinvestitionen der städtischen Betriebe	40 477	64 909	24 432 -
- Abschreibungen des Allgemeinen Verwaltungsvermögens	- 37 675	- 38 600	925 +
- Abschreibungen der städtischen Betriebe	- 41 663	- 52 913	11 250 +
+ Aufwandüberschuss der Laufenden Rechnung	+ 1	+ 123	122 -
<i>Finanzierungsbedarf I</i>	- 7 776	21 273	29 049 -
Einlagen in Spezialfinanzierungen	- 32 732	- 21 072	11 660 -
+ Entnahmen aus Spezialfinanzierungen	+ 15 383	+ 30 327	14 944 -
<i>Finanzierungsbedarf II</i>	- 25 125	30 528	55 653 -
+ Nettoinvestitionen ins Finanzvermögen	- 22 905	+ 2 350	25 255 -
- Abschreibungen Finanzvermögen	- 7 112	- 2 768	4 344 -
<i>Gesamter Finanzierungsbedarf</i>	- 55 142	30 110	85 252 -

Der Finanzierungsbedarf stellte sich sehr viel tiefer als budgetiert. Dieser Effekt ist vor allem auf die stark zurückgenommenen Investitionen ins Verwaltungsvermögen und die Desinvestitionen im Finanzvermögen zurückzuführen.

Der Selbstfinanzierungsgrad beträgt ohne Finanzvermögen 135,1 Prozent (ohne städtische Betriebe und Spezialfinanzierungen: 121,2 Prozent). Der sehr gute Wert beim Allgemeinen Verwaltungsvermögen kommt jedoch nur dadurch zustande, dass die Investitionstätigkeit recht niedrig ausgefallen ist.

Finanz- und Rechnungswesen

Im laufenden Jahr konnten erneut verschiedene neue Applikationen erstellt und eingeführt werden: Im Vordergrund standen hier die Applikationen, die es erlauben, die wirkungsorientierte Verwaltungsführung flächendeckend in der Stadtverwaltung einzuführen. Dieses Vorhaben ist trotz grössten Zeitdrucks optimal gelungen, so dass ab dem Jahr 2006 mit der neuen Verfahrensweise gestartet werden kann. Diese Applikationen ermöglichen eine weit gehend automatische Verknüpfung der Daten, so dass der Benutzerkomfort stark gesteigert werden kann. Für die wirkungsorientierte Verwaltungsführung mussten auch verschiedene Kostenrechnungssysteme erstellt werden, was mit dem Rechnungswesensystem CS/2 ohne Probleme möglich war.

Finanzielle Planung

Die finanzielle Planung legte ihre Schwergewichte erneut auf die Investitionsvorhaben und auf das Erarbeiten von Szenarien für die Entwicklung der Laufenden Rechnung. Ausserdem wurde erstmals der Integrierte Aufgaben- und Finanzplan erstellt. Dabei erfuh die finanzielle Planung einen deutlichen Qualitätsschub.

Die Investitionsprogramme für die Jahre 2006 - 2010 wurden gestrafft und entlastet. Es müssen zwingend Anstrengungen zu einer weiter gehenden Priorisierung getroffen werden, da es sich herausgestellt hat, dass die Realisierung von Investitionen schwierig zu lenken ist. Im Rahmen des Projektes HS07 werden Überlegungen angestellt, wie die Investitionstätigkeit zu verstetigen ist. Es muss festgestellt werden, dass Planung und Abwicklung im Berichtsjahr stark voneinander abgewichen sind. Der Finanzplan für die Jahre 2006 bis 2010 signalisiert keine Entspannung der finanziellen Situation der Stadt Winterthur.

Projekt «Wirkungsorientierte Verwaltungsführung»

Die Arbeiten an der Ausbreitung der wirkungsorientierten Verwaltungsführung in der ganze Stadtverwaltung

haben das Finanzamt ausserordentlich stark belastet, da verschiedene Mitarbeitende in den grossen Projekten an führender Stelle agieren. Diese Belastungen konnten jedoch trotz sehr grossem Zeitdruck und starker Intensität aufgefangen werden, was allerdings nur durch die Nutzung aller zur Verfügung stehender Ressourcen gelang. Die Ausschüsse, welche mit der flächendeckenden Einführung von WOV betraut werden, sind alle vom Finanzamt geführt und der entsprechende Koordinationsaufwand ist beträchtlich. Es ist befriedigend festzustellen, dass sich der Aufwand gelohnt hat und die erstmalige Budgetierung unter der neuen Form gelungen ist.

Projekt «win.03»

Der Stadtrat hatte mit dem Projekt «win.03» ein Massnahmenpaket geschnürt und diverse Projekte lanciert, welche den Haushalt der Stadt Winterthur nachhaltig entlasten sollen. Für die Umsetzung dieser Massnahmen waren verschiedene Instanzen zuständig: Stadtrat, Parlament und Kanton. Im vergangenen Jahr hat der Stadtrat den Schlussbericht abgenommen und dem Grossen Gemeinderat zur Kenntnis gebracht. Dabei konnte festgestellt werden, dass die Massnahmen weit gehend umgesetzt worden sind und die Laufende Rechnung um rund 24 Millionen Franken entlastet wird. Das Projekt «win.03» ist damit sehr erfolgreich umgesetzt worden. Die noch nicht abgeschlossenen Massnahmen und Projekte sind in das Folgeprojekt «HS07» eingeflossen.

Projekt «HS07»

Im vergangenen Jahr wurde ein Bündel von Folgeprojekten für die Entlastung des Finanzhaushalts der Stadt Winterthur unter dem Namen «Haushaltssanierung 07» gestartet. Das Schwergewicht dieser Projekte liegt auf grösseren strukturellen Veränderungen, wie die Zentralisierung eines Teils der Verwaltung (Fokus) oder der zusammengefassten Bewirtschaftung der städtischen Immobilien (Zentrales Immobilien Management, ZIM). Das Finanzamt wirkt an diesen Projekten als Koordinationsstelle wesentlich mit.

Wohnbauförderung

Es sind keine Anträge für Wohneigentumsförderung gestellt worden. (Vorjahr: 1 Fall mit 24 840 Franken). Dies zeigt, dass die Finanzierung von Eigenheimen durch die tiefen Zinsen stark vereinfacht worden ist. Seit dem Beschluss des Grossen Gemeinderates vom 29. Mai 1995 steht dem Stadtrat für Wohneigentumsförderungsbeiträge ein Rahmenkredit von 750 000 Franken zur Verfügung, von dem ein Betrag von 80 328 Franken noch nicht gebraucht ist. Die Wohneigentumsförderung wird nach der Revision des Wohnbauförderungsgesetzes eingestellt werden.

Steueramt*

Während die Steuern des laufenden Jahres das Budget praktisch erreicht haben, liegen die Grundstückgewinnsteuern und die Handänderungssteuern deutlich hinter ihrer Prognose.

Gemeindesteuern

Die Gemeindesteuern sind mit einem Steuerfuss von 126 Prozent (122 %) eingezogen worden und brachten einen Ertrag von 229,1 Millionen Franken (219,6 Mio.). Absolut verbesserten sich die Steuererträge der natürlichen Personen um 6,16 Prozent (- 0,98 %), diejenigen der juristischen Personen verschlechterten sich um 4,73 Prozent (+ 11,26 %). Hätte der Steuersatz wie im Vorjahr mit 122 % gerechnet werden können, hätte die Zunahme bei den natürlichen Personen 2,79 Prozent und der Rückgang bei den juristischen Personen 7,75 Prozent betragen. Die Steuerprognose ist um - 3,0 Prozent (0,02 %) verfehlt worden.

Steuererlass

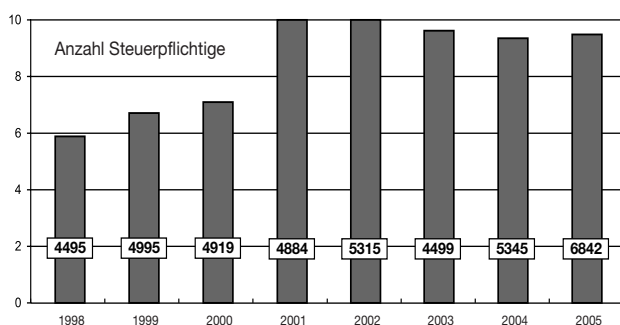
Es sind keine (7) Steuererlasse gewährt worden. An den Steuererlass werden so hohe Anforderungen gestellt, dass nur selten entsprechende Gesuche positiv beantwortet werden können. Dies entspricht den gesetzlichen Bestimmungen und ist langjährige Praxis.

Bezugsmassnahmen

Insgesamt sind 18 732 (19 926) Mahnungen und 9655 (9950) Betreibungsandrohungen verschickt worden. Das führte zur Ausstellung von 2299 (2165) Zahlungsbefehlen; in 162 (122) Fällen wurde dagegen Rechtsvorschlag erhoben. In 2098 (2632) Fällen musste das Pfändungsbegehren gestellt werden, was 915 (1350) Lohn-, 26 (28) Fahrnis- und 3 (5) Grundstückspfändungen zur Folge hatte. Ferner mussten 15 (16) Verwertungsbegehren gestellt werden. Total sind 1425 (1328) Verlustscheine ausgestellt worden, davon 49 (21) Konkursverlustscheine.

Quellensteuern

Ertrag in Millionen Franken



Nach- und Strafsteuern

In 56 (65) Fällen wurden Einnahmen von 569 579 Franken (261 946 Franken) erzielt.

* Das Steueramt ist eine Pilotorganisation der «Wirkungsorientierten Verwaltungsführung» (WOV). Über den Steuerertrag berichtet das Steueramt weiterhin im ordentlichen Geschäftsbericht der Stadtverwaltung. Die ausführliche Berichterstattung über den Steuerbezug erfolgt im Rahmen des Projektes WOV in separater Form.

Steuerauscheidung

Ausscheidungen	Natürliche Personen		Juristische Personen	
	Anzahl	Fr.	Anzahl	Fr.
Aktive	456	4 705 477	105	7 384 110
Passive	204	2 474 619	41	2 569 020
Saldo zu Gunsten Winterthur		2 230 858		4 815 090
Total				7 045 948

Inventar

Die Inventarabteilung hat bei 843 (916) Todesfällen ein Inventar aufgenommen und 882 (989) Inventare abgeschlossen.

Liegenschaftendokumentation

Auch im vergangenen Jahr hat das kantonale Steueramt in Zusammenarbeit mit den Gemeinden und den Experten der Firma Wüest und Partner eine generelle Liegenschaftenbewertung für die Steuerperiode 2005 geprüft. Aufgrund der Ergebnisse steht fest, dass keine generelle Neubewertung vorgenommen werden muss, da sich die Werte eher leicht nach oben verändert haben. Somit wird nur im Zusammenhang mit einer Handänderung eine Bewertung erstellt.

Grundsteuern

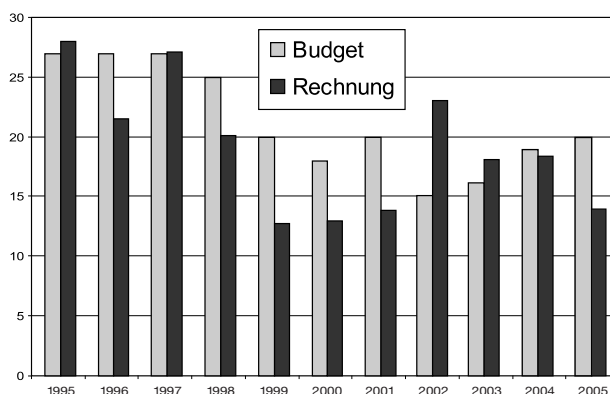
Wie erwartet sind im Hinblick auf die Abschaffung der Handänderungssteuer auf den 1. Januar 2005 einige Eigentumsübertragungen erst nach diesem Datum erfolgt. Insgesamt sind 1381 (1229) Handänderungen eingegangen (+ 12,4 %). Von den pendenten Geschäften erledigte die Grundsteuerabteilung 1154 (1500) Fälle.

Grundstückgewinnsteuern

Der erzielte Ertrag von 13,7 Millionen Franken (18,4 Mio.) resultierte aus 640 (950) steuertragenden Geschäften. Das Ergebnis liegt 6,3 Millionen Franken unter dem budgetierten Betrag. Einerseits waren dieses Jahr Gewinne in Millionenhöhe eher selten und andererseits nahm die Zahl der steuerpflichtigen Geschäfte um rund einen Drittel ab. Die hohen Erwerbspreise seit 1989 führen dazu, dass solche Liegenschaften vielfach nur mit Verlust verkauft werden können. Zudem sind die hohen Verkehrswerte vor 20 Jahren und die gesetzlich privilegierten Eigentumsübertragungen für die geringen Grundsteuereinnahmen mitverantwortlich.

Gegen die Entscheide des Grundsteuerausschusses der Stadt Winterthur sind fünf (6) Einsprachen und keine (1) Rekurse eingegangen. Vier (7) Rechtsmittelverfahren wurden erledigt.

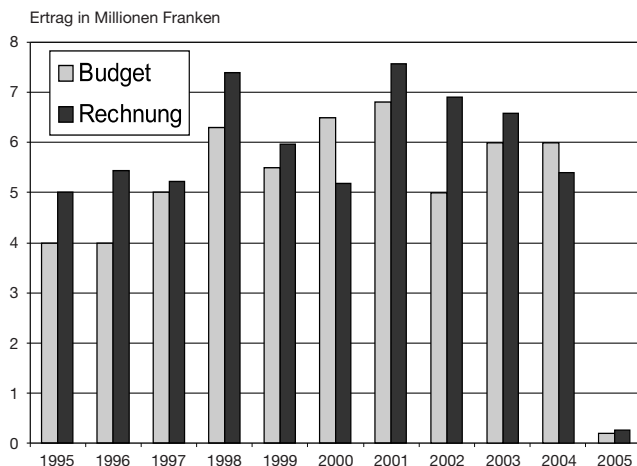
Ertrag in Millionen Franken



Handänderungssteuern

Die Einnahmen von rund 300 000 Franken (5,3 Mio.) übertrafen den budgetierten Ertrag um rund 100 000 Franken. Nach der Abschaffung der Handänderungssteuer resultierten die Einnahmen aus nachträglichen Veranlagungen von steuerpflichtigen Rechtsgeschäften vor dem 1. Januar 2005.

Gegen die Handänderungssteuerentscheide sind drei (1) Einsprachen und keine (0) Rekurse eingegangen. Zwei (8) Rechtsmittelverfahren wurden erledigt.



Steuerbezug

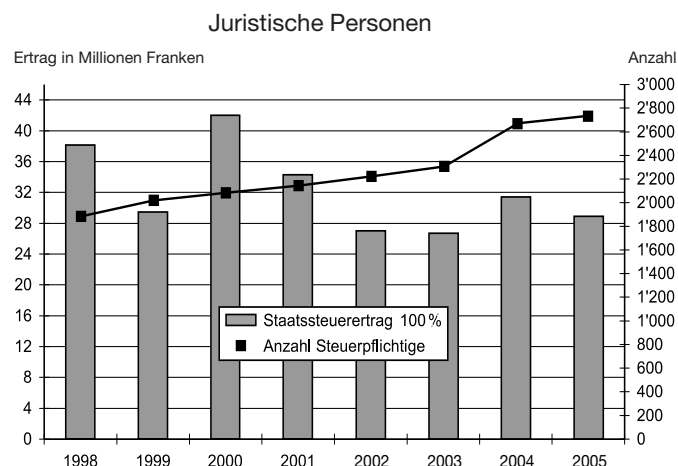
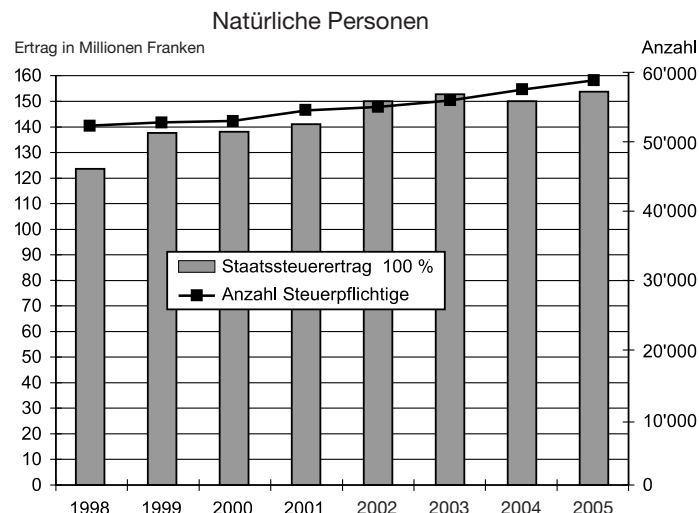
Im achten WOV-Pilotjahr ist es erneut gelungen, den Globalkredit nicht voll zu beanspruchen. Der Minderverbrauch von 608 200 Franken ist vor allem auf externe, nicht voraussehbare Mehreinnahmen zurückzuführen, was die Folge verschiedener Faktoren war: erfolgreiche Verhandlungen mit dem Kantonalen Steueramt über die Abgeltung der zusätzlich übernommenen Auswertungen von Steuerinformationen, die Bewältigung von mehr Steuerfällen und die höhere Zahl von selbst vorgenommenen Einschätzungen, alles mit fast demselben Personalbestand. Die Einnahmen für das Scanning waren zu vorsichtig budgetiert.

Der vom Grossen Gemeinderat für den Ausbau des Scann-Zentrums Winterthur bewilligte Mitteleinsatz zu Lasten der Laufenden Rechnung (Nr. 2005/041) hatte frühere und positivere wirtschaftliche Folgen als angenommen. Im Laufe der Berichtsperiode wurden dem Steueramt Winterthur von 62 Gemeinden insgesamt 170 000 Dossiers zur künftigen Bearbeitung vertraglich anvertraut. Um die zweite Scann-Linie kostendeckend betreiben zu können, sind 95 000 zusätzlichen Fälle notwendig. Da die Dokumente teilweise sofort erfasst werden mussten, sind auch die entsprechenden Erträge vorzeitig geflossen. Die Möglichkeiten des unternehmerischen Handelns als WOV-Pilot erlaubten den Ausbau der zweiten Scann-Linie sowie die nicht geplante, aber ebenfalls nötige Verbesserung der ersten Scann-Linie so vorzunehmen, dass per Saldo (und ohne Reserveentnahme) eine massiv kleinere Belastung des Globalkredites eintrat.

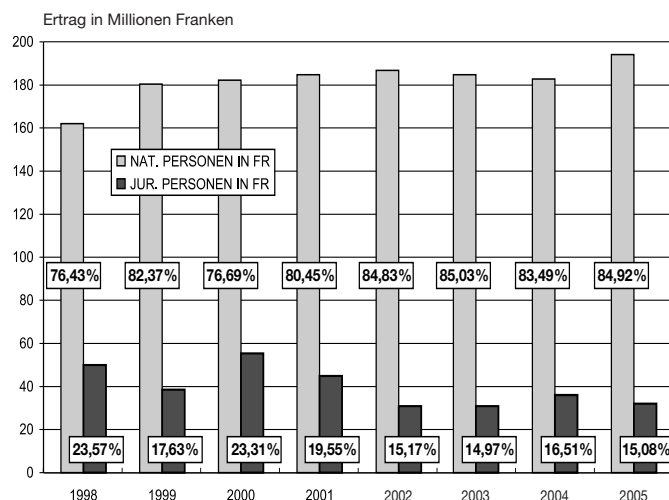
Die sehr gute Software NEST, welche inzwischen auch von der Stadt Zürich übernommen wurde, ist erfolgreich weiter entwickelt worden. Dasselbe gilt für die Software für Scanning und Archivierung, die für den Kanton Zürich ebenfalls zuerst in Winterthur zum Entwicklungseinsatz kam und nun sowohl für die Stadt Zürich als auch für den Kanton Zürich übernommen wurde. Die weiteren Projekte im Steueramt und mit dem Kanton entwickelten sich er-

folgreich. Die Schnittstelle zum Kanton und die Lösung «Scanning +» kamen mit etwas Verspätung, was Minder Ausgaben zur Folge hatte.

Entwicklung der Steuerpflichtigen und des Staatssteuerertrages



Anteil der natürlichen und juristischen Personen am Total der Gemeindesteuern



Informatikdienste (IDW)*

Städtische Informatikstrategie

Die zusammen mit den Informatikbeauftragten (IB) der Departemente erarbeitete neue städtische Informatikstrategie wurde vom Stadtrat per 1. Januar 2006 in Kraft gesetzt. Die Umsetzungsmassnahmen wurden gestartet.

Security Policy

Zusammen mit einem externen Partner wurde ein Zonenkonzept für den Betrieb der Firewall erstellt. Dieses soll Informatik-Projektleitende und das Rechenzentrum bei der Planung von Systemen und Anwendungen im Internetbereich unterstützen. Im Rahmen der jährlich laufenden Sicherheitsaudits wurde der Bereich GIS (Geographisches Informationssystem) im Vermessungsamt einer eingehenden Überprüfung unterzogen. Der Schlussbericht liegt im März 2006 vor. Auf kantonaler Ebene haben die IDW aktiv an der Ausarbeitung der kantonalen Netzwerk Security Policy und, im Zusammenhang mit LEUnet, auch an der kantonalen Domänen-Policy mitgewirkt.

Rechenzentrum

Die Anzahl der im Rechenzentrum installierten (virtuellen) Server ist wegen neuen Anwendungsbereichen (PIAS, Ausbau Intranet und Internet, neue Gemeindefürwerke, Webcam, Erweiterung der Citrix-Serverfarm usw.) angestiegen. Die Anzahl physisch vorhandener Server konnte dank der Einführung der Virtualisierungssoftware VMware von 123 auf 111 reduziert werden. Mit der Virtualisierung von Windows-Servern und der damit verbundenen Konsolidierung können mehrere Server logisch auf einem physischen abgebildet werden. Damit kann die Leistungsfähigkeit der physischen Server voll genutzt werden. Einsparungen werden vor allem durch die viel einfachere Administration (Installation, Ablösung, Release-Wechsel) und geringeren Betriebskosten der virtuellen Server erzielt. Eine sehr hohe Verfügbarkeit der auf virtuellen Servern installierten Anwendungen wird durch die Redundanz der physischen Server gewährleistet. Die Serverkonsolidierung wird 2006 weitergeführt.

Folgende Systeme werden betrieben: 9 UNIX-, 111 physische und 34 virtuelle Windows-Server (Windows 2000/2003), 2 Compaq Alpha-Server (werden Anfang 2006 abgestellt) und 8 Linux-Server sowie 50 Oracle- und 20 SQL-Server-Datenbanken (Microsoft). Total sind momentan rund 4 Terabytes Diskplatz (= 4 000 000 000 000 Zeichen) belegt. Zur Bewältigung der stetig steigenden Nachfrage nach Disk-Speicherplatz wurde ein neues Disk-Speichergerät angeschafft und ins SAN (Storage Area Network) integriert. Das bestehende Disk-Speichergerät wird 2006 wegen den hohen Wartungskosten abgelöst. Zwei Gemeindefürwerke (Gossau SG und Goldach SG) entschlossen sich für den Betrieb ihrer Anwendungen im Rechenzentrum (RZ) der IDW. Total werden jetzt acht Gemeinden und vier Werke im Rechenzentrum bedient. Für 2006 rechnen die IDW mit zwei neuen Gemeinden im RZ. Zudem lassen 26 Gemeinden und Werke ihre Dokumente (Abstimmungsunterlagen, Steuererklärungen, Rechnungen und Mahnungen usw.) in den IDW drucken und verpacken.

Die SAP-Umgebung für das neue Personalsystem (NovePias) konnte erfolgreich aufgebaut und in den produktiven Betrieb überführt werden. Dadurch können die beiden älteren Compaq Alpha-Server Anfang 2006 eliminiert werden.

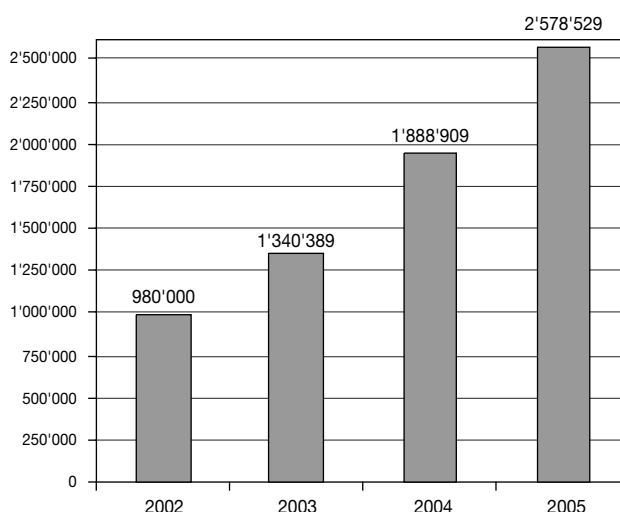
Anwendungssysteme

Internet- und eGovernment-Auftritt der Stadt Winterthur

Der Internet- und eGovernment-Auftritt der Stadt Winterthur wird rege benutzt. 2,58 Millionen Mal (2004: 1,89 Mio., 2003: 1,35 Mio.) wurde das Portal www.stadt.winterthur.ch und/oder einer der Sub-Auftritte besucht. Als Besuch zählt jeder Aufruf einer Seite mit eigener URL-Adresse. Erfreulich ist auch die rege Nutzung der Online-Formulare. Diese elektronische Kommunikationsmöglichkeit (angefangen vom einfachen Kontaktformular über medienbruchfreie Fristverlängerungen bis zum automatisierten Adresswechsel) wurde 19 945-mal (Vorjahr: 16 434) benutzt. Die hohe Nutzung des städtischen Internetportals ermöglicht eine Effizienzsteigerung in der Verwaltung.

Anfang Februar 2006 hat ein Schweizer Magazin die 200 besten Websites der Schweiz gekürt, sortiert nach Kategorien und aufgelistet nach Nützlichkeit und Qualität. In der Kategorie eGovernment - Städte/Gemeinden wurde das Winterthurer Portal wie schon im Vorjahr auf den ersten Rang gesetzt mit dem Vermerk dazu: «Typisch Winterthur: Ohne grosse Töne hat die Stadt im Web ein umfassendes und sehr informatives Portal aufgebaut.»

Besuchende des Internetportals www.stadt.winterthur.ch



Verschiedene Sub-Auftritte wurden neu aufgeschaltet oder grundlegend überarbeitet:

Stadtentwicklung Winterthur, Kulturportal, Naturmuseum, Kindergarten und Volksschulen, Beratungsstelle für Drogenprobleme, Suchtprävention, Webcam inkl. Wetterstation, Umwelt- und Gesundheitsschutz, Veloprüfung und einige mehr.

Städtische Anwendungen

Für alle Departemente wurden zahlreiche neue Lösungen realisiert. Unterstützt wurde die reibungslose Einführung des neuen SAP-Personalsystems (Human Resources) mit den Teilprojekten Migration sowie Listen und Auswertungen. Weiter konnte eine neue Pensions-

* Die Informatikdienste sind eine Pilotorganisation der «Wirkungsorientierten Verwaltungsführung» (WOF). Die ausführliche Berichterstattung erfolgt im Rahmen dieses Projektes in separater Form.

kassenlösung in Produktion genommen werden. Zusammen mit der Stadtkanzlei wurde die Geschäftsverwaltung Einbürgerungen automatisiert.

Weiterentwicklungen wurden unter anderem realisiert für die Stellenbörse mit automatischer Überführung in die kantonale Stellenplattform, für das WOV-Reporting, die Budgetierung (automatische Datenübernahme aus CS/2), die Druckaufbereitung für die städtische Rechnung, die Projekte von HS07 sowie für die Liegenschaftenverwaltung die Mietflächenbewirtschaftung und Bewertung der städtischen Liegenschaften im Finanzvermögen.

Mitgearbeitet wurde unter anderem bei den Lösungen für die Denkmalpflege und für den Tiefbau. Für die Stadtpolizei wurden einige Anwendungen wie Lagebeurteilung und Schülerrapporte und für das Melde- und Zivilstandswesen Schnittstellenlösungen zu den Notariaten, der Kirchen- und der Denkmalpflege sowie zur Militärverwaltung des Kantons Zürich erstellt. Neben anderen Funktionen konnte eine in das ROFA (Rechnungswesen öffentliche Fürsorge und Alimentenabrechnung) integrierte Dokumentenmanagement-Lösung produktiv geschaltet werden. Unterstützt wurde zudem die Kantonalisierung der Jugendberatung und des RAV. Die städtischen Werke konnten mit einer Anwendung für das Reporting und das Generieren des Geschäftsberichts unterstützt werden.

Das als Informationsplattform immer stärker benutzte stadtweite Intranet wurde durch einige zusätzliche Funktionen wie z.B. einen Formularpool aufgewertet.

PC-Benutzerservice

Die Umstellung sämtlicher Arbeitsstationen (knapp 2200 PCs, Ausnahme Stadtpolizei) der Stadt Winterthur auf Windows XP und Office XP ist erfolgreich abgeschlossen. Parallel dazu wurde flächendeckend die automatisierte Softwareverteilung eingeführt. Damit sind alle städtischen Arbeitsstationen standardisiert sowie mit Remotewartung und mit automatisierter Softwareverteilung ansprechbar. Diese bewährt sich. Jede städtische Software wird für die automatisierte Verteilung pakettiert. Die rund 350 Softwarepakete werden zentral verwaltet und bei Bedarf auf die gewünschten Computer verteilt. Ein grosser Mehrwert liegt in der einfachen Nachführung von Sicherheits-Patches und Software-Updates. Der hohe Standardisierungsgrad erlaubt es, rasch zu reagieren und gleichzeitig die Betriebskosten tief zu halten.

Einführung von PCs an den Primarschulen der Stadt Winterthur

Das Departement Schule und Sport konnte beim Projekt «Informatik in den Primarschulen» unterstützt werden. Ziel war es, den Schülerinnen und Schülern in den Primarschulen, unter Berücksichtigung von pädagogischen Anforderungen sowie der nötigen Sicherheitsrichtlinien, eine zeitgemässe und wirtschaftliche IT-Infrastruktur für den Unterricht zur Verfügung zu stellen. In einer ersten Phase wurde ein Einführungs- und Betriebskonzept für die knapp 1000 PCs erstellt und anschliessend das genehmigte Konzept umgesetzt. Basierend auf einem im Rahmen von «Schulen ans Internet» von der Swisscom zur Verfügung gestellten Netz wurden die ehemaligen ZKB-PCs mit der nötigen Software ausgerüstet und in die 47 Schulhäuser verteilt. Die Basissoftware und die mit der Fachstelle Schul-informatik vereinbarte Lernsoftware wurden mit der automatisierten Softwareverteilung installiert. Unterstützt wurde das Teilprojekt «IT-Infrastruktur» durch Lernende und Mitarbeitende der msw-winterthur und des KAP, die rund 1500 Stunden leisteten.

Die durch eine Sparmassnahme nötig gewordene Reduktion der Hotline-Besetzung um eine halbe Stelle,



Knapp 1000 PCs und Bildschirme wurden in den Schulzimmern der Primarschule installiert.

die zu vielen Reklamationen führte, konnte wieder rückgängig gemacht werden. Möglich geworden ist dies durch eine Verschiebung aus dem Personalbestand des Field Service. Durch die hohe Standardisierung der elektronischen Arbeitsplätze und der Automatisierung wie Softwareverteilung und Remotewartung ist ein «Ausrücken» der Mitarbeitenden oft nicht mehr nötig. Die stärkere Besetzung der Hotline während der Hauptbürozeiten wirkte sich sofort positiv auf die Hotline-Kennzahlen aus.

Eine Reduktion der Anrufe auf die Hotline wäre möglich, wenn die städtischen Mitarbeitenden besser geschult wären. Leider ist aber eine negative Entwicklung im Gange. So haben nur noch 193 Personen (Vorjahr 750) Kurse im Schulungsraum besucht. Davon nahmen 124 Personen (Vorjahr 500) am Migrationskurs auf Windows/Office XP teil. Die markante Abnahme der Kursbesuche gibt Anlass zur Überprüfung des Schulungskonzeptes. Der Schulungsraum wurde zudem an 26 Tagen für diverse Abteilungs- und Fachkurse belegt.

Datenkommunikation und Telefonie

Datenkommunikation

Das städtische 1 Gbps-Backbone-Netzwerk (Giga Bit per Second) konnte über das gesamte Kalenderjahr störungsfrei betrieben werden. Zu einem längeren Ausfall kam es im Sportamt, als durch die Bauarbeiten im Deutweg ein Glasfaserkabel beschädigt wurde. Die Anzahl verrechenbarer Netzwerkanschlüsse ist mit 2767 Geräten kaum mehr angestiegen.

Mit der Erschliessung der Stadtgärtnerei am Rosenberg mittels Glasfaserkabel konnte auch dieser Betrieb vollständig in das Kommunikationsnetz integriert werden. Der vor Ort installierte Office-Server wurde als einer der letzten dezentralen Systeme abgebaut. Über Glasfaserkabel der Städtischen Werke wurden auch alle grossen Unterwerke mit dem Datennetzwerk erschlossen. Dies erlaubt den Werken die Fernüberwachung der Anlagen unter Nutzung der bestehenden Fernwartungsinfrastruktur der IDW.

Der Trend zur Netzwerkintegration von Steuerungs- und Überwachungssystemen hat sich fortgesetzt. Zutrittsysteme im Departement Soziales und bei der Stadtpolizei und auch die Managementsysteme des Bereichs Telecom der StWW sind Beispiele dazu. Erwähnenswert ist auch die Webcam, die seit Dezember ihre Bilder ins Internet trägt.

Ein weiterer Schwerpunkt war der Ersatz der Proxy-Server, die den sicheren Zugriff auf Internet-Ressourcen

aus dem Verwaltungsnetz regeln. Die Implementierung war insofern eine Herausforderung, da die Proxy-Server auch die Zugriffe auf die Netze von Bund und Kanton Zürich steuern. Mit der Erneuerung der Proxy-Server läuft nun der gesamte Datenverkehr mit dem Internet über die eigene Firewall.

Im Frühling konnte der MAN-Knoten des kantonalen Netzwerkes LEUnet in Winterthur in Betrieb genommen werden. Damit verfügt die Stadt Winterthur über einen leistungsfähigen 100Mbps-Netzwerkanschluss an die Netze des Kantons und des Bundes. Die städtische Kommunikation hat sich im kantonalen Projekt LEUnet stark engagiert und ist auch in der Betriebsgruppe LEUnet vertreten.

Eine grössere Aufgabe war das Projekt «Computer in den Primarschulen». Im Teilprojekt «Universelle Kommunikationsverkabelung (UKV)», bei dem die IDW beim Konzept, der Ausschreibung und der Baubegleitung beteiligt waren, wurde die physikalische Grundlage für das

Schulnetzwerk gelegt. 40 Schulanlagen wurden mit einer modernen Verkabelung ausgerüstet.

In der Stadtverwaltung konnte die Planung und Realisierung der UKV für den Königshof federführend realisiert werden. Weitere kleinere UKV-Projekte betrafen das WPZ Oberi, das Betriebsamt Wülflingen, diverse Arbeiten im Departement Soziales sowie viele kleinere Anpassungen von Verkabelungen.

Telefonie

Im Bereich Telefonie konnte das Altersheims Brühlgut integriert werden. Über Glasfaserkabel wurden die 34 Telefonanschlüsse des Brühlgut an die Zentrale Altstadt angeschlossen. Damit sind alle städtischen Heime über interne Rufnummern erreichbar.

Zusätzlich konnten die Releasestände des städtischen Telefonsystems erfolgreich auf die neuen Versionen angepasst werden.

Liegenschaftenverwaltung

Nach wie vor wird der Alltag durch die Umsetzung der win.03-Massnahmen geprägt. Zusätzlich stellen die Weiterführung des HS07-Projektes «Fokus» und die Neuaufnahme des Projektes «Facility Management» neue Herausforderungen dar. Die Anpassungen an die Vorgaben der wirkungsorientierten Verwaltung (WOV) sind in den Budgetprozess 2006 eingeflossen. Laufende Qualitätsverbesserungen in der täglichen Arbeit werden durch die Mitarbeitenden angestrebt und umgesetzt. In Zusammenarbeit mit den IDW konnte z.B. die Mietflächenbewirtschaftung auf einer benutzerfreundlichen Software abgebildet werden. Gleichzeitig konnte ein Softwaremodul für die Liegenschaftsbewertung mit den Berechnungsgrundlagen des Gemeindeamtes des Kantons Zürich entwickelt werden. Mit der Umsetzung der Zusammenlegung der Lohnbüros im Departement Finanzen ist die Liegenschaftenverwaltung neu die PIAS-Verarbeitungsstelle für das ganze Departement.

Wohn- und Geschäftshäuser

Immobilienmarkt Winterthur

Der Leerwohnungsbestand ist in der Stadt Winterthur im Jahr 2005 (Stichtag 1. Juni 2005) auf 0,32 Prozent des Gesamtbestandes gesunken (2004: 0,67 %, 2003: 0,22 %); dies entspricht 147 leer stehenden Wohnungen. Insgesamt waren bei den Liegenschaften des Finanzvermögens und der Pensionskasse 83 (70) Mieterwechsel zu verzeichnen. Die gekündigten Objekte konnten nach wie vor gut vermietet werden. Die Nachfrage nach Wohnungen ab vier Zimmern im höheren Preissegment blieb weiterhin gering. Anhaltend ist der Trend, die Wohnungen ausserterminlich zu verlassen. Oft werden zusammen mit den Kündigungen jeweils Nachmieter oder Nachmieterinnen vorgeschlagen. Unverzichtbar bleibt die Internetplattform als Absatzkanal. Anfragen nach Mietwohnungen erreichen die Liegenschaftenverwaltung immer häufiger aufgrund der Publikationen im Internet (www.homegate.ch). Die Anzahl der Insertionen in den Printmedien ist dadurch stark gesunken.

Mietzinsentwicklung

Die weiterhin tiefen Zinsen am Geld- und Kapitalmarkt sowie die schwache Konjunktur haben die Zürcher Kantonalbank dazu veranlasst, den mietrechtlich relevanten Hypothekarzinssatz auf den 1. September 2005 um 0,25 Prozent auf 3 Prozent zu reduzieren. Die Mietzinse der Liegenschaften des Finanzvermögens und der Pensionskasse wurden entsprechend angepasst. In die Berechnung der neuen Mietzinse wurden nebst dem neuen Richtsatz auch die Teuerung gemäss Landesindex der Konsumentenpreise, die teuerungsbedingten Veränderungen der Betriebs- und Unterhaltskosten sowie ein allfällig vorhandener Mietzinsvorbehalt mitberücksichtigt.

Renovationen

Die Liegenschaft Heiligbergstrasse 25 wurde aussen saniert und präsentiert sich nun in einem einwandfreien Erscheinungsbild. Das Betreibungsamt IV konnte die renovierten Räumlichkeiten der ehemaligen Bibliothek Wülflingen im Erdgeschoss der Liegenschaft Wülflingerstrasse 239 beziehen. Die Fassade wurde ebenfalls saniert. Die sanft renovierte 5½-Zimmer-Wohnung im 1. Obergeschoss wird auf Anfang 2006 neu vermietet. Die



Restaurant Rheinfels

grösseren Renovationsarbeiten in Liegenschaften des Finanzvermögens wurden jeweils durch die Denkmalpflege begleitet.

Restaurantbetriebe

Bei den städtischen Restaurants fanden drei Pachtwechsel statt: im «Theater am Stadtgarten» per Mitte August 2005, im «Rheinfels» wurde am 1. November 2005 das frisch renovierte «Tres Amigos» eröffnet und die «Schlosshalde Mörsburg» konnte per 1. Januar 2006 neu verpachtet werden. Die Restaurants «Bahnhof Wülflingen», «Eschenberg», «Hörnli», «Römertor», «Sporrer» und «Tiefenbrunnen» sind veräussert worden, wobei der «Sporrer» und das «Römertor» von der bisherigen Pächterschaft erworben wurden.

Verwaltungsliegenschaften und Fachstelle für Raumbewirtschaftung

Die Liegenschaften des Verwaltungsvermögens sind zu 100 Prozent belegt. Mit der Kantonalisierung der städtischen Jugendhilfe sind die Räumlichkeiten des Jugendsekretariates an der Zeughausstrasse 76 vom Kanton Zürich übernommen worden. Das Erdgeschoss an der Hegfeldstrasse 4a (ehemals TMZ) wird von der Primarschule als Schulungsräume genutzt. Die dafür notwendigen Sanierungsarbeiten (Umnutzung 1. Etappe) konnten erfolgreich abgeschlossen werden. Das Departement Schule und Sport hat seine Räumlichkeiten an der Palmstrasse 16 gekündigt und ist an die Mühlestrasse umgezogen. Die frei gewordenen Mieträume an der Palmstrasse 16 von 520 m2 konnten an die Koordinationsstelle für Arbeitsprojekte sowie an das Polizeirichteramt weiter ver-



Restaurant Schlosshalde Mörsburg



Hegelfeldstrasse 4a

mietet werden. Der Alterstreffpunkt im Königshof am Neumarkt 4 wurde flächenmässig reduziert; gleichzeitig konnte der Zugang zur Kanzlei des Baupolizeiamtes behindertengerecht gestaltet werden. Die Restaurierungsarbeiten an der Südfassade des Stadthauses sind in der Abschlussphase. Gleichzeitig wird mit der Sanierung der Ostfassade begonnen. Die gesamte Aussenrenovation wird voraussichtlich bis 2007 dauern. Aus Sicherheitsgründen ist ein Teil der Fassade des Salzhauses an der unteren Vogelsangstrasse 6 saniert. Die Decke über dem Erdgeschoss wurde aus wärmetechnischen Gründen isoliert. Im Rathaus fanden 63 (81) Anlässe statt: der Gemeinderatssaal wurde 39-mal (48) und der Festsaal 34-mal (33) benutzt. Im alten Stadthausaal fanden 179 (213) Anlässe statt.

Betrieb Mehrzweckanlage Teuchelweiher

Die Mehrzweckanlage Teuchelweiher (MZA) wird sowohl für militärische als auch zivile Zwecke genutzt. Die Belegungszahlen bei den Unterkünften sind gegenüber dem Vorjahr leicht rückläufig. Beim Militär kann eine Zunahme von einwöchigen Stabskursen mit Pensionsverpflegung verzeichnet werden. Die Mitarbeitenden der MZA konnten den Teilnehmenden eines internationalen Treffens von Physikstudierenden aus aller Welt wertvolle Dienste leisten. Die Brauerei Heineken Switzerland hat ihr elftägiges Oktoberfest zum siebten Mal in der MZA durchgeführt. Wiederum gastierte das «Merlin-Ess-Theater» während acht Wochen auf dem Wachterareal.

Um die Lärmimmissionen aus dem Betrieb der grossen Reithalle einzudämmen, wurden in einer ersten Etappe Lärmschutzsfortmassnahmen getroffen, welche bereits eine erhebliche Reduktion brachten. Die Stelle eines Betriebsleiters der Mehrzweckanlage ist infolge Pensionierung per 1. Dezember 2005 neu besetzt worden. Die als



Mehrzweckanlage Teuchelweiher, grosse Reithalle

Übergangslösung eingerichtete Jugendunterkunft Löwengarten weist im fünften Betriebsjahr eine Auslastung von 48 (40) Prozent aus.

Militärische Einquartierungen

<i>Mehrzweckanlage Teuchelweiher</i>		
– Total Übernachtungen	5 565	(10 337)
– Anzahl Tage Benützung Büro- und Theorieräume	209	(134)
– Anzahl Stunden Benützung Reithallen	201	(75)
– Anzahl Frühstücke	4 058	(6 720)
– Anzahl Mittagessen	5 104	(6 179)
– Anzahl Nachtessen	3 204	(4 727)
ALST Steinacker	0	(0)

Zivile Nutzung der MZA Teuchelweiher

– Anzahl Übernachtungen	10 251	(7 839)
– Anzahl Tage Benützung Reithallen	132	(139)
– Anzahl Stunden Benützung Reithallen	18	(8)
– Anzahl Vermietungen Büro- und Theorieräume	154	(552)
– Anzahl Frühstücke	4 671	(3 457)
– Anzahl Küchen- und Essraumbenützung	133	(129)

Als grösste Veranstaltungen in den Reithallen sind zu erwähnen:

- Reithallengottesdienste der Stiftung Schleife
- Hallenflohmärkte, Ausstellungen
- FAKOWI (Winterthurer Fasnacht)
- 7. Winterthurer Oktoberfest der Brauerei Heineken Switzerland
- Bazar der Rudolf Steiner-Schule
- Piccolo-Turnier des EHC Winterthur
- Kyburgiade Konzerte
- Rampenverkauf der Firma Angela Bruderer
- Samen Mauser, Pflanzenversand
- Veloputztag VCS
- Einweihungsfeier MSW
- Krämer Innendekoration AG, Restpostenverkauf
- Renault-Treffen
- Internationales Treffen für Physikstudierende
- Jubiläumsveranstaltung für gehörlose Menschen
- Kaninchen- und Geflügelausstellung

Jugendunterkunft Löwengarten

– Betten	30	(30)
– Anzahl Gäste	1 081	(989)
– Anzahl Übernachtungen	2 614	(2 220)
– Anzahl Frühstücke	708	(697)

Wachterareal

– Zirkusgastspiele	4	(4)
--------------------	---	-----

Grundbuchgeschäfte

Die Kaufsumme ist gegenüber dem Vorjahr um 1,9 Millionen Franken (2 985 450 Fr.) gesunken. Der Vollzug der win.03 Sparmassnahmen erhöhte das Verkaufsvolumen gegenüber dem Vorjahr von 11 Millionen Franken auf über 26 Millionen Franken. Verkauft wurden neun Einfamilienhäuser (7), vier Zwei- und Dreifamilienhäuser (2), 15 Landparzellen (5) und sechs Restaurants (2). Zwei Baurechte, eines für eine Industriebaute und eines für eine Wohnüberbauung (3), sind aufgelöst und zwei (2) neu begründet worden. Die Gesamtfläche des städtischen Grund- und Immobilienbesitzes auf Winterthurer Gemeindegebiet hat um 3,97 Hektaren (1,8 ha) auf 2 942,6 Hektaren abgenommen, was einer Reduktion von 0,13 Prozenten entspricht.



Vogelsangstrasse 6

Käufe Finanzvermögen

Fläche m²	Verkäuferchaft	Kaufobjekt und Lage
772,0	Hans u. Erika Kunz-Gabathuler Landenbergstrasse 43 8404 Winterthur	Kat. Nr. 1858, Reitweg bei 14 Scheune W4G
6 459,0	Erben Jakob Schenkel Wieshofstrasse 53 8408 Winterthur	Kat. Nrn. 6911 und 6914, Schenkelwiese Nord Acker und Wiese F
Total Kaufsumme		1 062 655.–

Verkäufe Finanzvermögen

Fläche m²	Käuferchaft	Kaufobjekt und Lage
621,3	Christoph Tanner Jonas-Furrer-Strasse 84 8400 Winterthur	Kat. Nr. 860, Oberer Deutweg 5 Wohnhaus W2/2,0
2 791,0	IST Immobilien-Anlagestiftung Steinstrasse 21 8003 Zürich	Kat. Nr. 4974, Holzlegistrasse/Phönixweg Wiese (Bauland) W4/3,4
637,0	Verein Wohnbegleitung Büelhofstrasse 25 8405 Winterthur	Kat. Nr. 6540, Kanzleistrasse 18 Wohnhaus, Unterstand W3/2,6
1 138,0	Stephan Suter und Susanne Keller Hegibergstrasse 8 8409 Winterthur-Hegi	Kat. Nr. 16397, Hegibergstrasse 8 Wohnhaus I2
757,0	Hans Suter Katharina-Sulzer-Platz 8 8400 Winterthur	Kat. Nr. 1448, Zwinglistrasse Wiese (Bauland) W3/2,6
766,0 446,0	Markus und Ursula Meier-Kern Winzerstrasse 101 8408 Winterthur	Kat. Nr. 2244, Neuburgstrasse 105 Wohnhaus Kat. Nr. 4298, Neuburgstrasse bei 105 Garten, Brunnenplatz und Wiese KIII
1 895,0	Frutiger Baumaschinen & Co. Stegackerstrasse 26 8409 Winterthur	von Kat. Nr. 16105, neu 16391, Stegackerstrasse Acker und Wiese (Bauland) I2
896,0	Werner und Heidi Rebsamen-Zumstein Wülflingerstrasse 233 8408 Winterthur	Kat. Nr. 228, Wartstrasse 288 Wohnhaus mit Schopf W3G
1 280,0	Mastai AG Sandgrubenstrasse 3 8409 Winterthur	Kat. Nr. 16174, Sandgrubenstrasse Acker und Wiese (Bauland) G
6 073,0	Christian Zogg Musterplatz 8494 Bauma	Kat. Nr. 1861, Eschenbergstrasse 1 Wohnhaus mit Wirtschaft, Stallgebäude, Garage kF
717,0	Karin Landolt und Thomas Möckli Hohfurristrasse 1 8408 Wülflingen	Kat. Nr. 5662, Hohfurristrasse 1 Wohnhaus mit Schopf W3/2,6
4 654,0	Emanuel u. Bettina Bosshart-Hollenstein Schaffhauserstrasse 289a 8500 Frauenfeld	Kat. Nr. 6931, Im Sporrer 1 und 2 Restaurant, Scheune, Zivilschutzanlage W3/2,6
861,2	Giovanni Tiloca und Rahel Zollinger Schlosshofstrasse 26 8400 Winterthur	Kat. Nr. 4499, Schlosshofstrasse 26 Wohnhaus W3/2,6
98,0 656,0	Regula E. Fülcher, Köhlbergstrasse 74 Christina Fülcher, Zelglistrasse 5, Rahel Fülcher, Köhlbergstrasse 74 8405 Winterthur	Kat. Nr. 1895, Köhlbergstrasse 74 Wohnhaus Kat. Nr. 1885, Köhlbergstrasse bei 74 Wiesen und Acker Lw
5 568,0	Dr.Martin Forster, Tellstrasse 49 ULTRAMATIC AG, Hintermühlenstr. 6 8409 Winterthur	Kat. Nr. 14459, Hintermühlenstrasse 6 Gebäudegrundfläche, Hofraum und Garten G (Auflösung Baurecht)
2 326,0	Markus u. Carola Peter-Vogel Talackerstrasse 4 8404 Winterthur	Kat. Nr. 11982, Guggenbühlstrasse 6 Restaurant und Saalgebäude Z4
400,0	Luigi u. Marina De Donno-Magnani Pfaffenwiesenweg 11 8404 Winterthur	Kat. Nr. 6943, Rappstrasse Wiese (Bauland) W2/2,0
428,0	Daniel Peter u. Sabine Ruhnau Peter Hochwachtstrasse 41 8400 Winterthur	Kat. Nr. 6942, Rappstrasse Wiese (Bauland) W2/2,0
412,0	Christian u. Dorothe Schneebeli-Reiser Rappstrasse 18	Kat. Nr. 6253, Rappstrasse 18 Wohnhaus mit Schopf

Fläche m²	Käuferschaft	Kaufobjekt und Lage
633,0	Walter u. Gisèle Fleisch-Bender Lärchenstrasse 35 8400 Winterthur	Kat. Nr. 1850, Wydenweg 15 Wohnhaus mit Restaurant W3G
1 750,0	Richard Martin Schmalz Grundhaldenstrasse 28 8303 Bassersdorf	Kat. Nr. 1865, Tösstalstrasse 76/76a Wohnhaus mit Restaurant, Trafostation W3G
3 855,0	MeinHaus GmbH Staubeggstrasse 12 8500 Frauenfeld	Kat. Nr. 37, Breiti, Politische Gemeinde Dättlikon Wiese (Bauland) WG2
576,0	Loris Passerini und Ingrid Cerasa Wallrütistrasse 115/8 8404 Winterthur	Kat. Nr. 10087, Iberggrain Acker und Wiese (Bauland) W2/1,2
20,0	Kistler Instrumente AG Eulachstrasse 22 8408 Winterthur	von Kat. Nr. 5350, bei Eulachstrasse 22 Wiese (Arrondierung) W4G
597,0	Rolf u. Melanie Künzi-Eilbracht Ruediweg 22 8404 Winterthur	Kat. Nr. 14893, Schoorenstrasse 25 Wohnhaus W2/2,0
2 497,0	Hans u. Erika Kunz-Gabathuler Landenbergstrasse 43 8404 Winterthur	Kat. Nrn. 10073, 10074, 10075, 10081, 10082, Iberg Acker und Wiesen (Bauland) W2/1,2
816,0	Ahmed Tatarlar Engelstrasse 5 8004 Zürich	Kat. Nr. 3599, Zürcherstrasse 208 Restaurant W4G
1 180,0	Baugenossenschaft Futurabau Turmstrasse 50 8400 Winterthur	Kat. Nr. 6478, Wülflingerstrasse 205 Gebäudegrundfläche, Hofraum und Garten W3/2,6 (Auflösung Baurecht)
556,0	Edgar u. Alma Du-Daug Wässerviesenstrasse 2 8408 Winterthur	Kat. Nr. 10078, Iberggrain/Weierstrasse Acker und Wiese (Bauland) W2/1,2
415,6	Monica Chopard Heiligbergstrasse 4 8400 Winterthur	Kat. Nr. 9161, Heiligbergstrasse 4 Wohnhaus W3G
540,0	Renato u. Elisabeth Sangiorgi-Amstad Hinterdorfstrasse 35 8405 Winterthur	Kat. Nr. 10077, Iberggrain/Weierstrasse Acker und Wiese (Bauland) W2/1,2
1 866,0	Stockwerkeigentümergeinschaft Kornweg 19 8405 Winterthur	Kat. Nr. 10826, Kornweg Hofraum und Garten (Bauland) W2/2,0
446,0	Gaiwo Genossenschaft für Alters- und Invalidenwohnungen, Kirchplatz 5 8400 Winterthur	von Kat. Nrn. 4166 und 4137 Strassengebiet Weststrasse/Oberfeldweg W3/2,6
71,0	Iwan und Daniela Bochsler-Mercoli Oberseenerstrasse 107 8405 Winterthur	Kat. Nr. 10621, Oberseenerstrasse 102 Feuerwehrgeräte-lokal Kill
424,0 549,0	Kistler Instrumente AG Eulachstrasse 22 8408 Winterthur	Kat. Nr. 5289, Eulachstrasse 12 Werkstattgebäude Kat. Nr. 4636, Hofraum W3G
577,0	Lerch Immobilien AG Scheideggstrasse 30 8404 Winterthur	Kat. Nr. 9721, Technikumstrasse Hofraum und Garten (Bauland) Z4
Total Verkaufsumme:		26 523 728.–

Neue Baurechte

BaurechtsnehmerInnen	Objekt
Stiftung Pfadfinderheim Winterthur Breiteholzstrasse 2 8400 Winterthur	Kat. Nr. 5218 (SR-Nr. 5221) 2'839 m2 Wiese, Schützenweiher
Christian Achermann AG Mettlenstrasse 26 8409 WinterthurStiftung	Kat. Nr. 16485 (SR-Nr. 16486) 4'327 m2 Gebäudegrundfläche, Hofraum und Garten

Landwirtschaftskommission

Die Landwirtschaftskommission behandelt ihre Geschäfte erst im Januar 2006.

Ackerbaustelle

Bewirtschaftungsformen	ÖLN	Bio
Landwirtschaftsbetriebe der Stadt	9 (9)	1 (1)
Landwirtschaftsbetriebe in Winterthur	65 (65)	3 (4)

Folgende 91 Gesuche für «agrarpolitische Massnahmen» wurden eingereicht und behandelt:

Art der Beiträge	Anzahl Gesuche
Direktzahlungen	76 (78)
Zollrückerstattungen auf Treibstoffen	69 (69)

Rebbetrieb

Mit Beschluss vom 20. Juni 2005 des Grossen Gemeinderates wurde der Stadtrat ermächtigt, den städtischen Rebbetrieb per 31. August 2005 aufzuheben und die beiden Rebgrüter Neftenbach und Wiesendangen per 1. September 2005 an die VOLG Weinkellereien zu verpachten. Der Schlussverkauf mit attraktiven Rabattkonditionen der veredelten Traubenerzeugnisse fand ein grosses Interesse, so dass die vorhandenen Lagerbestände in kurzer Zeit vollständig ausverkauft waren.

Die Traubenernte 2005 wird bereits von der neuen Pächterin verarbeitet. Diese sieht vor, sechs verschiedene Stadtweine zu keltern und ab Mai 2006 anzubieten.

WEINAKTION

WEINE & SPIRITUSEN

AUS DEM REBBGÜTER DER STADT WINTERTHUR

MIT BIS ZU 50% RABATT!

AUSVERKAUFT!

BESTELLADRESSE
 Rebbetrieb der Stadt Winterthur
 Liegenschaftsverwaltung
 Postfach, Lindstrasse 6
 8402 Winterthur
 Tel. 052 267 65 00
 Fax 052 267 62 21
 Mail: weinverkauf@winterthur.ch
www.stadtwinterthur.ch

DIREKTER ABHOLEN DER WEINE
 In der Schlosserei Winterthur
 (beim Restaurant Schloss Winterthur)
 Jeden Montag bis und mit
 28. November 2005
 jeweils von 16.00 bis 18.00 Uhr

Weinaktion «ausverkauft»

Pünten

Insgesamt wurden 96 Pünten gekündigt, davon 20 im Zusammenhang mit der Bachrenaturierung (Steglitobelbach) im Areal Zelgli. Püntenkündigungen und Neuverpachtungen sind praktisch ausgeglichen. Die Vorbereitungsarbeiten für den Umzug der Pünten von der Frauenfelderstrasse an den Rietberg/Rietgraben sind gut angelaufen. Es ist vorgesehen, dass der Umzug per 31. Oktober 2006 abgeschlossen ist.

Das städtische Püntenland in Zahlen

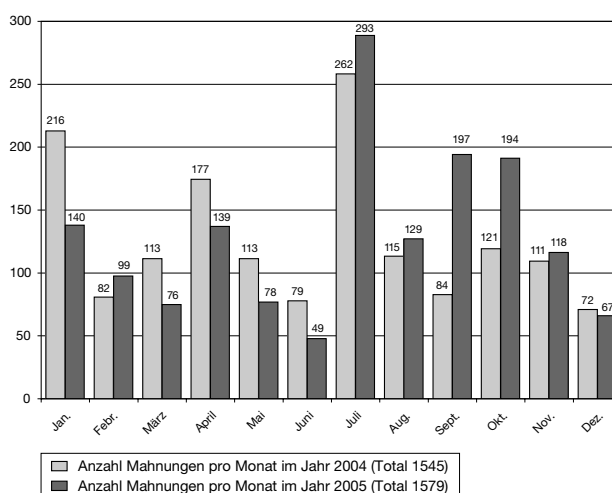
	Aren		Pünten	
<i>Eigentum Stadt Winterthur</i>	5215	(5220)	3080	(3082)
– Verwaltung durch Stadt	1146	(1150)	737	(739)
– Verwaltung durch Püntenpächterverein	3831	(3832)	2203	(2203)
– Verwaltung durch Baugenossenschaft Union	69	(69)	29	(29)
– Verein Pünten Vogelsang	169	(169)	111	(111)
<i>Eigentum Private/SBB</i>				
– Verwaltung durch PPV	221	(221)	204	(204)

Finanzen/Controlling

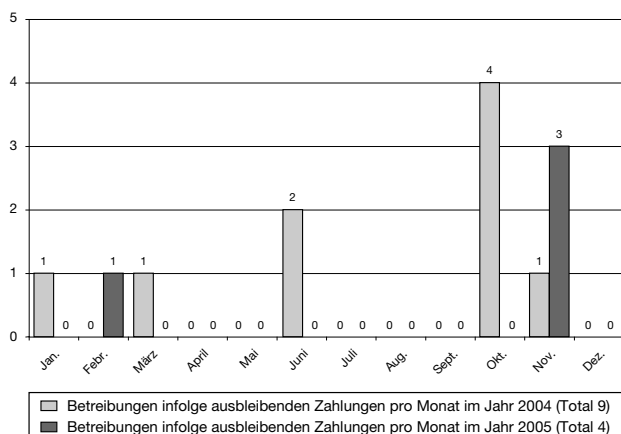
Die Abteilung Finanzen/Controlling ist für die Buchhaltung der Liegenschaftenverwaltung verantwortlich. Ihr obliegen auch die zentrale Betreuung des Liegenschaftsbewirtschaftungs- und Inkassosystems «Immo-vision» sowie der neu eingeführten Intranetapplikationen «Mietflächenbewirtschaftung» und «Liegenschaftsbewertung». Die buchhalterisch relevanten Daten werden monatlich in elektronischer Form via Schnittstelle ins Stadtbuchhaltungssystem CS/2 übermittelt. Die Abstimmung der Scharnierkonten wird dadurch monatsgenau sichergestellt. Die laufende Debitorenbewirtschaftung ist mit einem fixen Mahnlauf pro Monat standardisiert. Im Vergleich zum Vorjahr mussten leicht mehr Mahnungen zugestellt werden.

Auf den nachfolgenden Statistiken ist die Mahn-, Betreibungs- und Kündigungsintensität infolge ausbleibender Miet- oder Pachtzinse ersichtlich:

Liegenschaften: Mahnungen



Liegenschaften: Betreibungen



Liegenschaftenbestand

Die Liegenschaftenverwaltung verwaltet folgende städtische Grundstücke und Gebäude bzw. Vertragseinheiten:

Finanzvermögen

Wohn- und Geschäftshäuser

381	(391)	Wohnungsverträge
72	(78)	Einfamilienhausverträge
170	(159)	Gewerbe-, Pacht-, diverse Verträge
93	(78)	Garagenverträge
133	(134)	Parkplatzverträge

Sozialer Wohnungsbau

23	(23)	Einfamilienhausverträge
2	(2)	Garagenverträge
21	(21)	Parkplatzverträge

Restaurants

12	(18)	Restaurants (1 Finanzvermögen)
25	(45)	Wohnungsverträge
6	(8)	Gewerbe-, Pacht-, diverse Verträge
0	(3)	Garagenverträge
0	(3)	Parkplatzverträge

Landwirtschaftliche Pachtbetriebe

10	(10)	Bauernhöfe mit total 201 ha Land
----	------	----------------------------------

Unbebaute Grundstücke des Finanzvermögens

358 ha	(355)	Land
520	(520)	Gewerbe-, Pacht-, diverse Verträge

Baurechte

41	(42)	Baurechte für Wohnbauten
44	(43)	Baurechte für Industriebauten

Verwaltungsvermögen

Verwaltungsliegenschaften

9	(9)	Wohnungsverträge
99	(99)	Benützungsverträge Stadtverwaltung
24	(24)	Garagenverträge
75	(75)	Parkplatzverträge

Betrieb Mehrzweckanlage

1	(1)	MZA Teuchelweiher (Alt- und Neubau)
1	(1)	Anlage Luftschutztruppen ALST Steinacker
2	(2)	Schiessanlagen (Ohrebühl / Wieshof)
13	(16)	Objekte (Plätze, Parkplätze usw.)

Übrige Liegenschaften des Verwaltungsvermögens

26	(26)	Gewerbe-, Pacht-, diverse Verträge
5	(5)	Garagenverträge
24	(24)	Parkplatzverträge

Püntenverwaltung

772	(772)	Pachtverträge (inkl. Arealpachtverträge)
-----	-------	--

Verwaltungsmandate

Liegenschaften der Pensionskasse

189	(189)	Wohnungsverträge
8	(8)	Einfamilienhausverträge
3	(3)	Gewerbe-, Pacht-, diverse Verträge
89	(89)	Garagenverträge
44	(44)	Parkplatzverträge

Diverse städtische Objekte

39	(39)	Gewerbe-, Pacht-, diverse Verträge
1	(2)	Restaurants
7	(7)	Baurechte

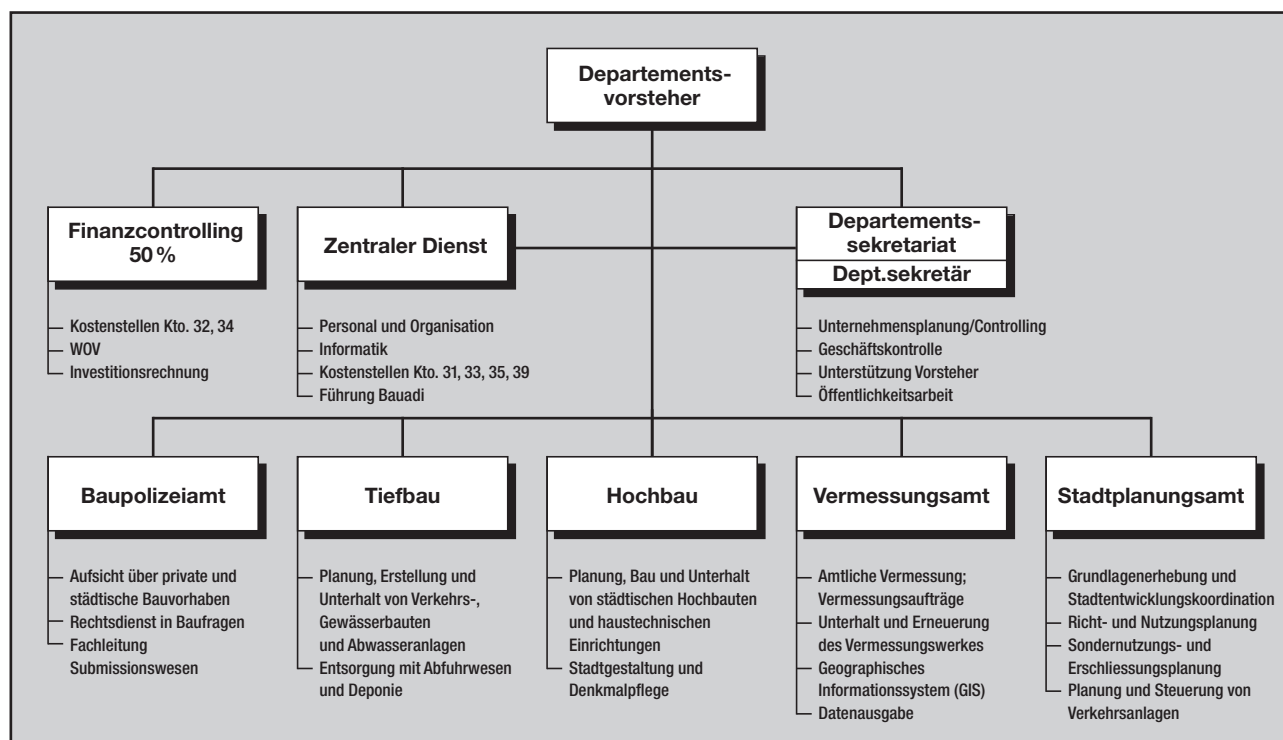
Inkassomandate für diverse städtische Objekte

145	(133)	Wohnungsverträge
30	(45)	Gewerbe-, Pacht-, diverse Verträge
29	(28)	Garagenverträge
160	(169)	Parkplatzverträge

Departement Bau

Im Berichtsjahr lag der Schwerpunkt bei folgenden Geschäften:

- Am 26. Januar 2005 hat der Stadtrat vom Resultat des offenen Projektwettbewerbes Zelgli Kenntnis genommen und beschlossen, dass das erstplatzierte Projekt «Riri 02» weiterbearbeitet wird. Eine Baubewilligung dürfte Anfang 2006 vorliegen.
- Im Frühjahr konnte mit den Arbeiten für die Sanierung der Deponie Riet und der Verlegung der Pünten von der Frauenfelderstrasse auf den Rietberg begonnen werden.
- Am 9. März 2005 hat der Stadtrat dem Grossen Gemeinderat die Zustimmung zum privaten Gestaltungsplan «Milchküche» zusammen mit einer Korrektur der Baulinien im Bereich Bahnhof beantragt.
- Am 16. März 2005 hat der Stadtrat im Sinne einer Übergangslösung die Verkehrsführung zwischen Arch-Areal und Eulachgarage genehmigt. Die neue Verkehrsführung war die Basis für die entsprechenden Baueingaben.
- Am 21. März 2005 hat der Grosse Gemeinderat den Beitrag der Stadt Winterthur von 1,675 Mio. Franken an die Erschliessungsanlagen bei der geplanten S-Bahn-Haltestelle Hegi bewilligt.
- Ebenfalls am 21. März 2005 hat der Grosse Gemeinderat dem privaten Gestaltungsplan «Oberes Alpgut» zugestimmt. Der Gestaltungsplan wurde durch die Baudirektion Zürich inzwischen genehmigt. Damit kann ein städtebaulich überzeugendes Bauvorhaben am Hang des Lindberges realisiert werden.
- Am 20. April 2005 hat der Stadtrat vom zweistufigen Wettbewerb für einen Erweiterungsbau der CP-Schule (Maurerschule) Kenntnis genommen und aufgrund der Empfehlung des Preisgerichtes entschieden, das Projekt «Krokodil» weiterzubearbeiten.
- Der Stadtrat hat am 18. Mai 2005 der Vereinbarung zur Durchführung eines zweistufigen Projektwettbewerbes für das Areal Tägelmoss in Seen zugestimmt. Am 29. Juni 2005 hat der Grosse Gemeinderat dem Verkauf des Grundstückes zugestimmt.
- Am 8. Juni 2005 hat der Stadtrat eine Wegleitung über das öffentliche Bauwesen erlassen. Die Wegleitung regelt die Zuständigkeiten und Verantwortlichkeiten bei Bauvorhaben innerhalb der Stadtverwaltung.
- Am 15. Juni 2005 hat der Stadtrat den Änderungen zum privaten Gestaltungsplan «Milchküche» durch die Sachkommission Stadtentwicklung zugestimmt. Das Geschäft wurde im Grossen Gemeinderat aber – vor allem aufgrund finanzieller Fragen – sistiert, bis das Vorhaben für das Veloparking vorliegt.
- Am 15. Juni 2005 hat der Stadtrat die öffentliche Auflage des privaten Gestaltungsplans «Schenkelwiese Süd» verfügt und gleichzeitig für zukünftige, gleiche Verfahren den Vorsteher des Departements Bau zur öffentlichen Auflage ermächtigt.
- Am 29. Juni 2005 hat der Stadtrat beschlossen, für das Entwicklungsgebiet Zeughaus Teuchelweiher ein Freiraumkonzept mit drei eingeladenen Teams im Rahmen eines Testplanverfahrens im offenen selektiven Verfahren zu erarbeiten. Am 2. November 2005 konnten die drei Teams bestimmt werden.
- Am 13. Juli 2005 hat der Stadtrat entschieden, den städtebaulichen Lösungsvorschlag «Vis-à-Vis», welcher aus dem Ideenwettbewerb Gleisquerung hervorgegangen ist, weiterzuverfolgen.
- Am 13. Juli 2005 hat der Stadtrat von der Reorganisation des Departements Bau Kenntnis genommen. Die Zusammenlegung des Stadtplanungsamtes und des Bereiches Hochbau wurde genehmigt.
- Nach der Pensionierung von Max Kummer im Februar



2006, welcher den Bereich Tiefbau seit Mitte 2004 interimistisch leitet, wird mit der Leitung des Bereiches ab 1. März 2006 der bisherige Strasseninspektor, Max Reifler, beauftragt. Der ehemalige Stadttingenieur, Hans-Peter Hulmann, hat sich per Ende September 2005 vorzeitig pensionieren lassen.

- Mit dem Einbau des Deckbelages konnte die Umgestaltung des Zwingliplatzes unmittelbar nach den Sommerferien abgeschlossen werden.
- Am 29. August 2005 hat der Grosse Gemeinderat der Revision der Verkehrsbaulinie Ohrbühlstrasse, Rümikerstrasse bis Sulzer-Allee zugestimmt.
- Am 7. September 2005 hat der Stadtrat dem Grossen Gemeinderat die Neufestsetzung der Bau- und Niveaulinien an der Dättnauerstrasse und die Revision der Baulinien am Brüttenerfussweg, sowie eine Revision der Baulinien an der Weststrasse und die Revision von Verkehrsbaulinien an der Wartstrasse beantragt. Der Grosse Gemeinderat hat den Neufestsetzungen und den Revisionen am 23. Januar 2006 zugestimmt.
- Per 1. Oktober 2005 wurden die Hauptabteilungen Hochbauten und Gebäudeunterhalt unter der Leitung von Samuel Schwitter zusammengeführt. Der langjährige Leiter der Abteilung Hochbauten, Friedrich Keller, wurde pensioniert.
- Am 26. Oktober 2006 hat der Stadtrat beschlossen, den Betrieb der Sonderabfallsammelstelle sukzessive zurückzufahren und den Betrieb Ende 2006 definitiv einzustellen.
- Am 26. Oktober 2005 hat der Stadtrat das Departement Bau mit der Durchführung des öffentlichen Einwendungsverfahrens für diverse Umzonungen und technische Anpassungen beauftragt.
- Am 31. Oktober 2005 hat der Grosse Gemeinderat dem Kredit von 1,3 Mio. Franken für die Neukonzeption der Frauenfelderstrasse im Abschnitt Seenerstrasse bis Bahnhof Oberwinterthur zugestimmt.
- Nach einer breiten Vernehmlassung bei Gemeinden, Verbänden und Vereinigungen wurde im November 2005 der Schlussbericht des regionalen Gesamtverkehrskonzepts Winterthur/Weinland fertig gestellt.
- Am 16. November 2005 wurde das Departement Bau vom Stadtrat beauftragt, im Hinblick auf die verschiedenen geplanten und projektierten Vorhaben im Umfeld des Bahnhofes, einen Masterplan zu erarbeiten.
- Am 16. November 2005 wurde das Departement Bau mit der öffentlichen Auflage des privaten Gestaltungsplans «Pferdesportanlage Sporer» beauftragt.
- Am 14. Dezember 2005 hat der Stadtrat den privaten Gestaltungsplan «Spitalparking» festgesetzt. Die Genehmigung durch die Baudirektion dürfte Anfang 2006 vorliegen.
- Nach einer langen Planungszeit konnte Ende Jahr mit der Verlegung und Revitalisierung des Dättnauerbaches begonnen werden.

HS07-Projekte

- Das Departement Bau ist für folgende Teilprojekte zuständig: Verstetigung Investitionen, Zentrale Fahrzeugbeschaffung, Zusammenführung von Organisationseinheiten im Departement Bau (Projekt «Insieme»), Standardüberprüfung Strassenbau und -unterhalt. Die Projekte Zentrale Fahrzeugbeschaffung und das Projekt der Zusammenführung von Organisationseinheiten konnten im Geschäftsjahr praktisch abgeschlossen werden. Verschiedene Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Departements Bau sind aber auch in Teilprojekten aus anderen Departementen im Rahmen der jeweiligen Projektorganisationen engagiert.

Departementssekretariat

Personelles

Im Departement stehen 21 ordentlichen Austritten 16 Eintritte gegenüber. Dies entspricht einer Fluktuation von rund 7 %. Zusätzlich wurden 4,7 Stelleneinheiten an das Departement Kulturelles und Dienste/Stadtentwicklung transferiert. Die Neueintritte verteilen sich auf die folgenden Bereiche und Pensen: Stadtplanungsamt 1, Bereich Tiefbau/Tiefbauten 1, Strasseninspektorat 11, Hochbauten 1, Vermessungsamt 1 und Baupolizeiamt 1 Stelleneinheiten. Gegenüber dem Vorjahr resultiert eine Reduktion von insgesamt 7,8 Stellen.

Finanz- und Rechnungswesen

Durch die Baufachorgane Hochbauten, Tiefbauten und Fachstelle Haustechnik wurden zu Lasten der jeweiligen Objekte der Investitionsrechnung und der Laufenden Rechnung im Berichtsjahr für Neu- und Umbauten total 49,7 Mio. Franken an Rechnungen bezahlt. Der grösste Teil der Aufwendungen entfällt mit rund 31,2 Mio. Franken auf den Bereich Hochbau. 18,5 Mio. Franken wurden in Tiefbauten investiert.

Die departementsinternen Abläufe im Finanz- und Rechnungswesens wie auch im Personalwesen (PIAS) haben sich bewährt. Im Hinblick auf die definitive Einführung der Wirkungsorientierten Verwaltungsführung (WVO) ab 2006, wurden für die strategische Führung des Departements Produkte und Produktgruppen mit den entsprechenden Indikatoren definiert.

Personelles zu den Bereichen und Abteilungen:

Stadtplanungsamt

Per 1. Januar 2005 wurden 3,8 Stellen an das Departement Kulturelles und Dienste in die Abteilung Stadtentwicklung transferiert. Eine weitere 0,9-Stelleneinheit, die noch bis Ende September beim Departement Bau blieb, folgte nach. Eine durch Pensionierung frei gewordene Stelle konnte per 1. Mai wieder besetzt werden.

Tiefbau

Der ehemalige Stadttingenieur, Hans-Peter Hulmann, ist per Ende September 2005 vorzeitig in den Ruhestand getreten. Der Bereich wurde bereits seit Mitte 2004 durch Max Kummer interimistisch geführt. Ende Februar 2006 wird auch Max Kummer pensioniert. Der Stadtrat hat am 13. Juli 2005 als Nachfolger den bisherigen Strasseninspektor, Max Reifler, bestimmt. Zudem waren per Ende Jahr drei Projektleiterstellen vakant. Der gesamte Bereich Tiefbau wird zurzeit neu strukturiert.

Die 11 Stellen im Strasseninspektorat (Kanalunterhalt, Sammeldienst, Strassenwartung) mussten wieder besetzt werden.

Hochbau

Im Bereich Hochbau wurden die beiden Hauptabteilungen Hochbauten und Gebäudeunterhalt – aufgrund einer win03-Massnahme – per 1. Oktober 2005 in eine Hauptabteilung zusammen gelegt und gleichzeitig neu organisiert. Der langjährige Leiter der Abteilung Hochbauten, Friedrich Keller, wurde Ende September pensioniert. Im Rahmen dieser Reorganisation konnten per Ende Berichtsjahr 2,5 Stellen eingespart und damit die geforderten Win03-Sparmassnahmen realisiert werden.

Vermessungsamt

Die vakante Stelle eines Geomatikingenieurs konnte per 1. Mai 2005 wieder besetzt werden.

Baupolizeiamt

Die Sekretärin des Amtsleiters hat aufgrund einer persönlichen Weiterbildung gekündigt. Als Ersatz konnte eine Leihabgängerin angestellt werden. Bei der Fachstelle Energie wurde eine Sekretariatsstelle mit einem 40 %-Pensum abgebaut.

Öffentliches Beschaffungswesen

Die Dienste der Fachleitung öffentliches Beschaffungswesen wurden auch im vergangenen Jahr häufig in Anspruch genommen. Im Zusammenhang mit den laufenden HS07-Projekten, waren viele Verfahren zur Beschaffung von Dienstleistungen zu begleiten. Daneben wurden in allen Departementen Beschaffungsvorhaben durchgeführt. Im Departement Technische Betriebe konnte die Fachstelle in den Hauptabteilungen diverse Projekte begleiten: Erteilung des Planungsauftrages für den Ausbau des Fernheizwerkes und Ersatzbeschaffungen für diverse Installationen in der ARA Hard für die Abteilung Wärme und Entsorgung; Beschaffung einer neuen Software-Lösung für das Finanz- und Rechnungswesen der Städtischen Werke; Ersatz weiterer Niederflur-Busse in den nächsten Jahren für Stadtbuss Winterthur. Im Departement Soziales zeigten die durchgeführten Verfahren zur gemeinsamen Beschaffung von Gütern für die städtischen Altersheime den gewünschten Sparerfolg. Im vergangenen Jahr wurden die Lieferung von Inkontinenzmaterial und weitere Lebensmittellieferungen ausgeschrieben. Weiterhin beansprucht das Departement Bau die Fachstelle mit gleich bleibender Regelmässigkeit.

Die regelmässigen Aussprachen mit dem KMU Verband Winterthur und Umgebung und den Fachverbänden fanden auch dieses Jahr wieder statt. Fragen konnten im direkten Dialog geklärt werden.

Stadtplanungsamt

Siedlungsplanung

Die Bau- und Zonenordnung 2000 ist nach Erledigung sämtlicher Rekurse rechtskräftig: Der erneute Rekurs gegen die geringfügige Erweiterung der Wohnzone W2/1.2 in Oberseen wurde von der Baurekurskommission abschliessend zu Gunsten der Stadt entschieden.

Das 2004 eingeleitete Änderungspaket der Nutzungsplanung mit Umzonungen und technischen Änderungen wurde vom Stadtrat beschlossen. Momentan findet das öffentliche Einwendungsverfahren statt. Für ein weiteres Revisionspaket der Richt- und Nutzungsplanung wurde die interne Vernehmlassung durchgeführt.

Das Teilprojekt «Freiraum» im Entwicklungsgebiet Zeughaus-Teuchelweiher wurde auf der Basis des 2004 in einem Stadtrats-Workshop erarbeiteten Leitbildes begonnen. Der Stadtrat beschloss, ein Testplanungsverfahren für ein städtebauliches und freiräumliches Entwicklungskonzept mit drei interdisziplinären Teams durchzuführen. Diese wurden mittels einer vorgängigen öffentlichen Präqualifikation ausgewählt. Das begleitete Verfahren beinhaltet zwei Zwischenbesprechungen (Workshops) und eine Schlussveranstaltung jeweils mit allen

drei Teams. Ausgewählte Vertreterinnen und Vertreter der Quartierbevölkerung und verschiedener Organisationen sowie unabhängige Fachleute aus diversen Disziplinen haben die Möglichkeit, sich über die Zwischenresultate zu informieren und Rückmeldungen zu geben.

Die Entwicklung der drei ehemals städtischen Areale Schenkelwiese, Zelgli und Tägelmöos wurde abgeschlossen bzw. vorangetrieben. Der Gestaltungsplan des Siegerprojekts für das Areal Schenkelwiese steht kurz vor der Festsetzung. Der offene Projektwettbewerb für das Zelgliareal konnte erfolgreich abgeschlossen werden. Das Baugesuch für das Siegerprojekt wurde eingereicht; der Verkauf an eine ortsansässige Unternehmensgruppe wurde beurkundet. Für das Areal Tägelmöos konnte der Kaufvertrag mit einem Konsortium zweier Wohnbaugenossenschaften abgeschlossen werden. Der vereinbarte Projektwettbewerb wird momentan bearbeitet.

Der Gestaltungsplan «Sporrer» wurde öffentlich aufgelegt, der Gestaltungsplan «Oberes Alpgut» ist von der Baudirektion genehmigt.

Die Abteilung Siedlungsplanung wurde zu städtischen und privaten Planungs- und Bauvorhaben beigezogen, die teilweise noch in Bearbeitung sind (Standortevaluation Dreifachturnhalle, Fokus, Plan Lumière, Testplanungsverfahren Sulzerareal Stadtmitte).

Baubewilligungsverfahren, Prüfstelle des Stadtplanungsamtes

Die Abteilungen Siedlungs- und Erschliessungsplanung prüften rund 250 Baugesuche, davon 240 im ordentlichen Verfahren auf planungsrechtliche Aspekte wie Zonenkonformität, Baureife, Erschliessung, Nutzungsziffern, Abstands- und Niveaulinien sowie die Sicherheit im halböffentlichen und öffentlichen Raum. Gegebenenfalls wurde in Zusammenarbeit mit dem Bauinspektorat die Überarbeitung durch die Projektierenden veranlasst.

Fünf Vorentscheidbegehren wurden begutachtet und rund 80 Grenzmutationsgesuche erschliessungs- und allenfalls nutzungsmässig überprüft. Der Begutachtungsaufwand pro Gesuch betrug rund eine Stunde, bei einzelnen grossen und komplexen Vorhaben betrug der Aufwand bis zu einer Woche.

Planungs- und Architekturfachleute nahmen die Beratungsdienstleistungen täglich in Anspruch.

Erschliessungsplanung

Im Rahmenplangebiet Sulzer Areal Oberwinterthur hat die Abteilung Erschliessungsplanung die Koordinationsaufgaben zur Erschliessung des Areals weitergeführt. Sie hat die Weiterbearbeitung des Projekts Eulachpark, die Parzellierung und die Planung der Grob- und Feinerschliessung begleitet und die Fortschreibung des Rahmenplans und einzelne Arealüberbauungen mit anderen Stellen zusammen beurteilt.

Vertreter der Abteilung haben für in- und ausländische Fachgremien und Politiker zu den Themen «Planungsprozesse und -instrumente bei Konversionsarealen» und «Standortpolitik für publikumsintensive Einrichtungen» Referate gehalten und Begehungen durchgeführt. Sie haben in Leitungsgremien und Arbeitsgruppen mitgewirkt und bei der Beurteilung der Totalrevision des Planungs- und Baugesetzes die Arbeitsgruppe «Planung und Verfahren» geleitet. Die Vernehmlassung wurde mit dem Verband der Gemeindepräsidenten, dem Verein der Gemeindegemeinschafter und Verwaltungsangestellten des Kantons Zürich sowie der Stadt Zürich schriftlich und an einer Fachtagung koordiniert.

Für die Überbauung Arch Areal wurden Abklärungen bezüglich Baulinien getroffen und die Bauherrschaft bei der Gestaltung des öffentlichen Raums beraten. Der Studienauftrag «Gleisquerung» zur Verbesserung verschiedener stadträumlicher Verbindungen wurde erfolgreich abgeschlossen. Aus dem betreffenden Stadtratsbeschluss resultierende Folgeaufträge konnten erteilt werden.

Die Abteilung hat die Verhandlungen zur Finanzierung und Subventionierung des Veloparkings beim privaten Gestaltungsplan «Milchküche» der SBB vorbereitet und mit der Grundeigentümerin die gewünschten Änderungen im Gestaltungsplan vereinbart. Für den Gestaltungsplan, für die Änderung der Baulinie und für die Veloparkierung liegen die Weisungen an den Grossen Gemeinderat vor. Der private Gestaltungsplan «Spitalparking» wurde nach der Zustimmung des Stadtrates öffentlich aufgelegt.

Bezüglich der Entwicklungen auf Stadtgebiet wurden verschiedene Übersichtspläne (Entwicklungsgebiete, städtisches Bauland, Gestaltungspläne, Quartierpläne, Sulzer Areal Stadtmitte) und das Stadtmodell nachgeführt.

Quartierpläne

Die staatsrechtliche Beschwerde an das Bundesgericht betreffend Quartierplan «Maienried» wurde abgewiesen. Somit konnte dieser Quartierplan samt privatem Gestaltungsplan von der Baudirektion genehmigt und anschliessend vollzogen werden. Die Abrechnung steht kurz vor dem Abschluss, das Bauprojekt ist in Arbeit. Der Quartierplan «Dättbau» mit privatem Gestaltungsplan wurde von der Baudirektion genehmigt. Gegenwärtig wird das Bauprojekt ausgearbeitet. Die Verfahrenskosten für den Quartierplan «Rotenbrunnen Ost» konnten vom Stadtrat genehmigt und die Rechnungen verschickt werden. Nach der Festsetzung des Quartierplans «Wyden» durch den Stadtrat ist ein Rekurs eingegangen. Der Teilquartierplan «Neudorf» wurde von der Baudirektion und anschliessend die Verfahrenskosten vom Stadtrat genehmigt. Für die Teilrevision des Quartierplans Kurlistrasse konnten die Pläne für die Grundeigentümerversammlung erstellt werden, welche im Februar 2006 stattfindet.

Private Erschliessungen

Für die Erschliessung «Stockemerberg» wurde die letzte Rechnung verschickt. Die Erschliessung und Landumlegung «Hirtenweg» in Gotzenwil konnte baulich ausgeführt werden.

Bau- und Niveaulinien

Die Baulinienvorlagen Weststrasse, Dättbauerstrasse mit Brüttenerfussweg, Wartstrasse mit Schloss- und Talhofweg, und Hörnliststrasse wurden vom Stadtrat beschlossen und dem Grossen Gemeinderat zur Festsetzung unterbreitet. Die Revision von Baulinien an der Technikum-/Lagerhaus-/Turmhaldenstrasse konnte ebenfalls vom Stadtrat beschlossen werden. An der Kreuzung Schlosstal-/Wieshofstrasse wurde eine weitere Baulinienrevision ausgearbeitet. Ausserdem ging man die systematische Überprüfung aller Baulinien an.

Sicherheit im öffentlichen und halböffentlichen Raum

Die Arbeitsgruppe «Sicherheit im öffentlichen und halböffentlichen Raum» hat nach der Untersuchung sämtlicher Stadtkreise den Massnahmenkatalog und den Schlussbericht zur Erhöhung der Sicherheit zum Mitbericht für die Beschlussfassung im Stadtrat verschickt.

Verkehrsplanung

Verkehrserhebungen und Statistik

Die periodische Erfassung und Auswertung der Verkehrsbelastungen an rund 70 Querschnitten des städtischen Strassennetzes wurde fortgesetzt. Zahlreiche Handzählungen, die der Beurteilung spezieller Problemstellungen dienten, ergänzen die im Jahr 2005 erhobenen Verkehrsdaten. Diese werden im «Bericht Verkehr 2005» zusammengestellt. Die Verkehrsmengen auf der Autobahnumfahrung und den Haupteinfallstrassen nahmen in den letzten fünf Jahren folgende Entwicklungen:

Autobahn A1

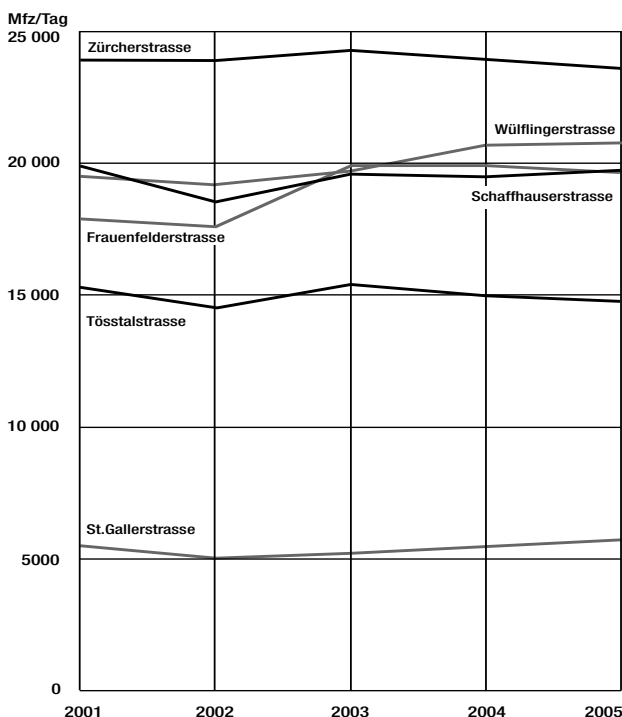
Tagesverkehr (Mittel aller Wochentage)

Monat	2000/01	2001/02	2002/03	2003/04	2004/05
Juli	76 500	79 300	80 600	81 000	82 600
August	80 200	82 900	82 200	83 500	86 200
September	81 000	81 500	83 200	87 400	88 400
Oktober	79 500	82 700	83 900	85 700	86 200
November	77 900	79 100	81 400	82 800	* 83 500
Dezember	72 300	70 400	74 700	76 300	* 78 000
Januar	68 200	69 500	69 600	70 100	74 900
Februar	73 300	75 500	73 000	76 900	76 700
März	77 200	79 900	80 800	82 700	84 400
April	78 200	81 900	83 300	84 700	88 900
Mai	80 900	82 000	83 500	84 300	88 900
Juni	81 900	82 500	84 700	86 200	91 600
Mittelwert	77 300	78 900	80 100	81 800	84 200

* geschätzter Wert

Verkehrsentwicklung 2001 – 2005

Durchschnittlicher Tagesverkehr (Montag bis Freitag)



Verkehrsnetze und Erschliessungen

Im Rahmen des Auflageverfahrens betreffend Revision des kantonalen Verkehrsplanes standen neben der Beurteilung auch Koordinationsaufgaben an. Die Stellungnahme der Stadt konnte fristgerecht eingereicht werden.

Nach einer breiten Vernehmlassung bei Gemeinden, Verbänden und Vereinigungen wurde im November 2005

der Schlussbericht des regionalen Gesamtverkehrskonzeptes Winterthur/Weinland beendet. Er bildet die Grundlage für das kantonale Agglomerationsprogramm zuhanden des Bundes und dient als Beurteilungsgrundlage bei zukünftigen Planungen.

Die unbefriedigende Anschlusslösung der geplanten Südostumfahrung im Sulzer-Areal Oberwinterthur führte zu Abklärungen alternativer Lösungen. Untersuchungsergebnisse, die einen Halbanschluss in Oberwinterthur und einen Vollanschluss im Grüzfeld vorsehen, liegen vor. Da ein verbindlicher Entscheid betreffend Massnahme zur Kapazitätssteigerung der Autobahnumfahrung A1 noch ausstehend ist, befasste sich eine Studie auch mit der technischen Machbarkeit einer neuen Strassenverbindung Anschluss Töss – Tieferlegung Vogelsang – Heiligbergtunnel – Anschluss Tössal-/St.Gallerstrasse. Die Zweckmässigkeit dieser Ergänzung des Hauptstrassennetzes ist noch nicht nachgewiesen.

Baulinienvorlagen übergeordneter Festlegungen wurden für die geplante Entlastungsstrasse Oberwinterthur sowie die Strassenabschnitte Technikum-/Lagerhausstrasse und Sulzerallee/Ohrbühlstrasse ausgearbeitet.

Im Rahmen des Baubewilligungsverfahrens standen zahlreiche Beurteilungen zwecks Erschliessungs- und Parkierungslösungen an. Insbesondere bei grösseren Bauvorhaben waren Angaben und Hinweise zur Lösungsfindung nötig. Dies betraf zum Beispiel die Überbauung Arch-Areal, den Neubau Einkaufszentrum Rosenberg, die Überbauung Sulzer-Areal Werk 2 im Tössfeld und das vorgesehene Parkhaus Kantonsspital. Bei Parkierungsfragen sind neben der Erschliessung oft auch die Bewirtschaftung (Stadtzentrum), Angebot und Nachfrage (Zeughaus/Teuchelweiher) sowie der Platzbedarf von Anlagen (z.Bsp. Reitplatz) Gegenstand von Abklärungen und Auskünften.

Verkehrsführung und Sicherheit

Als übergeordnete Verkehrslenkungskonzepte hat der Kanton die Erarbeitung von regionalen Verkehrssteuerungen (RVS) in Angriff genommen. Wesentlicher Bestandteil in der Region Winterthur ist dabei das Hauptstrassennetz der Stadt Winterthur, was die Mitwirkung der städtischen Fachstellen erforderlich machte.

Dank einer Überprüfung der Leistungsfähigkeit verschiedener Verkehrsführungen im Bereich Technikum-, Lagerhaus-, Archstrasse konnten konkrete Entscheide bezüglich der Erschliessung von geplanten Parkierungsanlagen herbeigeführt werden.

Im Zusammenhang mit der Erweiterung des Zentrums Rosenberg wurden neben der Führung des Individualverkehrs verschiedene Varianten einer Verlängerung der Buslinie 3 geprüft. Die Grundlagen bezüglich der Anforderungen an das Strassennetz liegen vor. Eine verkehrstechnische Begleitung war bei den Projekten S-Bahn-Station Hegi, Johannes Beugger-Brücke und Frauenfelderstrasse (Seener- bis Stadlerstrasse) erforderlich.

Die Einmündung der Auwiesen- in die Zürcherstrasse ist auf den städtischen Strassennetz nach wie vor der Ort, wo die meisten Unfälle passieren. Die in einem Gutachten vorgeschlagenen Sofortmassnahmen werden umgesetzt. Die Projektierung einer Lichtsignalsteuerung bei der unfallträchtigen Einmündung der Wülflinger- in die Salomon Hirzel-Strasse (Harti) wurde fortgesetzt. Mit einer geänderten Verkehrsführung zeichnet sich eine befriedigende Lösung zur Erhöhung der Sicherheit und Bevorzugung des Busbetriebs ab.

Anlässlich von zwei Sitzungen und einer Besichtigungsrundfahrt der «Arbeitsgruppe Velo» wurden zahlreiche Anliegen sowohl im Bereich der Sicherheit wie auch bezüglich der Attraktivität des Langsamverkehrs diskutiert

und entgegen genommen. Infolge fehlender Kapazitäten konnte die Testphase betreffend der Velo-Abstellplatzsituation in der Stadthausstrasse nicht abgeschlossen werden. Ergebnisse und Folgerungen für eine definitive Lösung gibt es Anfang 2006.

Eine Zusammenstellung über die in den letzten zehn Jahren durchgeführten Aktivitäten im Bereich des Verkehrs bildete die Grundlage für Wettbewerbsteilnahmen. Während der «Prix Velo» für Gesamtprojekte der IG Velo Schweiz an die Stadt Winterthur vergeben wurde, steht das Ergebnis des «Cities Enjoy Bicycles Awards» noch aus.

Kontakte mit der Schweizerischen Velokonferenz (SVK) und der europäischen Vereinigung «Cities for Cyclists» wurden so weit möglich aufrecht erhalten.

Verkehrsberuhigung und Lärmschutz

Die Nachfragen sowohl nach weiteren Zonen mit verkehrsberuhigten Strassen wie auch nach zusätzlichen flankierenden Massnahmen dauern an. Während die Tempo-30 Zonen «Leimenegg», «Hegifeld», «Dättlau», «Sunnenberg», «Iberg» und die Erweiterungen in Oberseen im Berichtsjahr signalisiert werden konnten, liegen Verkehrsgutachten und Massnahmenkataloge für die Quartiere Lindberg und Zentrum Seen vor. Neben dem über das gesamte Stadtgebiet planerisch festgehaltenen Potential von verkehrsberuhigten Zonen bestehen konkrete Begehren in den Quartieren Heiligberg, Talgut, Talwiesen, Wiesen, Neuwiesen-Bahnhof und Niederfeld.

Im Rahmen der gesetzlich vorgeschriebenen Nachmessungen hat die Stadtpolizei im Berichtsjahr in den Tempo-30-Zonen anlässlich von 270 Geschwindigkeitskontrollen rund 48 000 Motorfahrzeuge erfasst. Die Auswertungsergebnisse dieser Messprotokolle stellen nicht nur eine massgebende Beurteilungsgrundlage für allfällige Nachbesserungen dar, sie liefern zudem wertvolle Erkenntnisse für die Ausführungen zukünftiger Vorhaben.

Erarbeitete Gestaltungskonzepte bilden die Grundlage für die Strassenprojekte Agnes-, Hegi- und Eisweiherstrasse.

Für 2005 stand die Überarbeitung des periodisch nachzuführenden Umweltzustandsberichtes an. Die bezüglich Verkehr, Lärm und Luft relevanten Grundlagedaten wurden zusammengestellt und kommentiert.

Diverse UVP-pflichtige Bauvorhaben waren bezüglich ihrer Auswirkung hinsichtlich Verkehrsnetze, Parkierung und Lärm zu prüfen. Neben der Bereitstellung der Grundlagedaten betrafen die durchgeführten Untersuchungen die Vorhaben EKZ Rosenberg, Sulzer-Areal Werk 2, Kantonsspital und Verteilzentrum Coop Grüzfeld. Die auf eine



Verkehrsberuhigung im Stadtzentrum

nachhaltige Entwicklung ausgerichtete Verkehrsplanung erfordert eine Optimierung der vorhandenen Infrastruktur sowie einen haushälterischen Umgang mit den finanziellen Mitteln und den natürlichen Ressourcen.

Verschiedene Lärmberechnungen dienten sowohl diversen Planungsvorhaben wie auch der Beurteilung von Baugesuchen. Daneben wurden Anfragen bezüglich Strassen- und Eisenbahnlärmsituationen und Sanierungsabsichten (A1, SBB) geklärt und beantwortet.

Fragen des Verkehrs waren im Berichtsjahr mehrfach Gegenstand von parlamentarischen Vorstössen. Die Mitwirkung erfolgte bei der Beantwortung verschiedenster Themen: Belastungssituation Untere Vogelsangstrasse, Planungsstand der Tieferlegung der Vogelsangstrasse, Problematik der Erschliessung Sulzer-Areal Oberwinterthur, Bedarf von Velohelm-Schliessfächern und Car-Parkplätzen, Führung von Buslinien, Stellenwert der Verkehrsplanung.

Regionalplanung Winterthur und Umgebung (RWU)

Der Ausschuss hat acht Sitzungen abgehalten. Es wurden verschiedene Stellungnahmen zu raumplanerischen Vorhaben innerhalb der Region verfasst.

An der Informations- und Diskussionsveranstaltung «Siedlung+Verkehr» vom 12. April wurden aktuelle Fragen zur Siedlungsentwicklung und zum regionalen Gesamtverkehrskonzept (rGVK) innerregional diskutiert. Der Ausschuss will sich künftig vermehrt mit den Möglichkeiten einer Steuerung der Siedlungsentwicklung befassen.

Ende April konnte der Schlussbericht zum rGVK in die Vernehmlassung gegeben werden. Die Rückmeldungen fielen positiv aus, ebenso die Beurteilung durch den Ausschuss.

Mit den Mitteilungsblättern zu Schwerpunktthemen wird eine aktive Kommunikationspolitik verfolgt.

Der Aufwand für die Regionalplanung Winterthur und Umgebung wird den Gemeinden nach einem Verteilungsschlüssel aus Einwohnerinnen- und Einwohnerzahl sowie berechtigter Steuerkraft verrechnet. Der Kostenanteil der Stadt Winterthur beträgt 58 %. Das Stadtplanungsamt führt das Sekretariat gemäss Verbandsordnung und stellt den Aufwand in Rechnung. Peter Baki ist seit Mai neuer Sekretär der RWU.

Tiefbau

Der Bereich wird seit Mitte 2004 durch den Leiter Abteilung Tiefbauten, Max Kummer, interimistisch geleitet. Max Kummer wird per Ende Februar 2006 pensioniert. Der Stadtrat hat am 13. Juli 2005 als Nachfolger den bisherigen Strasseninspektor, Max Reifler, bestimmt. Im Hinblick auf diesen Wechsel wird zurzeit der Bereich zusammen mit den Mitarbeitenden neu strukturiert. Verschiedene Stellen wurden zudem nicht mehr besetzt, was einen entsprechenden Nachholbedarf Anfang 2006 auslösen dürfte. Der Stadtrat hat für einen Mitarbeiter aufgrund teilweiser Invalidisierung eine befristete 50 %-Stelle geschaffen.

Das Vorhaben «Sanierung Rietberg und die Verlegung der Pünten Frauenfelderstrasse auf den Rietberg» ist im Januar 2005 in die Realisierungsphase getreten. Die West- und Südflanken wurden gerodet und mit den Materialab- und Auftragsarbeiten wurde begonnen. Nach 16 Monaten Bauzeit konnte die Umgestaltung Zwingliplatz abgeschlossen werden. Am 21. März genehmigte der Grosse Gemeinderat den Investitionsbeitrag von 1,675 Mio. Franken an die neue SBB Haltestelle Hegi. Die Inbetriebnahme der Haltestelle ist auf den Fahrplanwechsel Dezember 06 geplant. Als letzte Bauphase der Erschliessungsetappe 1 der Sulzer-Allee wurde Ende August mit dem Bau des Anschlusses West an die Seenerstrasse begonnen. Der Stadtrat hat das Projekt für den Neubau der Erschliessungsstrasse Johannes-Beugger-Strasse und der Brücke über die Töss im Juni genehmigt.

Ein Schwerpunkt der Stadtentwässerung war, nachdem der Generelle Entwässerungsplan (GEP) 2004 genehmigt wurde, das Bereinigen der erfassten öffentlichen Kanäle im Geografischen Informationssystem, die Aufnahme privater Kanäle, eine Intensivierung bei der Überprüfung des Netzes, detaillierte hydraulische Berechnungen einzelner Entwässerungsanlagen und -gebiete sowie Zustandsaufnahmen bei eingedolten Bächen. 157 Betriebsstörungen (Alarmer) bei den 25 Abwasserpumpwerken forderten im Geschäftsjahr 75 notfallmässige Einsätze durch den eigenen Pikettdienst.

Die gesammelten Abfallmengen haben sich trotz steigender Bevölkerungszahl stabilisiert. Erstmals seit Einführung der Sackgebühr war die Menge der Grünabfälle sogar rückläufig. Die Sammelleistung von 2,75 Tonnen pro Stunde ist hoch und zeigt die gute Auslastung der Fahrzeuge und den grossen Einsatzwillen der Mitarbeitenden. Im Berichtsjahr wurde erstmals ein Kehrriechtfahrzeug angeschafft, das mit Naturgas CO₂-neutral betrieben wird. Die Erfahrungen sind gut und das Fahrzeug stösst auf grosses Interesse bei anderen Städten. Im November konnte beim Shopping Center Seen die erste Unterflursammelstelle in Winterthur als Versuch in Betrieb genommen werden. Am Clean-up Day beteiligten sich 500 Freiwillige. Sie halfen bei der Säuberung von Wald und Bachufern.

Aufgrund der ungenügenden Auslastung hat der Stadtrat beschlossen, den Betrieb der Sonderabfallsammelstelle sukzessive zu reduzieren und per Ende 2006 definitiv einzustellen.

Die Einbaumenge und der Deponieraumverbrauch haben in den letzten Jahren um mehr als die Hälfte abgenommen. Sie ist auf dem tiefsten Stand seit verlässliche Erhebungen vorliegen. Von Juni bis September wurde die zugeführte Schlacke der KVA durch eine private Betreiberin aufbereitet. Es konnten 692 Tonnen Eisenschrott und 205 Tonnen Nicht-Eisen-Schrott (Alu und Buntmetalle) aus der Schlacke gewonnen werden. Damit wird ein wesentlicher Beitrag zum Metallrecycling geleistet.



Zwingliplatz nach Fertigstellung

Abteilung Tiefbauten

Im Berichtsjahr wurden wiederum vorwiegend Bauprojekte zur Werterhaltung der Infrastrukturbauten ausgeführt. Die Bauarbeiten der Werkleitungs- und Instandsetzungsarbeiten am Zwingliplatz und in der Tössalstrasse konnten nach 16 Monaten Bauzeit abgeschlossen werden. Dank einem speziellen Effort der beteiligten Bauunternehmen und entsprechendem Wetterglück beim Einbau des Deckbelags am Wochenende vom 3./4. September erfolgten die Abschlussarbeiten programmgemäss. Die Bauarbeiten konnten ohne Unfall abgewickelt werden.

Die Werterhaltung von Strassen und Brücken bildete auch im Berichtsjahr ein Hauptschwerpunkt der Abteilung Tiefbauten:

- Gottfried Keller-Strasse, Haldenstrasse – Tössertobelstrasse
- Oberer Deutweg, Zwingliplatz – Hörnlistrasse
- Rebenweg, Brücke über Salomon Hirzel-Strasse
- Riedhofstrasse, Brücke über Salomon Hirzel-Strasse
- St. Gallerstrasse, Station Hegi – Stegackerstrasse
- Trottenstrasse, Felsenhofstrasse – Wolfensbergstrasse
- Zürcherstrasse, Brühleck – Jägerstrasse

Auf der Grundlage des Generellen Entwässerungsplans (GEP) konnten im Berichtsjahr verschiedene Kanalinsanierungen, Kanalersatz- und Kanalneubauten realisiert werden.

Der GGR genehmigte am 21. März den Investitionsbeitrag an die neue SBB Haltestelle Hegi, die unter der Federführung der SBB realisiert wird. Der Spatenstich



Belagsfräsen St. Gallerstrasse



Stofflerenweg, Personenunterführung SBB, Instandsetzung



Sulzer-Allee/Seenerstrasse, Verbindungsstrasse West bis Else Züblin-Strasse

findet im Februar 2006 statt. Die Inbetriebnahme ist auf den Fahrplanwechsel Dezember 06 geplant.

Am 17. Oktober begannen die Bauarbeiten für die Verlegung und Ausdolung des Dättnauerbache

Die Bachverlegung bildet die Voraussetzung für die Erschliessung und Überbauung des Quartierplangebietes Dättnau. Die umfangreichen Bauarbeiten dauern bis ins Frühjahr 2007.

Als letzte Bauphase der Erschliessungsetappe 1 der Sulzer-Allee wurde Ende August mit dem Bau des Anschlusses West und der Sulzer-Allee bis Else Züblin-Strasse begonnen.

Nach Abschluss dieser Bauphase wird die Sulzer-Allee kreuzungsfrei mit der Seenerstrasse verbunden. Die bestehende Lichtsignalanlage beim Bügel Ost wird im Zuge der Anpassungsarbeiten entfernt.

Der Stadtrat genehmigte am 8. Juni das Auflageprojekt für den Neubau der Erschliessungsstrasse Johannes Beugger-Strasse und die Brücke über die Töss. Im Januar 2006 erfolgt die Projektgenehmigung und Gebundenheitserklärung. Ab Mai beginnen die Bauarbeiten.

Fertig gestellte Tiefbauten

- Oberer Deutweg, Zwingliplatz – Hörnlistrasse; Strasseninstandstellung
- Rebenweg, Brücke über Salomon Hirzel-Strasse; Instandsetzung
- Riedhofstrasse, Brücke über Salomon Hirzel-Strasse; Instandsetzung
- Stofflerenweg, Personenunterführung SBB; Instandsetzung
- Tösstalstrasse (Zwingliplatz), Palmstrasse – Tösstalstrasse 103; Wiederinstandstellung



Dättnauerbach: Ausbau, Offenlegung

Fertig gestellte Abwasseranlagen

- Am Iberghang, Ibergstutz – Schölsterlistrasse; Kanalsanierung
- Dättnauerstrasse, Rainstrasse – Brüttenerfussweg; Kanalinnensanierung
- Gottfried Keller-Strasse, Haldenstrasse – Tössertobel; Kanalvergrößerung
- Kantonsschule Rychenberg, Tössertobel – Nordstrasse; Kanalsanierung
- Rebwiesen/Rieter, KS 5510 – 55321; Kanalvergrößerung
- Ricketwilerstrasse/Oberseenerstrasse; Entlastungsleitung
- Rundstrasse, Haus Nr. 10 – Brunngasse; Kanalerneuerung
- Schiltwiesenweg, KS 12310; Kanalerneuerung
- Tösstalstrasse, Eulach – Allmannstrasse; Kanalvergrößerung
- Trottenstrasse, Selunweg Haus Nr. 19 – Haus Nr. 10; Kanalerneuerung
- Wülflingerstrasse, Knoten Härte – Regenentlastung; Kanalsanierung
- Zinzikerbergstrasse, Kehrplatz – Bäumlistrasse; Kanalinnensanierung

Laufende Tiefbauten

- Bäumlistrasse, Rychenbergstrasse – Schulhaus; Strassensanierung
- Dättnauerbach, öffentliches Gewässer Nr. 121; Offenlegung/Kapazitätsvergrößerung
- Färberquartier, Färber-/Gerber-/Schleifestrassen; Kanalersatz
- Lindbergstrasse, Römerstrasse – Rychenbergstrasse; Strassensanierung
- Riedhofstrasse, Im Sporrer – Oberradstrasse; Trottoir
- Riedhofstrasse/Taggenbergstrasse; Fremdwasserelimination
- St. Gallerstrasse, Grütze – Stadtgrenze; Redimensionierung
- Sulzer-Allee, Bügel West – Giessereistrasse; Strasse
- Zürcherstrasse, Brühlleek – Hägerstrasse; Strassensanierung

Laufende Abwasseranlagen

- Bäumlistrasse, Rychenbergstrasse – Schulhaus; Kanalerneuerung
- Färberquartier, Färber-, Mittlere/Untere Gerber-, Obere/Untere Schleifestrassen; Kanalersatz

- Lindbergstrasse, Rychenbergstrasse – Römerstrasse; Kanalerneuerung
- Riedhofstrasse, Lantig; Meteorkanal
- Riedhofstrasse/Taggenbergstrasse; Fremdwasser-elimination
- Sulzer-Allee, Verbindungsstrasse West – Else Züblin-Strasse; Kanalinstandstellung

Projektierungen Tiefbauten

- Agnesstrasse, Obere Briggerstrasse – Jägerstrasse; Strassensanierung
- Eulach/Rietbach, Eindolungen im Bereich Seenerstrasse/Bahnhof Oberwinterthur; Instandsetzung
- Eulachpark, Lindenplatz – Einkaufszentrum; Gestaltung
- Frauenfelderstrasse, Brücke SBB-Linie Romanshorn; Instandsetzung
- Frauenfelderstrasse/Seenerstrasse, Seenerstrasse – Bahnhof Oberwinterthur; Strassensanierung / LSA
- Johannes Beugger-Strasse; Euelstrasse – Wasserwiesenstrasse; Strasse und Brücke
- Museumstrasse, Palmstrasse – Falkenstrasse; Strassensanierung
- Neuwiesenstrasse, Eulachbrücke; Instandsetzung
- Oberseener Dorfbach, öffentliches Gewässer Nr. 313; Sanierung
- Pflanzschulstrasse, St. Gallerstrasse – Römerstrasse; Strassensanierung
- S-Bahn Haltestelle Hegi; Neubau SBB
- SBB «Milchküchenareal»; Veloparking
- Seenerstrasse, Stützmauern; Instandsetzung
- Seidenstrasse, Geiselweidstrasse – General Guisan-Strasse; Strassensanierung
- St. Gallerstrasse, neue Bushaltestelle Gewerbeschule; Linie 5 und 11
- Steglitobelbach, Waldeggrasse – Mattenbach; Umlegung und Bachöffnung
- Tössstalstrasse, Seenerstrasse – Oberseenerstrasse; Strassensanierung
- Zürcherstrasse/J.C. Heer-Strasse/Klosterstrasse, Knotenbereich; Strassensanierung
- Wasserfurristrasse, Zürcherstrasse – Agnesstrasse; Strassensanierung

Projektierungen Abwasseranlagen

- Adlerstrasse, Gärtnerstrasse – Tössstalstrasse; Kanalvergrößerung
- Aeckerwiesenstrasse, Aeckerwiesenstrasse – Wartstrasse; Kanalerneuerung
- Agnesstrasse, Jägerstrasse – Untere Briggerstrasse; Kanalvergrößerung
- Archareal, Lagerhaus-/Untere Vogelsangstrasse/Archstrasse; Misch- und Regenwasserkanäle
- Bahnhofplatz, Museumstrasse – Rudolfstrasse; Kanaldüker
- Frauenfelderstrasse, Seenerstrasse – Bahnhof Oberwinterthur; Kanalneubau
- Leimeneggstrasse, Haus Nr. 10 – Römerstrasse; Kanalvergrößerung
- Museumstrasse, Palmstrasse – Falkenstrasse; Kanalvergrößerung
- Nägelseestrasse, SBB Linie – Metzgerstrasse; Kanalersatz
- Obere Briggerstrasse, Agnesstrasse – Tössfeldstrasse; Kanalerneuerung
- Öffentliches Kanalnetz; diverse Innensanierungen
- Oststrasse, Bahnunterquerung Oststrasse – Schwalmenackerstrasse; Kanalvergrößerung

- Pestalozzistrasse, Kirchweg – Römerstrasse; Kanalvergrößerung
- Seidenstrasse, Adlerstrasse – Geiselweidstrasse; Kanalvergrößerung
- Tobelstrasse, Turmstrasse – Rehweg; Kanalinnensanierung
- Wasserfurristrasse, Zürcherstrasse – Agnesstrasse; Kanalvergrößerung

Naturflächenbilanz

Im Zusammenhang mit diversen Strassenprojekten und im Speziellen mit dem Objekt St.Gallerstrasse, Sanierung/Redimensionierung, ergibt die Grünflächenbilanz eine Zunahme von 1595 m². Die Bilanz wird seit 1981 nachgeführt und kann bei der Abteilung Tiefbauten eingesehen werden.

Strasseninspektorat *

Kanalisationsunterhalt und -betrieb

Der betriebliche und technische Unterhalt des Kanalisationsnetzes und dessen Spezialbauwerke beanspruchte das effektive Kanalunterhaltspersonal mit rund 63 % ihrer Ressourcen. Im vergangenen Jahr sind dabei rund 20 % des Netzes oder 75 000 m Kanalisation mit Wasser-Hochdruck gereinigt worden (4000 m durch Privatunternehmen). Unter Berücksichtigung der Logistik und regulären Unterhaltsarbeiten wurden diese Spülarbeiten sogleich in Verbindung mit den darauf folgenden TV-Zustandsaufnahmen disponiert. Auf einer Strecke von 12 250 m sind die Leitungen mittels Spezialgeräten von Wurzeln, Kalk, Fett und anderen Materialien befreit worden.

Untersucht wurden insgesamt 16 775 m Abwasserleitungen. Davon 8960 m öffentliches Kanalisationsnetz mit rund 3875 m Bauabnahmen (neu und Garantie).

Weitere Untersuchungen konzentrierten sich erstmals auf öffentliche Gewässer mit 6715 m und die Strassenentwässerung mit rund 1000 m TV Untersuchung.

19 425 m begehbare Kanalstrecken sind gereinigt, kontrolliert und teils repariert worden. Aus Kanälen und Pumpwerken wurden 280 m³ Kies/Schlamm abgesaugt oder manuell abgeschöpft.

Weitere Arbeitseinsätze:

- 225 Aufträge wie Untersuchungen, Spülungen, Saugarbeiten, vorwiegend im Liegenschaftsbereich. Daraus resultieren 670 m³ Material aus Gruben und Schächten.
- 4590 entleerte Strassensammler, wobei 566 m³ entsorgt wurden.
- Unterhalt und Reparaturen bei öffentlichen WC-Anlagen
- Kontrollen und Saugarbeiten der öffentlichen Gewässer/Kiesfänge mit 81 m³ Geschiebmaterial
- Unterhaltsarbeiten im Werkhof an Fahrzeugen, Maschinen und Geräten.
- Rund 275 Notfalleinsätze, wovon 90 Piketteinsätze, ausgelöst durch Pumpwerke, Kundschaft oder öffentliche Bereiche wie Strassenentwässerung und Gewässer.

* Das Strasseninspektorat ist eine Pilotorganisation der «Wirkungsorientierten Verwaltung (WOV)». Die ausführliche Berichterstattung erfolgt im Rahmen dieses Projektes in separater Form.

Pumpwerke/Spezialbauwerke

157 Betriebsstörungen (Alarme) der 25 Abwasserpumpwerke forderten im vergangenen Jahr 75 notfallmässige Einsätze durch den eigenen Pikettdienst.

Das technisch sanierte Abwasserpumpwerk Sennhof funktioniert ohne Unterbruch und störungsfrei (Ausnahme: «alte» Rechenanlage). Die Alarmierungen der Pumpwerke über Leitkabel und GSM/Funk haben sich bewährt. Die Erschliessung der restlichen Anlagen erfolgt im 2006.

Kehrichtsammeldienst

Insgesamt wurden im Berichtsjahr 54 980 Container geleert und 3831 Tonnen Gewerbekehricht gesammelt. Gegenüber dem Vorjahr entspricht dies einer Zunahme von 543 Containerleerungen (1 %). Die Abfallmenge des Gewerbekehrichts nahm um 16 Tonnen zu. Der Anteil des Betriebskehrichts am gesamten vom Sammeldienst der Stadt Winterthur der Kehrichtverbrennungsanlage zugeführten Kehrichts (17 475 Tonnen) beträgt rund 22 %. Eine grosse Anzahl privater Unternehmungen liefern ihre brennbaren Abfälle direkt in die KVA.

Insgesamt wurden vom Sammeldienst für das Einsammeln und Entsorgen der Abfälle aus Haushalt und Gewerbe 6360 Stunden aufgewendet. Diese Leistungszahl belegt die gute Auslastung der Fahrzeuge und ergibt Kennwerte für die Sammelleistung von 2,75 Tonnen/Std.

Der Sammeldienst konnte im Berichtsjahr ein neues Kehrichtfahrzeug in Betrieb nehmen, das mit Naturgas CO₂-neutral betrieben wird. Das Fahrzeug funktioniert einwandfrei und stösst in anderen Schweizer Städten auf Interesse. 7 von 11 Fahrzeugen des Sammeldienstes sind auf dem neusten Stand von Technik und Sicherheit.

Sammelleistung Kehricht

Zusätzlich zum Stadtgebiet bedient der Sammeldienst auch die Gemeinden Zell, Elgg, Elsau, Wila und Wiesen-dangen. Die folgenden Mengen wurden in den letzten Jahren gesammelt:

Jahr	* Kehricht Stadt t	Kehricht Gemeinden t	Total t
1999	15 900	2 458	18 358
2000	16 423	2 537	18 960
2001	16 657	2 857	19 514
2002	16 785	2 920	19 705
2003	16 835	2 965	19 800
2004	17 077	3 118	20 195
2005	17 475	3 154	20 629

Abfallkontrolle/Verwaltungsverfahren/Verzeigungen

Ist ein Kehrichtsack nicht oder zu wenig frankiert, wird er mit einem Rückweisungskleber versehen und stehen

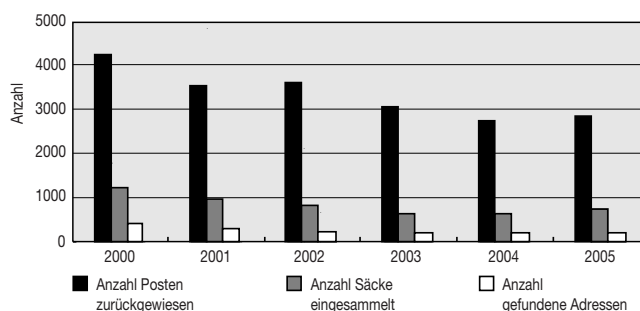
Mengenbilanz Abfallentsorgung

Jahr	Einwohner	Hauskehricht/ Gewerbe		Altpapier	Altglas	Altmittel	Alu/ Weissblech	Grün- abfälle	Total	
		t	kg/Ew	t	t	t	t	t	t	kg/Ew
1992	88 812	25 467	287	2 973	2 072	630	92	3 994	35 228	396
1993	89 271	25 783	289	3 133	2 060	582	114	4 328	36 000	403
1994	89 687	26 992	301	3 443	2 074	722	130	4 719	38 080	424
1995	89 860	28 039	312	3 650	2 101	830	141	4 892	39 653	441
1996	89 746	18 991	211	4 793	2 392	886	218	6 849	34 129	382
1997	89 772	14 680	164	5 071	2 371	642	214	7 315	30 411	339
1998	90 209	14 915	165	5 485	2 381	657	202	7 360	31 000	344
1999	90 792	15 900	175	5 789	2 408	696	194	7 887	32 874	362
2000	91 198	16 423	180	6 015	2 495	674	185	8 227	34 087	374
2001	92 041	16 657	181	6 090	2 600	716	179	8 336	34 650	376
2002	92 875	16 785	181	5 787	2 666	672	180	8 552	34 722	374
2003	94 081	16 835	179	5 539	2 722	620	180	8 588	34 484	367
2004	95 482	17 077	179	5 776	2 689	555	181	8 928	35 386	371
2005	96 230	17 475	182	5 765	2 583	469	180	8 895	35 367	368

gelassen. Falls der Sack nicht zurückgenommen oder nachfrankiert wird, wird er nach 3 bis 4 Tagen durch den Abfallkontrolleur eingesammelt und geöffnet. Bei knapp einem Viertel der kontrollierten Säcke (745) konnte ein Hinweis auf den Verursacher oder die Verursacherin gefunden werden (168). Den Fehlbaren wird eine Bearbeitungsgebühr von 50 Franken auferlegt. Falls die Zahlung ausbleibt, erfolgt eine Verzeigung beim Statthalteramt.

Die Anzahl der unfrankierten Säcke ist gegenüber dem Vorjahr stark angestiegen. Es waren 132 Säcke mehr (ca. 18 %). Da die Abfallsäcke immer häufiger in Containern bereitgestellt werden, ist die Kontrolle schwieriger und vor allem zeitaufwändiger geworden. Obwohl mehr unfrankierte Säcke kontrolliert wurden, ist die Zahl der identifizierten Abfallsünder zurückgegangen. Lag die Erfolgsquote im letzten Jahr noch bei 29 %, ist sie im Berichtsjahr noch bei 22 %.

Kontrolle von unfrankierten oder zu wenig frankierten Kehrichtsäcken



Separatsammelstellen und Separatsammeltouren

Im Berichtsjahr wurden zwei Sammelstellen permanent mit Video und eine Dritte mit der mobilen Kamera überwacht.

Die Menge der wilden Ablagerungen an den Sammelstellen war im Berichtsjahr leicht rückläufig. Dies sicher auch dank der Videoüberwachung an den beiden grössten Sammelstellen. Wurden im Vorjahr 170 Tonnen brennbare Abfälle von den Sammelstellen entsorgt, waren es im Berichtsjahr 160 Tonnen. Dies entspricht einem Rückgang von 10 Tonnen oder 6 %. Die Verzeigungen ab Videoband wegen Ablagerungen ausserhalb der Benützungzeiten oder wegen widerrechtlichen Ablagerungen sind im Berichtsjahr um 32 Fälle zurückgegangen (von 549 auf 517 im Berichtsjahr). Zusätzlich zu den Videoverzeigungen mussten noch 159 Falschentsorgende (Vorjahr 293) verklagt werden, welche auf Grund von Adressmaterial erkannt wurden. Im Berichtsjahr wurden somit 676 Per-

sonen (Vorjahr: 842) verzeigt. Im November konnte beim Shopping Center Seen die erste Unterflursammelstelle in Winterthur in Betrieb genommen werden.

Altpapier

Die Papiersammlung war leicht rückläufig: 5776 Tonnen im Vorjahr gegenüber 5765 Tonnen im Berichtsjahr. Das Hauptproblem bei der Papierabfuhr ist nach wie vor die Bereitstellung in der falschen Woche. Die gesammelte Papierqualität ist sehr gut.

Kartonsammlung

Die Kartonsammlung verzeichnete gegenüber dem Vorjahr eine Abnahme um 23 Tonnen auf 151,7 Tonnen. Ein grosses Problem ist die Verunreinigung der Sammelplätze. Die Kundschaft entsorgt den Karton häufig am falschen Sammelort und zur falschen Zeit. Dadurch entstehen vor allem bei Regen und starkem Wind unschöne Bilder. Kunden, die sich nachweislich nicht an die Vorgaben halten, werden angeschrieben. Wenn die gleiche Person zweimal beim unkorrekten Entsorgen von Karton erlappt wird, gibt es eine Verzeigung.

Altmetall

Die sechs durchgeführten Altmetall Haussammlungen ergaben 17,1 Tonnen Metallschrott, 7,61 Tonnen oder 30,8 % weniger als im Vorjahr. Der grösste Teil des Altmetalls fällt bei den Sammelstellen an. Hier ist eine Abnahme um 78,29 Tonnen (28,84 %) auf 469 Tonnen zu verzeichnen. Insgesamt wurden im Berichtsjahr 85,90 Tonnen weniger Altmetall eingesammelt als im Vorjahr. Der massive Rückgang von Altmetall dürfte damit zusammenhängen, dass der Schrottpreis das ganze Jahr über 100 Franken pro Tonne lag. Deshalb brachten vor allem die Kleingewerbler ihr Metall direkt dem Altstoffhändler.

Grünabfälle

Im Berichtsjahr ergab die Grüntour eine Sammelmenge von 8928 Tonnen. Die Jahresmenge ist nur geringfügig zurückgegangen und zwar um 33 Tonnen. Dies entspricht rund 92 kg/Einwohner/innen. Zur Grüngutbewirtschaftung

gehören auch die Kompostberatung und der Häckseldienst. Beide Dienstleistungen werden von der Bevölkerung geschätzt und rege beansprucht.

Die Qualität des Grüngutes in der Stadt Winterthur ist nach wie vor gut und hat sich auf einem akzeptablen Niveau eingependelt. Rückweisungen müssen selten vorgenommen werden.

Grüngutstation Riet

Gesamthaft wurden 12 097 Tonnen Grüngut angeliefert (einschliesslich 185 Tonnen Wurzelstöcke). Die Gesamtmenge hat damit gegenüber dem Vorjahr um 270 Tonnen oder 2 % abgenommen. Die Anliefermenge der städtischen Grüntour ist mit 8895 Tonnen (– 0,7 %) beinahe identisch mit dem Vorjahreswert.

Neben der Rückführung von organischen und mineralischen Stoffen in die Landwirtschaft und den Gartenbau ist auch die Energiebilanz dieser Verwertung beachtlich: Aus den der Vergärung zugeführten rund 9000 Tonnen Grüngut werden ca. 900 000 m³ Biogas erzeugt. Der Nettoenergieüberschuss dieser Verwertung beträgt 5 Mio. kWh. Biogas stellt unter den heute genutzten erneuerbaren Energiequellen einen bedeutenden Posten dar.

Abfallberatung

Die meisten Fragen bei der Abfallberatung und am Abfalltelefon betrafen die Papier- und die Kartonsammlung.

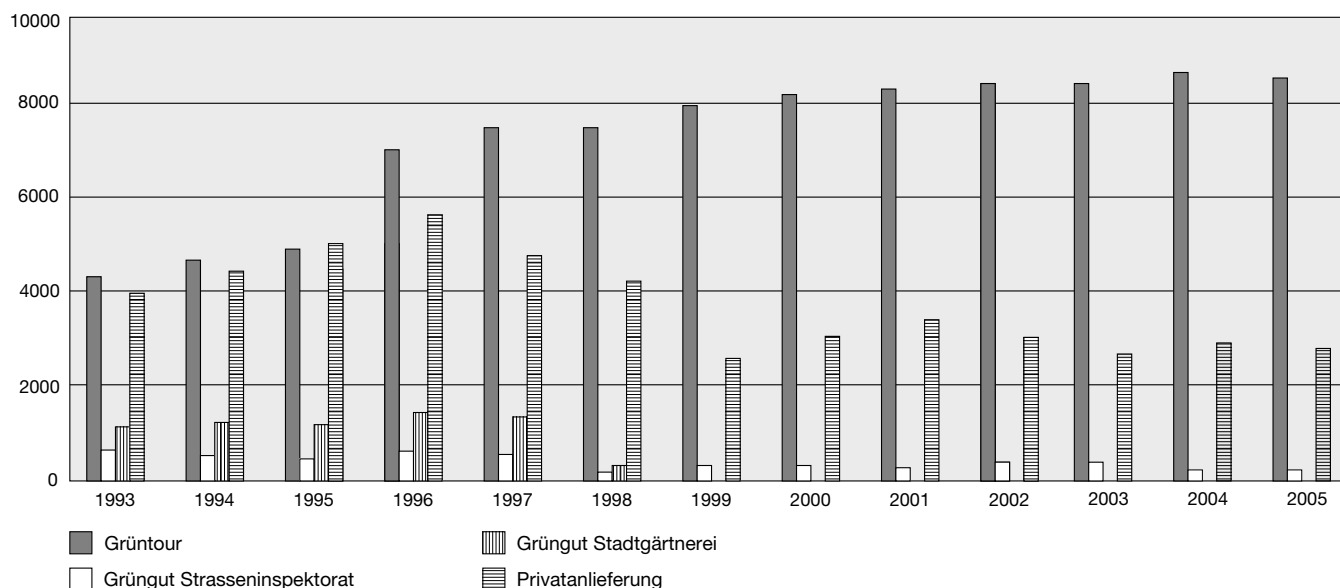
Im Berichtsjahr wurden zwei Kompostierkurse durchgeführt.

Im September beteiligte sich die Stadt Winterthur wieder am Clean-Up Day. Es konnten rund 500 Freiwillige gefunden werden, die bei der Säuberung von Wald und Bachufern mitwirkten.

Deponie Riet

An der Annahmestelle der Deponie Riet wurde im Berichtsjahr Material im Umfang von 42 421 Tonnen angeliefert. Davon entfallen 12 097 Tonnen auf Grünabfälle, welche der Grüngutbehandlung zugeführt wurden. Vom übrigen angelieferten Material wurden 7366 Tonnen vermischte Abfälle am Triageplatz behandelt. Dadurch konn-

Grüngutanlieferung im Riet



ten 110 Tonnen Altmittel für die stoffliche Verwertung und 6328 Tonnen Brennbare für die KVA abgeschieden werden; der Sortierrest wurde deponiert.

Strassenabfälle werden auf der Deponie nur zwischengelagert und anschliessend in eine externe Aufbereitungsanlage gebracht.

Insgesamt wurden auf der Deponie 20 815 Tonnen feste Abfälle eingebaut. Dies entspricht einem Deponieraumverbrauch von rund 14 730 m³ (vgl. Tabelle).

Eingebaute Materialien

	t/m ³	t	2003 m ³ fest	t	2004 m ³ fest	t	2005 m ³ fest
KVA Schlacke	1,5	15 347	10 231	13 915	9 277	13 316	8 877
Sortierrest	1,2	1 669	1 390	1 455	1 212	1 324	1 103
Direkteinbau	1,3	6 272	4 824	7 878	6 060	6 175	4 750
Total		23 288	16 445	23 248	16 549	20 815	14 730

Der Deponiebetrieb verlief im Berichtsjahr ohne wesentliche Störereignisse. Alle Betriebs-, Überwachungs- und Vermessungsdaten entsprechen den Vorschriften und sind dokumentiert. Das Deponiemonitoring erfolgt auf dem vom AWEL implementierten online System DEMIS.

Die Einbaumenge und der Deponieraumverbrauch haben in den letzten 15 Jahren um mehr als die Hälfte abgenommen und sind auf dem tiefsten Stand seit verlässlichen Erhebungen vorliegen.

Grösster Einzelanlieferer ist die KVA Winterthur, wobei vereinbarungsgemäss ein Anteil der Schlacke in eine ausserkantonale Deponie geführt wird (entsprechend den ausserkantonalen Abfallanlieferungen). Die der Deponie Riet zugeführte Schlacke wird vor Ort mit einer mobilen Anlage durch einen privaten Betreiber aufbereitet. Die Anlage war mit Unterbrüchen von Juni bis September in Betrieb und führte zur Wiedergewinnung von 692 Tonnen Eisenschrott und 205 Tonnen Nicht-Eisen-Schrott (Alu und Buntmetalle). Damit wird ein wesentlicher Beitrag zum Metallrecycling geleistet und eine Auflage der kantonalen Baudirektion erfüllt.

Auf der Teiletappe 6.2 wird als Zwischennutzung eine Aufbereitungsanlage für Bauschutt betrieben. Die Anlage wurde von einer privaten Trägerschaft (WINREC) errichtet und steht seit September 2003 in Betrieb.

Das Vorhaben «Sanierung Rietberg» ist seit Mitte Januar 2005 in der Realisierungsphase. Für die neue Oberflächenabdeckung wurde die West- und Südflanke gerodet sowie mit den Materialab- und Auftragsarbeiten begonnen. Im südlich angrenzenden Gebiet wurden ausgedehnte Materialumschlags- und Zwischenlagerplätze



Böschungsaufbau West

erstellt, im Osten des Rietbergs die Gasleitung umgelegt und das Naturschutzgebiet «Weiher Riethof» umgestaltet und erweitert. Die Verhältnisse im Oberflächen- und Grundwasser werden im Hinblick auf die Auswirkungen der baulichen Eingriffe mit einem Baubanking überwacht.

Die Öffentlichkeit, die Betroffenen und die politisch Verantwortlichen wurden an diversen Veranstaltungen sowie schriftlich und über die Presse informiert. Ende Jahr wurde das Baugesuch für die Püntenareale Rietberg und Rietgraben fertig gestellt. Für die Planung der Grundwasser-massnahmen wurde die 2004 durchgeführte Untersuchungskampagne mit Aufgrabungen und Markierversuchen ausgewertet. Daraus resultierte die Konzeption Grundwasserschirm Teil West/Nord, die am 6. Dezember 2005 vom Stadtrat genehmigt wurde. Inzwischen ist das Projekt abgeschlossen und kann ins Bewilligungsverfahren gebracht werden.

Stadtentwässerung

Nachdem im Vorjahr der Generelle Entwässerungsplan (GEP) genehmigt wurde, werden die neuen Erkenntnisse bei der Planung neuer und zur Werterhaltung bestehender öffentlicher Kanäle berücksichtigt. Ebenso können gegenüber privaten Bauherren zuverlässige Angaben über Rückstauhöhen in der Kanalisation bei extremen Regenfällen gemacht werden.

Öffentliches Kanalisationsnetz und Liegenschaftsentwässerung

Im Berichtsjahr wurden im Rahmen der GEP-Umsetzung für detaillierte hydraulische Berechnungen verschiedener Art 11 Aufträge an das beauftragte Ingenieurbüro erteilt. Diese Ergebnisse erlauben eine korrekte Dimensionierung der zu ersetzenden oder zu vergrössern den Kanalisationsabschnitte.

Die Bereinigung der im Geografischen Informationssystem (GIS) erfassten öffentlichen Kanäle konnten durch die Mitarbeitenden im Berichtsjahr nicht endgültig abgeschlossen werden. Damit kann auch noch keine definitive Aussage über die genaue Gesamtlänge der öffentlichen Kanalisation gemacht werden. Durch Geomatiker des Vermessungsamtes wurde die systematische Erfassung von privaten Liegenschaftsentwässerungsleitungen fortgesetzt. Innerhalb der Periode wurden die Leitungen der Liegenschaften von der Brunnerstrasse bis zur Friedhofstrasse erfasst. Daneben nahmen eigene Mitarbeitende je nach Bedarf bei Werkleitungsprojekten private Entwässerungsanlagen und Strassenentwässerungsleitungen ins GIS auf. Im Berichtsjahr wurden total 263 km private Abwasserleitungen erfasst.

Mit Kanal-TV wurden im normalen Turnus rund 9 km Abwasserkanäle aufgenommen. Ein Teil davon waren grosse Kanäle, die dauernd viel Abwasser führen. Dies erforderte besondere Massnahmen wie Nacharbeit und Umlenkungen des Abwassers bei den Aufnahmen. Das Schwergewicht der Zustandsaufnahmen lag dieses Jahr bei eingedolten Bächen. Gut 4 km Abwasserkanäle wurden für Bau- oder Garantieabnahmen aufgenommen.

Der Abteilung Tiefbauten (ATB) wurden im Rahmen der Werterhaltung 9 Aufträge mit einer Gesamtlänge von 1280 m Kanalerneuerungen oder -vergrösserungen und 166 m Kanalsanierungen mit Inliner übergeben. Die ATB führte im selben Zeitraum 1331 m Kanalerneuerungen und 1280 m Kanalsanierungen aus.

Die Wärmegewinnungsanlage in der Überbauung Wässerwiesen funktioniert noch nicht. Das Problem liegt

auf der Bauherrenseite, resp. beim Maschinenteil. Eine zweite Anlage mit Wärmetauscherelementen in einem öffentlichen Kanal ist ebenfalls noch nicht in Betrieb, hier befinden sich die Hochbauten noch im Rohbau.

Im Rahmen der Prüfung von Baugesuchen wurden durch die Stadtentwässerung rund 70 Eigentümerinnen und Eigentümer aufgefordert, ihre privaten Entwässerungsanlagen mit Kanal-TV untersuchen zu lassen. Im Zusammenhang mit einer Vergrößerung zweier öffentlicher Kanäle im Tössfeld wurde erstmals von allen Anstösserinnen und Anstössern (54 Liegenschaften) zu ihren eigenen Lasten eine vollständige Zustandserfassung aller Schmutzwasser führenden Abwasserleitungen verlangt. Im Ortsteil Sennhof wurden Vorarbeiten geleistet, um im Rahmen der Elimination von Fremdwasser und Fehlanschlüssen (Trennsystem) in der Kanalisation sämtliche privaten Entwässerungsanlagen zu untersuchen. Diese Arbeiten wurden zum Teil mit externen Fachleuten ausgeführt. Die Beurteilung der Kanal-TV Aufnahmen und die Festlegung der notwendigen Massnahmen erfolgt aber durch die Stadtentwässerung.

Fachstelle Industrieabwasser

Die Schwerpunkte der Fachstelle Industrieabwasser bildeten im Berichtsjahr die Überwachung der abwasserrelevanten Garagenbetriebe sowie die Spülung der Abwasserleitungen von älteren Zahnarztpraxen.

Von 77 Garagen wurde das Abwasser bezüglich pH-Wert und Kohlenwasserstoffgehalt überprüft, dabei mussten neun Abwasserproben beanstandet werden. Mit Unterstützung der Fachstelle gelang es, zwei Betriebe, die seit längerem Probleme mit ihrem Abwasser hatten, in Ordnung zu bringen. In einer koordinierten Aktion mit einem Spülunternehmen wurden fast alle Zahnarztpraxen, deren Abwasserleitungen noch mit Amalgamresten kontaminiert waren, saniert. Die Zahnärzte der noch ausstehenden Praxen planen, ihre Tätigkeit in absehbarer Zeit aufzugeben.

Regelmässig durchgeführte Analysen betrafen den Klärschlamm aus der ARA (einmal in zwei Wochen), das Waschwasser der KVA (zweimal wöchentlich eine Mischprobe), das Sickerwasser aus der Deponie (eine Analyse

auf Schwermetalle und Anionen), das Sickerwasser aus der Anlage Harzach sowie dreimal im Jahr die Sielhautanalyse.

Ein Vorfall betraf eine Gewässerverschmutzung der Eulach mit Zusatzkonzentrat für WC-Spülwasser. Als Massnahme hat der verursachende Betrieb die Entwässerung auf seinem Areal verbessert. Der Verursacher einer starken Schaumbildung im Belüftungsbecken der ARA hat durch verfahrenstechnische Massnahmen eine Wiederholung praktisch ausgeschlossen.

Sonderabfallsammelstelle

Die Gesamtmenge der angenommenen Sonderabfälle blieb mit 189 t auf dem Niveau des Vorjahres (187 t). Die Annahmgebühren erhöhten sich von 125 000 Franken auf 130 000 Franken, abzüglich den Entsorgungskosten von 92 000 Franken bleibt ein Rest von 38 000 Franken. Aufgrund leicht gesunkener Entsorgungspreise ist diese Differenz um 16 % höher als im Vorjahr.

Bei der Stadtrümpelung ging die Kundschaft um 12 % zurück, die Menge um 16 %. In den meisten Haushalten sind die grossen Lager an Sonderabfällen geräumt und die abgegebenen Mengen pendeln sich wahrscheinlich auf einem Niveau von 5 bis 6 t pro Sammlung ein. Direkt angeliefert an die Sammelstelle Riet wurde 15,5 % von Privaten und 84,5 % von Industrie und Gewerbe.

Von den 189 t Sonderabfällen wurden 58,4 t (31 %) über die KVA entsorgt. 63,5 t (34 %) betraf Ofenwaschwasser von den Kaminfeuern, welches von einem Entsorgungsunternehmen chemisch aufgearbeitet wird. Weitere 11,8 t waren Altbatterien. Der Rest wurde ebenfalls über externe Betriebe meist im Hochtemperaturofen verbrannt.

Für die Partnerfirma Sovag wurden insgesamt 290 t Sonderabfall umgesetzt. Da es sich hauptsächlich um Anlieferungen in Fässern handelte, war der praktische Arbeitsanfall nicht gross, dagegen stieg der administrative Anteil.

Aufgrund der ungenügenden Auslastung, des tendenziellen Rückgangs von Privatanlieferungen sowie der unbefriedigenden Kostenstruktur hat der Stadtrat beschlossen, den Betrieb im 2006 zurückzufahren und per 31. Dezember 2006 zu schliessen.

Hochbau

Per 1. Oktober 2005 wurde die Hauptabteilung Hochbauten und Gebäudeunterhalt unter der Leitung von Samuel Schwitter zusammengelegt. Der langjährige Leiter der Hauptabteilung Hochbauten, Friedrich Keller, wurde Ende September 2005 pensioniert. Aufgrund der neuen Organisation wurden die Abläufe teilweise neu strukturiert und insgesamt 2,5 Stellen abgebaut.

Die Fertigstellung des Naturmuseums, die Festlegung des Flächenlayouts für das Museumsgebäude sowie der Baubeginn für das Schulhaus Sennhof und den Landwirtschaftsbetrieb Zell waren im Berichtsjahr die wichtigsten Ereignisse.

Mit zahlreichen Umbau- und Sanierungsprojekten gelang es, trotz den beschränkten finanziellen Mitteln, der Etat der städtischen Liegenschaften den aktuellen Nutzungen anzupassen und auch den Wert der Bausubstanz zu erhalten.

Zahlreiche Objekte wurden auf Grund der Vorlage für «Energieoptimierung für öffentliche Bauten» nachhaltig saniert oder umgebaut. Die Angaben der einzelnen Objekte sind im Bericht der Abteilung Hochbauten ersichtlich.

Stadtgestaltung

Im Berichtsjahr wurden mehr als 600 Baugesuche hinsichtlich städtebaulicher Einordnung und architektonischer Gestaltung beurteilt. Hinzu kam noch die Beurteilung von 20 Reklamegesuchen, von 45 Gesuchen für Fassadenrenovierungen sowie 120 Abnahmen von Material- und Farbkonzepten.

Erfreulich entwickelte sich im Berichtsjahr ebenfalls die Beratung von Bauwilligen vor der Eingabe eines Baugesuches.

Zu erwähnen ist auch die Mitarbeit an Gestaltungsplänen und Sonderbauvorschriften.

Für den Tiefbau erfolgten gestalterische Beratungen für diverse Platz- und Brückenbauten.

Fachgruppe Stadtgestaltung

Die Fachgruppe Stadtgestaltung hat 2003 als Nachfolgeorgan der Stadtbildkommission ihre Tätigkeit aufgenommen. Sie wird präsiert vom Stadtarchitekten und setzt sich aus den Architektinnen Katharina Knapkiewicz und Astrid Stauffer, den Architekten Werner Heim und Christian Sumi, dem Stadtplaner sowie dem Stadtgärtner zusammen. Die Fachgruppe hat vier Einzelbauten und zehn Arealüberbauungen nach architektonischen und städtebaulichen Gesichtspunkten geprüft und Empfehlungen zu Händen des Bauausschusses verfasst.

Abteilung Denkmalpflege

Renovierungen, Umbauten von Inventar- und Schutzobjekten von kommunaler Bedeutung sowie Neubauten in Kernzonen.

Die Zahl der zu bewältigenden Baugesuche betraf 147 neue Objekte, die zu betreuen und zu beurteilen waren, neben den bereits laufenden, den Voranfragen und Unterschutzstellungen. In 27 Fällen war die Erstellung eines Gutachtens oder einer Schutzabklärung erforderlich. Zu den arbeitsintensivsten Projekten gehörte die Inventarüberarbeitung, die im Geschäftsjahr abgeschlossen wurde und dem Stadtrat 2006 vorgelegt wird.

Folgende grössere Umbau-, Renovations- und Neubau-Projekte wurden in diesem Jahr begleitet:

Altstadt:

- Marktgasse 15. Fassadensanierung.
- Marktgasse 40. Sanierung der barocken Stuckaturen und Deckengemälde. Abschluss der inneren Sanierungsarbeiten.
- Marktgasse 50. Fassadenrenovation.
- Marktgasse 72. Umbau Geschäftshaus.
- Metzggasse 3. Umbau historisches Wohn- und Geschäftshaus.
- Metzggasse 5. Fassadenrenovation, Erneuerung Fenster.
- Oberer Graben 2. Umbau Ladengeschoss zwecks Einbau von Büroräumen.
- Obere Kirchgasse 12. Fassadenerneuerung mit Sumpfkalkverputz.
- Obergasse 20. Fassadensanierung und neue Fassung.
- Stadthausstrasse 145. Innere Umbauarbeiten.
- Steinberggasse 1–5. Begleitung der archäologischen Untersuchungen.
- Steinberggasse 65. Umbau Erdgeschosses zu Restaurant.
- Steinberggasse 26. Fassaden- und Dachsanierung, Umbau Keller zu Gaststätte.
- Technikumstrasse 30. Umbau Obergeschoss und Fassadensanierung.
- Technikumstrasse 40. Ausbau Dachgeschoss und Umbau 3. Obergeschoss.
- Untere Kirchgasse 3, «Zu den drei Blumen». Abschluss der Umbau- und Renovationsarbeiten.
- Untertor 3. Innere Umbauten, Fassadenanpassungen.
- Untertor 18. Änderung der Schaufensteranlage und innere Umbauten.
- Untertor 29–31. Verbindung der Geschäftsräume Untertor 29/31. Innere Umbauten.

Übriges Stadtgebiet

- Ausserdorfstrasse 4–6. Projektierung, Neubau in der Kernzone.
- Ausserdorfstrasse 15. Projektierung, innere Umbauten und Ausbau Dachgeschoss.
- Bachtelstrasse 48. Umbau Wohnhaus und Ausbau Dachgeschoss
- Bachtelstrasse 104. Fassadensanierung historisches Wohnhaus.
- Bäumlstrasse 2. Umbau und Renovierung eines Kleinwohnhauses in der Kernzone Oberwinterthur.
- Birchwaldstrasse 22. Ausbau des Dachgeschosses und innere Umbauten eines Wohnhauses in der Kernzone Hegi.
- Brühlbergstrasse 35. Innere Umbauten und Dachausbau.
- Brühlbergstrasse 49. Projektierung Balkonanbau und innere Umbauten.
- Dättnauerstrasse 115–124. Projektierung Überbauung.
- Dorfstrasse 3. Umbauten und Renovation.
- Dättnauerstrasse 26. Projektierung Umnutzung und Erweiterungsbau.
- Emil Klöti-Strasse 31. Projektierung innere Umbauten.
- Gottfried Keller-Strasse 67. Historisches Wohnhaus erbaut vom Architekten Ernst Haggenmacher. Die Restaurierung und Modernisierung wurde im Berichtsjahr abgeschlossen (vgl. dazu den Beitrag im Jahrbuch der Stadt Winterthur 2005).
- Gottfried Keller-Strasse 75. Umbau und Renovation Etagenwohnhaus (1892/93 durch das Architekturbüro Jung&Bridler im Stile einer Neurenaissance-Villa erbaut).



*Villa Gottfried Kellerstrasse 67, nach der Renovation.
Nordfassade mit Liftschacht-Anbau in Backstein.*



*Villa Gottfried Kellerstrasse 67, nach der Renovation.
Südfassade gegen den Garten mit Balkonanbau an der Ostfassade.*



Villa Gottfried Kellerstrasse 67, nach der Renovation innen.

- Haldenstrasse 69. Ehemalige Flaschenabfüllerei der Brauerei Haldengut; Umbau zwecks Erweiterung der Büroräumlichkeiten.
- Haldenstrasse 83. Renovation des «Haldenberg». Direkt neben der Brauerei wurde 1921 das Wohnhaus für die Familie Schoellhorn durch die Architekten Rittmeyer & Furrer in neoklassizistischem Stile erbaut.
- Hegelfeldstrasse 6. Umnutzung der westlichen Scheune in eine Wohnung. Umbauprojekt unter Erhalt des äusseren Erscheinungsbildes sowie der Baustuktur.
- Hegistrasse 35c. Umnutzungskonzept für die ursprünglich durch den Architekten A. Kellermüller errichtete Oblichthalle der ehemaligen Feilenfabrik R. Schwarz.
- Heiligbergstrasse 25. Fassadenrenovation und Dachsanierung.
- Helmweg 9. Fassadenrenovation.
- Hohlandstrasse 2/Römerstrasse 185. Dachstuhl- ausbau mit Lukarnen und Aussentreppe.
- Jonas Furrer-Strasse 122. Fassadenrenovation.
- Kehlhofstrasse 20. Neubau Wohnhaus in der Kernzone Hegi.
- Köhlbergstrasse 2. Fassadenrenovation.
- Leimeneggstrasse 27. Innenrenovation und Nasszellenmodernisierung des von Herman Siegrist erstellten Reihenhauses von 1932.
- Lindenplatz 24. Dachgeschossausbau und neue Dachaufbauten in der Kernzone Wülflingen.
- Lindstrasse 16. Villa Lindeneck erbaut 1895/96 für den Bauherrn Fritz Schoellhorn-Sträuli. Im Hinblick auf einen bevorstehenden Verkauf wurde zuhanden der Eigentümerschaft ein Anforderungskatalog erstellt.
- Malzstrasse 3. Fassadenrenovation und Instandstellung der Balkonlaube.
- Mettlenstrasse 22. Umbau zwecks Einbau von Wohnraum im ehemaligen Scheunenteil.
- Mettlenstrasse 26. Fassadenrenovation.
- Mulchlingerstrasse 9. Umbau des bestehenden Bauernhauses im Berichtsjahr abgeschlossen.
- Mulchlingerstrasse 10. Ersatzbau in der Weilerzone Mulchlingen im Berichtsjahr abgeschlossen.
- Museumstrasse 56. Villa Sträuli erbaut 1908 durch das Büro Bridler und Völki. Innere Umbauarbeiten und Ausbau Dachgeschoss.
- Neustadtgasse 19 und 21. Begleitung Vorprojekt für Umbau der beiden Altstadt Häuser.
- Obere Hohlgasse 4. Fassadenrenovation.
- Obere Hohlgasse 11. Umbau und Renovierung der ehemaligen Stallscheune in der Kernzone Oberwinterthur. Einbau einer Wohnung mit Gewerberaum.
- Pflanzschulstrasse 17. Innere Umbauten, Erschliessung Dachgeschoss.
- Püntenstrasse 4. Projektierung Balkonanbau sowie Lukarnenaufbau.
- Püntenbergweg 11, bei. Für das bestehende Wohnhaus und die anschliessende Parzelle wurden verschiedene Neubauprojekte geprüft.
- Rätterschenstrasse 3. Umbauprojekt für Wagenremise in Werkstatt mit Einliegerwohnung.
- Reismühleweg 75 Anforderungskatalog zuhanden der Eigentümerschaft im Hinblick auf einen bevorstehenden Verkauf.
- Reutlingerstrasse 74. Ersatz- und Neubauprojekt für drei Mehrfamilienhäuser in der Kernzone Reutlingen.
- Reutlingerstrasse 98. Umbau des ehemaligen Scheunenteils zu Wohnraum.
- Rossbergstrasse 48. Projektierung Ersatzbauten Unterhof und Umbauten.
- Römerstrasse 223. Projektierung für Gartenausgang.
- St. Georgenstrasse 46. Fassadenrenovation, Wiederherstellung Eingangsüberdachung sowie Neuerrichtung von Dachgauben.



Wohn- und Geschäftshaus St. Gallerstrasse 18, nach der Renovation.

- St. Georgenstrasse 53a, Kindergarten Inner Lind. 1876 von Ernst Jung erbaut. Bei der Kindergartenanlage mit Unterrichtsgebäude, Gartenanlage und Spielhalle im Freien handelt es sich wahrscheinlich um die erste in der Schweiz als Kindergarten erstellte Anlage nach den pädagogischen Grundsätzen von Fröbel, dem Begründer der Kindergartenidee. Der Kindergarten wird derzeit den neusten pädagogischen Anforderungen angepasst. Das Konzept nimmt auf die intakten historischen Strukturen und Ausstattungen Rücksicht. Ausserdem wurde die ursprüngliche Farbigkeit untersucht und dem neuen Farbkonzept zu Grunde gelegt.
- St. Gallerstrasse 18. Renovierung und Umbau des Centro Parrocchiale S. Francesco. Die Renovierung wurde im Berichtsjahr abgeschlossen. (vgl. dazu den Beitrag im Jahrbuch der Stadt Winterthur 2005).
- Schlosshofstrasse. Gallitrotte. Sanierung der Dach- und Holzkonstruktion.
- Schlossschürstrasse. Projektbeurteilung für den Neubau eines Mehrfamilienwohnhauses in der Kernzone Hegi.
- Stadthausstrasse 8b. Restaurant «Rheinfels». Aufgrund der Verpachtung an einen neuen Betreiber waren Anpassungen an der Innenausstattung erforderlich. Der repräsentative Speisesaal aus den 1890er-Jahren wurde von einer Restauratorin im Hinblick auf die ursprüngliche Farbgebung untersucht. Das Täfer, die Pilaster und die Decke wurden in den originalen Farbtönen neu gestrichen. Die Wandflächen über dem Täfer erhielten einen neuen Farbton, der zum historischen Farbkonzept passt. In einer Ecke des Saals wurde als «Fenster» in die Vergangenheit eine Partie der ursprünglichen Bemalung der Wandflächen freigelegt.
- Sulzer-Areal, Stadtmitte. Halle 53. Mitarbeit in der Jury zum Studienwettbewerb über eine künftige Nutzung der Halle 53.
- Sulzer-Areal, Stadtmitte. Gebäude 87. Erarbeitung eines Schutzkataloges und der denkmalpflegerischen Anforderungen im Rahmen einer Nutzungsstudie.
- Sulzer-Areal, Stadtmitte, Bereich II. Mitarbeit in der Jury zum Studienwettbewerb über eine künftige Umnutzung des Bereichs II.
- Talackerstrasse 107/109. Ehemaliges Arbeiterhaus des SBB. Umbau, Modernisierung und Balkonanbauten.
- Tellstrasse 15. Sanierung Dach.
- Tösstalstrasse 254. Fassadenrenovation.
- Unterdorfstrasse 5. Dachgeschossausbau und kleinere Fassadenveränderungen.
- Obere Hohlgrasse 15. Umbauprojekt. Gutachten zur Klärung der schutzwürdigen Bausubstanz.
- Untere Hohlgrasse 19. Projektbegleitung für Umbau und Instandstellung eines Bauernhausteils in der Kernzone Oberwinterthur.
- Untere Hohlgrasse 27. Fassadenrenovation.
- Wartstrasse 20. Umbau des Gebäudes und Ausbau des Dachgeschosses.
- Weinbergstrasse 55. Innere Umbauarbeiten, Fassadenänderungen.
- Werdstrasse 7. Umbau des ehemaligen Bauernhauses in der Kernzone Seen im Berichtsjahr abgeschlossen.
- Wieshofstrasse 31–33. Projektierung Neubauten in Kernzone
- Wülflingerstrasse 239, ehemalige Gemeindeverwaltung und Post. Umbau und Renovation. Wiederherstellung der ursprünglichen Farbigkeit an der Fassade.
- Zinzikerweg 1. Projektierung Verandaanbau und innere Umbauten.
- Zürcherstrasse 19. Innere Umbauarbeiten.
- Zürcherstrasse. Halle 1056. Projektierung Einkaufszentrum
- Zürcherstrasse. Halle 87. Projektierung Umbau
- Weinbergstrasse 51. Sanierung Fassade und Dach. Erweiterung Gartenhaus.

Fachgruppe Denkmalpflege

Die Fachgruppe Denkmalpflege hat im Jahr 2005 insgesamt sieben grössere Bauvorhaben und Schutzabklärungen im Hinblick auf die denkmalpflegerischen Zielsetzungen geprüft und gewürdigt sowie Empfehlungen zu Händen des Bauausschusses der Stadt Winterthur abgegeben.

Unterschutzstellungen

Insgesamt wurden im Berichtsjahr 8 Bauten mit Verträgen oder Verfügungen als Kulturdenkmäler von kommunaler Bedeutung unter Schutz gestellt:

- Ibergstrasse 129. Bauernhaus um 1800. Schutzvertrag.
- Neustadtgasse 19 und 21. Wohn- und Geschäftshäuser in der Altstadt. 18. Jh. Schutzverfügung.
- Klosterstrasse 16, 18; Schlosstalstrasse 43. Kleinkraftwerke Ober- und Niedertöss. Schutzvertrag.
- Metzggasse 3. Wohn- und Geschäftshaus in der Altstadt, 17. Jh. Schutzvertrag.
- Oberdorfstrasse 53/55, Wülflingerstrasse 232. Bauernhaus 17. Jh., Schutzvertrag.
- Tösstalstrasse 15. Bauernhaus von 1837. Schutzvertrag.
- Untere Hohlgrasse 17. Bauernhaus 17. Jh. Schutzvertrag.

Inventarüberarbeitung

Die Inventarüberarbeitung wurde abgeschlossen. Sie wird derzeit im Rahmen einer internen Vernehmlassung von den Departementen geprüft und soll im Frühjahr 2006 dem Stadtrat zur Beschlussfassung vorgelegt werden.

Öffentlichkeitsarbeit

Der Europäische Tag des Denkmals 2005 war Hegi gewidmet und wurde gemeinsam mit der Kantonsarchäologie, dem Ortsverein Hegi und dem Verein «Säge Reismühle» organisiert und durchgeführt. Insgesamt wurden 1300 Besucherinnen und Besucher gezählt. Zur Besichtigung offen standen das Schloss Hegi, das Bauernhaus Gernstrasse 20, die ehemalige Dorfmuhle sowie Neu- und Ersatzbauten an der Gernstrasse. Der Verein «Säge Reismühle» führte einen Schaubetrieb in der Sägerei an der Reismühlestrasse 37 durch. Ausserdem gab es Führungen



Tag des Denkmals 2005 in Hegi: Der Verein «Säge Reismühle» demonstrierte die Funktion der wasserradbetriebenen Säge am Reismühleweg.



Tag des Denkmals 2005 in Hegi: Führung im Bauernhaus an der Gernstrasse 22.

zur Ortsgeschichte und zur Typologie der Bauernhäuser in Hegi. Die Veranstaltungen fanden beim Publikum grosses Interesse und Anklang.

Die Mittagsführungen von April bis September waren Winterthurer Bauernhäusern gewidmet. Wegen des grossen Interesses (etwa 200 Gäste) mussten die Führungen wiederum doppelt geführt werden.

Zivildienstleistende

Die Einarbeitung der Inventardaten in die Datenbank, die Aufnahme und Einarbeitung von Fotografien für die Inventardatenbank sowie die Erstellung des Layouts der Zeitung zum Tag des Denkmals wurde von Zivildienstleistenden gemacht. Dadurch ergaben sich massive Kosteneinsparungen.

Hochbauten

Der Zürcher Index der Wohnbaukosten (der im Raum Winterthur für Vergleichsrechnungen beigezogen wird), hat sich in den vergangenen Jahren bis April 2005 wie folgt entwickelt:

Indexstand	1.4.1998	100,0 Punkte	
	1.4.1999	101,3 Punkte	(Erhöhung der MWSt um 0,1% per 1.1.99)
	1.4.2000	105,1 Punkte	
	1.4.2001	110,1 Punkte	
	1.4.2002	110,0 Punkte	
	1.4.2003	106,6 Punkte	
	1.4.2004	107,6 Punkte	
	1.4.2005	110,2 Punkte	

Dieser Index wird seit 1999 nur noch einmal jährlich erhoben. Mit dem Index per 1. April werden die Änderungen des Jahreswechsels erfasst, die in der Regel wesentlicher als die Preisbewegungen in der Jahresmitte sind. Der Oktober-Index, der die Veränderungen der Jahresmitte erfasste, entfällt.

Auf Ende September wurde Friedrich Keller, der langjährige Leiter der Abteilung Hochbauten, pensioniert. Auf die Wiederbesetzung dieser Stelle wurde gemäss dem Resultat des Reorganisationsprozesses Hochbau verzichtet. Die beiden Abteilungen Hochbauten und Gebäudeunterhalt wurden, unter der Leitung von Samuel Schwitter, per 1. Oktober 2005 zusammengelegt.

Fertig gestellte Um- und Neubauten

Erweiterung Schulhaus Laubegg, Dätttau

Der Baukredit wurde im Oktober 2004 durch den GGR bewilligt. Die Bauarbeiten sind nahezu abgeschlossen. Die Räumlichkeiten konnten Ende Jahr bezogen werden.

Frei- und Hallenbad Geiselweid, Sanierung Restaurant

Die Bauarbeiten konnten termingerecht abgeschlossen werden.



Erweiterung Schulhaus Laubegg, Nordostfassade



Erweiterung Schulhaus Laubegg, Südwestfassade



Landwirtschaftsbetrieb Ifang, Zell

TMZ Oberwinterthur, Innere Sanierungsarbeiten

In einem ersten Schritt konnten die ersten 4 Klassenzimmer im Erdgeschoss als Provisoriumslösung dem Departement Schule und Sport zur Verfügung gestellt werden.

Laufende Bauten

Landwirtschaftsbetrieb Zell (Städt. Werke), Neubau

Nach dem zustimmenden Volksentscheid vom 23. Januar 2005 konnten die Bauarbeiten in Angriff genommen werden.

Schulhaus Sennhof

Die Baugesuchsunterlagen wurden im Herbst 2005 dem Baupolizeiamt eingegeben. Die Ausführungsplanung ist soweit vorangetrieben, dass mit den Bauarbeiten im Frühjahr 2006 begonnen werden kann.

Projektierungen

Erweiterung CP-Schule (Maurerschule)

Ende Jahr lagen das bereinigte Projekt und der Kostenvoranschlag vor und wurden durch den Stadtrat genehmigt. Nach der Behandlung im Grossen Gemeinderat soll das Projekt im Juni 2006 dem Volk vorgelegt werden.

Neubau und Sanierung Schulhaus Feld, Veltheim

Das Resultat aus dem Projektwettbewerb wurde weiter bearbeitet. Ebenfalls wurde das Vorprojekt für die Sanierung der bestehenden Bauten vorangetrieben.

TMZ Oberwinterthur, Umbau

In einem zweiten Schritt sollen nun die restlichen vier Klassenzimmer im Erdgeschoss als Provisoriumslösung für das Departement Schule und Sport bereitgestellt werden.

Freibad Geiselweid, Neubau und Sanierung

In diesem Jahr konnten in der Projektarbeitsgruppe entscheidende Weichen gestellt werden. Das Vorprojekt soll im Frühjahr 2006 dem Stadtrat vorgelegt werden. Anschliessend muss das Projekt mit detailliertem Kostenvoranschlag ausgearbeitet werden.

Schulhaus Wallrüti, Gesamtsanierung

Das Sanierungsprojekt konnte im Berichtsjahr ausgearbeitet werden. Anfang 2006 soll die Projekt- und Kreditgenehmigung durch den Stadtrat erfolgen. Die Sanierung der schadhafte Fassaden ist mit minimalem Aufwand auszuführen.

Die Werterhaltung und die Anpassung an zeitgemässe Nutzungen der städtischen Liegenschaften ist eine Hauptaufgabe der Abteilung Hochbauten. Die arbeitsintensive Begleitung von Sanierungs- und Unterhaltsprojekten verlangt ein umfangreiches fach- und bautechnisches Wissen.

Die knappen Finanzen zwingen alle Beteiligten, ihre Bedürfnisse genau zu hinterfragen und dann konsequent Prioritäten zu setzen.

Nachhaltigkeit

Im Berichtsjahr wurden vier Flachdächer nach den Minergiewerten für Einzelbauteile saniert. Ebenfalls verbesserte man in anderen Liegenschaften den Energieverbrauch durch das Einbringen von Dämmungen im Dachbereich. Für zwei grössere Schulanlagen, bei denen eine Sanierung der Gebäudehülle anstehen, wurden Zustandsanalysen der Gebäudehülle in Auftrag gegeben. Diese ergaben, dass mit den Dämmungen im Dachbereich und den Kellerdecken sowie dem Ersatz der sanierungsbedürftigen Bauteile mit entsprechendem Wärmeschutz (Fenster, Türen), die Minergieanforderungen an die Gebäudehülle grösstenteils erreicht werden kann. Der Energieverbrauch kann damit zwischen einem Drittel bis zur Hälfte reduziert werden.

Die Dachsanierung des Schulhauses Heiligberg wurde erfolgreich abgeschlossen: Die auf Veränderungen sensiblen Fledermäuse kamen nach der Sanierung des Daches zurück in ihre Wochenstube. Im Dachstock dieses Schulhauses befindet sich die grösste der acht geschützten Fledermaus-Wochenstuben im Kanton Zürich.

Fertig gestellte Projekte

- Natur- und Kunstmuseum. Einrichten Ausstellung Naturmuseum
- Freizeitanlage Hölderli. Sanierung Küche
- Stadttheater. Ersatz der Audio-, Inspizienten- und Audioanlage
- Schiessanlage Ohrbühl. Ersatz Trefferanzeige und Flachdachsanieierung
- Gusslistrasse 30. Wiederaufbau Schallschutzwand
- MZA Teuchelweiher. Sofortmassnahmen Schallschutz
- Restaurant Rheinfels. Innere Umbauten
- Museumstrasse 54. Lifteinbau
- Städtische Liegenschaften. Sicherheitsmassnahmen Soziale Dienste und Betriebsämter
- Schulhaus Heiligberg. Dach- und Fassadensanierung. Nachhaltigkeit: Fledermausschutz und Verbesserung der Deckendämmung
- Schulhaus Heiligberg. Umbau Schulküche
- Schwimmbad Wülflingen. Beckensanierung
- Schwimmbad Töss. Ersatz Kinderplanschbecken
- Kindergarten im Grüntal. Flachdachsanieierung. Nachhaltigkeit: Dämmung nach den Minergiewerten für Einzelbauteile
- Turnhalle Rychenberg. Deckensanierung
- Schulhaus Wülflingerstrasse. Flachdachsanieierung. Nachhaltigkeit: Dämmung nach den Minergiewerten für Einzelbauteile
- Wartstrasse 40/42, Heilsarmee Wohnhäuser. Innere Umbauten



Stadthaus: Fassadenrenovation

- Sunnehus, Temporär- und Altersheim. Flachdachsanierung. Nachhaltigkeit: Dämmung nach den Minergiewerten für Einzelbauteile
- Brühlgut-Stiftung. Ersatz Aufzugsanlage

Laufende Projekte

- Freizeitanlage Gutschick. Sanierung Küche
- Stadthaus. Fassadenrenovation
- Königshof. Rekonstruktion Dekorationsmalerei im Treppenhaus
- Heiligbergstrasse 25. Sanierung Dach und Aussenfassade
- Unterer Graben. Sicherheitsmassnahmen in der AHV Zweigstelle
- Restaurant Schlosshalde. Innere Umbauten
- Alte Schiessanlage am Schützenweiher. Altlastensanierung
- Schiessanlage Ohrbühl. Ersatz Trefferanzeige 300 m Anlage
- Salzhaus. Energietechnische Massnahmen und Fassadensanierung
- Alte Bibliothek Wülflingen. Aussenrenovation und innere Umbauten
- Städtische Liegenschaften. Sicherheitsmassnahmen Stadtpolizei
- Turnhalle Bühlhofstrasse. Flachdachsanieung
- Schulhaus Heiligberg. Turnhallensanierung
- Kindergarten Inneres Lind. Gesamtrenovation
- Kindergarten Neuwiesen. Einbau zusätzliche Abteilung im OG/DG
- Kindergarten Emil Klöti . Gesamtsanierung
- Schulhaus Rychenberg. Sanierung Singsaal
- Schulhaus Hohfurri. Sanierung Nordwestfassade
- Schulhaus St. Georgen. Sanierung Schulküche und Zeichnungszimmer
- Schulhaus Hegifeld. Flachdachsanieung. Nachhaltigkeit: Dämmung nach den Minergiewerten für Einzelbauteile
- Sportanlage Deutweg. Energietechnische Sanierung Tribünengebäude

Projekte in Vorbereitung

- Museumsgebäude. Brandschutz Bibliothek und Infrastrukturverbesserungen
- Schiessanlage Wülflingen. LSV-Sanierung
- MZA Teuchelweiher. Weitere Schallschutzmassnahmen

- Gotzenwilerstrasse 32. Sanierung Küche und Dusche
- Obertor 32. Ersatz Aufzugsanlage
- Obertor 13 – 17. Parkplätze für Fahrzeuge
- Hochwachtstrasse 20. Infrastrukturelle Anpassungen
- Schulhaus Heiligberg. Sanierung Werkstätten
- Schulhaus Geiselweid. Sanierung Werkstätten
- Schulhaus Schachen. Fassadensanierung.
- Nachhaltigkeit: Zustandsanalysen der Gebäudehülle
- Schulhaus Schönengrund. Fassadensanierung.
- Nachhaltigkeit: Zustandsanalysen der Gebäudehülle
- Schulhaus Iberg. Kanalisations- und Stützmauersanierung
- Schulhaus Langwiesen. Sanierung Turnhallenböden
- Schulhaus Langwiesen. Flachdachsanieung
- Freibad Wolfensberg. Betonsanierung
- Kindergarten Wingertli. Flachdachsanieung
- Altersheim «Rosental». Flachdachsanieung

Fachstelle Haustechnik

Laufende Aufgaben

Betreuung der heizungs-/lüftungs- und maschinentechnischen Anlagen von rund 650 städtischen Gebäuden. Im Berichtsjahr wurden über den Pikettdienst ausserhalb der Arbeitszeit 43 Störungen behoben.

Erstellen von Kostenvoranschlägen für die Sanierung von Haustechnikanlagen diverser Objekte.

Fachbegleitung in Bezug auf die gesamten Haustechnikbelange bei allen Projekten der Abteilungen Hochbauten und Gebäudeunterhalt.

Heizkostenabrechnungen inkl. Kontoführung folgender Fernheizungen (Wärmeverbund):

- IVZ Brühlgut
- AH Neumarkt
- Gewerbe- und Uhrenmuseum

Fertig gestellte und laufende Projekte

Zur Erfüllung der Luftreinhalteverordnung (LRV) wurden folgende Heizungssanierungen ausgeführt:

- Gärtnerei Rosenberg (Vernetzung mit Krematorium)
- Freizeitanlage Holzlegistrasse 40
- Restaurant Schloss Wülflingen
- Untere Vogelsangstrasse 2/4
- Kindergarten Hinterdorfstrasse 37
- Kindergarten Wässerwiesen
- Kindergarten Unterwegli

Für die Realisierung im Jahre 2006 sind die folgenden Sanierungen projektiert:

- Gärtnerei Büel, Heizungssanierung (LRV)
- Sportanlage Schützenwiese, Heizungssanierung (LRV)
- IVZ Brühlgut. Umbau / Aufstockung
- IDW Rechenzenter. Teilersatz Klimaanlage
- Restaurant Goldenberg. Ersatz der Lüftungsanlage
- HPS Michaelschule / Heizungssanierung (LRV)
- HPS Michaelschule. Badtechnik; Anpassungen Badwasseraufbereitung / Hubbodenanlage
- Museum Lindengut. Heizung; Anpassungen
- Schulhaus Gutenbergstrasse 11, Heizungssanierung (LRV)
- Turnhalle Schulhaus Ausserdorf. Ersatz Wassererwärmer
- Kindergarten Neuwiesen (LRV)
- Einfamilienhaus Pfaffenwiesenweg 85, Heizungssanierung (LRV)

- Mehrfamilienhaus obere Hohlgasse 6, Heizungs-sanierung (LRV)
- Mehrfamilienhaus Walkestrasse 4, Heizungssanierung (LRV)
- Einfamilienhaus Frauenfelderstrasse 45, Heizungs-sanierung (LRV)
- Restaurant Frohsinn Eidberg, Heizungssanierung (LRV)

Folgende haustechnische Anlagen wurden in Zusammenarbeit mit der Abteilung Hochbauten saniert:

- Restaurant Zum Strauss. Ersatz der Kälteanlage mit WRG
- Restaurant Schlosshalde Mörsburg. Div. Anpassungen an der Haustechnik (HLKSE)
- IDW Rechenzentrum. Ersatz eines Kältekompressors der Klimaanlage
- Sportplatz Deutweg «Tribüne». Heizung; Erweiterung Benutzungsteil 3
- MSW-Winterthur, Informatik. Raumkühlung Server-Raum
- Schulhaus Tägemoos. Ersatz Fortluftanlagen
- Schulhaus Hegfeld. Anpassung Holzschnitzelheizung
- HPS Michaelschule. Badtechnik; Ersatz Desinfektionsanlage
- Schiessanlage im Ohrbühl. Einbau Lüftungsanlage Restaurant / Aufenthaltsraum
- Museum Oskar Reinhart am Stadtgarten. Ersatz Dampfbefeuchtung in der Klimaanlage
- Bürogebäude Departement Schule und Sport. Raumkühlung
- Pachtbetrieb Felsenhof
- Schulhaus Heiligberg. Sanierung Schulküche
- Städtische Werke Schöntal. Büroumbauten; Änderung Lüftung
- Freizeitanlage / Schulhaus Dättlau. Änderung Wasseranschluss
- Schulhaus Hohfurri. Thermostatventile
- Restaurant Rheinfels. Umbau, Änderung Lüftung
- Theater am Stadtgarten. Änderung Klimaanlage (Ton / Regie)
- Schulhaus Feld. Umbau / Neubau

Folgende Objekte der Abteilung Hochbauten wurden fachtechnisch begleiten:

- Naturmuseum
- HPS Michaelschule, Erweiterung
- Schulhaus Sennhof
- Schulhaus Dättlau (Erweiterungsbau)
- Krematorium
- Schulhaus Feld (Erweiterungsbau)

Vermessungsamt*

Lehrlingsausbildung

Im Berichtsjahr haben 16 am Beruf des Geomatikers interessierte Jugendliche eine zweitägige Schnupperlehre im Vermessungsamt absolviert. Für das Lehrjahr 06/07 wurde ein Lehrling angestellt. Weil im Jahr 2002 auf das Lehrjahr 03/04 ausnahmsweise zwei Lehrlinge angestellt wurden, wird die Zahl der Lehrverhältnisse im Lehrjahr 06/07 somit vorübergehend auf fünf steigen.

* Das Vermessungsamt ist eine Pilotorganisation der «Wirkungsorientierten Verwaltung (WOV)». Die ausführliche Berichterstattung erfolgt im Rahmen dieses Projektes in separater Form.

Strassenbenennung

Seit dem 1. Juni 2005 ist das Vermessungsamt federführend für die Anträge an den Stadtrat betreffend Strassenbenennung. In dieser Zeit wurden folgende Benennungen vorgenommen: Dellerrain, Zeinenweg, Wuhrweg, Kastellweg.

Kundschaftsbefragung 2005

Die zwischen dem 15. August 2005 und 18. November 2005 durchgeführte Kundschaftsbefragung ergab eine Kundenzufriedenheit von 94 % (Anteil der Antworten «sehr zufrieden» und «zufrieden» an der Gesamtzahl aller Antworten). Erfreulich ist auch der mit 151 beantworteten Fragebogen sehr gute Rücklauf.

Insbesondere gab das Kosten/Nutzen-Verhältnis der vermessungstechnischen Dienstleistungen zu Unzufriedenheit Anlass. Dies ist weniger auf die Höhe der Rechnung als auf die fixen Tarife für Akkord- und Regiearbeiten sowie die teilweise hoheitlichen Aufgaben des Vermessungsamtes zurückzuführen. Gerade hier ist aber der Handlungsspielraum des Vermessungsamtes begrenzt. Bereits seit einiger Zeit werden Kleinbauten zu einem vom kantonalen Tarif abweichenden stark reduzierten Pauschaltarif abgerechnet. Bei den nach Regie abgerechneten Bauvermessungsaufträgen konnten in den letzten Jahren dank dem Geografischen Informationssystem wesentliche Effizienzgewinne erzielt werden. Dies führte bereits zu Kosteneinsparungen für die Bauherrenschaften (weniger Regiestunden). Das Vermessungsamt überzeugt mit der hohen Qualität seiner Dienstleistungen. Die Kundschaft attestiert eine 97-prozentige Zufriedenheit.

Unzufriedenheiten sind im Bereich der Gebäudeadressierung (7 %) sowie betreffend der Reaktionszeit (5 %) festzustellen. Diesbezügliche Abklärungen sind im Gange. Nachvollziehbar ist die fünfprozentige Unzufriedenheit mit dem Internet-Auftritt. Verbesserungen sind in Planung.

Die Leistungen des Vermessungsamtes sind in drei Produkte aufgeteilt:

Produkt 1: Vermessungsaufträge

Geschäftsgang

Trotz anhaltend starker Bautätigkeit war im Berichtsjahr gegenüber dem Vorjahr in den Bereichen der Bau- und Ingenieurvermessung sowie der amtlichen Vermessung (Grenzmutationen, Situationsnachführungen) eine Abnahme des Auftragsvolumens um 6 % zu verzeichnen. Dies nach drei Jahren der Zunahme.

Für das noch immer gute Geschäftsergebnis sind in erster Linie zahlreiche kleinere und mittlere Bauvorhaben verantwortlich. Die nachfolgend aufgeführten Beispiele veranschaulichen das Spektrum der im Jahr 2005 ausgeführten Vermessungsaufträge.

Im Zusammenhang mit der Aussenrenovation des Stadthauses mussten Teile der Sandsteinsäulen beim Hauptportal herausgelöst und wieder eingesetzt werden. Die Bauwerksüberwachung sowie das Einweisen der neuen Säulenteile erforderte grösste vermessungstechnische Präzision. Diese Arbeiten wurden in enger Zusammenarbeit mit den Restauratoren, den Hebe- und Pressspezialisten und den Transportunternehmen geplant und ausgeführt.

Im Sommer 2005 wurde der Quartierplan Maienried rechtskräftig. Gestützt auf die Mutationsurkunden der amtlichen Vermessung sind die neuen Grundstücke im Grundbuch eingetragen. Bauvorhaben können nun aus- gelöst werden.

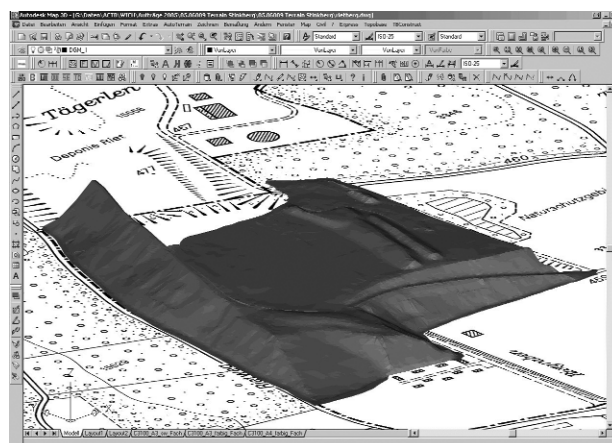


Bauwerksüberwachung an den Säulen des Stadthauses

Für eine Strassenbauunternehmung wurden an der Riedhofstrasse auf einer Länge von 500 Metern Querprofile abgesteckt. Die Kombination der terrestrischen mit der satellitengestützten Vermessungsmethode erlaubte auf der viel befahrenen Strasse einen effizienten und sicheren Arbeitsablauf.

In der Deponie Riet waren bereits die Bagger aufgefah- ren, als innert kürzester Frist zur Sicherstellung des Aus- gangszustandes eine Terrainaufnahme durchgeführt wer- den durfte. Mit zwei gleichzeitig messenden Feldequipen wurden in steilem Terrain zügig mehr als 4000 Gelände- punkte in Lage und Höhe eingemessen und daraus ein digitales Terrainmodell erstellt. Nach Abschluss der Erdarbeiten wird das Terrainmodell neu bestimmt, um anschliessend aus der Differenz der beiden Modelle die Kubaturen der vorgenommenen Erdbewegungen zu er- rechnen.

Unterstützend hat das Vermessungsamt bei folgenden Bauvorhaben mitgewirkt: M-Park Grüze, Wohnüberbau- ung Tägelmooos, Überbauung im Schlosstal sowie ver- schiedene Grossprojekte am Rychenberg.

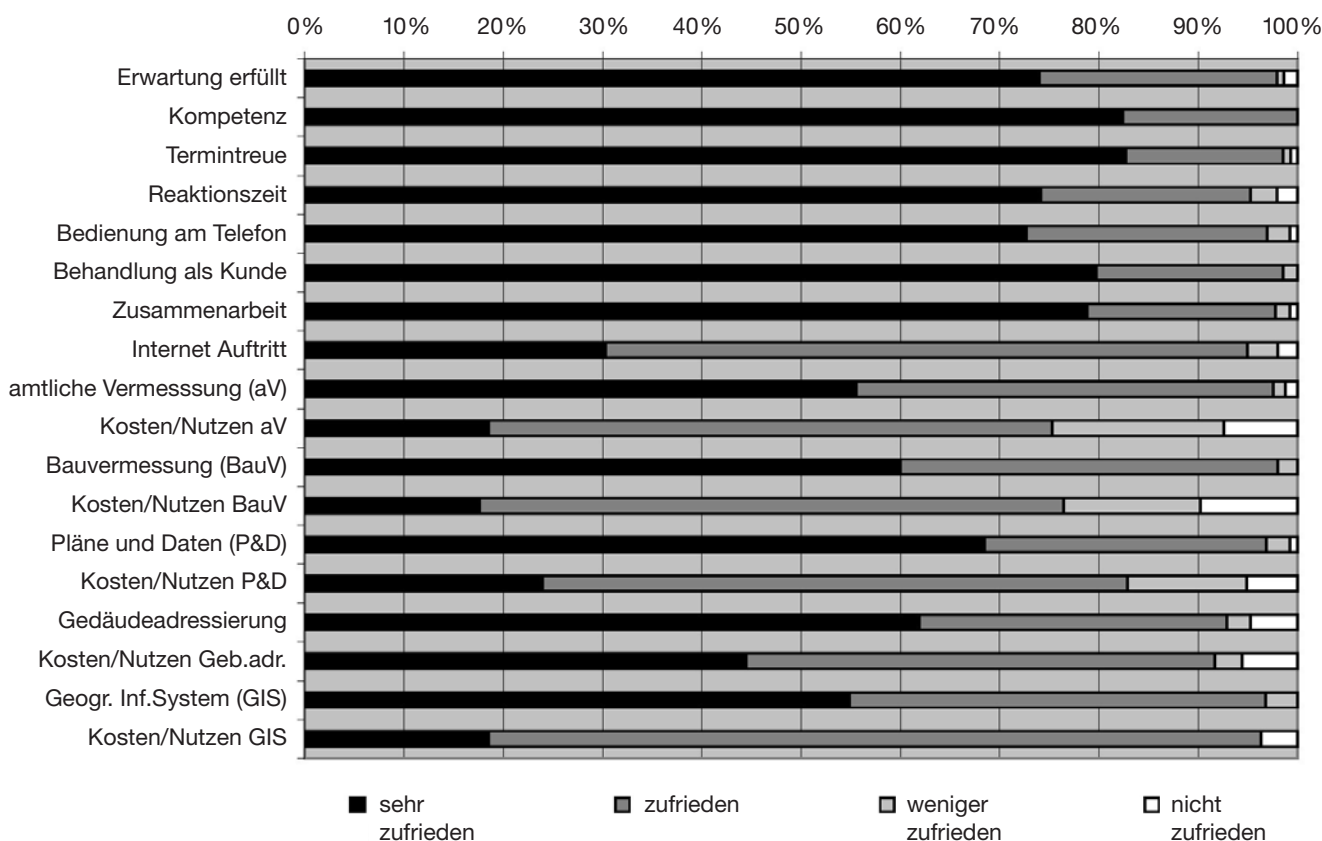


Terrainmodell der Deponie Rietberg im Geografischen Informationssystem

Produkt 2: Unterhalt und Erneuerung des Vermessungswerkes

Im Vordergrund stand die Überarbeitung und Aktuali- sierung der Planinhalte gemäss den Vorschriften der amt- lichen Vermessung. Mit Ausnahme des Altstadt-kerns sind die Daten der amtlichen Vermessung nun vollständig er- fasst, aktualisiert und weitgehend (gemäss dem seit März 2005 vorliegenden neuen Datenmodell der amtlichen Vermessung) strukturiert. Bis Mitte 2006 sind die Er- neuerungsarbeiten am amtlichen Vermessungswerk ab- geschlossen. Die Vermessung der Stadt Winterthur wird dann auf einem einheitlichen Qualitätsstand sein, entspre- chend den eidgenössischen und kantonalen Vorschriften.

Zusammenfassung der Kundschaftsbefragung



Ausgenommen von den Erneuerungsarbeiten war bis anhin der Altstadt kern mit seinen komplexen Verhältnissen. Die ursprüngliche Vermessung stammt aus den Jahren 1880 bis 1888 und wurde bis zur Einführung des eidgenössischen Grundbuches im Jahre 1951 laufend überarbeitet und ab 1943 zu einem grossen Teil durch Neuvermessung ersetzt. Die Vermessung im Altstadt kern entspricht noch nicht den Anforderungen der amtlichen Vermessung und muss deshalb überarbeitet werden. Diesbezüglich wurde mit dem kantonalen Amt für Raumordnung und Vermessung (ARV) sowie der Eidgenössischen Vermessungsdirektion ein Konzept erarbeitet und im Anschluss eine Dienstanweisung verfasst.

Im Bereich der Deponie Riet angrenzend an Wiesen dungen wurde eine Gemeindegrenzregulierung vorgenommen.

Produkt 3: Geographisches Informationssystem (GIS), Datenausgabe und Dienstleistungen

Nebst der Gewährleistung der Betriebsbereitschaft des zentralen GIS und der damit verbundenen Unterhaltsarbeiten am System haben sich verschiedene Dienststellen über Anwendungsmöglichkeiten der Geoinformatik beraten lassen oder diesbezügliche Dienstleistungen in Auftrag gegeben. Zu erwähnen sind insbesondere:

- Begleitung der Abteilung Denkmalpflege bei der Be-

reitstellung einer GIS unterstützten Lösung zur Bearbeitung des Inventars kommunaler Baudenkmäler.

- Unterstützung des Baupolizeiamtes bei der Bewirtschaftung der Daten der Baustatistik und des Gebäude- und Wohnungsregisters mittels GemDat.
- Abschluss eines Vertrages mit Cablecom GmbH betreffend Zusammenarbeit im Bereich der Leitungsdokumentation und des Geografischen Informationssystems.
- Zeichnen der Ausführungsnormalien für städtische Tiefbauten.
- Erarbeitung eines Konzeptes zum Aufbau einer Datenbank der Kunstbauten mittels dem Geografischen Informationssystem und anschliessende Umsetzung.
- Erarbeitung eines Konzeptes zur Dokumentation der Anfahrtsrouten für die Feuerwehr.
- Unterstützung des Bereichs Tiefbau (Strasseninspektorat und Abteilung Tiefbauten) bei der Dokumentation des Zustands der Strassen.
- Erstellung diverser thematischer Karten und Pläne auf Kundenwunsch (Situationspläne, Karten zu städtischen Eigentumsverhältnissen, Fernwärmegebiete, Bahnlinien, usw.).
- Abschluss eines Vertrages mit NAVTEQ betreffend halbjährliche Aktualisierung der Winterthurer Gebäudeadressen in den Kartengrundlagen für Navigationssysteme.

Baupolizeiamt

Die Zahl der Baugesuche hat sich mit 886 (Vorjahr 872) auf hohem Niveau stabilisiert. Die gesamthaft veranschlagte Bausumme ist stark angestiegen (von 622 auf 855 Millionen Franken). Die Zahl der bezogenen baubewilligten Wohnungen hat mit 1101 einen neuen Höchststand erreicht; bezogen wurden 418 Wohnungen (Vorjahr 993). Ins Gewicht fällt die Zunahme der Grossüberbauungen mit hundert und mehr Wohneinheiten; diese liegen im Gegensatz zum Vorjahr, wo preisgünstige Familienwohnungen den Hauptteil ausgemacht haben, schwergewichtig im mittleren Preissegment.

Die Baudirektion hat – im Auftrag des Regierungsrates – den Entwurf für ein neues Planungs- und Baugesetz in die Vernehmlassung gegeben. Das Baupolizeiamt hat zusammen mit dem Hochbauamt der Stadt Zürich die Koordination der Vernehmlassungen der beiden Städte, des Gemeindepräsidentenverbandes GVP und des VZGV (Verein Zürcher Gemeindeschreiber und Verwaltungsfachleute) betreut. Die Vernehmlassung ist über viele Strecken negativ ausgefallen. Neben handwerklichen Mängeln des Gesetzesentwurfs, die zu Problemen bei der Rechtsanwendung geführt hätten, wäre eine umfassende Planungsrunde für alle Gemeinden erforderlich geworden, was nicht nur für die kleineren Gemeinden, sondern auch für die beiden grossen Städte mit ihren erst vor kurzem überarbeiteten Nutzungsplanungen zu erheblichen Belastungen geführt hätte. Für die Revision muss zumindest das Konkordat über die Harmonisierung der Begriffe im Baurecht abgewartet werden.

Für den rechtskräftigen Quartierplan Maienried laufen die Submissionsverfahren für die Planerinnen und Planer. Besondere Schwierigkeiten ergeben sich aus der Geologie des Hanges.

Die Zusammenarbeit des Baupolizeiamtes und der Fachstellen der Organisation Bauaufsicht mit den kantonalen Fachstellen sowie mit den beschwerdelegitimierten Verbänden sind gut. Der Verkehrsclub der Schweiz VCS hat gegen die auf die drei Jahre befristete Erhöhung der Parkplatzzahl auf dem Wachterareal aus grundsätzlichen Erwägungen wegen des Verzichts auf die Umweltverträglichkeitsprüfung rekuriert. Dagegen hat er die aus Sicht des Stadtrates bedeutsame Festsetzung der Parkplatzzahl für das Kantonsspital Winterthur nicht angefochten.

Die Übernahme der periodischen feuerpolizeilichen Kontrollen der Bauten mit erhöhtem Brandrisiko im nördlichen Kantonsteil hat sich bewährt.

Die beiden Fachgruppen Stadtgestaltung und Denkmalpflege haben das Baupolizeiamt in der Abwicklung der Baubewilligungsverfahren durch Stellungnahmen unterstützt.

Bauausschuss

Der Bauausschuss der Stadt Winterthur, hat im Jahr 2005 in 16 Sitzungen 161 Geschäfte konferenzziell behandelt.

Bauinspektorat

Die Anzahl der eingereichten Baugesuche blieb im letzten Jahr mit 886 auf einem hohen Niveau. Die Bausumme von 855 Mio. Franken stellt einen Rekordwert dar. 903 baurechtliche Entscheide wurden im letzten Jahr eröffnet. Die Anzahl der Ende 2005 beim Bauinspektorat pendenten Geschäfte gegenüber dem Vorjahr konnte reduziert wer-

den. Zu der hohen Bausumme hat eine grosse Anzahl von grossen Überbauungen geführt. Allein die grössten zehn Bauvorhaben ergeben eine Bausumme von über 500 Mio. Franken. Erwähnenswert sind folgenden Bauvorhaben, deren Baugesuche im letzten Jahr eingereicht und behandelt wurden: Einkaufszentrum Rosenberg (17 000 m² Verkaufsfläche und 200 Wohnungen), Überbauung Schemo-Areal (180 Wohnungen und Gewerbe), Überbauung Arch-Areal (Alterswohnungen Verkaufsflächen und Büros), Überbauung Sidi-Areal (160 Wohnungen), Überbauung Haldengut-Areal (200 Wohnungen und Gewerbe), Überbauung Zelgli-Areal (total 60 Einfamilienhäuser und 60 Wohnungen), Überbauung Kälin-Areal (101 Wohnungen und Gewerbe), Allreal Nullenergie-Überbauung westlich Giessereihalle Oberwinterthur (130 Wohnungen, Läden, Restaurant und Büros).

Weil die Belastung der Mitarbeitenden des Bauinspektors seit Jahren sehr hoch ist, wird eine Entlastung dieser Abteilung geprüft. Diese soll in erster Linie mit einer weiteren Optimierung des Baubewilligungsverfahrens erreicht werden. Dazu werden die Pflichtenhefte der am Baubewilligungsverfahren beteiligten Fachstellen bereinigt und an die aktuellen Erfordernisse sowie an die erfolgten und noch laufenden Reorganisationen angepasst.

Übersicht über die letzten 5 Jahre

Jahr	Eingereichte Baugesuche			Neubauwohnungen		Bausumme (in Franken)	
	Total	davon für EFH	MFH	be-willigt	be-zogen	definitiver Entscheid	Vorentscheid
2001	735	19	17	407	337	657 139 710	123 000 000
2002	820	28	15	905	189	619 227 643	72 510 000
2003	901	32	19	426	596	580 045 749	14 680 000
2004	872	22	24	512	993	621 912 889	36 685 000
2005	886	40	20	1101	418	855 461 042	43 895 000

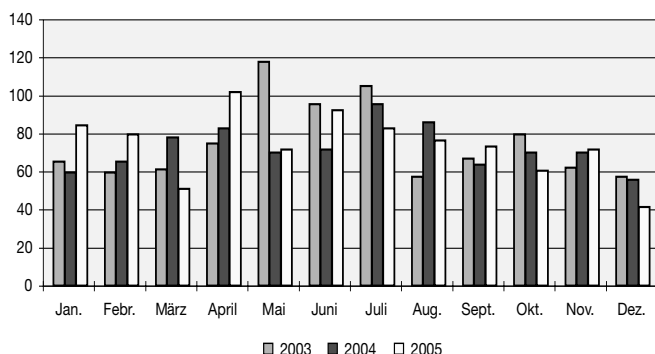
Baubewilligungsverfahren	2004	2005
Übertrag Vorjahr	211	276
Neueingänge	872	886
Total anhängig	1083	1162
Bewilligungen im ordentlichen Verfahren	405	463
davon bewilligte neue Wohnbauten	83	218
davon total bewilligte Wohnungen	512	1101
Bewilligungen im Anzeigeverfahren	323	370
Rückzüge	12	21
Eröffnungen Entscheid Baudirektion	0	1
Verweigerungen	28	17
Wiedererwägungsentscheide	21	14
Wiederherstellungsbefehle	2	5
Abbruchentscheide	2	1
Vorentscheide	8	11
Sonderbewilligungen	0	0
Präsidialverfügungen	5	0
Entschiedene Gesuche	807	903
Ende Jahr pendent	276	259
Audienz Verfahren / neue Baugesuche	22	22
Audienz Verfahren / Projektänderungen	325	194

Ausnahmebewilligungen / Verfahrenskoordination	2004	2005
Bezüglich Bauordnung/Baugesetz	32	26
Beurteilung zusätzlicher kantonomer Instanzen	56	63

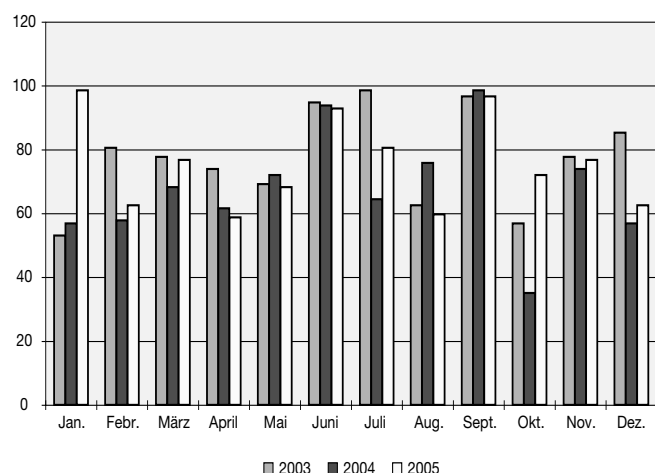
* z.T. mehrere Beurteilungen pro Baugesuch

Tätigkeit der Baukontrolle	2004	2005
Abnahme von Bauvisieren	448	477
davon waren zu beanstanden	63	47
Bezugsbewilligungen	97	71
Weiterbaubewilligungen / Rohbauabnahmen	119	77
Schlussabnahmen	805	845
Baustellenbesuche bewilligter Bauten	1290	1138
Baustellenbesuche nicht bewilligungspflichtiger Bauten	128	131
Überwachung von Gebäudeabbrüchen	43	23
Es wurden ferner festgestellt:		
nicht bewilligte Bauarbeiten	128	92
nicht ordnungsgemäss gemeldete Bauarbeiten	166	145

Eingang Baugesuche



Baurechtliche Entscheide



Rechtsdienst

Formelle Verfahren

Rechtsmittel gegen die baurechtlichen Entscheide der Baubehörden wurden im Jahre 2005 nur zu einem geringen Teil gut geheissen. Ein grosser Teil der Rechtsmittel konnte wiederum formell, mittels Einigung der Parteien bzw. über Rekursrückzüge, erledigt werden. Seitens der Behörde wird viel Wert auf einvernehmliche Lösungen gelegt, was von den Bauherrschaften begrüsst wird. Das Verwaltungsgericht hat in einem Grundsatzentscheid zu einem Standort einer Mobilfunkantenne zur Abwägung der entstehenden Interessen (Standort in der Umgebung der Altstadt im Bereich eines Aussichtspunktes sowie Versorgungslücke im Netz) Richtlinien formuliert. Durch das Bundesgericht bestätigt wurde die Sanierung eines Kinderspielplatzes in unmittelbarer Nähe der Wohnzone (Spielplatz «Steglitobel»).

Die Rechtsmittelverfahren gegen die Bau- und Zonenplanrevision 2000 und die durch Rechtsmittelverfahren ausgelösten weiteren Änderungen konnten alle erledigt werden. Beim Quartierplanverfahren Maienried hat die Baurekurskommission IV, das Verwaltungsgericht und auch das Bundesgericht bestätigt, dass der Flurgenossenschaft für die aufgehobenen Flurwege keinen Entschädigungsanspruch zusteht, sofern mit neuen Anlagen Ersatz geschaffen wird. Im Zusammenhang mit den Kosten von Altlasten ist festzuhalten, dass ein vor über einem Jahr beim Kanton gestelltes Gesuch um Kostenverteilung (Hölken-Gebäude) bis heute noch pendent ist.

Ende 2005 waren insgesamt folgende Verfahren pendent:

- 9 Rekursverfahren beim Regierungsrat
- 33 Rekursverfahren bei der Baurekurskommission IV
- 0 Verfahren bei der Schätzungskommission IV
- 2 Verfahren bei der Baudirektion
- 0 Verfahren bei der Volkswirtschaftsdirektion
- 4 Beschwerdeverfahren beim Verwaltungsgericht
- 0 Verfahren beim Bundesgericht
- 0 Rekursverfahren beim Bezirksrat
- 0 Verfahren beim Bundesrat
- 2 Strafverfahren beim Statthalteramt / bei der Staatsanwaltschaft
- 27 Strafverfahren beim Baupolizeiamt

Weitere Geschäfte

Quartierplanverfahren: Der Quartierplan Maienried konnte, da alle Rechtsmittelverfahren rechtskräftig erledigt sind, vom Kanton vollständig genehmigt werden. Der Quartierplan wurde vollzogen und die Vorbereitungen für den Bau der Erschliessungsanlagen sind im Gange. Beim Quartierplan Iberg Südhang wurde der Bau der Erschliessungsanlagen abgeschlossen, so dass die Schlussabrechnung erstellt werden kann.

Der Rechtsdienst berät unter anderem die Bereiche Stadtplanung, Tiefbau, Strasseninspektorat und Hochbau / Denkmalpflege bei juristischen Fragen. Mit dem Ziel einer einvernehmlichen und im Vorfeld von den betroffenen Gewerbetreibenden akzeptierten Lösung werden unter Federführung des Rechtsdienstes Richtlinien für die Nutzung des öffentlichen Grundes in der Altstadt erarbeitet.

Reklamen

2005 wurden 40 (Vorjahr 20) Reklamebewilligungen mit Entscheid des Bauausschusses und 79 (Vorjahr 92) Reklamebewilligungen mit Verfügung des Bausekretärs erledigt, davon wurden 8 teilweise bzw. befristet bewilligt. 2 Reklamegesuche mussten verweigert werden (Vorjahr 0). Es wurde ein Wiedererwägungsgesuch gestellt (Vorjahr 0). 2 Reklamegesuche wurden zurückgezogen. Über 20 Bauherrschaften wurden aufgefordert, für ohne Bewilligung erstellte Reklameanlagen Gesuche einzureichen. Die Geschäftslast der eingegangenen Reklamegesuche ist mit 173 gegenüber dem Vorjahr stark angestiegen (139). Damit hat auch der Aufwand für die Beratungstätigkeit zugenommen.

Mutationen

Mit 42 (Vorjahr 44) Mutationsbewilligungen mit Verfügung des Bausekretärs und 38 (Vorjahr 34) Mutationsbewilligungen im Audienzverfahren (Stempel) war die Zahl der zu bearbeitenden Mutationsgesuche gegenüber dem Vorjahr konstant.

Seit vier Jahren werden diese Beschlüsse auch direkt bei der Fachstelle Reklamen/Mutationen im CS2-System fakturiert, in gegenseitiger Vertretung mit der Sachbearbeitung/Sekretariat des Bauinspektorates, wo die Fakturierung für alle übrigen Baubewilligungsbeschlüsse, die Benützung des öffentlichen Grundes sowie Quartierplanverfahren vorgenommen wird. Zusammen ergeben sich pro Jahr etwa 1800 Fakturierungen (Vorjahr 1800). Mit der Migration der Geschäftskontrolle GemDat auf die Version 5 erforderte die Testphase und die Schulung der Mitarbeitenden einen Mehraufwand, ebenso die Umstellung der Rechnung auf den WOV-Betrieb in der Budget-Phase sowie die Umstellung auf die KV-Reform bei den Lehr- und Stellenstellen.

Feuerpolizei

Brandschutz

Projektbegutachtungen, Bewilligungen und Abnahmen:

	2004	2005
- Begutachtungen von Baugesuchen	584	284
- Bewilligungen von Feuerungsanlagen, Lager mit brennbaren Flüssigkeiten/Gasen, Dekorationen, Feuerwerk usw.	645	669
- Kontrollen von Fall zu Fall	92	177

Periodische Gebäudekontrollen:

Feuerpol. Kontrollturnus	Gebäudebestand 2005	Anzahl Kontrollen 2004	2005
2 Jahre	108	31	26
4 Jahre	526	40	31
6 Jahre	1 626	95	149
8 Jahre	187	7	7
Bauten mit Eigenkontrollpflicht	16 123	226	166

(Feuerpolizeiliche Kontrollen im Vergleich zum Jahressoll: 2005 44 %, Vorjahr 40 %)

Im Vergleich zum Vorjahr wurden der Feuerpolizei erheblich weniger Baugesuche vorgelegt. Andererseits nahm der Aufwand für Vorbesprechungen, Beratungen und Teilabnahmen infolge der zahlreichen Grossprojekte bedeutend zu.

Die durch den Kanton an die Stadt Winterthur übertragene Aufgabe der periodischen feuerpolizeilichen Gebäudekontrolle im nördlichen Kantonsteil konnte effizient und zur vollen Zufriedenheit der Gebäudeversicherung / Kantonalen Feuerpolizei durchgeführt werden. Der Aufwand wird durch den Kanton vollumfänglich entschädigt.

Routinekontrollen im zweijährigen Turnus:

(Messungen der Abgasgrenzwerte nach Luftreinhalteverordnung)

	2004	2005
- Anlagebestand / messpflichtig	10 876	10 902
- davon Low-NOx Anlagen in %	63,5	67,6
- Kontrollierte Anlagen	4 495	4 524
- Beanstandungen %	4,3	3,9
- Aufforderungen zur Sanierung von Feuerungsanlagen infolge Überschreitung des Abgasverlustgrenzwertes	37	44

Abnahme von neuen und sanierten Anlagen:

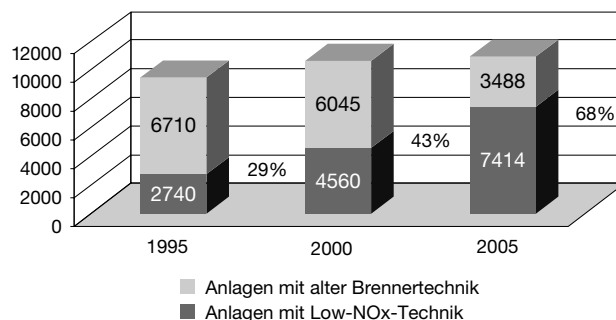
(Kontrolle nach Luftreinhalte-, Energienutzungs- und Brandschutzvorschriften)

	2004	2005
Anzahl Abnahmen	628	509
Beanstandungen %	30	31

Zusätzlich zur vorstehenden Kontrolltätigkeit in Winterthur erfolgten in den Gemeinden Seuzach und Pfungen aufgrund von Anschlussverträgen 59 Abnahmen von neu installierten Feuerungsanlagen.

Nach den Änderungen der Luftreinhalte-Verordnung (LRV) des Bundes vom 23. Juni 2004 wurden im Berichtsjahr die BUWAL-Messempfehlungen Feuerungen auf den 1. September 2005 angepasst. Dabei sind im Wesentlichen die Fristen der sanierungspflichtigen Feuerungsanlagen mit Jahrgang 1992 und älter gegenüber der LRV verkürzt worden. Je nach Alter und Abgasverlusten sind diese Anlagen gestaffelt in den Jahren 2008 bis 2015 zu sanieren. Für die direkt befeuerten Gasboiler und Gasdurchflusswassererwärmer bestehen keine Grenzwertanforderungen mehr nach LRV. Sie sind nach den BUWAL-Messempfehlungen nicht mehr messpflichtig. Auf dem

Anteil stickoxidarmer Anlagen (Low-NOx-Anlagen)



Stadtgebiet von Winterthur sind durch die verschärften Abgasgrenzwerte nach LRV rund 3000 Anlagen sanierungspflichtig geworden; durch die teilweise Aufhebung der Abgasgrenzwerte können rund 300 Gasboiler aus der bisherigen Messpflicht entlassen werden.

Aufzugskontrolle

Für das Berichtsjahr 2004 wurden nachfolgende Anzahl Bewilligungen, Abnahmen und periodische Kontrollen ausgeführt:

Bewilligungen und Abnahmen von Neuanlagen

	2003	2004	2005
- auf Stadtgebiet Winterthur			
Bewilligungen	186	96	124
Abnahmen	55	194	42
- in 60 Gemeinden (gemäss Vertrag)			
Bewilligungen	182	146	17
Abnahmen	49	96	57

Periodische Kontrollen von Altanlagen

	2003	2004	2005
- auf Stadtgebiet Winterthur			
Kontrollen	74	64	334
- in 60 Gemeinden (gemäss Vertrag)			
Kontrollen	3	2	-

zu betreuende Beförderungsanlagen

	2003	2004	2005
- auf Stadtgebiet Winterthur	* 3 063	* 2 988	* 3 024
Anlagenbestand			
- in Betrieb	2 568	2 523	2 680
- ausser Betrieb	90	100	119
- zur Abnahme bereit	125	80	63
- in Montage	280	285	162
- noch offene Eingaben			4
- projektierte Anlagen	199	281	355
- in 60 Gemeinden (Vertrag vorsorglich gekündigt)			
Anlagenbestand	* 3 364	* 3 460	-

* Die EDV-mässige Erfassung aller Anlagen ist abgeschlossen. Es sind nur noch kleinere Korrekturen im Anlagenbestand zu erwarten durch nicht erfasste oder längst abgebrochene/ersetzte Anlagen. Im Berichtsjahr abgebrochene Anlagen werden nicht separat erfasst.

Die Hauptarbeiten wurden konsequent auf die beiden Mitarbeiter (Bewilligungen und Abnahmen sowie Periodische Kontrollen) aufgeteilt. Dank straffer Arbeitszuteilung und dem gezielten Einsatz der zur Verfügung stehenden EDV-Mittel konnte ein positiver Rechnungsabschluss erreicht werden.

Die zu bewilligenden Neuanlagen haben parallel zur intensiveren Bautätigkeit zugenommen. Nebst eigentlichen Neuanlagen werden vermehrt Altanlagen mit Baujahr 1950 – 1979 ersetzt. Die Komplexität der Um- und Ersatzanlagen in städtischen Verhältnissen erfordert einen überdurchschnittlichen Zeitaufwand, sind doch die baurechtli-

chen Nebenbedingungen und Ausnahmen besonders sorgfältig abzuklären. Die Eingaben erfolgen zunehmend in einem kürzeren Zeitraum vor Montagebeginn. Die Fertigstellung wird erfahrungsgemäss in den nächsten 1½ Jahren erfolgen.

Die periodische Kontrolle von Ältestanlagen konnte bis zum Kontrolljahrgang 1980 mehrheitlich erledigt werden. So wird ein achtjähriger Kontrollzyklus (statt 5 gemäss BBV I) erreicht.

Mitte 2004 hat der Stadtrat die Anschlussverträge gekündigt; die Aktenübergabe an die Gemeinden erfolgte Anfang 2005. Begonnene Arbeiten an 387 Anlagen werden noch fertig gestellt.

Die periodischen Kontrollen der Feuerwehraufzüge werden weitergeführt und deren Benutzung durch die Berufsfeuerwehr systematisch geschult. Damit wird gewährleistet, dass diese Aufzugsanlagen in Hochhäusern im Ernstfall nicht nur funktionieren, sondern auch sicher betrieben werden können. Ebenso wird die Personenrettung aus alten, neuen oder in ungewohnter Bauart erstellten Aufzugsanlagen mit der Berufsfeuerwehr geübt.

Neuanlagen sind konsequent nach der Aufzugsverordnung oder nach einer Baumusterprüfung zu erstellen. Die zu beachtenden und durchzusetzenden Verordnungen und EN-Normen stellen an Mitarbeiter als auch an den Verfahrensablauf bis zur Betriebsfreigabe höhere Anforderungen. Die Aufzugskontrolle wird zur effizienteren und kostengünstigeren Abwicklung der anfallenden Arbeiten die Zertifizierung/Akkreditierung 2006 weiter vorantreiben und abschliessen.

Fachstelle Energie

Die Bewältigung der verschiedenen an die Fachstelle Energie gestellten Aufgaben war nur durch die Bildung von Schwerpunkten möglich. Die zentralen Aufgabenbereiche konzentrierten sich vermehrt auf den Vollzug und die Kontrolle der gesetzlichen Anforderungen. Das Engagement im technischen Informationsbereich und bei Konfliktlösungen, vor allem im Lärmbereich, hat sich zur belastenden Aufgabe entwickelt und erforderte erheblichen Zeitbedarf. Dies hatte zur Folge, dass bei der Öffentlichkeits- und Motivationsarbeit keine Projekte bearbeitet und keine Ziele mehr gesetzt werden konnten. Teilweise wurden Arbeiten in diesem Bereich durch die Umwelt-schutzfachstelle übernommen.

Tätigkeit als Vollzugs- und Kontrollorgan

Die energietechnischen, die akustischen und weitere technisch relevante gesetzliche Auflagen wurden im Bau-technischverfahren durch die Fachstelle Energie vollzogen. Die Einhaltung der Vorschriften wurde durch Auflagen in den Baubewilligungen, durch Kontrollen von Projektunterlagen sowie durch Baustellenbesuche gewährleistet. Aufgrund der teilweise nur mässigen Akzeptanz der umwelt-relevanten Vorschriften durch die Bauleute, blieben die Projektprüfungen vor Baubeginn aufwändig. Die Kontrollen auf den Baustellen blieben auf ein Minimum von einem Tag pro Monat reduziert. Das Resultat dieser Stichprobenkontrolle kann nur als befriedigend bezeichnet werden, mussten doch oft Nachbesserungen verlangt werden. Beim Vollzug der energierelevanten Vorschriften im Rahmen der Heizkesselsanierungen waren geringfügige Verbesserungen zu vermerken, die Anzahl der beanstandeten Anlagen ging leicht zurück. Für Gebäude, welche ohne Beizug der privaten Kontrolle realisiert wurden, war jeweils die Energiefachstelle zur Überprüfung der Auflagen zuständig. Aus Kapazitätsgründen wurde die amtliche Kon-

trolle nur für kleinere Umbauten durchgeführt. Die entsprechenden Aufwendungen wurden als Ingenieurleistungen in Rechnung gestellt.

Zur Sicherstellung der Vorgaben der Verordnung über den Schutz vor nichtionisierender Strahlung (NISV) wurden die technischen Projektgrundlagen der Mobilfunkantennen überprüft. Bei Antennenstandorten in der Nähe von Kindergärten und Schulhäusern wurde die jeweilige Messequipe begleitet und anschliessend die Resultate der Messberichte kontrolliert.

Die Überprüfung der Unterlagen der Mobilfunkantennengesuche gemäss der NIS-Verordnung war dieses Jahr weniger aufwändig. Nur wenige Gesuche mussten zur Nachrechnung und Neuprojektierung zurückgewiesen werden. Total wurden 19 Gesuche für Mobilfunkanlagen eingereicht.

Die Projektprüfungen und Abnahmen der Lüftungsanlagen für Restaurants und Tiefgaragen konnten nur ungenügend bewältigt werden. Bei diesen Anlagen werden oft starke Abweichungen von den Normen gewünscht. Diese müssen durch die Baubehörde geprüft und im Hinblick auf die fachtechnisch richtige Realisierung überwacht werden. Die Bewältigung dieser Aufgabe nahm zusätzliche Arbeitszeit in Anspruch. Die Baugesuche für die in der Restaurant-, Club- und Barszene sprissenden Kleinunternehmen konnten nicht alle so bearbeitet werden, wie es die Vollzugsabläufe und die technischen Anforderungen für Restaurantbetriebe verlangen. Da sich die Gastronomen nicht immer an die Vorgaben hielten, häuften sich Reklamationen von betroffenen Nachbarn – meist wegen übermässigen Lärmemissionen. Die Bearbeitung dieser Lärmklagen wurde sehr aufwändig.

Tätigkeit als Beratungsorgan

Die Dienstleistung in Form von Bauberatungen für Architekten und professionelle Bauherrschaften im Fachbereich Energienutzung und Lärmschutz wurde weiterhin stark frequentiert. Fragen über den Vollzug der Auflagen betreffend Mobilfunk wurden ebenfalls durch die Fachstelle bearbeitet. Weiterhin wurde die Energieberatung für Private in der Stadt Winterthur kostenlos angeboten. Aufgrund der stark gestiegenen Energiepreise wurde die kostenlos angebotene Energieberatung für Private häufiger in Anspruch genommen und erhöhte sich auf rund acht Beratungen pro Woche. Das neue Qualitätslabel Minergie® für Wohn- und Geschäftsbauten verlangte kompetente Auskünfte. Ziele im Bereich der Öffentlichkeits-, Informations- und Motivationsarbeit wurden keine mehr gesetzt, da nicht genügend personelle Kapazität zur Verfügung stand. Hingegen konnte in Winterthur ein Minergie®-P-Kurs, welcher in Zusammenarbeit mit dem Energieforum Zürich organisiert wurde, mit mehr als 30 Teilnehmenden erfolgreich durchgeführt werden.

Das kantonale Energiegesetz verlangt für Grossverbraucher mit mehr als 5 GWh/a Wärmeverbrauch oder 0.5 GWh/a Elektrizitätsbedarf eine Vereinbarung mit der kantonalen Baudirektion zur Senkung des spezifischen Energiebedarfs um rund 1 bis 2 % pro Jahr. Grossverbraucher welche noch keine Vereinbarung abgeschlossen haben, wurden gemäss dem Beschluss des Regierungsrates aufgefordert, eine Energieanalyse zu erarbeiten. Anschliessend müssen die Unternehmen verhältnismässige Massnahmen realisieren, um den Energieverbrauch zu reduzieren. Durch die Aufforderung entschlossen sich zahlreiche Unternehmen, ihren Energiebedarf mittels freiwilligen Massnahmen, basierend auf einer Vereinbarung, zu reduzieren. Die Rückmelderate der Unternehmungen war hoch, nur wenige müssen an die im kantonalen Energiegesetz vorgegebene Pflicht erinnert werden.

Vollzug Energieplan

Der kommunale Energieplan, welcher die raumrelevanten Voraussetzungen für eine hinreichende, Ressourcen schonende Energieversorgung sicherstellen soll, wurde weiter umgesetzt. Weniger Probleme entstanden im Fernwärmegebiet. Liegenschaftsbesitzerinnen und -besitzer lehnten den Anschluss an das städtische Fernwärmenetz nicht mehr ab, da bei den erhöhten Energiepreisen die Anschlussbedingungen günstig sind. Die Zusammenarbeit mit der Feuerpolizei, den Städtischen Werken und mit der Abteilung Energiecontracting funktionierte ausgezeichnet. Unter der Führung der Abteilung Energiecontracting konnten im Quartier Sennhof die Projektierungsarbeiten für einen Holzschnitzelwärmeverbund fortgesetzt und der Bau der Energiezentrale in Angriff genommen werden. Vorbereitende Planungsarbeiten für den Wärmeverbund mit einer Energieholzzentrale auf dem Binzhofareal konnten weiter vorangetrieben werden.

Die im Jahre 2005 geplante kleine Revision des Energieplanes konnte mangels Personal nicht begonnen werden.

Umsetzung des Energiekonzeptes 2000

Das Energiekonzept 2000 mit dem integrierten Aktivitätenprogramm dient als Grundlage für Massnahmen und Handlungen im effizienten Umgang mit den Energieresourcen. Die möglichen Konsequenzen des eidgenössischen Energiegesetzes und des CO₂-Gesetzes wurden erst rudimentär untersucht. Die im Energiekonzept vorgesehene ökologisch und ökonomisch interessante Minergie®-Bauweise bei Neubauten konnte bei den Arealüberbauungen mit Ausnutzungsbonus, welche eine zweckmässige Ausrüstung voraussetzen, als Standardauflage definiert werden.

Projektleitungen Lärmschutz

Die massgebende Frist für die Alarmwertsanierungen entlang der Hauptstrassen ist vom Bundesrat um 15 Jahre auf das Jahr 2018 verlängert worden. Der Schallschutzfenstereinbau an den Alarmwertstrecken wurde jedoch mit denselben Prioritäten weiter verfolgt. Der Einbau der Schallschutzfenster entlang der Tösstalstrasse ist abgeschlossen und kann mit dem kantonalen Tiefbauamt abgerechnet werden. An der Römer- und Frauenfelderstrasse sind 82 % der Liegenschaften saniert. Die Arbeiten für die Fenstersanierungen an der Schaffhauserstrasse sind zu 95 % realisiert. An der Wülflingerstrasse liegt der Baufortschritt bei 80 %.

Die Überprüfung der Lärmbelastungen an der General Guisan-Strasse und an weiteren Einzelobjekten ergab, dass die Belastungen deutlich unter dem Alarmwert liegen. Dadurch müssen im Rahmen der Alarmwertsanierung keine weiteren Massnahmen durchgeführt werden.

Projektleitung Asbestsanierung

Die Überwachung der Asbestsanierung von Gebäuden und die Kontrolle der Inspektionsbefunde der Spritzasbestvorkommen konnte nicht mehr im gewohnten Rahmen fortgesetzt werden. Die Pendenzen bei den Inspektionen der verbliebenen Bauten wuchsen wegen Personalmangel auf knapp zwei Jahre an. Die noch nicht sanierten Asbestvorkommen sollten gemäss dem vom Kanton verlangten Ablauf regelmässig inspiziert und wenn erforderlich mit Messungen überwacht werden.

Das Hochhaus der Wintower AG wies, entgegen der Mitteilung der ehemaligen Besitzerin, noch Bauteile und Materialien mit gebundenem Asbest auf. Beim Abbruch wurden diese Bauteile entgegen der SUVA-Richtlinien nicht zerstörungsfrei demontiert. Dadurch setzten sich lungengängige Asbestfasern frei. Die von der SUVA vorgegebenen MAK-Werte wurden aber zu keinem Zeitpunkt überschritten.

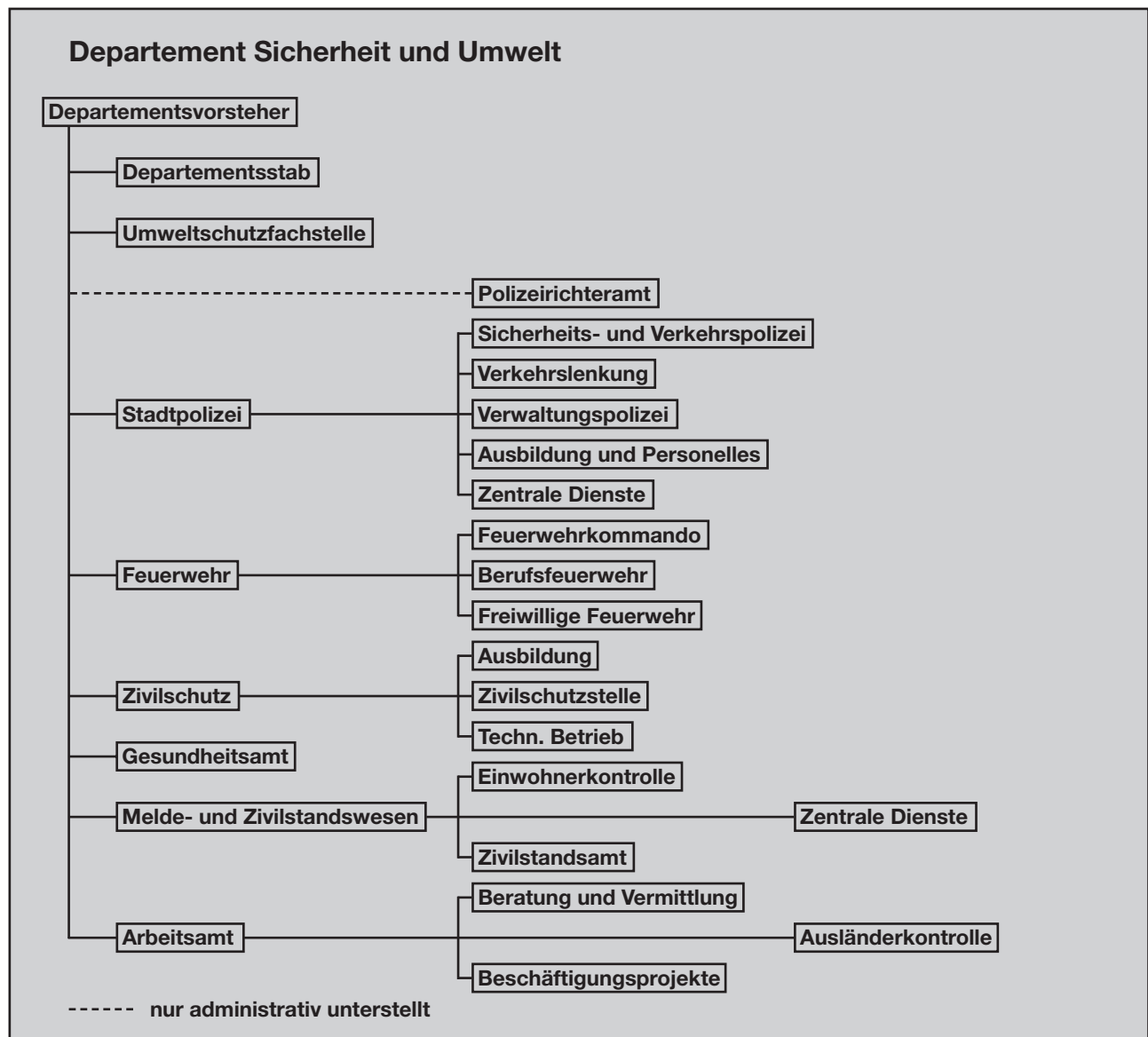
Departement Sicherheit und Umwelt

Das Departement Sicherheit und Umwelt steht im Dienst einer sicheren, umweltbewussten und lebenswerten Stadt. Dabei gilt ein spezieller Einsatz der Prävention und den Erwerbslosen. Diese Leitidee unterstützt das Prinzip der nachhaltigen Entwicklung als Basis für ein zukunftsorientiertes und anhaltend erfolgreiches Gedeihen unserer Stadt. Sie gründet auf dem Bewusstsein, dass wirtschaftliche, gesellschaftliche und ökologische Belange sich gegenseitig beeinflussen. Deshalb sind die Ämter und Bereiche des Departements Sicherheit und Umwelt im geschäftlichen Alltag um den Ausgleich dieser Interessen bemüht. Das Berichtsjahr 2005 war für das Departement von verschiedenen tief greifenden organisatorischen und personellen Veränderungen geprägt.

Der Departementsstab ist die zentrale Dienstleistungsabteilung der Departementsleitung. Zu seinen Hauptaufgaben zählen die administrative Abwicklung der Departementsgeschäfte, ihre juristische Begleitung und die Koordination im heterogenen Departement. Der Depar-

tementsstab unterstützt die Ämter und Bereiche in finanziellen, personellen sowie planerischen Angelegenheiten und koordiniert Informatik, Controlling und Öffentlichkeitsarbeit. Im abgelaufenen Jahr konzentrierte sich ein wesentlicher Teil der Arbeit auf organisatorische und personelle Belange sowie auf die Bearbeitung von Wünschen, Forderungen und Rechtsmitteln von Bürgerinnen und Bürgern. Die Suche nach tragfähigen Lösungen und Kompromissen war dabei häufig mit viel Aufwand verbunden.

Die objektive Sicherheit und das Sicherheitsgefühl der Bevölkerung betreffen nicht nur eine Dimension der nachhaltigen Entwicklung, sondern zugleich einen wichtigen Aspekt insbesondere der sozialen und wirtschaftlichen Nachhaltigkeit. Sie ist eine unentbehrliche Grundlage für die Lebens- und Wohnqualität in unserer Stadt sowie für deren wirtschaftliche Prosperität. Mit ihrem unermüdlichen Einsatz und ihrer sichtbaren Präsenz rund um die Uhr hat die Stadtpolizei auch in diesem Berichtsjahr wieder einen wesentlichen Beitrag zur Gewährleistung einer hohen ob-



jektiven und subjektiven Sicherheit geleistet. Neben dem Tagesgeschäft und der üblichen Kleinarbeit galt es erneut mehrere Grossanlässe zu bewältigen. Für landesweites Aufsehen sorgte Ende April der Einsturz einer ganzen Fassade eines Mehrfamilienhauses an der Weststrasse, welcher einen koordinierten Grosseinsatz von Stadtpolizei, Feuerwehr und Zivilschutz erforderte. Zu besonderer Besorgnis Anlass geben – trotz Rückgangs der Straftaten insgesamt – neue Formen von Jugendkriminalität, die sich im Gleichschritt mit der Entwicklung der Kommunikationstechnologie herausgebildet haben und mit welchen sich die Polizei zusehends konfrontiert sieht. Die Rede ist in diesem Zusammenhang u.a. vom so genannten «Stupid Slapping» (mit Handy gefilmte Tötlichkeiten gegenüber Gleichaltrigen) und der Verbreitung von pornographischem Bildmaterial und Gewaltdarstellungen mittels Handy. Ein besonderes Augenmerk galt erneut dem Sicherheitsbedürfnis in den Quartieren, welchem mit einer personellen Aufstockung der Quartierpolizei und zusätzlichen verkehrsberuhigenden Massnahmen Rechnung getragen wurde.

In einem weiteren Sinn einen Beitrag zur Sicherheit, insbesondere zur Rechtssicherheit, leistete auch das Polizeirichteramt, indem es im Berichtsjahr erneut für eine gegenüber den Beteiligten faire und beförderliche Prozessführung besorgt war. Von Bedeutung ist ferner auch der präventive Aspekt der richterlichen Tätigkeit: Die Straffälligen sollen durch die ihnen auferlegte Busse von der Begehung weiterer Gesetzesübertretungen abgehalten werden.

Die Gesamtzahl der Einsätze und Dienstleistungen der Feuerwehr lag 2005 leicht über dem Mittel der letzten vier Jahre; auch in diesem Berichtsjahr wurde die Berufsfeuerwehr bei einer Vielzahl der Fälle durch die Angehörigen der Milizfeuerwehr unterstützt. Im Vorjahresvergleich wieder merklich zugenommen haben die Brände, Öl- und Chemieunfälle sowie die Liftrettungen. Im Übrigen betrafen die vielfältigen Hilfeleistungen der Winterthurer Feuerwehr mehrere schwere Verkehrs- und Arbeitsunfälle – in Erinnerung ist die Explosion im EW-Unterwerk mit Personenrettung Mitte Mai – sowie weitere Schadenereignisse. Einen Tätigkeitsschwerpunkt bildete der bereits erwähnte Fassadeneinsturz an der Weststrasse, wo die Feuerwehr im Rahmen eines Grosseinsatzes an vorderster Front mit mehrtägigen, anspruchsvollen Sicherungsarbeiten beschäftigt war. Einen hohen Stellenwert wurde im Berichtsjahr erneut den präventiven Bestrebungen beigemessen. Abgesehen von verschiedenen kommunikativen Massnahmen zur Brandverhütung umfasste dieses Engagement auch die Brandschutzausbildung von Mitarbeitenden verschiedener privater und öffentlicher Betriebe. Ferner konnte die Feuerwehr ihren Fahrzeugpark mit zwei zusätzlichen Stützpunktfahrzeugen (ABC-Messbus, Mannschaftstransportfahrzeug) ergänzen.

Tätigkeitsschwerpunkt des Zivilschutzes war im Berichtsjahr 2005 die Vorbereitung und Durchführung des Swiss Cor Lagers für die gleichnamige Stiftung unter dem Patronat von Altbundesrat Adolf Ogi im Auftrag des Bundesamts für Bevölkerungsschutz (BABS). Mit der Unterstützung von Militäranghörigen und freiwilligen Hilfskräften haben Angehörige des Zivilschutzes 97 sozial benachteiligten und teils schwer behinderten Kindern aus krisengeschüttelten Regionen Albaniens zwei Wochen kostenlose Ferien auf dem Glaubenberg ermöglicht. Mediziner und Zahnärzte haben die Kinder zudem gesundheitlich betreut. Weitere Einsätze leistete der Zivilschutz unter anderem im Zusammenhang mit besagtem Fassadeneinsturz Ende April als Unterstützungselement im Verbund des Bevölkerungsschutzes sowie als es darum ging, der vom Hochwasser und Unwetter stark betroffenen Gemeinde Meiringen bei Instandstellungsarbeiten

beihilflich zu sein. Organisatorisch wurde die Überführung in die Strukturen des Zivilschutzes XXI abgeschlossen. Damit verknüpft war auch die Integration der Zivilschutzorganisationen der Nachbargemeinden Seuzach, Wiesendangen und Bertschikon in jene der Stadt Winterthur. Ferner wurde die Geschäftsstelle der Interessengemeinschaft Rettungsdienst Region Winterthur, bis anhin vom Gesundheitsamt betreut, auf den 1. Juni beim Zivilschutz angesiedelt.

Zu den Hauptaufgaben der Umweltschutzfachstelle zählte im Berichtsjahr 2005 die Geschäftsführung für die städtische Organisation Umwelt und Energie, d.h. die Koordination der ämter- und departementsübergreifenden Umweltschutzaktivitäten. Weitere Arbeitsschwerpunkte bildeten die Erstellung des Berichts «Umweltbericht 2005», die Wahrung der Winterthurer Interessen in der Diskussion um die Ausgestaltung des künftigen Betriebsreglements des Flughafens Zürich als Geschäftsstelle der Region Ost und die Förderung der nachhaltigen Entwicklung auf der lokalen Ebene. Hinzu kamen deutlich mehr Umweltverträglichkeitsprüfungen für grössere Bauvorhaben als in den Vorjahren. Gegenstand dieser Beurteilungen war vor allem die Luftschadstoff- und Lärmbelastung durch den motorisierten Verkehr. Ein weiteres Betätigungsfeld der Umweltschutzfachstelle betraf ferner die Umsetzung der energiepolitischen Ziele des Stadtrates. Erfreulich ist in diesem Zusammenhang, dass die Stadt Winterthur im vergangenen Jahr für ihr gesamtes Engagement in diesem Bereich und das KMU-Programm Energie-Effizienz im Besonderen mit dem europäischen Klimaschutzpreis «Climate Star 2004» ausgezeichnet worden ist. Viel versprechend gestartet wurde ausserdem ein Pilotprojekt zur Förderung des betrieblichen Mobilitätsmanagements, welches die Optimierung des Pendel- und Geschäftsverkehrs von hiesigen Firmen bezweckt (Mobilitätsberatung für Unternehmen).

Zentrale Aspekte der Sicherheit sind in präventiver Hinsicht auch die Gewährleistung einer hygienischen Lebensmittelversorgung, die Unfallverhütung am Arbeitsplatz, Abklärungen und Massnahmen zur Wohn- und Betriebshygiene und die Kontrolle der Luftqualität. In diesen für die Lebensqualität unserer Bevölkerung sehr wichtigen Bereichen liegen die Kernaufgaben des städtischen Gesundheitsamts. Auffällig und Grund genug zur Beibehaltung einer intensiven Kontrolltätigkeit war im Bereich der Lebensmittelkontrolle die hohe Beanstandungsquote von 70 % bei Take-Aways und Gelegenheitswirtschaften. Im Zentrum des öffentlichen Interesses standen insbesondere die Präventivmassnahmen gegen die Verbreitung der Vogelgrippe, die bis Ende 2005 die Grenzen der Europäischen Union erreichte. Zur Vorbeugung einer Krankheitsübertragung durch Zugvögel auf Nutztiere erliess der Bundesrat Ende Oktober eine bis Mitte Dezember 2005 geltende Stallpflicht für Geflügel. Die Einhaltung dieser Anordnung wurde vom Gesundheitsamt im Auftrag des kantonalen Veterinäramtes kontrolliert.

Eine unverändert hohe Geschäftslast, die nicht zuletzt durch das anhaltende Bevölkerungswachstum der Stadt bedingt war, hatte im 2005 das Melde- und Zivilstandswesen zu bewältigen. Dem kam entgegen, dass die Kundschaft zunehmend von der Möglichkeit Gebrauch machte, Geschäfte und Dienstleistungen über Internet abzuwickeln. Dies entlastete insbesondere die Einwohnerkontrolle administrativ. Weiterhin planmässig verläuft die Einführung des gesamtschweizerischen Zivilstandsregisters Infostar und die damit verbundene Personennachverfolgung. Inzwischen werden auch sämtliche neuen Zivilstandsereignisse kontinuierlich in diese Datenbank aufgenommen. Sehr gefragt war auch in diesem Berichtsjahr die Möglichkeit, sich samstags trauen zu lassen. Ferner hat sich Winterthur als zentrale Trauungsgemeinde für den

ganzen Zivilstandskreis etabliert; in den umliegenden Bezirksgemeinden fanden im abgelaufenen Jahr kaum mehr Eheschliessungen statt.

Für das städtische Arbeitsamt ergaben sich im Verlauf des vorliegenden Berichtsjahres erste Anzeichen, dass die konjunkturelle Erholung sich festigt und allmählich auch auf den Arbeitsmarkt durchschlägt. Die in Winterthur angesiedelten Unternehmen sind wieder merklich besser ausgelastet und auf zusätzliche personelle Ressourcen angewiesen. Es sind vor allem die besser qualifizierten Arbeitskräfte, die von dieser Entwicklung profitieren. Für die Beschäftigungslosen mit weniger guten Qualifikationen ist der Zugang zum Arbeitsmarkt unverändert schwierig. Ausserdem haben die ersten Erfahrungen mit den bilateralen Staatsverträgen gezeigt, dass die grenzüberschreitende Personalrekrutierung in einzelnen Bereichen spürbar zugenommen und zu einer verstärkten Konkurrenz für den heimischen Arbeitsmarkt geführt hat. Vor diesem Hintergrund sieht sich das Arbeitsamt zunehmend mit dem Phänomen einer anhaltenden strukturellen Beschäftigungslosigkeit konfrontiert. Davon betroffen sind hauptsächlich Langzeitbeschäftigungslose, die nicht (mehr) über die Qualifikationen verfügen, welche den gestiegenen und durch den Wandel in der Wirtschaftsstruktur teils erheblich veränderten Anforderungen entsprechen. Demgemäss zählte es im Berichtsjahr erneut zu den Kernaufgaben des Regionalen Arbeitsvermittlungszentrums (RAV) und der Koordinationsstelle für Arbeitsprojekte (KAP), diesen schwer vermittelbaren Personen durch geeignete Vorkehrungen zu besseren Chancen auf dem Arbeitsmarkt zu verhelfen. Das breit gefächerte Angebot an Vermittlungsdienstleistungen, Aus- und Weiterbildungskursen sowie Beschäftigungsprojekten von RAV und KAP wurde auch in diesem Jahr wieder rege und mit Erfolg genutzt.

Im Übrigen stand das Berichtsjahr 2005 für das Departement Sicherheit und Umwelt im Zeichen weitreichender organisatorischer und personeller Veränderungen: In ersterer Hinsicht ist zunächst der auf das Jahresende hin vollzogene Zusammenschluss der Umweltschutzfachstelle mit dem Gesundheitsamt zu erwähnen. Eine weitere, einschneidende organisatorische Zäsur bedeutete die auf kantonales Gebot hin erfolgte Ausgliederung des RAV aus der Stadtverwaltung und die damit einhergehende Überführung der KAP in das Departement Soziales. Eine grundlegende personelle Veränderung auf der Stufe Departementsleitung ergab sich im Frühjahr durch die Wahl von Stadtrat Dr. Hans Hollenstein in den Zürcher Regierungsrat. In der Folge wurde das Departement interimweise durch Stadtrat Walter Bossert geführt, bevor nach erfolgter Stadtratsersatzwahl Michael Künzle Anfang August als neu gewählter Stadtrat die vakant gewordene Departementsleitung übernahm. Im obersten Kader sind ausserdem folgende Mutationen zu verzeichnen: Auf den 1. Januar 2005 hat Fritz Lehmann als Nachfolger von Hans-Rudolf Eichenberger sein Amt als Polizeikommandant übernommen. Auf Ende Mai ist Lorenz Huser als langjähriger Zivilschutzkommandant in den Ruhestand getreten. Zu seinem Nachfolger hat der Stadtrat den bisherigen Leiter des Gesundheitsamts, Thomas Engesser, berufen. Per Ende September ist der Feuerwehrkommandant Josef Baumgartner nach 25 Dienstjahren ebenfalls in Pension getreten. Seine Nachfolge hat der bisherige Kommandant-Stellvertreter, Jürg Bühlmann, angetreten. Neuer Kommandant-Stellvertreter bei der Feuerwehr ist seit Anfang Oktober Karvin Ahuja.

Umweltschutzfachstelle

Kennzeichnend für die rege Bautätigkeit in der Stadt Winterthur wurden im Berichtsjahr 2005 fünf Umweltverträglichkeitsprüfungen durchgeführt – so viele wie noch nie in den letzten Jahren. Ein erfreuliches Ereignis war die Auszeichnung des Projektes KMU-Programm Energie-Effizienz mit einem europäischen Klimaschutzpreis. Weitere Tätigkeitsschwerpunkte der Umweltschutzfachstelle betrafen die Mobilitätsberatung für Unternehmen und die Erarbeitung des Umweltberichts 2005. Die zweijährige Projektphase der Plattform «Cercle Indicateurs», an der sich auch Winterthur beteiligte, wurde im Herbst mit der Veröffentlichung eines Kernindikatorensystems für Kantone und Städte abgeschlossen. Zentrale Aufgabe von Kernindikatoren ist die Beurteilung des aktuellen Standes und der zeitlichen Veränderung der Nachhaltigen Entwicklung auf der strategisch-politischen Ebene. Im Mai beschloss der Stadtrat, die Umweltschutzfachstelle auf Anfang Januar 2006, zeitgleich mit der flächendeckenden Einführung von WOV in der Stadtverwaltung, organisatorisch mit dem städtischen Gesundheitsamt zu einem neuen Bereich Umwelt- und Gesundheitsschutz vereinigen.

Koordination Umweltaktivitäten

In der Organisation Umwelt und Energie sind zehn städtische Stellen aus drei Departementen vertreten: Umweltschutzfachstelle, Gesundheitsamt (Dept. Sicherheit und Umwelt), Stadtplanung, Baupolizeiamt, Tiefbau, Energieberatung, Haustechnik (Dept. Bau) sowie die Städtischen Werke, Naturschutz und Forstbetrieb (Dept. Technische Betriebe). Diese Organisation besteht aus drei Gremien, in welchen die städtischen Umweltaktivitäten koordiniert und der Erfahrungsaustausch gepflegt wird.

Der Vorsteher des Departements Sicherheit und Umwelt leitet die drei Gremien dieser Organisation, und die Umweltschutzfachstelle amtiert als deren Geschäftsstelle.

Die Kommission Umwelt und Energie konzentriert sich auf strategische Fragen und behandelte in ihren drei Sitzungen folgende Themen:

- Umweltbericht oder Nachhaltigkeitsbericht?
- Umweltbericht 2005
- Test Nachhaltigkeits-Beurteilungsinstrumente
- Aktivitäten der Region Ost zur Fluglärmproblematik
- Strategie der Städtischen Werke Winterthur
- Kernindikatoren der Nachhaltigkeit für die Stadt Winterthur: Ergebnisse der Erhebung 2004 im Umweltbereich
- Handlungsbedarf im Umweltbereich für die Legislaturschwerpunkte 2006 – 2010

Die Fachgruppe Umwelt traf sich sechsmal u.a. zu folgenden Themen:

- Umweltverträglichkeitsprüfungen
- Umweltbericht 2005
- Parkplatzsituation Teuchelweiher-Areal
- Ersatz der Ofenlinie 1 der Kehrrechtverbrennungsanlage
- Prix Velo 2005
- Vollzug Baurichtlinie Luft und Baulärm-Richtlinie
- Modellvorhaben Publikumsintensive Einrichtungen
- Sanierungsarbeiten Deponie Riet (mit Besichtigung)

In drei Sitzungen befasste sich die Fachgruppe Energie eingehender mit folgenden Themen:

- Internes Audit Label Energiestadt
- Umsetzung Energiekonzept 2000 – 2020

- Energiepolitisches Strategiepapier erneuerbare Energien
- Kennzeichnungspflicht für Strom
- Anforderung an Projekte für die Unterstützung durch die Stiftung Klimarappen
- Ausbau Fernwärme aus der Kehrrechtverbrennungsanlage
- Vollzug Energie-Grossverbraucher
- Energieversorgung Sulzerareal Stadtmitte (mit Besichtigung)

Nachfolgend wird über die Aktivitäten der Umweltschutzfachstelle berichtet. In den Berichten der anderen Mitglieder der Organisation Umwelt und Energie finden sich weitere umweltrelevante Ausführungen.

Lokale Nachhaltige Entwicklung

Die im Jahr 2004 unter Federführung der Umweltschutzfachstelle gestartete Situationsanalyse zum Umsetzungsstand der stadtträtlichen Nachhaltigkeitsstrategie wurde im März 2005 abgeschlossen und dem Stadtrat vorgestellt. Als Ergebnisse liegen vor:

- Bestandsaufnahme der wichtigsten Projekte und Massnahmen zu den grössten Herausforderungen für Winterthur
- Stand und Empfehlungen zur Umsetzung der stadtträtlichen Nachhaltigkeitsstrategie
- Empfehlungen für Ziele und Massnahmen zu den prioritären Handlungsfeldern «Gesellschaftliche Solidarität und Finanzen», «Bildungsstadt» sowie «Grenzen des Wachstums» (Siedlung und Umwelt).

Diese Ergebnisse sind im Bericht «Strategien zur nachhaltigen Stadtentwicklung» dokumentiert und in den Prozess zur Erarbeitung der Legislatorschwerpunkte 2006 – 2010 eingegeben. Der Stadtrat wird anfangs der neuen Legislaturperiode über das weitere Vorgehen entscheiden.

Die auf nationaler Ebene lancierte Plattform «Cercle Indicateurs» hat ihre zweijährige Projektphase zur Bestimmung eines konsensfähigen Kernindikatorensystems für die Nachhaltige Entwicklung abgeschlossen. In den Jahren 2003–2005 entwickelten acht Kantone, vierzehn Städte, darunter auch Winterthur, und vier Bundesämter – aufbauend auf bereits vorhandenen Arbeiten – gemeinsam je ein Kernindikatorensystem für Kantone und Städte. Dabei wurden für die drei Dimensionen der Nachhaltigkeit – Wirtschaft, Gesellschaft und Umwelt – je rund 10 Zielbereiche und dazugehörige Indikatoren festgelegt. Das System der Kernindikatoren ist als strategisches Führungsinstrument gedacht und soll für die langfristige politische Steuerung eingesetzt werden. Für die beteiligten Städte und Kantone liegen die Werte der rund je 30 Indikatoren für das Jahr 2003 vor. Der Quervergleich unter den Städten (Benchmarking) erlaubt Hinweise auf jeweilige Stärken und Schwächen. Der Bericht und alle Ergebnisse sind auf der Internetseite des federführenden Bundesamtes für Raumentwicklung publiziert (www.are.ch).

Winterthur schneidet im Quervergleich insgesamt gut ab. Stärken zeigen sich insbesondere in den Bereichen Gesellschaft (Kultur, Freizeit, Bildung und Integration) und Umwelt (Energie, Klimaschutz, Abfallmengen und Abwasserreinigung). Unter dem Aspekt Wirtschaft sind Stärken bei der Wirtschaftsstruktur, beim öffentlichen Haushalt und bei den (relativ tiefen) Steuern auszumachen, während als Schwächen die relativ hohe Arbeitslosigkeit und der Indikator «Umbau- und Unterhaltsarbeiten» zu verzeichnen sind.

Die Erkenntnisse aus dem Projekt werden ebenfalls in die Erarbeitung der stadtträtlichen Legislatorschwerpunkte 2006 – 2010 einfließen.

Umweltverträglichkeitsprüfungen (UVP)

Im Berichtsjahr wurden auf Stadtgebiet fünf UVP-pflichtige Vorhaben beurteilt, so viele wie noch nie in den letzten Jahren.

Die geplante Überbauung auf dem Archareal mit Verkaufs- und Büroflächen sowie Wohnungen unterlag der UVP-Pflicht, weil das Vorhaben mehr als 300 Parkplätze und eine Verkaufsfläche von mehr als 5000 m² vorsieht. Das Volkshaus und das Parkhaus Arch müssen für die Realisierung der Überbauung rückgebaut werden. Der Abbruch der erstgenannten Liegenschaft wurde bereits im Dezember 2004 abgeschlossen.

Für das Kantonsspital Winterthur (KSW) wurde im Rahmen eines baurechtlichen Feststellungsverfahrens über die erforderliche bzw. zulässige Parkplatzzahl eine UVP durchgeführt. Anlass war der geplante Bau eines Parkhauses auf dem benachbarten SBB-Areal durch die Siska Heuberger AG für die Beschäftigten des KSW. Das fragliche Parkhausprojekt mit 280 Parkfeldern war für sich allein betrachtet zwar nicht UVP-pflichtig, da der Schwellenwert von 300 Parkfeldern nicht überschritten wurde. Hingegen war die Erhöhung des Parkplatzangebots des KSW um netto 44 % rechtlich als eine wesentliche Erweiterung des bestehenden Parkierungsangebots zu beurteilen, die nach geltendem Recht zur UVP-Pflicht der Gesamtanlage unter Einschluss des geplanten Parkhauses führte.

Die geplante Umnutzung und Erweiterung des bestehenden Verteilzentrums Grüze unterlag der UVP-Pflicht, weil das Verteilzentrum mehr als 20 000 m² Lagerfläche umfasst.



Wirtschaft:

- Vollzug Energie-Grossverbraucher (Fachstelle Energieberatung)
- KMU-Programm Energie-Effizienz (Umweltschutzfachstelle)
- Mobilitätsberatung für Unternehmen (Umweltschutzfachstelle)

Private Haushalte:

- Ökostrom (Städtische Werke Winterthur)

Verkehr:

- Eco-Drive: GentleDriver-Kurse (Umweltschutzfachstelle)
- Imageförderung Busfahren (Stadtbuss Winterthur)
- Aktionstag «In die Stadt - ohne mein Auto» (Umweltschutzfachstelle)
- Regionales Gesamtverkehrskonzept (Stadtplanungsamt)
- Prix Velo 2005 (Stadtplanungsamt)
- Erdgas-Autos (Städtische Werke Winterthur)

Öffentliche Hand:

- Ergebnisse Internes Audit Energiestadt (Umweltschutzfachstelle)
- «Strom aus Tag» und Bau einer Solarstromanlage in Schulen (Städtische Werke Winterthur)
- Holzschnitzanlagen (Städtische Werke Winterthur)

Öffentlichkeitsarbeit der Energiestadt Winterthur im Jahre 2005 (Verantwortliche Stelle)

Auch das geplante Einkaufszentrum auf dem Sulzerareal Werk 2 erforderte eine UVP, ist doch für dieses Vorhaben eine Verkaufsfläche von mehr als 5000 m² vorgesehen. Die nicht mehr genutzten Fabrikgebäude werden mit Ausnahme der Fassaden an der Zürcher- und Jägerstrasse vollumfänglich rückgebaut.

Das heutige Einkaufszentrum Rosenberg soll in naher Zukunft einem grösseren Neubau der Migros weichen. Auf dem zweigeschossig vorgesehenen Einkaufszentrum sind zudem vier viergeschossige Wohnkörper mit 146 Wohnungen geplant. Die Pflicht zur Durchführung einer UVP war aufgrund der über 300 Parkplätze und der Verkaufsfläche von mehr als 5000 m² gegeben.

Bei sämtlichen UVP-pflichtigen Vorhaben standen vor allem die zusätzlichen Luftschadstoff- und Lärmbelastungen durch den motorisierten Verkehr im Vordergrund; bei der geplanten Überbauung des Arch-Areals und dem Einkaufszentrum Rosenberg ebenso Energiefragen. Für diese Projekte wurde die Minergie®-Bauweise verlangt.

Mit den Umweltschutzmassnahmen gemäss Planungsunterlagen und den zusätzlichen Auflagen und Bedingungen der Fachstellen lässt sich die Umweltverträglichkeit aller fünf Vorhaben sicherstellen.

Energiestadt und Klimaschutz

Die energiepolitischen Ziele des Stadtrats sind im «Energiekonzept 2000 – 2020» und die dazugehörigen Massnahmen im Aktivitätenprogramm festgehalten. Letzteres enthält nebst Vollzugsaufgaben auch eine Reihe von Massnahmen für eine zielgruppenorientierte Öffentlichkeitsarbeit. Die obenstehende Abbildung vermittelt einen Überblick über die im Berichtsjahr durchgeführten Projekte.

KMU-Programm Energie-Effizienz

Das KMU-Programm für mehr Energie-Effizienz will kleinere und mittlere Unternehmen dabei unterstützen, im eigenen ökonomischen Interesse und als Beitrag zur Erreichung der CO₂-Reduktionsziele der Schweiz sowie der Ziele der Energiestadt Winterthur, freiwillig Energie zu sparen. Im Berichtsjahr haben 15 Unternehmen aus der Region Winterthur daran teilgenommen und sich bis 2007 zum Ziel gesetzt, pro Jahr insgesamt 107 000 Liter Brenn- und Treibstoff sowie 125 000 kWh Strom einzusparen. Dafür haben die teilnehmenden Unternehmen im Rahmen des so genannten KMU-Apéros des KMU-Verbands im



Zertifikatsübergabe an die 15 Teilnehmer des KMU-Programms Energie-Effizienz.



Climate Star 2004 – Winterthur wird mit europäischem Klimaschutzpreis ausgezeichnet.

März 2005 ein Zertifikat erhalten. Ergänzend sind weitere Massnahmen mit grossem Sparpotenzial eruiert worden, welche die Unternehmen nun im Rahmen ihrer Investitionstätigkeiten umsetzen.

Die Stadt Winterthur hat für das KMU-Programm Energie-Effizienz im Besonderen und für ihr gesamtes Engagement im Klimaschutz den europäischen Klimaschutzpreis «Climate Star 2004» erhalten. Diese Auszeichnung wird vom Klima-Bündnis, einem europaweiten Netzwerk von über 1200 Städten und Gemeinden, vergeben. Winterthur gehört bereits seit 1993 als Mitglied dazu. Über 200 Gemeinden aus 17 Ländern hatten sich mit ihren Projekten für die Auszeichnung beworben. Insgesamt 22 Städte aus 17 europäischen Ländern wurden ausgezeichnet.

Das erfolgreiche Pilotprojekt KMU-Programm Energie-Effizienz wird in Winterthur weitergeführt. 2006 sollen zusätzliche Betriebe für eine Teilnahme gewonnen werden. Getragen wird das Projekt von der Stadt Winterthur, dem Bund, Verbänden, der ZHW und der Wirtschaft. Vom Bund geförderte Organisationen sind auf nationaler Ebene dabei, ähnliche Projekte auch in anderen Regionen und Städten zu initiieren (weitere Informationen dazu unter: www.ugs.winterthur.ch/kmu).

Politikertreffen Klimabündnis-Städte Schweiz

Im März 2005 trafen sich Vertreterinnen und Vertreter der Klimabündnis-Städte Schweiz in Winterthur, um gemeinsam das Klimaschutzpotential erneuerbarer Energien zu erörtern. Die politischen Mandatsträgerinnen und -träger einigten sich dabei auf ein energiepolitisches Strategiepapier. Mit Hilfe einer Kombination von Massnahmen zur Energieeinsparung einerseits und nachhaltiger Energieproduktion andererseits, beabsichtigen die beteiligten Städte ihre klimapolitischen Ziele zu erreichen (Näheres dazu unter: www.klimabuendnis.ch).

Mobilitätsberatung für Unternehmen

Gemeinsam mit verschiedenen Partnern startete die Umweltschutzfachstelle ein Pilotprojekt zur Förderung des betrieblichen Mobilitätsmanagements in grösseren Unternehmen in der Region Winterthur. Ziel dieses Projekts ist es, interessierten Betrieben Möglichkeiten zur Optimierung des Pendler- und Geschäftsverkehrs aufzuzeigen und sie bei Bedarf bei der Umsetzung konkreter Massnahmen individuell zu unterstützen. Im Rahmen eines Forums am 9. Juni im Casinotheater Winterthur, an welchem rund 40 Personen teilnahmen, wurde das Programm im Detail vorgestellt. Anschliessend ist bei 15 Unternehmen und drei städtischen Stellen im Rahmen persönlicher Gespräche die Ausgangssituation erhoben worden. In einem weiteren Schritt sollen nun bei den weiterhin interessierten Betrieben mit individueller Betreuung durch Fachpersonen konkrete Lösungen zur Umsetzung entwickelt und implementiert werden.

Hat das Programm Erfolg, soll es auf weitere Unternehmen in Winterthur und Umgebung ausgeweitet werden. (Weitere Informationen unter: www.ugs.winterthur.ch/mobilitaet).

«In die Stadt – ohne mein Auto» am 22. September 2005

Der diesjährige Aktionstag wurde erneut von verschiedenen kommunikativen Massnahmen begleitet: Im Vorfeld wurde eine von EnergieSchweiz herausgegebene Mobilitätszeitung verteilt. Die Umweltschutzfachstelle machte



Stadtrat Michael Künzle, Erik Schmausser, Leiter Umweltschutzfachstelle, und der Sponsor des 1. Preises, Walter Kienast, überreichen dem Gewinner André Fehlbaum den ersten Preis des lokalen Wettbewerbs «Zur Arbeit – ohne mein Auto»: einen Gutschein für Inline-Skates von Kienast Sport, Winterthur (v.l.n.r. Erik Schmausser, Walter Kienast, André Fehlbaum, Michael Künzle).

zudem mit einer Plakatkampagne und Zeitungsinserten auf den Aktionstag aufmerksam. Rund 670 Pendlerinnen und Pendler von, nach und innerhalb Winterthur haben via Internet oder per Postkarte ihre Teilnahme am Aktionstag kundgetan. Erhebungen ergaben, dass rund 15 % der Teilnehmenden üblicherweise mit dem Auto zur Arbeit fahren. Die übrigen benutzen im Regelfall bereits schon die öffentlichen Verkehrsmittel, das Velo oder gehen zu Fuss. In diesem Jahr fand zum Aktionstag ein lokaler Wettbewerb statt; dabei wurden unter den Teilnehmenden attraktive Preise verlost.

Fluglärm

Seit Einführung der einseitigen Flugbeschränkungen über dem süddeutschen Raum wird vor allem abends vermehrt von Osten her über Winterthur auf die Piste 28 gelandet, was in den betroffenen Gebieten zu einer erheblichen Zunahme des Fluglärms geführt hat. Die seit 2001 anhaltende politische Fluglärmdiskussion befasst sich mit dem zukünftigen Flugverkehrsregime und – inzwischen verstärkt – auch mit dessen raumplanerischer Einbettung. Im Mai 2004 wurden die Ergebnisse des Raumentwicklungskonzeptes «Relief» der Zürcher Baudirektion publik. Dieses strebt nicht nur einen Kapazitätsausbau des Flughafens auf 420 000 Flugbewegungen pro Jahr an (derzeit sind es rund 270 000 Bewegungen); darüber hinaus soll die Piste 28 verlängert und später als neue Hauptlandepiste eingesetzt werden. Gestartet werden soll künftig primär nach Norden, weshalb als weitere bauliche Massnahme auch eine Verlängerung der Piste 32 vorgesehen ist. Mit dieser Stossrichtung stellt «Relief» das historisch gewachsene Flugregime geradezu auf den Kopf und würde zu einer massiven Lärmzunahme für die Bevölkerung östlich und nördlich des Flughafens führen. Als Reaktion darauf schlossen sich im Juni 2004 die Exekutiven zahlreicher Gemeinden im Osten zur Region Ost zusammen. Präsident der Region Ost ist seither der Vorsteher des Departements Umwelt und Sicherheit, während die Umweltschutzfachstelle die Geschäftsstelle führte. Die Region Ost umfasst mittlerweile 84 Gemeinden mit rund 380 000 Einwohnerinnen und Einwohnern in den Kantonen Zürich, Thurgau und St. Gallen. Sie will einen Flughafenbetrieb, der langfristig den Anforderungen der Wirtschaft, der Sicherheit sowie den Umwelt- und Raumplanungsgesetzen genügt. (Weitere Informationen: www.region-ost.ch).

Im März 2005 genehmigte das Bundesamt für Zivilluftfahrt (BAZL) ein erneutes vorläufiges Betriebsreglement für den Flughafen Zürich, weil auf deutsches Verlangen hin Mitte April zwei Warteräume aus dem süddeutschen Raum in die Schweiz zu verlegen waren. Der Stadtrat erhob gegen den Genehmigungsentscheid des BAZL Einsprache. Dies unter anderem deshalb, weil das fragliche Reglement für die frühen Morgenstunden gleichzeitige Landungen von Osten und Süden her gestattet und damit für die Fluglärm betroffenen Stadtquartiere im Südosten Winterthurs eine erneute Lärmzunahme befürchten lässt. Dies wiegt umso schwerer, als dieselben Gebiete neuerdings auch tagsüber unter Fluglärm zu leiden haben, weil die Starts ab Piste 16 mit «Left Turn» in Richtung Osten seit April 2005 über eine weiter südlich gelegene Route führen.

Die Region Ost nahm auch in diesem Berichtsjahr Stellung zu wichtigen Geschäften und Themenbereichen in der Fluglärmdiskussion: Regierungsratsbeschluss zu «Relief» (Januar), Gesuch Projektierungszone für Anflug auf Piste 28 der Flughafen Zürich AG, unique (März), Bewilligung des provisorischen Betriebsreglements (März), beabsichtigte Senkung des Luftraums für Anflüge auf

Piste 28 (Oktober), erste Koordinationsgespräche im SIL-Prozess (Oktober), Postulat gegen Veränderungen am Pistensystem des Zürcher Kantonsrates (November).

Wesentliche Vorentscheide für das künftige Flugregime am Flughafen Zürich werden auf Bundesebene im so genannten SIL-Prozess (SIL: «Sachplan Infrastruktur der Luftfahrt») fallen. Darin werden unter anderem die raumplanerischen Randbedingungen für das künftige definitive Betriebsreglement des Flughafens Zürich festgelegt. Die Region Ost hat im Juli 2005 ein eigenes Betriebskonzept «Akzeptanz» als Lösungsvorschlag in diesen Prozess eingeben. Es beinhaltet eine weitgehende Rückkehr zum historisch gewachsenen Flugregime, eine Begrenzung auf maximal 320 000 Flugbewegungen pro Jahr und eine achtstündige Nachtruhe. Seine Umsetzung erfordert keinen Ausbau der Pisten und kann flexibel an Lockerungen der deutschen Restriktionen angepasst werden. Zur Wahrung ihrer Interessen sucht die Region Ost auch laufend das Gespräch mit allen wichtigen Entscheidungsträgern auf nationaler und kantonaler Ebene.

Der Schutz der Bevölkerung vor übermässigem Fluglärm wird weiterhin im Zentrum der Flugverkehrspolitik des Stadtrats stehen.

Weitere Informationen

Auf der neu gestalteten Internetseite des Bereichs Umwelt- und Gesundheitsschutz www.ugs.winterthur.ch finden sich weitere Informationen zu den Aktivitäten des städtischen Umweltschutzes und der lokalen Nachhaltigen Entwicklung.

Polizeirichteramt

Das Berichtsjahr 2005 stand für das Polizeirichteramt unter anderem im Zeichen der Einführung der Wirkungsorientierten Verwaltungsführung (WVO) und einer Optimierung der internen Prozessabläufe. Im Vorjahresvergleich wurde erneut eine deutliche Zunahme der zu bearbeitenden Fälle verzeichnet.

Bei der Einführung von WVO bestand eine wesentliche Schwierigkeit darin, dass das Polizeirichteramt keine Dienstleistungen im herkömmlichen Sinn erbringt, sondern gesetzlich festgelegte Justizfunktionen auszuüben hat. Als Folge davon kann es den Umfang seiner Tätigkeit weder hinsichtlich der Fallzahlen noch in Bezug auf die Komplexität der einzelnen Fälle steuern. Dennoch galt es, für den Betrieb des Polizeirichteramts möglichst aussagekräftige Messgrössen zu bestimmen und entsprechende Ziele zu formulieren.

Das Polizeirichteramt brachte im Berichtsjahr 2005 mittels Verfügungen in insgesamt 8856 Fällen mehr Verfahren zum Abschluss als in früheren Jahren, obwohl es schon im Vorjahr ein Höchststand von 8337 Erledigungen verzeichnete. Im Jahr 2005 wurden total 5066 Bussenverfügungen wegen Widerhandlungen im Strassenverkehr (einschliesslich Verstössen gegen Parkierungsvorschriften) und 3064 Bussenverfügungen wegen anderen Gesetzesübertretungen erlassen. In 726 Fällen wurden die Verfahren eingestellt oder zuständigkeitshalber an andere Behörden abgetreten. Hervorzuheben ist die markante Zunahme der Bussenverfügungen wegen Strassenverkehrsdelikten um rund 18 %. Diese Entwicklung ist massgeblich darauf zurückzuführen, dass eine steigende Zahl von Betroffenen polizeiliche Ordnungsbussen nicht akzeptiert bzw. nicht bezahlt, was zu vermehrten Verzeigungen in Bagatell-

sachen (geringfügige Geschwindigkeitsüberschreitungen, Missachtung von Parkierungsvorschriften) führt. In solchen Fällen kann das Polizeirichteramt nur relativ geringe Bussen aussprechen, weshalb trotz der vermehrten Verfügungstätigkeit in der Jahresrechnung 2005 ein Ertragsrückgang resultiert. Wie schon in anderen Jahren hatte auch diesmal der Anstieg der Bussenverfügungen ein entsprechendes Anwachsen der Einsprachen zur Folge. Die Quote von 7,0 % (567 Einsprachen bei 8130 Bussenverfügungen) liegt indessen leicht unter derjenigen des Vorjahres von 7,2 %. Wiederum konnte mehr als die Hälfte der zu behandelnden Einsprachen durch Rückzüge erledigt werden. Davon erfolgten 251 Rückzüge ohne Änderung der jeweiligen Bussenverfügung. Im Übrigen beruhen vereinzelte Verschiebungen bei den statistischen Angaben auf einer genaueren Erfassungspraxis.

Bussenverfügungen

Tatbestände	2005	2004
Strassenverkehr:		
Verkehrsunfälle	856	1 037
Geschwindigkeit	1 038	640
Parkierungsübertretung	1 046	528
nicht betriebssichere Fahrzeuge	241	73
Rotlicht	112	80
Fahren ohne Ausweis	42	36
Fahrverbot	83	57
Abgaswartung	21	22
Arbeits- und Ruhezeitvorschriften	127	133
Übrige SVG Übertretungen	1 500	1 689
Total Verkehrsübertretungen	5 066	4 295
Sonstige Übertretungen:		
Strafgesetzbuch	419	500
Betäubungsmittelgesetz	495	573
Transportgesetz (Schwarzfahren)	1 245	1 329
Allgemeine Polizeiverordnung	273	263
Ausländergesetz	156	115
Einwohnerkontrolle	27	27
Gewerbegesetz (AHV, AVIG, usw.)	10	2
Gastgewerbe und Lebensmittel	81	55
Feuerwehr und Feuerpolizei	19	31
Hundehaltung	23	19
Übrige Bestimmungen	316	441
Total sonstige Übertretungen	3 064	3 355
Total erlassene Bussenverfügungen	8 130	7 650
Einstellungen, Abtretungen	726	687
Total bearbeitete Fälle	8 856	8 337

Einsprachen auf Bussenverfügungen

	2005	2004
Eingegangene Einsprachen	567	547
- in % aller Bussenverfügungen	7,0	7,2
Pendente Einsprachen aus Vorjahr	91	73
Total zu behandelnde Einsprachen	658	620
Art der Erledigung:		
Nichteintreten	92	64
Rückzüge vorbehaltlos	251	272
Rückzüge nach Änderung der Verfügung	95	103
Aufhebungen	93	73
- % der zu behandelnden Einsprachen	14,1	11,8
- % aller Bussenverfügungen	1,1	1,0
Überweisungen ans Bezirksgericht	20	17
Pendente Einsprachen Ende Jahr	107	91

Auch in diesem Geschäftsjahr war das Polizeirichteramt um eine faire Prozessführung und eine sachgerechte Entscheidungsfindung bemüht. Der Erfolg dieser Anstrengungen kommt darin zum Ausdruck, dass nur zwei Personen an den Ombudsmann gelangten. Die eine dieser Beschwerden war am Jahresende noch hängig, wird aber voraussichtlich einvernehmlich erledigt werden können. Im anderen Fall wurde die Angelegenheit informell geklärt, indem der Ombudsmann den Betroffenen orientierte.

Stadtpolizei

«Winterthur ist die sicherste Stadt», titelte der Landbote vom 31. Dezember 2005. Eine Studie der Stadt Biel hatte ergeben, dass die Eulachstadt bei vier von fünf statistisch erhobenen Straftatbeständen schweizweit am besten abschnitt. Gleichwohl konnte sich die Stadtpolizei gerade mit Bezug auf Fragen der subjektiven Sicherheit nicht über mangelnde Beschäftigung beklagen. So bestand ihr Tagesgeschäft aus Interventionen und Dienstleistungen im Zusammenhang mit Lärm, Immissionen, Verunreinigungen, widerrechtlicher Abfallentsorgung, Quartierverkehr oder Fussgängersicherheit und anderem mehr. Auch der technologische Fortschritt brachte für die Stadtpolizei neue Aufgaben: Im vergangenen Jahr stellte die Stadtpolizei auf Handys von Jugendlichen Bilder mit extremen Gewaltszenen fest, in einem andern Fall wurde das Verprügeln eines unbeteiligten Altersgenossen von den Tätern gleich selbst gefilmt (sog. «Stupid Slapping»).



Anti-WEF-Demonstration vom 15. Januar 2005

Im Berichtsjahr beschäftigten auch mehrere Grossanlässe die Stadtpolizei, so die Anti-WEF-Demonstration vom 15. Januar 2005 oder der Saubannerzug einer Gruppe extremistischer Störenden in Oberwinterthur am 17. April 2005. Landesweit für Aufsehen sorgte am 29. April 2005 der Einsturz der Fassade eines Mehrfamilienhauses an der Weststrasse, was einen Grosseinsatz von Polizei, Feuerwehr und Zivilschutz auslöste. Glücklicherweise kamen keine Menschen zu Schaden.

Auch die Festivitäten zum Nationalfeiertag auf dem Brühlberg wurden schweizweit zur Kenntnis genommen, nicht zuletzt, weil rund achtzig Chaotinnen und Chaoten



Fassadeneinsturz vom 29. April 2005 eines Mehrfamilienhauses an der Weststrasse.



Neuer Kommandant: Major Fritz Lehmann in seinem Büro

die Rede von Bundesrat Christoph Blocher gewaltsam zu stören versuchten. Den bereitstehenden polizeilichen Ordnungsdienstkräften gelang es jedoch, Ruhe und Ordnung rasch wieder herzustellen, so dass die Feier gleichwohl nach Programm durchgeführt werden konnte. Als Reaktion darauf blockierten die Störenden am nächsten Tag kurzzeitig die beiden Tore zum Polizeihof mit Ketten und Vorhängeschlössern.

Korpsbestand

Am 31. Dezember 2004 ist der langjährige Polizeikommandant, Hans-Rudolf Eichenberger, in den Ruhestand getreten. Sein Nachfolger, Major Fritz Lehmann, hat das Kommando über die Stadtpolizei Winterthur am 1. Januar 2005 übernommen.

Erstmals seit 1997 wurde im Berichtsjahr wieder ein Lehrgang für Verkehrsbeamtinnen und -beamte durchgeführt. Ende Juli 2005 konnten nach Abschluss der viermonatigen Ausbildung im Rahmen einer würdigen Feier fünf neue Verkehrsbeamtinnen ins Polizeikorps aufgenommen werden. Neu eingetreten ist im Berichtsjahr zudem eine Zivilangestellte. Austritte waren insgesamt sechs zu verzeichnen (2 Polizistinnen, 1 Polizist, 1 Verkehrsdienstangestellte, 1 Verkehrsdienst-Aspirantin und 1 Zivilangestellte). Dazu kamen acht Pensionierungen, wovon zwei ordentliche und sechs vorzeitige. Leider hatte die Stadtpolizei im vergangenen Jahr auch den Tod von zwei aktiven Korpsangehörigen zu beklagen. Insgesamt und in Stellenprozenten berechnet hat der Korpsbestand im Berichtsjahr fluktuationsbedingt um 12,5 Stellen abge-



Die frisch vereidigten Verkehrsbeamtinnen am 14. Juli 2005.

nommen. Die durch Krankheit verursachten Abwesenheiten (1405 Tage gegenüber 1757 Tagen im Vorjahr) waren rückläufig, während die Abwesenheiten infolge Unfalls leicht, auf 507 Tage (470), zunahmen. Erheblich zugenommen hat die Zahl der geleisteten Überstunden; verglichen zum Vorjahr (13 756) wurden dieses Jahr 17 191 Stunden Überzeit geleistet. Diese Zunahme wurde vor allem durch die zahlreichen Einsätze im unfriedlichen Ordnungsdienst verursacht.

<i>Korpsbestand</i> (Stellenprozente am 31. Dezember)	2005	2004
Beamten/Beamtinnen	181.85	193.85
Verkehrsbeamten/Verkehrsbeamtinnen	19.70	15.60
Aspiranten/Aspirantinnen	0	0
Zivilangestellte	11.60	16.20
Total	213.15	225.65

Sicherheits- und Verkehrspolizei

Der Arbeitsanfall der Sicherheits- und Verkehrspolizei bewegte sich auf hohem Niveau. Es wurde in 16 528 (17 549) Fällen rapportiert. Zudem wurden 104 742 (106 324) Ordnungsbussen ausgestellt. Die stationäre Geschwindigkeitsmessung an der Salomon Hirzel-Strasse hielt während insgesamt 7524 (8020) Kontrollstunden bis Ende des Jahres 15 476 (30 453) Geschwindigkeitsüberschreitungen fest. Die rund hälftige Reduktion der Überschreitungen im Vorjahresvergleich ist darauf zurückzuführen, dass im Berichtsjahr nicht mehr wie im Jahr zuvor zwei, sondern nur noch ein (schwenkbares) Gerät im Einsatz war. Mitte Dezember wurden an der Steigstrasse und der Tösstalstrasse in Sennhof zwei neue stationäre Messgeräte in Betrieb genommen. Das Büro Ordnungsbussen/Parkbewilligungen stellte im vergangenen Jahr 9615 (8622) Spezialbewilligungen (Sperrzone, Behinderte, Schulhäuser, Anwohnende usw.) aus. Von den rund 6200 Gegenständen, die im Fundbüro erfasst wurden, konnte ein grosser Teil wieder an die rechtmässigen Eigentümer vermittelt werden. Die Nebenaufgaben wie die Zustellung von Zahlungsbefehlen 2377 (2031) und die Vorführungsaufträge der Betreibungsämter 2841 (2784) bewegten sich auf dem Vorjahresniveau.

Nebst den üblichen Patrouillen (36 000 Mann-/Fraustunden), welche von Beamtinnen und Beamten der Sicherheits- und Verkehrspolizei an 365 Tagen im Jahr sowie rund um die Uhr geleistet werden, hatte die Stadtpolizei erneut auch zahlreiche Spezialeinsätze zu bewältigen. Aufgrund von Alarmen musste 464 (450) Mal ausgerückt werden. 262 (224) Personalstunden wurden für die Bewachung der Sitzungen des Grossen Gemeinderates eingesetzt, und 22 (29) Mal wurden Beamtinnen und Beamte für Ordnungsdiensteinsätze (u.a. auch für Sportveranstaltungen) in Bereitschaft gestellt. Die Polizeigrenadiere, welche zusammen mit der Spezialeinheit der Kantonspolizei Zürich (Einsatzgruppe Diamant) ausgebildet werden und trainieren, wurden für 28 (21) Einsätze aufgebieten. Die Diensthunde kamen in diesem Jahr 111 (209) Mal zum Einsatz. Die Diensthundegruppe wurde mit zwei neuen Junghunden aufgestockt. Leider war aber auch der Verlust eines sechsjährigen Diensthundes zu beklagen, der krankheitsbedingt eingeschläfert werden musste. Seit dem 6. Dezember 2005 ist die Stadtpolizei im Besitz des ersten einsatzfähigen Drogenspürhundes.

Die Drogensituation in der Stadt Winterthur hat sich gegenüber dem Vorjahr 2004 nicht merklich verändert; sie hält sich nach wie vor auf nicht zu unterschätzendem Niveau stabil. Weder die Zahl der Suchtkranken noch die Aktivitäten der Dealenden haben sich augenfällig verändert. Bei den Suchtkranken ist vermehrt der polytoxikomane Konsum illegaler und legaler Drogen (Kokain,



Der erste Drogenspürhund der Stadtpolizei Winterthur bei seiner Arbeit.

Heroin, Cannabis sowie Alkohol) festzustellen. Nach wie vor harzt die Situation rund um den Musikpavillon einer praktikablen und nachhaltigen Lösung.

Ein besonderer Tätigkeitsschwerpunkt der Stadtpolizei bildete im Berichtsjahr der Einsatz des Jugenddienstes: Mit einer Person mehr und gezielten Patrouillen zeigte er verstärkt Präsenz im öffentlichen Raum. Der damit verbundene Aufwand belief sich auf 1700 Personalstunden, was gegenüber dem Vorjahr einer Steigerung um rund 1100 Stunden entspricht. Es erfolgten insgesamt 595 Interventionen, wobei es in 279 Fällen (47%) zu einer Rapporterstattung kam. Dies betraf 23 Delikte gegen Leib/Leben, 54 gegen das Eigentum und 202 andere (Strassenverkehr, Betäubungsmittel usw.).

Per 1. Januar 2005 wurde die Quartierpolizei um 2 auf 9 Personen aufgestockt und auch den Quartieren Hegfeld und Tössfeld je ein Quartierpolizist zugeteilt. Dadurch konnte die Präsenzzeit in den Quartieren um über 20%, d.h. von 9975 auf 12 112 Stunden erhöht werden.

Verkehr

<i>Übertretungen im Strassenverkehr</i>	2005	2004
Rotlichtmissachtungen	2 271	2 695
Geschwindigkeitskontrollen mob. (Kontrollstunden)	1 398	1 165
Geschwindigkeitskontrollen stat. (Kontrollstunden)	8 220	8 020
Überschreiten der Geschwindigkeit mob. Messung	30 985	29 201
Überschreiten der Geschwindigkeit stat. Messung	17 846	30 453

Von den 197 (163) Fahrzeuglenkerinnen und -lenkern, welche die Stadtpolizei im Berichtsjahr in alkoholisiertem Zustand antraf, waren 59 (65) in einen Verkehrsunfall verwickelt; dies entspricht einem Anteil von 30 % (40 %). Bei 72 (62) Lenkerinnen und Lenkern betrug der Blutalkoholgehalt 1,5 Promille oder mehr; bei 38 (25) lag die Konzentration sogar bei 2 Promillen und darüber. Bei den schwer Alkoholisierten entspricht das im Vorjahresvergleich einer Zunahme von 52 %. Es wurden 23 Verkehrsteilnehmerinnen und -teilnehmer kontrolliert, die unter Drogeneinfluss am Steuer eines Personenwagens oder eines Motorrades sassen; davon waren 7 an einem Verkehrsunfall beteiligt.

Auf dem Stadtgebiet Winterthur (ohne A1 und A4) wurden im Jahr 2005 ungefähr gleich viele Verkehrsunfälle polizeilich registriert wie im Vorjahr. Nach 2004 kann wiederum ein Rückgang der Anzahl verletzter Personen verzeichnet werden. Auch kam es im Jahr 2005 auf den Winterthurer Strassen (ohne Autobahnen) zu keinem Verkehrsunfall mit Todesfolge.

Verkehrsunfälle	2005	2004
Verkehrsunfälle	1 439	1 395
Stadtgebiet ohne A 1/A 4	1 296	1 252
Verletzte	423	450
Stadtgebiet ohne A 1/A 4	396	410
Tote	1	2
Stadtgebiet ohne A 1/A 4	0	2
Sachschaden (in Mio. Fr.)	13,1	13,1
Stadtgebiet ohne A 1/A 4	6,5	6,5

Medien- und Präventionsarbeit

Einige Ereignisse beanspruchten den Mediendienst in der Funktion als Informations- und Kommunikationsabteilung der Stadtpolizei besonders. Die bewilligte Anti-WEF-Demonstration im Januar, der Fassadeneinsturz an der Weststrasse im April, der tödliche Stromunfall an der Neuwiesenstrasse Anfang Mai, der erste in der Schweiz bekannt gewordene «Stupid Slapping»-Fall und die Scharmützel mit verummten Personen anlässlich des Besuches von Bundesrat Christoph Blocher am Nationalfeiertag. Viele andere aussergewöhnliche Ereignisse führten zu einer grossen Anzahl von Medieninformationen; ihre Zahl stieg im Vergleich zum Vorjahr von 239 auf 295. Nebst zahlreichen Interviews und Statements für Radiostationen, Fernsehen und Printmedien gab der Mediendienst über 500 Auskünfte an Medienschaffende. Die Kontaktmöglichkeit mit der Stadtpolizei per Internet wurde ebenfalls rege benutzt. 292 zu bearbeitende E-Mail-Anfragen hielten die Abteilung zusätzlich auf Trab. «Neue Gesichter – neue Quartiere»: Die personelle Aufstockung der Quartierpolizei war eines der Ereignisse, das Anlass zur Durchführung einer Medienkonferenz gaben. Insgesamt wurden im Berichtsjahr sieben Medienkonferenzen organisiert und moderiert. Darüber hinaus hat die Abteilung Mediendienst/Prävention auch verschiedenste Präventiv- und PR-Aktionen geplant und durchgeführt. Wie im vergangenen Jahr war der Fokus unter anderem auf das Problem der «Raser» gerichtet: Auch die Stadtpolizei Winterthur setzte die zwischenzeitlich national bekannte Kampagne mit erweiterten Massnahmen fort. Ein spezielles Augenmerk galt ausserdem der Verbrechensverhütung. Im Interesse einer nachhaltigen Wirkung wurde zum einen der bereits über mehrere Jahre in der Vorweihnachtszeit angesiedelte Event gegen den Taschen- und Trickdiebstahl «Trau – schau wem» erneut durchgeführt. Zum anderen wurde zum Thema Sicherheit ein schweizerisches Novum lanciert – ein Jahreskalender mit Verhaltenstipps für Seniorinnen und Senioren. Dieser Kalender entstand in enger Zusammenarbeit mit dem Altersforum Winterthur und fand reissenden Absatz: Gegen 4000 Exemplare wurden abgegeben. Die Sachbearbeiterin Prävention gestaltete



Der Jahreskalender 2006 «Uf eusi Sicherheit!» für Seniorinnen und Senioren

mannigfaltiges Informationsmaterial, z.B. Flyer über die Gefährlichkeit von «Softair-Guns» oder zum Thema Jugendgewalt. Mit ihrer Information über aktuelle Geschehnisse und ihrem breit angelegten präventiven Wirken hat die Abteilung Mediendienst/Prävention auch im vergangenen Jahr Wesentliches zu einer bevölkerungsnahen Polizeiarbeit beigetragen.

Verkehrslenkung

Die Arbeitsbelastung der Abteilung Verkehrstechnik hat sich auf hohem Niveau stabilisiert, teils sogar zugenommen. Auffällig ist die Zunahme der Reklamebewilligungsverfahren um rund einen Drittel. Der auch für die Verkehrstechnik arbeitsintensive Umbau der Verzweigung Zwingliplatz konnte im Berichtsjahr erfolgreich abgeschlossen werden. Während der Bauzeit mussten dem jeweiligen Arbeitsstand angepasst stetig neue Massnahmen ergriffen werden, um die örtliche Verlagerung der Verkehrsbelastung auf die umliegenden Strassen und Verzweigungen so gering wie möglich zu halten. Dank der Einführung weiterer, von der Anwohnerschaft gewünschten Tempo-30-Zonen («Sunneberg» – inklusive Erweiterung Grundstrasse, «Iberg», «Dätttau», «Hölzli» – Erweiterung Oberseen, «Hegifeld» – Parkkarte T, «Geissacker» – Erweiterung Oberi Dorf und «Leimenegg») konnte die Verkehrssicherheit und -beruhigung in den Wohnquartieren verbessert werden. Neben der Begleitung weiterer zahlreicher Bauvorhaben, die erhebliche Ressourcen in Anspruch nahmen, war die Hauptabteilung Verkehrslenkung schwerpunktmässig mit der Umsetzung des gebührenpflichtigen Parkierungsregimes im Altstadtbereich beschäftigt. Arbeiten wie der Neubau und die Erneuerung von je drei stationären Lichtsignalanlagen, die Bereitstellung diverser Baustellenlichtsignale, die Wartung und Sicherstellung des störungsfreien Betriebes technischer Einrichtungen wie Lichtsignalanlagen, Parkleitsystem, Baustellenanlagen und Verkehrszähler zählten auch in diesem Jahr zu den Hauptaufgaben der Abteilung Verkehrssteuerung. Die Anzahl Aufträge für Markierungen und Signalisationen (567) blieb gegenüber dem Vorjahr (568) gleich.

Parkplätze, Parkhäuser und Parkplatzvermietung

Im Jahr 2005 konnte mittels einer neuen Parkanlage die Auslastung in den Parkhäusern Technikum Nord, Theater und Winterthur Versicherungen optimiert werden. Im Rahmen des Vollzugs der Verordnung über das gebührenpflichtige Parkieren auf öffentlichem Grund wurde in Altstadtnähe für verschiedene Parkierungsflächen die Kostenpflicht eingeführt. Im Bereich der Nachtparkierung wurden die Erhebungen und Kontrollen planmässig durchgeführt. Daraus resultierte einerseits eine Zunahme der gebührenpflichtigen Fahrzeughalter und -halterinnen für das Jahr 2005. Andererseits haben die Kontrollen bewirkt, dass Fahrzeuge über Nacht wieder vermehrt auch auf privaten Abstellplätzen parkiert werden.

Motorfahrzeugbestand

Der Motorfahrzeugbestand in der Stadt Winterthur nahm im Vergleich zum letzten Jahr sowohl bei den Motorwagen wie auch bei den Motorrädern erneut leicht zu.

Informatik

Das Intranet wurde im Laufe des Jahres als internes Kommunikationsmittel ausgebaut. Verschiedene kleinere EDV-Projekte trugen zur weiteren Verbesserung der Geschäftsprozesse der Stadtpolizei bei.

Motorfahrzeugbestand in Winterthur

	August 2005	August 2004
<i>Motorwagen</i>		
a) leichte Motorwagen (PW, Kombi, Lieferwagen, Kleinbusse)	43 619	42 942
b) schwere Motorwagen (LW, Sattelschlepper, Traktoren, Car)	533	563
c) übrige (Arbeitsmotorwagen, u.ä.)	308	525
Total (ohne Landwirtschaftsfahrzeuge)	44 460	44 030
<i>Motorräder</i>		
a) Motorräder und Dreiräder	5 383	5 207
b) Kleinmotorräder	667	745
Total	6 050	5 952
Total aller Motorfahrzeuge	50 510	49 982

Wirtschaftspolizei

Die Anzahl der Patente für den Klein- und Mittelverkauf von alkoholischen Getränken blieb mit einer Zunahme von vier Bewilligungen bei rund 150 Betrieben. Bei den Patenten für Gastwirtschaften war ebenfalls nur eine geringe Zunahme feststellbar: Auf dem ganzen Stadtgebiet waren per 31. Dezember 484 (466) Gastwirtschaften zu verzeichnen, davon 6 (1) mit provisorischer Bewilligung und 15 (1) inaktive. Neue Räumlichkeiten, welche sich für eine Nutzung als Gastgewerbebetrieb eignen, sind wohl nur noch schwer zu finden; erkennbar ist der Trend, in unterirdischen Räumen von Büroliegenschaften Nachtlokale einzurichten. Die Gesuche um vorübergehende Ausnahmen von der Schliessungszeit sind gegenüber dem letzten Jahr leicht auf 944 (1003) gesunken.

Gewerbepolizei

Auch im Jahr 2005 kontrollierte die Gewerbepolizei die Einhaltung der Normen zum Gesundheitsschutz von Konzertbesucherinnen und Konzertbesuchern, so beispiels-

weise an den Konzerten der Winterthurer Musikfestwochen; die Grenzwerte wurden jederzeit eingehalten, und es mussten keine Verwarnungen ausgesprochen werden. Auch bei den zwei Freiluftkinos «Kino am Pool» und «Kino über den sieben Gleisen» wurden Kontrollmessungen zur Einhaltung der Grenzwerte vorgenommen; es gingen auch kaum Lärmklagen ein. Aus 39 verdeckten Lärmmessungen in Musiklokalen, am Albanifest, an den verschiedenen Dorfeten sowie an Technopartys resultierten indessen vier Verzeigungen und zehn Verwarnungen. Das zeigt, dass Massnahmen zum Schutz vor Gehörschäden nach wie vor nötig sind.

Polizeischule

Im Berichtsjahr führte die Stadtpolizei keine Polizeischule durch. Für die für das Jahr 2006 bewilligte Schule lief indessen das Rekrutierungsverfahren: Von 895 versendeten Bewerbungsunterlagen wurden 191 retourniert; 179 Kandidatinnen und Kandidaten wurden zum Fitness- und Wissenstest zugelassen. Die Prüfungsanforderungen erfüllten 60 Kandidatinnen und Kandidaten, 38 davon erreichten die letzte Runde. Am 3. Januar 2006 werden nun sieben Aspirantinnen und elf Aspiranten zur Polizeischule 2006 antreten.

Verkehrsinstruktion

Die IG Velo führte wiederum Velokurse im Verkehrsgarten durch, wobei sie während rund 70 Stunden durch Mitarbeiter der Verkehrsinstruktion unterstützt wurde. Weiter wurden auch die Aspirantinnen des Lehrganges für Verkehrsbeamtinnen und -beamten, Verkehrskadetten und Feuerwehrleute an verschiedenen Örtlichkeiten in der Verkehrsregelung ausgebildet. Schliesslich waren die vier Verkehrsinstruktoren auch mit Referaten, Schulwegsicherungen und -kontrollen, mit der Ausbildung und Betreuung der Lotsendienst-Angestellten sowie mit Nachinstruktionen im Zusammenhang mit Verkehrsübertretungen, Unfällen und nicht bestandenen Veloprüfungen beschäftigt.

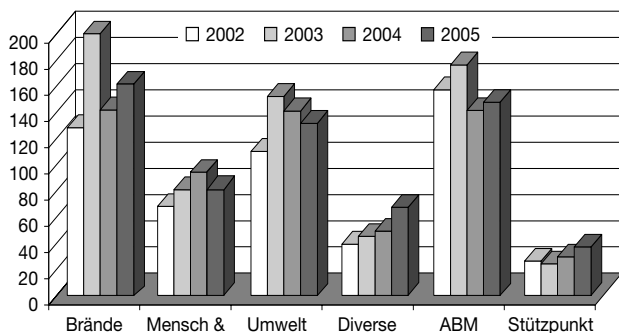
Feuerwehr

Die Berufsfeuerwehr leistete im Berichtsjahr insgesamt 587 Einsätze im Zusammenhang mit Bränden, Elementarereignissen, schweren Verkehrs- und Arbeitsunfällen, Öl-/Chemieverschmutzungen und anderen Schadenereignissen. Sie wurde dabei in 142 Fällen von der Freiwilligen Feuerwehr unterstützt. Zugenommen haben ausser den Bränden (+ 17 %) auch die Öl- und Chemieunfälle (+ 14 %) sowie die Liftrettungen (+ 230 %). Glück im Unglück hatten am 29. April die Bewohnerinnen und Bewohner einer Liegenschaft an der Weststrasse bei einem Fassadeneinsturz. Niemand wurde verletzt. Die erforderlichen Sicherungsarbeiten und Begleitungen von Personen in das stark beschädigte Gebäude dauerten bis zum 2. Mai an.

Bei 7 mittelgrossen Bränden auf Stadtgebiet konnte durch das schnelle Eingreifen Schlimmeres verhindert werden. Im Zusammenhang mit Bränden konnten 9 Personen über Leitern aus lebensbedrohenden Notlagen gerettet werden.

Die Gesamtzahl der Einsätze und Dienstleistungen (587) liegt knapp über dem Mittel der letzten 4 Jahre (575). Gegenüber dem letzten Berichtsjahr reduzierten sich die reinen Personal-Einsatzstunden, ohne Retablierungsaufwand, insgesamt um knapp 0,15 % auf total 6782 (2004: 6792 / Mittel der letzten 4 Jahre: 6679).

Vergleich Feuerwehrstatistik 2002 bis 2005



Einsatzstatistik

	2005	2004
Brände	161	137
- 1 (2) Grossbrand		
- 7 (8) Mittelbrände		
- 76 (58) Kleinbrände		
- 6 (13) Wald-, Flur- und Abräumbrände		
- 17 (19) Motorfahrzeugbrände		
- 1 (3) Kaminbrände		
- 44 (31) Rauchentwicklungen (inkl. ABM)		
- 3 (4) Explosionen		
- 6 (0) andere Brandfälle		
Alarme automatischer Brandmelde- und Löschanlagen (ABM)	137	134
Öl- und Chemiewehreinsätze	75	66
- 61 (58) Ölunfälle		
- 14 (8) Chemieunfälle		
Technische Einsätze	214	222
- 7 (10) Pioniereinsätze bei schweren Verkehrsunfällen		
- 10 (20) Personenbergungen aus Gebäuden		
- 21 (9) Lifteinsätze		
- 38 (44) Tierrettungen		
- 42 (40) Wasserwehreinsätze		
- 16 (34) Sturmschadeneinsätze		
- 80 (65) Diverse Einsätze		
Total der Einsätze	587	559

Die wichtigsten Ereignisse in der Zusammenfassung:

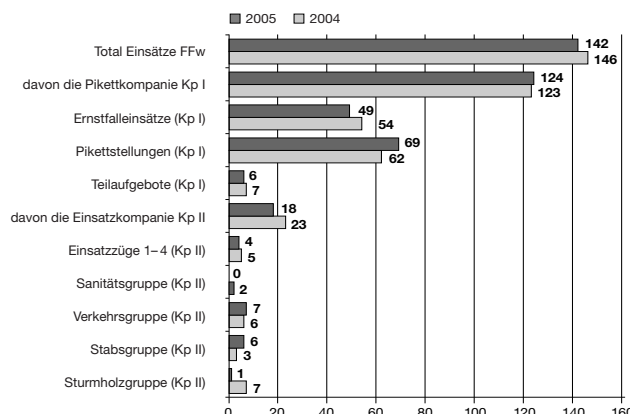
- Stützpunkteinsatz; Personenbergung nach Autounfall in Kollbrunn/Rikon (11.01.)
- Chemiewehreinsatz; Farbcontainer leckt (12.01.)



Grosseinsatz; Fassadeneinsturz an der Weststrasse

- Personenbergung nach Autounfall auf Stadtgebiet (04.03.)
- Stützpunkteinsatz; Grossbrand im Dorfkern von Elgg (30.03.)
- Wasserwehreinsatz; Undichter Wasseranschluss der Kühlmaschine setzt grössere Teile eines Einkaufszentrums unter Wasser (04.04.)
- Stützpunkteinsatz; Chemieereignis in Sprengstofffirma (02.05.)
- Explosion in EW-Unterwerk mit Personenrettung (10.05.)
- Einsatz auf Gewässer; Schaumbildung auf der Eulach über eine grosse Distanz (23.05.)
- Fassadenbrand an Doppel Einfamilienhaus (16.06.)
- Vollbrand SBB Doppelstockwagen im Bahnhof Winterthur Höhe Brunngrasse (20.06.)
- Stützpunkteinsatz A1; Chemiewehreinsatz wegen lecken Tanklastwagen mit der Gefahrennummer UN 3264 Aluminiumsulfat flüssig/Eisen-III-Sulfat-Lösung (21.06.)
- Brand in Flachdach (02.08.)
- Chemiewehreinsatz Unterführung SBB Oberwinterthur (22.09.)
- Vollbrand Püntenhäuser in Oberwinterthur (06.10.)
- B-Terror; Anthrax-Verdacht in Töss (13.10.)
- Zimmerbrand in Mehrfamilienhaus in Seen (18.10.)
- Personenbergung nach Autounfall auf Stadtgebiet (22.11.)
- Vollbrand Personenwagen an Hausfassade (29.11.)
- C-Terror; Reizgasangriff auf Wohnung in Mehrfamilienhaus (26.11.)
- Brand Coiffeursalon in Geschäftshaus mit starker Rauchentwicklung im gesamten Gebäude (29.12.)

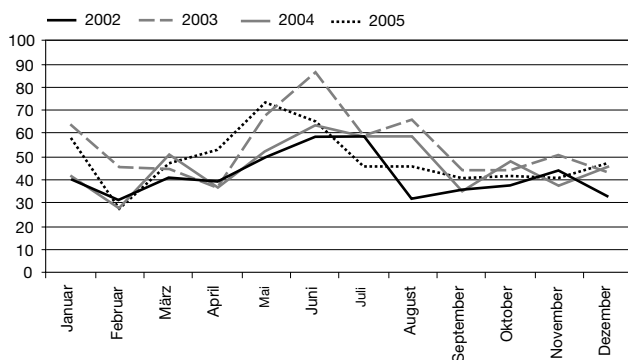
Einsatzzahlen der Freiwilligen Feuerwehr (FFw)





Wohnungsbrand in Mehrfamilienhaus mit Rettung einer Familie über die Autodrehleiter und Evakuierung von weiteren 30 Hausbewohnenden.

Einsatzzahlen-Vergleich nach Monaten



Ausbildung und Technik

Im Rahmen des Aus- und Weiterbildungskonzeptes absolvierten die Feuerwehrleute insgesamt 331 Übungsanlässe (Berufsfeuerwehr 213 [209] Übungen, Freiwillige Feuerwehr 118 [155] Übungen) sowie 6 Spezialübungen (2 Übungen mit Betriebsfeuerwehren, 2 Übungen mit Ortsfeuerwehren im Stützpunktgebiet und je eine Übung mit dem Rettungsdienst KSW und der SBB). Dies neben den Aus- und Weiterbildungskursen der Kantonalen Gebäudeversicherung (Berufsfeuerwehr 85 und Freiwillige Feuerwehr 120 Kurstage) und verschiedenen Lehrgängen für Berufsfeuerwehrleute wie Tunnelbrandbekämpfung (RISC Dortmund), Instruktorenkurs III/SFV für Grossereignisse (Freiburg), Einsatz bei A/B/C-Terrorereignissen (Laborpieler), Strahlenschutztechnik (PSI Würenlingen), Transporthelfer (Rettungsdienst Kantonsspital, Flughafen-sanität) und Sturmholz-Einsatz (Holzerkurs für Waldwirtschaft).

Im Bereich Technik konnten gegen Ende des Jahres zwei neue Stützpunktfahrzeuge (ein ABC-Messbus und ein Mannschaftstransportfahrzeug) in Betrieb genommen werden. Beide Fahrzeuge gehören der Kantonalen Gebäudeversicherung und stehen der Berufsfeuerwehr kostenlos zur Verfügung.

- Neuanschaffungen und/oder technische Weiterentwicklungen:
- Nachrüstung eines Mannschaftstransportfahrzeuges mit Sicherheitsgurten für alle Sitzplätze
- Nachrüstung des Hubrettungsfahrzeuges mit einer Korbseilwinde
- Beschaffung einer mobilen Sichtschutzwand für Personenbergungen bei Auto- oder Arbeitsunfällen

- Beschaffung einer Krankentrage für Personen bis 400 kg Gesamtgewicht

Prävention

In praktischen Halb- und Ganztageskursen haben Feuerwehrangehörige in ihrer dienstfreien Zeit Mitarbeitende von verschiedensten städtischen und privaten Betrieben sowie die Auszubildenden der Landwirtschaftlichen Schule Strickhof über das richtige Verhalten im Brandfall aufgeklärt (Brandschutzausbildung). Gesamthaft wurden 13 Ganztageskurse durchgeführt.

Der Prävention diene erneut auch die vorweihnachtliche Plakataktion in den Stadtbussen zur Verhütung von Christbaumbränden. Anlässlich eines Aktionstages in einem Einkaufszentrum wurden Merkblätter zur Verhütung von Brandfällen und zum richtigen Verhalten im Brandfall erläutert und verteilt. Zudem wurden bei dieser Gelegenheit Einzelbrandmelder für Privathaushalte sowie Löschdecken verkauft.

Dazu kamen umfangreiche Massnahmen im Bereich Arbeitssicherheit und Gesundheitsschutz im eigenen Betrieb.



Flyer-Aktion gegen das unrechtmässige Abstellen von Fahrzeugen in engen Quartierstrassen. Diese Aktion läuft auch im Jahr 2006.

Dienstleistungen Kantonale Atemschutzwerkstatt

Für die Kantonale Gebäudeversicherung und zahlreiche Feuerwehren im Kantonsgebiet hat die Atemschutzwerkstatt gegen Verrechnung folgende Dienstleistungen erbracht:

- 83 (173) Prüfungen und Revisionen von Langzeitempfehlungsgeräten BG 174
- 373 (403) Prüfungen und Revisionen von Atemschutzgeräten PA
- 105 (105) Retablierungen und Prüfungen von Chemiewehr-Vollschutzanzügen
- 685 (1039) Atemluft-Druckflaschen- und Ventilrevisionen
- 1715 (1855) Füllungen von Atemluftflaschen
- 316 (456) Füllungen von Sauerstoffflaschen
- 3243 Ventilmrüstungen auf Sicherheitsventile für Atemluftflaschen

Personalbestand	2005	2004
Feuerwehrkommando/Stab	11	11
Berufsfeuerwehr	30	30
Stützpunktkompanie (Pikett)	30	32
Einsatzkompanie	107	102
Rekrutenzug	10	10
Total	188	185

Zivilschutz

Das Berichtsjahr 2005 stand für den Winterthurer Zivilschutz hauptsächlich im Zeichen des Swiss Cor Lagers auf dem Glaubenberg. Im Rahmen dieses Anlasses leisteten Betreuungs- und Versorgungseinheiten zusammen mit Militärangehörigen und freiwilligen Hilfskräften einen zweiwöchigen Dienst zu Gunsten von 97 behinderten und sozial benachteiligten Kindern aus Albanien. Pioniere der Unterstützungsformationen standen ferner für den Forstbetrieb der Stadt Winterthur und das Kantonale Turnfest in Wiesendangen im Einsatz. Zu einem unverhofften Nothilfeinsatz kam es anlässlich des Hausfassadeneinsturzes an der Weststrasse, welcher schweizweit für Aufsehen gesorgt hat. Dringend benötigte Hilfe leisteten Teile des Zivilschutz Stützpunkt-Rettungsdetachements auch bei Instandstellungsarbeiten in der vom Hochwasser und Unwetter stark betroffenen Gemeinde Meiringen im Berner Oberland. Das Jahr 2005 stand aber auch im Zeichen des altersbedingten Rücktritts von Lorenz Huser. Nach 25 Dienstjahren, davon neun Jahren als Amtsvorsteher und Kommandant Zivilschutz, ging er Ende Mai in Pension. Seine Nachfolge trat Thomas Engesser, der bisherige Leiter des städtischen Gesundheitsamts, an. Im Zuge von verwaltungsinternen Umstrukturierungen wurde die Geschäftsstelle der Interessengemeinschaft Rettungsdienst Region Winterthur ab dem 1. Juni neu beim Zivilschutz angesiedelt.

Die Überführung des Zivilschutzes Winterthur in die Strukturen des Zivilschutzes XXI im Rahmen des neuen Bevölkerungsschutzkonzeptes konnte im Jahr 2005 abgeschlossen werden. Bestandteil dieser weit reichenden Zivilschutzreform war auch die Integration der angeschlossenen Zivilschutzorganisationen der Nachbargemeinden Seuzach, Wiesendangen und Bertschikon in jene der Stadt Winterthur. Die damit verbundene Datenübernahme der Zivilschutzpflichtigen erfolgte bereits zu Beginn des Jahres.

Der Zivilschutz als Unterstützungselement im Verbund Bevölkerungsschutz mit den Partnerorganisationen Polizei, Feuerwehr, Gesundheitswesen und technische Betriebe kam in verschiedenen Bereichen zum Einsatz. Statt der Armee wurde vermehrt der Zivilschutz eingesetzt.

Spektakulär war Ende April der vollständige Einsturz einer Gebäudefassade eines Wohnhauses an Weststrasse (Nr. 19/21). Dank glücklichen Umständen kamen dabei keine Personen zu Schaden. Zusammen mit Einheiten der Polizei, Feuerwehr und des Rettungsdienstes stand auch der Zivilschutz im Einsatz. Die Zivilschutzangehörigen haben für die Verpflegung der Einsatzkräfte der Partnerorganisationen und die Bewohnerschaft der schadhaften Liegenschaft gesorgt, Unterkünfte bzw. Notwohnene organisiert und für die Betroffenen verschiedene administrative Belange geklärt. Ergänzende Zivilschutzunterkünfte wurden nicht benötigt. Als Informationsdrehscheiben für die betroffenen Mieterinnen und Mieter wurden im nahen Schulhaus Räumlichkeiten bereitgestellt. Schliesslich war der Zivilschutz auch für zahlreiche Transporte besorgt.

Im Berichtsjahr hat der Zivilschutz Winterthur wiederum Instandstellungsarbeiten zu Gunsten des Winterthurer Forstbetriebes geleistet. In Hoh Wülflingen wurden mit rund 280 Diensttagen Wald- und Wanderwege saniert.

Bei den Aufbauarbeiten für das Kantonale Turnfest in der Nachbargemeinde Wiesendangen vom 17. Juni bis 1. Juli 2005 standen zusammen mit zivilen Helferinnen und Helfern zwei Pionierzüge der Zivilschutzorganisation Winterthur und Umgebung im Einsatz.

Vom 14. bis 21. Juli 2005 fand in Winterthur das International Young Physicists' Tournament (IYPT) statt. Im



Kommandoübergabe von Lorenz Huser (Mitte) an Thomas Engesser (rechts) im Mai 2005.

Auftrag des Stadtrates hat die Zivilschutzorganisation Winterthur die Teilnehmenden verpflegt. Gesamthaft haben die Versorgungseinheiten unter der Leitung von Leutnant Mario Zäch rund 3500 Mahlzeiten (Mittag- und Abendessen) zubereitet und ausgegeben.

Im Auftrag des Bundesamtes für Bevölkerungsschutz (BABS) führte der Zivilschutz Winterthur für die Stiftung Swiss Cor, unter dem Patronat von Altbundesrat Adolf Ogi, vom 9. bis 25. August das Swiss Cor Lager auf dem Glaubenberg im Kanton Obwalden durch. Während zwei Wochen betreuten Zivilschutzpflichtige zusammen mit Militärpersonal und freiwilligen Helferinnen und Helfern 97 sozial benachteiligte und behinderte Kinder aus krisengeschüttelten Gebieten Albaniens, um ihnen ein kostenloses Ferienerlebnis zu ermöglichen. Mit Sport, Spiel, Ausflügen und Klettertagen wurden den Kindern einige unbeschwertere und unvergessliche Tage in einer «heilen Welt» beschert. Dabei ist es dem beherzten, tatkräftigen Einsatz aller beteiligten Helferinnen und Helfer zu verdanken, dass das Lager unfallfrei und mit dem gewünschten Erfolg verlaufen ist. Neben den Ferienerlebnissen stand im Lager auch die konkrete Verbesserung der Gesundheit im Vordergrund. Mediziner und Zahnärzte der Armee untersuchten und betreuten alle Kinder. Von der guten Stimmung auf dem Glaubenberg zeigte sich am Besuchstag vom 20. August auch Alt Bundesrat Adolf Ogi begeistert. Unter den zahlreichen Gästen fanden sich verschiedene Vertreterinnen und Vertreter aus Regierung, Verwaltung, Politik und Militär. Der tagelange Dauerregen hat den Beteiligten die ohnehin sehr anspruchsvolle Aufgabenerfüllung nicht er-



Swiss Cor Lager: Intensive Kinderbetreuung



Swiss Cor Lager: «Olympische Spiele» bereiteten viel Freude

leichtert. Das Lager war vom Unwetter und den damit verbundenen Hochwasserschäden und Erdbeben direkt betroffen. Deshalb musste die Rückreise der Kinder vom Glaubenberg mit einer unplanmässigen Übernachtung in der Zivilschutzanlage Balsberg-Kloten vorgezogen werden.

Das Zivilschutz Stützpunkt-Rettungsdetachement leistete anlässlich des Hochwassers am 22. August dringend benötigte Unterstützung, als es darum ging, so rasch als möglich rund 1000 Sandsäcke abzufüllen. Zu einem Ernstfalleinsatz in Winterthur kam es nicht, da der Wasserstand der Töss knapp unter dem Hochwasser-Alarmpegel blieb. Im Auftrag des Kantons leistete das Stützpunkt-Rettungsdetachement zudem Anfang September während zwei Wochen willkommene Hilfe bei Instandstellungsarbeiten in Meiringen, dessen Gemeindegebiet vom Hochwasser und Unwetter stark in Mitleidenschaft gezogen worden war.

Ende Mai führte die Ergotherapie des Alters- und Pflegezentrums Adlergarten erneut eine Ferienwoche für Heimbewohnerinnen und -bewohner in Gais/Al durch. Wie bereits in den vergangenen Jahren halfen Zivilschutzpflichtige bei der Betreuung der Feriengäste. Im Übrigen konnten im Berichtsjahr wegen des zeit- und personalintensiven Engagements für das Swiss Cor Lager weniger Einsätze für Pflegeinstitutionen geleistet werden als in früheren Jahren.

Gegen Ende Jahr beteiligte sich der Zivilschutz auch an den Vorbereitungsarbeiten für den Empfang des Anfang Dezember gewählten Bundespräsidenten Moritz Leuenberger in der City-Halle. Zivilschutzpflichtige bauten einen separaten Bahnsteig für den Ausstieg der Gäste aus dem Extrazug, errichteten die Tribüne und unterstützten den Verkehrsdienst.

Am ersten Mittwoch im Februar wurde wie jedes Jahr ein Sirenen-Probealarm ausgelöst. Die gesamthaft 48 Sirenen auf dem Gebiet der Zivilschutzorganisation (43 in Winterthur, 5 in den Gemeinden Seuzach, Wiesendangen und Bertschikon) funktionierten einwandfrei.

Das Zivilschutz-Show-Orchester (ZSOW) unter der Leitung von Reto Parolari untermalte mit seinen Darbietungen die öffentliche Verabschiedungsfeier von Stadtrat Dr. Hans Hollenstein nach dessen Wahl in den Regierungsrat des Kantons Zürich. Auch verlieh das ZSOW Ende Mai dem festlichen Abschied von Zivilschutzchef Lorenz Huser und der Kommandoübergabe an Thomas Engesser einen würdigen musikalischen Rahmen. Anlässlich des Swiss Cor Lagers auf den Glaubenberg probte das ZSOW zusammen mit den albanischen Ferienkindern ein Musikstück für einen gemeinsamen Auftritt am Besuchstag ein. Die Kinder beteiligten sich mit Begeisterung an den Proben und genossen es, einmal mit einem grossen Orchester musizieren zu dürfen.

Ende August unterstützte der Kulturgüterschutz den Umzug der Winterthurer Sondersammlungen in ihre neuen Räumlichkeiten. Im Rahmen eines weiteren Dienstleistungs Anlasses Anfang November half der Winterthurer Kulturgüterschutz in den Sondersammlungen beim Archivieren von Briefen und Dokumenten in säurefreien Schutzhüllen und bei der Beschriftung derselben. Anlässlich der Eröffnung des Naturmuseums Winterthur (vormals Naturwissenschaftliche Sammlungen) vom 26. und 27. November leisteten Zivilschutzpflichtige Unterstützung bei der Aufsicht und standen als Helfer für verschiedene Aufgaben zur Verfügung.

Geschäftsstelle ZGF (Ziviler Stadtführungsstab)

Mittels einer Alarmübung wurde die Einsatzbereitschaft des Stadtführungsstabes (ZGF) überprüft. Ergebnis war, dass im Ernstfall zwei Drittel aller Stabsangehörigen sofort und rund 20 Prozent immerhin noch innert Stunden verfügbar gewesen wären. Insgesamt kann die Einsatzbereitschaft als sehr gut bezeichnet werden. Einzelne Mitglieder des ZGF leisteten während des jährlich stattfindenden Winterthurer Albanifestes im Juni Pikettdienst.

Die Fachreferate anlässlich des Jahresschlussrapports standen im Zeichen zweier aktueller Themen: Daniel Schuler, Bärkel Baumann Schuler Ingenieure + Planer AG Winterthur, zeigte anhand eines virtuellen Stadtrundganges in sehr anschaulicher Weise auf, mit welchen teils erheblichen Schäden in der Stadt Winterthur nach einem stärkeren Erdbeben zu rechnen wäre. Der zweite Vortrag von Dr. Danuta Reinholz vom Kantonsärztlichen Dienst des Kantons Zürich befasste sich aus aktuellem Anlass mit dem Thema Grippepandemie und Vogelgrippe. Neben Fakten und Zahlen zum gegenwärtigen Wissensstand bezüglich der Vogelgrippe wurden den Anwesenden die bereits getroffenen Vorbereitungen im Kanton Zürich und die spezifischen Aufgaben der Gemeinden bei Auftreten von Vogelgrippe und Grippepandemie erläutert.

Rettungsdienst Region Winterthur

Im Jahr 2005 leistete der Rettungsdienst Region Winterthur rund 6100 Einsätze, wovon rund 3300 Notfall-Einsätze. Die Interessengemeinschaft Rettungsdienst Region Winterthur (IG Rettungsdienst), deren Geschäftsstelle neu beim Zivilschutzamt Winterthur angesiedelt ist, feierte im Berichtsjahr ihr 25jähriges Bestehen mit ver-

schiedenen Anlässen in Winterthur, Andelfingen, Illnau-Effretikon und Turbenthal. Der Rettungsdienst erhielt im Juli vom Interverband für Rettungswesen das Zertifikat als anerkannter Rettungsdienst IVR. Ferner wurde im Berichtsjahr für die Mitarbeitenden des Rettungsdienstes eine neue Dienstbekleidung beschafft und es konnte ein neues Rettungsfahrzeug in Betrieb genommen werden. Es ersetzt ein altes.

Zivilschutzorganisation (ZSO)

Insgesamt leistete die Organisation im Berichtsjahr 4854 Dienstage, wovon rund 55 % auf Stadtgebiet und 45 % ausserhalb. Für die Werterhaltung der Anlagen und des Materials wurden rund 620 Dienstage eingesetzt. Etwa die Hälfte der Dienstage leistete die Zivilschutzorganisation zugunsten der Gemeinschaft. Für das Swiss Cor Lager wurden rund 1850 Dienstage eingesetzt.

Personelles

Bestand	30.12.2005	30.12.2004
Zivilschutzpflichtige		
– Soll-Bestand (gemäss Richtlinien des Kantons)	900	928
– Ist-Bestand	859	1 117
– davon nicht in Winterthur wohnhaft	70	
Überörtlich Eingeteilte, Zweitkontrolle	104	73

Anlässlich der offiziellen Entlassungsfeier vom 15. Dezember wurden Zivilschutzpflichtige mit Jahrgang 1965 ordnungsgemäss aus der Dienstpflicht verabschiedet.

Zur Unterstützung der Partnerorganisationen im Gesamtverbund Bevölkerungsschutz wurde ein Wassertransport-Sortiment aus Armeebeständen beschafft. Der Zivilschutz ist damit neu in der Lage, 2800 Liter Wasser pro Minute über eine Distanz von 1000 m zu pumpen. Damit können Tanklöschfahrzeuge der Feuerwehr versorgt oder die vorhandenen Wasserbecken mit einem Fassungsvermögen von 35 m³ oder 50 m³ gefüllt werden.

Die bisherigen Sanitätsposten wurden im Zuge der Umsetzung des Zivilschutzkonzepts XXI in Pflegeschutzräume umgewandelt. Das nicht mehr benötigte Sanitätsmaterial wurde zusammengetragen und einer Sammelstelle des kantonalen Amtes für Militär und Zivilschutz zugeführt.

Bauliches

Von den im Berichtsjahr kontrollierten 529 Schutzräumen (Winterthur: 363, Seuzach: 90, Wiesendangen: 61, Bertschikon: 15) mit insgesamt 12 888 Schutzplätzen (Winterthur: 9429, Seuzach: 1690, Wiesendangen: 1560, Bertschikon: 209) mussten rund sieben Prozent beanstandet werden. Für 37 Schutzräume wurden Verfügungen zur Mängelbehebung erlassen. In verschiedenen Schutzräumen führten Zivilschutzpflichtige Unterhaltsarbeiten aus und behoben kleinere Mängel vor Ort.

Im Zentrum Grüzefeld wurde das alte Kipptor aus Sicherheitsgründen durch ein zeitgemässes Rolltor ersetzt.

Übernachtungen in Zivilschutzanlagen (zivile Nutzung)

Im vergangenen Jahr haben gesamthaft 470 Personen in Zivilschutzanlagen übernachtet. Die Zahl der Übernachtungen ist gegenüber dem Vorjahr mit 1557 Personen stark rückläufig.

Der Verein «Mehr Lebensqualität» verpflegte während der Wintermonate – bis zum Ende des Umbaus der Räum-

lichkeiten an der St.Gallerstrasse – in der Zivilschutzanlage Obermühlestrasse mehrmals wöchentlich suchtkranke Menschen mit warmen Mahlzeiten.

In einer weiteren Zivilschutzanlage wurden technische Einrichtungen wie Sicherheitsbeleuchtung und Rauchmelder installiert, damit diese bei einer friedensmässigen Nutzung den Sicherheitsvorschriften entspricht.

Für Zivilschutzanlagen oder Teile davon bestehen zurzeit 51 Mietverträge mit einer Laufzeit von mehr als drei Monaten.

Zivilschutzamt

Baulicher Zivilschutz

Das Kontrollorgan für den baulichen Zivilschutz beurteilt innerhalb des Gebiets der Zivilschutzorganisation Winterthur und Umgebung – also für die Stadt Winterthur sowie die angeschlossenen Gemeinden Seuzach, Wiesendangen und Bertschikon – die hängigen Baugesuche hinsichtlich der Schutzraumbaupflicht.

Baulicher Zivilschutz	2005	2004
Baugesuche betreffend Schutzraumbaupflicht beurteilt **	411	—
Geschäfte (Vernehmlassungen, Bewilligungen)	106	127
Baugesuche (die zum Bau von Schutzräumen führten)	58	81
Schutzraumabnahmen	39	96

** Seit 2005 erhoben

Die Ausgleichsgebietsplanung (AGB) für die Stadt Winterthur wurde im Berichtsjahr überarbeitet. Sie dient der Steuerung des Schutzraumbaus nach Art. 47 des Bundesgesetzes über den Bevölkerungsschutz und den Zivilschutz (BZG) und wird alle fünf Jahre aktualisiert.

Im öffentlichen Schutzraum an der Zwinglistrasse musste die Führungsschiene der Panzerschiebewand erneuert werden, in der Anlage Guggenbühlstrasse erfolgte eine Tankraumsanierung. Das kantonale Amt für Militär und Zivilschutz bewilligte für beide Instandstellungen die Verwendung von Schutzraumsersatzabgaben.

Zentrumsbelegung

Das Zentrum Ohrbühl mit seinem Übungsgelände gelangt für Ausbildungs- und Wiederholungskurse der Zivilschutzpflichtigen zum Einsatz. Mit geeigneten Mitteln werden die vorhandenen Arbeitsstationen jeweils den verschiedenen Aufgabenstellungen angepasst.

Regionale Reparaturstelle

Für das neu angeschaffte Wassertransport-Sortiment wurde ein Occasionsanhänger besorgt und mit zusätzlichen Konstruktionen umgebaut. Für die Zulassung als Arbeitsgerät musste die gesamte Kombination beim Strassenverkehrsamt vorgeführt werden. Ferner haben Mitarbeiter der Reparaturstelle in drei Anlagen umfassende Wartungsarbeiten an den Dieselmotoren der Notstromgruppen vorgenommen.

Gesundheitsamt

Das Gesundheitsamt steht im Dienst einer gesunden und umweltbewussten Stadt. Sein Einsatz gilt der Sicherung einer qualitativ einwandfreien Lebensmittelversorgung, der Unfallverhütung am Arbeitsplatz, der Verbesserung der Luftqualität sowie der Förderung der Volksgesundheit. Im Mai des Berichtsjahrs beschloss der Stadtrat, das Gesundheitsamt und die Umweltschutzfachstelle auf Anfang Januar 2006 zu einem neuen Bereich Umwelt- und Gesundheitsschutz zusammenzuschliessen. Der bisherige Amtsleiter, Thomas Engesser, schied bereits per Ende Mai aus dem Gesundheitsamt aus und übernahm die Führung des städtischen Zivilschutzamtes. Aus diesem Anlass wurde dem Beauftragten für Umweltschutz und Energie, Erik Schmausser, auch die Leitung des Gesundheitsamtes übertragen. Die meisten Aufgaben des bisherigen Gesundheitsamtes werden ab 2006 vom Bereich Umwelt- und Gesundheitsschutz weiter geführt. Die Geschäftsstelle der Interessengemeinschaft Rettungsdienst Region Winterthur wurde auf Mitte Jahr ins Zivilschutzamt eingegliedert.

Gesundheitswesen und öffentliche Hygiene

Ein spezieller Einsatz galt im Berichtsjahr den Präventionsmassnahmen gegen die Vogelgrippe. Das ist eine Virusinfektion, die Wildvögel, Ziervögel, aber auch Geflügel in der Tierhaltung befällt. Der Erreger ist ein Grippevirus A/H5(N1), das zur gleichen Familie wie jenes Virus gehört, das auch Menschen infiziert. Allerdings sind die Vogelviren aggressiver. Sie sind in Tiersekreten zu finden, vor allem im Kot. Solange man nicht in direkten Kontakt mit Geflügel oder Geflügelprodukten kommt, Eier und Geflügelfleisch nicht roh verzehrt, besteht für eine Ansteckung nach bisherigen wissenschaftlichen Erkenntnissen keine Gefahr. Gefürchtet wird von Wissenschaftlern aber die Mutation des Virus, die auch eine Übertragung von Mensch zu Mensch und damit eine epidemische oder pandemische Ausweitung ermöglichen würde.

Täglich gab es neue Meldungen über die Verbreitung der Vogelgrippe, die zunächst auf den asiatischen Raum beschränkt war, mittlerweile aber immer näher an die Grenzen der Europäischen Union heranrückte. Nach den ersten Fällen im europäischen Teil Russlands (südlich von Moskau) erliess der Bundesrat am 25. Oktober eine bis Mitte Dezember geltende, landesweite Stallpflicht für Geflügel, da aus den betroffenen russischen Regionen Zugvogelrouten auch nach Mitteleuropa führen. Im November 2005 kontrollierten Mitarbeitende des städtischen Gesundheitsamts im Auftrag des kantonalen Veterinäramtes rund 120 Geflügelställe auf Stadtgebiet daraufhin, ob die Tiere ordnungsgemäss im Stall oder in abgedeckten Gehegen untergebracht waren.

Das Gesundheitsamt übernahm auch dieses Jahr das Patronat für die Sonderschau «Xund und fit» an der Winterthurer Messe. Wie bereits in den Vorjahren ist das Angebot des Gesundheits-Test-Parcours auf grosses Interesse gestossen. Über 1500 Personen haben sich Tests unterzogen und konnten ihre ermittelten Messresultate von Blutdruck, Cholesterin, Blutzucker, Kreatinin, Körperfett-Anteil und den Bodymass-Index mit einer medizinischen Fachperson besprechen. Die über 3400 Messungen führten der Schweizerische Rotkreuzdienst und die Samaritervereinigung Winterthur durch. In Ergänzung zu diesem Angebot konnten Interessierte am Stand der Hörmittelzentrale Winterthur ihr Hörvermögen testen.

In öffentlichen Schwimm- und Therapiebädern wurden im Berichtsjahr insgesamt 21 Badewasseruntersuchungen durchgeführt. In einem Fall wurde ein erhöhter Harn-

stoffgehalt und bei einer weiteren Untersuchung zu viel Desinfektionsmittel festgestellt. Die bakteriologischen Anforderungen waren in allen Proben eingehalten.

Für die Ortshygiene wurden im Berichtsjahr 21 Privatpersonen beraten, um eine Bekämpfung von Hausungeziefer in ihrer Wohnung durchführen zu können. In 28 Fällen wurden Abklärungen zur Wohnhygiene wie beispielsweise bei Schimmelpilzproblemen oder zur Belastung mit Elektromog durchgeführt.

Die Geschäftsstelle der Interessengemeinschaft Rettungsdienst der Region Winterthur, die unter der Leitung des Departements Sicherheit und Umwelt für die krankentransportdienstliche Versorgung der Region verantwortlich ist, wechselte Mitte Jahr zum Zivilschutzamt. Ebenfalls seit 1. Juli 2005 führt der Rettungsdienst des Kantonsspitals Winterthur die Transporte von psychisch Kranken durch. Die Angaben zum Rettungsdienst finden sich neu im Bericht des Zivilschutzes.

Lebensmittelkontrolle

Der Trend zu mehr Betrieben, welche den Lebensmittelvorschriften unterliegen, setzte sich im Berichtsjahr 2005 mit 90 zusätzlichen Unternehmungen fort; insgesamt waren in Winterthur 1080 solcher Betriebe zu verzeichnen. Im Jahresverlauf wurden 1516 Inspektionen in Lebensmittel verarbeitenden Betrieben, Restaurants, Kantinen und an Festanlässen usw. durchgeführt. Dabei wurden 735 Beanstandungen verzeichnet, also nahezu bei der Hälfte aller Inspektionen. Bei Take-Aways und Gelegenheitswirtschaften lag die Beanstandungsquote gar über 70 %. Die häufigsten Mängel betrafen unzulängliche Betriebs-hygiene, bauliche oder einrichtungsbezogene Mängel, ungenügende Warendeckungen oder Täuschungen sowie unvollständige Selbstkontrolldokumente. In 717 Fällen wurde direkt mit Verfügung vor Ort geahndet, in drei Fällen schriftlich verwarnt und in 15 Fällen Strafanzeige an den Polizeirichter erstattet. In sieben Fällen mussten Lebensmittel beschlagnahmt werden, da sie in ihrem Wert vermindert, verdorben oder mangelhaft deklariert waren. Ein spezielles Augenmerk galt im diesem Berichtsjahr auch Verkaufsläden, die ausländische Kosmetika mit in der Schweiz verbotenen Inhaltsstoffen verkaufen. Eine grössere Anzahl solcher Produkte wurden beschlagnahmt.

Im Auftrag des Kantonalen Labors wurden im Berichtsjahr auf Stadtgebiet insgesamt 584 Lebensmittelproben erhoben. Die Beanstandungsquote aller Proben lag bei rund 23 %, wobei Getreideprodukte sowie Fleisch, Fleischwaren und Fisch überdurchschnittliche Beanstandungsquoten zu verzeichnen hatten. Häufigste Beanstandungsgründe waren zu hohe Keimzahlen, beispielsweise in gekochten Teigwaren, Reis oder Aufschnitt sowie verdorbenes Frittieröl.

Die Lebensmittelkontrolle in den 39 Partnergemeinden hat sich wiederum bewährt und weiter etabliert. Die Zahl der Beanstandungen lag etwa in der gleichen Grössenordnung wie in Winterthur. Auch in diesen Gemeinden haben die zu kontrollierenden Betriebe weiter zugenommen.

Das Jahr 2005 war ein mässiges Pilzjahr. Insgesamt wurden nur 291 kg Pilze kontrolliert, gegenüber 368 kg im Vorjahr. Von diesem Sammelgut mussten 28 kg als ungeniessbar oder giftig konfisziert werden.

Arbeitssicherheit und Gesundheitsschutz

Im Rahmen des Arbeitsgesetzes, des Unfallversicherungsgesetzes sowie der Verordnung über die Unfallverhütung wurden im Jahr 2005 insgesamt 158 Betriebe kontrolliert. In 120 Betrieben, die einer Umsetzungspflicht



Stolperfallen bei der Arbeit

unterliegen, wurden Betriebskontrollen nach der Richtlinie über den Beizug von Arbeitsärzten und anderen Spezialisten der Arbeitssicherheit (ASA) durchgeführt. Von diesen Betrieben verfügten 72 über eine ausreichende Dokumentation, die entweder auf einer Branchenlösung oder auf einer individuellen Lösung basieren und eine ordentliche Systemkontrolle zulassen. Bei den restlichen 48 Betrieben wurden Vorabklärungen durchgeführt und die Verantwortlichen mit entsprechendem Informationsmaterial und individueller Beratung unterstützt. Bei weiteren 127 Betrieben erfolgten schriftliche Standortbestimmungen bezüglich Umsetzungsstand der ASA-Richtlinie.

Von den kontrollierten Betrieben mussten insgesamt 20 schriftlich auf Missstände hingewiesen und deren Behebung gemahnt werden. Am häufigsten zu beanstanden waren mangelnde Sicht ins Freie, keine getrennten Toiletten für Damen und Herren und fehlende Treppenhandläufe.

Von den 67 städtischen Betrieben, Bereichen und Ämtern, welche ebenfalls der ASA-Richtlinie unterliegen, haben Ende des Berichtsjahrs 28 die Anforderungen umgesetzt. In 34 ist die Umsetzung noch im Gang, und fünf haben die Arbeit noch nicht in Angriff genommen.

Neben den eigentlichen Betriebsbesuchen wurden für gewerbliche und industrielle Betriebe 144 Planbegutachtungen vorgenommen und zuhänden des Kantonalen Strassenverkehrsamtes 16 Anträge für eine Garagennummer überprüft. Seit dem Inkrafttreten der Leistungsvereinbarung mit dem kantonalen Amt für Wirtschaft und Arbeit (AWA) am 1. Januar 2003, wurde erstmals eine Plangenehmigung für einen ergänzenden Neubau eines industriellen Betriebs in Winterthur durchgeführt. Mittlerweile hat das Gesundheitsamt alle Dossiers der industriellen Betriebe in Winterthur vom AWA übernommen und aktualisiert sie nun laufend. Auch in der vom AWA und den beiden Städten Zürich und Winterthur gemeinsam genutzten Betriebsdatenbank werden die Angaben zu den rund 3500 Winterthurer Firmen kontinuierlich nachgeführt.

Immissionsschutz

Die Schadstoffbelastung der Luft lag im Bereich der vergangenen Jahre. An der Messstation Obertor war der 1-Stunden-Grenzwert von $120 \mu\text{g}/\text{m}^3$ für Ozon 114 Mal an insgesamt 27 Tagen überschritten, an der Messstation Oberseen 162 Mal an 34 Tagen. Diese Grenzwertüberschreitungen waren somit deutlich tiefer als in den letzten Jahren. Der am Obertor maximal gemessene Stundenmittelwert für Ozon lag mit $182 \mu\text{g}/\text{m}^3$ leicht höher als im Vorjahr und somit nach wie vor deutlich über dem Grenzwert. Bei den maximalen Belastungen zeichnet sich kein Rückgang ab.

Für die Stickstoffdioxidbelastung (NO_2) verzeichnete die Messstation Obertor in der Altstadt ein Jahresmittelwert von $31 \mu\text{g}/\text{m}^3$. Dieser Werte ist gegenüber dem Vorjahr leicht angestiegen und liegt etwas über dem Langzeitgrenzwert von $30 \mu\text{g}/\text{m}^3$. Der Tagesmittelgrenzwert von $80 \mu\text{g}/\text{m}^3$ wurde im Februar einmal überschritten und erreichte einen Wert von $83 \mu\text{g}/\text{m}^3$. Die an fünf Standorten über das gesamte Stadtgebiet verteilten NO_2 -Passivsammler ergaben Jahresmittelwerte zwischen $18 \mu\text{g}/\text{m}^3$ (Sägeweg) und $56 \mu\text{g}/\text{m}^3$ (Technikumstrasse). Die Schwefeldioxidmesswerte (SO_2) haben sich weiterhin auf tiefem Niveau stabilisiert und liegen nach wie vor deutlich unter den Grenzwerten.

Der lungengängige Schwebestaubanteil in der Luft mit der Bezeichnung PM10 (Partikeldurchmesser von weniger als 10 Mikrometer) lag am Obertor mit einem Jahresmittelwert von $22 \mu\text{g}/\text{m}^3$ leicht über dem Grenzwert der Luftreinhalte-Verordnung von $20 \mu\text{g}/\text{m}^3$. Insgesamt waren sieben Überschreitungen des Tagesmittelgrenzwertes zu verzeichnen, mit einem höchsten Tagesmittelwert von $66 \mu\text{g}/\text{m}^3$ im Februar.

Im Berichtsjahr wurden zu Kontrollzwecken und zur Information der Öffentlichkeit für das Stadtgebiet die Emissionen der Luftschadstoffe sowie der drei wichtigsten Treibhausgase im Jahr 2004 abgeschätzt. Solche Emissionsbilanzen werden periodisch erstellt, letztes Mal geschah dies für das Jahr 2000. Die Ergebnisse werden in der Broschüre «Winterthur in Zahlen», im «Umweltbericht 2005» sowie im Internet publiziert. Bei den Luftschadstoffen NO_2 , SO_2 und den flüchtigen Kohlenwasserstoffen zeigt sich dank der technischen Schutzmassnahmen ein weiterer Rückgang. Beim Feinstaub (PM10) war es erstmals methodisch möglich, die Emissionen aus Abrieb und Aufwirbelung zu berücksichtigen. Ein Vergleich mit den Vorjahren ist daher hier nur bedingt möglich. Ein Anstieg ist bei Kohlenmonoxid (CO) festzustellen, was hauptsächlich auf die Zunahme des motorisierten Verkehrs zurückzuführen ist. Die Emissionen des mengenmässig wichtig-



Bruno Busato beim Wechseln der Filter an der Messstation.

sten Treibhausgases Kohlendioxid (CO₂) sind seit 2000 leicht angestiegen. (Weiter führende Informationen finden sich im «Umweltbericht 2005».)

Campingplatz am Schützenweiher

In den Sommermonaten besuchten rund 1850 Touristen den Campingplatz am Schützenweiher. Gegenüber dem Vorjahr bedeutet dies ein leichter Rückgang, wobei die Anzahl Übernachtungen in etwa stabil blieb. Demgegenüber war für die Wintermonate erneut ein markanter Anstieg bei den Übernachtungen zu verzeichnen.

Statistische Angaben

Lebensmittelkontrolle	2005	2004
<i>Lebensmittelkontrollen/Inspektionen</i>		
Anzahl Kontrollen	1 516	961
Beanstandungen 735 (496)	48 %	52 %
<i>Pilzkontrolle</i>		
Total Besucher/innen der Pilzkontrolle	301	352
Kontrollierte Pilze in kg	292	368
Davon ungeniessbar und giftig in kg	28	26
<i>Bauliche Kontrollen Lebensmittelbetriebe</i>		
Planbegutachtungen	59	54
Besprechungen	76	64
Bauabnahmen	47	48

Untersuchungen/Analysen

<i>Lebensmitteluntersuchungen im Kantonalen Laboratorium:</i>		
Anzahl Proben	584	490
davon Beanstandungen: 142 (135) Proben	23 %	25 %
Beschlagnahmungen	7	5

Ergebnisse der Luftuntersuchungen

Feste Messstationen	Jahresmittelwerte (µg/m ³)	2005	2004
	SO ₂	SO ₂	
Obertor (Altstadt)	5	4	
Rychenberg (Oberwinterthur)	–	3	
	NO ₂	NO ₂	
Obertor (Altstadt)	31	30	
Rychenberg (Oberwinterthur)	–	28	
Sulzer (Oberwinterthur)	–	44	
<i>Stickstoffdioxid-Passivsammler</i>	NO ₂	NO ₂	
Höchster Jahresmittelwert	56	55	
Tiefster Jahresmittelwert	18	19	
<i>Ozon, Messstation Obertor</i>			
Max. Stundenmittel (µg/m ³)	182	171	
1-Stunden-Grenzwertüberschreitungen	114	152	
Tage mit Grenzwertüberschreitungen	27	33	
<i>Ozon, Messstation Oberseen</i>			
Max. Stundenmittel (µg/m ³)	184	176	
1-Stunden-Grenzwertüberschreitungen	162	169	
Tage mit Grenzwertüberschreitungen	34	38	
<i>Schwebstaub, Messstation Obertor (TEOM-Messgerät)</i>			
Jahresmittelwert	22	21	
Tage mit Grenzwertüberschreitungen	7	13	
<i>LRV-Grenzwerte</i>			
Schwefeldioxid	SO ₂ 30 µg/m ³	Jahresmittelwert	
Stickstoffdioxid	NO ₂ 30 µg/m ³	Jahresmittelwert	
Ozon	O ₃ 120 µg/m ³	1-Stunden-Grenzwert	
Schwebstaub	PM10 20 µg/m ³	Jahresmittelwert	
	PM10 50 µg/m ³	Tagesmittelwert	

Campingplatz	2005	2004
Sommerbetrieb:		
Gäste	1 850	1 959
Übernachtungen	10 499	10 163
Winterbetrieb:		
Wohnwagen	49	49
Übernachtungen	12 660	10 540
Dauerstandplätze:		
Anzahl Einheiten	6,5	6,5

Abdeckerei

Umgeschlagene Tonnen	55	61
Öffentliche Sammelstellen	14	16

Melde- und Zivilstandswesen*

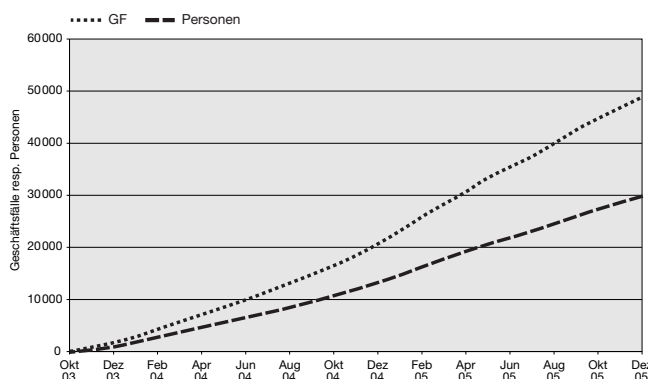
Dieses Berichtsjahr war in sämtlichen Bereichen vor allem durch eine hohe Geschäftslast gekennzeichnet. Der Bevölkerungszuwachs in der Stadt Winterthur hielt mit 662 Zuzügerinnen und Zuzüger weiter an, wenn auch nicht mehr im gleichen Ausmass wie im Vorjahr. Am 31. Dezember 2005 waren 96 144 Einwohnerinnen und Einwohner gemeldet, davon 23,5 Prozent ausländische Staatsangehörige. Das Bevölkerungswachstum – verbunden mit zahlreichen Adresswechseln innerhalb der Stadt und einer unvermindert hohen Nachfrage nach Reisedokumenten – war die Hauptursache dafür, dass die Zahl der Personen, welche die Dienstleistungen der Einwohnerkontrolle in Anspruch genommen haben, um 5 Prozent angewachsen ist. Dank der Möglichkeit, viele Geschäfte direkt übers Internet abzuwickeln, erhöhte sich der Anteil der Schalterkontakte im Jahresvergleich aber lediglich um 3 Prozent. Demgegenüber nahmen die Internetkontakte dem allgemeinen Trend folgend um mehr als die Hälfte zu. In Relation zu den Schalterkontakten betrug der Anteil der Internetgeschäfte im Jahr 2005 bereits 8 Prozent, während er sich im vorangegangenen Jahr noch auf rund 5 Prozent belief. Über Schalter und Internet zählte die Einwohnerkontrolle im Berichtsjahr insgesamt 61 983 Kundenkontakte. Unter Einbezug auch der telefonischen und schriftlichen Anfragen sowie der sonstigen Aufträge aller Art ergeben sich weit über 100 000 Dienstleistungen.

Zum allerersten Mal überhaupt fanden im Berichtsjahr in Winterthur 7 Abstimmungen statt. Als Folge davon wurden in diesem Zeitraum gesamthaft 165 139 schriftliche und 3208 vorzeitige Stimmabgaben bearbeitet. Zusammen mit den 25 124 Unterschriften für Initiativen und Referenden ergab dies ein Total von 193 471 Stimmabgabe- und Unterschriftskontrollen (151 693 im Vorjahr).

Die Einführung des zentralen eidgenössischen Zivilstandsregisters InfoStar verläuft weiterhin planmässig. Seit Projektbeginn sind im Rahmen der Nacherfassung schweizweit bereits 2,8 Millionen Personen im neuen elektronischen Zivilstandsregister aufgenommen worden, wovon allein im letzten Jahr 17 000 Personen durch das Zivilstandsamt Winterthur. Nachdem die Systemeinführung in den vergangenen Jahren insgesamt ohne nennenswerte Probleme verlaufen ist, können nun auch sämtliche neuen Zivilstandsereignisse kontinuierlich mit InfoStar erfasst und beurkundet werden. Als jüngste Neuerung ist zu erwähnen, dass sich seit vergangener Juli auch sämtliche personenrelevanten Gerichts- und Verwaltungsentscheide in der zentralen Datenbank verarbeiten lassen. Die damit verbundenen Arbeitsvorgänge sind allerdings – insbesondere bei ausländischen Dokumenten und unklarer Aktenlage – bisweilen mit sehr viel Recherche- und Prüfungsaufwand verbunden. Das Zivilstandsamt ist heute bei folgenden Zivilstandsfällen zu einer Überprüfung der Identität (Personalien) verpflichtet: Geburten, Einbürgerungen, Eheschliessungen, Scheidungen sowie anderen Zivilstandsänderungen. Rückblickend ist in diesem Zusammenhang bemerkenswert, dass die Kindsanerkennungen im vergangenen Jahr einen neuen Rekord verzeichnet haben: Insgesamt wurden 204 Kinder anerkannt, was im Vergleich zum Jahr 2001 in etwa einer Verdoppelung entspricht.

Die Möglichkeit, sich an einem Samstag trauen zu lassen, war auch in diesem Jahr sehr gefragt. Im Jahresverlauf machten 103 Paare von diesem Angebot Gebrauch. Gesamthaft liessen sich 880 Paare (Vorjahr 820) trauen,

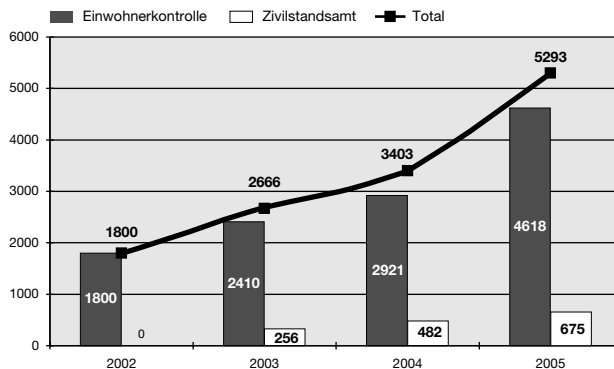
Total eingegebene Geschäftsfälle resp. aufgenommene Personen in InfoStar



Planmässige Umsetzung des Projekts InfoStar

Die Datenaufnahme in das gesamtschweizerische Zivilstandsregister InfoStar kommt auch im Zivilstandskreis Winterthur planmässig voran. Die vom Bund vorgeschriebene obligatorische Rückerfassung der Gemeindebürgerinnen und -bürger (Familienregister-Blätteröffnungen nach 1. Januar 1988) konnte bereits für die Gemeinden Altikon, Bertschikon, Brütten, Dägerlen, Dättlikon, Dinhard, Elgg, Ellikon a.d. Thur, Elsau, Hagenbuch, Hettlingen und Hofstetten abgeschlossen werden.

Entwicklung Internetkontakte



Erfreuliche Entwicklung der Internet-Dienstleistungen

Die Zahl der Personen, welche die Internet-Dienstleistungen in Anspruch nehmen, nimmt stetig zu. Bei der Einwohnerkontrolle machen die Internetgeschäfte bereits 8 Prozent der Schalterkontakte aus. Der markante Anstieg gegenüber dem Vorjahr ist darauf zurück zu führen, dass neuerdings zahlreiche Liegenschaftsverwaltungen ihre Mietwechsel via Internet melden. Der Zuwachs in diesem Bereich betrug 300 Prozent.

und 5 gleichgeschlechtliche Paare (Vorjahr 16) ihre Partnerschaft registrieren. Das Museum Lindengut hat sich als Traulokal auch für Paare aus den anderen Bezirksgemeinden weiter etabliert. Derweil ist die Zahl der ausserhalb von Winterthur im Bezirk durchgeführten Trauungen markant rückläufig; lediglich noch in Seuzach und Wiesendangen liessen sich insgesamt 6 Paare trauen. In den übrigen Gemeinden des Bezirks fanden im vergangenen Jahr gar keine Trauungen mehr statt. Seit dem 1. Januar 2005 sind sämtliche Eheschliessungen im Kanton Zürich kostenpflichtig. An normalen Arbeitstagen betragen die Kosten für eine Trauung 50 Franken, am Samstag 100 Franken. Diese Neuerung hat bei den Heiratswilligen kaum zu Beanstandungen geführt. Die Hitparade der beliebtesten Hochzeitsmonate wird angeführt vom Mai mit 120 Trauungen, gefolgt vom Juli mit 115 und September mit 110 Trauungen. Die anderen Monate verzeichneten weniger als 100 Trauungen; im Januar beispielsweise wollten sich nur 31 Paare trauen lassen.

Ferner wurden im Berichtsjahr 1684 Geburten registriert. Die Hitliste der Mädchennamen führt Sarah / Sara (17) an, gefolgt von Nina (15); bei den Knabennamen waren Tim (15) und Simon (12) am beliebtesten.

* Der Bereich Melde- und Zivilstandswesen ist eine Pilotorganisation der «Wirkungsorientierten Verwaltungsführung» (WOV). Die ausführliche Berichterstattung erfolgt im Rahmen dieses Projekts in separater Form.

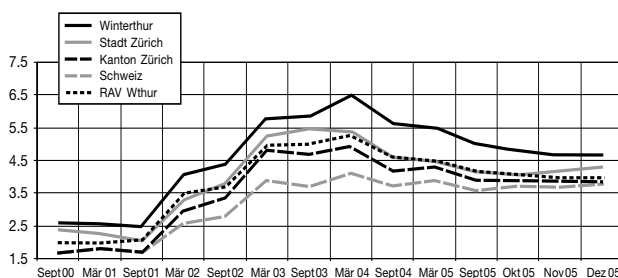
Der Personalbestand des Bereichs Melde- und Zivilstandswesen nahm im Berichtsjahr trotz zunehmendem Geschäftsvolumen leicht ab. Diese gegenläufige Entwicklung ist hauptsächlich darauf zurückzuführen, dass dank den Möglichkeiten moderner Kommunikationstechnologie sich verschiedene Arbeitsabläufe Ressourcen sparend wesentlich einfacher und effizienter gestalten liessen. Allen voran hat der verstärkte Einsatz des Internets auch in dieser Beziehung ungeahnte Möglichkeiten gebracht, wovon die Bevölkerung und die öffentliche Hand gleichermaßen profitieren.

Arbeitsamt

Die insgesamt erfreuliche Entwicklung der Schweizer Konjunktur hat im Berichtsjahr auch auf dem Arbeitsmarkt ihren Niederschlag gefunden und zu einer allmählichen Entspannung der Beschäftigungslage geführt. Ende Jahr betrug die Arbeitslosenquote in der Schweiz 3,8 %, was gegenüber dem Vorjahr einem Rückgang von 0,1 % entspricht. In Winterthur sank die Beschäftigungslosigkeit innert Jahresfrist um 0,7 % auf 4,7 %. Ende Dezember waren 2617 Personen als arbeitslos gemeldet. Trotz dieser insgesamt erfreulichen Entwicklung blieb die Arbeitslosigkeit in Winterthur im Vergleich zu anderen Städten und Kantonen weiterhin überdurchschnittlich hoch.

Am 31. Dezember 2005 ging in Winterthur eine Ära zu Ende. Nachdem die Stadt 108 Jahre lang ein eigenes Arbeitsamt geführt hatte, wurde dieses per Ende des Berichtsjahrs aufgelöst. Das Regionale Arbeitsvermittlungszentrum (RAV) wird ab 1. Januar 2006 vom Kanton übernommen und die Koordinationsstelle für Arbeitsprojekte (KAP) auf den gleichen Zeitpunkt ins Departement Sozialen eingegliedert.

Vergleich Arbeitslosenquote



Arbeitsmarkt Winterthur

Bereits in der zweiten Jahreshälfte des Vorjahres zeichnete sich eine allmähliche Verbesserung der Arbeitsmarktlage ab, nachdem die Arbeitslosigkeit im Februar 2004 mit einer Quote von 6,6 % zunächst noch einen historischen Höchststand erreicht hatte. Dieser spürbare Trend hin zu einer Entspannung der Beschäftigungssituation setzte sich auch im Berichtsjahr 2005 fort, wenngleich zu Beginn in den Wintermonaten vor allem saisonal bedingt nochmals ein letzter Anstieg der Beschäftigungslosen zu verzeichnen war. Im Jahresdurchschnitt sank die Arbeitslosigkeit in Winterthur um 0,7 Prozentpunkte von 5,9 auf 5,2 %. Ab September lag die Quote wieder unter 5 %, einem Wert, der letztmals im Oktober 2002 erreicht worden war. Zu dieser insgesamt erfreulichen Entwicklung trug massgeblich bei, dass die hiesigen Betriebe wieder we-

sentlich stärker ausgelastet und auf zusätzliche personelle Ressourcen angewiesen waren. Vor allem für besser qualifizierte Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer hat sich das Stellenangebot im Berichtsjahr wieder merklich verbessert.

Erste Erfahrungen mit den bilateralen Verträgen mit der EU zeigen, dass die grenzüberschreitende Personalrekrutierung in einzelnen Branchen – z.B. im Baunebengewerbe, Gastgewerbe und im Finanzsektor – spürbar zugenommen hat. Seit Mitte 2004 ist der schweizerische Arbeitsmarkt auch für ausländische Arbeitnehmende aus den «alten» EU-Ländern geöffnet. Diesen wird vom kantonalen Amt für Wirtschaft und Arbeit eine Arbeitsbewilligung erteilt, sobald die fraglichen Arbeitsbedingungen nachweislich orts- und branchenüblich sind. Die einheimischen Arbeitnehmenden haben keinen Vorrang mehr. Diese Liberalisierung stellt für die Beschäftigungslosen eine zusätzliche Herausforderung dar, müssen sie sich doch nun auf dem Arbeitsmarkt nicht mehr nur gegen einheimische, sondern zusätzlich auch gegen ausländische Konkurrenz behaupten. Sofern sich die derzeitige konjunkturelle Erholung als dauerhaft erweist, darf dennoch davon ausgegangen werden, dass den hiesigen Stellensuchenden, sofern sie über berufliche Mindestqualifikationen verfügen, grossteils die (Wieder-)Eingliederung in den primären Arbeitsmarkt gelingt. Einen wesentlichen Beitrag zur Erreichung dieses Ziels vermögen auch die qualifizierenden Massnahmen und übrigen arbeitsmarktlichen Instrumente zu leisten.

Einige Arbeitsmarktdaten von Winterthur im Jahresvergleich

	Dez. 2004	Dez. 2005	Veränderung	in %
Arbeitslosenquote	5,5 %	4,7 %	- 0,8 %	
Arbeitslose total	2 795	2 399	- 396	- 14 %
- Männer	1 535	1 300	- 235	- 15 %
- Frauen	1 260	1 099	- 161	- 13 %
Anteil Ausländer/innen	46 %	45 %	- 1 %	
Langzeitarbeitslose	614	501	- 113	- 18 %

Regionales Arbeitsvermittlungszentrum RAV

Rückgang auch in den Gemeinden

Die Zahl der Stellensuchenden und Arbeitslosen hat sich in den 21 Gemeinden des RAV-Gebiets Winterthur unterschiedlich entwickelt. Zwar konnten bisher stark belastete Gemeinden wie Zell, Pfungen oder Elgg markante Rückgänge verzeichnen; insgesamt hat die Beschäftigungslosigkeit jedoch nur in sechs Gemeinden abgenommen. Die Zahlen der übrigen Gemeinden blieben unverändert oder stiegen noch an. Im Verhältnis zur Bevölkerungszahl weiterhin am stärksten betroffen ist die Gemeinde Zell mit 92 Arbeitslosen.

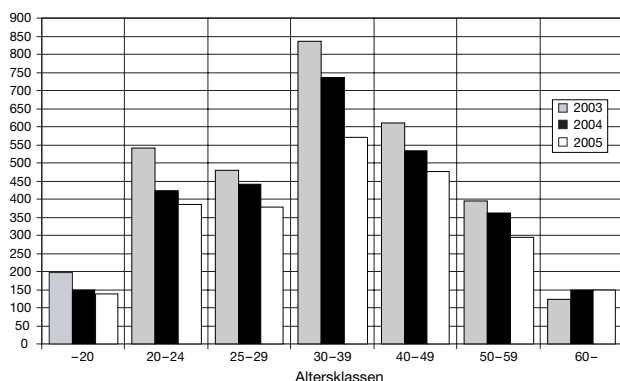
Auch die Gemeindebehörden sehen sich zunehmend mit dem Problem der Langzeitarbeitslosigkeit und der damit verknüpften Sozialhilfekosten konfrontiert. Das RAV übernimmt in diesem Bereich weiterhin die arbeitsmarktliche Betreuung. Ferner steht den Gemeinden in Fragen der Wiedereingliederung und Integrationsmassnahmen für Sozialhilfe Beziehende das interinstitutionelle Projekt «Work-In» der KAP Winterthur zur Verfügung. Dessen Dienstleistungen sind auch für die Bezirksgemeinden zugänglich. An einer Veranstaltung der kommunalen Sozialvorsteherinnen und -vorsteher wurde über dieses Angebot orientiert.

Der Personalbestand des RAV blieb im Wesentlichen unverändert und lag im Rahmen des kantonalen Richt-

wertes, der bei 100 Stellensuchenden pro Personalberaterin bzw. -berater liegt. Fortgeführt wurde das Bestreben, die Mitarbeitenden fachbezogen aus- und weiterzubilden. An erster Stelle steht dabei die eidg. Diplomausbildung zur Personalberaterin bzw. zum -berater, welche vom Bund für einen Grossteil der Angestellten vorgeschrieben wird. Mittelfristig ist vorgesehen, den Anteil der ausgebildeten Personalberater/innen bei der Finanzierung der einzelnen RAV zu berücksichtigen. Im Weiteren wurden individuelle Weiterbildungen zur Förderung der persönlichen und fachlichen Kompetenzen ermöglicht.

Nach der Ankündigung der USEGO, ihren Betrieb in Winterthur zu schliessen, musste befürchtet werden, dass die Stadt Winterthur ein weiteres Mal mit einer Vielzahl von Stellensuchenden belastet wird. Dank einer intensiven Zusammenarbeit zwischen dem Unternehmen, einer privaten Arbeitsvermittlung und dem RAV gelang es, für die meisten der betroffenen Arbeitnehmenden eine Anschlusslösung zu finden.

Vergleich Arbeitslosigkeit nach Alter
(Stichtag 31. Dezember)



Rückgang in den meisten Altersklassen

Die Veränderung der Arbeitslosigkeit nach Altersklassen zeigt für einmal ein einheitliches Bild, ist doch für sämtliche Kategorien ein Rückgang zu verzeichnen. Die sichtbarste Entspannung trat bei den mittleren Altersklassen ein, wo sich der grösste Anteil an gut qualifizierten Personen befindet. Erfreulich ist auch die Abnahme bei den unter 20-Jährigen. Dies ist unter anderem auf den weiteren Ausbau der Eingliederungsprojekte für Jugendliche zurückzuführen.

Qualifizierung der stellensuchenden Personen

Eine erfolgreiche Stellensuche setzt das Vorhandensein bestimmter Schlüsselqualifikationen voraus, die den gestiegenen Anforderungen am Arbeitsmarkt entsprechen. Die Stellensuchenden und die Personalberatung legen gemeinsam fest, welche qualifizierende Massnahme am besten geeignet ist, die Zeit der Stellensuche möglichst kurz zu halten und den beruflichen Wiedereinstieg zu erleichtern. Das Angebot an qualifizierenden Massnahmen enthält eine breite Palette von standardisierten Kursen zu verschiedensten Themen, von der persönlichen Standortbestimmung über Grundkenntnisse in Informatik bis hin zu Sprachlehrgängen. Darüber hinaus können berufliche Fähigkeiten auch mittels individueller Massnahmen verbessert werden, sofern Aussicht besteht, dass dadurch die Arbeitsmarktfähigkeit erhöht wird. Das breit gefächerte Massnahmenangebot wurde auch im vorliegenden Berichtsjahr rege genutzt.

Art der Weiterbildung	Jahr 2004	Jahr 2005 (11 Monate)
Sprachkurse	636	413
Informatikkurse	590	370
Standortbestimmungs- und Persönlichkeitsorientierungskurse	1 853	1 691
Fachkurse (wie Hauswartkurse, Schweisskurse, Hotel, Gastronomie, CAD-Kurse, Kranführer)...	577	472
Vorübergehende Beschäftigung bei Koordinationsstelle für Arbeitsprojekte (KAP) und weiteren Anbietern	610	538
Motivationssemester für Jugendliche	277	175
Total	4 543	3 659

Vermittlungstätigkeit

Die Bemühungen des RAV, den Arbeitgebern mittels einer verfeinerten Vorselektion von geeigneten Stellensuchenden gute Dienste anzubieten, wurden auch im Berichtsjahr gezielt fortgeführt. Im Rahmen der kantonalen Vermittlungsstrategie sind die einzelnen RAV gefordert, die gemeldeten Vakanzen allenfalls auch RAV-übergreifend zu besetzen. Die Pflege der kundenorientierten Vermittlungstätigkeit ist ein langer, arbeitsintensiver Prozess. Ziel ist es, die Beziehungen zwischen Arbeitbietenden und RAV zu festigen und auf eine Basis gegenseitigen Vertrauens zu stellen, damit bei einem ausgeglichenen Arbeitsmarkt auch weniger gut Qualifizierte vermittelt werden können.

Branche	2004			2005		
	Aufnahme neuer Stellen	Zuwei- sungen	Vermittelte Stellen	Aufnahme neuer Stellen	Zuwei- sungen	Vermittelte Stellen
Baugewerbe, Metallindustrie, Logistik und Reinigung	1 093	2 263	303	840	1 600	213
Kaufmännische Berufe, Verkauf und Produktion	310	1 294	120	407	1 105	178
Gastgewerbe, Gesundheit, Bildung und Informatik	559	2 470	222	527	2 021	213
Total	1 962	6 027	645	1 774	4 726	604

Treffpunkt Horizont

Der offene Treffpunkt Horizont wurde erneut stark frequentiert und verzeichnete rund 25 000 Besuche. Sein vielfältiges Angebot umfasst zweckmässige Infrastruktur und verschiedene Dienstleistungen zur indirekten Unterstützung bei der Stellensuche, wie Schreibstube, Lesecke, Computer mit Internetzugang sowie, bei Bedarf, persönliche Beratung und fachliche Unterstützung bei der Redaktion von Lebensläufen und Bewerbungsschreiben.

Trägerschaft des RAV Winterthur/ Integration in die Strukturen der kantonalen RAV

Seit der landesweiten Einführung der RAV im Jahr 1997 wurde das hiesige RAV von der Stadt Winterthur geführt. Die Wahrnehmung dieser Aufgabe beruhte auf einer Leistungsvereinbarung mit dem Kanton Zürich. Die Stadt Winterthur sah sich in den vergangenen Jahren und Jahrzehnten zu einer aktiven Arbeitsmarktpolitik veranlasst. Die weit reichenden Umstrukturierungen mit massivem Stellenabbau im industriellen Bereich schwächten den Wirtschaftsstandort Winterthur empfindlich und hinterliessen eine grosse Beschäftigungslücke. Seither kämpft die Stadt mit einer überdurchschnittlich hohen Arbeitslosenquote und stark gestiegenen Sozialhilfekosten, die den Finanzhaushalt erheblich belasten. Unter diesen schwierigen Bedingungen war das RAV für Winterthur eine wich-

tige Schnittstelle zwischen Stellensuchenden und Arbeitgebern, um im engen Kontakt mit den Sozialpartnern der hohen Beschäftigungslosigkeit entgegenzuwirken. Die städtische Leitung des RAV ermöglichte es auch, die wichtigsten arbeitsmarktlischen Instrumente unter einheitlicher Führung zusammenzufassen und trug damit wesentlich dazu bei, dass die Stadt ihre Arbeitsmarktpolitik mit gebündelten Kräften zielgerichtet, wirtschaftsnah und regional eingebettet konzipieren und umsetzen konnte. Dessen ungeachtet lehnte es die kantonale Volkswirtschaftsdirektion im Frühjahr ab, die RAV-Trägerschaft der Stadt Winterthur über das Jahr 2005 hinaus zu verlängern. Sie stellte klar, diese Aufgabe fortan auch im Bezirk Winterthur selber wahrnehmen zu wollen. Der Stadtrat nahm diesen Entscheid mit Bedauern zur Kenntnis, geht ihm doch mit dem RAV das Kernstück seines arbeitsmarktpolitischen Netzwerkes verloren.

Als Folge dieses Entscheids wurde das RAV mit seinen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern Ende 2005 ins kantonale Amt für Wirtschaft und Arbeit (AWA) überführt. Der damit betrauten Projektorganisation ging es dabei in erster Linie darum, für die betroffenen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter möglichst optimale Weiterbeschäftigungskonditionen auszuhandeln. Im Ergebnis hat der Kanton mit Ausnahme von zwei Stabsmitarbeitern, für die sich andere Anschlusslösungen ergaben, sämtliche städtischen RAV-Mitarbeiterinnen und -Mitarbeiter zu den bisherigen Beschäftigungsbedingungen übernommen. Auch im finanziellen und infrastrukturellen Bereich konnten sämtliche Überführungsarbeiten rechtzeitig beendet werden, so dass das RAV Winterthur seinen Betrieb termingerecht per 1. Januar 2006 in den kantonalen Strukturen aufnehmen kann.

Koordinationsstelle für Arbeitsprojekte (KAP)

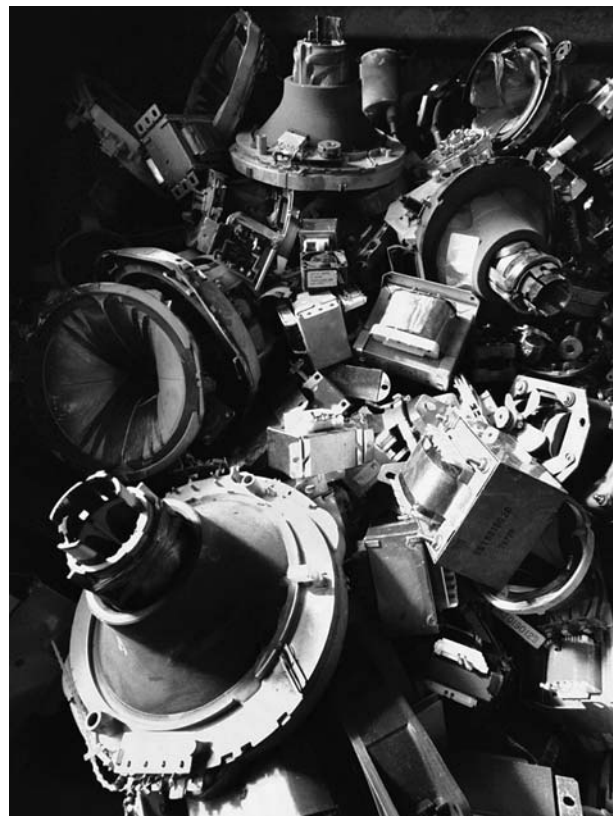
2005 – Umbruch

KAP – vom DSU zum DSO

Um nach dem Verlust des RAV die berufliche Reintegration von Stellensuchenden weiterhin möglichst zielgerichtet und vernetzt wahrnehmen zu können, hat der Stadtrat diese Aufgabe innerhalb der Stadtverwaltung neu zugeteilt. Er beschloss, die KAP per 1. Januar 2006 neu im Departement Soziales anzusiedeln. Diese Massnahme ermöglicht eine noch engere Zusammenarbeit zwischen Sozialhilfe und KAP. Dank dieser erhält die Zielsetzung der Sozialhilfe, Sozialhilfebeziehende wieder in den Arbeitsmarkt einzugliedern bzw. ihre Arbeitsmarktfähigkeit zu erhalten, zusätzliches Gewicht. Eine Intensivierung der Zusammenarbeit ist zudem Gegenstand des Projektes «Arbeitsintegration» und «Arbeit statt Fürsorge» im Rahmen des städtischen Sparpakets Haushaltssanierung 07. Dieses Projekt zielt darauf ab, mit Hilfe von massgeschneiderten Integrationsmassnahmen die berufliche und soziale Integration von Sozialhilfebeziehenden zu fördern und damit langfristig deren Zahl zu reduzieren. Zu diesem Zweck soll künftig auch der Einbezug der Sozialpartner noch verstärkt werden.

KAP – Dienstleisterin für RAV, Soziale Dienste und Jugend

Die KAP offeriert Arbeitsprojekte für Stellensuchende des RAV, für Sozialhilfe beziehende Personen und für junge Menschen, die ohne Anschlusslösung aus der



Aus alt wird neu

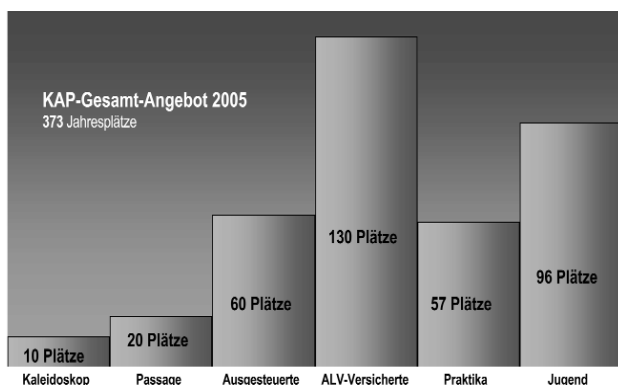
Schule kommen. Ziel dieser Massnahmen ist eine verbesserte berufliche Qualifizierung durch Arbeitseinsätze, Kurse und fachliche Betreuung, um den Betroffenen den Ein- oder Wiedereinstieg in ein reguläres Beschäftigungsverhältnis zu erleichtern. Eine feste Arbeitsstelle verhilft zu gesellschaftlicher Anerkennung und fördert das Selbstwertgefühl, weil der Lebensunterhalt selber bestritten werden kann. Zugleich werden Sozialversicherungen und Fürsorge dadurch finanziell entlastet.

Namhafte Bundesmittel

Auch im vorliegenden Berichtsjahr stammten 62 % der benötigten Mittel aus der vom Bund finanzierten Arbeitslosenversicherung. Der Kanton leistete einen Beitrag von 5 % als Anteil an die Programmkosten für vermittlungsfähige Ausgesteuerte. Die Aufwendungen der Stadt Winterthur machten einen Anteil an den Gesamtkosten von rund 30 % aus, wovon 11 % auf die Sozialhilfe und 19 % auf die KAP entfielen. Die Rückerstattungen von Gemeinden und Beiträge von Arbeitgebern beliefen sich auf 2,5%. Trotz einem erneuten Ausbau des Angebots an Arbeitsprojekten, der dank rund 10 % (28 %) höheren Bundesbeiträgen möglich wurde, liessen sich Wartelisten nicht vermeiden.

Schwerpunkt – Praktika in der Wirtschaft

Die Praktikumsplätze konnten im vergangenen Jahr erfreulicherweise nochmals um rund 20 %, d.h. um 12 (18) Jahresplätze, ausgebaut werden. Damit stehen den stellenlosen Lehrabsolventinnen und -absolventen und schwer vermittelbaren Erwachsenen insgesamt 67 (55) Jahresplätze für ein- bis sechsmonatige Einsätze zur Verfügung. Von diesem Angebot machten 221 (176) Personen Gebrauch.



Leicht erhöhtes Gesamtangebot

Insgesamt wurde das vielschichtige Programmangebot von bisher total 341 (303) Plätzen um 32 (38) auf 373 (341) Arbeitsplätze erhöht. Zusammen mit den 12 (11) Plätzen des Abklärungskurses Kaleidoskop und den 20 neuen Jahresplätzen des Projekts «Passage» belief sich das Gesamtangebot der KAP bis zum Ende des Berichtsjahres auf 385 (352) Jahresplätze.

Erneut gute Belegung

Insgesamt nahmen 1562 (1366) Personen an den Integrationsmassnahmen teil. Dies bedeutet im Vorjahresvergleich eine Zunahme von 14 % (18 %). Davon entfielen 702 (809) auf die Beschäftigungsprogramme, 221 (201) auf die Praktika und 246 (231) auf die Jugendprojekte. Die Abklärungskurse Kaleidoskop waren von 110 (125) Personen belegt. 283 (193) Personen belegten die 20 Jahresplätze des Projekts «Passage».

Stellenerfolge

Total – fast jede dritte Person findet Stelle

Die Qualifizierung von Stellensuchenden mit dem Ziel einer möglichst raschen und dauerhaften Integration in die Arbeitswelt ist das Hauptziel der KAP.

Von den insgesamt 1562 (1366) teilnehmenden Personen traten 1240 (1054) während des Berichtsjahres aus den Arbeitsprojekten aus. Von diesen fanden 394 (310) eine Stelle, was einem Anteil von 32 % (30 %) entspricht. Für 159 (173) Personen – oder 13 % (16,5 %) – ergaben sich andere weiterführende Lösungen, 687 (571) bzw. 55 % (55 %) befinden sich weiterhin auf Stellensuche.

ALV-Beziehende

Von den 348 (304) ausgetretenen anspruchsberechtigten Personen fanden 108 (83) – respektive 31 % (27 %) – während oder kurz nach Abschluss ihres befristeten Einsatzes eine dauerhafte Anstellung.

Ausgesteuerte

537 (403) Personen nahmen nach über zweijähriger erfolgloser Stellensuche freiwillig an einem Arbeitsprojekt teil. Von den 478 (350) ausgetretenen Personen fanden 61 (47) Personen eine feste Anstellung, entsprechend einer Quote von 13 % (13 %). 296 (233) Teilnehmende erhielten von der Koordinationsstelle einen Lohn, 241 (170) bezogen Sozialhilfe.

Jugendprojekte, Praktika und Kaleidoskop

Von den 414 (400) ausgetretenen Teilnehmenden dieser Projekte fanden 225 (180) Personen, d.h. 54 % (45 %), eine Stelle, und für 99 (135) Personen, d.h. 24 % (34 %), ergab sich eine andere Lösung.

Projekt «Passage»

Das Projekt «Passage» richtet sich an arbeitsfähige, ausgesteuerte Personen, die um Sozialhilfe ersuchen. Bevor ihr Begehren bearbeitet wird, erhalten sie zunächst die Gelegenheit, einen Monat lang in einem betreuten Gruppenprogramm der KAP zu einem existenzsichernden Lohn einer Beschäftigung nachzugehen. Dadurch können sie berufliche Eigenverantwortung übernehmen, vorübergehend selber für ihren Lebensunterhalt aufkommen und sich bietende Chancen auf dem Arbeitsmarkt nutzen. Dank diesem innovativen Projekt konnte die Inanspruchnahme der Sozialhilfe spürbar reduziert werden.

Das Angebot wurde massiv stärker genutzt als zuvor das Pilotprojekt «ZAS-KAP». Insgesamt wurden 390 (305) Personen bei der KAP angemeldet. 283 (193) nahmen am einmonatigen Arbeitseinsatz teil. Für 193 Personen ergab sich eine Lösung ausserhalb der Sozialhilfe; 37 davon fanden bereits während des Arbeitseinsatzes eine Anstellung. (Detaillierte Auswertungen hierzu finden sich im Geschäftsbericht der Sozialen Dienste.)

Interinstitutionelle Zusammenarbeit IIZ

Partner

Das RAV, die Sozialberatung und die KAP führten im Berichtsjahr die enge Zusammenarbeit fort und waren weiterhin bestrebt, ihre Aktivitäten gebündelt auf das gemeinsame Ziel einer nachhaltigen Reduktion der Beschäftigungslosigkeit auszurichten. Das bereits im Vorjahr gestartete IIZ-Projekt bildete für diese Bestrebungen die geeignete Grundlage. Eine Zusammenarbeit mit kantonalen Stellen unter Einbezug der Berufsberatung und der IV ist derzeit in Vorbereitung.

«Work-In»

Hauptzweck dieses von RAV, KAP und Wirtschaftshilfe gemeinsam getragenen Projekts ist die fachübergreifende Unterstützung von Sozialhilfe Beziehenden, um ihre Chancen auf einen beruflichen Wiedereinstieg zu verbessern. Zu den Vorkehrungen, die auf die jeweiligen Bedürfnisse abgestimmt getroffen werden, zählen eine arbeitsmarktlche Standortbestimmung, die Erstellung eines Förderplans und die Einleitung entsprechender Massnahmen.

Interdisziplinäre Arbeitsgruppen

KAP-Mitarbeitende nahmen im Berichtsjahr an verschiedenen städtischen, kantonalen und eidgenössischen Arbeitsgruppen teil (z.B. AG Veloparking am Bahnhof, Chancengleichheit, IPW, Jugend, Entwicklung der Programm-Zertifizierung, Fachweiterbildung der Programm-anbieter usw.).

www.kapshop.ch

Neu können die beliebtesten KAP-Produkte auch über Internet bestellt werden. Der Internetshop stellt eine zeitgemässe Ergänzung zum KAP-Laden an der Palmstrasse 16 dar.

Auch im vergangenen Jahr wurden neue Produkte entwickelt und die Fertigungsqualität verbessert. Der Web-



Neu: www.kapshop.ch

auftritt wurde – wie auch der Internetauftritt www.kap.winterthur.ch – mit eigenen Kräften erstellt.

Arbeitssicherheit

Der Arbeitssicherheit und dem Gesundheitsschutz der Mitarbeitenden und der Projekt-Teilnehmenden wurde im Berichtsjahr besondere Beachtung geschenkt. Es wurden Risikoanalysen erstellt und Massnahmenpläne erarbeitet. In allen Projekten sind Mitarbeitende als Sicherheitsbeauftragte bestimmt und geschult worden.

Begleitkurse

Die Inhalte der obligatorischen Begleitkurse, die rund einen Tag pro Woche beanspruchen, wurden kritisch überprüft und verstärkt den Bedürfnissen schul- und lernungsgewohnter Personen angepasst. Dabei wurden drei neue Schwerpunkte gesetzt: Praktische Lebenshilfe, EDV-Kurse und Deutschkurse (inkl. Deutsch am Arbeitsplatz).

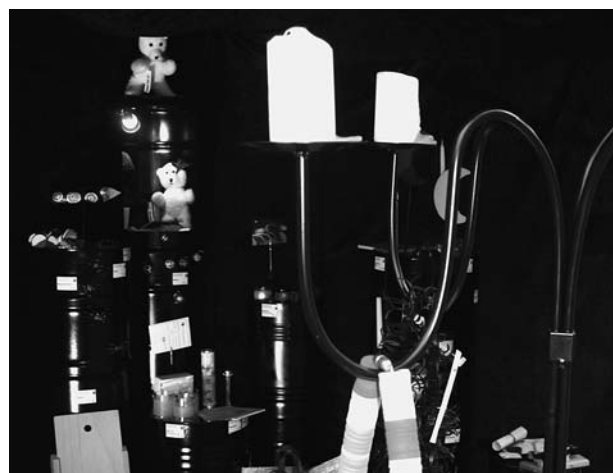
Aus den KAP-Projekten

Papiermanufaktur Winterthur und Vereins-Service – 50% Fremdsprachige

Bei konstant hoher Auslastung zeichnete sich im zweiten Halbjahr eine starke Zunahme ausgesteuerter Teilnehmerinnen ab. 80 % der beschäftigten Frauen waren ohne Ausbildung. Die Förderung der deutschen Sprachkennt-



Ausbau der Deutschkurse



Schöne Leistungen

nisse wurde stark ausgebaut und auf zwei halbe Tage Deutschkurs pro Woche ausgeweitet, als Ergänzung zum Deutschtraining am Arbeitsplatz.

26 % (19 %) der Frauen fanden unmittelbar anschliessend an dieses Arbeitsprojekt eine Stelle oder eine anderweitige Lösung. Fast die Hälfte, nämlich 79 resp. 49 % (52 %) der 162 (170) Teilnehmerinnen, war ausländischer Nationalität.

Elektrorecycling – viele Ältere

Der Recyclingbetrieb erhielt für die Jahre 2005 und 2006 erneut das Zertifikat als SWICO-Betrieb. Auch in diesem Berichtsjahr wurde das Kursangebot «Deutsch am Arbeitsplatz» mit weiteren zweckdienlichen Fachthemen ergänzt. Der Warenumsatz hat zudem einen neuen Höchststand erreicht, wurden doch im Jahresverlauf nicht weniger als 510 t Elektronikgeräte in Schadstoffe und Wertstoffe zerlegt.

Von den 149 (142) Teilnehmenden beendeten 118 (110) ihren Einsatz. 23 (20) fanden während des Einsatzes eine feste Stelle und 2 (4) andere Lösungen. Auffallend war die Verdoppelung der über 50-jährigen Teilnehmer auf 38 (19).

Velostation – guter Service

Die Velostation am Hauptbahnhof wurde auch im Jahr 2005 rege benützt, der Veloputzdienst erfreute sich grosser Beliebtheit und die Velovermietung für die SBB klappte vorzüglich. Erneut engagierte sich die Velostation im Rahmen der Verkehrsregelung beim Sommertheater und beim Velo-Regime um den Bahnhof. In Planungsgruppen konnte sie ihre langjährigen Erfahrungen einbringen.

Der tägliche Dreischichtbetrieb wurde das ganze Jahr über von 59 (64) Stellensuchenden bewältigt. Von den 44 (53) Personen, die ihren Einsatz im Berichtsjahr abschlossen, waren 19 (24) Sozialhilfebeziehende. Erfreulicherweise konnten danach insgesamt 10 Personen (23 %) eine feste Anstellung antreten.

Fabrikhalle Töss – Stau

In der Fabrikhalle Töss wurde die Gläserproduktion aus Altglas ausgebaut. Die Papierstrasse zur Anfertigung von passenden Verpackungen und farbenfrohen Geschenk-artikeln bildete dazu die ideale Ergänzung.

Im zweiten Jahr seit der Betriebsaufnahme wurden in der Fabrikhalle 79 (47) Personen beschäftigt, davon 45 mit einer Probezeit. Ziel dieses Arbeitseinsatzes ist die



Fördern und fordern – spannende Einsätze

psychische und soziale Stabilisierung der Betroffenen, um dadurch ihre Vermittlungsfähigkeit zu fördern. Die langen Wartelisten zeigen das grosse Bedürfnis, das seitens der Sozialberatung an diesem Projekt besteht. Zusätzliche Projekte für Sozialhilfe beziehende Personen sind in Planung.

Jugendprojekte

Transit allgemein – schulisch schwach, aber stark motiviert

In den Transit-Werkstätten Textil, Holz und Metall sowie im Transit-Praktikum in der Privatwirtschaft war trotz schulischer Defizite eine erfreulich hohe Leistungsmotivation der Jugendlichen feststellbar. Ergänzende Projektstage und Sportanlässe haben die Einsatzbereitschaft zusätzlich gefördert.

Von 188 (169) teilnehmenden Jugendlichen haben 104 (91) den Einsatz abgeschlossen. 81 (60) – oder ein Anteil von 78 % (66 %) – fanden danach eine Lehrstelle oder anderweitige Anschlusslösung.

Kompetenzzentrum Metall – motivierte Jugendliche

Die Produktpalette wurde im Berichtsjahr mit neuen Modellen ergänzt, die sich noch besser, günstiger und variantenreicher produzieren lassen. Auch hier war im Betriebsalltag durchgängig eine hohe Einsatzbereitschaft der Jugendlichen auszumachen.

Von den 64 (61) Teilnehmenden haben 40 (41) den Einsatz abgeschlossen. 28 (18) fanden eine weiterführende Lösung, was einem Anteil von 70 % (44 %) entspricht.

Kompetenzzentrum Holz – guter Absatz

Aus diesem Bereich lässt sich die erfreuliche Mitteilung machen, dass die angefertigten Produkte einen grossen Absatz fanden. Dieser Erfolg war für die Teilnehmenden sehr motivierend.

Von den 80 Teilnehmenden beendeten 48 (51) ihren Einsatz während des Berichtsjahres, wovon 25 (22), d.h. 52 %, eine Stelle antreten konnten und 4 (5), d.h. 8 %, eine andere Lösung fanden.

Transit Textil – für junge Frauen

Im Motivationssemester für Schulabgängerinnen liessen sich die Teilnehmerinnen fast nicht davon abbringen, ausschliesslich nach typischen Frauenberufen zu suchen. In den angebotenen Kursen wurden zahlreiche Migrationsthemen behandelt. Die ergänzende Arbeit mit den

Eltern der Betroffenen wurde allseits positiv aufgenommen.

Von den 14 (16) beendeten Einsätzen führten 10 (13) zu einer Lehre oder anderen Anschlusslösung.

Transit-Praktika – in der Privatwirtschaft

Die meisten Jugendlichen, die ihr Motivationssemester in der Wirtschaft absolvierten, besaßen einen Sek. C-Abschluss. Die gute Auslastung des Projekts ist einerseits der Bereitschaft der Wirtschaft zu verdanken, solche Plätze zur Verfügung zu stellen, sie spricht andererseits aber auch für eine gute Zusammenarbeit mit den Schulen.

29 (16) Jugendliche schlossen das Praktikum ab, davon fanden 23 (13) eine weiterführende Lösung oder Lehrstelle.

Basislehrjahr Transit-Plus – neu Attestausbildung

Das Berufsbildungsamt anerkannte das Transit-Plus als einen Ausbildungsbetrieb für die neue Grundausbildung mit Attest. Diese Neukonzeption löste die frühere Anlehre ab. Der Cateringservice erfreute sich in der Stadt weiterhin wachsender Beliebtheit und erhielt im Berichtsjahr grosse und herausfordernde Aufträge (z.B. Bundesratsbesuch usw.).

Von den 9 (8) jugendlichen Absolventinnen und Absolventen des ersten Lehrjahrs traten im Herbst alle 9 (7) das 2. Lehrjahr in einem Gastronomie- oder Hotelbetrieb an. Auch in diesem Berichtsjahr schlossen im Sommer 7 (6) Jugendliche das zweite externe Anlehrgang erfolgreich ab, wobei das begleitende Coaching der KAP im zweiten Lehrjahr viel zu diesem Erfolg beitrug.

Intermezzo – grosse Nachfrage

Das Intermezzo ist ein Projekt für 10 Jugendliche mit Mehrfachproblematiken, die verschiedene Ämter und Stellen beschäftigen. Die beschränkte Platzzahl vermochte die grosse Nachfrage seitens RAV, Sozialberatung und anderer zuweisender Stellen wie Gesetzlicher Betreuungsdienst, Jugendanwaltschaft usw. nicht abzudecken. Angesichts dieses Nachfrageüberhangs sind zusätzliche Projekte in Planung.

Von den 23 (19) Teilnehmenden beendeten 14 (11) das Projekt. 6 (5) Teilnehmende fanden trotz erschwelter Vermittlungsfähigkeit eine Anstellung, 1 (2) eine andere weiterführende Lösung.

Switch – Integration beim Familiennachzug

Die Teilnehmenden waren sehr motivierte, angepasste und freundliche Jugendliche, allerdings mit kaum vorhandener Schulbildung. Sie stammten hauptsächlich aus dem Balkan. Die Hälfte von ihnen war bei der Sozialhilfe gemeldet.

15 (15) Teilnehmende beendeten den Basisintegrationskurs, 9 (13) konnten dazu motiviert werden, anschliessend ein zusätzliches Jahr Schule (Integrationskurs) zu besuchen, und ein Teilnehmer fand eine Praktikumsstelle.

Einzeleinsätze und Praktika für Erwachsene – positive Resultate

Praktika und Arbeitseinsätze im realen Berufsalltag einer Firma oder einem Betrieb erhöhen erfahrungsgemäss die Vermittlungschancen auf dem Arbeitsmarkt. Sie begründen ein berufliches Beziehungsnetz, wirken motivierend und fördern Berufserfahrung und Fachkenntnisse als für den Arbeitsmarkt bedeutsame Schlüsselqualifikationen.

Einzeleinsätze – erfolgreiche Teilnahme

Die Ansprüche von Verwaltung und nicht gewinnorientierten Betrieben bei der Vergabe von Praktikumsstellen sind im Berichtsjahr erneut gestiegen. Trotzdem fanden sich dank grossem Engagement aller Beteiligten für 207 (184) Personen geeignete Einsatzmöglichkeiten. Von den 155 (129) Absolventinnen und Absolventen konnten anschliessend 67 (48) eine Stelle antreten, was einem Anteil von 43 % (37 %) entspricht.

A-Plus – Ausbildung macht sich bezahlt

In diesem Projekt für gut abgeklärte Stellensuchende waren jene Teilnehmenden erfolgreicher, die über eine ausreichende Ausbildung verfügten. Gut die Hälfte der Teilnehmenden stammt aus einem Arbeitsprojekt, die andere Hälfte wurde vom RAV zugewiesen. Dank der sehr guten Zusammenarbeit mit den lokal angesiedelten KMUs war die Vermittlungsquote wiederum hoch, resultierte doch mit 35 (38) Stellenantritten bei insgesamt 45 (47) beendeteten Einsätzen ein Erfolgsanteil von 78 % (81 %).

learn & earn – mehr Praxis

Die Anzahl Lehrabgehende ohne anschliessende Anstellung stieg im Berichtsjahr an, weshalb der Kanton mit weiteren 10 zusätzlichen Jahresplätzen insgesamt 45 (35) Praxisplätze bewilligte und finanzierte. Den stark rückläufigen Anmeldungen aus dem kaufmännischen Bereich stand ein markant angestiegener Zulauf aus Verkauf und Detailhandel gegenüber.

Dank erneut guter Zusammenarbeit mit den hiesigen KMUs und verschiedenen Zweigen der Stadtverwaltung ist es gelungen, während der Dauer des Berichtsjahres 152 (117) stellenlosen Lehrlingen zu mehr Berufspraxis und damit besseren Chancen auf dem Arbeitsmarkt zu verhelfen. Daraus ergab sich bei 114 (77) Austritten für 72 (47) Teilnehmende ein dauerhaftes Arbeitsverhältnis und für 11 (14) eine anderweitige Lösung, was einer erfreulichen Erfolgsquote von 73 % (79 %) entspricht.

Start-Job – jung und qualifiziert

Der temporäre, halbjährige Einsatz von Stellensuchenden bei innovativen Jungunternehmen entspricht einer eigentlichen Win-win-Situation: Während sich den Beschäftigungslosen die Möglichkeit bietet, sich im praktischen Berufsalltag zu bewähren, wird den Unternehmen dank grösserer personeller Ressourcen der Geschäftsaufbau erleichtert. Zwei Drittel der Teilnehmenden waren zwischen 20 und 29 Jahre alt. Insgesamt nahmen 25 (35) Personen am Projekt teil. Bei 20 (25) Programmabsolventinnen und -absolventen resultierten 13 (13) Stellenantritte, andere Anschlusslösungen fanden 3 (4) Personen.

Kaleidoskop – ALV-Abklärungskurs

Das Eduqua zertifizierte und bewährte Kursangebot war dem grossen Bedarf entsprechend ganzjährig sehr gut belegt. Im Rahmen einer Neuausrichtung des kantonalen Kursangebots hat das Amt für Wirtschaft und Arbeit das Projekt auf Ende 2005 gekündigt. Die grosse Erfahrung und das Know-how sind aber nicht verloren, sondern können umfassend in das Nachfolgeprojekt «Kompass» einfließen, das mit seinen Dienstleistungen den Winterthurer Sozialhilfebeziehenden zugute kommt.

Obwohl die erfolgreiche Bewerbung nicht primäres Ziel dieses Angebots ist, haben von den 110 (125) schwer vermittelbaren Teilnehmenden dennoch 19 (16) direkt eine Stelle und 82 (92) eine andere weiterführende Lösung gefunden. Von den 15 (21) Sozialhilfebeziehenden hatten nach Kursabschluss alle eine Anschlusslösung.

Projektarbeit – heutige Investitionen sind künftige Einsparungen

Im Hinblick auf die Schwerpunkte des Departement Soziales, welche der Integration von Beschäftigungslosen in den Arbeitsmarkt ebenfalls eine zentrale Rolle beimessen, hat die KAP zusammen mit den Sozialen Diensten bereits verschiedene aufeinander abgestimmte Projekte erarbeitet. Die Rede ist von einem Abklärungsprojekt, einem Aufbauprojekt, Beschäftigungsmöglichkeiten für vermittlungsfähige Sozialhilfebeziehende sowie Nischenarbeitsplätzen für Schwächere. Diese Projekte sollen bereits Anfang 2006 umgesetzt werden können und sind Teil des Haushaltssanierungsprojekts HS 07.

Departement Schule und Sport

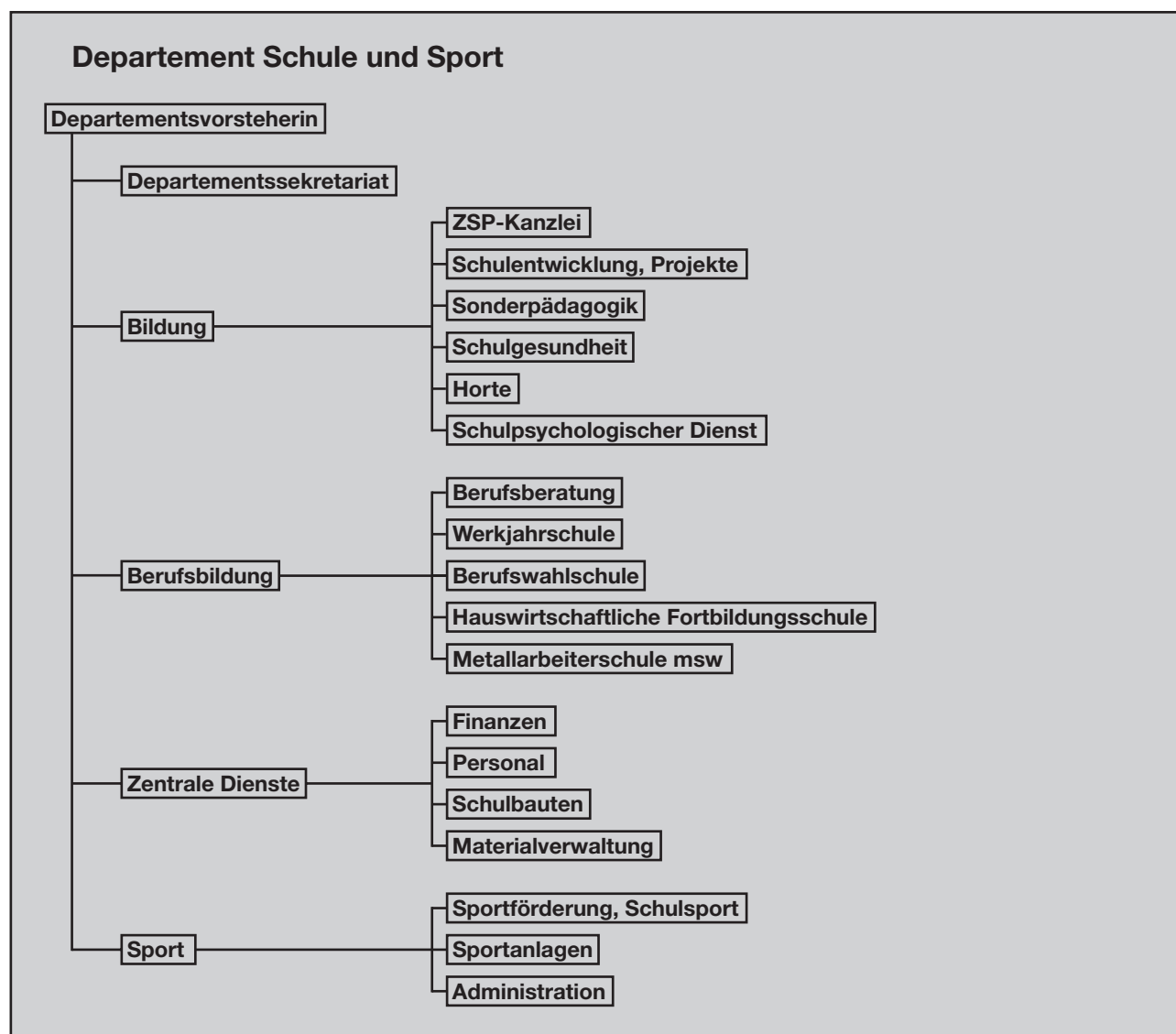
Als zentrales Ereignis aus Sicht des Departements Schule und Sport kann die kantonale Abstimmung über das neue Volksschulgesetz gewertet werden. Die Annahme dieser Vorlage wird in den nächsten Jahren zwar viel Arbeit bereiten, aber auch die Umsetzung zahlreicher Reformen ermöglichen. Die flächendeckende Einführung der geleiteten Schulen stellt die Voraussetzung dafür dar. Unbefriedigend ist, dass auch Ende 2005 die weitere Umsetzungsplanung des Kantons noch wenig konkret ist. Die Neuerungen werden beginnend mit dem Schuljahr 2006/2007 zeitlich und finanziell gestaffelt umgesetzt. Auf 2011 will der Kanton das ganze Gesetz in Kraft gesetzt haben.

Winterthur setzt bereits jetzt einen vorgezogenen Schwerpunkt im Bereich der Sonderpädagogik: die integrative Schulungsform (IF) soll möglichst bald in allen Kreisen umgesetzt werden: Leistungsschwächere und verhaltensauffällige Schülerinnen und Schüler werden in reguläre Schulklassen integriert. Dies hat sich in Töss seit mehreren Jahren bewährt. Bis ins Jahr 2008 soll die IF in allen Schulkreisen eingeführt sein, das heisst, dass Fach-

personen die Lehrerinnen und Lehrer im Unterricht unterstützen, wovon letztlich alle Schülerinnen und Schüler profitieren werden. Möglichst alle Kinder eines Quartiers sollen – mit all ihren Stärken und Schwächen – in ihrem Schulhaus vor Ort unterrichtet und gefördert werden und voneinander profitieren. Ziel ist es, den Schülerinnen und Schülern eine ganzheitliche Schule und eine wirksame Ausbildung bieten zu können.

Neben den Reformen in der Volksschule ist geplant, das Angebot der 10. Schuljahre in Winterthur näher zusammenzuführen und bedarfsorientiert auszurichten. Die Hauswirtschaftliche Fortbildungsschule, welche heute der vom Kanton geführten Berufs- und Fortbildungsschule angegliedert ist, soll wieder als städtische Schule von der Stadt selbst geführt werden.

In der Mitte des Jahres 2005 wurden die Berufsberatung und das Berufsinformationszentrum (BIZ) ausgegliedert: Infolge der kantonalen Sparmassnahmen wurden die entsprechenden Beiträge an die Stadt Winterthur gestrichen. Der Kanton hat die Führung der Berufsberatung sowie des BIZ übernommen. Für die Bevölkerung verändert sich die



Adresse: Die Berufsberatung und das BIZ sind neu an der Zürcherstrasse 12 zu finden. Das Angebot jedoch wird in Zukunft noch umfangreicher sein, da Winterthur als Kompetenzzentrum für die Region eingesetzt wird.

Durch den Umzug der Berufsberatung wurden an der Mühlestrasse Räumlichkeiten frei, so dass nun der Grössteil des Departements, insbesondere der Bereich Bildung und die Zentralen Dienste, in zwei einander gegenüberliegenden Liegenschaften untergebracht ist. Dies ermöglicht kürzere Wege, erleichtert Kontakte und setzt Synergien frei.

Zentralschulpflege (ZSP)

Die Zentralschulpflege hat sich an insgesamt 14 Sitzungen mit Fragen rund um die Volksschule auseinander gesetzt, die gesamtstädtische Entscheide erforderten. Auch in diesem Jahr galt es, städtische und kantonale Sparvorgaben im Bildungsbereich einzuhalten. An zwei Klausurtagungen setzte sich die Zentralschulpflege intensiv mit aktuellen Themen wie Volksschulreform, flächendeckende Einführung von Geleiteten Schulen und Integrative Förderung auseinander.

Die Schulsozialarbeit soll als niederschwelliges Unterstützungsangebot ausgeweitet werden, da noch nicht alle Schulen von diesem Angebot profitieren können. Weil die Höhe des beantragten Kredits über der Kompetenzgrenze des Grossen Gemeinderates liegt, ist eine Volksabstimmung notwendig.

Alle Primarschulzimmer wurden mit Computern und Internet-Anschlüssen ausgerüstet, die Fachstelle Schule und Computer unterstützt die Lehrpersonen pädagogisch-didaktisch und leistet den technischen Support.

In der Sekundarschule Veltheim startete die Talentförderung: elf sportlich oder künstlerisch besonders begabte Schülerinnen und Schüler aus der ganzen Stadt werden in Regelklassen geschult. Dank eines flexiblen Stundenplans können sie kontinuierlich an ihren Übungsstunden teilnehmen.

Die neuen Vorgaben des Kantons zur Planung der Lehrstellen mit so genannten Vollzeitanteilen (VZE) erweist sich als anspruchsvoll, müssen doch Sozialindex, die sonderpädagogische Schulung und die wechselnde Zahl der Schülerinnen und Schüler berücksichtigt werden.

Der neue Bereichsleiter Bildung wurde zum Schreiber der ZSP gewählt.

Legislaturesschwerpunkte 2002 – 2006

Die Zentralschulpflege wird einen eigenen Legislaturbericht vorlegen.

Spezialkommissionen der Zentralschulpflege

Die Spezialkommission «Finanzen» bearbeitete zu Handen der Zentralschulpflege alle Geschäfte im Zusammenhang mit dem Budgetprozess, der Rechnungsabnahme inkl. Novemberbrief vor. Im Weiteren prüfte sie spezielle Aufträge wie Sparmassnahmen und deren Auswirkungen.

Im vergangenen Jahr wurden die Spezialkommissionen «ISF» und «Sonderpädagogisches Angebot» zusammengeführt. Neu heisst die Spezialkommission «IF/Sonderpädagogik». Von der Spezialkommission erarbeitet und von der Zentralschulpflege genehmigt wurden das «Winterthurer Konzept des sonderpädagogischen Angebots (WISP)» und das Poolmodell für die Nutzung der pädagogischen Massnahmen. Im Weiteren wurden ein Konzept «Besondere Klassen» sowie zwei Teilkonzepte zur Zuweisung und Förderplanung erstellt. In der Primar-

schule wird IF (Integrative Förderung) flächendeckend im August 2006 und in der Oberstufe und im Kindergarten im August 2007 eingeführt. Nun folgt die Weiterbildung der Lehrpersonen und Kreisschulpflegemitglieder und die Auswahl und Anstellung der Lehrpersonen IF durch die einzelnen Schulkreise.

Die Spezialkommission Kindergarten hat an sieben Sitzungen die anstehenden Geschäfte bearbeitet: Einsatz-Koordination der Förderkindergärtnerinnen, Materialkredite der Kindergartenklassen, Vereinheitlichung der Kindergartenmodelle, Sparmassnahmen im Mundartunterricht, Konsequenzen aus der bevorstehenden Kantonalisierung des Kindergartens. Weiter wird an einem Konzeptvorschlag für einen Winterthurer Waldkindergarten gearbeitet.

Der von der Spezialkommission «Geleitete Schulen» erstellte Projektplan mit den Hauptzielsetzungen wurde von der Zentralschulpflege genehmigt. In fünf Teilprojektgruppen wurde das Rahmenkonzept zur Einführung der Geleiteten Schulen erarbeitet. Das Konzept wird der Zentralschulpflege im Januar 2006 vorgelegt. Die kantonale Umsetzung von Geleiteten Schulen ist ab dem Schuljahr 2008/09 vorgesehen. Mit einer Weisung wird dem Grossen Gemeinderat die schrittweise Einführung von so genannt gemeindeeigenen Geleiteten Schulen in den nächsten zwei Jahren beantragt.

Die Spezialkommission «Anstellung städtische Lehrpersonen» hat einen Stadtratsantrag zu den Anstellungsbedingungen der Fachlehrpersonen Stütz- und Fördermassnahmen und Deutsch für Fremdsprachige ausgearbeitet. Vorbereitet für die Zentralschulpflege wurde ein Reglement zur Mitarbeiter- bzw. Mitarbeiterinnenbeurteilung und das Beurteilungsdokument MAB für städtische Lehrpersonen sowie das Pflichtenheft für Fachlehrpersonen.

Die Spezialkommission «Kinderhorte» hat die Hinweise aus dem Gutachten zu den Zuständigkeiten im Hortwesen geprüft. Das neue Reglement über die Kinderhorte wurde ausgearbeitet und von der Zentralschulpflege genehmigt.

Kreisschulpflegen

Kreisschulpflege Winterthur-Stadt

Die Kreisschulpflege ist aufgeteilt in verschiedene Kommissionen und Arbeitsgruppen, die jeweils Stellungnahmen und Beschlüsse zu Handen der ganzen Kreisschulpflege vorbereiten. Die Gesamtbehörde trifft sich in der Regel monatlich ein Mal zu ihren Sitzungen. Es wurden zu folgenden Themen Stellungnahmen und Beschlüsse verabschiedet: Integrierte Förderung (IF), Pädagogische Massnahmen (PM), Blockzeiten (auch in den Kindergärten), Geleitete Schulen, Sparmassnahmen, Biblische Geschichte und Schulsozialarbeit. Daneben nahm die Kreisschulpflege teil an kantonalen Vernehmlassungen zu verschiedenen Verordnungen im Rahmen des neuen Volksschulgesetzes und zu aktuellen schulstrategischen Reglementen und Beschlüssen der Zentralschulpflege, wie zum Beispiel die Anstellungskompetenz für städtische Lehrpersonen in den Schulen der Volksschule.

Ein weiteres wichtiges Arbeitsfeld waren die Vorbereitungen für die flächendeckende Einführung der Geleiteten Schulen im Schulkreis. Von den sieben Schulhäusern im Kreis sind deren drei bereits «teilautonome» Schulen. Das Einbeziehen der Kindergärten, Horte, städtischen Fachlehrpersonen und Hauswartungen zu den entsprechenden Schulleitungen erfordert einiges an Vorbereitung und Weiterbildung auf allen Ebenen. Integration ist ein Entwicklungsprozess, der an verschiedenen Orten in unterschiedlichem Tempo abläuft und nicht zuletzt auch die Rolle der Kreisschulpflege verändert.

Sehr arbeitsintensiv sind die speziellen Probleme mit einzelnen Schülerinnen und Schülern.

Kreisschulpflege Mattenbach

Die vier im Schulkreis stehenden Schulhäuser haben sich auch dieses Jahr mit grossem Einsatz mit den bevorstehenden Schulreformen, wie Blockzeitenmodelle, IF, Geleitete Schulen und Poolmodelle für Sonderpädagogische Massnahmen auseinandergesetzt. Die Kreisschulpflegemitglieder haben die entsprechenden Kommissionen geleitet. Die anstehenden Entwicklungen und Herausforderungen können optimistisch und gut vorbereitet angegangen werden. Die Schulhäuser Schönengrund Primar und Mattenbach Oberstufe sind in ihrer Teamentwicklung soweit, dass der Schritt zur geleiteten Schule möglich wird. Die Kreisschulpflege hat dementsprechende Anträge an die Zentralschulpflege eingereicht. Das Schulhaus Gutschick hat auch in diesem Jahr mit viel Einsatz zusätzliche Arbeiten zu Gunsten der Kinder geleistet. Hervorzuheben ist hier die Veranstaltung Lesetreppe. Das Schulhaus Mattenbach Oberstufe hat sich auch dieses Jahr zum Thema Gewalt weitergebildet. Ein Schulheft, das alle Oberstufenschülerinnen und -schüler bekommen, beinhaltet alle wichtigen Informationen für die Eltern, die Kinder sowie die Lehrpersonen. Im Schulhaus Mattenbach Primar ist die Schulleitung eine sichere feste Institution geworden. Das Schulhaus Schönengrund hat grossen Einsatz in verschiedenen Projektaktivitäten geleistet.

Kreisschulpflege Oberwinterthur

Die Kreisschulpflege Oberwinterthur hat ihre Geschäfte an neun ordentlichen Sitzungen bearbeitet und drei informelle Treffen und eine zweitägige Klausurtagung durchgeführt. Sie informierte zudem an verschiedenen öffentlichen Veranstaltungen über aktuelle Schulthemen und schulorganisatorische Fragen und veröffentlichte regelmässig Berichte in der OberiZyig.

Zu Beginn des Schuljahres 05/06 konnte der erste Grundstufenversuch in Winterthur mit drei Klassen gestartet werden. Die ersten Erfahrungen sind positiv und die Vorbereitungen für das zweite Grundstufen-Versuchsjahr laufen bereits.

In Hegi wurde das so genannte Textilmaschinenzentrum (TMZ) von Sulzer als 13. Schulhaus von Oberwinterthur in Betrieb genommen. Zurzeit werden dort drei Klassen unterrichtet. Das neue Schulhaus wurde zusammen mit der Grundstufe in die geleitete Schule Hegifeld integriert. Diese Erweiterung zur Schuleinheit Hegi wurde von der ZSP im Hinblick auf die flächendeckende Einführung der geleiteten Schulen als Pilotprojekt bewilligt.

Das Ressort Mittel- und Oberstufe konnte das Projekt «Reissverschluss» nach rund einjähriger Vorbereitungszeit im Herbst erfolgreich starten. Es bietet Schülerinnen und Schülern die Möglichkeit, im 9. Schuljahr bei Arbeitsinsätzen in lokalen Firmen zu erfahren, wie der künftige Arbeitsalltag aussehen wird. So soll nochmals ein Motivationsschub für den Schluss der Schulzeit initiiert werden.

Kreisschulpflege Seen

Die Kreisschulpflege behandelte die anstehenden Geschäfte in acht Plenar-, ebenso vielen Büro- und diversen Ressortsitzungen. Die Schulbehörde befasste sich mit der anstehenden Umsetzung des neuen Volksschulgesetzes, im Besonderen mit der Einführung der integrativen Schulung an der Primarschule sowie den geleiteten Schulen. Per Ende Schuljahr erfolgte der vorzeitige Rücktritt zweier Mitglieder. Die neu gewählten Mitglieder konnten ihre

Tätigkeit fristgerecht auf Beginn des neuen Schuljahres aufnehmen.

Sowohl an der Volksschule wie auch im Kindergarten war generell eine sehr geringe Personalfuktuation zu beobachten. Mit ein Grund für diesen Tiefststand ist die derzeit instabile und eher schwierige Situation auf dem Arbeitsmarkt. Im Schulhaus Tägelmooos wurde infolge eines eher schwachen Einschulungsjahrganges in diesem Einzugsgebiet eine Klasse weniger geführt, dafür wurde im Pavillon Iberg eine Klasse neu eröffnet. Insgesamt wurde bei den Lehrstellen der Gleichstand zum Vorjahr gewahrt.

Im Weiteren diskutierte die Kreisschulpflege den Grundstufenversuch, entschied sich jedoch in Anbetracht der weiteren anstehenden Reformelemente gegen eine Teilnahme.

Kreisschulpflege Töss

Die Alltagsgeschäfte wurden an elf Schulpflegesitzungen und in verschiedenen Ressorts behandelt. Mitte Dezember konnte der Erweiterungsbau im Schulhaus Laubegg in Betrieb genommen werden. Im Kindergarten Steig wurde weiterhin in der Standardsprache (Hochdeutsch) unterrichtet, in allen anderen Kindergärten wurde jeden Tag mindestens eine Sequenz in der Standardsprache abgehalten. In allen Primarschulhäusern fand zu verschiedenen Themen je eine Projektwoche statt. Im Oberstufenschulhaus Rosenau gab es eine Kurswoche mit einem Abschlussfest. Mittagstisch und Nachmittagshort waren in allen Primarschulhäusern sehr gut besucht. Alle Klassen nahmen am Stadtteil-Entwicklungsprojekt Töss teil. Stufenweise wurden alle Schülerinnen und Schüler während zwei Lektionen zum Thema: «Was gefällt mir in Töss, was gefällt mir nicht und was für zusätzliche Angebote sollte es unbedingt in Töss geben?» befragt.

Kreisschulpflege Veltheim

An zehn Plenarsitzungen wurden die anfallenden Geschäfte behandelt. Dank der sorgfältigen Vorbereitung durch Büro- und Ressortsitzungen konnten sich die Schulpflegerinnen und -pfleger an den Sitzungen auch über die schulischen Neuerungen wie Integrierte Förderung, Geleitete Schulen, Neuausrichtung des sonderpädagogischen Angebots, Gewaltprävention usw. informieren lassen und sich damit auseinandersetzen.

Erneut musste wegen rückläufiger Kinderzahlen eine Primarklasse geschlossen werden. So besuchen nur noch 478 Kinder die 22½ Regelklassen der Primarschule. In den Kindergärten inkl. Sprachheilkindergarten werden 160 Kinder unterrichtet und der Oberstufe sind den zwölf Klassen 207 Schülerinnen und Schüler zugeteilt. Die fünf kommunalen Kleinklassen besuchen 54 Kinder, teilweise aus anderen Schulkreisen.

Interessante Projektwochen und -tage zu Themen wie Energiesparen, Einstudieren und Aufführen eines Musicals, Lesenächte usw. wurden in allen Schulhäusern und auf allen Stufen durchgeführt. Schulreisen, Klassenlager, Theaterbesuche, verschiedene Exkursionen, freiwillige Wintersportlager, Frühlings- und Herbstbummel sowie eine jahrgangsübergreifende Abschlussfeier an der Oberstufe bildeten weitere Höhepunkte des Schuljahres.

Die auserschulische Betreuung erfreut sich grosser Nachfrage. Nach den Sommerferien wurde im Einzugsbereich des Schulhauses Schachen ein zusätzliches Mittagstischangebot eröffnet.

Kreisschulpflege Wülflingen

Dieses Jahr war vor allem geprägt vom krankheitsbedingten Ausfall der langjährigen Präsidentin. Die beiden

Vize-Präsidenten übernahmen die Geschäfte ab April bis Ende Jahr zusätzlich zu ihrem 100%-Pensum in ihrer angestammten beruflichen Tätigkeit. Der Stadtrat hat am 23. November in stiller Wahl den bisherigen 1. Vize-Präsidenten als Präsidenten für den Rest der Amtsperiode 2002–2006 für gewählt erklärt.

Nach den Sommerferien beteiligte sich die Zentralschulpflege an der Vernehmlassung zum Konzept WISP (Winterthurer Konzept des sonderpädagogischen Angebots). Die Vorbereitungen für die Umsetzung des Pools für sonderpädagogische Massnahmen ab Januar 2006 waren zeitaufwändig und komplex.

Mitte Dezember hat die Zentralschulpflege beschlossen, dass das Schulhaus Langwiesen ab Schuljahr 06/07 neu als geleitete Schule starten kann.

Eine Teilnahme am Grundstufenversuch wurde diskutiert und geprüft. Die Kindergärtnerinnen haben sich gegen einen Versuch entschieden. Auffallend viele Kinder verfügen bereits beim Kindergarteneintritt über eine IV-Abklärung für Logopädiestunden. Es fehlen mindestens zehn Stunden Logopädie, um diesen Kindern gerecht zu werden.

Unselbstständige Aufsichtskommission

Aufsichtskommission der msw-winterthur

An zwei Sitzungen behandelte die Aufsichtskommission die Zielerreichung 2005 und die Zielsetzung für 2006. Die im Jahre 2004 durch die Aufsichtskommission genehmigte Schulordnung und das neue Ausbildungskonzept wurden durch die zuständigen Behörden genehmigt und in Kraft gesetzt. Auf der Grundlage der neuen Schulordnung genehmigte die Aufsichtskommission eine neue Hausordnung, das Disziplinarreglement, das Absenzwesen und das Informatikreglement. Damit verfügt die msw-winterthur über griffige Reglemente mit grosser Transparenz. Als Höhepunkt feierte die Aufsichtskommission die Eröffnung des msw-Neubaus zusammen mit den Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der msw-winterthur.

Aufsichtssektion der Hauswirtschaftlichen Fortbildungsschule (HFS)

Die Aufsichtssektion HFS tagte zweimal. Sie liess sich über das Projekt «Reintegration der HFS in städtische Strukturen» informieren. Die bevorstehende Trennung von der kantonale geführten Berufsschule wird zu umfangreichen Veränderungen führen.

Selbstständige Aufsichtskommissionen

Aufsichtskommission Sonderschulen

An drei Sitzungen beschäftigte sich die Aufsichtskommission Sonderschulen mit dem Budget 2006, mit der Erweiterung der Schule in Kleingruppen und der städtischen Schule für cerebral gelähmte Kinder, Maurerschule, sowie der Einführung der Wirkungsorientierten Verwaltung (WOV).

Aufsichtskommission der Berufswahlschule und der Werkjahrschule

An zwei Sitzungen behandelte die Aufsichtskommission das Budget 2006 und die neuen Stellenbeschriebe der Schulleitungen. Besonders wurden die Auswirkungen

der gesellschaftlichen Entwicklung auf die Jugendlichen diskutiert. Der Erziehungsanteil, den die Schulen zu übernehmen haben, steigt stetig. Die Belastung der Lehrpersonen im pädagogischen Bereich ist gross. Die Aufsichtskommission nahm mit grosser Befriedigung zur Kenntnis, dass trotz des grösseren schulischen Aufwandes und der zum Teil schlechten Ausgangslage der Jugendlichen für beinahe alle Schülerinnen und Schüler eine Anschlusslösung gefunden werden konnte.

Bereich Bildung

Im vergangenen Jahr gab es einen personellen Wechsel in der Leitung des Bereichs Bildung. Im August startete die Fachstelle für Schule und Computer – SCHU::COM. Dadurch wurde das befristete Projekt Informatik Primarschule abgelöst. Im Vordergrund der Tätigkeiten der Bereichsleitung stand die weitere Integration und Vernetzung der Abteilungen und Fachstellen. Einzelne Abteilungsleitungen und Fachpersonen arbeiteten in den Spezialkommissionen der Zentralschulpflege mit und waren verantwortlich für die inhaltliche und fachliche Bearbeitung der Themen und Geschäfte.

Der Bereich Bildung ist dafür verantwortlich, die Bildungsfragen auf gesamtstädtischer Ebene zu vernetzen, auf Synergien aufmerksam zu machen und die vorhandenen fachlichen Ressourcen optimal zu nutzen, um die gemeinsame Bearbeitung einzelner Schulthemen durch das Departement und die Zentralschulpflege wirksamer koordinieren zu können.

Die Abteilungen und Fachstellen innerhalb des Bereichs Bildung positionierten sich als Dienstleister mit verwaltungstechnischen und fachlichen Kompetenzen.

Die Veranstaltungsreihe «Blickpunkt Schule» wurde im vergangenen Jahr weitergeführt. Eine breite Öffentlichkeit konnte so über Schulthemen informiert werden.

Die Annahme des neuen Volksschulgesetzes wird zu Veränderungen im Schulumfeld führen. Die Neuerungen werden zeitlich und finanziell gestaffelt, beginnend mit dem Schuljahr 2006/07, umgesetzt. Auf diese Weise wird gewährleistet, dass die gesamte Reform von allen Beteiligten finanziell und organisatorisch bewältigt werden kann.

Schulentwicklung/Projekte

Schulqualität – und damit verbunden Schulentwicklung – heisst in erster Linie Unterrichtsentwicklung. Verschiedene Schulentwicklungsprojekte der Stadt Winterthur wirken sich direkt oder indirekt auf den Unterricht aus.

Lesetreppe

Im Schuljahr 2004/05 wurde zusammen mit der Stadt Zürich das Projekt «Lesetreppe» lanciert.

Es hat viele Schulklassen der beiden Städte, Lehrpersonen und Schülerinnen und Schüler aller Stufen zu verschiedenen Leseaktivitäten, Beiträgen im Internet, Buchempfehlungen und Anwendung von speziellen Unterrichtseinheiten animiert. Damit wurde das Ziel des Projekts erreicht, die Leselust und Lesekompetenz der Kinder und Jugendlichen zu fördern.

Integrative Förderung

Nach den Beschlüssen der Zentralschulpflege wird die Integrative Förderung (IF) mit Beginn des kommenden Schuljahres 2006/07 in der Primarstufe und ein Jahr später



Lesesteppe

in der Sekundarstufe flächendeckend eingeführt. Die Einführung im Kindergarten erfolgt mit dem Zeitpunkt der Kantonalisierung.

Mit der Einführung der Integrativen Förderung wird das noch bestehende Angebot der Kleinklassen reduziert und die Schülerinnen und Schüler werden hauptsächlich in den Regelklassen integriert. Für spezielle Unterstützung steht eine Fachperson zur Verfügung. Diese unterstützt und berät auch die Lehrpersonen in der Umsetzung der Integrativen Förderung.

Die Regelklassenlehrpersonen werden mit entsprechenden Weiterbildungen auf die grössere Heterogenität der Klassen und die damit verbundenen Anforderungen vorbereitet.

Beratungsstelle für Kindergartenlehrpersonen

Die Nachfrage der Kindergartenlehrpersonen nach einer Standortbestimmung erhöhte sich in diesem Schuljahr merklich. Die erzieherischen Ansichten der Eltern entsprachen vielfach nicht denjenigen der Kindergartenlehrperson. Speziell Kinder mit Wahrnehmungs- und Integrationsschwierigkeiten reagieren, im Solidaritätskonflikt stehend, vermehrt mit Verhaltensauffälligkeit.

Von den Beratungen in diesem Jahr machten 56 (Vorjahr 58) Kindergartenlehrpersonen Gebrauch. Betreut wurden 41 (36) Kindergärten mit 66 (54) Besuchen und Beratungen. Zu behandeln waren 51 (78) Einzelfälle und 7 (5) Klassenproblematiken.

Exploratio

Die speziellen Ereignisse stellten wie immer der Aktivitätszirkel und die Exkursion dar. Während des Aktivitätszirkels sind die «Explo-Kinder» mit vielfältigsten neuen Inhalten konfrontiert worden, was ihnen grosse Freude gemacht hat. Die diesjährige Exkursion führte in das Val de Travers, in die «mines d'asphalte», eine so genannte Luxusmine. Nähere Informationen können unter <http://www.exploratio.ch> abgerufen werden.

Fachstelle für Schule und Computer – SCHU::COM

Konzept zur Nutzung von Informations- und Kommunikationsmitteln (ICT) im Unterricht der Primarschule

Mit Schuljahresbeginn nahm die Fachstelle SCHU::COM ihre Arbeit auf. Das Team mit zwei Fachmitarbeitern (je rund 40 %) und der Fachstellenleitung unterstützt die städtischen Primarschulen und die Lehrpersonen bei der

Nutzung von Informations- und Kommunikationsmitteln im Unterricht.

Nachdem vor und während der Sommerferien in rund 300 Klassenzimmern an 47 Standorten der Primarschule die notwendige Vernetzung erstellt und die rund 1000 Computer installiert worden waren, mussten in den ersten Wochen noch die bei einem Projekt dieser Grössenordnung unausweichlichen Fein Anpassungen vorgenommen werden. Parallel dazu wurde in Zusammenarbeit mit den Informatikdiensten Winterthur (IDW) der technische Support in Betrieb genommen. Für die sehr wichtige didaktische und methodische Unterstützung der Lehrpersonen zeichnet die Fachstelle verantwortlich. Dazu wurde ein Netzwerk von Informatikverantwortlichen aufgebaut. Diese 31 Lehrpersonen, welche die Nutzung von Informations- und Kommunikationsmitteln in den Schulen durch Motivation, Schulung und didaktisch-methodische Unterstützung der Lehrpersonen fördern und als erste Anlaufstelle für technische Probleme dienen. Die Informatikverantwortlichen werden von der Fachstelle in regelmässigen Treffen informiert, weitergebildet und mit Unterlagen versorgt. Sie haben für Fragen den direkten Zugang zur Fachstelle.

Aktuell wird ein Aus- und Weiterbildungskonzept für Lehrpersonen erarbeitet. Diese werden in den Bereichen «Persönliche ICT-Nutzungskompetenz» und «ICT-Nutzung im Unterricht» geschult werden. Im ersten Bereich werden die Lehrpersonen innerhalb der nächsten drei Jahre die standardisierte Ausbildung «ECDL-Start» durchlaufen. Als Schulungspartner konnte die msw-winterthur gewonnen werden.

Interessierte Lehrpersonen können sich bei der Fachstelle über Möglichkeiten der ICT-Nutzung im Unterricht informieren, sich Inputs holen, Antworten auf Fragen bekommen und Unterrichtsmedien ausleihen. Weiter verfügt die Fachstelle über einen Pool von zusätzlicher Hardware, welche den Schulen und Lehrpersonen auf Anfrage leihweise zur Verfügung gestellt werden können.

Schulleitungs-/Verwaltungscomputer

Die Schulleitungscomputer sind für die Hausvorstehenden bzw. Schulleitungen ein unverzichtbares Arbeitsinstrument. Bei der Nutzung der Verwaltungscomputer besteht weiterhin das Problem, dass ihre Anzahl für die Nutzung durch alle Lehrpersonen eines Schulhauses zu gering ist. Das hat zur Folge, dass dieser Kommunikationskanal ab und zu unter Verstopfungen und Durchflussproblemen leidet.

Sonderpädagogik

Kurz vor Jahresende hat die Zentralschulpflege das Winterthurer Konzept des sonderpädagogischen Angebots (WISP) genehmigt. Damit steht für die bevorstehende Umgestaltung eine übergeordnete Grundlage zur Verfügung, mit der die unterschiedlichen Massnahmen optimal aufeinander abgestimmt werden können. Ausgehend von der Bestandesaufnahme, welche 2004 von der Hochschule für Heilpädagogik im Auftrag des Departements durchgeführt worden war, erarbeiteten Fachpersonen im ersten Halbjahr einen Entwurf für das Konzept. Dieser wurde von Juli bis November in Vernehmlassung gegeben. Die Antworten dazu fielen überwiegend positiv aus und enthielten viele wertvolle Hinweise für die konkrete Umsetzung des Konzepts.

Zeitgleich begann die Vorbereitung für die flächendeckende Einführung Integrativer Förderung (IF) auf Primarschulstufe. So wurden Konzepte zur Integrativen För-

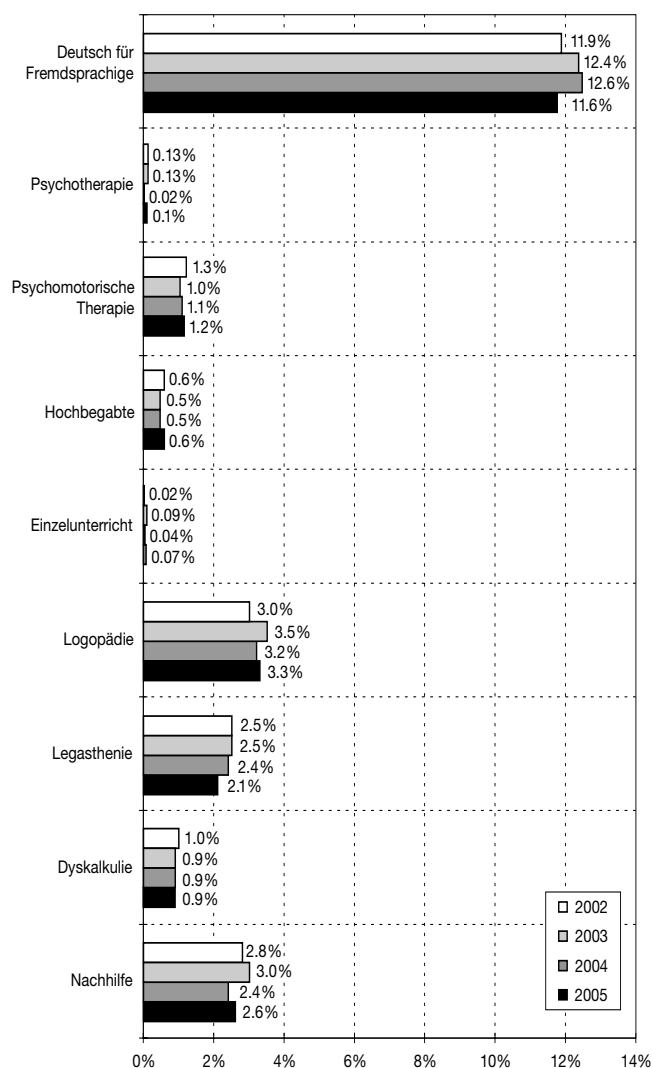
derung (IF), zu besonderen Klassen, zu den Zuweisungsverfahren und zur Förderplanung entwickelt und von der Zentralschulpflege genehmigt. Zudem wurde die Überführung von Nachhilfe, Legasthenie- und Dyskalkuliebehandlung in eine einzige Massnahmenform «Pädagogische Massnahmen» vorbereitet. Ziel ist, die Massnahmen enger auf die Bedürfnisse der Schulen abzustimmen.

Die Annahme des neuen Volksschulgesetzes bringt wesentliche Veränderungen für den Bereich Sonderpädagogik, welche insgesamt mit der Stossrichtung des Winterthurer Konzepts des sonderpädagogischen Angebots übereinstimmen.

Legasthenie, Nachhilfe, Dyskalkulie, Psychomotorik, Psychotherapie, Hochbegabung

Die Grafik zeigt die Entwicklung der Schülerzahlen in allen so genannten Stütz- und Fördermassnahmen, wozu neben Nachhilfe, Legasthenie- und Dyskalkuliebehandlung auch die Therapieformen Logopädie, Psychomotorik- und Psychotherapie gehören. Auch die Hochbegabtenförderung Exploratio wird diesem Bereich zugerechnet. Zu beachten ist, dass lediglich die schulisch indizierten Massnahmen erfasst werden, nicht aber medizinisch indizierte.

Stütz- u. Fördermassnahmen (SFM) in Prozent zu den Gesamtschülerinnen und -schülerzahlen, Stichtag: 1.11.2005



Insgesamt ist der Anteil Schülerinnen und Schüler, die Stütz- und Fördermassnahmen benötigt, über die Jahre konstant. Das bedeutet auch, dass der Umfang der Massnahmen praktisch gleich geblieben ist.

Nachhilfe, Legasthenie- und Dyskalkuliebehandlung werden ab kommendem Jahr zu Pädagogischen Massnahmen zusammengefasst und im Sinne eines Poolmodells – Pensenvorgaben pro Schulhaus für Pädagogische Massnahmen – neu organisiert. Die Grundlagen dazu wurden in Zusammenarbeit mit den Fachlehrpersonen erarbeitet und ermöglichen einen flexibleren und optimal auf die schulischen Bedürfnisse abgestimmten Einsatz.

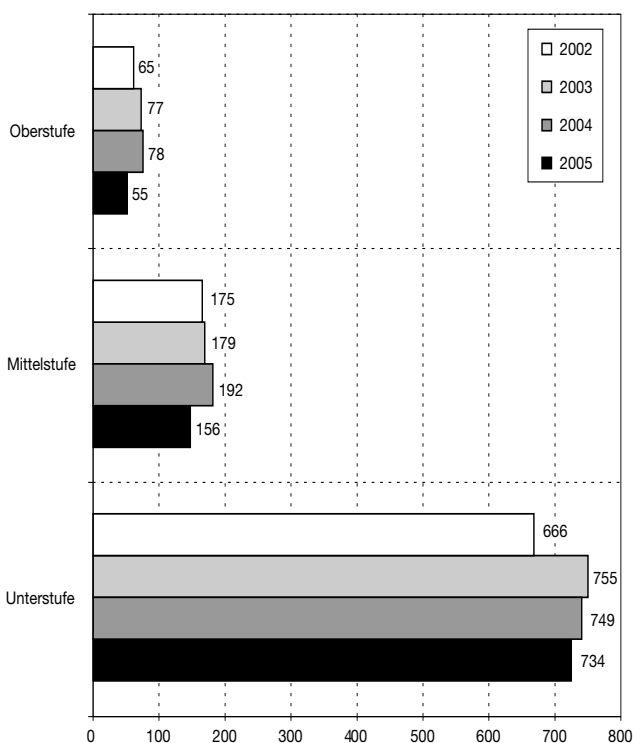
Therapien: Logopädie, Psychomotoriktherapie und Psychotherapie

Die Logopädinnen und Logopäden der städtischen Ambulatorien haben am Stichtag 1. November 2005 insgesamt 271 Kinder behandelt. Die Einrichtung eines geleiteten logopädischen Dienstes hat wesentlich dazu beigetragen, dass die bestehenden Pendenzen bei den Mitarbeiterinnen bzw. Mitarbeiterbeurteilungen aufgearbeitet und wichtige konzeptuelle Grundlagenarbeit geleistet werden konnte.

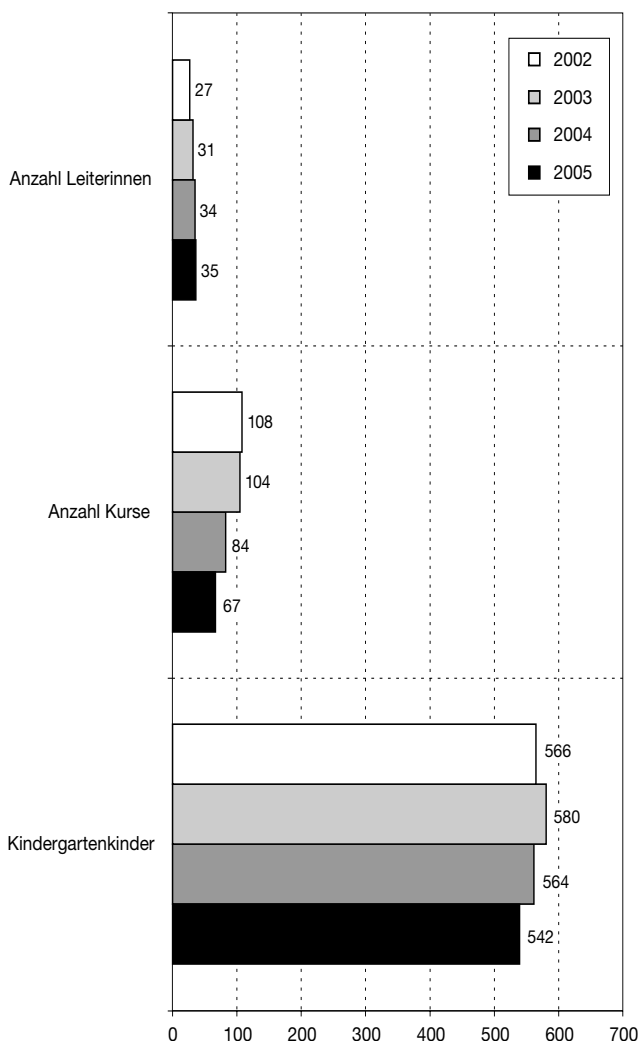
Fünf Psychomotoriktherapeutinnen mit 250 Stellenprozenten behandelten insgesamt 94 Kinder. Das ist bei gleich bleibenden Stellenprozenten eine deutliche Steigerung gegenüber 86 im Vorjahr. Trotzdem fällt die grosse Warteliste auf, die zu Verzögerungen des Therapiebeginns bis zu über einem halben Jahr führt.

Die Psychotherapie wird seit Sommer 2005 nicht mehr vorwiegend vom Schulpsychologischen Dienst durchgeführt, sondern extern vergeben. Insgesamt waren am Stichtag fünf Kinder in einer schulisch indizierten Psychotherapie.

Deutsch für Fremdsprachige



Mundartkurse



Deutsch als Zweitsprache (DaZ, bisher DfF) und Mundartkurse

Dem Kanton folgend, wurde die Bezeichnung von «Deutschunterricht für Fremdsprachige» (DfF) auf «Deutsch als Zweitsprache» (DaZ) geändert. Die Zahl der fremdsprachigen Schülerinnen und Schüler, die Deutsch als Zweitsprache besuchen, nahm dieses Jahr leicht ab, von 1019 auf 945. Der Bedarf für diese Unterstützung ist zu Beginn der Schulzeit am stärksten, wie die Verteilung auf die Schulstufen deutlich zeigt.

Das neue Konzept für Mundartkurse wird nun bereits im zweiten Schuljahr umgesetzt und bewährt sich. Eine deutliche Reduktion der Kurse konnte realisiert werden, obwohl die Anzahl geförderter Kinder nur unwesentlich abnahm.

Sprachheilkindergarten

Die Stadt Winterthur führte verteilt über die Stadt weiterhin fünf Sprachheilkindergärten, in denen am 1. November 2005 insgesamt 46 Kinder gefördert wurden. Für praktisch alle Kinder werden auch Beiträge der Invalidenversicherung (IV) geleistet. Auffällig ist, dass Mädchen untervertreten sind und dass der Anteil fremdsprachiger Kinder deutlich über dem Durchschnitt für die Stadt Winterthur (knapp über 30 %) liegt.

Sprachheilkindergarten

Jahr	Kinder	Anteil Mädchen	Anteil IV	Anteil Fremdsprachige
2002	46	41 %	100 %	59 %
2003	44	25 %	98 %	75 %
2004	52	31 %	98 %	73 %
2005	46	30 %	98 %	67 %

Im Rahmen kleiner Gruppen mit zehn Kindern und einer intensiven logopädischen Begleitung werden Kinder mit gezielten Körperwahrnehmungsübungen taktil-kinästhetisch, auditiv und visuell gefördert und damit auf die Schule vorbereitet. Die Kindergartenlehrpersonen arbeiten dabei intensiv mit Logopädinnen und Logopäden, mit Psychomotoriktherapeutinnen, Pädiatrie und schulpsychologischem Dienst zusammen.

Kleinklassen C
(für hör- und sprachbehinderte Kinder)

Im Schulhaus Altstadt werden an zentraler Lage sechs Abteilungen der Kleinklasse C geführt. Eine weitere Abteilung wird in Seen geführt. In diesen sieben Klassen wurden 87 Schülerinnen und Schüler unterrichtet. Wie im Sprachheilkindergarten erhalten auch hier praktisch alle eine Unterstützung von der Invalidenversicherung (IV). Knaben und Fremdsprachige sind deutlich übervertreten.

Jahr	Kinder	Anteil Mädchen	Anteil IV	Anteil Fremdsprachige
2005	87	32 %	98 %	67 %

Heilpädagogische Schule, Michaelschule

Die Gesamtzahl der Schülerinnen und Schüler betrug anfangs Schuljahr 97 Kinder (Vorjahr 95), verteilt auf 16 (Vorjahr 16) Abteilungen. Davon wurden 13 Kinder (Vorjahr 11) integrativ in einem Regelkindergarten oder einer -klasse geschult.

Nachdem im vorangegangenen Schuljahr in der «Stiftung Fintan», die verschiedene Ausbildungsplätze für Menschen mit Behinderungen anbietet, ein eigenes Schulzimmer eingerichtet werden konnte, hat nun das 11. Schuljahr in seinem vierten Jahr die Projektphase abgeschlossen. Für die Entwicklung der Jugendlichen und ihre Berufsfindung ist das Abschlussjahr positiv.

Am 31. Mai fand unter Beteiligung aller Kinder der Spatenstich des Erweiterungsbaus statt. Mitte Dezember wurde der dreigeschossige Bau im Rohbau fertig gestellt. Schulintern beschäftigte sich die Mitarbeiterschaft während dieses Jahres schwergewichtig mit dem Einsatz von Medien im Unterricht und mit Grundlagen zur Konzeptentwicklung für unterstützte Kommunikation. Durch das Rezertifizierungsaudit, welches unter anderem die Zusammenarbeit mit Eltern und Aussenstellen intensiv beleuchtete, erhielt die Schule wertvolle Rückmeldungen. Die Gültigkeit des Zertifikats «Wege zur Qualität» wurde um weitere drei Jahre verlängert.

Städtische Schule für cerebral gelähmte Kinder,
Maurerschule

Das Therapieangebot, im Stundenplan der Schülerinnen und Schüler integriert, ist ein wichtiger Bestandteil der Sonderschulung in der Maurerschule. Am Ziel zur Entwicklung der grösstmöglichen Selbstständigkeit im eigenen Lebensumfeld arbeiten die Schülerinnen und Schüler mit den Lehrpersonen und werden dabei durch pädagogische Therapien (Logopädie, Musik- und Bewegungstherapie) und medizinische (Physio- und Ergotherapie) unterstützt. Im Vordergrund stehen alltagsbezogene therapeutische Aktivitäten, die Bereiche wie Kommunikation, Nahrungsaufnahme, Körperpflege, An- und Auskleiden,

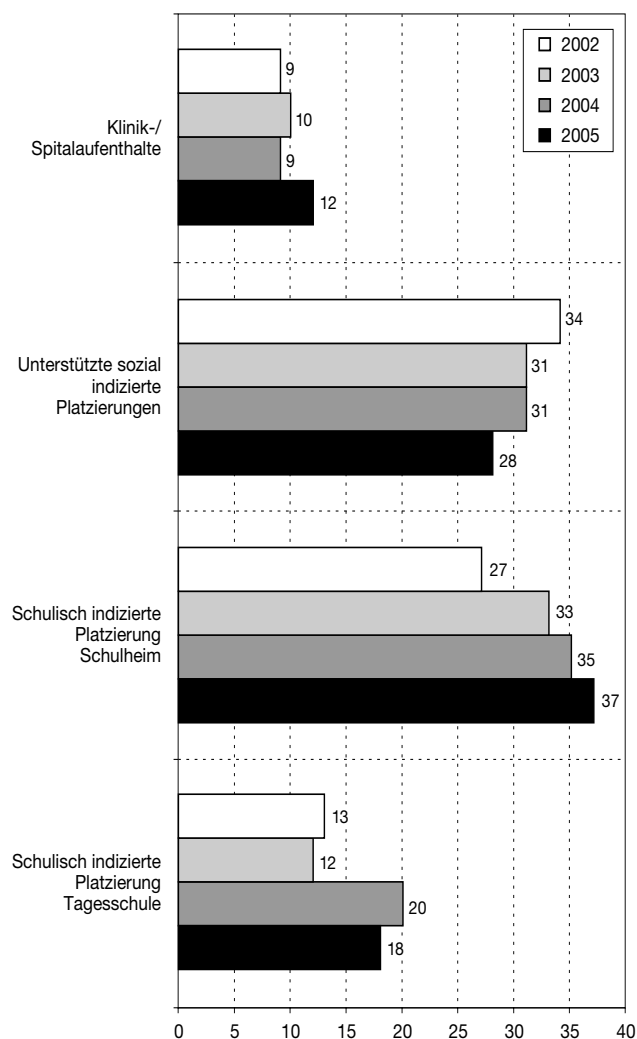
Fortbewegung, Spiel und Beschäftigung betreffen. Für die Schülerinnen und Schüler der Abteilung für mehrfach behinderte Kinder und Jugendliche steht die Therapiestelle der Stiftung Brühlgut zur Verfügung. In der Maurerschule sind die Stellenprozente des Therapiepersonals im Verhältnis zur Schülerzahl so bemessen, dass im Förderteam – mit den Eltern, dem Schularzt und der Schulleitung – Therapieschwerpunkte wie auch Therapiepausen festgelegt werden. Bei der Zielsetzung stark beachtet werden die Motivation der Schülerinnen und Schüler, ihre Wünsche bezüglich ihrer individuellen motorischen Alltagsmöglichkeiten und ihre Bedürfnisse zur Verbesserung der Mobilität und Kommunikation. Dank der Beratung der Heilpädagoginnen und Heilpädagogen und der engen interdisziplinären Zusammenarbeit werden die Erkenntnisse und Übungen der Therapie im Schulalltag integriert und umgesetzt.

Mit Hilfe von Intervention, Supervision, interner und externer Weiterbildung im interdisziplinären Team wie auch im Fachteam, durch den Austausch mit dem Schularzt (Kinder- und Jugendarzt mit Schwerpunkt Rehabilitation) wird die Qualität des Therapieangebots gesichert.

Schule in Kleingruppen KGS

Die Schule in Kleingruppen KGS ist bestrebt, die Jugendlichen ihrem Potenzial und ihren individuellen Rahmenbedingungen entsprechend auf dem Weg zu einer

Heimplatzierungen



beruflichen Erstausbildung zu unterstützen. Die durchschnittliche Belegung liegt bei 19 Jugendlichen.

Die Nachfrage nach Schulplätzen für normal begabte Schülerinnen und Schüler mit besonders hohem Förder- und Betreuungsbedarf ist nach wie vor hoch. Das aktuelle Platzangebot der Schule in Kleingruppen KGS ist für den Bedarf der Stadt Winterthur zu klein. Daher konnten auch keine Aufnahmebegehren anderer Gemeinden berücksichtigt werden. Im Berichtsjahr wurde bereits im März über vorliegende Aufnahmeanträge entschieden. So blieb für die abgewiesenen Jugendlichen Zeit, alternative Schulungsmöglichkeiten zu finden. Die diesbezüglichen Erfahrungen sind positiv ausgefallen: Für alle abgewiesenen Jugendlichen konnte eine schulische Alternative gefunden werden. Für alle neun austretenden Schüler konnte eine berufliche oder schulische Nachfolgelösung eingerichtet werden. Es waren ebenso Neueintritte, sechs Knaben und drei Mädchen, zu verzeichnen. Die Schule betreut nach den Aufnahmeentscheiden im Dezember aktuell 4 Schülerinnen und 15 Schüler.

Heimschulung und externe Sonderschulung

Die Anzahl Lernender in externer Sonderschulung beträgt am Ende des Berichtsjahrs 95 (Vorjahr 95). Wie schon im Vorjahr zeigte sich ein Engpass bei Angeboten für Schülerinnen und Schülern, die aufgrund ihrer kognitiven Leistungsfähigkeit durchaus im Stande wären, dem Schulstoff in der Regelschule zu folgen, die aber aus emotionalen, sozialen oder psychischen Gründen zu scheitern drohen. In der Stadt selber bestehen nur wenige Plätze und auch in externen Institutionen sind Angebote für diese anspruchsvolle Zielgruppe nur begrenzt verfügbar. Mit der Einführung neuer Kleinklassenformen (Kleinklasse für Schülerinnen und Schüler mit besonders hohem Förderbedarf) sowie der Erweiterung der Kleingruppenschule auf die Primarstufe auf das Schuljahr 2006/07 wird eine Entspannung dieser Situation absehbar.

Schulgesundheits

Für die Abteilung Schulgesundheits stand das Berichtsjahr im Zeichen von Umbruch und Neuerungen. Die Vernetzung des schulärztlichen mit dem schulzahnärztlichen Dienst machte es möglich, die Diskussionen um neue Schwerpunkte, Inhalte, Abläufe zu vertiefen und gemeinsame Strategien zu entwickeln. So rückte zum Beispiel das Thema ungünstige Ernährungs- und Lebensgewohnheiten ins Zentrum. Die beiden Themen – Prophylaxeinstruktorinnen und Schulschwester – berücksichtigten diese Probleme in Weiterbildung und Beratungstätigkeit.

Mit einem Merkblatt über das Vorgehen bei medizinischen Notfällen und Zahnunfällen konnte den Lehr- und Betreuungspersonen in Schulen, Kindergärten und Horten eine wichtige Arbeitshilfe abgegeben werden.

Im Rahmen der Veranstaltungsreihe «Blickpunkt Schule» fand ein Informationsabend zum Thema Schulgesundheits statt. Die Anwesenden erhielten Einblick in die Tätigkeiten der Schulschwester sowie Schulärztinnen und Schulärzten und wurden vertraut gemacht mit dem Gedanken der gesundheitsfördernden Schule.

Schulzahnärztlicher Dienst

Zur Verbesserung und Straffung der Abläufe in der Schulzahnpflege wurde eine Arbeitsgruppe «Reorganisation Schulzahnpflege» eingesetzt, bestehend aus der Abteilungsleiterin, nebenamtlichen Schulzahnärzten, Kiefer-

orthopäden, einer Verwaltungsmitarbeitenden des Schulzahnärztlichen Diensts und einer Dentalsekretärin. Es fanden fünf Sitzungen statt. Als weitere Neuerung wurde das Infoblatt «Der Schulzahn» für Zahnärztinnen und Zahnärzte geschaffen. Dieser Newsletter erschien zwei Mal und wurde in schriftlicher Form an die nebenamtlichen Zahnärztinnen und Zahnärzte verteilt. Im September wurde erstmals eine Informationsveranstaltung für Dentalsekretärinnen und Dentalassistentinnen von nebenamtlichen Zahnärztinnen und Zahnärzten durchgeführt. An dieser konnten die Organisation des Schulzahnärztlichen Diensts sowie sämtliche Abläufe und Formalitäten erklärt und Fragen beantwortet werden.

Im Berichtsjahr wurden 7139 Kinder im Rahmen der Schulzahnpflege betreut, 2837 gingen zum Privatzahnarzt. Die Anzahl Schülerinnen und Schüler, welche zum Privatzahnarzt gingen, war somit gegenüber dem Vorjahr abnehmend. Nach wie vor waren viele Abklärungen für städtische Beiträge notwendig, besonders häufig für Familien, deren wirtschaftlichen Verhältnisse sich verändert hatten.

Schulzahnklinik

Im Berichtsjahr wurden 3573 Kinder und Jugendliche aus 61 Kindergärten und 241 Schulklassen untersucht. 925 Schülerinnen und Schüler konnten als kariesfrei bezeichnet werden, was einer unwesentlichen Veränderung gegenüber dem Vorjahr entspricht. Stark zerstörte Gebisse im Kindergartenalter und bei den Jugendlichen, die so genannt versteckte Karies (von aussen kaum sichtbar) hielten die Behandlungsnotwendigkeit weiterhin hoch.

Das Team der Schulzahnklinik verzeichnete dank gut eingespielten Mitarbeitenden und straffer Organisation im Berichtsjahr eine hohe Produktivität. Trotz aller Anstrengungen konnten aber die seit Jahren unverändert langen Wartezeiten für Behandlungen nicht wesentlich reduziert werden. Einige nebenamtliche Schulzahnärztinnen und Schulzahnärzte erklärten sich bereit, dringliche Behandlungen zu übernehmen. Diese Zusammenarbeit vermochte die Situation etwas zu entschärfen. Andererseits wurden aber der Schulzahnklinik viele schwer behandelbare Kinder zugewiesen, da diese vom Zahnarzt bzw. von der Zahnärztin spezielle Erfahrung verlangen. Drei Zahnärztinnen an der Schulzahnklinik waren im Frühjahr von der Schweizerischen Vereinigung für Kinderzahnmedizin als Spezialistinnen in Kinderzahnmedizin ausgezeichnet worden.

Prophylaxezentrum

Im Berichtsjahr startete das Team des Prophylaxe-zentrums eine Umfrage an die Prophylaxebeauftragten in den Schulhäusern. Um das Dienstleistungsangebot anpassen zu können, interessierten vor allem die Bedürfnisse der Lehrpersonen. Die hohe Beteiligung an der Befragung übertraf jegliche Erwartungen. Von 38 angeschriebenen Prophylaxebeauftragten retournierten 32 den ausgefüllten Fragebogen. Trotzdem ergab sich aus der Auswertung kaum die Notwendigkeit nach neuen Schwerpunkten. Nur einige wenige Prophylaxebeauftragte gaben dem Wunsch nach mehr Unterstützung Ausdruck. Zudem bekundeten nur vier Lehrpersonen Interesse an der Mitgestaltung einer «neuen Schulzahnpflege». Die Frage zur Mithilfe an einer geplanten Projektwoche im Schulhaus wurde nur von vier Prophylaxebeauftragten bejaht. Auf Wunsch von neun Lehrpersonen sollten die Präventionsbemühungen auf die allgemeine Gesundheit ausgedehnt werden. Die meisten befanden den Ist-Zustand für gut. Gegenüber dem letzten Berichtsjahr kamen 84 Klassen bzw. 1414 Kinder in den Genuss einer zusätzlichen Zahnreinigungslektion, darunter 17 Klassen mit besonders



Karies

vielen kariesauffälligen Kindern. Das Prophylaxezentrum arbeitete im Berichtsjahr bei der Betreuung von Kindern mit sehr stark zerstörten Zähnen noch intensiver mit der Schulzahnklinik und den nebenamtlichen Schulzahnärztinnen und -ärzten zusammen.

Nebenamtliche Schulzahnärztinnen und Schulzahnärzte

34 private Zahnärztinnen und Zahnärzte beteiligten sich im Berichtsjahr an der Durchführung der obligatorischen jährlichen Untersuchungen und führten die daraus resultierenden Behandlungen durch. Insgesamt wurden 3545 Schülerinnen und Schüler aus 51 Kindergärten und 232 Schulklassen untersucht. An kieferorthopädischen Behandlungen beteiligten sich eine Fachzahnärztin und sieben Fachzahnärzte. Die Untersuchungen und Behandlungen konnten pünktlich und ohne besondere Schwierigkeiten abgeschlossen werden.

Schulärztlicher Dienst

Die schulärztlichen Untersuchungen konnten in diesem Berichtsjahr dank guter Unterstützung durch alle Beteiligten effizient organisiert und durchgeführt werden. Das neue Angebot der Hepatitis B-Impfung in der zweiten Oberstufe wurde von 39 % der Jugendlichen wahrgenommen.

In Zusammenarbeit mit dem Sportamt wird erstmals ab dem Schuljahr 2005/06 ein Schulsportkurs für übergewichtige Kinder und Jugendliche der Mittel- und Oberstufe angeboten. Zwei erfahrene Bewegungstherapeutinnen haben sich für diesen Kurs «rund & bewegt» verpflichtet. Am wöchentlichen Training nehmen zurzeit jeweils 10 bis 14 Kinder teil. Die Auswertung von Daten, die während des vorletzten Berichtsjahres im schulärztlichen Dienst erhoben worden waren, ergab eine deutliche Zunahme des Anteils an übergewichtigen Kindern zwischen der ersten und vierten Klasse. Seit Beginn des neuen Schuljahrs bietet der Schulärztliche Dienst diesen Kindern und deren Eltern eine Erstberatung für Ernährung an.

Kinderhorte

Angebot

Im Berichtsjahr waren erstmals alle Kinderhorte im Anschluss an die Blockzeit der Schule geöffnet. Nach wie vor verändert sich die Nachfrage nach Betreuungsplätzen in den verschiedenen Quartieren immer wieder – je nach



Mittagstisch im Hort

Bevölkerungsstruktur und Bauaktivitäten. So wurde der Mittagstisch Schachen auf das Schuljahr 2005/06 hin in einen Mittags-Nachmittagshort umgewandelt und dem Kinderhort Tössfeld konnte neu der dem Kinderhort angrenzende Raum zu Verfügung gestellt werden. Somit bieten die 33 städtischen Kinderhorte neu 642 Plätze. Diese werden von durchschnittlich 1090 Kindern aus rund 800 Familien genutzt.

Nach wie vor sind die meisten Kinderhorte über die Mittagszeiten stark belegt. An den Nachmittagen hingegen gibt es nur in einzelnen Kinderhorten Engpässe. Zwei Morgentische wurden mangels Nachfrage geschlossen. Somit wurde nur noch in fünf Kinderhorten die Randzeitenbetreuung am Morgen angeboten.

Qualitätsentwicklung

Nach fünfjährigem Prozess hat sich die Steuergruppe Qualitätssicherung aufgelöst. Mit der abgeschlossenen obligatorischen Weiterbildung aller Hortleitungen zum Thema, Entwicklungsprozesse nachhaltig einzuleiten, ist der letzte Auftrag erfolgreich umgesetzt worden. Weiterhin hat Qualitätsentwicklung in den Kinderhorten einen hohen

Stellenwert. Kontinuierliche Beratung, interne Weiterbildungsangebote zu kinderhortspezifischen Themen und Überprüfung der Jahreszielsetzung sind einige Möglichkeiten, um die Qualität der Arbeit in den Kinderhorten zu sichern und weiterzuentwickeln.

Ausbildungs- und Praktikumsplätze

Im Sommer 2005 konnte der erste Studierende als Sozialpädagoge/Sozialarbeiter mit dem Schwerpunkt Hortleitung seine Ausbildung an der Hochschule für Soziale Arbeit (HSSAZ) erfolgreich abschliessen. Nach wie vor bietet die Abteilung Kinderhorte sechs Studierenden der HSSAZ die berufsbegleitende Praxisausbildungsmöglichkeit. Im Berichtsjahr absolvierten zudem wieder neun junge Menschen nach dem Schulabgang ein Praktikum in einem Kinderhort. Diese Möglichkeit, sich vertieft mit diesem Berufsfeld auseinandersetzen zu können, wird geschätzt.

Anstossfinanzierung durch den Bund

Für das Schuljahr 2004/2005 konnten rund 75 000 Franken als Finanzhilfe beim Bund ausgelöst werden.

www.kinderbetreuung.winterthur.ch

Nach wie vor erfreut sich die Homepage www.kinderbetreuung.winterthur.ch grosser Beliebtheit. Sowohl die Verlinkung der Standorte der Kinderhorte mit dem Stadtplan wie auch die Möglichkeit der online-Berechnung des Elternbeitrages werden sehr geschätzt.

Schulpsychologischer Dienst (SPD)

Innerhalb des Schulpsychologischen Dienstes sind einige personelle Wechsel vollzogen worden, unter anderem ein Leitungswechsel. Als Folge gesellschaftlicher Probleme verzeichnete der Schulpsychologische Dienst mehr Notfälle, wie zum Beispiel Kinder und Jugendliche

Statistik des Schulärztlichen Dienstes Winterthur für das Jahr 2005

Schulstufen	Kg	Us	Ms	Os	KKE	Ks	Total 2005	Total Vorjahr
Kopflausbefälle (in 254 Klassen)							337	427
Tuberkulose-Abklärung (spontan pos. ohne BCG)								1
Tuberkulosestest					3		3	10
Kinderlähmungsimpfung (Polio)			41	11			52	43
Diphtherie/Tetanusimpfung			13	109	1		123	192
Revaxis Impfung (Polio/Tetanus)			26	82	3		111	133
Boostrix Impfung (Tetanus/Diphtherie/Pertussis)			54	56			110	54
MMR Impfung			132	223	6		361	432
Hepatitis B Impfung				423	2		425	66
Verschiedene Befunde		80	141	128	15	2	366	482
Befunde am Blutdruck				58		6	64	71
Aussergewöhnliches Herzgeräusch		3	2				5	11
Kryptorchismus (Hodenhochstand)		1					1	1
Phimose (Vorhautverengung)		43					43	55
Grosswuchs		3	3				6	7
Kleinwuchs				1			1	2
Befunde am Skelett		33	70	22	6		131	168
Kinderschutz/Verwahrlosung		2					2	2
Hörschwächen	16	15	11	5	1		48	70
Sehchwäche	34	42	46	75	8	10	215	229
Total ärztliche Befunde	50	222	273	289	30	18	882	1 098
Anzahl Untersuchungen	878	594	779	799	46	146	3242	3 316
Anzahl Klassen	103	63	55	52	9	6	288	306
Beratung Ärztin/Arzt (Einzelkonsultation)				348	3	19	370	382
Einzelkonsultation auf Büro SAD							275	359
Freie Arztwahl genutzt		296	148	97	4	1	546	506

Kg = Kindergarten Us = Unterstufe Ms = Mittelstufe Os = Oberstufe KKE = Einschulungsklasse für Fremdsprachige Ks = Kantonsschule (Rychenberg)

* Änderungen sind bedingt durch neue Impfkombinationen und -empfehlungen des BAG (Bundesamt für Gesundheit)

mit Schulverweigerung, Notfalleinsätze in Schulklassen sowie Fremdplatzierungen. Im vergangenen Jahr haben sich die Fälle, die aufwändige und komplexe Beratungssituationen nach sich ziehen, gehäuft. Um die schwierigen Probleme zu lösen, ist eine intensive Zusammenarbeit mit anderen Institutionen oft unerlässlich.

Nebst der Zunahme schwieriger Einzelfälle, deren Bearbeitung viel Zeit beansprucht, sind verschiedene Schulreformen und -projekte ausschlaggebend für eine Neuausrichtung und -positionierung des Schulpsychologischen Dienstes. Der Schulpsychologische Dienst wird im nächsten Jahr seine unterstützenden und beratenden Aufgaben in der Schule stärker gewichten als die Einzelfallabklärungen. Der bereits laufende und weiter bevorstehende Wandel im Schulfeld bewirkt Veränderungen in der Organisation und der Auftragssituation, die in der nächsten Zeit ein simultanes Antworten auf die verschiedenen Fragen erforderlich machen.

Kindergarten/Volksschule

Statistische Angaben zum Kindergarten

1778 Kinder (Vorjahr 1775) besuchten den Kindergarten. Eine Zunahme der Kinderzahlen war in den Kreisen Stadt, Oberwinterthur und Veltheim zu verzeichnen. Es wurde für den Kreis Stadt deshalb zusätzlich eine Entlastungsstelle bewilligt. In Oberwinterthur werden neu 3 Klassen in Grundstufen geführt. Darin werden in zwei bestehende Abteilungen sowie einer neu eröffneten Abteilung Kindergartenkinder und Erstklässlerinnen und Erstklässler zusammen unterrichtet. Aufgrund geringerer Kinderzahlen wurde im Kreis Mattenbach eine Abteilung geschlossen und der Kreis Töss verzichtete auf die Weiterführung einer befristeten Stelle.

Von insgesamt 111 Abteilungen (Vorjahr 111) Kindergartenabteilungen wurden 87 (84) als Blockzeiten- und 15 (18) als Halbtageskindergärten, der Rest als Regelkindergärten angeboten. In den insgesamt 111 Abteilungen sind 102 (102) reguläre, 5 Sprachheil- und 4 Stufenkindergärten enthalten.

Statistische Angaben zur Volksschule

In der Volksschule lernten 8146 (Vorjahr 8107) Schülerinnen und Schüler. Das Verhältnis zwischen Mädchen und Knaben hat sich gegenüber dem Vorjahr kaum verändert. Es besuchten 3927 Mädchen (3940) und 4219 Knaben (4167) die Volksschule. Da sich die Zahl der fremdsprachigen Kinder im Vergleich zum Vorjahr nicht stark veränderte, musste keine neue Kleinklasse E eröffnet werden.

Schulveranstaltungen

Projektwochen

Projektwochen sind bei Schülerinnen und Schülern sowie bei Lehrpersonen nach wie vor beliebt. Dementsprechend vielfältig und interessant sind jeweils auch die Themen: «Abfallwoche», «Lichter im Advent», «Marionettentheater» oder «Boden und Erde» sind nur einige Beispiele für die breit gefächerten Arbeitsinhalte. 3982 (2488) Schülerinnen und Schüler aus 289 (258) Primarklassen und 395 (580) Schülerinnen und Schüler aus 138

(134) Oberstufenklassen waren dieses Jahr an Projektwochen in 28 (28) Schulhäusern beteiligt.

Auswärtige Schulwochen/Ferienkolonien/freiwillige Wintersportlager

Die Schülerinnen und Schüler freuen sich auf die auswärtigen Schulwochen, da dort oftmals das «Abenteuerfeeling» ausgelebt werden kann, beispielsweise beim beliebten Zeltlager oder einem Wanderlager. An 51 (43) Mittelstufen-Klassenlagern nahmen 1015 (825) Schülerinnen und Schüler und an 54 (42) Oberstufen-Klassenlager 1003 (920) Schülerinnen und Schüler teil.

Die 7 (7) von den Ferienkolonie-Vereinen durchgeführten Lager bilden für viele Kinder und Jugendliche eine willkommene und preisgünstige Möglichkeit, Ferien zu machen. Das Departement Schule und Sport beteiligte sich mit rund 74 576 Franken (84 786 Franken) an den Lagerkosten. Ebenfalls fanden 3 (3) freiwillige Wintersportlager mit insgesamt 95 (93) Schülerinnen und Schülern statt.

Fachvorsteherschaften

Informatik Oberstufe

Das Berichtsjahr stand hauptsächlich im Zeichen der Vollendung der im Jahr 2004 begonnenen Ersatz- und Ergänzungsbeschaffung von je 21 Macs für die Informatikzimmer sowie der Ausrüstung aller Oberstufenschulhäuser mit einem Farblaserdrucker und einer digitalen Fotokamera. Ein weiterer Schwerpunkt war die Ausbildung der Lehrpersonen auf das neue Betriebssystem Mac OS X und die neuen Informatikmittel. Diese Ausbildung wurde von den Fachvorstehern in den meisten Schulhäusern bereits durchgeführt.

Video und TV / Tonband / Dia und Projektion

Im Berichtsjahr wurde nach den Oberstufenschulhäusern damit begonnen, die grösseren Primarschulhäuser ebenfalls mit einem Beamer auszurüsten.

Erfreulich ist die Tatsache, dass im Berichtsjahr die Akzeptanz und die Nutzung des elektronischen Video- und DVD-Kataloges zugenommen hat und auch das Bestellwesen per E-Mail rege benutzt wird. Es ist sichergestellt, dass in den Klassenzimmern gemäss Ausrüstungsstandards der städtischen Schulen genügend Tongeräte zur Verfügung stehen. Im Moment werden rund 1300 Geräte betreut. Den Winterthurer Lehrpersonen steht ein Archiv mit rund 3000 Tonträgern im Ausleih zur Verfügung.

Blockflötenunterricht

Aus Spargründen hatte die Zentralschulpflege beschlossen, ab 2005 im 1. Spieljahr neu einen Jahresbeitrag von 80 Franken zu erheben und das 4. und 5. Spieljahr abzuschaffen. Die Zahl der Kinder, die sich für den Blockflötenunterricht angemeldet haben, ging leicht zurück. Die Erhebung eines Jahresbeitrags im 1. Spieljahr hatte auf die Zahl der Anmeldungen vermutlich keinen Einfluss.

	1. Spieljahr	2. Spieljahr	3. Spieljahr	Total
2004	441 Kinder	316 Kinder	142 Kinder	899 Kinder
2005	427 Kinder	287 Kinder	115 Kinder	829 Kinder

Konvente der Lehrpersonen

Kindergartenkonvent

Die Frage «Was für eine Schule ist für Kinder und Pädagoginnen bzw. Pädagogen wünschenswert?» ist von grosser Bedeutung, vor allem in der kommenden Zeit der Umsetzung des neuen Volksschulgesetzes. Für den Kindergarten wird es wichtige Veränderungen geben. Der Stufenkonvent hat sich mit den Vernehmlassungen zu den einzelnen Verordnungen befasst. Ein Thesenbüchlein zu den einzelnen Verordnungsentwürfen, worüber am Stadtkonvent vom 10. November abgestimmt wurde, wurde ausgearbeitet. Die Vernehmlassung zum Konzept des sonderpädagogischen Angebots (WISP) gab Anlass zu vielen Diskussionen, vor allem der Entscheid der Zentralschulpflege, sämtliche Stufenkindergärten im Sommer 2006 gleichzeitig aufzuheben.

Volksschulkonvent (VSK)

Der erweiterte Vorstand des VSK trat jedes Quartal zu einer Sitzung zusammen. Zu Beginn des Schuljahres nahm die auf Antrag des VSK gegründete Konferenz der IF-Lehrpersonen ihre Arbeit auf.

Der Vorstand des VSK reichte Vernehmlassungsantworten zu den Anstellungsbedingungen für die städtischen Fachlehrpersonen sowie zum MAB-Reglement der betreffenden Kolleginnen und Kollegen ein. Die Vernehmlassung zum Winterthurer Sonderpädagogischen Konzept (WISP) wurde in den Kreis- und Hauskonventen besprochen. Vorgängig dazu organisierten die Kreiskonvente Informationsveranstaltungen. Es zeigte sich wiederum, dass die Lehrerschaft den Neuerungen nicht nur ablehnend gegenüber steht. Hingegen wird befürchtet, dass die zeitlichen und finanziellen Rahmenbedingungen für die neuen Schulungsarten nicht genügen.

An der Delegiertenversammlung im Mai liess sich die Lehrerschaft ebenfalls über die Durchführung der Reformen (Integrative Förderung und Geleitete Schulen) orientieren. Daneben unterstützte die Versammlung zwei Anträge:

- Erhöhung der Beiträge für Klassenlager (Wülflingen)
- Sparmassnahmen (Veltheim)

Während das erste Anliegen inzwischen durch die ZSP gutgeheissen wurde, beantwortete die Behörde das zweite in abschlägigem Sinn.

Wegen neuer Pflichtenhefte und teilweise geänderter Entschädigungsbedingungen mussten die Fachvorsteher-schaften neu gewählt werden. Das Amt Fachvorsteher-schaft Werken Nichttextil der Oberstufe konnte wegen verschlechterten Bedingungen nicht mehr besetzt werden.

Bereich Berufsbildung

Die Entwicklung auf dem Lehrstellenmarkt, die Zunahme von Gewalt unter Jugendlichen und die sehr unterschiedlichen schulischen Voraussetzungen der Schulabgängerinnen und Schulabgänger der dritten Oberstufe forderte die Mitarbeitenden des Bereichs Berufsbildung in zunehmendem Masse. Um den zusätzlichen Anforderungen gerecht zu werden, wurde mit verschiedenen Massnahmen eine Konzentration der Kräfte erreicht und eine Entwicklung der Angebote eingeleitet. Mit dem Abschluss

des Projekts «Kantonalisierung der Berufsberatung» per 1. Juli, dem Entscheid des Stadtrates, die Hauswirtschaftliche Fortbildungsschule HFS zu «re-integrieren» und der Professionalisierung des Lehrlingsforums Winterthur durch eine Geschäftsleitung wurde der Grundstein für eine nachhaltige Entwicklung der einzelnen Bereiche gelegt. Beim Lehrstellenmarkt erhält die weitere Vernetzung mit der Privatwirtschaft eine zentrale Bedeutung. Lehrverbünde werden aufgebaut, um trotz steigenden Anforderungen an die Ausbildung von Lernenden ein genügendes Angebot an Ausbildungsplätzen zur Verfügung stellen zu können. Das neue Berufsbildungsgesetz des Bundes und dessen Einführung im Kanton Zürich wird die Grundlage für eine weitere Stärkung der dualen oder trialen Ausbildung in den Berufslehren legen.

Berufsberatung

Die Aktivitäten der Berufsberatung wurden durch den Übergang von der Stadt Winterthur zum Kanton Zürich geprägt. Die Kantonalisierung wurde per 1. Juli offiziell abgeschlossen. An der Zürcherstrasse 12 in Winterthur sind nun die Berufsberatung und das Berufsinformationszentrum BiZ in neuer Umgebung zusammengefasst. Dies vereinfacht die Abläufe und stärkt das Angebot. Bereits am 3. November wurde das «neue BiZ» von Regierungsrätin Regine Aepli offiziell eröffnet.

Mit dem Einsitz der Stadt Winterthur in eine neu zusammengesetzte Berufsberatungskommission wird die Erfüllung der Bedürfnisse der Stadt Winterthur an Berufsberatungleistungen sichergestellt.

Berufsinformationszentrum (BiZ) Winterthur/Andelfingen

Infolge der Kantonalisierung des Berufsinformationszentrum (BiZ) zusammen mit der Berufsberatung per 1. Juli wurde auch das Leistungsangebot neu organisiert und weiter entwickelt. Das Berufsinformationszentrum (BiZ) erbringt am neuen Standort zusätzliche Leistungen für den ganzen Kanton Zürich. Damit profitiert auch die Stadt Winterthur in direkter Weise von den neuen Angeboten. Die klar strukturierte Angebotsübersicht und der damit verbundene einfachere Zugang zu Berufsinformationen entspricht der erwarteten Qualitätssteigerung.

Berufswahlschule Winterthur (BWS)

Die angespannte Lehrstellensituation, die Abschaffung der zweijährigen Lehre, vor allem aber der Zeitdruck (Lehrstellenvergabe vor dem 1. November) machen es den Jugendlichen nicht einfach, eine gute Berufswahl zu treffen und eine entsprechende Lehrstelle zu finden. Trotzdem haben alle Jugendlichen eine Anschlusslösung (Lehre) gefunden.

Bemerkenswert sind auch die hohen Zahlen bestandener Aufnahmeprüfungen an die Berufsmittelschule (BMS), von erfolgreich abgeschlossenen ECDL Modulen und PET-Cambridge-Diplomen. Weiter wurden die Infrastruktur des Schulhauses verbessert, das BWS PC-Netz laufend optimiert und die Lehrpläne und Programme ständig überprüft und angepasst. Mit einem unterhaltsamen Programm beim Jahresschluss in der Alten Kaserne fand das Berichtsjahr seinen Abschluss.

Werkjahrsschule (WJS)

Fast alle Jugendlichen des Jahreskurses 2004/2005 fanden einen Ausbildungsplatz oder eine Anschlusslösung. Nebst dem zu knappen Lehrstellenangebot bekamen die Jugendlichen noch stärker als 2004 die Auswirkungen des neuen Berufsbildungsgesetzes zu spüren. Besonders einschneidend war der Wegfall der zweijährigen Lehren. Hinzu kam, dass kaum noch zweijährige Attestausbildungen oder Anlehen angeboten wurden.

Für den Jahreskurs 2005/2006 meldeten sich so viele Jugendliche an, dass eine Warteliste geführt werden musste. Das 2004 eingeführte Schulgeld scheint allgemein akzeptiert zu sein. Mehrere Eltern mit geringem Einkommen stellten ein Gesuch um Schulgelderlass.

Hauswirtschaftliche Fortbildungsschule an der Berufs- und Fortbildungsschule

Hauswirtschaftlicher Jahreskurs

Der Lehrstellenmangel, die Abschaffung der Ausbildung zur Pflegefachfrau bzw. zum Pflegefachmann DN I und DN II sowie die Abschaffung zweijähriger Berufslehren und Anlehen macht es für viele Schülerinnen und Schüler schwieriger denn je, eine passende Lehrstelle zu finden. Manche genügen den schulischen Anforderungen nicht, auch nicht denjenigen der Attestausbildung. Trotzdem fanden 92 % der Jugendlichen eine geeignete Anschlusslösung. Im Sommer fuhr eine Truppe von 34 freiwilligen Schülerinnen und Schülern und zwei Lehrpersonen einen Tag nach Bristen, wo sie nach den verheerenden Überschwemmungen bei den Aufräumarbeiten halfen.

Das Schuljahr 2005/06 startete mit vollen Klassen. Inzwischen gab es drei Abbrüche und zwei Wegweisungen, so dass ein paar Lehrabbrechende aufgenommen werden konnten.

Integrationskurse

Seit Schuljahr 2004/05 müssen auswärts wohnende Integrationsschülerinnen und -schüler für die Aufnahme in den Integrationskurs eine Kostengutsprache ihrer Wohngemeinde einreichen. Da diese nicht überall gesprochen wurde, gab es bei den auswärtigen Integrationsschülerinnen und -schülern einen leichten Rückgang. Gleichzeitig meldeten sich weniger fremdsprachige Jugendliche aus Winterthur an. Aufgrund der nicht mehr voll besetzten Integrationsklassen führt die Hauswirtschaftliche Fortbildungsschule (HFS) seit August 2005 einen Integrationskurs weniger – also zwei statt wie in den vorhergehenden Jahren drei. Der Vorintegrationskurs wird weiterhin geführt.

Kurse der Hauswirtschaftlichen Fortbildung für Erwachsene

Auf das Herbstsemester 2004/05 wurden die Beiträge der Kursteilnehmenden leicht erhöht. Erfreulicherweise hatte dies keinen Rückgang der Kursnachfrage zur Folge. Neu bot die Hauswirtschaftliche Fortbildungsschule (HFS) zusammen mit dem Sozialamt insgesamt drei Kurse zu den Themen Budget und Alltagsbewältigung für Sozialbezüger/innen an.

msw-winterthur

Das vierte Lehrjahr der msw-winterthur endete am 7. Juli. 54 (im Vorjahr 47) Auszubildende konnten die msw-



Der attraktive msw-Neubau beinhaltet die Mechanikwerkstätten und die Berufsschule.

winterthur mit dem Eidgenössischen Fähigkeitsausweis und einem Gesamtnotendurchschnitt von 4.8 (4.78) verlassen. Ein Lernender muss die Lehrabschlussprüfung infolge ungenügender Leistungen wiederholen.

Das neue Ausbildungsjahr begann am 22. August mit 60 Lernenden. Der neue Bestand der Auszubildenden sieht wie folgt aus: 67 (73) Polymechnikerinnen und Polymechniker, 54 (45) Automatiker, 6 (6) Anlagen- und Apparatebauer, 69 (70) Elektronikerinnen und Elektroniker, 16 (16) Informatiker, 3 (3) Kaufleute und 3 Praktikanten. Die Zahl der Auszubildenden beträgt total 218 (213) Jugendliche. Im Berichtsjahr traten 21 (34) von 60 (60) Auszubildenden in die Berufsmittelschule (BMS) ein, infolge ungenügender Leistung mussten 6 (3) Schüler die Berufsmittelschule (BMS) verlassen.

Schule und Lehrwerkstätte

Für 700 000 Franken (Vorjahr 1 200 000 Franken) konnten neue Maschinen, Einrichtungen und EDV-Anlagen für die Berufsschule, Werkstatt und Administration angeschafft werden. Folgende Investitionsschwerpunkte wurden realisiert:

- Mechanik: Schweissmaschine, Trocken-Injektorstrahlanlage und einen neuen Drehtisch
- Berufsschule: Regelmodelle, Messgeräte, Modelle für die Schulung in der Prozessautomation, Informatikschulungsplätze, Laboreinrichtungen
- Automationcenter: Bleifrei Wellenlötanlage, Messgeräte, Werkstattarbeitsplätze

Erwachsenenbildung an der msw-winterthur

Das Kursvolumen entwickelte sich wie folgt:

Arbeitspraktiken total 340 (340) Tage mit 3 (3) Teilnehmern.

In der Grundausbildung Mechanik wurden neu 26 Kurs-tage mit 5 Teilnehmenden realisiert.

Fach-Kurse: 21 (9) Kurstage mit total 68 (22) Teilnehmern in den Fachgebieten Robotik und Automation.

Veranstaltungen

An der Projektvernissage vom 11. April zeigten die Lernenden des vierten Lehrjahrs ihr Können. Die besten Projekte konnten im Beisein der Medien und vielen Besucherinnen und Besuchern prämiert werden. Eine besondere Beachtung fand das durch Polymechniker hergestellte Modelldüsentriebwerk.



Berufsweltmeisterschaft: Silbermedaillengewinner Timon Achtnich (links im Bild)

Anlässlich des Tages der offenen Tür vom 16. April wurden die Abteilung Mechanik, das Automation Center und die Berufsschule der Öffentlichkeit vorgestellt.

Ein Höhepunkt für den Berufsnachwuchs der msw bildete in diesem Jahr die gelungene Lehrabschlussfeier. Die musikalische Umrahmung der Veranstaltung durch die Jugendmusik Neftenbach brachte die gewünschte Stimmung unter die Gäste.

Eine ganz besondere Ehrung begleitet von grossem Applaus erhielt Timon Achtnich, der die Schweiz an der Berufsweltmeisterschaft in Helsinki vertreten hatte. Sein glänzendes Resultat mit dem Gewinn der Silbermedaille ist auch für die msw-winterthur ein besonderer Meilenstein in der Geschichte.

msw-Projekte

Das Bauprojekt der msw-winterthur an der Zeughausstrasse 56 konnte mit dem Bezug im November 2004 und der offiziellen Einweihung am 15. April abgeschlossen werden. Rund zweihundert geladene Gäste würdigten die Arbeit der Architekten und der Handwerker. Am 16. April fand das alle fünf Jahre wiederkehrende Treffen der ehemaligen Absolventinnen und Absolventen der msw-winterthur statt. Über dreihundertfünfzig Teilnehmende aus aller Welt im Alter von einundzwanzig bis dreiundneunzig Jahren tauschten ihre Lebenserfahrungen aus.

Mit gutem Erfolg wurde die alle drei Jahre durchzuführende Zertifizierung unter ISO 9001/2000 abgeschlossen.

msw-Ertragslage

Der Umsatz an Lehrmitteln nahm trotz zusätzlicher Verkaufsanstrengungen weiter ab. Der Aussenumsatz betrug 1 150 000 Franken (1 450 000 Franken), ohne Berücksichtigung der Bestandesänderungen im Lager. Von diesem Umsatz entfielen auf den Bereich des Physikartikelverkaufes 322 000 Franken (420 000 Franken). Der Umsatz der Industrieaufträge beträgt 856 000 Franken (1 030 000 Franken). Der Ertrag beträgt 576 000 Franken (745 000 Franken).

Um die wirtschaftliche Situation der msw-winterthur zu verbessern, wurde ein neues Projekt mit dem Titel HS 07 gestartet. Mit Massnahmen auf allen Ebenen soll der Aufwandüberschuss vermindert werden.

Zentrale Dienste

Durch die Kantonalisierung der Berufsberatung und den Wegzug an die Zürcherstrasse wurden an der Mühlestrasse Büroräumlichkeiten frei. Die Personalabteilung und die Abteilung Finanz- und Rechnungswesen zügelten an die Mühlestrasse 5, die Abteilung Sonderpädagogik an die Mühlestrasse 10. Die ganze Verwaltung des Departements Schule und Sport befindet sich nun neu an der Mühlestrasse 5 und 10, der Standort Palmstrasse 16 wurde aufgelöst.

Finanzen

Im Frühling wurden die Grundlagen für die Einführung der Globalbudgets erarbeitet. Pro Produktgruppe wurden parlamentarische Zielvorgaben sowie operative Ziele und Leistungsmengen geregelt. Aufgrund von neu definierten Umlageschlüsseln mussten diverse Kosten, welche nicht direkt in einer Produktgruppe anfallen, den Produktgruppen zugeteilt werden.

Personalabteilung

Nebst den täglichen Dienstleistungsaufgaben wendete die Personalabteilung auch im vergangenen Jahr viel Zeit für Beratungs- und Konfliktgespräche auf und unterstützte die Abteilungsleitungen bei den Stellenbesetzungsverfahren.

Die Personalabteilung wirkte auch in verschiedenen befristeten Spezialkommissionen der Zentralschulpflege und in Arbeits- bzw. Projektgruppen mit. In den Kommissionen «Anstellung städtische Lehrpersonen» und «Kindergarten/Grundstufe» wurden u.a. Vorarbeiten für die Umsetzung des neuen Volksschulgesetzes geleistet. Eine Arbeitsgruppe befasste sich mit der Einführung der Mitarbeiterinnen- bzw. Mitarbeiterbeurteilung der städtischen Lehrpersonen ab Schuljahr 2005/06. Auch die Mitwirkung in der Projektgruppe «Nove PIAS» war arbeitsintensiv.

Schulbauten

Schulraumplanung und Prognosen 2005 – 2011

Die Schulraumplanung 2003 wurde im Detail weiterentwickelt und mit der Schulraumprognose 2005 aktualisiert. Besondere Aufmerksamkeit wurde der Bautätigkeit in den Schulkreisen Oberwinterthur (die beiden Teilgebiete Zinzikon und Hegi) sowie in Wülflingen (Teilgebiet Niederfeld) geschenkt. Zudem konnten in einigen grösseren Wohnüberbauungen die Bevölkerungsstrukturen in bestehenden Siedlungen untersucht werden.

Einsparungen bei der Reinigung von Schulanlagen

Eine der win03 Sparmassnahmen des Stadtrates konnte umgesetzt werden: Das Reinigungsintervall wurde in Kindergarten- und Schulanlagen reduziert und die Pensen für die Reinigung von Kindergartenanlagen analog der Schulanlagen neu berechnet. Die Funktion «Hauswartin im Nebenamt für Kindergartenanlagen» wird mittelfristig aufgelöst und den Schulhausanlagen zugeteilt. Im August 2005 mussten daher rund 280 Anstellungsverfügungen angepasst werden. Entlassungen mussten keine ausgesprochen werden, da für die Mitarbeitenden Lösungen in anderen Schulanlagen gefunden werden konnten.

Schulbauvorhaben 2005*Kreis Stadt*

Schulhaus St. Georgen

- Abschluss der Umgebungsarbeiten im Zusammenhang mit der ZHW.
- Abschluss der Sanierungsarbeiten in der Schulküche und im Zeichensaal.

Schulhaus Heiligberg

- Abschluss der Dach- und Fassadensanierungen.
- Abschluss der Sanierungsarbeiten in einer Turnhalle.

Kreis Mattenbach

Schulhaus Schönengrund

- Die Geruchsimmissionen in der Schulküche konnten baulich behoben werden.

Kreis Oberwinterthur

Schulhaus TMZ in Hegi

- Bezug von drei Klassenräumen und Nebenräumen für die Primarschule ab den Sommerferien.
- In den Kindergärten Guggenbühl und Hegifeld wurde die Grundstufe eingeführt, was mit geringfügigen baulichen Massnahmen verbunden war.

Kreis Seen

Schulhaus Sennhof

- Am 25. September 2005 stimmten die Stimmbürgerinnen und Stimmbürger dem Baukredit von 12 100 000 Franken zu. Der Baubeginn ist auf das Frühjahr 2006 terminiert. Der Bezug des Neubaus soll im Schuljahr 2007/2008 stattfinden.

Kreis Töss

Schulhaus Laubegg

- Der Erweiterungsneubau konnte im November 2005 realisiert werden. Der Bezug der neuen Räume fand im Dezember statt.

Kreis Wülflingen

Schulhaus Langwiesen

- Die Umbauten der Räume im Lehrpersonenbereich wurden abgeschlossen.

Städtische Schulen

Michaelschule

- Am 31. Mai 2005 erfolgte der Spatenstich für den Erweiterungsneubau. Der Neubau wird Ende 2006 bezogen werden.

Maurerschule

- Der Architekturwettbewerb für den Erweiterungsneubau wurde am 20. April 2005 entschieden. Die Kosten für das Siegerprojekt lagen Ende 2005 vor. Im 2006 werden der Grosse Gemeinderat und das Volk über den Baukredit befinden.

Weitere Projekte der Abteilung Schulbauten

- Die Installationsarbeiten für die PCs an allen Primarschulen konnten nach den Sommerferien abgeschlossen werden.
- Alle grösseren Bauarbeiten für den allgemeinen baulichen und gärtnerischen Unterhalt wurden in den Frühjahrs- und Sommerferien abgeschlossen.

- Nach dem Auszug der Berufsberatung von der Mühlestrasse an die Zürcherstrasse wurden deren Räume an der Mühlestrasse frei. Die Umzüge der Zentralen Dienste und der Abteilung Sonderpädagogik von der Palmstrasse in die Räume an der Mühlestrasse wurden im Dezember abgeschlossen.

Materialverwaltung***Allgemein**

Der spürbare wirtschaftliche Aufschwung führt auch in verschiedenen Produktgruppen zu Preiserhöhungen. Darüber hinaus sind auch die Rohstoffpreise teilweise markant gestiegen. Insbesondere die Preise für Rohstoffe zur Papierherstellung sind stark im Steigen begriffen. Die betroffenen Endprodukte werden sich mittelfristig stark verteuern. Dank umsichtigen Beschaffungen und guten Marktkennntnissen konnten die Preise aber im Berichtsjahr mehrheitlich noch stabil gehalten werden. Der Bedarf an Beschaffungsdienstleistungen hat weiter zugenommen.

Der Anteil der über die Materialverwaltung beschafften Güter hat weiter zugenommen. Trotz gekürzten Budgets konnte der fakturierte Umsatz um rund 8 % erhöht werden und hat damit einen neuen Höchstwert erreicht. Weiterhin zugenommen hat die Anzahl der Bestellungen, die über den E-Shop getätigt worden sind. Das Gesamtergebnis der WOV-Produktgruppe Materialverwaltung hat die finanziellen Ziele deutlich übertroffen.

Schulmobiliar

Die Ersatzbeschaffungen konnten anhand der im Herbst 2003 durchgeführten Schulmobiliarerfassung planmässig weitergeführt werden. Es wurden für insgesamt 9 Schulhäuser total 136 Schülerpulte, 248 Schülerstühle und 31 Lehrpersonen-Pulte ersetzt. In den neu bezogenen Räumen des TMZ wurden 3 komplette Klassenzimmer zum Teil neu oder aus Beständen aus dem aufgelösten Klassenraum «Im Gern» eingerichtet. Gleichzeitig wurden im TMZ der Lehrerbereich sowie ein Informatik-Kustoden-Schulungsraum neu eingerichtet.

Weitere Objekt-Projekte waren:

- Mobiliarneueinrichtung Schulküche Schulhaus Heiligberg
- Mobiliarergänzung Schulleiterzimmer Schulhaus Rychenberg
- Mobiliarneueinrichtung für einen Schulraum im Schulhaus Hohfurri
- Mobiliarneueinrichtung für einen Schulraum im Schulhaus Pavillon Iberg
- Mobiliarergänzung bzw. -neueinrichtung für die drei Grundstufen-Pilotklassen Guggenbühl, Hegifeld und Unterwegli

Die Ergänzung von Kindergartenmobiliar wurde wiederum in der bewährten Zusammenarbeit mit den Ressortverantwortlichen der Kreisschulpflegen durchgeführt. In insgesamt 17 Kindergarten-Abteilungen wurde im Jahr 2005 altes Mobiliar ersetzt oder ergänzt.

* Die Materialverwaltung ist eine Pilotorganisation der «Wirkungsorientierten Verwaltung (WOV)». Die ausführliche Berichterstattung erfolgt im Rahmen dieses Projektes in separater Form.

Drucksachen

Das primäre Ziel für das vergangene Jahr, den Anteil der über die Drucksachenzentrale bearbeiteten Drucksachenaufträge in Bezug auf die gesamten Drucksachenaufträge der Stadtverwaltung zu erhöhen, konnte durch konsequente Aufklärungsarbeit und dank einem im Mai an alle Abteilungen verschickten Merkblatt merklich erhöht werden. Des Weiteren konnte in dieser Angelegenheit auch auf die kooperative Zusammenarbeit mit den Lieferanten (Druckereien) gerechnet werden.

Die jährlich dreimal stattfindenden Sammelbestellungen für Geschäftsdrucksachen haben sich etabliert und laufen weiterhin gut.

Die Fachkommission Erscheinungsbild (vormals Arbeitsgruppe Erscheinungsbild respektive der CD-Ausschuss) konnte im vergangenen Jahr die langjährige Arbeit am neuen Erscheinungsbildordner abschliessen. Dieser wurde Anfang Jahr in der ganzen Stadtverwaltung gemäss Verteiler verteilt und im Intranet veröffentlicht.

Dienstleistungen

Weiterhin sehr geschätzt werden die Beschaffungsdienstleistungen, welche auch in diesem Jahr nochmals erhöht werden konnten.

Im vergangenen Jahr wurden folgende grössere Submissionen nach GATT/WTO beratend durchgeführt oder abgeschlossen:

- Mittagessen Horte der Stadt Winterthur
- Zutrittssystem Sportpasspool der Stadt Winterthur
- Ergänzungsbeschaffung E-Mac für die Oberstufe

Gebrauchtmobiliar

Das Volumen von gutem Gebrauchtmobiliar bzw. Neumobiliar ab Lager der Materialverwaltung ist gegenüber dem Vorjahr stabil geblieben. Weiterhin steigend war der Bedarf bezüglich Vermietung von Ausstellungsmaterial.

Umweltschutz

Die von der gemeinderätlichen Aufsichtskommission auferlegte Zielsetzung, den Anteil von Recyclingpapier zu steigern, konnte im Berichtsjahr erfolgreich umgesetzt werden. Dank den flankierenden Massnahmen des Stadtrates und der Zentralschulpflege sowie der Informationspolitik der Materialverwaltung ist es gelungen, per Ende Dezember einen erfreulich hohen Anteil von rund 60 % auszuweisen.

Sportamt*

Das Sportamt hat im vergangenen Jahr verschiedene Reorganisationsarbeiten abschliessen können. Als Folge dieser Reorganisationen konnte der Aufwand in gewissen Bereichen gesenkt werden. Die frei werdenden Ressourcen erscheinen zum Teil als Minderung des Aufwandüberschusses, zum Teil in Form von verbesserten Dienstleistungen und Intensivierung im Unterhaltsbereich.

Die wichtigste Änderung war die Anschaffung des neuen Kassen- und Zutrittssystems. Das alte wurde vollständig ersetzt, da es seine technische Lebensdauer überschritten hatte. Kleinere technische Mängel, die in

der Einführungsphase eingetreten sind, konnten schnell behoben werden. Einsparungen beim Unterhalt und der Administration des Systems sind bereits jetzt sichtbar.

Sportanlagen

Schwimmbäder

Im Juni wurde das sanierte Restaurant Geiselweid dem Betrieb übergeben. In naher Zukunft steht die Sanierung des Freibads an. Die Vorarbeiten dazu sind bereits abgeschlossen. Der Antrag zur Vergebung für ein Vorprojekt und für das Submissionsverfahren ist eingereicht.

Auch in den Quartierbädern Töss und Wülflingen wurden einige Neuerungen dem Betrieb übergeben. Im Schwimmbad Töss wurde das Kinderplanschbecken fertig gestellt. Mitte Mai konnte das sanierte Schwimmbad Wülflingen in Betrieb genommen werden. Bei den Schwimmbädern Wolfensberg und Oberwinterthur stehen Sanierungsarbeiten noch an. Eine Bauwerksinspektion hat gezeigt, dass beim Schwimmbad Wolfensberg ein umfassender Gebäudeunterhalt mit Teilersatz der Bauteile bei den Hochbauten erforderlich ist. Im Oktober wurde eine Petition eingereicht, welche den Stadtrat auffordert, die dringend notwendige Sanierung des Freibads Oberwinterthur in den nächsten zwei Jahren anzugehen.

Aufgrund des schlechten Wetters waren die Gästezahlen der städtischen Freibäder unterdurchschnittlich. Aus demselben Grund sanken auch die Frequenzen des Hallen- und Freibads Geiselweid: Mit rund 320 000 Eintritten fiel diese Zahl deutlich schlechter aus als in den vergangenen Jahren. Hingegen konnte die Attraktivität des Sportpasses durch verschiedene Massnahmen gesteigert werden. Ab dieser Saison war es erstmals möglich, kostenlos das Strandbad Pfäffikon zu besuchen. Dank des guten Wetters zu Beginn der Saison und den Attraktivitätssteigerungen konnten im Vergleich zum Vorjahr mehr Sportpässe verkauft werden.

Sportpark Deutweg

Für die Eishalle Deutweg wurde eine neue, funktionelle Eisabdeckung entwickelt und angeschafft. Bei mehreren Einsätzen in Winterthur wie auch in anderen Städten hat sich die Eisabdeckung bereits bewährt. Bei den Aussenanlagen wurde die dringend notwendige Sanierung des Kreuzplatzes ausgeführt. Im Tribünengebäude der Leichtathletikanlage wurden ein weiterer Trainingsraum energie-technisch saniert und in den nicht beheizten Garderoben, Duschen und dem Theorieraum Heizungen eingebaut.

Die Eishalle Deutweg wird immer mehr zur multifunktionalen Eventhalle. Die Zahl der Grossveranstaltungen stieg auch in diesem Jahr weiter an. Zu den Höhepunkten zählten das Eishockeyländerspiel und diverse Konzerte. Die Eisflächen der Eissportanlage wurden von den verschiedenen Nutzergruppen wieder sehr intensiv genutzt, so dass in den Spitzenzeiten freie Eisflächen Mangelware waren. Mit verschiedenen Aktionen, wie beispielsweise der temporären Einrichtung einer Schneerampe für Kinder, wurden neue Besuchergruppen auf die Eissportanlage gelockt.

Fussballanlagen

Im Zug der Sparmassnahmen wurde die Gebäudereinigung an die Vereine abgegeben. Für die Erweiterung des Garderobengebäudes des FC Töss im Reitplatz wurde ein neues Projekt erarbeitet. Auf der Freizeitanlage Reitplatz kam es zudem zu einem Pächterwechsel.

* Das Sportamt ist eine Pilotorganisation der «Wirkungsorientierten Verwaltung (WOV)». Die ausführliche Berichterstattung erfolgt im Rahmen dieses Projektes in separater Form.

Turnhallen

Die Auslastung der Turnhallen ist weiterhin sehr gut. Unter der Woche sind praktisch keine freien Trainingseinheiten mehr verfügbar.

Dienste und Information

Sportförderung

Freiwilliger Schulsport

Neben den üblichen Lektionen wurden wiederum diverse Schülerturniere organisiert. Auch dieses Jahr wurde das Angebot erweitert. Dazu gehören die Kurse «rund & bewegt» sowie neue Selbstverteidigungskurse. Der Kurs «rund & bewegt» richtet sich an übergewichtige Kinder und Jugendliche. Damit soll ein Beitrag zur Entschärfung des Problems des Übergewichts bei Jugendlichen geleistet werden. Mitte Mai fand der Anlass «Schulsport-erlebnisse» in der Eishalle Deutweg statt. In diversen Shows konnten die Kinder den Eltern und der Bevölkerung zeigen, was sie gelernt und geübt hatten.

Aquafitness

Die Aquafitnesskurse in den Schulschwimmanlagen und im Hallenbad Geiselweid verzeichnen weiterhin steigende Teilnehmendenzahlen. Deshalb werden im Jahr 2006 zwei weitere Kurse angeboten. Die offenen Angebote sind ebenfalls gut ausgelastet und können immer höhere Teilnehmendenzahlen verzeichnen.

Hochschulsport

Im Auftrag der Zürcher Hochschule Winterthur (ZHW) organisierte das Sportamt bereits im vierten Jahr ein attraktives und offenes Sportangebot für die Studierenden der Fachhochschule. Angeboten wurden geleitete Trainings, Kurse und Events. Dank den Rückmeldungen der Teilnehmenden konnten diverse Trends aufgegriffen und das Sportangebot um einige neue Kurse und Trainings erweitert werden.

Jugendsportförderung

Im Rahmen der Jugendsportförderung durfte das Sportamt wiederum 110 000 Franken an Winterthurer Sportvereine auszahlen. Sonderleistungen und neue Projekte der Sportvereine wurden entsprechend honoriert.

Rückblick zum Internationalen Jahr des Sports und der Sporterziehung aus Sicht des Sportamts

Aus Anlass des Internationalen Jahrs des Sports und der Sporterziehung hat sich das Sportamt vorgenommen, durch neue Bewegungsangebote noch mehr Menschen zu bewegen und damit einen Beitrag zur Erhaltung und Verbesserung der Volksgesundheit zu leisten. Dank den folgenden Events konnten im Berichtsjahr Tausende von Menschen bewegt werden. Die Anlässe «Richtig Schwimmen», «Stars in der Schule», «Snowli on Tour» und das Beachvolleyballturnier wurden im Rahmen des Internationalen Jahrs des Sports und der Sporterziehung zum ersten Mal durchgeführt. Um eine nachhaltige Wirkung zu erzielen, werden diese Sportveranstaltungen im Jahre 2006 wieder durchgeführt.

Schneesporttag vom 27. Januar 2005

Gegen 150 Primarschülerinnen und -schüler des Schulhauses Hegfeld erhielten die Möglichkeit, einen Tag im Skigebiet Hoch-Ybrig zu verbringen. Ziel des Anlasses war, städtischen Kindern aus allen Bevölkerungsschichten ein nicht mehr selbstverständliches Schneesporterlebnis zu ermöglichen.

Richtig Schwimmen vom 7. – 18. Februar 2005

Richtig schwimmen ist gesund und macht noch mehr Spass. Den Besucherinnen und Besuchern des Hallenbads Geiselweid wurde eine Schwimmstil-Korrektur durch den russischen Schwimmtrainer Andrei Ichoutov angeboten. Ichoutov ist unter anderem Trainer der vierfachen Schweizermeisterin Luana Calore vom Schwimmclub Winterthur.

Stars in der Schule

Im Rahmen des Projekts «Schweiz.bewegt» fand in Winterthur der Anlass «Stars in der Schule» statt. Schulkinder hatten die Möglichkeit einen Tag lang eine neue Sportart kennen zu lernen, die ihnen von Winterthurer Olympia-Aspirantinnen und -Aspiranten näher gebracht wurde.

Tössstafette vom 21. Juni 2005

Die legendäre Tössstafette fand auch im Internationalen Jahr des Sports und der Sporterziehung statt. 2800 Kinder liefen am nach wie vor grössten Schulsportanlass der Schweiz um die Wette.

Beachvolleyball Plauschturnier vom 27. August 2005

Das erste Beachvolleyball Plauschturnier im Sportpark Deutweg wurde ins Leben gerufen. 13 begeisterte Teams kämpften um den ersten Platz.

Powerdays vom 28. August und 11. September 2005

In Zusammenarbeit mit ISW-Sports wurden die Powerdays in Winterthur organisiert. Angesprochen waren alle Altersgruppen, die eine neue Sportart näher kennen lernen oder ihr Wissen vertiefen wollten. Dank mehr Sicherheit sollte der Spass am Sport vergrössert werden.

Jugendsportlager in Tenero vom 9. – 14. Oktober 2005

Bis auf den letzten Platz war das zum siebten Mal durchgeführte Sportlager ausgebucht. 80 Kinder genossen eine Woche im Centro Sportivo in Tenero. Ausgebildete Sportleiter und -leiterinnen sorgten für den richtigen Trainingseffekt. Das tägliche Sportangebot, darunter Sportarten wie Basketball, Fussball, Selbstverteidigung, Surfen, Tanzen und auch Klettern, wurde von den Teilnehmenden sehr geschätzt.

Snowli on Tour vom 28. September – 12. Dezember 2005

Kinder im Alter von 4 bis 8 Jahren hatten an zwei Wochenenden und am Mittwochnachmittag die Möglichkeit, ihre ersten Gleitversuche auf dem Schnee zu machen. Zusammen mit dem Seilbahnverband Schweiz, mit Swiss Ski und Swiss Snowsports konnte eine Schneerampe von 160 Quadratmetern betrieben werden. Das Angebot wurde von vielen Kindern genutzt. Unter der Woche organisierte das Sportamt zusätzliche Schneesportbetreuung für Winterthurer Schulklassen. Damit konnten rund 300 Kinder bewegt werden.

Departement Soziales

Die in den letzten Jahren geplanten und vorgenommenen Anpassungen in der Organisation und den Strukturen innerhalb des Departements Soziales an die veränderten Verhältnisse hatten es bereits angedeutet: Das Jahr 2005 stand für das Departement Soziales unter dem Motto «Veränderungen aktiv gestalten». Daher wurde bereits im Januar mit dem ganzen Kader des Departements das von der Geschäftsleitung erarbeitete Positionspapier D-S-O konkretisiert. Dabei stehen D für «Dienstleistungen wirkungsorientiert erstellen», S für «souveräner Umgang im Spannungsfeld von Bedürfnissen, Bedarf und Mittel» und O für «Orientierung an sozialpolitischen Prioritäten». Im Vordergrund waren folgende Fragen: Wo liegen die motivierenden oder frustrierenden Elemente bei der täglichen Auftragserfüllung? Welche Punkte des Positionspapiers sind dabei wichtig? Wie können die Mitarbeitenden für die kommenden Veränderungsprozesse motiviert und welche Beiträge können dazu geleistet werden? Das Kader liess sich im Rahmen eines Workshops mit grossem Engagement auf diese Fragen ein und formulierte gleichsam als Handlungsanleitung für die tägliche Arbeit in ihren Bereichen folgende vier Punkte:

- Positive Grundhaltung behalten (z.B. sehen was man hat, statt was man vermisst)
- Gutes Klima im Departement kultivieren, Teamgeist fördern
- Transparenz und Orientierung schaffen
- Mit kritischer Einstellung handeln.

Diese Handlungsanleitung schon früh erarbeitet zu haben, hat sich im Departement, in den Bereichen und bei den Betroffenen sehr bewährt, denn Veränderungen gab es im vergangenen Jahr einige. Die schwierige finanzielle Situation der Stadt machte es notwendig, Strukturen zu überdenken, Doppelspurigkeiten zu vermeiden und Synergien zu nutzen:

Als bedeutend ist die umfassende Reorganisation im Bereich Alter und Pflege zu nennen. Mit dem Modell «Gemeinsame Geschäftsführung» sollen aus bisher fünf weitgehend autonomen Alters- und Pflegeheimen zwei Zentren mit einheitlichen Strukturen und einer gemeinsamen Unternehmensphilosophie geschaffen werden. Im vergangenen Jahr wurde die neue Organisationsstruktur entwickelt und teilweise eingeführt. Es entstanden die beiden Alterszentren Adlergarten / Neumarkt und Alterszentren Oberi / Rosental / Brühlgut. Neben diesen Alterszentren wurde der ambulante Bereich zusammengefasst, nämlich die städtische Spitex zusammen mit der Beratungsstelle für das Alter (BfA). Diese neuen Strukturen erforderten zuerst Änderungen bei den Leitungen der Alterszentren. Auf 1. Mai wurde die oberste Führungsebene besetzt, in der Folge die Reorganisation weiter erarbeitet und auf den nächsten Stufen umgesetzt. Der umfassende Umstrukturierungsprozess wird im kommenden Jahr weitergeführt, so dass das eingangs erwähnte Motto nach wie vor Geltung hat. Unterstützt wird mit diesen Bestrebungen zusätzlich der «Masterplan Heime» als Planungsinstrument, das die künftige Nutzung der gesamten stationären Alterseinrichtungen dem Bedarf anpassen soll.

Seit 1. April nennt sich das frühere Sozialamt Soziale Dienste und arbeitet in ihrer neuen Organisationsstruktur. Als wesentlichste Neuerungen sind die Bildung einer Hauptabteilung Abklärung und Support, die Neugestaltung der zentralen Anlaufstelle ZAS zu einem umfassenden Intake, die Entflechtung des Jugend- und Erwachse-

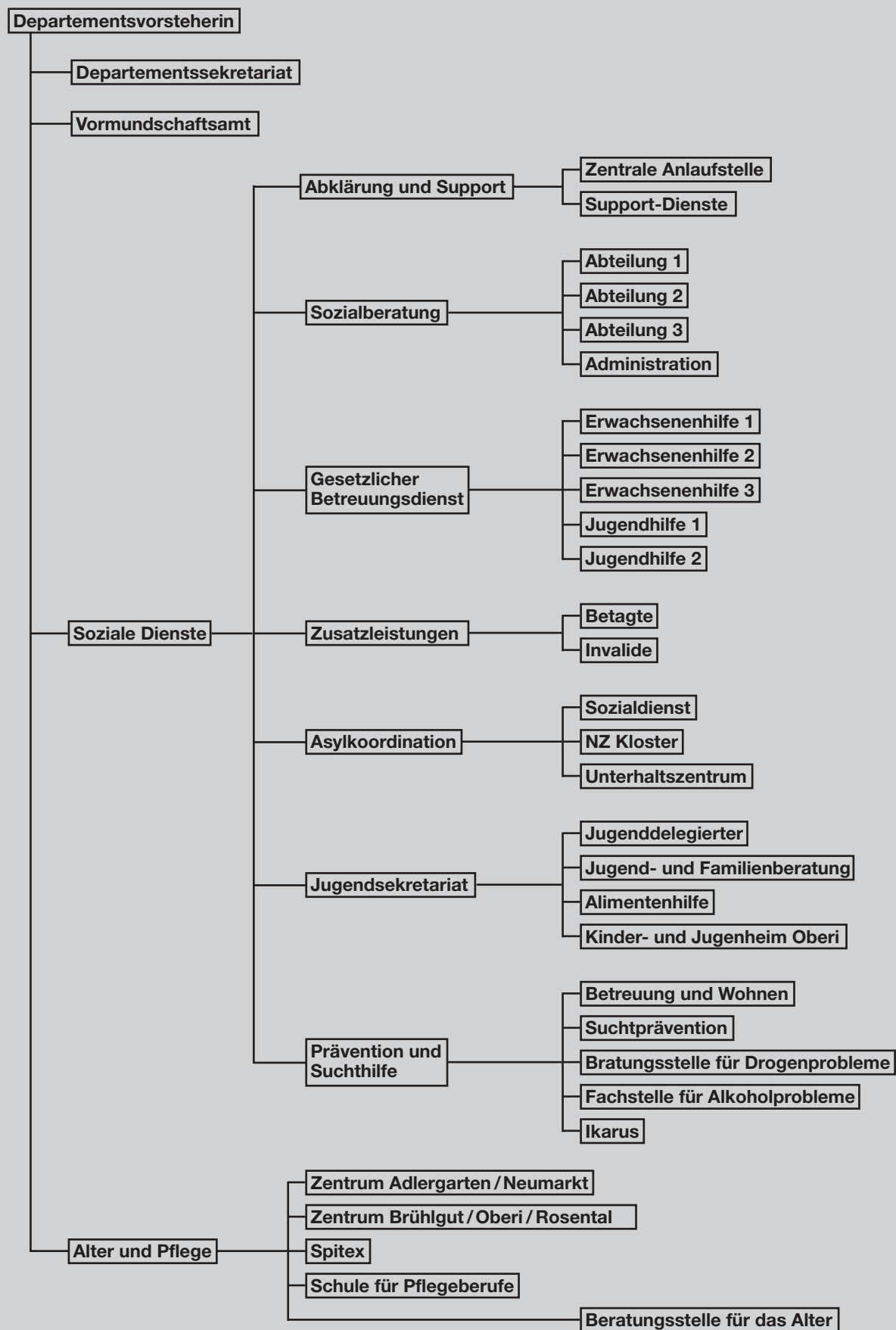
nenbereichs, die Zusammenführung der niederschwelligen und der medizinisch-therapeutischen Einrichtungen und die Integration des Gesetzlichen Betreuungsdienstes in die Sozialen Dienste zu nennen. Im gleichen Sinne sind die Vorbereitungen für die Kantonalisierung des Jugendsekretariates, die per 1. Januar 2006 erfolgte, zu erwähnen. Neben diesen organisatorischen und strukturellen Veränderungen gab es an der Lagerhausstrasse 6, wo sich die meisten Dienststellen des Departements Soziales befinden, auch bauliche Anpassungen. Der Eingangsbe- reich wurde in einen hellen, kundenfreundlichen Empfang umgebaut, wo die Klientinnen und Klienten eine kompetente Ansprechperson vorfinden. Mit der neuen Eingangssituation konnte nach vielen Jahren vor allem auch dem Sicherheitsbedürfnis aller Mitarbeitenden Rechnung getragen werden. Zugang zu den oberen Stockwerken erhalten nur Personen, die vorgängig einen Termin vereinbart haben. Neue Klientinnen und Klienten werden im Erdgeschoss im «Intake» empfangen und nach den ersten Abklärungen von dort aus rasch an die zuständigen Stellen weitergeleitet.

Ebenfalls per 1. April traten die neuen Richtlinien der Schweizerischen Konferenz für Sozialhilfe (SKOS) in Kraft. Sie beinhalten eine aktivierende Sozialhilfe, die auf dem Prinzip Leistung/Gegenleistung beruht und verstärkte Anreize für die Beschäftigungsaufnahme setzt. Mit den neuen Ansätzen nach SKOS wurde der Grundbedarf für die Existenzsicherung um rund 7% gesenkt; neu wurden hingegen Zulagen für verschiedenste Formen der Mitwirkung eingeführt (Einkommensfreibeträge und Integrationszulagen). Damit wird die Arbeitsintegration zum neuen Kerngeschäft der Sozialhilfe. Entsprechend werden die Gemeinden aufgefordert, Angebote bereit zu stellen, um Sozialhilfebeziehende möglichst bald in den Arbeitsmarkt zurückzuführen. Als eine dieser Massnahmen ist als Beispiel das von der Koordinationsstelle für Arbeitsprojekte (KAP) geführte Arbeitsprojekt «Passage» zu nennen. Die Zusammenarbeit mit der KAP wurde nicht nur mit diesem Projekt intensiviert, sondern die Teilprojekte des HS07-Projektes «Arbeitsintegration» binden die KAP als ressourcenstarke und kompetente Hauptträgerin in die Projektorganisation ein.

Im Mai nahm die im Vorjahr in der Volksabstimmung verabschiedete, neue Vormundschaftsbehörde ihre Arbeit auf. Diese setzt sich – nebst der Departementsvorsteherin als Präsidentin – aus fünf nebenamtlichen Mitgliedern zusammen. Mit dieser Massnahme konnten die stadträtlichen Aufgaben von den behördlichen entflochten und die Arbeit der Behörde besser auf die komplexen und verantwortungsvollen Aufgaben ausgerichtet werden.

Von Bedeutung war im Departement Soziales einmal mehr der im Positionspapier erwähnte «souveräne Umgang im Spannungsfeld von Bedürfnissen, Bedarf und Mitteln». Das Departement Soziales kann nach wie vor als ein Wachstumsbereich bezeichnet werden. Bedürfnisse bestehen sowohl von innen, indem Mitarbeitende ihre Leistung anerkannt und ihre Arbeitsplätze gesichert haben möchten, als auch von aussen. Die Bevölkerung erwartet ein hohes Mass an sozialer Sicherheit, und dazu gehört neu auch die soziale und berufliche Integration, also Beschäftigung und genügend Ausbildungsplätze. Immer mehr Ausgesteuerte können arbeitsmässig nicht mehr integriert werden, da Plätze für Schwervermittelbare fehlen, und verbleiben dadurch in der Sozialhilfe ohne sinnstiftende Tagesstruktur. Diesen Bedürfnissen und diesem Be-

Departement Soziales



darf stehen die zur Verfügung stehenden Mittel gegenüber, die nicht alle Erwartungen abdecken können und die Spannungsfelder vergrössern. Das vom Stadtrat aufgrund der finanziellen Situation initiierte Sanierungsprogramm HS07 enthält sehr anspruchsvolle und grosse Projekte, die das Departement Soziales herausfordern. Obwohl schon mit win.03 einschneidenste Massnahmen mit grossen Auswirkungen auf die Bevölkerung getroffen wurden (erhöhte Heimtaxen sowie die freiwilligen Gemeinde-

zuschüsse), muss der Sozialbereich erneut grosse Beiträge zur Defizitminderung leisten. Das alles verlangt viel zusätzliches Engagement von den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, deren Tagesgeschäfte auf unverändert hohem Niveau weiterlaufen und Professionalität erfordern. Für das Durchhalten und das ungebrochen spürbare Engagement in allen Veränderungen und Verunsicherungen gebührt allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern ein besonderer Dank - und ein grosser Respekt.

Vormundschaftsamt

Das Vormundschaftsamt hat wiederum ein arbeitsintensives Jahr hinter sich. Trotz Zunahme von Aufhebungsverfahren stieg der Bestand an vormundschaftlichen Massnahmen nochmals leicht an. Gesamthaft wurden 1857 (1762) vormundschaftliche Verfahren erledigt und 733 (780) Rechenschaftsberichte, welche von den mandatsführenden Personen eingereicht worden waren, geprüft und abgenommen. Per Ende Jahr waren noch 500 (498) Verfahren pendent. Bei den neu errichteten Kinderschutzmassnahmen ist ein Rückgang von 18% zu verzeichnen. Ob es sich dabei um erste Auswirkungen der Reorganisation des Gesetzlichen Betreuungsdienstes sowie der Kantonalisierung der Jugendhilfe handelt, kann im aktuellen Zeitpunkt nicht abschliessend beurteilt werden. Infolge der genannten Reorganisationen musste eine Vielzahl von Mandaten auf neue berufliche und private Mandatpersonen umgeteilt werden, wobei die Einsetzung des Nachfolgers oder der Nachfolgerin sehr oft bei Abnahme des jeweiligen Rechenschaftsberichtes erfolgen konnte. Dank dem engagierten Einsatz aller Mitarbeitenden sowie der Unterstützung durch das erprobte elektronische Registratursystem konnte ein grösseres Durcheinander verhindert werden. Wichtige Themen bleiben die stetige Überprüfung der Arbeitsabläufe auf ihre Effizienz und Effektivität sowie Klimapflege und Motivation der Mitarbeitenden, damit diese mit den sich verändernden Ansprüchen und dem hohen Arbeitsvolumen erfolgreich umgehen können.

Im Mai nahmen die fünf neuen nebenamtlichen Mitglieder der Vormundschaftsbehörde ihre Arbeit auf. In zwei Ausschüssen tagten sie in der Regel ein- bis zweimal monatlich alternierend unter der Leitung des Vizepräsidenten und behandelten die vormundschaftlichen Geschäfte. Die Organisation eines Pikettdienstes ermöglichte es auch, Beschlüsse auf dem Zirkulationsweg zu fassen. Für die laufenden vormundschaftlichen Verfahren wurde ein Referentensystem geschaffen. In vier Plenarsitzungen bearbeitete die Behörde verschiedene generelle Themen. Die einzelnen Mitglieder eigneten sich im Rahmen von internen und externen Weiterbildungen spezifische Fachkenntnisse im Vormundschaftswesen an, setzten sich mit ihrem Rollenverständnis auseinander und knüpften erste Kontakte mit der Jugend- und Erwachsenenhilfe. Die Zusammenarbeit zwischen Vormundschaftsamt und den nebenamtlichen Mitgliedern der Vormundschaftsbehörde wird gestützt auf die Auswertung der neuen Erfahrungen weiter auszubauen sein. Die provisorische Geschäftsordnung der Behörde wird somit im Folgejahr definitiv verabschiedet werden können.

Das Vormundschaftsamt erarbeitete Richtlinien für die Anlage und Verwaltung von Mündelvermögen, welche die Vormundschaftsbehörde nach zwei Lesungen im Oktober verabschiedete. Darin ist einerseits die aktuelle Praxis betreffend absolut mündelsicherer Vermögensanlagen definiert. Andererseits räumen die neuen Bestimmungen bei hohen Vermögen, welche nicht der Sicherstellung des Lebensunterhaltes der Klientinnen und Klienten dienen, vermehrt die Möglichkeit gewinnorientierter Vermögensanlagen ein. Bei dieser Strategieerweiterung sind Risikoverteilung und Liquiditätsplanung angemessen zu berücksichtigen.

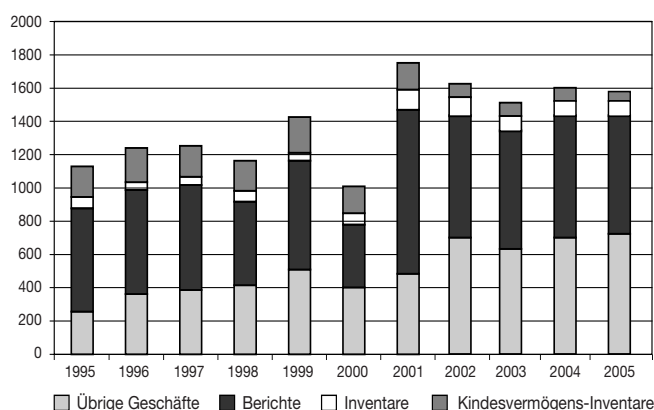
Die Stelle für Private Mandate hat zwei Basisschulungen für insgesamt 33 Privatpersonen durchgeführt.

Zusätzlich wurden Weiterbildungen zu den Themen «Konfliktstrategien bei psychisch Behinderten», «Sozialversicherungen» und «Steuern» angeboten. Zudem erfolgte ein regelmässiger Erfahrungsaustausch in acht Gruppen. Es konnten 51 Personen für die Führung einer vormundschaftlichen Massnahme rekrutiert und eingesetzt werden. Aus dem persönlichen Umfeld von Klientinnen und Klienten stellten sich weitere 10 Privatpersonen zur Verfügung. 19 durch Privatpersonen geführte Mandate wurden aufgehoben oder abgeschrieben. Ende Jahr standen insgesamt 184 private Mandatsträgerinnen und Mandatsträger im Einsatz.

Vormundschaftsbehörde

Die Vormundschaftsbehörde erledigte 1582 (1606) Geschäfte, davon 409 (271) in 12 (8) Sitzungen, die übrigen auf dem Zirkulationsweg oder präsidial.

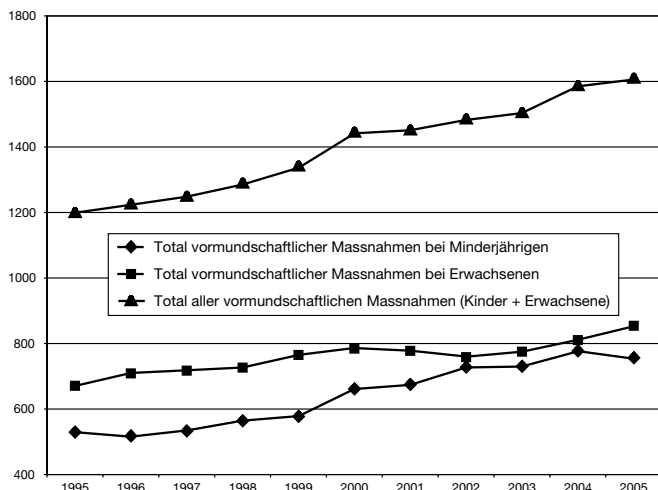
Erledigte Geschäfte



Bestehende vormundschaftliche Massnahmen

	am 31. Dezember 2005 Personen	Vorjahr Personen
Kinder		
Vormundschaften, Art. 368 ZGB	29	26
Beistandschaften	572	601
Beistandschaften, Art. 308 ZGB		
Vaterschafts- und Unterhaltsregelungen, Art. 309/308 ZGB	79	70
Vertretungsbeistandschaften, Art. 392 ZGB	52	55
Verwaltungsbeistandschaften, Art. 325 ZGB		
6 (3) in Verbindung mit einer Kindesschutzmassnahme	6	7
Kindesvermögenskontrollen, Art. 318 Abs. 3 ZGB	12	11
Vormundschaftliche Aufsichten, Art. 307 ZGB	6	7
Total	756	777
Erwachsene		
Vormundschaften		
Geisteskrankheit, Geistesschwäche, Art. 369	159	151
Trunksucht, Verschwendung, Misswirtschaft, Art. 370 ZGB	8	8
Eigenes Begehren, Art. 372 ZGB	63	62
Beistandschaften		
Vertretungsbeistandschaften, Art. 392 ZGB	9	7
Verwaltungsbeistandschaften, Art. 393 ZGB	3	3
Vertretungs- u. Verwaltungsbeistandschaften, Art. 392/393 ZGB	431	383
Eigenes Begehren, Art. 394 ZGB	165	177
Beiratschaften, Art. 395 ZGB	16	19
Total	854	810
Kinder	756	777
Erwachsene	854	810
Total	1610	1587

Bestand vormundschaftlicher Massnahmen



Ende Jahr wurden 1432 (1438) Massnahmen von beruflichen Mandatsträgerinnen und Mandatsträgern, 184 (138) von Privatpersonen geführt. Für 12 (11) Aufsichten über das Kindesvermögen war das Sekretariat der Vormundschaftsbehörde zuständig.

Neue Massnahmen

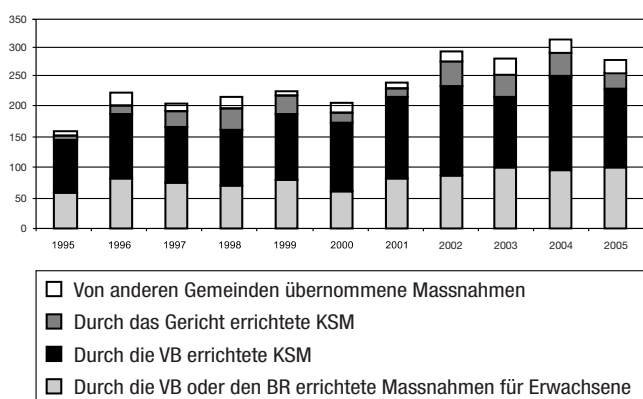
In eigener Kompetenz wurden angeordnet:

- 30 (32) Beistandschaften für Kinder zur Regelung der Vaterschaft und des Unterhaltes
- 4 (7) Beistandschaften zum Abschluss eines Unterhaltsvertrages
- 15 (8) Beistandschaften zur Überwachung des Besuchsrechtes
- 43 (61) Erziehungsbeistandschaften sowie Beistandschaften zur Regelung der finanziellen Interessen, davon 5 (11) in Verbindung mit Obhutsentzug
- 26 (41) Vertretungsbeistandschaften für Kinder
- 0 (2) Beistandschaften zur Verwaltung von Kindesvermögen
- 9 (4) Vormundschaften für Kinder
- 2 (2) Kindesvermögenskontrollen
- 87 (90) Beistandschaften für Volljährige
- 0 (3) Vormundschaften für Entmündigte

Dem Bezirksrat wurden beantragt:

- 13 (2) Entmündigungen

Neue Massnahmen



Inventarwesen

85 (92) Inventare wurden aufgenommen einschliesslich Massnahmen zur Sicherung des Erbganges. Zusätzlich wurden 48 (60) Kindesvermögensinventare nach Scheidung oder Trennung sowie für Kinder nicht verheirateter Eltern aufgenommen.

In 5 (4) Fällen musste dem Bezirksrat die Ausschlagung des Nachlasses beantragt werden.

Berichtsprüfung

733 (780) Rechenschaftsberichte von Mandatspersonen und 8 (9) Elternberichte über Kindesvermögen wurden geprüft und abgenommen. Zum Teil mussten sie ergänzt, abgeändert oder ganz für den Berichtersteller oder die Berichterstellerin erstellt werden.

11 (7) Kinderkrippen-Aufsichtsberichte wurden genehmigt.

Rechtsgeschäfte

Über folgende Rechtsgeschäfte war zu beschliessen:

Liegenschaftsverkäufe	8	(9)
Erteilungsverträge	26	(33)
Zustimmungen zur Wohnungsauflösung	2	(5)
Lehrverträge	1	(1)
Prozessführungen, Vergleiche,		
Darlehensaufnahmen usw.	9	(9)
Unterhaltsverträge	90	(98)

Adoptionen

Volladoptionen	2	(4)
Stiefkindadoptionen	6	(3)

Unterbringungen

Nach den gesetzlichen Bestimmungen der fürsorglichen Freiheitsentziehung musste 1 (1) erwachsene Person untergebracht werden.

Gestützt auf das Kindesrecht in Verbindung mit den Vorschriften der fürsorglichen Freiheitsentziehung wurden 6 (2) Kinder/Jugendliche in einem Heim platziert. Nach dem Kindesrecht wurden 4 (1) Spitalplätze, 2 (3) Pflegeplätze und 3 (7) Heimplätze für Kinder durch Beschluss abgesichert.

Regelung der gemeinsamen elterlichen Sorge

Nach Art. 134 Abs. 3 ZGB wurde für 5 (6) Kinder die elterliche Sorge neu geregelt.

Nach Art. 298a Abs. 1 und 2 ZGB wurde für 28 (26) Kinder das gemeinsame Sorgerecht geregelt.

Beschwerden

Die Vormundschaftsbehörde wies 2 Beschwerden gegen Beistände ab. Der Bezirksrat traf im Rechtsmittelverfahren gegen Beschlüsse der Vormundschaftsbehörde folgende Entscheide: 4 (7) Beschwerden wurden abgewiesen. 9 (13) Beschwerdeverfahren endeten durch Rückzug der Beschwerde oder wurden gegenstandslos. Auf 1 (1) Rechtsmitteleingabe trat der Bezirksrat nicht ein. Einer Aufsichtsbeschwerde hat er keine Folge geleistet. 1 Verfahren um gerichtliche Beurteilung der Unterbringung eines Kindes wurde infolge Rückzug durch das Bezirksgericht abgeschrieben. Das Obergericht hat 1 (1) Rekurs gegen einen Entscheid des Bezirkesrates teilweise gutgeheissen. Das Bundesgericht hat 1 Berufung gegen ein Urteil des Obergerichtes abgewiesen.

Verschiedenes

Von Gerichten gingen Mitteilungen über 144 (124) Ehescheidungen sowie 1 (0) Scheidungsabänderung und 17 (35) Beschlüsse über vorsorgliche Massnahmen ein, die zu 24 (39) Beistandschaften im Sinne von Art. 308 ZGB führten.

13 (12) Bewilligungen zur Aufnahme eines Pflegekinds wurden erteilt.

5 (5) Betriebsbewilligungen wurden an Kinderkrippen erteilt.

Die Vormundschaftsbehörde erteilte 5 (6) Personen die nötige Hilfestellung bei der Suche nach ihrer Abstammung.

Vermögensverwaltung

Das durch den Gesetzlichen Betreuungsdienst und die privaten Mandatspersonen verwaltete Vermögen (Liegenschaften, Wertschriften usw.) betrug am Jahresende 77 238 675 Franken. Hinzu kamen 33 freie Depots mit einem Wertschriftenbestand von 128 490 Franken.

In der amtseigenen Schirmlade, in vormundschaftlichen Depots und Konti bei der Zürcher Kantonalbank und bei anderen Banken sind an Wertschriften, Sparguthaben und Wertsachen 62 383 182 Franken deponiert.

Ende Jahr bestanden 12 (11) Aufsichten über das Vermögen von Kindern, über die nur ein Elternteil die elterliche Sorge ausübt. Das beaufsichtigte Kindesvermögen betrug Ende 2005 2 831 978.53 Franken.

Soziale Dienste

Das Berichtsjahr war von vielen organisatorischen Veränderungen geprägt. Im Zentrum stand dabei die Neuorganisation des Bereichs: Seit dem 1. April 2005 bilden die Organisationseinheiten des ehemaligen Sozialamtes und der Gesetzliche Betreuungsdienst zusammen den Bereich «Soziale Dienste». Dies führte zu verschiedenen Anpassungen der Strukturen. In der neu gebildeten Hauptabteilung Abklärung und Support wurden verschiedene Querschnittsfunktionen, wie Intake, Sozialversicherungsstelle und Rechtsdienst, zusammengefasst und zum Teil neu aufgebaut. Diese Fachangebote unterstützen die Mitarbeitenden der Sozialhilfe, des Gesetzlichen Betreuungsdienstes sowie der Zusatzleistungen bei ihrer Alltagsarbeit.

Andere organisatorische Änderungen wurden von aussen diktiert: so die Kantonalisierung der Jugendhilfe oder der weitere Abbau im Asylwesen. Im Gesetzlichen Betreuungsdienst mussten im Zusammenhang mit der Kantonalisierung der Jugendhilfe Teams neu zusammengesetzt und ein beträchtlicher Teil der Mandate neu zugeteilt werden. In der Sozialberatung erfolgte zwischen April und September die Einführung von neuen, tieferen Unterstützungsansätzen der Sozialhilfe (neue SKOS-Richtlinien), was ebenfalls einen spürbaren Zusatzaufwand bedeutete. Alle diese Veränderungen gleichzeitig zu bewältigen, stellte eine grosse Herausforderung für die Mitarbeitenden aller Funktionen und Stufen dar und ist Zeichen für deren ausserordentliche Leistungsbereitschaft und Kompetenz.

Die organisatorischen Veränderungen fanden ihren Niederschlag in baulichen Umgestaltungen, am deutlichsten sichtbar im Eingangsbereich der Lagerhausstrasse 6. Mit diesem Umbau gelang es überdies, die Sicherheit der Mitarbeitenden klar zu erhöhen. Der Veränderungsprozess wurde schliesslich durch die Lancierung eines internen Kommunikationsmittels begleitet, das die Mitarbeitenden

monatlich über die neuesten Entwicklungen und die aktuell anstehenden Projekte informiert.

Erfreulicherweise konnte im vergangenen Jahr das Fallwachstum bei der Sozialhilfe gebremst werden, die Fallzahlen scheinen sich auf hohem Niveau zu stabilisieren. Gleichzeitig sind die Ausgaben für die Sozialhilfe nicht weiter angestiegen. Diese Entwicklung hat mehrere Ursachen. Seit gut zwei Jahren sind die Arbeitslosenzahlen in Winterthur rückläufig, die Quote reduzierte sich von 6,3 % (Ende 2003) auf 4,7 % (Ende 2004). Weitere Gründe sind die Einführung der tieferen Unterstützungsansätze (SKOS-Richtlinien) sowie der Erfolg des Projektes Passage. In diesem Projekt wird arbeitsfähigen Personen in finanziellen Engpässen ein befristeter Einsatz in einem Arbeitsprojekt der Koordinationsstelle für Arbeitsprojekte KAP angeboten.

Einen wichtigen Tätigkeitsschwerpunkt bildete der Start des im Rahmen der städtischen Haushaltsanierung 2007 initiierten Projektes m) «Arbeitsintegration und Arbeit statt Fürsorge». Dieses Projekt soll dazu beitragen, die in den letzten Jahren stark gestiegenen Kosten für Sozialhilfe zu reduzieren und dabei erst noch eine Verbesserung der sozialen und beruflichen Integration der Betroffenen zu erzielen. In fünf Teilprojekten werden einerseits bestehende Angebote und die Interinstitutionelle Zusammenarbeit verbessert, andererseits neue Angebote geschaffen (zum Beispiel für junge Erwachsene oder Teillohnjobs). In einem Kernprojekt soll zudem der finanzielle Nutzen dieser Massnahmen für die Stadt erforscht werden.

Bei all diesen Projekten und Vorhaben ist nicht zu vergessen, dass im Berichtsjahr auch die ganze Umstellung auf WOV zu bewerkstelligen war. Die Sozialen Dienste umfassen ab 2006 vier Produktgruppen: Sozial- und Erwachsenenhilfe, Jugend- und Familienhilfe, Asylwesen sowie Prävention und Suchthilfe. Die Erarbeitung von Grundlagen für parlamentarische Zielvorgaben und die damit verbundene Umstellung des gesamten Rechnungswesens waren anspruchsvoll und zeitintensiv.

Abklärung und Support

In der neu gebildeten Hauptabteilung Abklärung und Support wird die Reorganisation der Sozialen Dienste am deutlichsten sichtbar. Dank der Bündelung von personellen und fachlichen Ressourcen konnten die bewährten Fachstellen (Zentrale Anlaufstelle der Sozialberatung, Sozialversicherungsfachstelle) ihre Angebote besser aufeinander abstimmen sowie andere Supportangebote ausgebaut und allen Mitarbeitenden der Sozial- und Erwachsenenhilfe zugänglich gemacht werden (Rechtsdienst, interne Schulungen).

Arbeitsweise und Organisation des interinstitutionell zusammengesetzten Fachteams Work-in wurden überprüft und weiterentwickelt. Dank verstärktem personellen Einsatz, geklärten Rahmenbedingungen und verbindlichen Zusammenarbeitsregeln kann die Zielsetzung der Berufsintegration von Sozialhilfebeziehenden besser umgesetzt werden.

Zentrale Anlaufstelle

Nach nur drei Umbaumonaten konnte die Portierloge im Eingangsbereich des Gebäudes Lagerhausstrasse 6 in Betrieb genommen werden. Der kontrollierte Zutritt der Besucherinnen und Besucher ins Gebäude und die neuen Sicherheitsmassnahmen tragen viel zu einer Beruhigung der Arbeitssituation bei. Auch die Klientinnen und Klienten schätzen den persönlichen Empfang und die Unterstützung durch den Portier.



Umbau Parterre Lagerhausstrasse 6

Die zentrale Anlaufstelle der Sozialberatung verzeichnete mit 1899 (1797) Anmeldungen zum Sozialhilfebezug erneut einen Anstieg. Vermehrt mussten Hilfesuchende aufgrund der herabgesetzten Schwelle für den Sozialhilfeanspruch abgewiesen werden. In anderen Fällen konnten der Sozialhilfe vorgelagerte Leistungen geltend gemacht werden, sodass insgesamt weniger Fälle in die Langzeitunterstützung aufgenommen werden mussten. Erfreulich ist der leichte Rückgang der Fälle, bei denen Arbeitslosigkeit als Anlassgrund für die wirtschaftliche Notlage genannt wurde (864, Vorjahr 905).

Die bewährte Zugangssteuerung zum Sozialhilfebezug unter dem Leitgedanken «Arbeit vor Sozialhilfe» wird fortgesetzt: Arbeitsfähigen Personen ohne Betreuungspflichten, die neu wirtschaftliche Hilfe beantragen, wird die Möglichkeit geboten, innert Monatsfrist in das Arbeitsprojekt «Passage» der Koordinationsstelle für Arbeitsprojekte (KAP) einzusteigen, und so einen Existenz sichernden Lohn zu verdienen. Während des 4-wöchigen Einsatzes werden die Integrationschancen der Teilnehmenden umfassend abgeklärt und die Teilnehmenden werden bei ihren Bemühungen um eine Stellensuche intensiv begleitet. 390 (302) Personen wurde dieses Angebot unterbreitet, 340 (250) Personen haben sich bei der KAP gemeldet und 283 (193) Personen haben einen Einsatz geleistet. Die übrigen verzichteten auf das Angebot, meldeten sich aber auch nicht mehr für den Sozialhilfebezug. Erfreulicherweise fanden trotz angespannter Arbeitsmarktlage 45 (20) Personen während dieser Zeit eine reguläre Stelle, davon



Portierloge

8 bereits vor Einsatzbeginn. 5 (6) Teilnehmende erwarben einen neuen Anspruch auf Leistungen der Arbeitslosenversicherung und weitere 12 (6) fanden anderweitige Lösungen. 197 (155) Personen meldeten sich nach dem Einsatzmonat zum Bezug wirtschaftlicher Hilfe an. Erneut hat das Arbeitsprojekt «Passage» deutlich gemacht, dass viele arbeitsfähige Hilfesuchende gerne Eigenverantwortung übernehmen und den Arbeitseinsatz als Chance für ihren Berufseinstieg nutzen können.

Sozialversicherungsfachstelle, Rechtsdienst

Die Sozialversicherungsfachstelle führte am Stichtag 31.12.2005 273 Sozialhilfefälle mit einer sozialversicherungsrechtlichen Fragestellung. In 40 Fällen wurden Entscheide von Sozialversicherungsorganen mittels Einsprache oder Beschwerde angefochten. In 5 internen Weiter-



Umbau Parterre Lagerhausstrasse 6: Einbau der Drehtüre



Wartebereich der Zentralen Anlaufstelle

bildungsveranstaltungen nahmen 81 Mitarbeitende teil und konnten ihr Wissen im Bereich Sozialversicherungen und Arbeitsrecht auffrischen oder vertiefen.

Der Rechtsdienst, der seine Arbeit im Juli 2005 aufnahm und seit November 2005 voll besetzt ist, bearbeitete 25 Geschäftsfälle für den gesetzlichen Betreuungsdienst. Am Stichtag waren 10 Fälle pendent, 5 Fälle konnten mit Antrag an die Vormundschaftsbehörde abgeschlossen werden. Im Weiteren wurden 11 Einspracheentscheide sowie 5 Vernehmlassungen zuhanden des Bezirksrats für die Sozialhilfe sowie 6 Einspracheentscheide für die Zusatzleistungen zur AHV/IV verfasst.

KVG-Bereich

Das stete Fallwachstum bei den Prämienübernahmen (292, im Vorjahr 247) weist auf die steigende Zahl einkommensschwacher Haushalte hin (häufig handelt es sich um Familien), welche unmittelbar an der Armutsschwelle stehen. Zudem mussten im Jahr 2005 1843 (1286) Verlustscheine für nicht einbringliche Krankenversicherungsprämien von den Krankenkassen übernommen werden. Neben der schlechten Zahlungsmoral widerspiegelt die Zunahme, dass ein wachsender Bevölkerungsanteil nicht mehr in der Lage ist, die hohen Gesundheitskosten zu bezahlen.

Die Aufwendungen für die Prämienübernahmen von Sozialhilfebeziehenden und anderen Personen in wirtschaftlichen Notlagen sowie die Übernahme von Verlustscheinen der Krankenkassen aus uneinbringbaren Prämien von Versicherten stellen das Krankenversicherungsobligatorium sicher und werden je hälftig von Bund und Kanton finanziert.

Aufwand Prämienübernahmen	2005	2004
Bruttoaufwand	6 416 559	6 042 555
Rückerstattungen von Prämienverbilligungen	673 390	650 331
Nettoaufwand	5 743 169	5 392 224
Aufwand Verlustscheine		
Nettoaufwand	2 296 346	1 491 817

Work-in

Work-in verfolgt das Ziel, Sozialhilfebeziehende durch geeignete Massnahmen für den Eintritt in den ersten Arbeitsmarkt vorzubereiten. Von Januar 2005 bis Ende Oktober 2005 (Zeitpunkt der Überführung in die neuen Organisationsstrukturen) wurden 161 Personen einem vertieften Assessment unterzogen. Das Work-in Team gab im Berichtsjahr 128 Empfehlungen zu Massnahmen ab, unter anderem Deutschkurse 11, vorübergehende Beschäftigungen 58 sowie Einsätze für Freiwilligenarbeit 6. Erfreulicherweise konnten 35 Fälle abgelöst werden, weil die Sozialhilfebeziehenden eine Stelle gefunden haben. 41 Fälle wurden abgeschlossen und mit einem Integrationsplan an die Sozialberatung zurückgegeben.

Sozialberatung

Per 1. April 2005 traten die neuen Richtlinien der Schweizerischen Konferenz für Sozialhilfe (SKOS) in Kraft. Der Grundbedarf für die Existenzsicherung wurde um rund 7 % gesenkt, dafür wurden neu Zulagen für verschiedenste Formen der Mitwirkung eingeführt.

Die neuen Richtlinien fordern die Gemeinde im Sinne einer Vorleistungspflicht auf, Angebote bereit zu stellen, welche die Chancen der Bezügerinnen und Bezüger erhöhen, in den Arbeitsmarkt zurückzufinden. Im Gegenzug wird von diesen ausdrücklich erwartet, dass sie ihrerseits

alles Mögliche und Notwendige unternehmen, um ihre wirtschaftliche Selbständigkeit wieder zu erlangen.

Die Mitarbeitenden haben zwischen Mai bis September 2005 rund 2100 laufende Fälle auf die neuen Ansätze umgestellt. In diesem Zusammenhang setzen sich die Beraterinnen und Berater mit den Klientinnen und Klienten, deren Zukunftshoffnungen und -perspektiven und den gegenseitigen Erwartungen auseinander. Dieser schwierige, intensive Prozess forderte sowohl Klienten und Klientinnen wie Sozialarbeitende sehr stark. Es galt, konkrete Ziele auszuhandeln und diese zu erreichen.

Neben der Einführung und Umsetzung der neuen SKOS-Richtlinien wurden aufgrund der Bereichsreorganisation das Team der Zentralen Anlaufstelle und einzelne zentrale Dienststellen in die neue Hauptabteilung Abklärung und Support ausgegliedert und in anderen Räumlichkeiten untergebracht. In der Folge konnten alle Abteilungen der Sozialberatungen auf ein Stockwerk zusammengeführt werden.

In den Genuss von vorübergehender Beschäftigung, Arbeitstraining und Qualifikation kamen im Rahmen der Beschäftigungsprogramme der Koordinationsstelle für Arbeitsprojekte dieses Jahr 231 Sozialhilfebezüglerinnen und -bezügler. 181 Personen konnten ihren Einsatz im Berichtsjahr abschliessen. Die durchschnittliche Verweildauer im Programm betrug 4,8 (2,3) Monate. 20 % (13 %) der Teilnehmenden fanden im Anschluss an die Programmteilnahme eine Stelle im ersten Arbeitsmarkt.

39 Sozialhilfebeziehende leisteten insgesamt 3029 Stunden freiwilliger Arbeit an verschiedenen Einsatzorten (Alters- und Pflegeheime, Mittagstisch, Hort) im Rahmen des Projektes «Heks-Visite». Teilnehmende pflegen auf diese Weise soziale Kontakte, gewinnen Einblicke in neue Arbeitsfelder und erhalten vor allem die Möglichkeit, eine sinnvolle und gesellschaftlich wertvolle Arbeit zu leisten.

Interne Fallstatistik Sozialhilfe	2005	2004
Stand am 1. Januar	2 135	1 909
Neuaufnahmen	1 391	1 459
Total behandelte Fälle	3 526	3 368
Abgeschlossene Fälle	1 403	1 233
Bestand am 31. Dezember	2 108	2 135

Erfreulicherweise ist die Zahl der Neuaufnahmen leicht gesunken, während rund 13 % mehr Fälle abgeschlossen werden konnten. Der Bestand per Stichtag 31.12.2005 betrug 2108 (2135) Fälle. Die Anzahl total behandelter Fälle nahm somit um 4,6 % gegenüber dem Vorjahr zu. Die Kurve der Fallzunahmen flachte im Vergleich zu den Vorjahren merklich ab, die Fallzahlen bewegen sich aber insgesamt immer noch auf hohem Niveau.

Die nachfolgend aufgeführte Sozialhilfestatistik beinhaltet wie die interne Fallstatistik die Unterstützungsfälle und führt aber jene Fälle nicht auf, die ausschliesslich persönliche Hilfe oder eine Rentenverwaltung erhielten.

Sozialhilfestatistik

	2005	2004	Differenz
Anzahl Unterstützungsfälle	2 967	2 873	+ 3,3 %
- Anteil Alleinstehende in eigenem Haushalt	41,4 %	41,5 %	- 0,1 %
- Anteil Alleinstehende in Heimen oder Pflegefamilien	21,6 %	21,7 %	- 0,1 %
- Anteil Alleinerziehende	18,0 %	18,6 %	- 0,6 %
- Anteil (Ehe-/Konkubinats-)Paare	19,0 %	18,2 %	+ 0,8 %
Anzahl Fallzugänge	1 092	1 135	- 3,8 %
Einige häufige Unterstützungsmerkmale			
- Arbeitslos (ALV/ALH, Bezug oder in Abklärung)	15,5 %	15,9 %	- 0,4 %
- Ausgesteuert	20,4 %	18,4 %	+ 2,0 %
- Zu geringes Erwerbseinkommen trotz voller Erwerbstätigkeit	1,5 %	1,7 %	- 0,2 %
- Suchtproblematik	14,9 %	15,9 %	- 1,0 %
- Scheidung, Trennung	19,9 %	18,6 %	+ 1,4 %

	2005	2004	Differenz
Wohnverhältnisse			
– Anteil Personen in eigenen Haushalten	84,1 %	83,7 %	+ 0,5 %
– Anteil Personen in Heimen oder Pflegefamilien	6,8 %	7,5 %	– 0,7 %
Abschluss der Unterstützung			
Total abgeschlossene Fälle	1 074	907	+ 18,4 %
Wichtigste Abschlussgründe			
– Wiedererlangen wirtschaftlicher Selbstständigkeit	323	242	+ 33,5 %
– Eingang der Sozialversicherungsleistung	365	328	+ 11,3 %
– Wegzug	128	103	+ 24,3 %
Unterstützte Personen			
bezogen auf Bevölkerungszahlen 1)	5 090	4 931	+ 3,2 %
– insgesamt	5,4 %	5,3 %	+ 0,1 %
– Minderjährige	9,6 %	9,6 %	0,0 %
– 18 – 25-Jährige	7,2 %	6,6 %	+ 0,6 %
– Niedergelassene	9,7 %	9,2 %	+ 0,5 %
– Kontrollpflichtige Ausländer/innen	12,8 %	11,8 %	+ 1,0 %

1) Da die aktuelle Bevölkerungszahl von 2005 noch nicht vorlag, wurde diejenige vom 31.12.2004 berücksichtigt.

Fürsorgebehörde

Die Gesamtbehörde hat im Berichtsjahr 4 (4) Sitzungen durchgeführt. Von den insgesamt 3372 (3318) gefällten Entscheiden behandelte die Unterstützungskommission an 10 (10) Sitzungen deren 505 (525). Die Geschäftsprüfungskommission hat 4 (4) Sitzungen durchgeführt. Im Wiedererwägungsverfahren behandelte die Unterstützungskommission 51 (42) Einsprachen und die Gesamtbehörde deren 11 (9).

Aufwendungen Sozialhilfe	2005	2004
Brutto-Unterstützungsaufwendungen	57 926 237.59	57 974 741.25
Rückerstattungen (Staatskasse, Versicherungsleistungen, Alimentenbevorschussungen, Heimatbehörden usw.)	29 988 347.17	27 393 257.80
Netto Aufwendungen	27 937 890.42	30 581 483.45

Es zeigt sich, dass die verschiedenen Kürzungen von Leistungen (Grundbedarf II im Jahr 2004 und neue SKOS-Richtlinien 2005) sich auch auf die Bruttoauslagen auswirken, indem diese trotz leichtem Fallwachstum etwas zurückgegangen sind. Die bedeutend höheren Rückerstattungen ergeben sich aus Änderungen der Rechnungsvorschriften durch den Kanton (2 Mio. Franken).

Inkasso Sozialhilfe

Insgesamt konnten 859 128 (730 995) Franken an Rückerstattungen von Klientinnen und Klienten verbucht werden. Neben dem Rückerstattungsgrund «unrechtmässiger Bezug» sind darin freiwillige Rückzahlungen von Sozialhilfe, Rückerstattungen aus Erbschaften und Nachlässen sowie Rückzahlungen von Mietzinsdepots eingeschlossen.

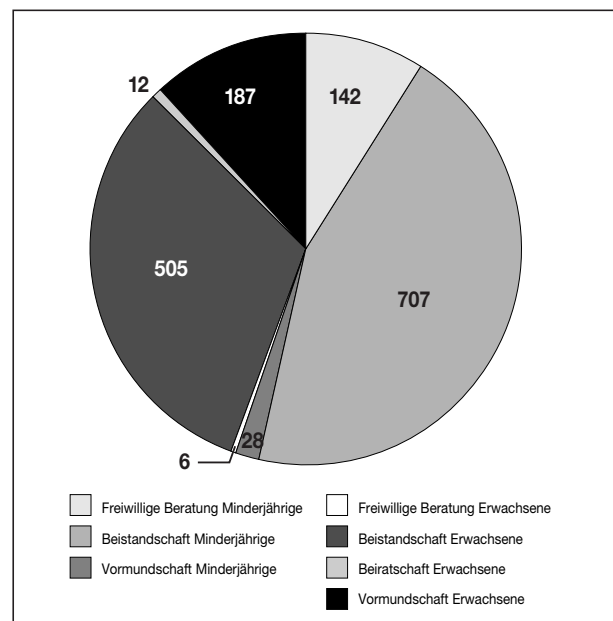
Gestützt auf Art. 328/329 ZGB gingen 67 725,75 (55 100) Franken an Verwandtenbeiträgen ein. Die aufgrund von Art. 276 ff. ZGB durch die Inkassostelle verpflichteten Eltern entrichteten 93 811,20 (120 018) Franken an Elternbeiträgen.

Gesetzlicher Betreuungsdienst

In den fünf Abteilungen des Gesetzlichen Betreuungsdienstes führten 26 Gesetzliche Betreuerinnen und Betreuer rund 90 % aller vormundschaftlichen Massnahmen für Kinder und Erwachsene. Weiter wurden neu Familien und Erwachsene auch auf freiwilliger Basis beraten und betreut.

Während des Berichtjahres wurden 219 (259) neue vormundschaftliche Massnahmen aufgenommen, davon

Fälle im GBD per 31. Dezember 2005



149 (194) Kindesschutzmassnahmen. 242 (204) Massnahmen konnten abgeschlossen werden, davon 182 (158) Kindesschutzmassnahmen. Insgesamt wurden 1664 (1649) Personen im Rahmen einer vormundschaftlichen Massnahme betreut, davon waren 902 (54 %) minderjährig und 762 (46 %) erwachsen. Erstmals wurden 148 freiwillige Beratungsfälle geführt, davon 142 für Minderjährige. Mit Geldverkehr und Vermögensverwaltung waren 939 (930) Fälle verbunden, wobei Vermögenswerte in der Höhe von rund 50 Mio. Franken verwaltet wurden.

Per Ende Jahr wurden 1439 vormundschaftliche Massnahmen geführt und 148 Beratungen ohne vormundschaftliches Mandat gemacht, was einer Zunahme von 10 % entspricht. Die Gesetzlichen Betreuerinnen und Betreuer führen inzwischen gut 88 Fälle pro Stelle.

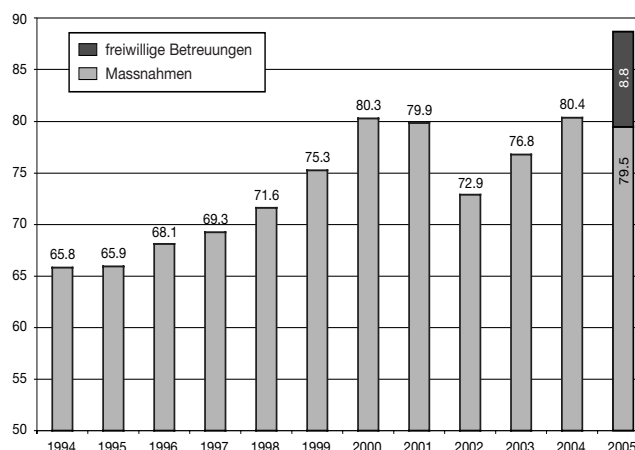
Ein Jahr des Wandels

Zwei Entscheidungen hatten für die Entwicklung des Gesetzlichen Betreuungsdienstes weit reichende Auswirkungen:

Rückdelegation der freiwilligen und gesetzlichen Jugendhilfe an den Kanton per 1.1.2006.

Erweiterung der Zuständigkeit auf Beratung und Betreuung von Klienten und Klientinnen auf freiwilliger Basis.

Fälle pro Gesetzlicher Betreuer



Dies bedeutet, dass sich der Gesetzliche Betreuungsdienst innert einem Jahr von einer Institution für die Führung von vormundschaftlichen Massnahmen für Kinder und Erwachsene zu einer Organisation für die Begleitung und Betreuung von Erwachsenen mit einer vormundschaftlichen Massnahme oder auf freiwilliger Basis gewandelt hat.

Projekt Splitting

Bisher wurden in allen fünf Abteilungen des Gesetzlichen Betreuungsdienstes vormundschaftliche Massnahmen für Kinder und Erwachsene geführt. Im Hinblick auf die bevorstehende Kantonalisierung der Jugendhilfe musste dies verändert werden.

Bereits im Vorjahr wurde geklärt, welche personellen Ressourcen für die Führung der Kinderschutzmassnahmen einerseits und die Massnahmen für Erwachsene andererseits aufgewendet werden. Anschliessend wurden die Mitarbeitenden in zwei Abteilungen für die Führung von Kinderschutzmassnahmen und drei Abteilungen für die Führung von vormundschaftlichen Massnahmen eingeteilt. Im März wurden die Büroräumlichkeiten den Bedürfnissen der neuen Abteilungen angepasst und rund 30 der 50 Mitarbeitenden wechselten ihren Arbeitsplatz. Ab April arbeiteten alle Mitarbeitenden in den neuen Abteilungen.

In Rahmen des Splittings musste bei rund 30 % der Fälle die Massnahme auf eine neue Betreuungsperson übertragen werden. Die Übergaben erfolgten gestaffelt in einem dreimonatlichen Rhythmus. In jedem Einzelfall beinhaltet der Wechsel der Betreuungsperson unter anderem die Übergabe der vollständigen Akten, die Information an die Betreuten und deren Umfeld sowie das Erstellen eines Rechenschaftsberichtes zuhanden der Vormundschaftsbehörde. Ende Jahr wurden in den zwei neu gebildeten Abteilungen für Jugendhilfe bereits über 80 % der Kinderschutzmassnahmen und in den drei neu gebildeten Abteilungen für Erwachsenenhilfe über 80 % der vormundschaftlichen Massnahmen für Erwachsene geführt. Die Übertragung der Massnahmen wird in den ersten Monaten des kommenden Jahres abgeschlossen.

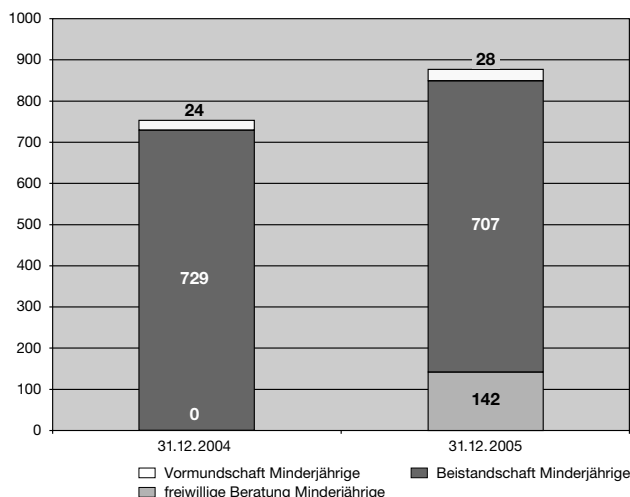
Parallel zur Bildung der neuen Abteilungen und der Übertragung der Fälle wurden die Verhandlungen mit dem Kanton Zürich geführt. Alle Mitarbeitenden der Abteilungen Jugendhilfe wechseln per 1.1.2006 zum Jugendsekretariat Winterthur.

Beratung auf freiwilliger Basis

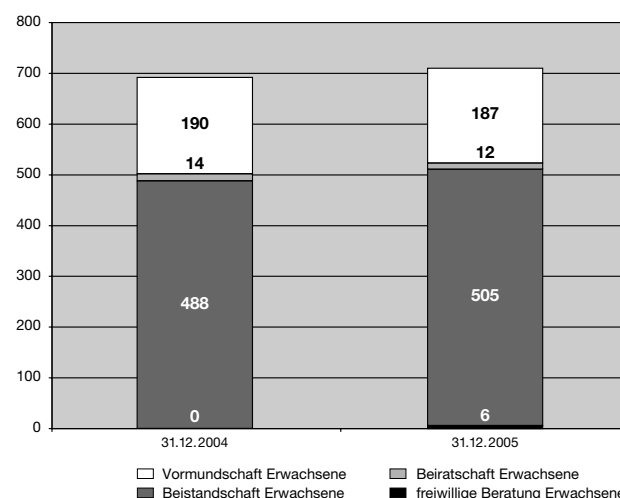
Im Hinblick auf die Kantonalisierung der städtischen Jugendhilfe wurde ab April die Fallaufnahme der Abteilungen Jugendhilfe des Gesetzlichen Betreuungsdienstes und der Jugend- und Familienberatung des städtischen Jugendsekretariates neu gestaltet. Die neuen vormundschaftlichen Kinderschutzmassnahmen und Beratungen auf freiwilliger Basis wurden Mitarbeitenden aller drei Abteilungen zugeteilt. Damit verbunden war auch die fachliche Auseinandersetzung in der Frage, worin sich im Alltag die gesetzliche und freiwillige Sozialarbeit unterscheidet. Zur Fallentwicklung in der Jugendhilfe vergleiche Diagramm.

Auch in den Abteilungen für Erwachsenenhilfe werden seit Oktober hilfsbedürftige Personen, welche keine Sozialhilfe beziehen, auf freiwilliger Basis beraten. In der Regel handelt es sich um längerfristige Betreuungen mit einer Einkommensverwaltung. Mit dieser Erweiterung des Hilfsangebotes sollte bei kooperativen Klienten und Klientinnen auf die Errichtung einer vormundschaftlichen Massnahme verzichtet werden können. Zur Fallentwicklung in der Erwachsenenhilfe vergleiche Diagramm.

Fallentwicklung GBD Jugendhilfe



Fallentwicklung GBD Erwachsenenhilfe



Die Wandlung des Gesetzlichen Betreuungsdienstes stellte hohe Anforderungen an alle Beteiligten. Sie war verbunden mit erheblicher Mehrarbeit bei einer wachsenden Anzahl Fälle und setzte die Bereitschaft der Mitarbeitenden voraus, die Veränderungen mit zu tragen.

Zusatzleistungen zur AHV/IV

Die Stadt Winterthur richtet Ergänzungsleistungen nach Massgabe der Vorschriften des Bundes und Beihilfen nach Massgabe des kantonalen Gesetzes aus. Zudem gewährt sie Gemeindegzuschüsse nach den Bestimmungen der Verordnung über den Vollzug der Zusatzleistungen zur AHV/IV gemäss Beschluss des Grossen Gemeinderates.

Mit einem knappem Ja-Anteil haben die Stimmberechtigten der Stadt Winterthur am 28. November 2004 die Kürzung der Gemeindegzuschüsse angenommen. Die Verordnung wurde auf den 1.1.2005 in Kraft gesetzt.

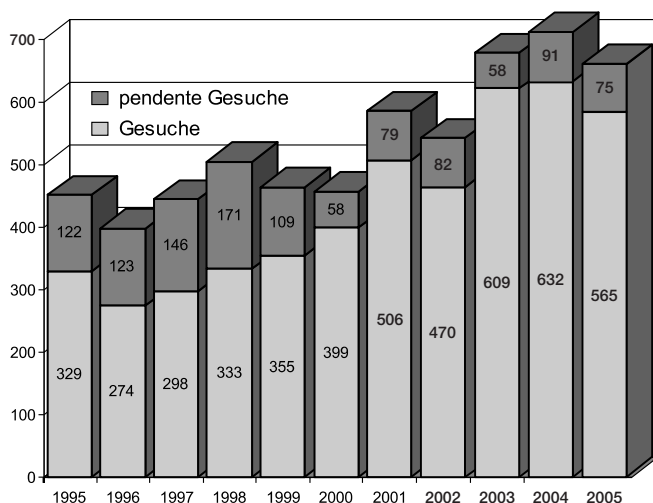
Wie in den letzten Jahren stiegen die Fallzahlen weiter an und überschritten zum ersten Mal die Marke von 3000 Fällen. Während die Zahl der ZL-Beziehenden im AHV-Alter seit drei Jahren praktisch stabil blieb, nahm die Zahl der IV-Rentnerinnen und IV-Rentner weiter zu, welche Zusatzleistungen zur IV bezogen. Gleichzeitig ist zu beobachten, dass die Zahl der neuen Gesuche im Berichts-

jahr leicht sank. Hier sind bereits die ersten Auswirkungen der veränderten Situation bei der IV erkennbar. Zum einen gingen die Leistungsbegehren zurück, zum andern erhöhte sich die Ablehnungsquote aufgrund veränderter Praxis bei den Beurteilungen durch die IV-Stellen. In der Folge sank auch die Anzahl der Gesuche für Zusatzleistungen zur IV.

Fallzahlen der Bezügerinnen und Bezüger von Zusatzleistungen zur AHV/IV im Vergleich:

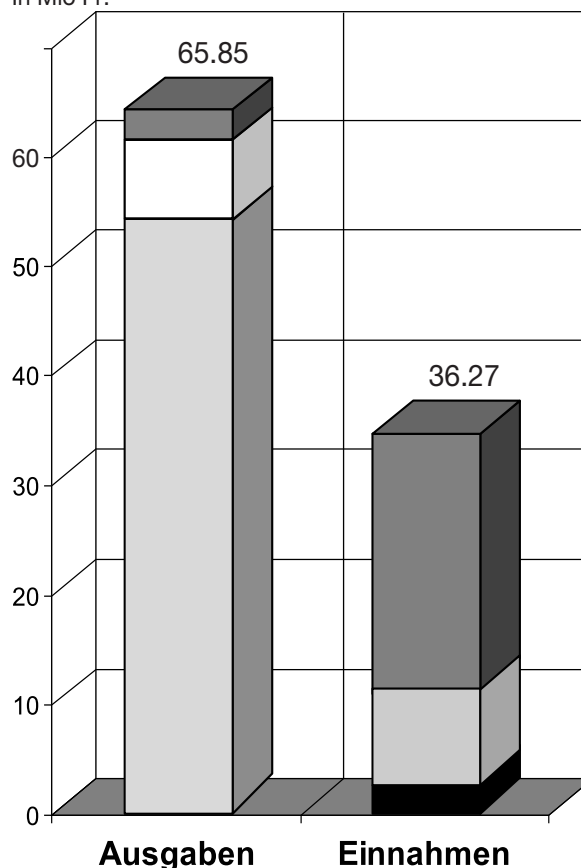
	Betagte	Behinderte	Hinterlassene	Total
2005	1 545	1 418	77	3 040
2004	1 536	1 273	74	2 883
2003	1 548	1 124	61	2 733
2002	1 511	995	52	2 558
2001	1 494	890	47	2 431
2000	1 484	794	39	2 317
1999	1 455	769	32	2 256
1998	1 376	715	28	2 119
1997	1 424	644	21	2 089
1996	1 460	621	23	2 104

Gesuche



Verteilung auf Leistungskategorien und Kostenträger:

In Mio Fr.



- Gemeindezuschüsse
- Beihilfen
- Ergänzungsleistungen
- Staatsbeiträge
- Bundesbeiträge
- Rückerstattungen

Leistungen der Stadt Winterthur für Zusatzleistungen zur AHV/IV im Vergleich:

Jahr	brutto	Rück- erstattungen	netto	Beitrag Bund	Beitrag Staat	Beiträge total	zulasten Stadt	Winter- zulagen	Härte- kredit	NE- Beiträge	zulasten Stadt
2005	65 850 190	2 685 527	63 164 663	a) 9 725 106	a) 23 858 076	33 583 182	29 581 481	0	0	0	29 581 481
2004	62 744 755	2 725 829	60 018 926	a) 9 079 741	a) 21 976 914	31 056 655	28 962 271	0	0	0	28 962 271
2003	56 577 767	2 705 642	53 872 125	a) 8 376 505	a) 19 730 409	28 106 914	25 765 211	0	500	0	25 765 711
2002	51 706 964	1 869 172	49 837 792	a) 7 458 713	a) 18 083 457	25 542 170	24 295 622	0	1 006	0	24 296 628
2001	47 544 716	1 916 348	45 628 368	a) 7 137 188	a) 16 684 488	23 821 676	21 806 692	0	445	0	21 807 137
2000	43 615 524	1 743 562	41 871 962	a) 6 142 308	11 570 297	17 712 605	24 159 357	0	3 109	0	24 162 466
1999	38 912 317	1 906 268	37 006 049	3 083 574	12 547 909	15 631 483	21 374 566	0	2 242	169 295	21 546 103
1998	36 502 008	1 989 535	34 512 473	2 859 658	11 708 532	14 568 190	19 944 283	127 500	5 882	140 811	20 218 476
1997	35 779 187	1 860 949	33 918 238	2 813 864	11 521 035	14 334 899	19 583 339	119 575	6 073	98 858	19 807 845
1996	34 814 700	1 742 502	33 072 198	2 739 549	11 216 764	13 956 313	19 115 886	122 400	9 981	66 746	19 315 013
											38 929

a) KVG – Subventionen von Bund und Staat für Prämienübernahmen mittels EL + BH (fürs 2000 nur Bundesanteil; kein Staatsanteil, weil noch EVO KVG gilt).

Asylkoordination*

Einmal mehr haben internationale und nationale Entwicklungen die Tätigkeit der Asylkoordination Winterthur wesentlich geprägt. Der stetige Rückgang der neuen Asylgesuche und der konsequente Ausschluss von Personen mit rechtskräftigem Nichteintretensentscheid (NEE) aus der Sozialhilfe haben in Winterthur zur Schliessung des Nothilfezentrums «Hammermühle» in Kempththal und zur Umwandlung des Durchgangszentrum «Kloster» in ein kantonales Nothilfezentrum geführt. Die Stadt Winterthur erfüllte das verlangte Aufnahmekontingent von 0,7 % der kommunalen Wohnbevölkerung Ende 2005 noch zu rund 85 %. Die deutliche Verkleinerung des Personalbestandes auf knapp 30 Personen führte zu einer Überprüfung der Organisationsform. Geprüft werden 2006 die Weiterführung der Asylkoordination als eigenständige Hauptabteilung der Sozialen Dienste, die Integration der bestehenden Abteilungen in die entsprechenden Strukturen des Bereiches oder eine Integration des Asylbereiches in die Asylorganisation Zürich.

Der Betrieb eines Nothilfezentrums für Personen mit einem rechtskräftigem Nichteintretensentscheid (NEE) unterscheidet sich zum Teil stark vom Betrieb eines Durchgangszentrums für Asylsuchende. Die definitiv fehlende Aufenthaltsperspektive führt zu Lethargie, die Kooperationsbereitschaft nimmt ab und die Beschränkung der Nothilfe auf jeweils 7 Tage erschwert die Bildung einer für die Unterbringung hilfreichen Hauskultur.

In der zweiten Unterbringungsphase fällt die grosse Zahl von vorläufig aufgenommenen Personen auf, die zum Teil schon mehr als 10 Jahre in der Schweiz leben. Die definitive Regelung ihrer Anwesenheit würde in vielen Fällen zu einer spürbaren Entlastung und besseren Chancen auf dem Arbeitsmarkt führen.

Im Bildungs- und Beschäftigungsbereich hat das «Unterhaltszentrum» – ein vom Bund finanziertes Beschäftigungsprogramm – seinen guten Ruf als stadtinternes Dienstleistungszentrum weiter gefestigt. Für Umzüge, Hauswartungen, Reinigungsaufträge, Einlagerungen und Hausräumungen stehen 6 fest angestellte Fachpersonen, Zivildienstleistende und bis zu 30 Asylsuchende im Einsatz. Im «Kursladen» führen 3 Kursleiterinnen Deutschkurse für junge Erwachsene noch so lange durch, wie die vollständige Finanzierung durch Bundesmittel gesichert ist.

Die Gemeinden Pfungen, Elgg und Wasterkingen haben die Betreuung der ihnen zugewiesenen Asylsuchenden der Asylkoordination Winterthur als einer kompetenten Fachorganisation übertragen. Insgesamt betreut die Asylkoordination Winterthur Asylsuchende in 37 Gemeinden der Bezirke Andelfingen und Winterthur.

Jugendsekretariat

Im Zusammenhang mit den kantonalen Sparmassnahmen wurden die Jugendhilfesubventionen an das Jugendsekretariat per 1.1.2005 vollumfänglich gestrichen. Der Grosse Gemeinderat hat daraufhin am 13.7.2005 die Rückdelegation der kantonalen Jugendhilfeaufgaben an den Kanton beschlossen. Die Jugend- und Familienberatung, die Fachstelle für Opferhilfeberatung und Kinderschutz, die Alimentenhilfe und die Mütterberatung wurden per 1.1.2006 zusammen mit den zwei Abteilungen Jugendhilfe des Gesetzlichen Betreuungsdienstes in die kantonalen Strukturen des Bezirkes überführt. Die bei der Stadt verbleibenden gemeindeeigenen Jugendhilfeaufgaben werden neu ab dem 1.1.2006 in der Fachabteilung Jugendhilfe wahrgenommen.

Generelle Aufgaben in der Jugend- und Familienhilfe

Jugendkommission

Die Jugendkommission setzt sich aus Vertreterinnen und Vertretern der Departemente Soziales, Schule und Sport, Kulturelles und Dienste sowie Sicherheit und Umwelt zusammen. Sie ist eine Fachkommission des Stadtrates und dient als Plattform für den regelmässigen Koordinations- und Informationsaustausch innerhalb der Departemente zu Jugend- und Familienfragen. Die Jugendkommission hat sich schwerpunktmässig mit der Gewaltthematik im öffentlichen Raum und mit der zukünftigen Ausrichtung der offenen Jugendarbeit beschäftigt. Ein Fachausschuss wird in Zusammenarbeit mit der Schule und der Quartierjugendarbeit nachhaltige Präventionsmassnahmen im Bereich der Jugendgewalt erarbeiten. Ferner hat sich die Jugendkommission mit dem zukünftigen Modell Schulsozialarbeit und mit Massnahmen zur Integration von schwer vermittelbaren Jugendlichen in den Arbeitsmarkt beschäftigt. Ein ständiges Thema war die Kantonalisierung der Jugendhilfe.

pro juventute Elternbriefe

Seit Anfang 2002 werden in der Stadt allen Eltern nach der Geburt ihres ersten Kindes die pro juventute Elternbriefe zugestellt. Die Eltern erhalten im ersten Lebensjahr ihres Kindes monatlich eine unterstützende und anleitende Informationsschrift über die wichtigsten Entwicklungsschritte ihres Kindes. Im zweiten und dritten Lebensjahr wird der Elternbrief nur noch auf ausdrücklichen Wunsch der Eltern in Abständen von drei und vier Monaten verschickt. Dieser regelmässige Versandkontakt zu jungen Eltern wird präventiv genutzt, indem auf wichtige städtische Beratungs- und Förderungsangebote für Kinder aufmerksam gemacht werden kann. Im vergangenen Jahr profitierten 544 (547) Eltern mit einem Säugling bis 1-jährig, 275 (237) Eltern mit einem Kleinkind bis 2-jährig und 229 (194) Eltern mit einem Kind bis 3-jährig von diesem Präventionsangebot.

Familienergänzende Kinderbetreuung

Bewilligungspflichtige Krippen

Seit dem 1.7.1998 besteht im Kanton Zürich gestützt auf eine vom Regierungsrat erlassenen Verordnung eine Bewilligungs- und Aufsichtspflicht für die Führung von Kinderkrippen. In der Stadt Winterthur wurden 2005 auf privatrechtlicher Basis 24 (24) Krippen geführt, mit insgesamt 469 (465) Plätzen. Eine bestehende Krippe hat ihr Angebot um 4 Plätze erweitert. Alle Krippenbetriebe werden nach den gesetzlichen Bestimmungen beaufsichtigt.

* Die Asylkoordination ist eine Pilotorganisation der «Wirkungsorientierten Verwaltungsführung» (WOV). Die ausführliche Berichterstattung erfolgt im Rahmen dieses Projektes in separater Form.

Subventionierte Krippen

Mit 12 der 24 privatrechtlich geführten Krippen und dem Tagesfamilienverein wurden Leistungsaufträge abgeschlossen. Es werden nicht mehr die allgemeinen Betriebskosten, sondern nur noch erbrachte Betreuungsleistungen subventioniert. Die 12 (12) Krippeneinrichtungen mit 203 (203) Plätzen und der Tagesfamilienverein mit insgesamt 36 000 (36 000) Betreuungsstunden wurden subventioniert. Diese Einrichtungen sind verpflichtet, das städtische Beitragsreglement anzuwenden. Der prognostizierte Kostendeckungsgrad durch Elternbeiträge von 40 % wurde mit 42,6 % (41 %) leicht übertroffen. Alle Krippeneinrichtungen waren während des ganzen Jahres zu 90 bis 100 % ausgelastet.

Interessant sind die Zahlen zum von den Eltern gewünschten Betreuungsumfang. 65 % (64 %) der Kinder werden zwischen einem und zweieinhalb Tagen fremd betreut. Die Zahl dieser kleinen Betreuungsverhältnisse haben sich wiederum leicht erhöht und zeigen, dass Eltern die Erziehung ihrer Kinder nicht in vollem Umfang an fremde Einrichtungen delegieren, sondern wenn immer möglich die Betreuungsverantwortung selber übernehmen. Kleine Betreuungspensen bedeuten für die Krippen eine hohe Kinderfluktuation und damit auch eine erhebliche Mehrbelastung. Die Zahl der allein erziehenden Eltern, welche von subventionierten Krippenplätzen profitieren, ist in den vergangenen Jahren kontinuierlich gewachsen und macht heute bereits 34 % (31 %) aller Betreuungsverhältnisse aus. Weiter fällt auf, dass der Anteil der besser verdienenden Eltern seit der Revision des Elternbeitragsreglementes im Jahre 2004 und der damit verbundenen stärkeren Belastung der höheren Einkommen sukzessive sinkt. Nach wie vor besteht aber eine gute soziale Durchmischung in den Betreuungseinrichtungen.

Per 1.1.2006 wird das Krippenwesen dem Departement Schule und Sport übertragen. Damit sind die Krippen und die Horte zusammengeführt und können von einer Stelle aus bewirtschaftet werden.

Subventionierte Krippen	2005	2004
Anzahl subventionierter Betreuungsplätze	203	203
Anzahl betreuter Kinder	600	600
Durchschnittliche Vollkosten pro Betreuungsplatz und Tag	87,75	87,75
Kostendeckungsgrad durch Elternbeiträge	42,6 %	41 %
Total geleistete Betreuungstage	49 663	48 256
Betreuungsumfang pro Woche		
weniger als 2,5 Tage	65 %	63 %
2,6 bis 4 Tage	28 %	28 %
mehr als 4 Tage	7 %	9 %
Nationalität der Kinder		
Schweizer	81 %	79 %
Ausländer	19 %	(21 %)
Bruttoeinkünfte der abgebenden Eltern		
bis 30 000.-	13 %	14 %
31 000.- bis 60 000.-	22 %	21 %
61 000.- bis 90 000.-	26 %	24 %
91 000.- bis 120 000.-	21 %	21 %
mehr als 120 000.-	18 %	20 %
Situation der Familie		
Allein erziehend	34 %	31 %
Beide Eltern erwerbstätig	48 %	48 %
Ein Elternteil erwerbstätig, der andere in Ausbildung	5 %	9 %
Ein Elternteil erwerbstätig	13 %	12 %
Grund der Platzierung		
Überschneidende Erwerbs- und Ausbildungstätigkeit	33 %	34 %
Existenznotwendig	28 %	30 %
Unterstützung aus erzieherischen Gründen	1 %	1 %
Pädagogische Förderung/Sozialisation	21 %	22 %
Entlastung der Eltern (Krankheit, Unfall, Invalidität)	13 %	10 %
Von öffentlichen Beratungsstellen empfohlen	4 %	3 %

Jugendförderung

Finanzielle Förderung der Einrichtungen und Angebote der offenen Jugendarbeit

Im Jahr 2005 hat die Stadt Winterthur verschiedene Einrichtungen und Angebote der offenen Jugendarbeit finanziell unterstützt. Das Jugendhaus Steinberggasse erhielt einen Beitrag von 391 900 Franken. Am 28.9.2005 verlängerte der Stadtrat den Subventionsvertrag mit dem Jugendhaus bis 2007 (gemäss der vom Grossen Gemeinderat bewilligten Gesamtlaufzeit bis 2007). Die mobile Jugendarbeit wurde im Berichtsjahr mit 145 500 Franken unterstützt. Am 21.11.2005 bewilligte der Grosse Gemeinderat einen erhöhten Kredit für die Weiterführung der Mobilen Jugendarbeit Winterthur, befristet für die Jahre 2006 bis 2009 und verbunden mit der Auflage, die mobile Jugendarbeit auf das ganze Stadtgebiet auszuweiten. Verschiedene weitere Quartier- und Spezial-Angebote bekamen zusammen rund 257 250 Franken. Dazu gehören: Kirchliche Jugendarbeit Wülflingen, Kirchliche Jugendarbeit Töss inkl. Mädchentreff, Kirchliche Jugendarbeit Veltheim inkl. Mädchentreff, Kirchliche Jugendarbeit Oberwinterthur, Kirchliche Jugendarbeit Altstadt, Jugendtreff Sternen Seen, Jugendkafi Stadtmuur, Mädchentreff Stadt «Girlande», Jugendraum der Pflegefamilie Vogel (Rychenberg), Midnight-Basketball Töss, Jugend-Disco Lightfire (Seen), Einzel- beziehungsweise Kurzprojekte, Jugendschachturnier.

Einen namhaften Beitrag an die Finanzierung der offenen Jugendarbeit leisten in Winterthur neben der Stadt und den Kirchen auch die Hilfsgesellschaft Winterthur (jährlich ca. 100 000 Franken) und die Koller-Knüsli-Stiftung (jährlich 40 000 Franken für die mobile Jugendarbeit).

Kinder- und Jugendpartizipation

An zwei Tagen im März haben eine Kindersession und eine Jugendsession stattgefunden. An der Kindersession nahmen über 60 Kinder und an der Jugendsession rund 40 Jugendliche teil. Die Kinder und Jugendlichen (als Delegierte aus den Schulhäusern beziehungsweise Schülerparlamenten) setzten sich mit politischen Themen auseinander, tauschten Ideen aus und diskutierten diese mit Politikerinnen und Politikern des Gemeinderates. Themen waren zum Beispiel: «Probleme in der dritten Welt», «Schuluniformen», «Weniger Gewalt», «Hilfe für Kindersoldaten in Afrika», «Einrichtung einer Kinderbar», «Beibehaltung von Biblischer Geschichte und Werken im Unterricht», «Politnetzwerk mit einem Kinder- und



Die Gruppe «Weltverbesserer» an der Arbeit.



Petitionsübergabe an den Stadtrat.

Jugendparlament» oder «Respekt vor der Natur in der Schule lernen». Die aufgrund der Diskussionen ausgearbeiteten Bittschriften und Forderungen wurden nach einer Abstimmung im Plenum dem Stadtrat übergeben. Der Stadtrat beantwortete die Petitionen am 13. Juli an einer Veranstaltung im Gemeinderatssaal. Die Teilnehmenden der Sessionen verliehen auch Preise für die kinder-/jugendfreundlichste beziehungsweise -unfreundlichste Institution. Der Pokal «s'Goldigä Härz» wurde Lotti Latrous zugesprochen, weil sie sich für Aids kranke Kinder in Afrika einsetzt. An George W. Bush verliehen die Jugendlichen «dä stinkig Söckä», weil er den Irakkrieg begonnen hat.

Am 27.6.2005 hat der Grosse Gemeinderat das vom Stadtrat verabschiedete Konzept zur Kinder- und Jugendpartizipation in Winterthur zur Kenntnis genommen. (Postulatsbeantwortung).

Jedes Jahr am 20. November ist weltweit der Tag der Kinderrechte. 1989 wurde an diesem Tag die UNO-Konvention über die Rechte des Kindes verabschiedet. Die Kinderlobby Schweiz stellte den Tag 2005 unter das Motto «Wir sind da! Kinder aus anderen Ländern wirken mit». In Zusammenarbeit mit dem Interkulturellen Forum, der Integrationsbibliothek, dem Mütterzentrum, Kindergärten und Horten der Stadt Winterthur fanden in der Alten Kaserne, welche ebenfalls an diesem Anlass mitarbeitete, gut besuchte Veranstaltungen mit Kinderbeteiligung statt.

Jugend- und Familienberatung

Die nachfolgende Statistik gibt Auskunft darüber, wie viele Beratungen und Abklärungen mit welchen Zielsetzungen von den Mitarbeitenden der Jugend- und Familienberatung durchgeführt wurden. Im Jahr 2005 wurden insgesamt 823 Fälle (831) bearbeitet.

Art der Beratung und Abklärung	2005	2004
Total behandelte Fälle	823	831
längerfristige Beratungen	637	612
Kurzberatungen	50	66
Abklärungen/Gutachten	82	95
Von der JFB betreute Pflegeplätze	22	26
Sozialpädagogische Familienbegleitung	32	32

Längerfristige Beratungen	2005	2004
Sach-, Finanz- und Rechtsberatung	60	73
Schwangerschaft/Geburt	27	37
Erziehungsberatung im Vorschulbereich	88	70
Erziehungsberatung bei Schulkindern und Jugendlichen	237	231
Ehe-/Partnerschaftsprobleme	14	9
Trennungs-/Scheidungsproblematik	28	24
Nachscheidungsprobleme	88	73
Mehrfachproblematiken	78	71
Begleitung von Heimplatzierungen	17	27

Abklärungen / Gutachten	2005	2004
Gericht:		
Gutachten	12	14
Kindesananhörung	0	1
Vormundschaftsbehörde:		
Kindesschutz-Aufträge	47	55
Stiefvateradoptionen	7	4
Fremdländische Adoptionen	13	16
Kindesananhörung	1	1
Andere	2	4

Familienergänzender Bereich

Der Jugend- und Familienberatung obliegt im Rahmen des familienergänzenden Bereichs der Vollzug der gesetzlich vorgeschriebenen Beratung, Vermittlung, Bewilligung und Aufsicht. Einen Überblick über die insgesamt per 31.12.2005 in Pflegefamilien platzierten Kinder in der Stadt Winterthur gibt nachfolgende Tabelle. Sie beinhaltet zusätzlich die meldepflichtigen Tagespflegeplätze (ab 2,5 Tage) des Tagesfamilienvereins und die Wochen- und Dauerpflegeplätze des Gesetzlichen Betreuungsdienstes.

	Stichtag 31.12.2005	Stichtag 31.12.2004
Anzahl Pflegekinder in:		
- bewilligungspflichtigen Wochen- und Dauerpflegeplätzen	48	52
- meldepflichtigen Tagesplätzen	44	42

Fachstelle OKey für Opferhilfeberatung und Kinderschutz Winterthur

Die Fachstelle OKey für Opferhilfeberatung und Kinderschutz Winterthur hatte gegenüber dem Vorjahr wiederum eine Zunahme der bearbeiteten Fälle zu verzeichnen. Im Kontext der Opferhilfe werden die «Opfer» als massgebliche statistische Grösse erfasst. Im Jahr 2005 standen insgesamt 376 Opfer (367), oftmals mitsamt ihren Familienangehörigen und ihrem erweiterten Umfeld, im Zentrum der Bemühungen. Damit mussten im Berichtsjahr von der Fachstelle so viele Misshandlungssituationen beurteilt und betreut werden, wie noch nie seit der Aufnahme der Beratungstätigkeit im Jahre 1996.

Statistik Fachstelle OKey	2005	2004
Behandelte Fälle	376	367
davon noch laufend	137	90
Geschlecht		
Männlich	144 (38%)	137 (37%)
Weiblich	232 (62%)	230 (63%)
Gesetzlicher Wohnsitz		
Stadt Winterthur	198 (53%)	190 (52%)
Bezirk Winterthur	56 (15%)	61 (16%)
Kanton Zürich	73 (19%)	76 (21%)
anderer Kanton	19 (5%)	17 (5%)
unbekannt	30 (8%)	23 (6%)
Alter		
Bis 4 Jahre	84 (22%)	65 (18%)
5 bis 9 Jahre	93 (25%)	107 (29%)
10 bis 13 Jahre	76 (20%)	75 (20%)
14 bis 17 Jahre	91 (24%)	101 (28%)
Älter als 18 Jahre	32 (9%)	19 (5%)
Anmeldung durch		
Opfer	21 (6%)	16 (5%)
ihm gleichgestellte Person (Vater, Mutter, Eltern)	91 (24%)	87 (24%)
ihm vertraute Person (Freundin, erweiterte Familie)	30 (8%)	25 (7%)
Fachpersonen		
Kinderklinik	48 (13%)	45 (12%)
Ärztenschaft	24 (6%)	23 (6%)
Schule/Kindergarten	52 (14%)	69 (19%)
Fam. ergänzender Bereich (Krippe, Hort, Heim)	12 (3%)	5 (1%)
Soziale Institution (JS, SPD, KJPD u.a.)	32 (8%)	23 (6%)
Gesetzlicher Betreuungsdienst	21 (6%)	14 (4%)
Polizei/Justiz	31 (8%)	45 (12%)
durch andere	14 (4%)	15 (4%)

Statistik Fachstelle OKey	2005	2004
Art der Misshandlung		
körperliche Misshandlung	106 (28 %)	120 (33 %)
Vernachlässigung	34 (9 %)	33 (9 %)
sexuelle Ausbeutung	154 (41 %)	155 (42 %)
psychische Misshandlung	58 (16 %)	38 (10 %)
Drogenschädigung	23 (6 %)	19 (5 %)
Münchhausensyndrom	1 (0 %)	2 (1 %)
Von den behandelten Fällen waren		
Verdachtsituationen	132 (35 %)	111 (30 %)
laufende (manifeste) Misshandlungen	98 (26 %)	106 (29 %)
beendete Misshandlungen	134 (36 %)	131 (36 %)
Straftat in Kindheit (bei Volljährigen)	0 (0 %)	3 (1 %)
ungeklärt	12 (3 %)	16 (4 %)
Allgemeine Leistungen		
Begleitung zu Polizei/Gericht/Anwalt	7	12
Helferkonferenzen	41	27
vorübergehende Hospitalisation	66	64
medizinische Untersuchung	62	60
gynäkologische Untersuchung	7	13
kinder- und jugendpsychiatrische Abklärung	35	20

Mütter- und Väterberatung

Die Geburtenzahl in Winterthur im Jahr 2005 war genau gleich hoch wie letztes Jahr, nämlich 1041. Die Zahl der Beratungen sank leicht.

Aus den Zahlen wird deutlich ersichtlich, dass die Mütter- und Väterberatung vor allem im ersten Lebensjahr der Kinder eine sehr häufig genutzte Dienstleistung ist. Mit dem steigenden Alter der Kinder nehmen die Konsultationen an den Beratungsstellen und bei Hausbesuchen ab und die Eltern benutzen stattdessen vermehrt die Telefonsprechstunde.

Die Beratungsstellen in den Quartieren sind Treffpunkte und die Orte, wo die Beratungen am häufigsten stattfinden.

In den Quartieren Veltheim, Seen, Oberwinterthur, Wülflingen und Altstadt besteht zusätzlich die Möglichkeit für Beratungen auf Voranmeldung. Diese Sprechstunden werden von berufstätigen Müttern geschätzt und für länger dauernde Beratungen genutzt.

Statistik Mütter- und Väterberatung	2005	2004
Geburten	1 041	1 041
Betreute Kinder		
0 bis 7 Jahre alt	1 569	1 736
0 bis 1 Jahr alt	1 178	1 233
Kinder mit ausländischer Mutter	399	472
Beratungen insgesamt	9 630	10 471
Konsultationen an den 17 Beratungsstellen	5 627	5 843
bei Hausbesuchen	1 161	1 351
Telefonische Beratungen	2 842	3 277

Alimentenhilfe

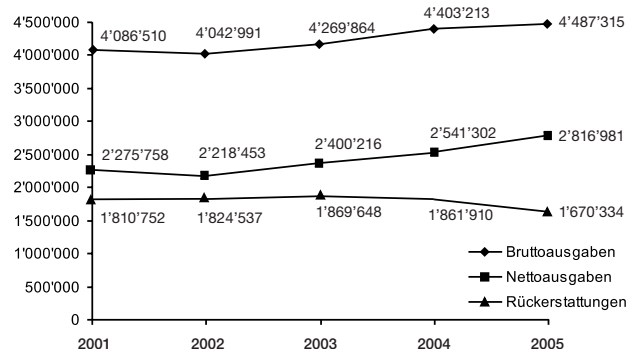
Die Anzahl der Kinder mit Bevorschussung stieg auf 817 (801). Die ausgerichteten Vorschüsse betrugen 4 487 315 Franken (4 403 213). Die Nettoaussgaben erhöhten sich auf 2 816 981 Franken (2 541 302). Der Inkassonerfolg sank trotz gleich bleibenden Inkassobemühungen von 42,29 % auf 37,22 %.

Alimentenvermittlung / Inkasso

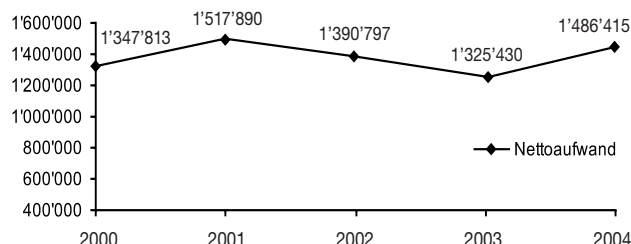
Total konnten Inkassoeingänge von 3 106 052 Franken (3 311 078) erzielt werden. Davon gingen 1 670 334 Franken (1 861 910) an die Bevorschussung. 1 435 717 Franken (1 449 168) konnten an Kinderalimenten, Kinderzulagen und Frauenrenten vermittelt werden.

615 (602) Väter oder Mütter schuldeten Beiträge an laufende Bevorschussungen. Bei 114 (100) Schuldnern und Schuldnerinnen wurde ein treuhänderisches Inkasso von Kinderalimenten geführt und 38 (33) Männer hatten ausschliesslich Frauenrenten zu zahlen. Zusätzlich wurde in

Aufwand und Ertrag der Alimentenbevorschussung



Nettoaufwand Kleinkinderbetreuungsbeiträge



161 (176) alten Fällen mit Ausständen ein aktives Inkasso geführt. Gesamthaft wurde im Jahr 2005 bei 928 (911) Schuldnern ein aktives Inkasso geführt.

Gegen 275 (283) Personen wurden Betreibungen eingeleitet. In 7 (8) Fällen wurde eine Strafanzeige wegen Vernachlässigung der Unterhaltspflichten (Art. 217 StGB) erhoben.

Der Aufwand für Inkasso- und Gerichtsgebühren betrug 67 014 Franken (69 652). Zurückerstattet wurden 29 604 Franken (38 782). An Zinsen auf betriebene Forderungen und Prozessentschädigungen gingen 2725 Franken (7786) ein.

In 62 (71) Fällen wurde eine persönliche Beratung geleistet oder eine schriftliche Auskunft erteilt.

167 (164) Familien kamen in den Genuss von Kleinkinderbetreuungsbeiträgen. 1 569 354 Franken (1 615 439) wurden an KKBB ausgerichtet. 65 659 Franken (129 023) gingen ein an abgetretenen Unterhaltsbeiträgen, nachträglich eingehenden Renten, Taggeldern usw. oder Rückerstattungen für zuviel ausgerichtete Beiträge (späte Meldungen bei Wegzug und anderen Änderungen der Verhältnisse). Der Nettoaufwand stieg um knapp 1,2 % (12,1) auf 1 503 694 Franken (1 486 415). In 64 (60) Fällen wurde der Antrag auf KKBB abgelehnt, weil die Voraussetzungen gemäss Jugendhilfegesetz und dazu gehörender Verordnung nicht erfüllt waren.

Kinder- und Jugendheim Oberi

Das Berichtsjahr war geprägt von grosser Fluktuation. Insgesamt betreute das Kinder- und Jugendheim 42 Kinder im Alter zwischen 3 bis 18 Jahren.

11 Eintritten standen 15 Austritte gegenüber. 13 Kinder konnte zu den Eltern entlassen werden. 10 besuchen weiterhin die öffentliche Schule und 3 stehen in einem Lehrverhältnis. 1 Jugendlicher hat die Lehre erfolgreich abgeschlossen und lebt heute selbständig. Leider hatte das Kinder- und Jugendheim dieses Jahr den Tod eines Kindes zu verzeichnen, das an den Folgen seiner schweren Behinderung verstorben ist.

Der leichte Rückgang der Aufenthaltstage gegenüber den Vorjahren ist auf die vielen Aus- und Eintritte zurückzuführen.

Die Nachfrage nach Heimplätzen für Kinder und Jugendliche ist nach wie vor gross. In den letzten Jahren waren wieder vermehrt Plätze für vorschulpflichtige Kinder gefragt.

Belegungsstatistik

Anzahl Kinder	2005	2004
Anfang Jahr	31 Kinder	32 Kinder
Eintritte während des Jahres	11 Kinder	2 Kinder
Austritte während des Jahres	15 Kinder	3 Kinder
Total betreute Kinder	42 Kinder	34 Kinder
<i>Alter der Kinder</i>		
Vorschulalter	1 Kind	
Kindergarten	2 Kinder	
Unterstufenalter	6 Kinder	11 Kinder
Mittelstufenalter	6 Kinder	13 Kinder
Oberstufenalter	10 Kinder	6 Kinder
Jugendalter	2 Jugendliche	4 Jugendliche
<i>Belegungstage</i>	10 567	11 290
<i>Vollkosten pro Kind und Tag</i>	233.65	223.00
<i>Art der Platzierung</i>		
Vormundschaftsbehördliche Massnahmen	34	28
Freiwillige Massnahmen	8	6
<i>Wohnsitz der Kinder</i>		
Stadt Winterthur	16	12
Kanton Zürich	23	20
ausserhalb Kanton	3	2

Prävention und Suchthilfe

Im Rahmen der Reorganisation der Sozialen Dienste wurden mit Wirkung ab 1.1.2004 die beiden Hauptabteilungen «Niederschwellige Drogeneinrichtungen» und «Medizinisch-therapeutische Behandlungseinrichtungen» zur neuen Hauptabteilung «Prävention und Suchthilfe» zusammengelegt. Diese Hauptabteilung wird in enger Zusammenarbeit mit der Integrierten Psychiatrie Winterthur ipw geführt und leistet einen Teil ihrer Angebote gegen Entschädigung auch für die Gemeinden des Bezirks Winterthur-Land. Der Prävention und Suchthilfe gehören folgende Abteilungen an:

- Beratungsstelle für Alkoholprobleme WFA
- Beratungsstelle für Drogenprobleme BSD
- Betreuung und Wohnen BeWo (Drogenanlaufstelle, Begleitetes Wohnen, Büro für Notwohnungen)
- Suchtpräventionsstelle Suprä, inkl. die Jugendprogramme «jump» und «jumpina»
- Zentrum für heroin- und methadongestützte Behandlungen IKARUS

Im Rahmen des Viersäulenmodells der schweizerischen Drogenpolitik decken die Einrichtungen der Prävention und Suchthilfe die Säulen 1 bis 3 ab (Prävention, Behandlung und Überlebenshilfe) und bilden in sich ein Versorgungskontinuum. Die Repression als vierte Säule wird durch Polizei- und Justizorgane wahrgenommen. Die neue Organisationseinheit gewährleistet eine effiziente Grundversorgung in den Bereichen Suchtvorsorge, Suchtgefährdung, Suchtkrankheit und ermöglicht eine bessere Zielorientierung und Koordination zwischen den einzelnen Einrichtungen innerhalb der genannten Behandlungskette.

Abteilung Betreuung und Wohnen

Im Sommer 2005 wurde den Fachleuten im Bereich Wohnen die Koordination von Notplatzierungen der Sozialberatung und des Gesetzlichen Betreuungsdienstes übertragen mit dem Ziel, die Platzierung innerhalb der Sozialen Dienste zentral zu organisieren. Dies ermöglicht

es, einen Überblick über die gesamte Situation in Winterthur zu erhalten und zu verhindern, dass es infolge Fehlen einer Notschlafstelle zu Obdachlosigkeit kommt. In der Folge wurden 17 Notzimmer in bereits vorhandenen Liegenschaften und Wohnungen eingerichtet, um kurzfristig eine Unterbringung zu ermöglichen. In Zusammenarbeit mit dem Wohnheim der Heilsarmee kann nun gewährleistet werden, dass niemand im Freien übernachten muss. Seit Juni 2005 wurden 34 Personen in Notunterkünften platziert.

Für die Unterbringung in bereits vorhandene Unterkünfte war eine Anpassung der Regeln im Umgang mit Klientinnen und Klienten der Notunterkünfte notwendig. Denn teilweise handelte es sich um Klientinnen und Klienten, die zuvor in Räumen des Begleiteten Wohnens lebten und denen aufgrund ihres unangepassten Verhaltens gekündigt werden musste.

Begleitetes Wohnen

Das niederschwellige Angebot des Begleiteten Wohnens bietet suchtkranken Menschen ab 18 Jahren, die obdachlos oder von Obdachlosigkeit bedroht sind, eine Wohnmöglichkeit. Die Klientel zeichnet sich durch Verwahrlosungstendenzen, psychische und/oder physische Krankheiten sowie soziale Problemen aus. Zudem werden externe Begleitungen im Auftrag von anderen Stellen übernommen. Die vier Mitarbeitenden begleiteten im Schnitt 75 Personen in ihrem Alltag (davon 6 externe Begleitungen). Die 1-Zimmer-Wohnungen und ein Haus mit 6 Plätzen sind dezentral in der Stadt Winterthur verteilt.

Zusätzlich werden für Klientinnen und Klienten mit einer minimalen Wohnkompetenz 14 Plätze mit einer intensiveren Betreuungsform angeboten, bei der die Mitarbeitenden täglich (Mo – Fr) präsent sind. Neu eintretende Klientinnen und Klienten wird nach Möglichkeit zuerst in dieser Liegenschaft ein Zimmer untervermietet.

Das Team des Begleiteten Wohnens unterstützt die Mieterinnen und Mieter in ihrem Bemühen, sich in die Gesellschaft einzugliedern und sich Wohn- und Sozialkompetenzen anzueignen oder diese zu verbessern. Sie lernen, mit Alltagsschwierigkeiten umzugehen, einen Haushalt zu führen und Konflikte mit der Nachbarschaft oder Wohnpartnerinnen und -partnern zu lösen. Zu diesem Zweck werden mit allen Klientinnen und Klienten individuelle Ziele formuliert, diese schriftlich festgehalten und regelmässig überprüft. Der Umfang der Begleitung ergibt sich aus den persönlichen Bedürfnissen und Situationen der Bewohnerinnen und Bewohner.

In diesem Jahr bot das Begleitete Wohnen zum ersten Mal einen Praktikumsplatz an und trug somit zur Förderung von Ausbildungsplätzen bei.

Notwohnungen

Der freie Wohnungsmarkt ist nicht für alle Menschen gleich zugänglich. Kinderreiche Familien mit beschränkten finanziellen Mitteln, sozial auffällige Personen, Menschen aus fremden Kulturkreisen, Sozialhilfe Beziehende und generell Leute mit bescheidenen finanziellen Mitteln haben Schwierigkeiten, innert nützlicher Frist eine passende Wohnung zu finden. Weiterhin ein grosses Problem stellt die teilweise hohe Verschuldung der Wohnungssuchenden dar. Einträge im Betreibungsregister oder eine Kündigung wegen Nichtbezahlen des Mietzinses sind ein fast unüberwindbarer Nachteil bei der Wohnungssuche.

Statistik Notwohnungen per 31.12.	2005	2004
Wohnungen/Einfamilienhäuser/Zimmer	154/2/17	170/1/2
Darin wohnten am Stichtag		
– Erwachsene	226	215
– Kinder	216	251

Drogenanlaufstelle DAS

Im Schnitt besuchten rund 32 Personen (43) pro Tag die Drogenanlaufstelle. Der Rückgang ist unter anderem eine Folge der Schliessung der Drogenanlaufstelle am Sonntag, welche im Zusammenhang mit der Reduktion der kantonalen Beiträge beschlossen worden war. Der Frauenanteil betrug rund 21 %. Die Klientel ist zwischen 18 und 75 Jahren alt. Die meisten haben Wohnsitz in Winterthur oder den Bezirksgemeinden. Rund 50 Drogenkonsumierende wohnen in Liegenschaften des Begleiteten Wohnens, die anderen in eigenen Wohnungen. Vermehrt werden Menschen mit psychischen Problemstellungen betreut.

Zur Infektionsprophylaxe gegen Aids und Hepatitis wurden im Tauschverfahren 75 600 (96 700) Spritzen abgegeben. Die rückläufige Verwendung von Spritzen erklärt sich zum einen mit veränderten Konsumformen (sniffen, rauchen) und zum andern mit der Abgabe von Methadon und Heroin. Der Rückgang bei der Spritzenabgabe lässt sich im ganzen Kanton Zürich beobachten. Ausserhalb der DAS-Öffnungszeiten steht ein Flash-Automat zur Verfügung, an dem gegen Bezahlung steriles Spritzenmaterial bezogen werden kann. Der Automat wurde letzten Sommer erneuert, da er mehrmals aufgebrochen wurde und dabei in Brüche ging. In der Drogenanlaufstelle werden Spritzen-Abszesse behandelt und die Klientel, falls erforderlich, an medizinische Einrichtungen weiter gewiesen.

Die Drogenanlaufstelle führt einen Cafeteria-Betrieb mit kostenlosen und preisgünstigen Ernährungsangeboten wie Suppe, Brot und Tee. Neben der Möglichkeit zu Aufenthalt und Gesprächen stehen der Klientel Waschmaschine und Tumbler, Dusche, Nähmaschine, Tageszeitungen, Bücher, verschiedene Spiele, Computer sowie eine aktuelle Infothek zu verschiedenen Themen rund um die Drogenabhängigkeit und Wohnmöglichkeiten zur Verfügung.

Grosser Nachfrage erfreuen sich weiterhin die Arbeitsmöglichkeiten. Insgesamt wurden rund 2700 Arbeitsstunden à 15 Franken Stundenlohn geleistet. Die Arbeitsangebote umfassen hauptsächlich Reinigungsarbeiten, Thekenmitarbeit und Kochen sowie kleinere Reparaturen und Renovationen in der Drogenanlaufstelle. Für die Klientel wurden zwei Infowochen (Hepatitis Prophylaxe und sauber Fixen) durchgeführt.

Die Mitarbeitenden der Drogenanlaufstelle leisten Einsätze beim Pavillon im Stadtgarten, wo sie zusammen mit anderen Stellen (zum Beispiel Polizei) regelmässig mit rund 50 Personen – meist Alkohol- und Drogenkonsumierende – in Kontakt stehen.

Auf den 1. April gab es einen Wechsel in der Leitung der Drogenanlaufstelle. Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Stammteams verfügen über eine Ausbildung im sozialen oder pflegerischen Bereich. Um in Notsituationen richtig und schnell reagieren zu können, wird von allen eine Weiterbildung in Herz- und Lungenreanimation verlangt, die auch 2005 wieder besucht wurde.

Suchtprävention für Stadt und Bezirk Winterthur

Schwerpunkte der Suchtpräventionsstelle im Geschäftsjahr 2005 waren Projekte im Bereich Jugendschutz (Alkohol, Tabak, Cannabis) in Stadt und Bezirksgemeinden, im Bereich struktureller Prävention in der Schule sowie im Bereich Sekundärprävention.

Bereich Schule

Neben der Beratung und Unterstützung von Lehrkräften zur Umsetzung der Suchtprävention im Unterricht

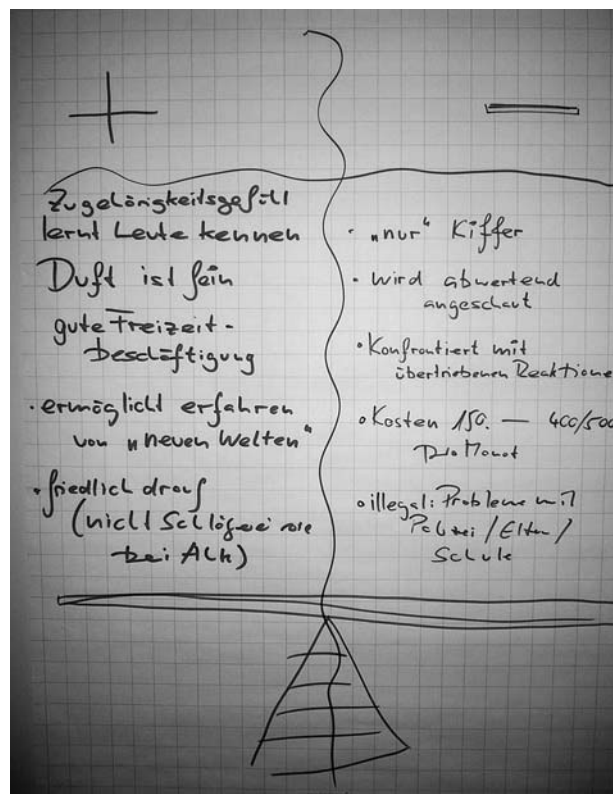


«Glasklar» – Auseinandersetzung mit der eigenen Lebenssituation.

konnten mehrere Schulhäuser darin begleitet werden, Regelwerke zum Umgang mit Suchtmitteln im Schulalltag zu erarbeiten. Das Ziel solcher struktureller Massnahmen ist es, eine hohe Verbindlichkeit bezüglich Regelungen bei allen Beteiligten zu erreichen.

Bereich Jugendliche

«Grasklar», den Standortbestimmungskurs für kiffende Jugendliche, besuchen seit diesem Jahr nicht nur Jugendliche, die von der Jugendanwaltschaft zugewiesen werden, sondern auch solche, die durch die Schule angemeldet werden oder sich sogar selbst dazu entschlossen. Neu wird auch ein ähnlicher Kurs für rauchende Jugendliche angeboten («Smoke-less»).



Die Vor- und Nachteile des Kiffens auf der Waagschale.



Mittwoch-Mittagstisch im Mädchenprogramm «jumpina»

Jugendprogramme «jump» und «jumpina»

Im Berichtsjahr waren sämtliche Programmplätze stets ausgebucht und es bestand eine Warteliste. Seit Januar 2005 sind die beiden Programme nicht mehr unentgeltlich, die Eltern der teilnehmenden Jugendlichen bezahlen einkommensabhängige Beiträge. Mitte 2006 wird der Stadtrat aufgrund statistischer Daten bezüglich Aufwand und Ertrag entscheiden, ob das Beitragsreglement definitiv eingeführt werden soll.

Die Alltagsarbeit ist für die Sozialpädagoginnen und -pädagogen im letzten Jahr spürbar aufwändiger und schwieriger geworden. Jungen, vor allem aber Mädchen mit schwachen schulischen Leistungen (und anderen psychosozialen Benachteiligungen) haben grösste Schwierigkeiten, eine Lösung im Anschluss an die Schule zu finden oder in der Berufswelt Tritt zu fassen. Erfreulicherweise hat sich im 2005 eine Winterthurer Firma bereit erklärt, Programmjugendlichen eine Chance zu bieten und ihnen gegen Entlohnung erste Erfahrungen in der Arbeitswelt zu ermöglichen.

Die Mittwoch-Mittagstische, welche von privaten Organisationen gesponsert werden, erfreuen sich bei den Jugendlichen grosser Beliebtheit. Beim Einkaufen, Rüsten, Kochen und gemeinsamen Essen können Jugendliche ihre sozialen Fähigkeiten verbessern. Für einige ist es eine neue Erfahrung, mit andern an einem Tisch zu sitzen und zusammen Gespräche zu führen.

Die Mitarbeitenden von «jump» und «jumpina» beteiligen sich in Arbeitskreisen, die sich mit dem Thema Chancengleichheit und Integration von Jugendlichen beschäftigen. Im Berichtsjahr beteiligten sich die Mitarbeitenden massgeblich beim Aufgleisen des Projekts «Migranten- und Migrantinnen-Vorbilder für Schulen», welches in Zusammenarbeit mit NCBI (National Coalition Building Institute) zurzeit an einzelnen Winterthurer Schulen umgesetzt wird.

Bereich Elternbildung

Verschiedene Informations- und Bildungsveranstaltungen für Eltern konnten in Kombination mit Aktivitäten in den Schulen organisiert werden. Die in Zusammenarbeit mit der Elternbildung der Berufs- und Fortbildungsschule Winterthur und dem Jugendsekretariat Winterthur-Land organisierte vierteilige Referatsreihe zu Erziehungs- und Präventionsthemen, stiess im Herbst wiederum auf grosses Interesse.



«Kinder und Jugendliche im Tabakdunst» – Öffentliche Herbstveranstaltung

Bereich Gemeinwesen

In Zusammenarbeit mit den Kontaktpersonen für Suchtprävention aus den Bezirksgemeinden konnte das Thema «Jugendschutz im Bereich Alkohol» verstärkt auf Gemeindeebene umgesetzt werden. Die Arbeitsgruppe «Jugendschutz» der Stadt Winterthur hat dazu einen Massnahmeplan erarbeitet, welcher im 2006 umgesetzt wird.

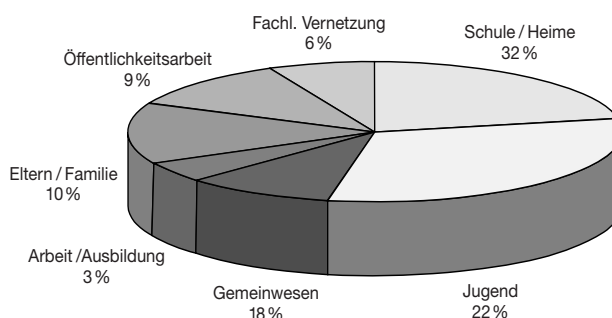
Bereich Öffentlichkeitsarbeit

Ein wichtiges Instrument in der Öffentlichkeitsarbeit ist das Informationsmagazin «laut & leise». Es wird durch die kantonale Organisation der Stellen für Suchtprävention Kanton Zürich herausgegeben. Die Suchtpräventionsstelle Winterthur engagierte sich in der Redaktion des Magazins (Vorsitz) und verfasste Textbeiträge.

Die traditionelle Herbstveranstaltung in der Alten Kaserne stand unter dem Stichwort «Kinder und Jugendliche im Tabakdunst».

Jahresstatistik Suchtprävention 2005

Verteilung der Arbeitszeit auf die verschiedenen Arbeitsgebiete (exkl. Administration/Organisation)



Winterthurer Fachstelle für Alkoholprobleme wfa

Das Jahr 2005 begann mit der einmaligen Gelegenheit, die wfa an den «open days» der Integrierten Psychiatrie Winterthur ipw der Öffentlichkeit zu präsentieren. Die Gelegenheit, eine Autofahrt unter Alkoholeinfluss am Fahrsimulator zu erleben, wurde rege benutzt. Es war erfreulich, dass die Diskussion um 0,5 Promille-Grenze die Bevölkerung für das Thema Alkohol im Strassenverkehr



Open days der Integrierten Psychiatrie Winterthur:
Der Fahrsimulator der wfa lockte Jung und Alt an.

auf positive Art sensibilisiert hatte. Die Besucher nutzten die Möglichkeit, mit Fachpersonen in Kontakt zu kommen und Fragen rund um den Alkohol zu stellen.

Die vielfältigen Begegnungen im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit zeigten in aller Deutlichkeit, dass viele Menschen eine nahe stehende Person kennen, welche den Alkoholkonsum nicht mehr im Griff hat, sich aber nie Hilfe bei einer Fachstelle holen würde. Die Früherfassung von Menschen mit Alkoholproblemen oder einem regelmässigen Risikokonsum bildete einen der Schwerpunkte der wfa. Zu diesem Zweck wurden Gespräche mit den Sozialbehörden in den Gemeinden im Bezirk Winterthur geführt. Die persönlichen Kontakte und der Austausch von Erfahrungen machten deutlich, dass die Früherfassung auf die Praxis vor Ort abzustellen ist. Im nächsten Jahr werden diese Anstrengungen noch vertieft.

Im Beratungs- und Therapiebereich wurde das Projekt «Therapieangebot für Kinder aus Familien mit Alkohol- und anderen Suchtproblemen» von den betroffenen Fachstellen sehr gut aufgenommen. Seit Projektstart wurden mehr Kinder für eine Abklärung oder Therapie angemeldet, als behandelt werden konnten. Diese grosse Nachfrage erwies sich als Bedarfsbestätigung. Mit dem Aufbau eines Gruppenangebotes im nächsten Jahr können weitere Kinder in Behandlung genommen werden.

Frauen haben tendenziell ein anderes Trinkmuster als Männer und der Verlauf der Alkoholkrankung zeigt deut-



Holzfiguren helfen in der Therapie, die eigene Position verstehen zu lernen.

liche Unterschiede. Mit der Gruppentherapie für alkoholabhängige Frauen richtete die wfa eine Behandlungsform ein, die frauenspezifischen Aspekten gerecht wird. Die Therapie umfasst zehn Sitzungen für sechs bis neun Frauen und findet alle zwei Wochen statt. Aufgrund der grossen Nachfrage startete im Herbst die zweite Gruppe. Weitere Gruppenangebote sind für das nächste Jahr geplant.

Im Berichtsjahr setzte bei der wfa eine eigentlich interdisziplinäre Zusammenarbeit ein. Die Synergien aus Psychotherapie, Psychiatrie, Sozialarbeit und Kindertherapie zu nutzen, stellte eine hohe Anforderung an das Team. Dieser Prozess wird im nächsten Jahr fortgesetzt.

Statistik wfa	2005	2004
Behandelte Fälle		
Behandelte Fälle Total	340	323
Bestand 01.01.	126	179
Aufnahmen	214	144
Abschlüsse	200	197
Weiterlaufende Behandlungen 31.12.	140	126
Leistungen		
– Konsultationen		
Therapie Erwachsene	3 037	2 516
Therapie Kinder	277	
Informationsgespräche	23	30
Konsultationen Total (inkl. Gruppen)	3 337	2 546
davon verpasste Konsultationen	502	428
in % aller Konsultationen	15	17
– Kontakte		
Anzahl Atemlufttest	1 085	1 283
Anzahl Antabusabgaben	307	383
Kontakte Total	1 392	1 666
Ambulante Massnahmen (im Auftrag des Bewährungs- und Vollzugsdienst der Justiz)		
Personen	37	
Gruppen		
Anzahl Gruppen	2	0
Anzahl Sitzungen	17	0
Anzahl Personen	18	0
Schulung		
Anzahl Schulungen	2	0
Öffentlichkeitsarbeit		
Anzahl Veranstaltungen	9	11
Mitarbeit in Anzahl Kommissionen	4	7

Beratungsstelle für Drogenprobleme BSD

Die Zahlen der Beratungsstelle für Drogenprobleme sind gesamthaft seit Jahren recht stabil. Die grosse Zahl der weiterlaufenden Behandlungen ist vor allem auf die Klientel in Methadonprogrammen zurückzuführen. Hier zeigt sich, wie auch internationale Untersuchungen bestätigen, ein deutliches Älterwerden dieser Patientengruppe bei klarer Stabilisierung im psychischen und sozialen Bereich. Die dafür notwendige Unterstützung schlägt sich in der leicht steigenden Zahl der Konsultationen nieder. Eine deutliche Zunahme ist zudem bei der Beratung und Behandlung von Problemen in Zusammenhang mit Cannabissmissbrauch und Kokainabhängigkeit zu beobachten.

Statistik BSD	2005	2004
Behandelte Fälle	488	464
Neue	269	267
Bisherige	219	197
Informationen, Beratungen einmalig	175	172
Behandlungsabschlüsse	258	296
weiter laufende Behandlungen	230	168
Total Konsultationen	4 265	3 931
nicht stattgefunden	1 151	1 176
in %	27 %	30 %
Präsentiersymptomatik		
Patienten/innen mit Suchtproblematik	294	276
davon im Methadonprogramm	178	164
abgegebene Methadondosen (à 20 – 200mg)	54 750	52 312

Statistik BSD	2005	2004
Öffentlichkeitsarbeit, Abendveranstaltungen	8	7
Mitwirken in verschiedenen Kommissionen (Drogen, Jugend, Niederschwellige Einrichtungen und Konzeptgruppen)	60	56
Externe Veranstaltungen	55	59

Zentrum für heroïn- und methadongestützte Behandlungen Ikarus

Das Jahr 2005 stand ganz im Zeichen der 10-Jahre-Jubiläumsfeier der Institution. Zusammen mit Patienten und Patientinnen, mit geladenen Gästen, Vertreterinnen und Vertretern aus Politik und Behörden, Angehörigen, Mitarbeitenden und vortragenden Fachreferenten wurde das Ereignis im Rahmen einer Veranstaltung im August gebührend gefeiert. Die Patienten und Patientinnen beteiligten sich mit szenischen Tanz- und Bewegungseinlagen aktiv am Jubiläumsfeier-Programm und lösten mit ihren Darbietungen viel Applaus und Staunen aus. Die Veranstaltung wurde mit einer Ausstellung von Bildern umrahmt, die Patienten und Patientinnen des Ikarus gemalt hatten. Das Publikum zeigte sich davon berührt.

Heroin- und Methadonprogramm

Belegungszahlen Heroïnprogramm

Patient/innen per 1.1.2005	55	
Eintritt	6	
Austritt	7	
Anzahl Patient/innen per 31.12.2005	54	(42 Patienten, 12 Patientinnen)



Patientinnen und Patienten stellen eine Szene aus dem Leben in Abhängigkeit dar.



Bilder von Patientinnen und Patienten zum Jubiläumsanlass 10 Jahre Ikarus.

Das Heroïnprogramm war im vergangenen Jahr im Durchschnitt zu 95 % belegt. Ein Patient befindet sich im Aufnahmeverfahren.

Die Behandlungstage sind im Jahr 2005 um 335 Tage auf 18 472 angestiegen, ohne Hospitalisationstage, Ferientage und Gefängnisaufenthalte. Es wurde 5 740 710 mg flüssig Heroïn und 8377 Heroïntabletten abgegeben. Aufgrund von Dosisreduktionen hat die Totalmenge der abgegebenen Substanzen trotz gestiegener Patiententage abgenommen.

Die Studie zur Abgabe von Heroïn in Tablettenform (DAM-Tabletten-Studie) wurde im Berichtsjahr abgeschlossen, die Zulassung durch die Swissmedic ist noch ausstehend.

Belegungszahlen Methadonprogramm

Patient/innen per 1.1.2005	17	
Eintritt	1	
Austritt	0	
Anzahl Patient/innen per 31.12.2005	18	(16 Patienten, 2 Patientinnen)

Der Neueintritt hat vom Heroïn- ins Methadonprogramm gewechselt.

Rechtsauskunft und Institutionen mit städtischer Beteiligung

Unentgeltliche Rechtsauskunft

Auch im Jahr 2005 wurde die Rechtsauskunftsstelle der Stadt Winterthur stark frequentiert. Von den total 955 Anfragen wurden pro Sprechstunde durchschnittlich 10 Fälle bearbeitet. Analog der letzten Jahre bilden arbeitsrechtliche und familienrechtliche (vorwiegend scheidungsrechtliche) Fragen das Schwergewicht der Probleme. Nicht zu unterschätzen ist mit 23,7 % auch der grosse Anteil an «diversen Rechtsproblemen», wobei auch eine steigende Tendenz bei Problemen im Zusammenhang mit dem Schuldbetreibungs- und Konkursrecht festzustellen ist. Bei der Rechtsberatung geht es teilweise nicht nur um eine eigentliche juristische Beratung, sondern auch darum, einen praktischen Ratschlag zu erteilen, jemanden an die richtige Adresse oder Amtsstelle zu verweisen, zu vermitteln oder einfach zuzuhören. Die zur Verfügung stehende Zeit reicht vielfach nicht aus, um eine abschliessende juristische Beratung vorzunehmen. 80 % der Ratsuchenden sind in Winterthur wohnhaft und die übrigen stammen vorwiegend aus den umliegenden Gemeinden der Stadt Winterthur. Die Bevölkerung schätzt die unentgeltliche Rechtsauskunft in einem hohen Masse, weil diese Institution unter anderem dazu beiträgt, Zivil- oder Strafprozesse zu verhindern oder den Parteien Wege zur Lösung ihrer (rechtlichen) Probleme aufzuzeigen.

Brühlgut Stiftung für Behinderte

Die Brühlgut Stiftung für Behinderte nimmt ihren sozialen Auftrag ernst. Deshalb sind ihr Offenheit, Präsenz und die aktive Teilnahme am Stadtleben wichtig. Im Verkaufsladen «s'Zäni», Oberer Graben 10, findet die Bevölkerung erlesene Accessoires und Geschenkartikel, am Winterthurer Wochenmarkt werden hausgemachte Backwaren angeboten und in Wyden Wülflingen tritt die Brühlgut Stiftung als Veranstalterin des samstäglichen Quartiermarktes auf. Zudem haben zehn Menschen mit Behinderung an drei Shows von Space Dream Saga II und am Tombolalosverkauf des Winterthurer Theaterballs 2005 mitgewirkt, dessen Erlös in ein Theaterprojekt der Stiftung fliesst. Bereits Tradition haben das Wyden Festival und das Herbstfest, welche jeweils von einem breiten Publi-

kum besucht werden und regelmässig ein grosser Erfolg für alle Beteiligten sind.

Projekt Taglohn

Das Jubiläumsjahr 2005 war für den Verein Läbesruum in wirtschaftlicher Hinsicht ein gutes Jahr. Die Aufträge in den Fachbereichen nahmen insgesamt über 8 % zu. Dank diesem Wachstum und den vielen Spenden wird trotz der Subventionskürzung ein positives Ergebnis erwartet.

Die Anzahl Taglohnstunden ging um 2900 Stunden beziehungsweise 5,2 % zurück, nämlich von 55 422 auf 52 522 Stunden. Sowohl Firmen und Institutionen als auch Privatpersonen bestellten im Berichtsjahr weniger Tagelöhner. Ein Teil des Rückgangs konnte durch Mehreinsätze in den Fachbereichen kompensiert werden. Erstmals wurden die verlosteten Arbeitsstunden genau erfasst. Insgesamt konnten mittels Verlosung 9446 Stunden vergeben werden.

Partnerschafts- und Eheberatung der Bezirke Winterthur und Andelfingen

Der Verein für Eheberatung Winterthur und Andelfingen bietet in Winterthur sowohl Paarberatung als auch Mediation bei Scheidung an. Erstere berät Paare, die ihre Probleme in der Ehe beziehungsweise Partnerschaft lösen möchten. Die Paarberatung wurde von 193 (157) Fällen während insgesamt 965,5 (1050,5) Stunden in Anspruch genommen. Die Fachstelle Mediation hilft Paaren, die sich zur Scheidung entschlossen haben, auf faire Art auseinander zu gehen. Dabei werden besonders die Interessen der betroffenen Kinder berücksichtigt. Für die 86 (83) Fälle wurden 344,75 (309,75) Stunden aufgewendet. Der Stadt können damit präventiv Kosten erspart werden.

Der städtische Beitrag ermöglicht auch Leuten mit geringem Einkommen eine gute Beratung. Normal Verdienende profitieren nicht von den Subventionen. Im Berichtsjahr erfolgte zudem der Umzug von der Schaffhauserstrasse 37 an das zentral gelegene Obertor 1.

Frauenzentrale Winterthur

Die Frauenzentrale führt mit zwei Sekretariatsmitarbeitenden eine öffentliche Informationsstelle. 2005 fanden 3201 (3340) Kontakte mit Ratsuchenden statt. Davon betrafen 1391 (1412) Anfragen die Rechtsberatung und 545 (613) die Budgetberatung. Eine persönliche Rechtsberatung erhielten 423 (400) Frauen und Männer. Im Rahmen der Budgetberatung konnten 1065 (223) Budgetrichtlinien und –merkblätter verkauft werden. Insgesamt erstellte die Budgetberaterin nach einer persönlichen Besprechung 101 (118) schriftliche Budgets. Die Kur- und Ferienhilfe unterstützte 16 (25) Gesuche für Frauen, die dringend Erholung brauchten. Im Laden Chriesibaum wurden von 29 (34) Heimarbeiterinnen selbstgefertigte Geschenkartikel und Accessoires hergestellt und verkauft.

Frauenhaus Winterthur

Im Berichtsjahr haben 102 Frauen und 101 Kinder im Frauenhaus Winterthur Zuflucht vor Gewalt im sozialen Nahraum gefunden. Dies ergab insgesamt 3806 Übernachtungen.

Ein Bestandteil der Arbeit des Frauenhauses besteht darin, Wege aus Gewalt geprägten Beziehungen aufzuzeigen und einzuleiten. Eine weitere zentrale Aufgabe ist die Vernetzung mit Kinderschutzfachstellen, da rund die Hälfte der direkt oder indirekt Betroffenen Kinder sind.

Ende 2005 wurde das Kinderprojekt nach 2-jähriger Dauer abgeschlossen. Die Evaluation fiel sehr positiv aus.

Ab 2006 gibt es neu zwei Bereiche: den Fachbereich Frau und den Fachbereich Mutter-Kind. Diese Aufteilung ermöglicht, Interventions- und Präventionsmassnahmen zum Schutz von Frauen und Kindern noch gezielter einzusetzen.

Frauen Nottelefon Winterthur – Beratungsstelle für gewaltbetroffene Frauen

Das Frauen Nottelefon hat im Geschäftsberichtsjahr 662 (610) Frauen beraten. Die Anzahl der Beratungen 1042 (1143) ging leicht zurück. Stattdessen wurden mehr Kurzberatungen durchgeführt. Die Beratungen zum Thema «Gewalt in Ehe und Partnerschaft» machen nach wie vor den grössten Teil aller Beratungen aus, nämlich 60 %.

Neben den Beratungen bilden die Öffentlichkeits- und Präventionsarbeit ein zentrales Anliegen des Frauen Nottelefons. In diesem Zusammenhang fanden zwei Selbstverteidigungskurse für Frauen statt. An der öffentlichen Veranstaltung vom 25. November 2005 zum «Internationalen Tag gegen Gewalt an Frauen» waren Ruth-Gaby Vermont und Irena Rodriguez anwesend und stellten das Projekt «1000 Frauen für den Friedensnobelpreis» vor.

Stiftung Begleitung in Leid und Trauer

2005 leistete das Team der Stiftung Begleitung in Leid und Trauer insgesamt 5374 Arbeitsstunden. Davon fiel knapp die Hälfte der Stunden (2386) auf die Beratungstätigkeit und rund 40 % auf administrative Arbeiten (2174 Stunden).

Letztes Jahr hat die Stiftung begonnen, ihr Angebot auf die Unterstützung traumatisierter Menschen auszuweiten. Die Stiftung hat damit einen neuen Weg eingeschlagen, der offensichtlich einer Nachfrage nach Beistand in traumatisierenden Situationen entspricht.

Das vergangene Jahr zeichnete sich nicht nur inhaltlich, sondern auch personell und organisatorisch durch Veränderungen aus. Die drei frei gewordenen Stellen konnten im Verlaufe des Jahres wieder besetzt werden. Für die ab 2006 wegfallenden Subventionen der Stadt Winterthur konnte ein Ersatz gefunden werden, indem die Stiftung Privaten, Organisationen und Gemeinden neu die Möglichkeit einer Mitgliedschaft bietet.

Rechtsauskunft des Gewerkschaftsbundes Winterthur

Die Rechtsberatung des Gewerkschaftsbundes des Bezirks Winterthur erteilt der Bevölkerung der Stadt und des Bezirks Winterthur Auskünfte in allen Rechtsgebieten, wobei der Tätigkeitsschwerpunkt beim Arbeitsrecht liegt. Im Berichtsjahr betrafen die Beratungen zu 90 % das Arbeits- und Arbeitslosenversicherungsrecht sowie das übrige Sozialversicherungsrecht. Daneben war die Rechtsauskunft mit Problemen des Erbrechts, des Familienrechts, des Ehe- und Scheidungsrechts und des übrigen Obligationenrechts (insbesondere Kaufs-, Antrags-, Werkvertragsrecht und Gesellschaftsrecht) sowie des Strafrechts und des Ausländerrechts konfrontiert.

Im Berichtsjahr wurden insgesamt 1971 Beratungen durchgeführt (721 persönliche und 1250 telefonische) sowie rund 30 Beratungen per E-Mail.

SelbsthilfeZentrum Region Winterthur

Das SelbsthilfeZentrum fördert Selbsthilfegruppen, indem es die Gründung von Selbsthilfegruppen unterstützt, Interessierten Kontakte zu Selbsthilfegruppen vermittelt, bestehende Gruppen berät und ihnen Weiterbildungsmöglichkeiten anbietet sowie Infrastruktur (Gruppenräume, Infothek) zur Verfügung stellt.

Zurzeit sind im Raum Winterthur rund 825 Personen in 75 Gruppen organisiert. 2005 wurden 12 Gruppen neu gebildet, die sich mit Themen wie Trennung/Scheidung, psychische Schwierigkeiten (Depression, Borderline), Treffen für allein lebende Menschen, Überwindung von Angst, Eifersucht oder Erwerbslosigkeit befassen.

Das Interesse am SelbsthilfeZentrum war gross. Im Berichtsjahr wurde seine Internetseite über 5000 Mal angewählt. 808 Anfragen von Interessierten und 212 Anfragen von Fachleuten wurden telefonisch bearbeitet.

Aids-Infostelle

Der Betrieb konnte trotz der erstmals wirksamen Kürzung der städtischen Subventionen mit gewissen Abstrichen weiter geführt werden. Die ausfallenden Mittel wurden durch einen höheren Kantonsbeitrag und Projektfinanzierungen kompensiert. Es wurden über 450 Beratungen sowie 30 Vorträge und Weiterbildungen für gut 1000 Personen durchgeführt. In der zielgruppenspezifischen Prävention lag der Schwerpunkt in der Arbeit mit Jugendlichen in Volks-, Berufs- und Mittelschulen. Grössere Aktionen gab es für Migrantinnen und Migranten aus der Subsahara (Afro-Pfingsten) und in einer Gemeinschaftskampagne mit der ZHW für alle 2900 Studierenden. Im Winterthurer Sexgewerbe wurden 129 Frauen in persönlichen Gesprächen kontaktiert. Das sexualpädagogische Angebot der Aids-Infostelle wurde von den Winterthurer Schulen stärker als je zuvor genutzt.

Alter und Pflege

Der Start ins neue Jahr

Der Jahreswechsel 2004 zu 2005 und die ersten Wochen des neuen Jahres waren geprägt durch einen ungebetenen Gast in den Heimen: Der Norovirus suchte insbesondere die beiden Pflegezentren heim. Betroffen davon waren Bewohnende ebenso wie Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Er führte dazu, dass im WPZ Oberi lieb gewonnene Veranstaltungen abgesagt werden mussten und Besuche nur eingeschränkt möglich waren.

Die Vorbereitungen zur Einführung der wirkungsorientierten Verwaltungsführung WOV im nächsten Jahr führten bereits früh zu Überlegungen in der Bereichsleitung, die mit den Gedanken der darauf folgenden Reorganisation gut zusammenpassten und auch so von den politischen Gremien verabschiedet wurden. Die Einteilung des Bereichs in zwei Produktgruppen, nämlich «Alters- und Pflegeheime» und «Spitex», entspricht der Etablierung der zukünftigen Zusammenarbeit im Bereich Alter und Pflege.

Die Reorganisation

Die weiterhin schwierige finanzielle Situation der Stadt Winterthur führte bereits Anfang des Jahres zu notwendigen Überlegungen die Betriebsdefizite der städtischen Heime zu reduzieren, die vor allen Dingen durch die nach wie vor ungenügende Übernahme der Pflegekosten für schwer pflegebedürftige Bewohnerinnen und Bewohner durch die Krankenversicherungen verursacht sind. Darüber hinaus waren auch die Unzulänglichkeiten in der Zusammenarbeit innerhalb des Bereichs so offensichtlich, dass daraus Massnahmen abzuleiten waren.

Durch die Umsetzung der Taxirevision 2005 konnte zwar eine Ertragssteigerung erzielt werden. Diese reichte aber absehbar nicht aus, um den Aufwand zu decken. Weitere Tarifierhöhungen liessen sich nach den zum Teil massiven Aufschlägen der letzten Jahre nicht rechtfertigen. Hauptanliegen war es auf jeden Fall, das Niveau der Qualität des Angebotes für Bewohnerinnen und Bewohner der Heime zu halten. Die Aufwandsenkungen sollten somit weitgehend vorgenommen werden, ohne die direkten Leistungen in der Betreuung und Pflege zu gefährden.

Als wichtigste Massnahme zur Aufwandreduktion wurde eine Anpassung der Organisations- und Führungsstruktur im Bereich Alter und Pflege vorgenommen. Das im Frühjahr gestartete Projekt «Gemeinsame Geschäftsführung» ist als Projekt k) Teil des Massnahmenpaketes Haushaltsanierung 07. Es sieht vor den Aufwandüberschuss bis im Jahr 2007 um rund 2 000 000 Franken zu reduzieren. In einem ersten Schritt wurden die bisher weitgehend autonom tätigen fünf städtischen Alters- und Pflegeheime zu zwei Heimzentren zusammengefasst. Als neue Leiterin resp. neuer Leiter dieser Zentren, wurden im Mai Susanne Tanner und Thomas Brack eingesetzt.

Damit begann die Kernphase des Reorganisationsprozesses: die Zusammenlegung und Neudefinition von Führungsaufgaben. Die neue schlanke Organisationsstruktur wurde nach Vorgaben der Projektleitung unter Beteiligung von Mitarbeitenden vom Kader bis zur Basis erarbeitet. Sie fanden Lösungen aus der exakten Kenntnis der Abläufe in den verschiedenen Häusern. Die Projektarbeiten bezweckten die Neustrukturierung der gesamten Betriebsorganisation. Daneben wurde mit der Neudefinition, Standardisierung und Straffung sämtlicher Abläufe begonnen, mit dem Ziel, weitere Synergien zu nutzen und damit zusätzliches Sparpotential erschliessen zu können.

Dabei wurde stets die Hauptzielsetzung im Auge behalten, die Qualität der direkten Betreuung und Pflege zu er-

halten, d.h. nur dort zu verändern, wo die Bewohnerinnen und Bewohner am wenigsten betroffen sind. So wurde neben den Abteilungen «Betreuung und Pflege» und «Hotellerie» in jedem Zentrum ein «Kundendienst» neu geschaffen, dem Dienstleistungen direkt für die Bewohner und Bewohnerinnen wie z.B. der Empfang angegliedert wurden. Damit soll noch besser auf die Bedürfnisse der Bewohnenden und Besucher eingegangen werden. Die Leitungen dieser drei Abteilungen, welche zusammen mit weiteren Führungskräften in einem Bewerbungsverfahren gegen Ende des Jahres bestimmt wurden, bilden zusammen mit den jeweiligen Geschäftsführenden die Zentrumsleitung. Auf Bereichsebene ebenfalls neu geschaffen wurden die Zentrale Dienste mit Personal-, Finanz- und Bildungswesen, welche Unterstützungsleistungen für alle Hauptabteilungen anbieten.

Begleitend zu den strukturellen Veränderungen wurden auch erste Massnahmen auf der Ebene der Unternehmens- und Führungskultur durchgeführt. So wurden Leitsätze für den Bereich definiert und kommuniziert. Alle Anstrengungen stehen unter dem Motto «Vom Nebeneinander zum Miteinander» unter dem auch Schulungen der Führungskräfte im Management von Veränderungsprozessen auf den verschiedenen Ebenen Ende des Jahres begonnen wurden. Diese Veranstaltungen dienen neben der Vermittlung von Wissen und dem Aufbau einer gemeinsamen Führungskultur, auch dem Austausch des Kaderpersonals der verschiedenen Institutionen des Bereichs. Um jederzeit das Betriebsklima unter den Mitarbeitenden zu erfassen, ihre Rückmeldungen und Vorschläge zu verarbeiten, wurde eine Resonanzgruppe eingerichtet, zusammengesetzt aus Mitarbeitenden aus allen betroffenen Heimen und Hierarchiestufen.

Neben der Definition und Einführung der Führungsebenen und -gefässe in den Zentren hat sich auch die Bereichsleitung neu etabliert. Das verkleinerte Führungsgremium hat in seiner neuen Zusammensetzung hervorragend zusammen gearbeitet. Es zeigte sich eine neue Gesprächskultur, in der notwendige Entscheidungen offen diskutiert und Entscheide danach von allen Teilnehmenden getragen werden. Diese Kultur wird gelebt und ist nicht nur für den Veränderungsprozess, sondern auch für die zukünftige Arbeit wichtig.

Das neue Jahr bringt die Umsetzung der strukturellen Veränderung, die Etablierung der neuen Führungsgremien und die Fortsetzung des Schulungsprozesses. Ausserdem ist es nun wichtig, Prozesse und Abläufe innerhalb der neuen Strukturen zu überprüfen und gegebenenfalls anzupassen.

Als weitere Massnahme im Rahmen der Haushaltsanierung 07 wurde das Projekt l) für den Bereich Alter und Pflege relevant, das sich mit den ambulanten Dienstleistungen des Bereichs, der Spitex und Beratungsstelle für das Alter (BfA) beschäftigt. Darin ist einerseits die Beteiligung der Spitex im Rahmen der Reorganisation des Bereiches z. B. bei den Zentralen Diensten geregelt, andererseits spielen hier weitere finanzielle Entlastungen des städtischen Budgets im Zusammenhang mit Neuregelungen in der Zusammenarbeit mit der Pro Senectute eine Rolle. So ist vorgesehen, die Haushilfe der Pro Senectute in die städtische Spitex zu integrieren, um die Beiträge an Dritte in Zukunft zu senken. Dagegen soll die Sozialberatung der BfA an die Pro Senectute Kanton Zürich abgegeben werden, weil dort ausgewiesene Kompetenz dafür vorhanden ist und ausserdem für private Leistungsträger in diesem Bereich Subventionen des Bundes möglich sind. Beide Projekte wurden 2005 vorbereitet und werden im nächsten Jahr dem Grossen Gemeinderat bzw. dem Volk zur Entscheidung vorgelegt. Die Umsetzung soll auf 1. Januar 2007 erfolgen.

Der MTT – Medizinischer, Therapeutischer Dienst und Tagesklinik

Die Abteilung MTT entstand 2005 im Rahmen eines Projekts zur Zusammenlegung der entsprechenden Ressourcen in den Pflegezentren Adlergarten und Oberi. Ziel war dabei eine Steigerung der Effizienz und Bündelung der Kompetenzen, damit verbunden wurde eine Senkung der Kosten. Die neue Abteilung hat sich in einem intensiven Prozess etabliert und erste Erfolge sind zu verzeichnen. So ist es gelungen die Medikamentenversorgung neu zu strukturieren, was zu einer Senkung des Lagerbestandes, aber auch zu Arbeitserleichterung beim Pflegepersonal geführt hat. Daneben werden die externen Laborleistungen an einem Ort zu verbesserten Konditionen bezogen. In der Aktivierungs- und Physiotherapie erfolgt unter gemeinsamer Leitung ein intensiver Austausch.

Privat geführte Institutionen mit städtischer Beteiligung

Verein Pflegewohngruppen Winterthur

Ende Jahr bestand das Angebot aus insgesamt 22 Plätzen: 8 Plätze im Tägelmoo und 14 Plätze an der Schlossstrasse. Die Auslastung war mit 99,9 % (Vorjahr 98,4 %) wiederum gut.

Ambulante Dienste der Pro Senectute 2004

Der Haushilfedienst erbrachte 44 744 (43 044) Einsätze in 1317 (1284) Haushaltungen. Zur Bewältigung der 76 117 (73 800) Einsatzstunden standen 125 (128) Helferinnen bzw. 46,8 (44,6) Stellen zur Verfügung.

Der Mahlzeitendienst lieferte 60 002 (58 714) Mahlzeiten aus. Insgesamt wurden 302 (305) Haushaltungen pro Monat beliefert.

Der Reinigungsdienst leistete 630 (670 Std.) bei 211 (223) Einsätzen.

Stelle für Altersarbeit

Überprüfung der Altersplanung

Ein Schwerpunkt der Tätigkeit der Fachstelle Entwicklung/Altersarbeit war das Projekt Überprüfung der Altersplanung 2010, das mit dem Bericht «Altersplanung Stand 2005» abgeschlossen werden konnte. Unter der Leitung der Inhaberin der Fachstelle Entwicklung/Altersarbeit erarbeitete die Projektgruppe mit Vertretungen städtischer und privater Organisationen und des Regionalen Seniorinnen- und Seniorenverbandes, zukunftsweisende Empfehlungen zu spezifischen Themen der Altersplanung. Mit der Überprüfung der zwanzig Massnahmen der Altersplanung 2010 wurde die Annahme bestätigt, dass diese heute noch weitgehend stimmen und die Mehrzahl weiterverfolgt werden, zum Teil mit neuen Zielsetzungen.

Eine Hauptaussage im Projektbericht «Altersplanung Stand 2005» betrifft das Wohnen zu Hause. Im Vergleich zur Altersplanung 2010 ist ersichtlich, dass im Jahr 2003 mehr über 80-jährige Menschen zu Hause lebten. Damit dies auch zukünftig noch möglich ist, bedarf es Wohn- und Betreuungskonzepten, die auf kleinräumige Vernetzung, Integration und Mitwirkung der Einwohnerinnen und Einwohner ausgerichtet sind. Die Empfehlungen der «Altersplanung Stand 2005» dienen als Basis für die Weiterentwicklung des Dienstleistungsangebotes für die ältere Bevölkerung der Stadt Winterthur.

Veranstaltung «Älter werden für Ausländerinnen und Ausländer»

Erstmals wurden analog der Veranstaltungsreihe «Älter werden in...» in den verschiedenen Quartieren je eine Veranstaltung für Italienerinnen und Italiener und für Türkinnen und Türken die in Winterthur leben durchgeführt. An der Vorbereitung der Anlässe nahmen Vertretungen des Altersforums, der Fachstelle für Integration und der beiden Ausländervereine teil. Die Veranstaltungen wurden mit rund 180 Personen sehr gut besucht. Stadträtin Maja Ingold ging in ihrer Begrüssung auf Themen der städtischen Alterspolitik ein und beantwortete Fragen der Anwesenden. Die Besucherinnen und Besucher konnten die verschiedenen Angebote der Institutionen und Organisationen kennen lernen, wobei vor allem die ambulanten Dienstleistungen auf grosses Interesse stiessen.

Fachtagung Behandlung und Betreuung von älteren pflegebedürftigen Menschen

An der jährlich stattfindenden Fachtagung des Altersforums, in diesem Jahr zum Thema «Behandlung und Betreuung von älteren pflegebedürftigen Menschen», trafen sich am 17. März 2005 über 100 Personen aus dem Altersbereich, Politikerinnen und Politiker, Seniorinnen und Senioren sowie Ärztinnen und Ärzte. Die Geriaterin Dr. Regula Schmitt-Mannhart, auch Mitautorin der Medizinisch-ethischen Richtlinien der Schweizerischen Akademie der Medizinischen Wissenschaften, stellte diese in ihrem Referat vor. Darauf aufbauend diskutierten Fachpersonen aus dem ambulanten und stationären Pflegebereich ethische Fragen aus der Praxis.

Konzept Zusammenarbeit der Institutionen im Altersbereich (ZIA)

Das unter der Bezeichnung «Interinstitutionelle Zusammenarbeit im Altersbereich» (IIZA) gestartete Projekte konnte mit der neuen Bezeichnung «Zusammenarbeit der Institutionen im Altersbereich» (ZIA) abgeschlossen werden. Die im Konzept ZIA enthaltenen Vorlagen, basierend auf der Methode des Case Managements, wurden von den Institutionen und Organisationen im Altersbereich, der ipw, der Ärztevereinigung Winterthur/Andelfingen und den Sozialen Diensten des Departements Soziales positiv aufgenommen. Die Umsetzung des Konzeptes in der Praxis wird dieses Jahr evaluiert.

Theaterprojekt «Ins weisse Rössel»

Nach konzeptioneller Vorarbeit einer Projektgruppe aus verschiedenen Mitarbeitenden inszenierte die Regisseurin



Theaterprojekt

Sarah-Maria Bürgin mit Bewohnerinnen und Bewohnern des Alters- und Pflegezentrums und der Tagesklinik Adlergarten sowie des Alterszentrums Neumarkt ein Theaterprojekt. In zweimonatiger Probezeit wurde mit den Schauspielerinnen und Schauspielern ein Stück entwickelt, das, ausgehend von einer Grundidee, in den Proben von den Beteiligten inhaltlich selber gefüllt und ausgebaut wurde. Entstanden war eine Geschichte über «Träumen im Leben und Leben in Träumen».

Die vier Aufführungen wurden von rund 460 Personen besucht und waren ein grosser Erfolg.

Zentrum Adlergarten/Neumarkt

Im neu gebildeten Zentrum wurde aus personellen Gründen an verschiedenen Stellen bereits zu einem früheren Zeitpunkt des Jahres zusammengearbeitet, was den Prozess des Zusammenwachsens insgesamt leichter machte. Unter der Leitung der Geschäftsführerin Frau Susanne Tanner konnten ab Mitte des Jahres in einer provisorischen und ab Dezember innerhalb der definitiven Zentrumsleitung erste Schritte «Vom Nebeneinander zum Miteinander» unternommen werden.

Alters- und Pflegezentrum Adlergarten

Das Jahr 2005 war für das Alters- und Pflegezentrum Adlergarten geprägt durch viele Veränderungen. Einerseits gab es auf der Leitungsebene, bedingt durch die Reorganisation des Bereichs, einige Personalwechsel. Vakante Kaderstellen wurden bereits ab Mai teilweise nicht mehr wiederbesetzt. Andererseits wurden im Vorgriff auf die bevorstehende Sanierung dringende geplante Renovationsarbeiten im Haus vorgenommen. Im Vordergrund stand dabei die Erneuerung verschiedener Möbliierungen in den Wohngruppen, aber vor allem die Verlegung und Neugestaltung des Restaurants. Diese konnte auf Grundlage eines neuen Konzeptes erfolgreich umgesetzt werden und führte zu einer klaren Aufwertung. Daneben lief der Betrieb wie gewohnt weiter. Für die Mitarbeitenden und die Bewohnerinnen und Bewohner waren alle Veränderungen kaum spürbar.

Finanzielle Entwicklung

Aufgrund der tieferen Bettenauslastung im Vorjahr wurde bereits Anfang 2005 das Angebot im Pflegezentrum um zwölf Betten reduziert. Dabei wurden vor allen Dingen unattraktive Vierbettzimmer in Zweibettzimmer umgewandelt. Die Auslastung stieg dadurch gegenüber dem Vorjahr von 94,5 % auf 96,3 %. Dies war eine der Massnahmen, die durch die daraus folgende Kostenreduktion



Alters- und Pflegezentrum Adlergarten: Gepflegt leben

über Personalanpassungen, zur Verbesserung des Ergebnisses beigetragen hat. Das bessere Resultat gegenüber dem Vorjahr wurde aber auch dank höherer Erträge auf Grund der neuen Taxordnung (Einführung der Betreuungstaxe und höhere Pfegetaxen aufgrund Bundesratsentscheids) sowie der ersten Stellenreduktionen im Kaderbereich erzielt. Insgesamt verbesserte sich die Rechnung um rund. 2 Mio. Franken, davon etwa 800 000 Franken durch niedrigere Personalkosten und 1,2 Mio. durch Mehreinnahmen.

«Gepflegt Leben»

Das vergangene Jahr stand im ganzen Haus unter dem Motto «gepflegt Leben». Mit auf einander abgestimmten Vorhaben und Ideen leisteten alle Abteilungen verschiedene Beiträge zur Erreichung dieses Zieles. Unterschiedlichste kreative Vorschläge und Ideen in den Bereichen Wohnen, Betreuung, Verpflegung, usw. wurden umgesetzt, um das Leben im Alters- und Pflegezentrum möglichst «gepflegt» zu gestalten. In den Wohngruppen wurde das Schwergewicht auf das gepflegte Essen gelegt. Essräume wurden ansprechend gestaltet, die Tische deko-

Patientenstatistik Alters- und Pflegezentrum Adlergarten

	Alters- und Pflegezentrum Adlergarten		Tagesklinik		Altersheim Adlergarten		Alterszentrum Neumarkt 1)	
Bestand 1. Januar	183	(187)	55	(44)	16	(16)	83	(84)
Neuaufnahmen	211	(281)	30	(38)	3	(9)	36	(55)
Total	394	(468)	85	(82)	19	(25)	119	(139)
Todesfälle	72	(108)	2	(2)	0	(1)	12	(18)
Austritte	145	(177)	26	(25)	3	(8)	18	(37)
Bestand 31. Dezember	177	(183)	57	(55)	16	(16)	90	(84)
Verfügbare Plätze	189	(197)	14	(14)	16	(16)	90	(96)
Pfegetage	66 679	(70 194)	3 366	(3 045)	5 806	(5 673)	32 518	(31 508)
Bettenbelegung	96,3 %	(94,5)	96,5 %	(86)	99,4 %	(96,9)	99,26 %	(89,7)
Durchschnittsalter am 31. Dezember	85,2	(84,9)	75,6	(75,4)	82,2	(82,7)	84,66	(85,0)

1) inkl. Aussenwohngruppe und Sunnehus



Zentrum Adlergarten: Küche

rativ gedeckt und das Servieren der Mahlzeiten erhielt einen höheren Stellenwert.

Personelles, Aus- und Weiterbildung

In den letzten Jahren hatte das Alters- und Pflegezentrum Adlergarten eine hohe Zahl an krankheits- und unfallbedingten Absenzen zu verzeichnen, die sich schon 2004 markant reduzierte. Dank des weiterhin konsequent geführten Absenzmanagements konnten diese Zahl erneut leicht gesenkt werden und zwar von 3500 im Jahr 2004 auf 3200 Tage in 2005. Dieser Erfolg hat dazu geführt, bereichsweit ein Projekt zum einheitlichen Absenzmanagement zu erarbeiten und im Jahr 2006 umzusetzen.

Für die Schulung neuer Führungskräfte und den Erwerb von Fachwissen auf allen Stufen wurden im vergangenen Jahr über 900 Tage interne und externe Fort- und Weiterbildungen besucht.

Freiwillige Mitarbeitende

Insgesamt 82 Freiwillige haben 4722 Stunden für die Bewohner und Bewohnerinnen an verschiedenen Einsatzorten geleistet. Die Zahl der freiwilligen Mitarbeitenden konnte leicht gesteigert werden, wie auch die geleisteten Stunden. Damit leisteten die Freiwilligen einen wertvollen Dienst am Nächsten, der ebenfalls zum gepflegten Leben der Bewohnerinnen und Bewohner beitrug. Der grösste Teil der geleisteten Arbeit wurde im IDEM-Dienst erbracht.

Alterszentrum Neumarkt

Wechsel in der Leitung

Der Reorganisationsprozess und die daraus resultierende Zusammenlegung der Geschäftsführungen auch im Zentrum Adlergarten/Neumarkt führte zu einer Veränderung in der Leitung des Betriebs. Der langjährige Geschäftsführer des Neumarkt, Hans Büchi, fand keine neue Position innerhalb des Bereichs und verliess die Stadtverwaltung. Aufgrund weiterer Personalwechsel wurden va-



Alterszentrum Neumarkt: Bewohnerinnen und Bewohner.

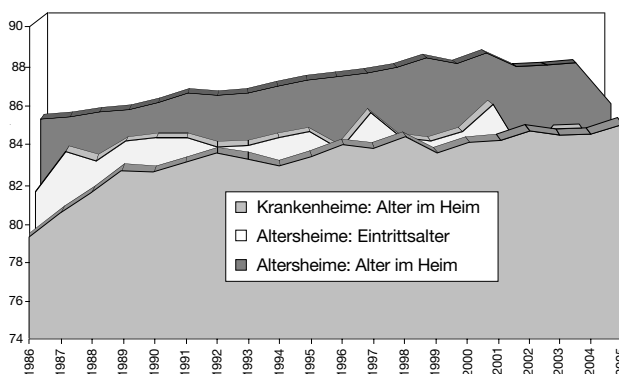
kante Kaderstellen bereits im Frühjahr teilweise nicht mehr wiederbesetzt. Im Vorgriff auf die kommenden Veränderungen wurde ab Mitte Jahr der grösste Teil der Hotellerie bereits gemeinsam für das Alterszentrum Neumarkt und das Alters- und Pflegezentrum Adlergarten geführt und organisiert. Insbesondere standen Küche und Restaurants unter jeweils einer Leitung. Ein gemeinsamer Technischer Dienst übernahm alle anfallenden Unterhalts- und Reparaturarbeiten in den Häusern. Der Übergang verlief weitgehend ohne Probleme.

Der neuen Geschäftsführerin des Zentrums gelang es, sich auch im Alterszentrum Neumarkt sehr rasch zu etablieren. Die Bewohnerinnen und Bewohner haben akzeptiert, dass die Leitungskraft nicht immer vor Ort sein kann. Das Funktionieren dieses Systems hat sich auch an den positiven Reaktionen der Bewohnerschaft und deren Angehörigen bei einer Informationsveranstaltung gegen Ende des Jahres gezeigt.

Finanzielle Entwicklung

2005 kam es zu einer markanten Verbesserung des Ergebnisses gegenüber dem Budget in Höhen von etwa 500 000 Franken. Ursachen waren einerseits eine Ertragsverbesserung durch die geänderte Taxordnung und eine Senkung des Aufwandes durch die personellen Anpassungen im Kaderbereich. Die letztgenannte Auswirkung entstand im Vorgriff auf die im Reorganisationsprozess beinhalteten Auswirkungen, die erst im Jahr 2007 greifen müssten.

Durchschnittsalter in den Heimen



Personelles, Aus- und Weiterbildung

Um das neu gebildete Zentrum möglichst rasch funktionsfähig zu machen und eine gemeinsame Führungskultur zu etablieren, wurden im frühen Herbst die Kadermitarbeitenden des Alterszentrums Neumarkt zusammen mit den neu eingetretenen Gruppenleitungen des Adlertgartens in einem gemeinsamen Führungsseminar geschult. Diese Fortbildung förderte stark den Einstieg in die neue, engere Zusammenarbeit. Sie bildete die Grundlage für das Training im Veränderungsmanagement, dass ab Ende 2005 alle Führungskräfte des Bereichs Alter und Pflege begonnen haben.

Zentrum Brühlgut/Oberi/Rosental

«Vom Nebeneinander zu Miteinander» war und ist auch das übergeordnete Kredo des Zentrums Brühlgut/Oberi/Rosental. Wie im ganzen Bereich Alter und Pflege war der Alltag auch im neuen Zentrum durch die Reorganisation geprägt.

Von den Veränderungen waren im Wesentlichen die Mitarbeitenden betroffen. Gegenüber den Bewohnenden wurden alle Anstrengungen unternommen, die bestehende hohe Qualität der Dienstleistungen weiter zu gewährleisten. Während verschiedener Projektphasen der Reorganisation (Planung, Strukturdefinition, Rekrutierung) galt es hauptsächlich, den Betrieb in den einzelnen Institutionen sicherzustellen und die Bewohnenden und Mitarbeitenden durch die Zeit der Verunsicherung zu begleiten.

Organisatorisch wurde eine Zentrumsleitung, bestehend aus Vertreterinnen und Vertretern der verschiedenen Häuser eingesetzt, um das Alltagsgeschehen zu planen und zu koordinieren.

Auch dabei war das grosse Engagement der Mitarbeitenden, im Sinne der Erhaltung der Dienstleistungsqualität, zu spüren. Mit viel Eigenverantwortung sowie zusätzlichen und teilweise neuen Tätigkeiten wurden die Aufgaben wahrgenommen.

Schrittweise entwickelten sich im Verlaufe der Reorganisation die definitiven Strukturen mit den entsprechenden personellen Besetzungen und lösten allmählich die interimistische Zentrumsleitung ab. Begleitet wurde der gesamte Prozess durch koordinierte und geplante Informationsveranstaltungen für Mitarbeitende, Bewohnerschaft und Angehörige.

Altersheim Brühlgut

Auswirkungen der Reorganisation

Das Altersheim Brühlgut befand sich zu Beginn der Reorganisation im Vergleich zu den anderen Institutionen in einer ganz besonderen Lage.

Einige Exponenten aus dem Kader des Altersheims Brühlgut setzten sich für die Erhaltung der bestehenden Strukturen mittels einer Verselbstständigung des Betriebs ein. Dies führte zur Einreichung einer Volksinitiative. Diese trug im Vorfeld mit der Verbreitung propagandistischer Informationen zu einer Verunsicherung bei den Bewohnenden und deren Angehörigen als auch beim Personal bei.

Bis zum 19. April 2005 stand das Altersheim Brühlgut unter der Leitung von Ernst Schulthess. Danach wurde die Leitung Brühlguts durch den Geschäftsführer des Zentrums Thomas Brack wahrgenommen.

Die Reorganisation und der Leitungswechsel führten in der Folge dazu, dass ein Teil der Kadermitarbeitenden kurzfristig ausfiel bzw. aus dem Betrieb ausschied.

Diese Ausfälle wurden in kürzester Zeit durch Personal der nächsten Hierarchiestufe ersetzt. Dank dem grossen Einsatz dieser Mitarbeitenden konnte eine Weiterführung der internen Abläufe gewährleistet werden.

Im weiteren Verlauf des Jahres galt es vor allem, die Dienstleistungen des Altersheim Brühlguts aufrecht zu erhalten. Inhaltliche Themen wie die Entwicklung der Bezugspersonenpflege oder eines Palliativpflegekonzeptes wurden zurückgestellt.

Finanzielle Entwicklung

Die finanzielle Situation des Altersheims Brühlgut konnte im Berichtsjahr nicht wesentlich verbessert werden. Die leichte Überschreitung des Budgets war nur dank den nicht geplanten höheren Einnahmen, hervorgerufen durch die Anpassung der Taxen, zu erreichen.

Die komplizierten Führungsstrukturen der Vergangenheit und der Einsatz von vielen Mitarbeitenden mit Kleinstpensen führen im Vergleich zu anderen Altersheimen zu einem höheren Personalkostenanteil. Als Beispiel steht der Betrieb des Bewohnerspeisesaals, bei dem sich 21 Personen 6,9 Stellen teilen.

Das Leben im Heim

Gegenüber den Bewohnerinnen und Bewohnern konnten die meisten Dienstleistungen weiter erhalten werden. Viel Anklang fanden die von der Aktivierungstherapie organisierten Anlässe und die durchgeführten Kurzausflüge mit dem heimeigenen Kleinbus.

Zum Abschluss des Jahres wurde im Altersheim Brühlgut in Zusammenarbeit mit den katholischen und reformierten Seelsorgerinnen zum ersten Mal eine ökumenische Weihnachtsfeier durchgeführt. Diese Feier und der anschliessende Apéro trafen auf grossen Anklang. Rund 150 Bewohnende und Angehörige waren anwesend.

Altersheim Rosental

Im Altersheim Rosental fand die «Stabübergabe» von Louis Borgogno, der neu die Spitex leitet, an Thomas Brack per Anfang Mai 2005 statt. Zu diesem Anlass wurde am 21. April 2005 gemeinsam mit den Bewohnerinnen und Bewohner ein Abschieds- und Einstandessen veranstaltet. Durch die geregelte Übergabe konnten viele Ungewissheiten und Fragen seitens der Bewohnenden und ihren Angehörigen geklärt werden.

Der Heimalltag

Im Altersheim Rosental verlief der Alltag im Weiteren meistens in den gewohnten Bahnen.

Bezüglich der internen Abläufe mussten im Wesentlichen die operativen Tätigkeiten, welche direkt durch den ehemaligen Heimleiter wahrgenommen wurden, von verschiedenen anderen Mitarbeitenden übernommen werden.

Dies bedeutete für einige Mitarbeitende eine Kompetenzerweiterung und eine Einarbeitung in zusätzliche Tätigkeiten. Auch dabei zeigten sie viel Einsatz und trugen somit wesentlich zur Erhaltung der Qualität der Dienstleistungen bei.

Besondere Veranstaltungen

Traditionelle Anlässe wie der Bewohnerausflug, dieses mal mit dem Schiff von Zürich nach Rapperswil, das Rosentalfest oder der Mitarbeiterausflug in den Zürcher Zoo fanden wie vorgesehen statt.

Zum Ende des Jahres wurde auch im Altersheim Rosental unter Einbezug aller Mitarbeitenden und im Beisein von Stadträtin Maja Ingold Weihnachten gefeiert.

Sanierungen und Finanzen

Baulich konnten im Altersheim Rosental die Bodenbeläge eines weiteren Stockwerks erneuert werden, so dass nun bis auf ein Stockwerk alle Ebenen saniert sind. Zudem erlaubten es die finanziellen Mittel, sämtliche Wasserbatterien in den Bewohnerzimmer zu ersetzen.

Im Flachdach wurden undichte Stellen festgestellt. Eine Flachdachsanierung ist in Zusammenarbeit mit dem Departement Bau für das Jahr 2006 vorgesehen.

Finanziell hat sich das Altersheim Rosental entsprechend der Planung und unter Berücksichtigung der zusätzlichen Einnahmen sehr erfreulich entwickelt.

Wohn- und Pflegezentrum Oberi *

Veränderung und Kontinuität

Auch im WPZ Oberi erfolgte der Leitungswechsel per 1. Mai 2005. Das von der Reorganisation und dem Leitungswechsel emotional stark betroffene Personal nahm an einer grossen und würdigen Feier von ihrer ehemaligen Geschäftsführerin Maja Rhyner Abschied.

Die Betroffenheit war noch einige Monate deutlich spürbar und erforderte viel Klärung und Austausch mit den Mitarbeitenden, aber auch mit den Bewohnerinnen und Bewohnern. In der Abteilung Pflege und im Bildungs-



Wohn- und Pflegezentrum Oberi: Patientenausflug

* Das Wohn- und Pflegezentrum Oberi ist eine Pilotorganisation der «Wirkungsorientierten Verwaltungsführung» (WOF). Die ausführliche Berichterstattung erfolgt im Rahmen dieses Projektes in separater Form.

wesen gab es gegen Ende des Jahres, aufgrund der Reorganisation, weitere Austritte von langjährigen Mitarbeitenden.

Wie in den anderen Institutionen des Bereiches, wurde auch im WPZ Oberi in einer ersten Phase der Fokus auf die Weiterführung der Dienstleistungserbringung gelegt.

Im Betreuungs- und Pflegebereich wurde weiter mit den bereits etablierten Konzepten gearbeitet. Auch an der Umsetzung des neuen Palliativkonzeptes wurde festgehalten und entsprechende Abläufe eingeführt.

Das Projekt «Oberi vital», ein Projekt zur Gesundheitsförderung von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, wurde mit einem Massnahmenplan zu Händen der Geschäftsleitung und einigen konkret beschlossenen Handlungen abgeschlossen.

Wichtig waren aber auch im letzten Jahr eine Vielzahl von Veranstaltungen für die Bewohnerinnen und Bewohner, so z.B. das Herbstfest oder die Ausflüge.

Das Ende der WOV-Piloten

Durch die Einführung von WOV in der ganzen Stadtverwaltung Winterthur, ist das Jahr 2005 das letzte WOV-Piloten-Rechnungsjahr für das WPZ Oberi. Auch im WPZ Oberi hat sich die finanzielle Situation positiv entwickelt und führt zu einem gegenüber dem Budget wesentlich besseren Ergebnis.

Patientenstatistik Zentrum Brühlgut/Oberi/Rosental

	Wohn- und Pflegezentrum Oberi ¹⁾		Altersheim Brühlgut		Altersheim Rosental	
Bestand 1. Januar	154	(155)	138	(140)	103 ²⁾	(102)
Neuaufnahmen	63	(77)	38	(29)	19	(22)
Total	217	(232)	176	(169)	122	(124)
Todesfälle	59	(75)	32	(28)	22	(18)
Austritte	6	(3)	4	(3)	0	(2)
Bestand 31. Dezember	152	(154)	140	(138)	100	(104)
Verfügbare Plätze	155	(155)	145	(145)	104	(104)
Pflegelage	55 795	(55 732)	52 212	(52 459)	27 624	(38 483)
Bettenbelegung	99,21	(97,2)	98,7	(98,9)	98,1	(100)
Durchschnittsalter am 31. Dezember	84,92	(83,89)	87,20	(88,4)	87,84	(88,3)

¹⁾ inkl. Betreutes Wohnen ²⁾ ohne Ferienabteilung

Spitex

Überblick

Die Spitex-Dienste leisten einen wichtigen Beitrag für eine professionelle und kompetente ambulante Gesundheitsversorgung. Die sechs Spitex Zentren in den Quartieren sind Anlauf- und Informationsstellen für die Dienstleistungen im Rahmen der Gemeindekrankenpflege, Hauspflege und Haushilfe; letzteres geschieht in enger Kooperation mit den Mitarbeiterinnen der Pro Senectute.

Bewohnerinnen und Bewohner Altersheime

	Brühlgut		Neumarkt ¹⁾		Rosental		Total	
Bestand am 1. Januar	140	(142)	84	(84)	102	(100)	326	(326)
Neuaufnahmen	29	(31)	55	(40)	22	(22)	106	(93)
Total	169	(173)	139	(124)	124	(122)	432	(419)
Todesfälle	28	(30)	18	(8)	18	(19)	64	(57)
Austritte/Versetzungen	3	(3)	37	(32)	2	(1)	42	(36)
Bestand am 31. Dezember	138	(140)	84	(84)	104	(102)	326	(326)
Durchschnittsalter der Neueingetretenen	84,9	(85,6)	82,4	(83,1)	85,8	(85,0)	84,4	(84,4)
Durchschnittsalter am 31. Dezember	88,4	(88,0)	85,0	(84,9)	88,3	(88,5)	87,6	(87,4)

¹⁾ inkl. Aussenwohngruppe und Sunnehus

In der Spitexbranche zeichnen sich verschiedene Veränderungen ab. Die Nachfrage nach differenzierteren Dienstleistungen nimmt zu: psychiatrische Pflege, Betreuung seelisch kranker Menschen, palliative Pflege, spezielle Wundpflege, intensivste Pflege und Therapie bei Mehrfacherkrankungen anstelle oder nach einer kürzeren Hospitalisation. Nicht zu übersehen ist auch die Zunahme privater Anbieter von Spitexleistungen.

Für die Spitex der Stadt Winterthur ist dies eine Herausforderung. Es gilt neben der Alltagsarbeit, kontinuierlich dem quantitativ zunehmenden, spezifischeren Bedarf Rechnung zu tragen und auch in Zukunft die Voraussetzungen für die Weiterentwicklung der Spitex zu schaffen. Dazu gehört die Planung der Integration der Haushilfe von der Pro Senectute in die städtische Spitex per 2007.

Die Reorganisation im Bereich Alter und Pflege war für die Spitex bedeutsam. Die langjährige Leiterin der Spitex wechselte zum neu gebildeten Zentrum Adlergarten/Neumarkt und Louis Borgogno übernahm die frei gewordene Funktion.

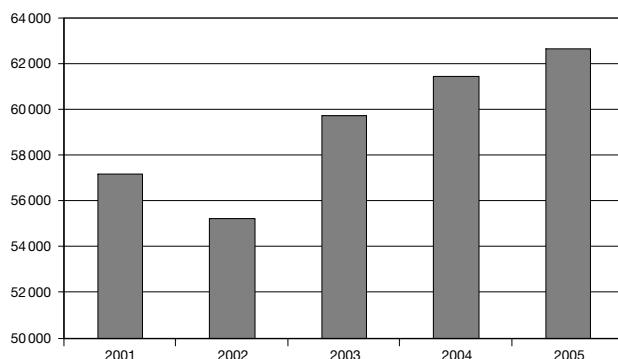
Nach intensiven Vorarbeiten während des Jahres wurden zum Jahreswechsel strukturelle Veränderungen realisiert. Die Stellen für die Aus- und Weiterbildung, das Qualitäts-, Personal- und Finanzwesen werden im ganzen Bereich zentralisiert und sind organisatorisch nicht mehr bei der Spitex eingegliedert.

Leistungserbringung

Die Dienstleistungen der Spitex richten sich am Bedarf der Klientinnen und Klienten aus und werden individuell vereinbart. Ein Teil der Dokumentationen, wie der Auftrag und die Hilfe- und Pflegeplanung, werden bei jedem Kunden oder jeder Kundin daheim aufbewahrt. Dieses ist ein Zeichen für das partnerschaftliche Verständnis zwischen der Spitex und ihren Klientinnen und Klienten. Es entspricht dem Grundgedanken zur Unterstützung der persönlichen Autonomie. Im Verlauf des Jahres wurde die Schriftlichkeit auf Computer umgestellt. Diese Qualitätsverbesserung hat sich gut bewährt.

Trotz einer Erhöhung der geleisteten Stunden mussten wiederum 135 Einsätze an Partnerorganisationen abgegeben werden, dieses sind vor allem die konfessionellen Spitexdienste. Durch die Optimierung der Prozesse werden Ressourcen zugunsten der direkten Pflege erarbeitet. Das Projekt I) im Rahmen der Haushaltsanierung 07 steckt diesbezüglich den Rahmen ab.

Verrechnete Einsatzstunden



Einsatzstunden im Detail

	2002	2003	2004	2005
KVG-pflichtige Stunden	49 266	53 161	54 649	55 886
nicht KVG-pflichtige Stunden	5 959	6 572	6 783	6 748
Total	55 225	59 734	61 432	62 635

Ausbildung

Im vergangenen Jahr wurde intensiv an der Weiterentwicklung der Praxisausbildung FAGE (Fachangestellte Gesundheit) gearbeitet. Drei zusätzliche Lehrstellen wurden eingeführt und drei junge Frauen für die Ausbildung eingestellt. Die Anforderungen an die betriebliche Bildung sind hoch gesteckt. Die vielen Lernenden sind ein Ausweis für die hohe Leistungsbereitschaft und die Qualifikation der Mitarbeitenden in der Spitex.

Krankenmobilen

Im Spitexzentrum Veltheim wird ein Krankenmobilenmagazin für die Abgabe von Hilfsmitteln (Stöcke, Rollstühle, Krankenutensilien) betrieben.

Der Krankenpflegeverein Wülflingen überantwortete dem dortigen Spitexzentrum per Ende 2005 sein gut ausgestattetes Krankenmobilenmagazin in Wülflingen mit samt einer grosszügigen Donation zum künftigen Betrieb.

Beratungsstelle für das Alter

Durch die Reorganisation des Bereichs Alter und Pflege waren die Mitarbeiterinnen der Beratungsstelle für das Alter (BfA) von einem nochmaligen Wechsel der Abteilungsleitung betroffen. Wenige Monate nach der Leitungsübernahme durch Susanne Tanner ging die Verantwortung in der BfA zusammen mit der Spitex an Louis Borgogno über.

Mehr Klarheit brachte erst der Beschluss des Stadtrates. Im Rahmen des Projektes I) zur Haushaltsanierung 2007 entschied er, die Sozialberatung von der BfA per Ende 2006 an die Pro Senectute auszulagern. Die Vorbereitungen dieses Projekts haben begonnen und der Grosse Gemeinderat wird im Jahr 2006 definitiv darüber entscheiden.

Sozialberatung

Die durchschnittliche Fallzahl stabilisierte sich im Berichtsjahr auf dem Niveau von 2004. Die Anfang Jahr entsprechend reduzierte Stellenbesetzung war daher gerechtfertigt. Innerhalb der Fallarten entstand eine Zunahme an Kurzberatungen um rund 20 % (54). Die Tatsache, dass ein Grossteil der Kundschaft über 85-jährig ist und rund 45 % in stationären Einrichtungen wohnen, sind Hinweise auf vermehrte Defizite dieser Betagtengruppe. Benötigen sie Unterstützung, ist dies oft in mehreren Lebensbereichen notwendig. Angefangen von der Organisation des eigenen Haushaltes, resp. Übernahme der Finanzverwaltung, bis hin zur Umzugshilfe oder der Haushaltsauflösung.

Die Komplexität der einzelnen Fälle verbunden mit Vereinsamung, Depression oder Verwahrlosung kennzeichnen die Tätigkeitsschwerpunkte der Sozialarbeiterinnen.

Wohnberatung / Anmeldung Heime

Die Beratung von Senioren und Seniorinnen vor einem Heimeintritt gestaltete sich im vergangenen Jahr aufwändiger als früher. Dazu tragen einerseits die spezifischeren Bedürfnisse der Betagten bei. Andererseits verursachten die unterschiedlichen Wohnformen in den verschiedenen Heimen einen höheren Informationsaufwand. Auch die Finanzierungsfragen für den Heimaufenthalt nehmen einen immer grösseren Raum in der Beratung ein.

Die Auflösung der letzten beiden Langzeitstationen in der Klinik Schlosstal (Wülflingen) der IPW bedeutete eine höhere Nachfrage nach Heimplätzen, der aber entsprochen werden konnte. Gegen Ende des Jahres genügten die

Kapazitäten für Pflegeplätze nicht immer innerhalb der angemessenen Frist und zur Entlastung der Warteliste mussten periodisch Auswärtsplatzierungen in Kauf genommen werden.

Freiwilligenarbeit

Im Königshof wurde im Herbst ein Raum zugunsten des Baudepartements abgegeben. Diese Veränderung und die daraus resultierende Umgestaltung wurden akzeptiert und die verschiedenen Interessengruppen organisierten sich gut. Der Betrieb gestaltete sich im üblichen Rahmen. Die Benutzerinnen und Benutzer des Königshofs sind oft im gleichen Kreis anwesend und haben ein gutes Zusammengehörigkeitsgefühl. Nach einer langjährigen Stabilität zeichnet sich nun ein Generationenwechsel ab, welcher sich durch einen Rückgang von Besucherinnen und Besuchern ankündigt.

Die Gesamtzahl der geleisteten Stunden in der Freiwilligenarbeit entspricht derjenigen des Vorjahres (5958 Std.).

Statistik Beratungsstelle für das Alter

Wohnberatung / Anmeldung Heime		
Abklärungsbesuche durch Spitex	53	(74)
Warteliste per 31. Dezember		
Altersheime:		
Personen auf Warteliste	71	(65)
Personen in Abklärung	157	(133)
Krankenheime:		
Personen auf Warteliste	91	(63)
Eintritte:		
Altersheime	92	(99)
Krankenheime	132	(191)
Sozialberatung		
Beratungen/Betreuungen		
Stand 31. Dezember	254	(268)
– davon Geldverwaltungen	153	(166)
Anzahl Fälle (Bestand + Anmeldungen)	503	(537)
Mutationen		
Neuanmeldungen	146	(126)
Abgeschlossene Fälle	227	(220)

Schule für Pflegeberufe

Start ins letzte Schuljahr

Die letzte Klasse der Ausbildung Diplommiveau I startete ins letzte Schuljahr. Die beiden Klassen Fachangestellte Gesundheit, eine kombiniert mit der Berufsmaturität, stehen bereits im zweiten Ausbildungsjahr. Das bedeutet, dass sie weniger Schule haben, dafür mehr in der Praxis arbeiten können. An zwei Elternbesuchstagen zeigten die Lernenden ihr Arbeitsfeld. Im Programm Pflegeassistent wurde der letzte Kurs gestartet. Im Programm Wiedereinstieg konnten im November die letzten Ausweise abgegeben werden. Am 23. Juni wurden alle noch bestehenden Verträge mit Ausbildungsstätten per 31. August 2006 gekündigt.

Ende Jahr zählte die Schule noch 77 Lernende, 38 schlossen ihre Ausbildung ab.

Entsprechend der kleineren Zahl der Lernenden wurde der Stellenanteil im Gesamtschulteam um 180 Prozent gekürzt. Von den an der Schule verbleibenden Mitarbeitenden wird grosse Flexibilität im Einsatz verlangt. Von den bereits am neuen Zentrum für Ausbildung im Gesundheitswesen (ZAG) mit Standort in Winterthur arbeitenden ehemaligen Mitarbeitenden der Schule wird grosse Anpassungs- und Integrationsfähigkeit gefordert.

Ausblick

Mit der Bildungsdirektion wurde in zwei Sitzungen die Schliessung der Schule besprochen.

Der Schulbetrieb wird am 31. August 2006 eingestellt, die endgültige Schulschliessung erfolgt am 31. Oktober 2006.

Drei Teammitglieder der Schule wechselten bereits im Sommer an das ZAG. Die an der Schule verbliebenen Mitarbeitenden setzen alles daran, den Lernenden trotz der Restrukturierung die Ausbildung in der gewohnten Qualität zu gewährleisten. Im kommenden Sommer werden sie entweder ebenfalls an das ZAG wechseln oder in Pension gehen.

Die letzte Klasse Diplommiveau I beendet ihre Ausbildung im August 2006. Die beiden Klassen Fachangestellte Gesundheit wechseln für ihr drittes Ausbildungsjahr an das ZAG. Die Berufsschule für Gesundheit- und Krankenpflege des VZK in Uster führt ab 2006 zusätzlich eine Klasse Pflegeassistent. Die Ausbildungsstätten, die für diese Ausbildung mit der Schule für Pflegeberufe zusammen gearbeitet haben, haben somit die Möglichkeit, weiterhin Lernende in Pflegeassistent auszubilden. Der Wiedereinstiegskurs wird vom Bereich Alter und Pflege weitergeführt.

Departement Technische Betriebe

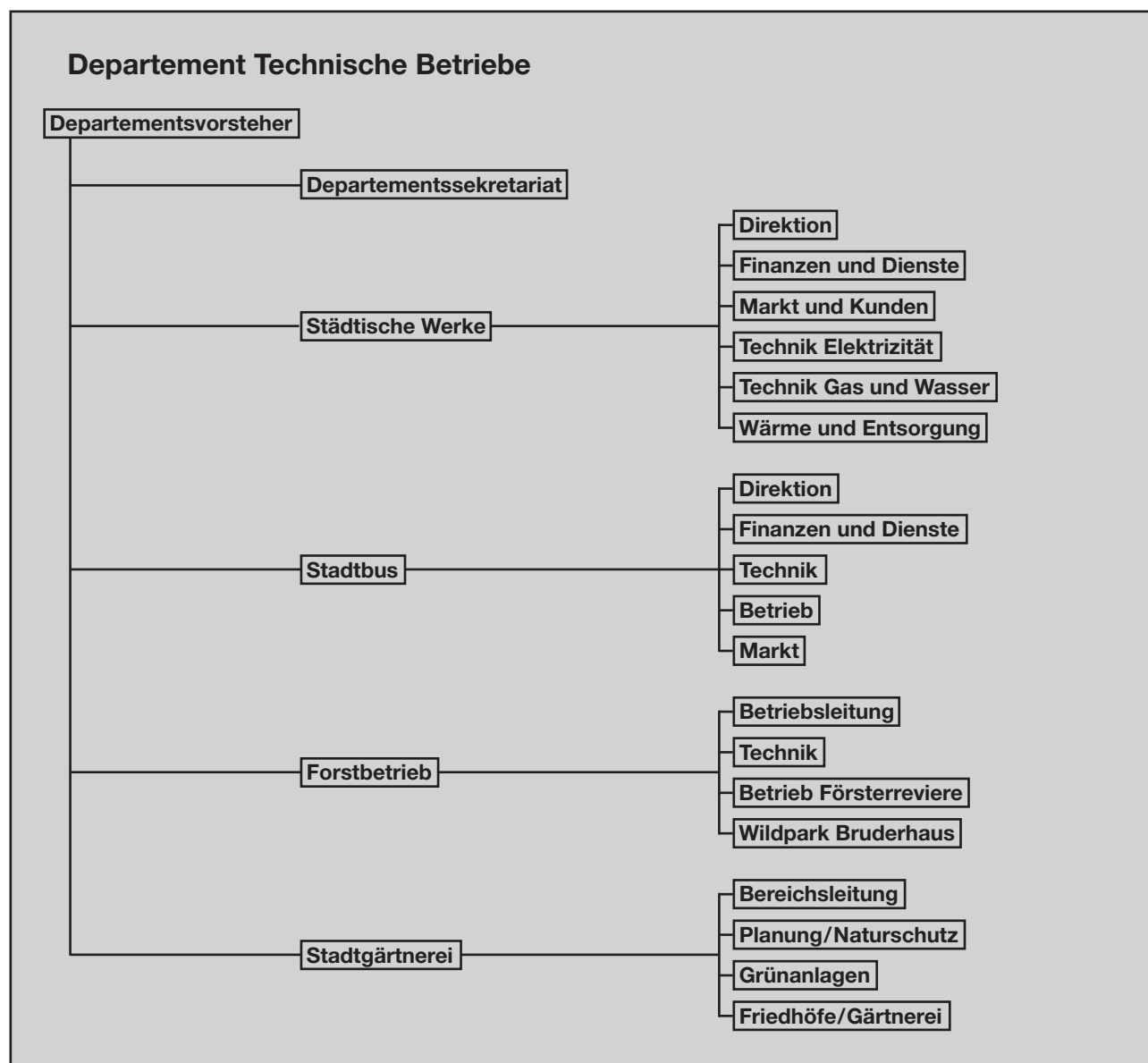
Im Berichtsjahr haben die Stimmbürger und -bürgerinnen zwei gewichtigen Vorlagen des Departements Technische Betriebe zugestimmt. Am 23. Januar fand der Neubau des Landwirtschaftsbetriebs Ifang im Grundwasserschutzgebiet Zell die Zustimmung der Wählerschaft und am 27. November wurde der Rahmenkredit für den Bau des Eulachparks im Zentrumsgebiet Oberwinterthur genehmigt. Die beiden Abstimmungsergebnisse zeigen, dass die Bevölkerung die eingeschlagene Richtung des Departements unterstützt und dessen effiziente Leistungen anerkennt.

Stadtbus Winterthur (SBW) hat sich als leistungsfähiges und modernes Verkehrsunternehmen weiter profilieren können. Der 2004 eingeführte «Auftritt» und der prägnante, neue Name sind in der Bevölkerung mittlerweile sehr gut verankert. Die Leistungen der Mitarbeitenden von Stadtbus werden weit herum anerkannt. Auch die Serie

neuer, bequemer Trolleybusse hat sich vorteilhaft ins Stadtbild eingefügt und erfreut sich grosser Beliebtheit bei der Kundschaft und beim Fahrpersonal.

Die erstmals ganzjährig betriebenen Angebotsergänzungen, wie die verbesserte Erschliessung der Grüze-Märkte, von Hegi sowie das Angebot für die Quartiere Moosacker und Iberg in Seen, erfreuen sich einem regen Zuspruch. Die als Versuch an Samstagen und Sonntagen betriebene Linie 12 in das Naherholungsgebiet Eschenberg verzeichnet ebenfalls eine grosse Nachfrage und wird folgedessen ein weiteres Jahr betrieben.

Die neuen Massnahmen zur Busbeschleunigung an der Tösstalstrasse, die im Rahmen der Zwingliplatzsanierung realisiert wurden und die neue Busspur an der Zürcherstrasse bewirken, dass der Fahrplan auf diesen Strecken auch in Hauptverkehrszeiten besser eingehalten werden kann. Solche baulichen Massnahmen gehören auch künf-



tig zu den Daueraufgaben der Stadt, damit die Leistungsfähigkeit des Öffentlichen Verkehrs gesteigert werden kann. Die Arbeiten im Rahmen der «regionalen Gesamtverkehrskonzeption» (rGVK) haben gezeigt, dass auf Stadtbuss Winterthur auch in Zukunft eine grosse Aufgabe zum Bewältigen des erwarteten Mehrverkehrs zukommen wird. Der umweltfreundliche Öffentliche Verkehr hat die Hauptlast zu tragen und muss sich den Anforderungen anpassen.

Das Projekt Leitstelle hat sich aus übergeordneten Gründen stark verzögert, befindet sich aber trotz der äusserst komplexen technischen Aufgabestellung auf gutem Wege zur Realisierung.

Der Forstbetrieb (FoB) hat auch im Berichtsjahr eine Reihe von kleineren und grösseren Massnahmen zur Aufwertung und Pflege des Naherholungsgebietes vorgenommen. Dadurch finden die Winterthurer Einwohnerinnen und Einwohner in ihrer unmittelbaren Nähe jederzeit gute Bedingungen für sportliche Aktivitäten oder zur Erholung, aber auch für Spiele, gesellschaftliche Zusammenkünfte, naturkundliche Beobachtungen und zur Ruhe. In diesem Zusammenhang stehen auch die Bestrebungen zur Attraktivitätssteigerung des Wildparks Bruderhaus. Eine Ergänzung der Erholungsgebiete wird durch die Umgestaltung des heutigen Reitplatzes Gütli auf dem Wolfensberg erfolgen. Der Stadtrat hat dem Kauf dieser Parzellen zugestimmt und die Arbeiten werden vom FoB nach dem etwas später zu erfolgenden Handwechsel an die Hand genommen.

Hauptaufgabe des FoB ist jedoch die Waldpflege. Noch immer stehen die Holzpreise ganz massiv unter Druck. Dank den guten Marktkennntnissen des Forstmeisters und der grossen Flexibilität des FoB, welche auch das Erfüllen kurzfristiger Lieferaufträge ermöglichen, konnte ein insgesamt gutes Betriebsergebnis erzielt werden. Einen grossen Anteil an diesem Ergebnis hatte der zunehmend wichtiger werdende Verkauf von Holzschnitzeln für städtische Heizanlagen.

Mit der Zustimmung der Stimmbürger und -bürgerinnen zum Kredit betreffend Bau des Hofes «Ifang» konnte die jahrelange Planung der Städtischen Werke Winterthur (StWW) für die Zukunft der Landwirtschaftsbetriebe im Grundwasserschutzgebiet in Zell abgeschlossen werden. Trotz der schwierigen Ausgangslage – Zusammenfallen der Abstimmung mit jener über die Lohnkürzung für das städtische Personal – war es möglich, den langfristig wirkenden Nutzen des Bauprojekts für das Trinkwasser so aufzuzeigen, dass rein kostenmässige Betrachtungen in den Hintergrund gerückt sind. Bis zum Jahresende konn-

ten bereits die markanten Futtersilos des künftigen Bio-betriebs in Betrieb genommen worden.

Wie in den Vorjahren haben die StWW alle ihre betriebswirtschaftlichen Ziele erreicht. Per 1. Oktober gelangte wiederum eine markante Strompreis-Senkung in Kraft. Die Energie- und Entsorgungstarife in Winterthur gehören damit schweizweit zu den günstigsten.

Der Elektrizitätsverbrauch der Stadt stieg auch im Berichtsjahr kräftig an. Ein grosser Teil der Zunahme dürfte durch die erfreuliche Wirtschaftsentwicklung und die markante Zunahme an Wohnungen verursacht worden sein. Ein anderer Teil ist jedoch auf eine allgemeine Zunahme der Strom verbrauchenden Geräte zurückzuführen. Wohl nicht zuletzt auf Grund der gegenwärtig tiefen Stromtarife bildet sich das individuelle Sparverhalten tendenziell zurück. Es ist deshalb zu befürchten, dass es bei der Produktion und Verteilung von Strom mittelfristig zu grösseren Engpässen kommen wird, die zwangsläufig zu grösseren Preissteigerungen führen. Der Einsatz von energieeffizienteren Geräten und optimierten Abläufen ist deshalb dringend notwendig.

Die neueren Geschäftsfelder Energie-Contracting und Telecom entwickeln sich in jeder Hinsicht sehr erfreulich. Beide konnten interessante Aufträge annehmen und die Infrastruktur Winterthurs mit hervorragenden Einrichtungen ergänzen. Das Energie-Contracting setzte unter anderem innert Rekordzeit in Sennhof die zweite grosse Holzschnitzelheizung Winterthurs in Betrieb. Das ist ein weiterer markanter Beitrag der StWW zur Erreichung des angestrebten Labels «European Energy Award Gold», das Winterthur an die Spitze der Energiestädte der Schweiz bringen würde.

Für die Stadtgärtnerei (StG) war die Vorbereitung der Volksabstimmung zum Rahmenkredit von 10,25 Mio. Franken für den Bau des Eulachparks Oberwinterthur eine aufwändige und vielseitige Aufgabe, die zu einem beeindruckend positiven Urnenentscheid führte. Der Grosse Gemeinderat würdigte die grosse Bedeutung des Parks für die Entwicklung des Zentrumsgebiets Oberwinterthur und damit für die Stadtentwicklung überhaupt. Der Park wird in vier Etappen gemäss dem Wettbewerbsprojekt von Stefan Koepfli, Landschaftsarchitekt, Luzern, ausgeführt. Nebst diesem grossen «Wurf» sind wiederum eine Reihe von kleineren Anlagen, Kinderspielplätzen, Naturschutzobjekten und Alleen erneuert oder gebaut worden. Diese werden das gepflegte, grüne Stadtbild Winterthurs für Jahrzehnte ergänzen. Allerdings ist das Personal der StG weiterhin in den Grünanlagen mit grossem Aufwand für die Beseitigung von Abfall und Folgen von Vandalismus befasst.

Städtische Werke Winterthur

Made in Winterthur

Die Städtischen Werke Winterthur machen in Winterthur vieles möglich.

Winterthur ist ein fruchtbarer Boden. Vieles von dem, was hier seinen Ursprung nahm, fand über Stadt-, Kantons- und Landesgrenzen hinaus Beachtung. Winterthur bietet wachen Zeitgenossen bzw. -genossinnen ein ideales Terrain, um Ideen zu entfalten. Die Städtischen Werke Winterthur (StWW) tragen mit ihrer Arbeit dazu bei, ein ausgezeichnetes Umfeld zum Leben und Arbeiten zu gestalten. Vieles ist möglich in Winterthur. Energie, in der einen oder andern Form, braucht es auf jeden Fall für den Erfolg. Die StWW verstehen sich in diesem Sinn als Möglich-Macher.

Handel allgemein

Das Optimum für Winterthur herausholen. Diese Maxime prägt den Energiehandel der StWW. Der Handel umfasst den Einkauf und Verkauf von Strom, Erdgas und Fernwärme und ist in der Hauptabteilung Markt und Kunden organisiert. Die StWW nutzen den Markt im Interesse ihrer Kundschaft und im Interesse der Stadt.

Handel mit Strom

Axpo wichtigster Stromlieferant

Die StWW haben im Berichtsjahr verschiedene Optionen der Strombeschaffung geprüft. Es liegt im Interesse von Stadt, Wirtschaft und Bevölkerung, Elektrizität möglichst günstig einzukaufen. Aus diesem Grund haben die StWW das Verhandlungsangebot der deutschen RWE (Rheinisch Westfälische Elektrizitätswerke) angenommen. Die Verhandlungen waren geprägt von einem offenen und pragmatischen Geist. Wichtigste Kriterien für die Städtischen Werke Winterthur waren die Versorgungssicherheit und der Preis. Der Evaluationsprozess, der alle Beteiligten vor neue Herausforderungen stellte, konnte im August 2005, nach rund einem Jahr, abgeschlossen werden. Das Ergebnis: Aufgrund der geringeren Gesamtkosten bleibt Axpo bis auf weiteres wichtigster Stromlieferant in Winterthur.

Mit diesem Vorgehen haben die StWW Neuland betreten und im Schweizer Strommarkt für Aufsehen gesorgt. Vorerst profitieren die StWW von einem Zuwachs an Verhandlungs-Know-how im Umgang mit Energieanbietern. Und die Betreiber der Übertragungsnetze haben Impulse bekommen, die auf eher zu hohe Durchleitungskosten hinweisen.

Wieder steigender Verbrauch

Der Elektrizitätsverbrauch der Schweiz ist im Jahr 2005 um 2,1 Prozent gestiegen (Vorjahr + 1,9 Prozent). In Winterthur nahm der Verbrauch um 2,3 Prozent zu (Vorjahr + 0,08 Prozent). Der Gesamtbedarf betrug 583,92 Millionen Kilowattstunden (inkl. Bedarf KVA). Rund 15 Prozent dieses Stroms konnten in der KVA Winterthur produziert werden. Die Kundengruppen waren unterschiedlich am Zuwachs beteiligt: Haushalt (+ 3,8 Prozent), Kleingewerbe (-0,6 Prozent), Industrie- und Grossgewerbe (+ 3,8 Prozent), Bündelkunden (+ 2,4 Prozent) und Verschiedene

(+ 2,8 Prozent). Der Stromverbrauch in den Winterthurer Haushaltungen steigt, trotz energieeffizienteren Geräten, weil die Anzahl Elektrogeräte pro Haushaltung dauernd zunimmt. In Gewerbe, Dienstleistungsunternehmen und Industrie deutet der Anstieg auf eine wirtschaftliche Belebung hin.

Solarstrom verdoppelt

«Gut zu wissen, woher der Strom kommt.» Diese Meinung teilen immer mehr Winterthurerinnen und Winterthurer. Sie leisten sich den Mehrwert des Öko-Stroms. Die Ökostromprodukte Premium Solar und Premium Water blieben 2005 in etwa auf Vorjahresniveau. Die StWW haben in Winterthur mehrere neue Fotovoltaikanlagen in Betrieb genommen, um mehr lokal produzierten Ökostrom anbieten zu können. Dadurch wurde die hiesige Produktion von Solarstrom beinahe verdoppelt. Die grösste Anlage wurde auf dem Gebäude der StWW im Schöntal installiert. Zusammen mit der bereits bestehenden Anlage wird eine Gesamtleistung von 100 Kilowatt erbracht. Zwei weitere Anlagen konnten auf dem Eichgutgebäude hinter dem Hauptbahnhof und auf dem Schulhaus Bühlwiesen installiert werden. Ende 2005 speisten insgesamt zehn Fotovoltaikanlagen Solarstrom in das Winterthurer Stromnetz ein.

Kennzahlen

	2005	2004	Veränderungen in %
Absatzmenge (Mio. kWh)	550,56	535,14	+ 2,88

	2005 Mio. kWh	2004 Mio. kWh	Veränderung in %
Strombezug			
Von der Axpo	495,243	480,424	+ 3,1
Von der KVA	64,9	67,1	- 3,3
Von Verschiedenen	3,036	2,965	+ 9,9
Total Strombezug	563,179	550,489	+ 2,3
Stromabgabe			
Haushalt	173,568	167,240	+ 3,8
Kleingewerbe	62,322	62,681	- 0,6
Grossindustrie	70,188	67,463	+ 4,0
Hochspannung-Sammeltarif	60,850	58,663	+ 3,7
Niederspannung-Sammeltarif	109,838	106,820	+ 2,8
Bündelkundschaft	63,994	62,481	+ 2,4
Öffentliche Beleuchtung	4,727	4,706	+ 0,4
Stadtbus	5,184	5,055	+ 2,6
Verschiebung			
Ablese-Bezugs-perioden/ Messdifferenzen/Verluste	12,508	15,380	- 18,7
Total Stromabgabe	563,179	550,489	+ 2,3

Handel mit Erdgas

Ein Wachstumsmarkt

Erdgas boomt und wird auch in Winterthur immer beliebter. Der Erdgasverbrauch ist folglich auch 2005 um 3,88 % gestiegen.

Erdöl hat 2005 auf dem Weltmarkt neue Höchstpreise erreicht. In der Folge sind auch die Einkaufspreise für Erdgas massiv gestiegen. Die Heizgaspreise mussten deshalb auf den 1. Oktober erhöht werden. Im Vergleich mit den Heizölkosten, die 2005 teilweise um fast 30 Prozent anstiegen, sind die Preiserhöhungen bei Heizgas mit rund 18 Prozent moderat. Trotz der Erhöhung liegen die Gaspreise in Winterthur nach wie vor unter dem Schweizer Mittel. Heizen mit Erdgas ist alles in allem günstiger als mit Öl. Zudem trägt es dazu bei, die CO₂-Emissionen zu reduzieren. 2005 konnten 122 neue Anlagen ans Netz angeschlossen werden.

Reine Natur

In Winterthur gibt es zwei Tankstellen mit Naturgas. Dieses Naturgas wird aus Grünabfällen gewonnen. Damit schliesst sich ein ökologisch sinnvoller Kreislauf. Im Kontext der CO₂-Diskussion mit Klimarappen oder CO₂-Abgabe auf Treibstoffen wird Naturgas preislich noch attraktiver. Die vielen einleuchtenden Argumente, die für den Kauf von Erdgasfahrzeugen sprechen, haben die StWW noch um eines vermehrt: Der Kauf von erdgasbetriebenen Fahrzeugen wird bis Ende 2006 mit bis zu 2000 Franken gefördert. Bereits sind auch schon die ersten «Gastaxis» in Winterthur unterwegs.

Kennzahlen

	2005	2004	Veränderungen in %
Absatzmenge (Mio. kWh)	468,106	449,963	+ 4,0
angeschlossene Leistung (MW)	332	337	- 1,5

Handel mit Fernwärme

Was will man mehr

Fernwärme ist eine annähernd CO₂-freie, kostengünstige und komfortable Energie. Der Nutzung von Fernwärme in Industrie, Gewerbe und Haushalt sind kaum Grenzen gesetzt.

Fernwärme wird als «Nebenprodukt» bei der Verbrennung von Abfall in der KVA gewonnen. Das Anschluss- und Verteilsystem im Haus ist weitgehend wartungsfrei. Installationen für den Wärmeaustauscher brauchen wenig Platz und benötigen deshalb keinen separaten Raum. Der Aufwand für Brennerservice, Tankreinigung, Kaminfeger, Emissionsmessungen fällt weg. Im Gegensatz zur Ölheizung werden keine Vorräte gehalten. Die einfache Bedienung trägt zum hohen Nutzenkomfort bei. Der Handel mit Fernwärme läuft entsprechend gut.

Wirtschaftliche Lösung

Die Unabhängigkeit von Öl- und Gaspreisen ist ein zentrales Argument, das für die Fernwärme spricht. Fernwärmekonsumentinnen und -konsumenten können ihre Energiekosten einfach budgetieren, weil die Preisschwankungen kalkulierbar sind. Fernwärme ist eine wirtschaftliche Lösung. Die Übergabestation funktioniert, einmal eingestellt, vollautomatisch. Die Unabhängigkeit von fossilen Energieträgern und damit von globalen Entscheidungen und Ereignissen verleiht Sicherheit.

Erfreuliche Entwicklung

Derzeit werden ungefähr sechs Prozent des städtischen Wärmebedarfs durch Fernwärme gedeckt. Mit dem Ausbau des Fernwärmenetzes wird dieser Prozentsatz noch steigen.

Kennzahlen

	2005	2004	Veränderungen in %
Absatzmenge (Mio. kWh)	94 562	96 572	- 2,1
angeschlossene Leistung (MW)	72,29	61,64	+ 17,3
Anschlüsse	224	209	+ 7,1

Anteile der einzelnen Energieträger:

Dampf aus KVA	92 067 2)	78 530 2)	+ 17,2
Erdgas	10 616	10 270	+ 3,4
Heizöl extraleicht	2 052	1 726	+ 18,9
Total	104 735	90 526	+ 15,7

2) inkl. Sulzer

Netze allgemein

In den Netzen steckt das Kapital der StWW. Die StWW unterhalten leistungsfähige Netze für Elektrizität, Erdgas, Wasser, Fernwärme sowie Glasfaserkabel und bauen diese ständig aus. Die StWW pflegen diese nachhaltig. Die Weiterentwicklung der Netze für Gas und Fernwärme basiert auf dem Energieplan Winterthur.

Stromnetz

Strom

Ob Produkte, Dienstleistungen oder Ideen, die StWW wollen, dass ihre Kundschaft möglichst sorgenfrei entwickeln und produzieren kann. Der Strom muss fliessen. Denn heute hängt alles am Strom – Kindergärten und Schulen, Büros und Warenhäuser, Museen und Fabriken, Spitäler und Altersheime. Das Stromnetz Winterthur hat auch 2005 um 1,4 Prozent zugelegt und umfasst aktuell eine Netzlänge von 1 045 731 Kilometer.

Reger Ausbau des Netzes

Der Bau des Unterwerks Wülflingen, der dritten grossen «Steckdose» der Stadt, konnte am 16. November abgeschlossen werden. Noch bis 2011 wird das neue Unterwerk mit einer Spannung von 50 Kilovolt versorgt. Danach wird auf 110 Kilovolt umgestellt. Es konnte 2005 in die Netz- und Leittechnikzentrale eingebunden werden.

Auch der Ausbau der Strominfrastruktur auf den Sulzerarealen Stadtmitte und Oberwinterthur machte deutliche Fortschritte. In der Stadtmitte konnte der Katharina-Sulzer-Ring in Betrieb genommen werden. Zudem sind in der ganzen Stadt diverse Trafostationen modernisiert oder neu realisiert worden. Zum Leistungspaket der StWW gehört auch der Pikettdienst – während 24 Stunden am Tag und 365 Tagen im Jahr garantiert er einen kunden-nahen Service.

Offen und gesprächsbereit

Die Bautätigkeit in Winterthur war 2005 sehr hoch. Mit jedem Gebäude wächst auch das Stromnetz. Bereits in der Planungsphase können zwischen der Kundschaft und den StWW gute Lösungen gefunden werden. Als lokal verankertes Unternehmen verstehen die StWW die Kundenbedürfnisse und gehen gerne darauf ein.

Tragischer Unfall

Die Hauptabteilung Elektrizität beschäftigt 88 Mitarbeitende. Der tragische Unfall im Unterwerk Neuwiesen, bei dem im Mai ein langjähriger Mitarbeiter ums Leben kam und drei weitere verletzt wurden, hat alle erschüttert. Die Umstände, die zum Unfall führten, sind Gegenstand einer laufenden Untersuchung. Der Vorfall zeigt, dass trotz hoher Sicherheitsstandards Unfälle nie ganz ausgeschlossen werden können. Betroffenheit und Trauer und das tiefe Mitgefühl mit den Angehörigen prägten die Stimmung im Betrieb.

Kennzahlen

	2005	2004	Veränderungen in %
Netzlänge (total; m), ohne öff. Beleuchtung	1 045 731	1 031 303	+ 1,4
Anzahl Zähler	61 061	60 662	+ 0,7

Leitungsnetz Hoch- und Mittelspannung

	Bestand m	Zunahme m	Abnahme m
110 kV Kabel	2 779	0	0
50 kV Kabel	7 326	0	0
20 kV Kabel	179 500	2 144	946
10 kV Kabel (Sulzerareale)	18 024	0	0
6 kV Kabel	14 823	0	166

Leitungsnetz Niederspannung

	Bestand m	Zunahme m	Abnahme m
400 V Kabel	677 686	8 564	2 775
Gleichstromkabel	2 699	0	15
Nachrichtenkabel	142 894	4 506	

Telekomnetz

Vernetztes Winterthur

Die reibungslose Energieversorgung von Stadt und Agglomeration hat den StWW den Ruf eingebracht, verlässlich zu sein.

Von diesem guten Image profitiert auch das junge Profit-Center Telekom der StWW. Nachdem das Stadtparlament im August 2004 den Ausbau des Geschäftsfeldes befürwortet und einen Kredit von 5 Millionen Franken gutgeheissen hatte, konnte die Abteilung überraschend schon im ersten Halbjahr schwarze Zahlen schreiben. Die «Datenautobahn» wird bereits rege benutzt. Auch 2005 wurde investiert und wichtige Basisarbeit geleistet. Das Ziel ist klar: Das «CityNet» soll in den nächsten Jahren eine dynamische Entwicklung erfahren.

Die StWW sind in Sachen Telekom keine Anfängerin. Entlang des bestehenden Stromtrasses unterhalten sie seit Jahren ein Glasfasernetz. Anfänglich diente es der internen Kommunikation und Steuerung eigener Energieanlagen. Das Kabelnetz ist 2005 um 10 Kilometer auf eine Gesamtlänge von 73 Kilometer gewachsen.

Handfeste Produkte

Nach Abschluss eines Pilotversuchs sind die «CityNetLine»-Produkte der StWW jetzt marktreif: «CityNetLine» verknüpft Standorte und Datenzentren bedarfsgerecht miteinander. «CityNetFiber» stellt der Kundschaft einzelne Glasfasern zur Verfügung. «CityNetHousing» bietet der Kundschaft Platz für technisches Equipment. Und dies an zentralen Knotenpunkten in Stadt und Agglomeration Winterthur. Bereits heute unterhalten die StWW sechs funktionsfähige «Telehousing»-Standorte.

Heimvorteil für Winterthur

Mittleren und grossen Unternehmen stellen die StWW mit «CityNetLine» ein unkompliziertes, schnelles und sicheres Breitbandangebot zur Verfügung: zeitgemässe Breitbandkommunikation als Heimvorteil für Winterthurer Unternehmen. Die Verbindungen funktionieren im Ethernet-Standard, den heute praktisch jeder PC beherrscht. Der Datenfluss läuft im sicheren Netz.

Im Jahr 2006 wird es darum gehen, den Kundenstamm auszubauen. Das «CityNet» wird ganz Winterthur zugute kommen.

Kennzahlen

	2005	2004	Veränderungen in %
Netzlänge (total)	73 000	63 110	+ 15,7
Anzahl Telehouses	6	6	0

Gasnetz

Erfolgsgeschichte Erdgas

Erdgas ist ein sicherer und umweltfreundlicher Energieträger. Der Ausstoss von CO₂ ist um 25 Prozent geringer als bei Erdöl. Erdgas zum Heizen und Erdgas zum Tanken – beides wird in Winterthur immer populärer. Der Erdgasverbrauch ist auch 2005 gestiegen. Das Gasnetz hingegen ist kleiner geworden.

Mehr Leistung bei tieferen Kosten

Ein Netz, das deutlich mehr leistet als heute – dieses Ziel soll spätestens Ende 2007 erreicht sein. Durch eine Druckerhöhung im Niederdrucknetz von 23 auf 50 Millibar wird die Leistungsfähigkeit des Gasnetzes massiv gesteigert. Indem künftig neue Rohre mit kleinerem Querschnitt in bestehende Leitungen einzogezogen werden, können im Leitungsbau Kosten gespart werden. Die Druckerhöhung ist ungefährlich und andernorts bereits erprobt. Die Umstellung schafft Kapazität – auch für grosse Kunden und Kundinnen sowie für Projekte. Voraussetzung für die Umstellung ist jedoch der Einbau von Druckumwandlern, die den Gasdruck beim Eintritt ins Haus von 50 auf die im Haushalt üblichen 23 Millibar reduzieren. 2005 erfolgte die Umstellung in einem Teil des Netzgebietes Oberwinterthur-Hegi.

Das Hochdrucknetz misst 42,9 Kilometer, das Niederdrucknetz 196,8 Kilometer. Die Gesamtlänge hat sich geringfügig um 0,3 Prozent verringert. Dies ist das Ergebnis einer zunehmenden Entflechtung der Fernwärme- und Erdgasnetze. Der Energieplan der Stadt Winterthur setzt dafür die Leitplanken. Im Berichtsjahr konnten 43 neue Gebäudeanschlüsse realisiert werden.

Maximale Sicherheit

Durch planerische und bauliche Massnahmen, durch eine koordinierte Instandhaltung der Leitungen und Anlagen sowie durch eine regelmässige Kontrolle der Hausinstallationen gewährleisten die StWW ein Höchstmass an Sicherheit im Gasnetz. Das Leitungsnetz ist mit einem Durchschnittsalter von 23 Jahren jung. Die durchschnittliche Lebensdauer von Gasleitungen liegt zwischen 50 und 70 Jahren. Das Winterthurer Gasnetz weist kaum Leckagen auf. Es wird alle 2 Jahre systematisch überprüft. Die Sanierung von technisch überholten Rohrleitungssystemen trägt wesentlich zur Sicherheit bei. Auch 2005 wurden Leitungen in der Länge von 5,4 Kilometern und 1,5 Kilometer Hausanschlussleitungen saniert.

Qualitätscheck und Stabübergabe

Die Hauptabteilung Technik Gas und Wasser unterhält ein Qualitätsmanagementsystem nach ISO 9001 und ISO 14001. Nachdem die erstmalige Zertifizierung 2002 erfolgte, hat die Hauptabteilung im November die Rezertifizierung erfolgreich bestanden.

Nach über 32-jähriger erfolgreicher Tätigkeit bei den StWW übergab Ruedi Külling im Oktober die Leitung der Hauptabteilung Technik Gas und Wasser an Urs Buchs.

Kennzahlen

	2005	2004	Veränderungen in %
Netzlänge (total Rohrnetz; m)	239 728	240 488	- 0,3
Anzahl Zähler (werkeigene und private)	9 391	9 394	- 0,0

Wasserversorgung

Ohne Wasser kein Leben

Würde man das Winterthurer Wasser in Flaschen abfüllen, könnte man es getrost mit den Schweizer Mineralwässern konkurrenzieren lassen. Dabei kostet der Liter nur 0,16 Rappen. Doch rund 99 Prozent werden nicht getrunken, sondern verbraucht. Das sind in Privathaushalten durchschnittlich 168 Liter pro Kopf und Tag. Davon werden allein 50 Liter für die WC-Spülung verwendet, 32 für Bad und Dusche und rund 25 zum Kochen und Geschirrspülen. Die Wasserqualität wird durch die StWW ständig überwacht. Die rund 700 Proben, die pro Jahr genommen und analysiert werden, bestätigen immer wieder, dass die gesetzlich vorgeschriebenen Grenzwerte nicht nur eingehalten, sondern ganz deutlich unterschritten werden.

Unverwässerter Gewässerschutz

Die Stadt und die StWW freuen sich, dass die Abstimmung vom 23. Februar über den Neubau des Landwirtschaftsbetriebs Ifang im Winterthurer Grundwassergebiet Zell vom Stimmvolk klar befürwortet wurde. Die Zustimmung zum 3,8-Millionen-Kredit ist ein Vertrauensbeweis. Durch den Entscheid des Souveräns wird die sehr gute Qualität des Winterthurer Trinkwassers auch für kommende Generationen gesichert. Am 16. September konnte der Grundstein für den Neubau des Bauernhofs gelegt werden. Neben einem optimalen Gewässerschutz geht es den StWW darum, eine ökologisch und landwirtschaftlich sinnvolle Bewirtschaftung der Grundwasserzone zu ermöglichen.

Versorgung im Überblick

Das Netz umfasst 424 Kilometer Wasserleitungen, 14 Stufen- und 9 Grundwasserpumpwerke, 3 Quellgruppen, 16 Reservoirs und 14 000 Wasserzähler. Das neue Fernwirk- und Leitsystem für die Steuerung und Überwachung der Wasserversorgung und Erdgasverteilung wurde am 16. März eingeweiht. Es ersetzt die über 20-jährige Leitstelle und funktioniert problemlos. Die Kosten für das zeitgemässe Netzleitsystem beliefen sich auf rund 5 Millionen Franken und lagen damit rund 30 Prozent unter dem bewilligten Rahmenkredit von 8,1 Millionen Franken.

Kennzahlen

	2005	2004	Veränderungen in %
Netzlänge (total; m)	424 047	423 281	+ 0,2
Absatz (abgegebene Wassermenge; Mio. m³)	8,74	8,49	+ 2,9

Niederschlagsmengen	Einheit mm	2005	2004
Winterthur		1 149	1 048

Mit natürlichem Gefälle zufließendes Quell- und Grundwasser			
Quellwasser	m³	332 300	304 670
Grundwasserfassung Hornsäge:			
Brunnenmesser	m³	7 567 000	7 729 060

Total mit natürlichem Gefälle zufließendes Quell- und Grundwasser			
	m³	7 899 300	8 033 730

Gepumptes Grundwasser			
Pumpwerk Hard	m³	13 400	17 930
Pumpwerk Hornwiden	m³	116 000	126 290
Pumpwerk Linsental	m³	444 400	433 000
Pumpwerk Mittlere Au	m³	107 600	161 570
Pumpwerk Weieracker	m³	288 700	165 220
Pumpwerk Sennschür	m³	209 100	198 310
Pumpwerk Obere Au	m³	355 600	241 990
Pumpwerk Stadtacker	m³	653 700	647 670

Total gepumptes Grundwasser	m³	2 188 500	1 991 980
Total Wassergewinnung	m³	10 087 800	10 025 710

Wasserabgabe

Wasserabgabe in 24 Stunden in Winterthur

	Einheit	2005	2004
Maximum 26.6.05	m³/Tag	41 586	27 685
Mittel	m³/Tag	25 342	24 479
Minimum 1.1.05	m³/Tag	22 479	17 701
Einwohnerschaft am 31.12.		96 144	95 482
Maximum pro Einwohnerin/			
Einwohner und Tag in Liter		433	290
Mittel pro Einwohnerin/			
Einwohner und Tag in Liter		264	252
Minimum pro Einwohnerin/			
Einwohner und Tag in Liter		234	185
Ohne Industrie			
Mittlerer Verbrauch	m³/Tag	21 109	19 357
Mittlerer Verbrauch pro Einwohnerin/			
Einwohner und Tag in Liter		220	203

Wasserabgabe im Jahr

	Einheit	2005	2004
Wasser in Winterthur			
Haushaltungen und Kleingewerbe	m³	5 997 600	5 867 142
Gewerbe und Industrie	m³	1 459 100	1 427 307
Öffentliche Zwecke	m³	109 000	106 626
Total in Winterthur		7 565 700	7 401 075
Total an Vertragspartner (ausserhalb Winterthur)	m³	1 178 600	1 091 411
Total Wasser	m³	8 744 300	8 492 486

Fernwärmenetz

Ausbau des Netzwerks

Das Fernwärmenetz der StWW wird beträchtlich ausgebaut. 2006 wird der Ring zwischen der KVA und Mattenbach fertig gestellt. Mit der Planung für den Ausbau des Heizwerkes wurde im Berichtsjahr begonnen. Dabei wird es im Wesentlichen um eine Leistungssteigerung gehen. Dank technischer Fortschritte im Heizwerk wird die Abwärme, die bei der Kehrlichtverbrennung entsteht, noch besser genutzt werden können.

Zwischen dem neuen Fernheizwerk auf dem Areal der Kehrlichtverbrennungsanlage und dem Sulzerareal in Oberwinterthur wird ein Leitungstunnel entstehen. Er wird unter der St. Gallerstrasse hindurch führen und bildet sozusagen das unterirdische Tor für die Fernwärmeversorgung in Oberwinterthur. Die Integration des übernommenen Sulzer-Wärmenetzes in Oberwinterthur ist in vollem Gange. Bis 2008 wird der Ausbau der Anlagen abgeschlossen sein. Ortsansässige Firmen profitieren vom Ausbau. Die Investitionen werden die Attraktivität des Standorts Winterthur sichern.

Kennzahlen

	2005	2004	Veränderungen in %
Netzlänge (total;m)	20 183	19 643	+ 2,7

Entsorgung

Richtig entsorgen ist Umweltschutz. Die StWW erfüllen diese wichtige gesellschaftliche Aufgabe ökologisch sinnvoll und ökonomisch effizient. Sie entsorgen, was in Winterthur und Umgebung tagtäglich an Abfall und Schmutzwasser anfällt. Sie reinigen das Abwasser der Stadt Winterthur und weiterer Gemeinden im Einzugsgebiet der ARA. Und sie verbrennen in der KVA Grüze Abfall, um daraus wiederum Fernwärme zu gewinnen und Strom zu produzieren.

KVA

Gute Auslastung

Das Total der verbrannten Abfälle ist auf 166 648 Tonnen gestiegen. Dank vorausschauender Instandhaltung ist die Verfügbarkeit der Kehrichtverbrennungsanlage (KVA) hoch. Die gute Auslastung ist auch der engen Zusammenarbeit im ZAV zuzuschreiben. Der Zürcher Abfallverbrennungs-Verbund (ZAV) besteht seit Januar 2005. Neben den Städtischen Werken Winterthur gehören dazu: Entsorgung & Recycling Zürich, Abfallverwertung Horgen, Kehrichtverwertung Zürcher Oberland und der Kläranlagenverband Limmattal. Die Mitglieder des ZAV verfolgen gemeinsame Ziele. Zum Beispiel wird der von den Kantonen nicht fest zugeteilte Kehricht über ein gemeinsames Abfallmanagement abgewickelt. Die Zuteilung erfolgt, in Absprache mit den beteiligten Partnern, über den ZAV. Im Zusammenhang mit grossen Müllmengen hat der ZAV auch ausserkantonale Partner ins Abfallmanagement einbezogen. Im Verbund werden auch bei Themen wie Einkauf, Ausbildung, Umwelt und Technik gemeinsame Wege eingeschlagen.

Ein Vorzeigebetrieb

Die KVA Winterthur ist in vielerlei Hinsicht ein Vorzeigebetrieb. Die 28 schweizerischen Verbrennungsanlagen produzieren seit Jahren insgesamt 2,5 Prozent des Strombedarfs der Schweiz – in Winterthur sind es rund 15 Prozent. Die Hälfte des Stroms, der aus Abfall gewonnen wird, gilt als erneuerbare Energie. Der Heizwert von Hausmüll entspricht etwa jenem von Braunkohle. Die Möglichkeiten der KVA, den Energieträger Abfall noch effizienter zu nutzen, sind langfristig noch nicht ausgeschöpft.

In der KVA kann man einiges lernen. In Zusammenarbeit mit Winterthurer Lehrkräften konnte 2005 der Abfallunterricht optimiert werden. Vorbildlich und konkurrenzfähig ist auch die Preisgestaltung. Die Verbrennungspreise blieben auch 2005 für umliegende Gemeinden und Organisationen, die ihren Abfall der KVA Winterthur zur Entsorgung übergeben, unverändert. Zu guter Letzt haben auch arbeitsmedizinische Vorsorgeuntersuchungen gezeigt, dass aufgrund vorhandener Arbeitsschutzmassnahmen die gesundheitlichen Werte der Mitarbeitenden sehr gut sind.

Planung aufgenommen

Die Planung für den Ersatz der Verbrennungslinie 1 kann beginnen. Im Juni hat der Grosse Gemeinderat der Stadt den Planungskredit von 1,6 Millionen Franken gutgeheissen. Die Linie 1, die im Jahr 1978 in Betrieb genommen wurde, soll bis zum Jahr 2010 komplett ersetzt werden. Basierend auf den neuesten technologischen Standards müssen jetzt die Grundlagen für eine erfolgreiche Realisation geschaffen werden. Umwelttechnische und wirtschaftliche Überlegungen dominieren diesen Prozess, der rund eineinhalb Jahre in Anspruch nehmen wird. In einer Abstimmung, die voraussichtlich im Frühjahr 2007 angesetzt wird, kann das Volk schliesslich grünes Licht für den Ersatz geben. Die neue Verbrennungslinie wird dafür sorgen, dass die KVA Winterthur auch in Zukunft ausgezeichnete Leistungen erbringen wird.

Kennzahlen

	2005	2004	Veränderungen in %
Verbrannte Abfälle (t)	166 648	159 827	+ 4,3
Dampfproduktion (t)	657 010	633 182	+ 3,7
Stromverkauf (Mio. kWh)	64,9	67,1	- 3,3
Schlacke	34 120 t	33 308 t	+ 2,4
Reststoffe aus Rauchgasreinigung	4 049 t	3 678 t	+ 10,1
Turbinenbetrieb	499 109 t	536 893 t	- 7,0

Rauchgasemissionen (mg/Nm³)

	2005	2004	GW LRV*
CO-Jahresmittelwert Verbrennungslinie 1	25,24	28,61	50
CO-Jahresmittelwert Verbrennungslinie 2	11,63	8,10	50
NO _x -Jahresmittelwert Verbrennungslinie 1	54,99	54,86	80
NO _x -Jahresmittelwert Verbrennungslinie 2	55,60	52,94	80
SO ₂ -Jahresmittelwert Verbrennungslinie 1	2,46	9,99	50
SO ₂ -Jahresmittelwert Verbrennungslinie 2	5,03	6,07	50

* Grenzwert Luftreinhalteverordnung

ARA

Laufende Modernisierung

In der ARA wird das Abwasser der Stadt Winterthur und der Gemeinden Zell, Rikon, Turbenthal, Wila, Brütten, Wiesendangen sowie von Teilen der Gemeinden Wildberg und Elsau einem mehrstufigen Reinigungsprozess unterzogen. Auch 2005 konnten täglich durchschnittlich 48 970 m³ gereinigtes Abwasser in die Töss geleitet und damit in den Naturkreislauf zurückgeführt werden. Die vorgeschriebenen Grenzwerte des Gewässerschutzes wurden dabei mehr als eingehalten.

Die Kläranlage Hard wurde letztmals während der Aus- und Umbauphase von 1986 bis 1992 erneuert. Zwischenzeitlich werden einzelne Anlagenteile der Kläranlage laufend technisch angepasst. 2005 wurde die Umweltleistung der Kläranlage verbessert. Im Moment wird auch das gesamte Prozessleitsystem erneuert. 2006 müssen auch die Gasmotoren des Blockheizwerkes ersetzt werden. Bei Hochwassersituationen sollen beim Regenüberlauf in die Töss grobe Verunreinigungen im Schmutzwasser zurückgehalten werden. Zu diesem Zweck wird 2006 eine Siebeinrichtung eingebaut. Übrigens: Unwetter wie jenes vom 21. Juni fordern in der ARA jeweils die ganze Mannschaft. Nur gemeinsam können die riesigen Wassermassen bewältigt werden.

Ökologisches und ökonomisches System

Die ARA muss als ökonomisches und ökologisches System funktionieren. Daher verwundert es nicht: Rund 24 Prozent des benötigten Stroms wird in der ARA selbst produziert. In der Schlammverbrennungsanlage wird der Klärschlamm der vom Kanton zugewiesenen Abwasserreinigungsanlagen verbrannt. Ein weiteres interessantes Projekt, das sowohl das ökologische als auch das ökonomische System ARA verbessert, entsteht in der Gemeinde Neftenbach. Hier sollen 48 Wohnungen durch die Abwärme des gereinigten Abwassers beheizt werden. Das gereinigte Abwasser, das eine durchschnittliche Temperatur von 16 Grad Celsius aufweist, wird über eine Leitung in das Gebiet Tössallmend der Gemeinde Neftenbach geführt. Hier nutzt eine Wärmepumpe die Abwärme, um die 48 Wohnungen der Überbauung Tössallmend-Neftenbach mit Wärme zu versorgen.

Kennzahlen

	2005	2004	Veränderungen in %
Abwasserdurchfluss (m³)	17 874 690	18 609 000	- 3,9
Schlammverbrennung (m³)	73 790	70 397	+ 4,8

Dienstleistungen

Die Kundenorientierung ist wichtiger Ankerpunkt für die StWW. Kontaktstellen sind insbesondere die Dienstleistungsabteilungen Haustechnik, Energie Laden, Energie-Contracting und Öffentliche Beleuchtung.

Haustechnik

Spitze des Eisberges

Die Abteilung Haustechnik repräsentiert sozusagen den sichtbaren Teil der Städtischen Werke Winterthur.

Die Abteilung wird durch die Hauptabteilung Markt und Kunden organisiert und besteht aus 26 Mitarbeitenden. Haustechnik – das ist Service am Kunden, das sind Dienstleistungen in Reinkultur. Für die Mitarbeitenden heisst es, zuhören und auf die Kundschaft eingehen können. Und vor allem überzeugende und zufrieden stellende Lösungen anbieten.

Positive Gesamtbilanz

Das Kerngeschäft der Haustechnik liegt in der Planung und Realisation von Wasser-, Gas- und Stromanlagen für Private, Gewerbe und Industrie. Stadtbekannt ist die Abteilung aufgrund des 24-Stunden-Pikettdienstes. Die Mitarbeiter springen im Notfall ein. Im Berichtsjahr war dies 359 Mal der Fall. Ob Strom, Wasser oder Gas – der Pikettdienst ist so organisiert, dass immer ein Spezialist zur Stelle ist. Elektriker, Sanitärmitarbeiter und Gasspezialisten arbeiten Hand in Hand.

Das Spektrum der erbrachten Leistungen ist breit und reicht von der Neuinstallation der Gasheizung bis zum regelmässigen Service. Die Abteilung installierte aber auch Voltauanlagen, übernahm Gebäudeverkabelungen oder baute individuelle Sicherheitsanlagen. Mit dem Sicherheitskonzept «vivoprotect» bietet die Haustechnik individuelle Sicherheit für den Privatbereich. Das System integriert einen Assistenzservice, der in der Schweiz einmalig ist.

Kennzahlen

	2005	2004	Veränderungen in %
Anzahl Aufträge	3 726	3 820	- 2,5
Anzahl Piketteinsätze (total)	359	294	+ 22,1

Energie-Contracting

Energie Outsourcing

Die StWW versorgen die Kundschaft im Energie-Contracting mit Wärme, Dampf und seit 2004 auch mit Kälte. Auch im Berichtsjahr hat sich viel getan. Die Übernahme der Sulzerareale Stadtmitte beschäftigen die StWW nach wie vor. Die StWW stehen mit ihrem Namen für Betriebssicherheit, Professionalität und Verlässlichkeit.

Neuprojekte Sennhof und Zinzikon

In Sennhof realisieren die StWW eine Holzschnitzel-Heizzentrale mit Wärmeverbund. In die erste Ausbaustage werden 3 Millionen Franken investiert. Zur zukünftigen Sennhof-Kundschaft zählen unter anderem das Primarschulhaus, die Heimstättengenossenschaft Winterthur und die Hermann Bühler AG.

Auch im Gebiet Zinzikon wird eine Holzschnitzel-Heizzentrale realisiert. Der Stadtrat hat dafür am 9. November den Objektkredit von 2,35 Millionen Franken gutgeheissen. Der Ausbau erfolgt in verschiedenen Bauetappen, gemäss den Bedürfnissen in Zinzikon.

Beliebter Energieträger Holz

Die StWW sind grösster Holz-Heizer Winterthurs. Mit dem Bau von Holzschnitzel-Heizanlagen macht sich die «Energieversorgerin Winterthurs» für den heimischen Rohstoff stark. Das verwendete Holz stammt aus dem Winterthurer Stadtwald. Die Nutzung trägt zur nachhaltigen Waldpflege bei. Die Zusammenarbeit mit dem Städtischen Forstbetrieb ist eng und funktioniert sehr gut. Die Nutzung von Holz als Energieträger hilft, unabhängiger vom Erdöl zu werden. Zudem wird beim Heizen mit Holz ein wichtiger Beitrag zur CO₂-Entlastung geleistet.

Kennzahlen

	2005	2004	Veränderungen in %
Absatzmenge Wärme (Mio. kWh)	40,268	21,614	+ 86,3
Absatzmenge Kälte (Mio. kWh)	1,744	0,453	+ 285,0

Verteilung der Energieträger im Energie-Contracting

	2005 in %	2004 in %
Gasbezug	83,8	67,9
Heizölbezug	0,6	1,3
Holzschnitzelbezug	11,8	28,7
Strombezug	3,8	2,1

Öffentliche Beleuchtung

Lichtverschmutzung oder Sicherheit

Der Begriff «Lichtverschmutzung» gewinnt im urbanen Umfeld an Bedeutung und wird zunehmend diskutiert. Zugenommen hat nicht nur die Zahl der Leuchtstellen, zugenommen hat auch die Sensibilität in der Wahrnehmung des Phänomens Licht. Für die StWW steht nach wie vor der Aspekt der «Sicherheit im öffentlichen Raum» im Zentrum der Arbeit. Es geht nicht darum, die Nacht zum Tag zu machen. Die Öffentliche Beleuchtung will das Gefühl der Sicherheit in der Stadt und ihren Quartieren gewährleisten. Das geschieht durch die angepasste Beleuchtung von Verkehrswegen und Ausleuchtung von «dunklen Nischen».

Leuchtende Vorbilder

2005 wurden viele neue, technisch vorbildliche Leuchtmittel eingesetzt. Energieeffizientere Lampen tragen dazu bei, dass auch bei wachsender Anzahl von Leuchtstellen der Stromverbrauch nicht im gleichen Masse steigt. Durch den Einsatz neuer Leuchtkörper konnte beispielsweise an der Technikumstrasse oder beim Bahnhofplatz die Leistung jeweils von 400 Watt auf 250 bzw. auf 150 Watt reduziert werden. Zeitgemässe Leuchtmittel reduzieren den Wartungsaufwand, weil sie robust sind und eine längere Lebensdauer haben.

Kennzahlen

	2005	2004	Veränderungen in %
Anzahl Leuchtstellen	9 403	9 382	+ 0,2
Netzlänge (m)	525 424	521 792	+ 0,7

Nachhaltigkeit

Gesellschaftlich: aktive Informationspolitik

Gerade bei anscheinenden Selbstverständlichkeiten verblüfft es immer wieder, wenn man sieht, was alles dahinter steckt. Diese Erfahrungen machen Besucher und Besucherinnen der StWW immer wieder. Ob Kehrlichtverbrennung oder Abwasserreinigung, Pumpwerke oder Fotovoltaikanlage – die geführten Besichtigungen sind beliebt. 2005 waren es über 1600 Personen, die bei den StWW ein und aus gingen. Die Mehrzahl davon Schülerinnen und Schüler.

Im Berichtsjahr legten die StWW besonderen Wert auf die Zusammenarbeit mit Lehrkräften und Schulen. Die Resultate solcher «Energiearbeit» gehen weit über das Erzielen von Aha-Effekten hinaus. Bei Jugendlichen rückt die Umwelterziehung Zusammenhänge ins Bewusstsein, die oft Hand in Hand gehen mit einer Sensibilisierung im Umgang mit Wasser, Strom oder Abfall.

Das Jubiläumsprojekt «sChOOLhouse Company» konnte 2005 erfolgreich abgeschlossen werden. Die in der Energiewoche ausgearbeiteten Sparmassnahmen wurden umgesetzt. Im Schulhaus Rychenberg hiess dies: «Strom aus!». Schülerinnen und Schüler verbrachten einen Tag ohne Elektrizität. Auf dem Dach des Schulhauses Büelwiesen montierten Schulklassen zusammen mit den Spezialisten der StWW eine Fotovoltaikanlage. Auf ganz andere Weise schärfte eine weitere Jubiläumsaktion das öffentliche Bewusstsein. Anlässlich des 100-jährigen Bestehens übernahmen die StWW für hundert bedürftige Winterthurer Haushalte die Stromkosten für ein Jahr. Die Aktion startete im Juli 2004. Im Berichtsjahr wurden die Anträge geprüft. Die betreffenden Haushalte profitieren noch bis Herbst 2006.

Auch Sicherheit ist nicht selbstverständlich. Das Bewusstsein für Risiken muss wach gehalten werden. Darauf haben die StWW im Berichtsjahr besonderen Wert gelegt. Mehr Sicherheit durch Überwachung, zum Beispiel mit der neuen Netzleitzentrale für Gas und Wasser oder durch das Programm EKAS, das die Sicherheit am Arbeitsplatz optimiert und dazu beiträgt, Krankheits- und Unfallfolgen zu vermindern. Mehr Sicherheit aber auch für Lieferanten, zum Beispiel durch die Schulung der Anlieferfirmen in der KVA.

Ökonomisch: langfristig berechenbar

2004 hat das Volk Investitionen ins Energie-Contracting gutgeheissen. Damit ist die langfristige Sicherstellung der Wärme- und Kälteversorgung des Sulzerareals Stadtmitte möglich geworden. Eine Strompreissenkung auf breiter Front trug ebenfalls dazu bei, den Wirtschaftsstandort Winterthur zu stärken. Die Strompreise in Winterthur liegen unter dem Schweizer Durchschnitt und sind somit attraktiv.

Ökologisch: aktive CO₂-Reduktion

Die Städtischen Werke Winterthur minimieren den Ausstoss von Kohlendioxid in ihren eigenen Betrieben. Und das Unternehmen bietet seiner Kundschaft eine Reihe von Möglichkeiten an, selbst aktiv CO₂ zu vermeiden.

Im Energie-Contracting erstellen und betreiben die Städtischen Werke Winterthur immer mehr energieeffiziente Anlagen. 2005 konnte eine grosse Heizzentrale mit Wärmeverbund in Sennhof erstellt werden, die 2006 in Betrieb gehen wird. Eine weitere Anlage ist in Oberwinterthur für die Überbauung Kastanienpark vorgesehen. In beiden Fällen wird mit Holzschnitzeln geheizt. Beide Anlagen sind CO₂-neutral.

Auch im eigenen Fernheizwerk konnte der an sich schon geringe CO₂-Ausstoss dank einem Umbau der Dampfumformer nochmals reduziert werden. Die Reduktion betrug 2005 immerhin 440 Tonnen. 2006 sollen es gar rund 2200 Tonnen werden. Der Grund: In Spitzenzeiten muss heute weniger Gas bzw. Heizöl eingesetzt werden. Noch ein Beispiel: In der ARA wurde die Entwässerungsmaschine erneuert. Der Klärschlamm enthält jetzt weniger Wasser. Für die Verbrennung wird daher weniger Brennstoff benötigt. Das bedeutet wiederum: geringere CO₂-Emissionen. Nebenbei spart die ARA dadurch auch Strom.

Auch in punkto Mobilität wollen die StWW Vorbild sein. 2005 konnte die erdgasbetriebene Autoflotte ausgebaut werden. Ende 2005 standen bereits 34 erdgasbetriebene Fahrzeuge im Einsatz. Bereits jedes dritte Fahrzeug rollt mit Erdgas. Die Reduktion des CO₂-Ausstosses gegenüber Benzinautos ist beträchtlich.

Sowohl die KVA als auch die ARA decken ihren Strombedarf mit umweltfreundlich erzeugtem Strom, die ARA zu rund 24 Prozent, die KVA zu fast 100 Prozent. Dieser wird in den Anlagen selbst produziert, als Nebenprodukt sozusagen.

Umweltaspekte spielen vor allem in den umweltsensiblen Geschäftsbereichen eine wichtige Rolle. In diesem Zusammenhang steht die erfolgreiche ISO-14001-Rezertifizierung der Hauptabteilungen Wärme und Entsorgung sowie Technik Gas und Wasser. Ebenfalls interessant aus Umweltsicht: Die KVA hat die Rückkühlanlage angepasst und verbraucht dadurch 9800 Kubikmeter weniger Wasser pro Jahr.

Stadtbus Winterthur

«Fahren Sie besser», unter diesem Motto läuft seit Mitte des Berichtsjahres die Imagekampagne von Stadtbus Winterthur. Damit werden sowohl die Bezeichnung «Stadtbus Winterthur» und das dazugehörige Erscheinungsbild in der Bevölkerung weiter verankert als auch die Vorzüge des Busses als ideales Verkehrsmittel auf positive und humorvolle Art hervorgehoben. Bisherige Fahrgäste sollen damit in ihrer Wahl bestärkt, potenzielle Kundinnen und Kunden zum Umsteigen bewogen werden.

Mit dieser Kampagne ist Stadtbus Winterthur voll im Trend: Der öffentliche Verkehr erfreut sich einer wachsenden Beliebtheit. Bei Pendlerinnen und Pendlern zeigt sich dies vor allem während der morgendlichen Spitzenzeiten, wo die Busse nicht selten an die Grenzen ihrer Transportleistung stossen. Auch die Zahlen der Gelegenheitsfahrgäste weisen steigende Tendenz auf. Der Bus als Zubringer zum Einkaufszentrum, der Bus als Teil der Freizeit. So verzeichnen die neuen Linien 14 (HB–Hegi) und 12 (HB–Eschenberg) bereits innerhalb der 3-jährigen Versuchsphase bedeutend stärkere Frequenzen als erwartet.

Mit Blick auf die Zukunft wurden auch im Berichtsjahr grosse Anstrengungen unternommen, um den Nutzen für die Kundschaft weiter zu steigern. Dazu gehören unter anderem die Erneuerung der Infrastruktur, die Schulung des Personals und die frühzeitige Planung von Angebotsanpassungen, um neuen Bedürfnissen zu entsprechen. Weiter im Vordergrund stand die Umsetzung von Massnahmen, welche das Wohlbefinden und das subjektive Sicherheitsgefühl von Fahrgästen und Fahrpersonal unterstützen sollen. Die seit September laufende Umfrage bezüglich der Zufriedenheit der Kundschaft wird die Wahrnehmung dieser Massnahmen durch die Fahrgäste zeigen.

Aufwand und Ertrag

Die Rechnung schliesst mit einem Totalaufwand von 35 754 102.91 Franken und einem Totalertrag von 37 652 590.45 Franken ab. Der Überschuss von 1 898 487.54 Franken wird der Betriebsreserve zugewiesen. Die Einlage in die Betriebsreserve ist die Differenz zwischen budgetiertem Leistungsentgelt (Basis Gesamtaufwand ZVV-Voranschlag) und effektivem Aufwand der Laufenden Rechnung. Der Personalaufwand blieb im Rahmen der Budgetvorgaben, da die Mehrkosten infolge tieferer Produktivität im Fahrdienst (u. a. mehr Krankheits- und Unfallabsenzen) durch die Lohnsenkungsmassnahmen (– 3 % Lohn) aufgefangen wurden. Beim Sachaufwand sind die Fahrzeugkosten höher als budgetiert. Dies ist einerseits auf die massiv gestiegenen Dieselölpreise zurückzuführen und andererseits auf den zusätzlichen Materialverbrauch im Unterhalt. Erheblich unter Budget sind die Aufwendungen für das geplante Leitsystem, da sich die Einführung verzögert hat und die Inbetriebnahme erst ab 2006 erfolgt. Bei den Infrastrukturkosten sind die Aufwendungen für die Fahrleitungen tiefer als budgetiert (weniger Revisionsbedarf), und die Ausgaben für den Gebäudeunterhalt konnten tief gehalten werden. Die Abschreibungen sind markant unter dem Budget, da ein Grossteil der Investitionen für die Leitstellenkomponenten erst nächstes Jahr anfallen. Die Einnahmen entsprachen den budgetierten Erwartungen, insbesondere da die Erträge aus Reparaturleistungen für Dritte (u. a. Garantiarbeiten) zugenommen haben.

Die Betriebsreserve weist folgende Zahlen aus:

Betriebsreserve	Einlage Fr.	Entnahme Fr.	Saldo Fr.
Betriebsreserve per 1.1.			1 492 145.10
Rückzahlung an Zürcher Verkehrsverbund		– 1 425 040.46	
Diverse Personalaktionen		– 22 128.65	
Ergebnis Rechnung 2005	1 898 487.54		
Betriebsreserve 31.12.			1 943 463.53

Leistungsspiegel SBW

Aufwand/Einnahmen	2004	2005	ABW %
Personalaufwand in Tausend Fr.	24 055	25 050	4,1
Sachaufwand	7 530	6 738	–10,5
Kapitalaufwand	4 268	3 954	–7,4
Transportbeauftragter	327	12	–96,3
Total Aufwand	36 180	35 754	–1,2
Total Nebeneinnahmen	2 350	2 353	0,1

Gesamtaufwand pro Fahrplankilometer

Personalaufwand	Fr./km	5,98	5,71	–4,5
Sachaufwand	Fr./km	1,87	1,54	–17,6
Kapitalaufwand	Fr./km	1,06	0,90	–15,1
Total Fahrplankilometer	Fr./km	8,99	8,16	–9,2

Personalbestand per 31.12.

Direktion und Verwaltung	Anz. Pensen	19,35	19,50	0,8
Betrieb und Fahrpersonal	Anz. Pensen	166,30	175,40	5,5
Technik und Werkstatt	Anz. Pensen	29,25	30,25	3,4
Total Personalbestand	Anz. Pensen	214,90	225,15	4,8

Fahrzeugbestand per 31.12.

Gelenktrolleybusse	Anzahl	31	35	12,9
Standardautobusse	Anzahl	29	29	0,0
Gelenkautobusse	Anzahl	18	15	–16,7
Total Fahrzeuge	Anzahl	78	79	1,3

Fahrplankilometer

Stadt	Trolleybusse	km	1 617 857	1 616 159	–0,1
	Autobusse	km	1 496 617	1 800 894	20,3
	Total Stadt	km	3 114 474	3 417 053	9,7
Region	Winterthur–Flughafen	km	531 688	507 044	–4,6
	Winterthur–Elsau	km	80 350	86 228	7,3
	Winterthur–Dättlikon	km	119 571	123 488	3,3
	Winterthur–Gundetswil	km	52 967	120 682	127,8
	Brütten–Nürensdorf–Effretikon	km	90 811	87 957	–3,1
	Nachtbusse	km	35 045	37 124	5,9
	Total Region	km	910 432	962 523	5,7

Total Stadt und Region	km	4 024 906	4 379 576	8,8
------------------------	----	-----------	------------------	-----

Energieverbrauch

Fahrstrom	kWh	5 054 590	5 183 760	2,6
Dieselöl	Liter	1 149 939	1 327 974	15,5

Landesindex

(Basis Mai 1993=100)				
Stand Dezember	Punkte	110,50	111,60	1,1

Direktion

10 neue Trolleybusse

Zehn neue Trolleybusse von der Firma Solaris Bus & Coach aus Polen sind im Laufe des Jahres in Winterthur eingetroffen. Das erste Fahrzeug verkehrte im März zu Schulungszwecken auf dem Stadtnetz und bot den Chauffeurinnen und Chauffeuren Gelegenheit, die Bedienung des Trollino 18 kennen zu lernen. Die wertvollen Erfahrungen im Alltag wurden gesammelt und analysiert, und daraus abgeleitete Verbesserungsvorschläge flossen in die nachfolgende Produktion der übrigen neun Fahrzeuge ein. Die zehn neuen Niederflurtrolleybusse ersetzen Fahrzeuge aus dem Jahre 1982.

Anschaffung von Erdgasbussen soll geprüft werden

In einem Postulat wird der Stadtrat ersucht, die Umstellung von Diesel- auf Gasbusse zu prüfen und dabei



Neuer Trolleybus Trollino 18



8000er-Marke erreicht. Stadtrat Walter Bossert und Reto Abderhalden mit den Fahrgästen.

die ökonomischen und ökologischen Vor- und Nachteile der verschiedenen Antriebsarten zu untersuchen.

Stadtbuss prüft im Zusammenhang mit einer Nachbeschaffung von vier Fahrzeugen die Option «Gasbusse».

Markt

Verlängerung der Buslinie 3

Im Zusammenhang mit dem geplanten Neubau des Einkaufszentrums Rosenberg soll die Buslinie 3, Hauptbahnhof–Rosenberg, verlängert werden. Unter den möglichen Varianten der künftigen Verkehrsführung sorgte insbesondere die angestrebte Erschliessung der Quartiere rund um den Bettenplatz in beiden Fahrrichtungen für einige Kontroversen. Die «IG Buslinie 3» wandte sich mit einer Petition an den Stadtrat, der den Wünschen der Anwohnenden entgegenkam. So werden auch in Zukunft die Busse stadtauswärts über die Schaffhauserstrasse verkehren. Dies wird allerdings zu einer Verschlechterung der Buserschliessung für die Kundschaft der Haltestelle Bettenplatz führen. Sollte sich die Beurteilung der Situation wegen der betrieblich notwendigen Wartezeiten beim Einkaufszentrum Rosenberg ändern, kann die jetzt verworfene Variante zu einem späteren Zeitpunkt noch realisiert werden.

Buslinie 14: Ziel 2008 bereits erreicht

Schon im ersten Jahr haben die Fahrgastzahlen auf der Buslinie 14, Hauptbahnhof–Hegi, die Zielgrösse für 2008 erreicht. Gemäss Zählungen benutzten durchschnittlich 13 bis 15 Passagiere pro Fahrt das neue Angebot. Doppelt so viele wie für das erste Betriebsjahr vorgegeben waren. Besonders attraktiv ist die Verbindung als Zubringer für die steigende Anzahl Kundinnen und Kunden der Geschäfte im Gewerbegebiet Grüze. Falls der Erfolg auch in den Jahren 2006 bis 2008 anhält, wird der Zürcher Verkehrsverbund die Linie 14 in sein reguläres Angebot aufnehmen und finanzieren.

Buslinie 12: Der 8000. Gast

Der «Wildpark-Bus» zwischen dem Hauptbahnhof und dem Bruderhaus hat seine zweite erfolgreiche Saison absolviert. Am letzten Betriebstag Ende Oktober konnte die Marke von 8000 Fahrgästen und damit auch die ZVV-Vorgaben überschritten werden. Den betroffenen Fahrgästen wurde von Stadtrat Walter Bossert ein kleines Präsent überreicht. Das beliebte Naherholungsgebiet von Winter-

thur wird auch 2006 – von März bis Oktober – an den Wochenenden und Feiertagen mit dem öffentlichen Verkehr erreichbar sein.

Zusatzleistungen bei verschiedenen Anlässen

Die Chauffeure und Chauffeurinnen von Stadtbuss leisteten bei verschiedenen Anlässen auf Stadtgebiet zahlreiche Sondereinsätze. So standen beispielsweise für die Besucherinnen und Besucher der Spätvorstellungen des Circus Knie Busse direkt vor dem Zirkuszelt bereit. Die Besuchenden des Albanifests konnten dank einem erweiterten Busangebot bis in die frühen Morgenstunden sicher und bequem nach Hause fahren. Anlässlich der Winterturmer Messe stellte Stadtbuss den inzwischen traditionellen Shuttlebetrieb zum Messegelände sicher. Im Weiteren fuhren regelmässig Einsatzkurse zu grossen GV's, zu Sporttagen und kulturellen Anlässen wie Kyburgiade oder Open-Airs. Am 22. Juni, als der Schienenverkehr in der ganzen Schweiz während Stunden lahm lag, sowie bei weiteren Störungen auf dem SBB-Netz, wurden Personal und Fahrzeuge von Stadtbuss für zahlreiche Bahnersatzfahrten eingesetzt.

Kapazitätsengpässe auf Überlandlinien

Insbesondere im Winterhalbjahr geraten einzelne Busse auf Stadt- und Überlandlinien während der Hauptverkehrszeiten an ihre Kapazitätsgrenzen. Um eine möglichst komfortable und angenehme Beförderung zu gewährleisten, werden vermehrt zusätzliche oder – wo sinnvoll und möglich – grössere Fahrzeuge eingesetzt. Mit diesen Massnahmen reagiert Stadtbuss auf das stetig wachsende Fahrgastaufkommen in den Gemeinden. Gleichzeitig können dadurch Verspätungen und verpasste Anschlüsse weitgehend vermieden werden.

Kampagne für angenehmes Verhalten

Mit der neu lancierten Plakatkampagne «Fairplay im Bus» und «Sicherheit im Bus» wird auf Situationen hingewiesen, die bei den Fahrgästen oft auf Unverständnis stossen, zu Ärger führen oder die Sicherheit beeinträchtigen könnten. Essen und Handygebrauch im Bus, Kinder und Kinderwagen oder besetzte Sitzplätze führen oft zu negativen Reaktionen der Kundschaft. Mit zwölf ansprechenden Sujets in den Bussen wird zu mehr Toleranz und zur Beachtung einiger Grundregeln zur eigenen Sicherheit aufgerufen.

Technik

Leitsystem: Einbau der Leitsystemkomponenten

Nebst der eigentlichen Leitstelle sind die Fahrzeuge ein Hauptbestandteil des neuen Leitsystems. Die Fahrzeuge werden ausgerüstet mit Geräten für die Fahrgast- und Fahrpersonalinformation (Bildschirme und Fahrerdisplay) sowie mit Bordrechner, Funk- und Ansagegeräten, Antennen und Schalter. In einer ersten Phase wurden die Verkabelung und die kleineren Geräte eingebaut. Zwischen Dezember und März 2006 werden die Informations- und Steuergeräte (Infobildschirm, Fahrer-Bediengerät, Bordrechner usw.) installiert. Seit Dezember verkehrt zudem ein Fahrzeug auf den einzelnen Linien, das die notwendigen technischen Tests durchgeführt. Für den Personentransport wird es jedoch vorläufig nur ausnahmsweise eingesetzt.

Einstieg auch bei vorderster Türe

Die vorderste Türe, insbesondere bei den Bussen der städtischen Linien, stand bisher ausschliesslich Fahrgästen mit einer Behinderung als Einstieg zur Verfügung. Neu ist auch die vorderste Türe für alle Fahrgäste benutzbar. Mit dieser Neuerung erfüllt Stadtbus den Wunsch seiner Kundinnen und Kunden und sorgt zugleich für ein rascheres Ein- und Aussteigen an den Haltestellen. Ebenso wird dadurch die Zirkulation im Fahrzeuginnern verbessert. Diese Regelung entspricht im Übrigen der gängigen Praxis anderer Verkehrsunternehmungen.

Betrieb

Konflikte im Bus

Sicherheit im öffentlichen Verkehr ist dem ZVV und Stadtbus Winterthur ein grosses Anliegen. Dank ihren verschiedenen Anstrengungen müssen glücklicherweise nur selten heikle Konfliktsituationen bewältigt werden. Für das Fahrpersonal ist es jedoch sehr wichtig, sich anbahnende Konflikte mit oder zwischen Fahrgästen frühzeitig erkennen und entschärfen zu können. Zu diesem Zweck wurde ein Pilotkurs durchgeführt, in dem das Personal lernt, heikle Situationen durch psychologische Kenntnis rasch einzuschätzen und mit geeigneter Kommunikation und Fingerspitzengefühl Eskalationen zu verhindern. Daran haben auch Mitarbeitende von Stadtbus teilgenommen; die Meinung war einhellig: Diese Ausbildung ist für die Zukunft unerlässlich und soll deshalb zum festen Bestandteil der Weiterbildung werden.

Weitere Sitzgelegenheiten an Haltestellen

Für einen grösseren Komfort an den Bushaltestellen auf Stadtgebiet wurden in den letzten Monaten weitere elf Sitzbänke installiert. Stadtbus Winterthur beabsichtigt, an Haltestellen mit mehr als 50 Einsteigenden pro Tag eine Sitzbank bereitzustellen. Dieser Grundsatz kann umgesetzt werden, wenn das Trottoir mit der Sitzbank mehr als 2 Meter Breite aufweist und die Reinigungs- und Winterdienstfahrzeuge somit ungehindert durchfahren können.

Forstbetrieb

Die Situation betreffend Borkenkäfer im Stadtwald hat sich weiter beruhigt. Trotzdem verharren die Rundholzpreise auf rekordtiefem Niveau. Erst im Herbst 2005 hat die Nachfrage nach Frischholz angezogen. Es wurden 95 Prozent des Hiebsatzes – der nachhaltig nutzbaren Holzmenge – geerntet und verkauft. Nach einem zweitägigen Audit wurde per 30. Juni das FSC-Gruppenmanagementsystem des Forstbetriebes zertifiziert.

Kennzahlen, mittelfristige Entwicklung

Trotz Rückgang der Käferholzmengen verharren die Rundholzpreise auf rekordtiefem Niveau. Gegenüber dem Vorjahr ist der Durchschnittserlös beim Stammholz um weitere 5 Franken auf 78 Franken gesunken. Er liegt damit nur noch einen Franken über den Sturmholzpreisen des Jahres 2000. Trotz tieferer Durchschnittserlöse und 900 Tfm weniger Holznutzung gegenüber dem Vorjahr ist es gelungen, den Ertrag mit 2.621 Millionen Franken in der Grössenordnung der Vorjahre zu halten. Das Betriebsergebnis ist mit einem Aufwandüberschuss von 1 743 000 Franken um 122 000 Franken besser als budgetiert.

Produktionsgrundlagen

Flächenverhältnisse

Aus dem Revier Lindberg wurden die beiden Waldparzellen in Rheinau mit total 181 Aren verkauft. Im Rahmen der Melioration wurden im Revier Hornsäge drei Einzelparzellen, die wegen ihrer Lage nicht kostendeckend zu bewirtschaften waren, mit total 49 Aren Wald verkauft. Die durch den Forstbetrieb Winterthur bewirtschaftete

Fläche beträgt nun 1923 Hektaren (1900 ha Wald, 17 ha Kulturland und 6 ha ertragsloses Land).

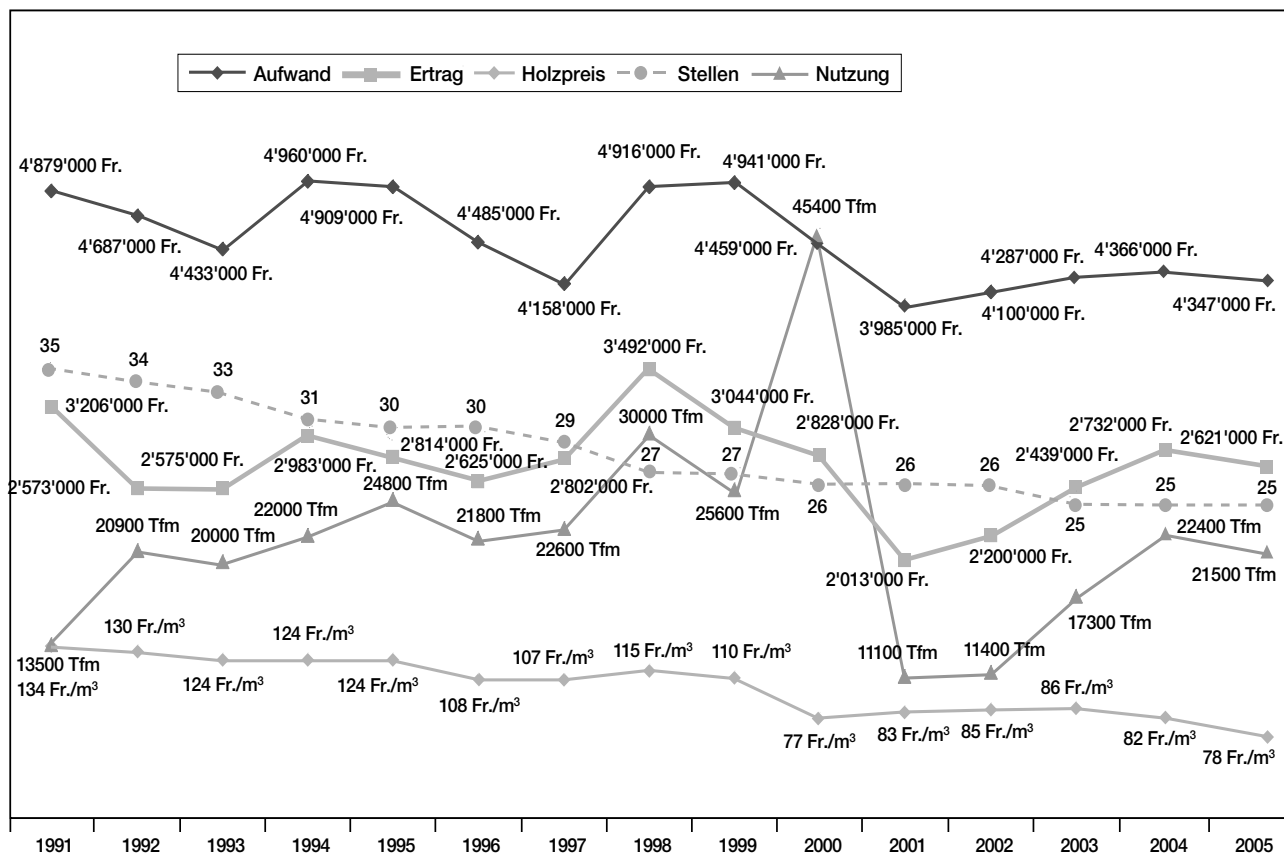
Maschinen und Infrastrukturen

Ende August konnte der Forstbetrieb Winterthur den neuen Knickschlepper HSM 904 6WD in Betrieb nehmen. Dieser ersetzt den 15-jährigen, technisch veralteten und äusserst reparaturanfälligen Knickschlepper John Deere 540 D. Als erste Forstmaschine der Schweiz wurde der HSM 904 mit einem Feinpartikelfilter ausgerüstet, der die Abgase des 176-Kilowatt-Dieselmotors von krebserregenden Feinstaubpartikeln reinigt. Der Forwarder und der Schreitbagger wurden mit Partikelfiltern nachgerüstet. Beim 11-jährigen Knickschlepper HSM 805 wird auf eine Nachrüstung verzichtet, da dieser 2007 zum Ersatz ansteht.

Wegen stetig steigender Preise für fossile Energieträger erlebt Brennholz eine eigentliche Renaissance. Mit der Produktion von rund 700 Ster Brennholz stösst der Forstbetrieb mit seinen gegenwärtigen Infrastrukturen an seine Kapazitätsgrenze. Beim Stützpunkt Eschenbergstrasse wurde versuchsweise ein neuartiges Trocknungslager für Brennholzscheiter entwickelt. Ziel ist es, mit verbesserter Logistik und Trocknung die Brennholzproduktion mittelfristig auf 2000 Ster auszubauen.

Öffentlichkeitsarbeit, Forstumgang

Die Information der Waldbesucherinnen und Waldbesucher an Objekten im Wald mittels Informationstafeln konnten mit Erfolg weiter geführt werden. Auf der Website des Forstbetriebes www.forstbetrieb.winterthur.ch kann ein Newsletter abonniert werden. Die Abonnentinnen und Abonnenten erhalten die im Newsticker des Forstbetriebes aufgeschalteten Aktualitäten aus Wald und Wildpark per Email zugestellt. Wiederum war der Forstbetrieb mit



einem Informationsstand an der Messe für Haus und Garten (HAGA) präsent. Dank diesen Massnahmen konnte die Zahl der negativen Reaktionen auf Handlungen des Forstbetriebes auf ein Minimum reduziert werden.

Breite Beachtung fand die Zertifizierung des neuen FSC-Gruppenmanagementsystems des Forstbetriebes per 30. Juni. Neben dem Waldwirtschaftsverband sind die Städte Winterthur und Zürich die einzigen Trägerinnen eines Gruppenmanagementsystems im Kanton Zürich. Das Managementsystem wurde in enger Zusammenarbeit mit dem Privatwaldverband Oberwinterthur erarbeitet. Es besteht damit die Möglichkeit, sämtliche Waldungen auf Stadtgebiet und bei Bedarf auch in andern Gemeinden mit dem FSC-Ökolabel zu zertifizieren.

Am Forstungang des Grossen Gemeinderates vom 17. September im Raum Mörsburg wurde über Forstberufe und die entsprechende Ausbildung orientiert. Einen weiteren Informationsschwerpunkt bildeten die hoheitlichen Aufgaben des kommunalen Forstdienstes, welche der Forstbetrieb seit einem Jahr im Perimeter des Privatwaldverbandes Oberwinterthur versieht und per 1.1.06 auf das gesamte Gemeindegebiet ausdehnt.

Arbeitssicherheit

Verbesserungen des Gesundheitsschutzes und der Arbeitssicherheit bei den Mitarbeitenden sowie der Schutz von Drittpersonen und Sachwerten sind Daueraufgaben im Forstbetrieb. Im Rahmen des Massnahmenplans Sicherheit 2005 wurden Arbeitstechniken und Werkzeugwahl bei Waldpflegearbeiten analysiert und dem erforderlichen Sicherheitsstandard angepasst. Ferner wurden die öffentlich zugänglichen Bauten des Forstbetriebes auf ihre Benutzungssicherheit überprüft und ein Überwachungssystem etabliert. Mit 0.11 Arbeitsunfällen pro Mitarbeitenden und 58 unfallbedingten Ausfallstunden wurden die gesteckten Sicherheitsziele erreicht.

Dem stehen 0.14 Nichtbetriebsunfälle pro Mitarbeitenden mit 50 Ausfallstunden gegenüber. Bei den Arbeitsunfällen sind Zeckenbisse mit nachfolgendem Borrelioseverdacht weitaus die wichtigste Ursache, gefolgt von Unfällen mit Handwerkzeug. Keine Unfälle gab es bei Motorsäge- und Rückearbeiten.

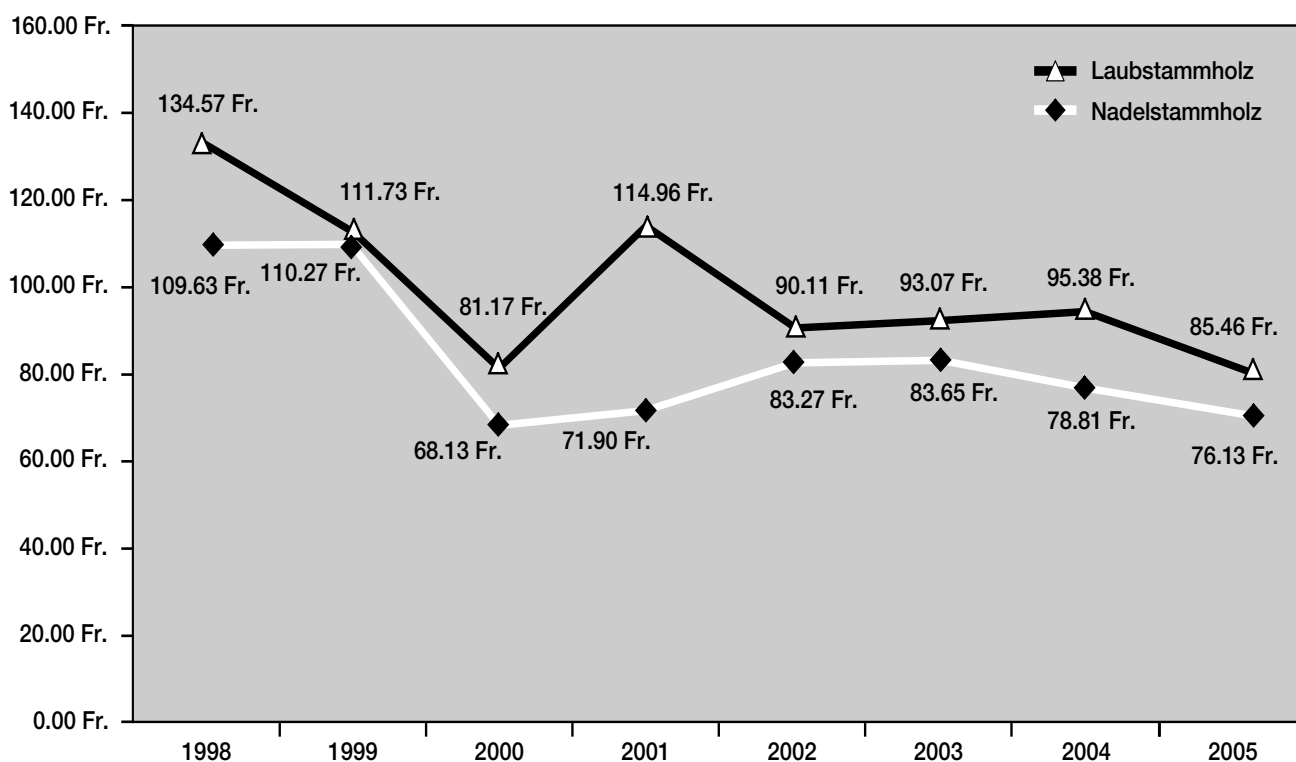
Verrechenbare Leistungen

Holz

Vom 1. September 2004 bis 31. August 2005 wurden im Stadtwald 21 500 Tfm Holz, das entspricht 95 % des Hiebsatzes, geerntet. Aus Durchforstungs- und Lichtungsschlägen stammen 15 200 Tfm und aus Räumungen 5200 Tfm. Hinzu kommen Zwangsnutzungen beschädigter Bäume im Umfang von 160 Tfm und 940 Tfm vom Borkenkäfer befallenes Holz. Die Borkenkäferschäden sind im Berichtsjahr wiederum deutlich unter dem befürchteten Ausmass geblieben, was nicht zuletzt der konsequenten Käferbekämpfung durch den Forstbetrieb zu verdanken sein dürfte.

Nutzung im Forstjahr 2005 in Tariffestmetern

Wirtschaftsteil	Fläche ha	Hiebsatz Tfm	Nutzung Tfm	± %
Eschenberg	757	10 000	10 100	+ 1
Lindberg	197	1 100	1 600	+ 45
Brühlberg	132	1 400	1 600	+ 14
Kümburg	181	2 400	1 700	- 29
Töss	83	850	800	- 6
Wülflingen	257	2 800	1 500	- 46
Wolfensberg	83	1 100	800	- 27
Seen	183	2 500	3 000	+ 20
Hornsäge	27	450	400	- 11
Total	1 900	22 600	21 500	- 5
Vorjahr	1 903	24 300	22 400	- 8



Die verkaufsfertig aufgerüsteten 19 800 m³ Holz setzen sich aus folgenden Hauptsortimenten zusammen:

	2005 m ³	2005 %	2004 m ³	2004 %
Nadelstammholz	9 800	49	9 800	44
Laubstammholz	2 300	12	2 300	10
Industrieholz	900	5	700	3
Brennholz	6 800	34	9 600	43
Total	19 800	100.0	22 400	100.0

Die Holzmarktlage hat sich gegenüber dem Vorjahr erneut verschlechtert. Die Durchschnittserlöse für Laubstammholz von 85.46 Franken je m³ und für Nadelstammholz von 76.13 Franken je m³ liegen um 9 Franken beziehungsweise 2 Franken unter den Erlösen des Vorjahres. Der neuerliche Rückgang der Durchschnittserlöse ist nur zum Teil auf die Holzmarktlage zurückzuführen. Die Erhöhung der Leistungsabhängigen Schwerverkehrsabgabe, die auch im Zubringerverkehr zur Bahn anfällt, dürfte einen Mindererlös von zwei bis drei Franken verursacht haben.

Weiterhin erfreulich entwickelt sich der Energieholzaussatz. 12 000 Schüttekubikmeter Holzschnitzel konnten im Berichtsjahr produziert und mit einem Erlös von 570 000 Franken verkauft werden. Bedeutend ist dabei auch der regionalwirtschaftliche Aspekt: Der Erlös aus dem Holzschnitzelverkauf an die Städtischen Werke Winterthur und die städtischen Schulhäuser tritt vollumfänglich beim städtischen Forstbetrieb und regionalen Unternehmern ein, statt wie beim Einkauf fossiler Brennstoffe im Ausland. In näherer Zukunft ist eine weitere Steigerung des Holzschnitzelabsatzes zu erwarten: Beim Schulhaus Sennhof wurde ein Wärmeverbund mit Holzschnitzelheizung projektiert und im Januar 2006 in Betrieb genommen. Im Gebiet Binzhof bei Zinzikon ist ein weiterer Wärmeverbund mit Holzschnitzelheizung geplant.

Verrechenbare Dienstleistungen

Mit verrechenbaren Dienstleistungen konnte ein Umsatz von 370 000 Franken generiert werden.

Grössere Aufträge waren: Planungsarbeiten und Sicherheitsholzerie für die SBB, Rodungsarbeiten am Dättenerbach und an der Deponie Ried für die Abteilung Tiefbau, Entwässerung und Drainage Freizeitanlage Steig, Einzäunung Freizeitanlage Kanzleistrasse, Parkholzerie für Stadtgärtnerei und am Kantonsspital, Bau von Feuerstellen für Sportamt, Winterdienst für das Strasseninspektorat, Vorraterhebungen im Stadtwald für den kantonalen Forstdienst.

Nicht verrechenbare und hoheitliche Leistungen

Unterhalt von Waldstrassen und -wegen

Neubekiesungen von Waldstrassen konnten aus Kapazitätsgründen nur sehr zurückhaltend vorgenommen werden. Sämtliche Arbeiten nahm das Forstpersonal in Eigenregie mit betriebseigenen Maschinen vor, dadurch konnte der Sachaufwand reduziert werden.

Revier	Strasse	Länge	Massnahme
Eschenberg	Bruderhaus-Eschenbergstrasse	1000 m'	Belagsanierung durch Unternehmer
Brüelberg	Rundstrasse	1200 m'	Neubekiesung mit Wegbaugerät

Verjüngung und Jungwaldpflege

Der überwiegende Teil der Waldverjüngung erfolgte natürlich. Gepflanzt wurden im Berichtsjahr insgesamt

70 Föhren, 200 Lärchen, 310 Douglasien, 85 Eichen, 10 Elsbeeren, 35 Kirschbäume zur Ergänzung der natürlichen Baumartenpalette.

Im Laufe des Sommers wurden 52 Hektaren Jungwüchse und Dickungen gepflegt. 18 Hektaren Stangenhölzer wurden durchforstet und – wo sinnvoll – wertgeastet. Auf 6 Hektaren erfolgte eine Schlagpflege.

Bildung, Erholung und Sport im Wald

Forstmeister, Förster und Forstwarte haben über 500 Stunden Exkursionen und Waldführungen für Schulklassen, Vereine und Privatpersonen geleitet oder Referate zu verschiedensten Themen gehalten.

Nach dem Vorbild von Lenzerheide und Arosa können seit Frühjahr des Berichtsjahres auch im Stadtwald für 541 Standorte Sitzbankgönnerschaften übernommen werden. Sitzbankgönnerschaften können auf dem Onlinestadtplan www.stadtplan.winterthur.ch lokalisiert und auf der Website des Forstbetriebes reserviert werden unter www.forstbetrieb.winterthur.ch

Auf Initiative des Quartiervereins Tössfeld-Brühlberg konnte in der Nähe des Brühlbergturms eine neue Schutzhütte als Unterstand für Waldspielgruppen, Kindergärten und Schulklassen errichtet werden. Eine Gruppe Vertreterinnen und Vertreter des Quartiers und der lokalen Schulhäuser sind für den Betrieb der Schutzhütte verantwortlich.

Wildpark Bruderhaus

Mit Beschluss vom 15. Juni hat der Stadtrat Kenntnis vom Entwicklungs- und Sponsoringkonzept 2020 des Wildparks Bruderhaus genommen. Die neue Leitidee des Wildparks Bruderhaus ist es, Natur und Tierwelt als Teil der Kulturlandschaft erlebbar und begreifbar zu machen und dabei Informationen über Tierbedürfnisse in der freien Wildbahn und in menschlicher Obhut zu vermitteln. Damit wird der Wildpark neu positioniert und hebt sich klar von andern Zoos und Wildparks der Nordostschweiz ab. Die Umsetzung des Konzepts erfolgt in neun jeweils in sich geschlossenen Teilprojekten. Das Teilprojekt 7 Wolfshaltung wird vom Wildparkverein Bruderhaus prioritär gefördert.

Im Berichtsjahr erfolgten keine Umsiedlungen oder Auswilderungen. Hingegen ist für 2006 geplant, drei Przewalskipferde in ein Semireservat im deutschen Sprakel zu übersiedeln.

Tierbestand Ende 2005

Tierart	männlich	weiblich	Jungtiere
Rothirsch	1	4	4
Damhirsch	2	5	4
Sikahirsch	1	4	2
Mufflon	3	8	2
Wildschwein	1	2	-
Wildpferd	4	3	3
Wisent	2	2	2
Luchs	2	-	-

Natur-, Landschafts- und Gewässerschutz

Im Rahmen des Waldrandpflegekonzeptes, des Inventars der kommunalen und überkommunalen Naturschutzobjekte und des Inventars der Waldstandorte von naturkundlicher Bedeutung (WNB) wurden diverse Objekte gepflegt.

Objekt	Kategorie	Nummer	Eingriff	Umfang
Hoh Wülflingen	WNB	230.09	Entbuschung	30 ar
Hangentobel	kommunal		Biotopunterhalt	
Burgstallstrasse	kommunal		Biotopbau	
Rosenstrasse	kommunal		Biotopbau	
Diverse Objekte	Waldrandpflege			818 m'

Wald und Wild

Zur Verbesserung des Wildlebensraums Eschenberg und zur Verminderung von Schalenwildschäden wurde eine Arbeitsgruppe aus Vertretern des kantonalen Amtes für Landschaft und Natur, des Forstbetriebes und der Jagdgesellschaft gebildet. Gemeinsam wurden Jagdstrategien und Massnahmen zur Verbesserung des Lebensraumes erarbeitet und umgesetzt. Die Wirksamkeit der getroffenen Massnahmen wird in den kommenden Jahren sichtbar werden.

Im ganzen Betrieb wurden 900 Stück Einzelschutz erstellt. 720 Laufmeter ausgedienter Zäune wurden entfernt.

Entwässerungen und Verbauungen

Im Auftrag des Strasseninspektorates wurden die Geschiebesammler am Hinteren Krebsbach und beim Sternweiher ausgebaggert.

Sicherheitsholzerei

Sicherheitsholzschnitte mussten an der Unteren Vogel-sangstrasse, der Querstrasse beim Vita Parcours, beim Reitplatz, der Burgruine Alt Wülflingen, entlang der Steig-strasse und an der Heidertalstrasse ausgeführt werden.

Nichtverrechenbare Verwaltungs- und hoheitliche Aufgaben

Per 1. Januar 2006 hat der Forstbetrieb Winterthur die Beförderung des gesamten Privatwaldes auf Gemeinde-gebiet übernommen und neu organisiert.

Abgeschlossen wurde – und von den kantonalen Stellen genehmigt – der Betriebsplan des Reviers Lindberg-Mörsburg. In Bearbeitung ist der Betriebsplan Brühlberg-Schlosshof. Für die Reviere Töss, Seen und Eschenberg wurden Vorratsinventuren ausgeführt und für die Horn-säge eine Bestandeskarte aufgenommen.

Im Berichtsjahr erteilt wurden 23 Bewilligungen für Veranstaltungen und 39 Fahrbewilligungen für Veranstaltungen, 102 für die Zufahrt zu Waldhütten und 81 für diverse Vorhaben im Wald.

Stadtgärtnerei

Die Stadtgärtnerei ist mit ihren etwa 100 Mitarbeitenden massgeblich für eine nachhaltige Entwicklung der Stadt in den Bereichen Freiraum und Naturschutz besorgt. Sie pflegt das öffentliche Grün in Park-, Schul-, Sport- und Verkehrsanlagen und leistet damit einen wesentlichen Beitrag zum gepflegten Erscheinungsbild Winterthurs. Im Friedhof- und Bestattungswesen gewährleistet sie harmonische Abläufe und einen pietätvollen Umgang mit Verstorbenen und Angehörigen.

Im Berichtsjahr arbeitete die Stadtgärtnerei erstmals nach den Richtlinien und Grundsätzen der Wirkungsorientierten Verwaltung und somit mit einem Globalbudget. Ein wichtiger Meilenstein konnte mit der erfolgreich verlaufenen Volksabstimmung zum Rahmenkredit für den Eulachpark in Oberwinterthur realisiert werden. Die Stimmbürger*innen stellten sich mit einem Ja-Stimmenanteil von 62 % hinter das für die Stadtentwicklung sehr wichtige Vorhaben.

Hauptabteilung Planung / Naturschutz

Drei Mitarbeiter, zwei Mitarbeiterinnen (insgesamt 4 Stelleneinheiten) und eine auszubildende Landschaftsbauzeichnerin bearbeiten das vielfältige Aufgabenspektrum dieser Hauptabteilung. Der Hauptabteilungsleiter Planung/Naturschutz ist zugleich Stellvertreter des Bereichsleiters. Gestaltungskonzepte, Umgebungsprojekte, Pflegepläne für Grünanlagen und Friedhöfe, Naturschutzprojekte, Beurteilen von Baugesuchen, Erfassen und Bearbeiten des Baum- und Grünflächenkatasters werden mit Hilfe von CAD und Geografischem Informationssystem bearbeitet. Rund 40 % der Tätigkeit entfallen auf hoheitliche Aufgaben und Grundlagenbewirtschaftung. 60 % werden in Zusammenarbeit mit städtischen und kantonalen Verwaltungsstellen für Freiraum- und Objektplanungen sowie für Naturschutzplanungen aufgewendet. Einzelne Aufträge wurden an private Büros für Landschaftsarchitektur vergeben.

Bearbeitete Projekte Freiraumplanung:

- Eulachpark Oberwinterthur: Vorlage Rahmenkredit
- Umsetzung Allee-Konzept:
Oberes Gern und Zürcherstrasse
- Friedhof Töss: Projekt und Kredit Urnennischenanlage
- Juchpark Veltheim: Baubewilligung und Baubeginn
- Freiraumkonzept Brühlberg-Tössfeld
- Schulhausanlage St. Georgen:
Neugestaltung Pausenplatz

Naturschutz:

- Organisation und Aufsicht der Pflegearbeiten der rund 200 Natur- und Landschaftsschutzobjekte
- Vernetzungsprojekt Dättal - Rumstal
- Vernetzungsprojekt Taggenberg
- 3 Standaktionen beim Wildpark Bruderhaus
- Projektarbeit Bachöffnung Dättalbach
- Neugestaltung Naturschutzgebiet Lantig

Der Eulachpark soll nach der erfolgreichen Abstimmung zum Rahmenkredit über 10.25 Mio. Franken in vier Etappen realisiert werden. Als erstes wird der Ostteil gebaut. Das Detailprojekt und der Objektkredit werden dem Grossen Gemeinderat 2006 zur Genehmigung unterbreitet.



Eulachpark Oberwinterthur, Teilansicht 1. Etappe

Hauptabteilung Grünanlagen

Die rund 50 Mitarbeitenden dieser Hauptabteilung (46,4 Stellen) sind verantwortlich für die fachgerechte Pflege der 90 öffentlichen Anlagen, der 100 Schul- und Kindergartenanlagen, der 24 Rasensportplätze und des Verkehrsgrüns. Auch die Kinderspielflächen und zahlreiche städtische Naturschutzobjekte gehören dazu. Die Zahl der Anlehnstellen für die Fachrichtung Gartenpflege wurde auf vier erhöht. Nach einigen Anfangsschwierigkeiten konnten diese erfolgreich besetzt werden.

Organisatorisch ist die Hauptabteilung Grünanlagen in vier Reviere, eine Regiegruppe und eine Logistikgruppe eingeteilt. Das Revier 2 ist für die Altstadt, Töss und Breite zuständig und basiert auf den zwei Stützpunkten Lindengut und Froberg. Das Revier 3 pflegt vom Stützpunkt Wartstrasse aus die Anlagen in Wülflingen und Veltheim. Für Oberwinterthur ist das Revier 4, mit Standort an der Frauenfelderstrasse, zuständig. Das Revier 5 betreut Seen und Mattenbach. Der Verkauf der Liegenschaft Tiefenbrunnen wurde dazu genutzt, diesen Stützpunkt in ein eigenes Gebäude an der Hochwachtstrasse 25 zu verlegen. Die Regiegruppe ist insbesondere für die Rasenpflege und den baulichen Unterhalt der Anlagen zuständig. Die Logistikgruppe ist in den Gebäulichkeiten der Stadtgärtnerei an der Hochwachtstrasse 23 untergebracht. Sie betreibt die Werkstatt und das Materiallager und koordiniert Transporte und Maschineneinsätze.

Nebst den jährlich wiederkehrenden Unterhaltsarbeiten konnten im Berichtsjahr zwei Kinderspielflächen fertig gestellt und eingeweiht werden. Beim Spielplatz «Chlösterli» in Iberg konnten noch verschiedene Anliegen der Bevölkerung realisiert werden. Es ist unter grossartiger Mitwirkung zahlreicher Eltern und Kinder ein vielseitig nutzbarer Treffpunkt für Jung und Alt entstanden. Für den Spielplatz «Steglitobel» erfolgte nach langwierigem Rechtsstreit, mit Weiterzug bis an das Bundesgericht, die Baubewilligung. Im Frühjahr wurde die Anlage mit eigenen Mitarbeitenden rasch gebaut und Anfang Juni konnte der an einem Hang gelegene Spielgarten mit einem grossem Quartierfest eingeweiht werden.

Um auf die immer noch zunehmende Verunreinigung in den Parkanlagen aufmerksam zu machen, organisierte die Arbeitsgruppe Sauberkeit, in welcher departementübergreifend das Strasseninspektorat, der Forstbetrieb und die Stadtgärtnerei zusammen arbeiten, so genannte «Abfalltage» im Stadtgarten. Dies war auch der Start zu einem zweimonatigen Versuch mit einem Ordnungsdienst in verschiedenen Parkanlagen. Die Patrouillen der Securitas hatten den Auftrag, zu unterschiedlichen Zeiten – auch nachts – die Parkbenutzenden zum Sauberhalten der Anlagen anzuhalten. Ziel war auch, das Sicherheitsgefühl



Einweihungsfest Kinderspielplatz «Steglitobel»

der Passanten und Passantinnen zu erhöhen und mutwillige Beschädigungen an Spielgeräten, Sitzbänken und Pflanzen zu verhindern. Der Versuch erfüllte die Erwartungen weitgehend, wenn auch die Interventionen schwierig waren.

Die Anlage «Bäumli» erhielt im Frühjahr eine schöne Aufwertung. Die Stadt Winterthur durfte zum Anlass des 75-jährigen Jubiläums der Firma Toggenburger AG eine Skulptur des international bekannten Künstlers Ulrich Rückriem entgegen nehmen. Die rund 10 Tonnen schwere Steinskulptur wurde in einer spektakulären Aktion vom bisherigen Standort bei der Klinik Lindberg auf die Terrasse am Goldenberg verschoben.



Versetzen der Skulptur von Ulrich Rückriem auf dem «Bäumli».

Hauptabteilung Friedhöfe / Gärtnerei

Die Hauptabteilung wird seit Frühjahr von Ueli Bertschinger, Landschaftsarchitekt FH/BSLA, geleitet. Hier arbeiten je nach Saison bis zu 42 Mitarbeitende, verteilt auf 29 Stelleneinheiten. Es werden drei Lehrtöchter im Beruf «Zierpflanzengärtnerin» und eine als Floristin ausgebildet. Zusätzlich werden zwei Anlehrestellen im Fachbereich «Friedhofpflege» angeboten.

Im Friedhof Rosenberg wurden ebenso wie in den Grünanlagen im Rahmen eines Projektes des Hilfswerks der evangelischen Kirchen der Schweiz (HEKS) Asylsuchende für einfache Unterhaltsarbeiten eingesetzt. Der Versuch konnte von allen Seiten als Erfolg gewertet werden. Die Einsätze sollen im 2006 wiederholt werden.

Nebst den jährlich wiederkehrenden Grab- und Friedhofpflegearbeiten konnten verschiedene Erneuerungen umgesetzt werden. Das Gemeinschaftsgrab wurde teilweise neu gestaltet und mit Wechselblumen bepflanzt. Beim Eingang Nord zum Friedhof Rosenberg wurde der Parkplatz saniert und ein neuer Zugangsweg erstellt. Im Friedhof Oberwinterthur wurde ein Grabfeld neu gestaltet. Um der sich stetig wandelnden Friedhofs- und Bestattungskultur auch in Zukunft gerecht zu werden, wurde dem Stadtrat ein Entwicklungskonzept für die Friedhöfe unterbreitet. Gemeinschaftsgräber auf allen Vorortsfriedhöfen, eine Erweiterung des Friedhofs Rosenberg für Baumgräber und die Erstellung eines Friedhofteils für muslimische Bestattungen sowie die Revision der Bestattungs- und Friedhofverordnung sind Themen des Konzepts.

Nach wie vor zieht das neue Krematorium zahlreiche interessierte Besuchende an. Es wurden Führungen für Fachleute, Schüler und Schülerinnen, Polizeikader und Angehörige des Personalverbandes organisiert. Auch Betreiber und Betreiberinnen von Krematorien aus dem In- und Ausland interessieren sich für die Winterthurer Anlage.

In der Produktionsgärtnerei im «Büel» wurden etwa 210 000 Topf- und Gruppenpflanzen produziert und vor allem für die Gräber im Friedhof Rosenberg und für die Rabatten in den Grünanlagen verwendet. Eine weitere Aufgabe der Gärtnerei ist das Überwintern der zahlreichen Kübelpflanzen, die im Sommer Anlagen und Plätze verschönern oder für Dekorationen verwendet werden.

Friedhofverwaltung

Die Friedhofverwaltung organisiert und koordiniert alle Tätigkeiten im Zusammenhang mit einem Todesfall. Hauptsächlich fallen darunter die administrative Erfassung, das Einsargen und der Transport, die Aufbahrung, die Kremation, die Organisation der Trauerfeier und der Bestattung. Ferner berät sie die Angehörigen betreffend Grabwahl und -bepflanzung. Die Broschüre «Todesfall – Bestattung – Grabpflege» wurde neu gestaltet und aufgelegt.

Initiativen und parlamentarische Vorstösse

Abschreibungen nachgeführt bis 31. Dezember 2005

Pendente Vorstösse

Volksinitiativen

keine pendenten Geschäfte

Einzelinitiativen

keine pendenten Geschäfte

Beschlussanträge

1. Die Stadt Winterthur als «GATS-freie Gemeinde» (Nr. 05/083).

Eingereicht von Hedi Strahm (SP) am 7. November 2005.
Noch nicht überwiesen.

Motionen

Erheblich erklärte

1. Ergänzung der Abstellplatzverordnung (Nr. 87-104).

Eingereicht von Stefan Schwerzmann (POCH) am 29. Juni 1987.
Erheblich erklärt am 12. September 1988.

2. Integriertes Verkehrs- und Nutzungskonzept für das Bahnhofgebiet Winterthur (Nr. 89-012).

Eingereicht von Hans Rudolf Lacher (EVP) am 23. Januar 1989.
Erheblich erklärt am 12. März 1990.

3. Bau eines Veloweges zwischen dem Grüntal und dem Schulhaus Büelwiesen (Nr. 89-123).

Eingereicht von Ernst Wohlwend (SP) am 2. Oktober 1989.
Erheblich erklärt am 29. Oktober 1990.

4. Ersatz für die Biotopfunktion des Toggenburgerweiher und Abklärung des möglichen Erholungspotentials (Nr. 99-029).

Eingereicht von Matthias Gfeller (Grüne/LdU/DaP), David Hauser (SP) und Stefano Terzi (EVP) am 15. März 1999.
Überwiesen am 17. Mai 1999.
Vom Stadtrat beantwortet am 3. November 1999.
Erheblich erklärt am 10. Januar 2000.
Am 9. Juli 2001 Frist bis 30. Juni 2004 erstreckt.
Am 15. November 2004 Frist bis zum Vorliegen eines ausführungsfähigen und kreditrechtlich bewilligten kantonalen Projekts «Rückhalteraum Hegmatten» erstreckt.

5. Assistenzzuschuss für Menschen mit Behinderung (Nr. 00-078).

Eingereicht von Nina Dorizzi (SP) am 3. Juli 2000.
Überwiesen am 11. September 2000.
Vom Stadtrat beantwortet am 7. März 2001.
Erheblich erklärt am 12. November 2001.
Am 14. April 2003 Frist erstreckt bis 30. Juni 2005.
Vom Stadtrat beantwortet am 22. Juni 2005.

6. Velounterführung am Hauptbahnhof Nord (Nr. 01-051).

Eingereicht von Haymo Empl (CVP), Matthias Gfeller (Grüne), Edi Wettstein (SP) und Rolf Weibel (EVP) am 14. Mai 2001.
Überwiesen am 9. Juli 2001.

Vom Stadtrat beantwortet am 12. Dezember 2001.
Erheblich erklärt am 14. Januar 2002 und Frist erstreckt bis Ende 2003.
Am 5. November 2003 weitere Fristverlängerung bis 31. Dezember 2005 beantragt mit Kreditantrag von Fr. 485'000.- für die Projektierung Veloparkhaus Milchküchenareal SBB AG und die erste Etappe Radwegunterführung.
Am 21. Juni 2004 Projektierungskredit bewilligt und Frist erstreckt bis 31. Dezember 2005.

7. Entschädigung für Behördenmitglieder (Nr. 01-072).

Eingereicht von Marianne Ott (SP), Adrian Ramsauer (Grüne/DaP), Ruth Kleiber-Schenkel (EVP) und Haymo Empl (CVP) am 9. Juli 2001.
Überwiesen am 27. August 2001.
Vom Stadtrat beantwortet am 20. Februar 2002.
Erheblich erklärt am 6. Mai 2002.
Vom Stadtrat ein neues Reglement vorgeschlagen am 5. November 2003.
Am 26. April 2004 Vorschlag für neues Reglement an den Stadtrat zurückgewiesen.
Am 15. November 2004 Frist für Zweitvorlage erstreckt bis Ende Februar 2005.

Motionen

Vom Grossen Gemeinderat noch nicht erheblich erklärt

1. Konstruktives Referendum (Nr. 05-021).

Eingereicht von Anja Peter (AL) und Martin Stauber (Grüne) am 21. März 2005.
Überwiesen am 29. August 2005.

2. Bessere Gestaltungsmöglichkeiten für Dachgeschosse (Nr. 05-096).

Eingereicht von Peter Rütimann (FDP) am 5. Dezember 2005.
Noch nicht überwiesen.

Postulate

1. Sportförderung (Nr. 02-091).

Eingereicht von Dieter Kläy (FDP) am 23. September 2002.
Überwiesen am 19. Januar 2004.
Vom Stadtrat beantwortet am 19. Januar 2005.

2. Optimale Nutzung der Schulhausabwartungen in Winterthur (Nr. 03-006).

Eingereicht von Gisela Beutler-Bucher (SVP), Ruth Kleiber-Schenkel (EVP), Carolyn Bodmer-Gilgen (FDP), Rolf Schürmann (CVP) am 20. Januar 2003.
Überwiesen am 7. Juli 2003.
Vom Stadtrat beantwortet am 23. Juni 2004.
Vom Grossen Gemeinderat ein Ergänzungsbericht verlangt am 27. Juni 2005.
Ergänzungsbericht des Stadtrates am 21. Dezember 2005.

3. Schaffung von mehr Teilzeitstellen (Nr. 04-015).

Eingereicht von Franz Scherrer (CVP) am 23. Februar 2004.
Überwiesen am 21. März 2005.

4. Velohelmschliessfächer am Hauptbahnhof (Nr. 04-065).

Eingereicht von Edi Wettstein (SP) am 21. Juni 2004.
Überwiesen am 25. Oktober 2004.
Vom Stadtrat beantwortet am 6. Dezember 2005.

5. Prävention sexueller Ausbeutung von Kindern im Sport (Nr. 04-120).

Eingereicht von Mona Schwager (SP) am 6. Dezember 2004.
Überwiesen am 27. Juni 2005.

6. Offenlegung der projektbezogenen Kultur-Beiträge (Nr. 05-005).

Eingereicht von Natalie Rickli (SVP) am 24. Januar 2005.
Noch nicht überwiesen.

7. Einführung eines Waldkindergartens (Nr. 05-019).

Eingereicht von Stefan Fritschi (FDP) am 21. März 2005.
Überwiesen am 3. Oktober 2005.

8. Erhöhung des Angebots von Krippenplätzen für städtische Angestellte (Nr. 05-020).

Eingereicht von Mona Schwager und Gabriella Schmid (SP) am 21. März 2005.
Noch nicht überwiesen.

9. Keine städtischen Aufträge an Lohndumper (Nr. 05-035).

Eingereicht von Hedi Strahm (SP) am 18. April 2005.
Überwiesen am 11. Juli 2005.

10. Stadtbusse mit Erdgasantrieb (Nr. 05-047).

Eingereicht von Stefan Fritschi (FDP) am 27. Juni 2005.
Überwiesen am 29. August 2005.

11. Einführung von öffentlichen Tagesschulen (Nr. 05-059).

Eingereicht von Beat Gruber, Mona Schwager und Beatrix Baltensberger (SP) am 29. August 2005.
Überwiesen am 3. Oktober 2005.

12. Preissenkung für Oekostromprodukte (Nr. 05-073).

Eingereicht von Daniela Werner und Hedi Strahm (SP) am 3. Oktober 2005.
Überwiesen am 21. November 2005.

13. Neue Linienführung der Buslinie 4 (Nr. 05-080).

Eingereicht von Josef Lisibach (SVP) am 31. Oktober 2005.
Überwiesen am 21. November 2005.

14. Partizipation und Mitsprachemöglichkeit von älteren Menschen in der Stadtpolitik und Verwaltungstätigkeit (Nr. 05-081).

Eingereicht von Beatrix Baltensberger und Mona Schwager (SP) am 31. Oktober 2005.
Noch nicht überwiesen.

15. Musikförderungsleitbild (Nr. 05-092).

Eingereicht von Eva Schlegel (SP) am 21. November 2005.
Noch nicht überwiesen.

16. Gebühren, Benützung des öffentlichen Grundes (Nr. 05-093).

Eingereicht von Peter Fuchs (SVP) am 21. November 2005.
Noch nicht überwiesen.

6. Prävention gegen Jugendgewalt in der Schule (Nr. 05-034).

Eingereicht von Eva Schlegel und Beat Gruber (SP) am 18. April 2005.
Vom Stadtrat beantwortet am 5. Oktober 2005.

7. Finanzielle Zuwendung an den TSV-Winterthur (Nr. 05-042).

Eingereicht von Peter Fuchs (SVP) am 20. Juni 2005.
Vom Stadtrat beantwortet am 30. November 2005.

8. Lastenausgleich für die polizeilichen Leistungen Winterthurs (Nr. 05-052).

Eingereicht von Lilith C. Hübscher (Grüne/AL) am 11. Juli 2005.
Vom Stadtrat beantwortet am 21. Dezember 2005.

9. Lastenausgleich für die sozialen Leistungen Winterthurs (Nr. 05-053).

Eingereicht von Lilith C. Hübscher (Grüne/AL) am 11. Juli 2005.
Vom Stadtrat beantwortet am 14. Dezember 2005.

10. Rechtsgrundlage Polis (Nr. 05-054).

Eingereicht von David Berger (Grüne/AL) am 11. Juli 2005.
Vom Stadtrat beantwortet am 21. Dezember 2005.

11. Geschlechtsspezifische Jugendarbeit (Nr. 05-055).

Eingereicht von Gabriella Schmid (SP) am 11. Juli 2005.
Vom Stadtrat beantwortet am 21. Dezember 2005.

12. Mediterrane Abteilungen in den städtischen Alters- und Pflegeheimen am 11. Juli 2005 (Nr. 05-056).

Eingereicht von Gabriella Schmid und Edi Wettstein (SP) am 11. Juli 2005.
Vom Stadtrat beantwortet am 14. Dezember 2005.

13. Gentechnik in Winterthur? (Nr. 05-070).

Eingereicht von Daniela Werner (SP) am 19. September 2005.
Vom Stadtrat noch nicht beantwortet.

14. Sanierung Turnhalle Geiselweid (Nr. 05-079).

Eingereicht von Ursula Dolski-Gebendinger (CVP) am 31. Oktober 2005.
Vom Stadtrat noch nicht beantwortet.

15. Erlöse aus Liegenschaften-Verkäufen (Nr. 05-089).

Eingereicht von Werner Badertscher (SVP) am 21. November 2005.
Vom Stadtrat noch nicht beantwortet.

16. Vergabe von Standplätzen an den Märkten in der Altstadt von Winterthur (Nr. 05-090).

Eingereicht von Alexander Huber (FDP) am 21. November 2005.
Vom Stadtrat noch nicht beantwortet.

17. Stellenpool der Stadtverwaltung (Nr. 05-091).

Eingereicht von Ursula Dolski-Gebendinger (CVP) am 21. November 2005.
Vom Stadtrat noch nicht beantwortet.

18. Einhaltung der Bedingungen bei Ausschreibungen (Nr. 05-095).

Eingereicht von Werner Badertscher (SVP) am 5. Dezember 2005.
Vom Stadtrat noch nicht beantwortet.

Interpellationen

1. Bilanz Liegenschaftenhandel Hölken-Areal (Nr. 04-046).

Eingereicht von Nicolas Galladé (SP) am 7. Juni 2004.
Vom Stadtrat beantwortet am 20. Oktober 2004.

2. Planungsstand der tiefergelegten Vogelsangstrasse (Nr. 05-016).

Eingereicht von Peter Rütimann und Jürg Hofmann (FDP) am 21. März 2005.
Vom Stadtrat beantwortet am 21. September 2005.

3. Verkehrskonzept Grüzefeld und Zentrumsgebiet Oberwinterthur (Nr. 05-017).

Eingereicht von Jürg Hofmann und Peter Rütimann (FDP) am 21. März 2005.
Vom Stadtrat beantwortet am 21. September 2005.

4. Verkehrsplanung in die Offensive! (Nr. 05-018).

Eingereicht von Peter Rütimann und Jürg Hofmann (FDP) am 21. März 2005.
Vom Stadtrat beantwortet am 21. September 2005.

5. Stadtentwicklung auf allen Kanälen (Nr. 05-032).

Eingereicht von Peter Rütimann und Jürg Hofmann (FDP) am 18. April 2005.
Vom Stadtrat beantwortet am 5. Oktober 2005.

Schriftliche Anfragen

1. Bewirtschaftung der weissen Parkfelder als zentral-örtliche Abgeltung (Nr. 05-086).

Eingereicht von Lilith C. Hübscher (Grüne/AL) am 11. November 2005.
Vom Stadtrat noch nicht beantwortet.

Erledigte

Volksinitiativen

1. Mehr Zug für Winterthur – für den Winterthurer S-Bahn-Vollausbau (Nr. 02-023).
Eingereicht vom Initiativkomitee am 6. März 2002.
Überwiesen am 8. April 2002.
Am 2. Juli 2003 vom Stadtrat Fristverlängerung beantragt.
Am 25. August 2003 Frist erstreckt bis 6. März 2004.
Vom Stadtrat beantwortet am 3. März 2004.
Vom Grossen Gemeinderat abgelehnt und mit der Empfehlung zur Verwerfung der Volksabstimmung unterbreitet am 18. April 2005.
Zurückgezogen und erledigt abgeschlossen am 11. Mai 2005.
2. Ja zur Biblischen Geschichte an der Primarschule (Nr. 05-024).
Eingereicht vom Initiativkomitee am 18. März 2005.
Vom Stadtrat beantwortet am 30. März 2005.
Vom Grossen Gemeinderat abgelehnt und mit der Empfehlung zur Verwerfung der Volksabstimmung unterbreitet am 18. April 2005.
Annahme der Initiative an der Volksabstimmung vom 5. Juni 2005.

Einzelinitiativen

1. Reduktion des Stadtrates von 7 auf 5 Mitglieder (Nr. 05-037).
Eingereicht von Marlis Kopp am 29. April 2005.
Vom Grossen Gemeinderat abgelehnt und erledigt abgeschlossen am 19. September 2005.

Beschlussanträge

1. Änderung der Geschäftsordnung des Grossen Gemeinderates (Nr. 04-114).
Eingereicht von Ruth Werren (FDP) am 15. November 2004.
Abgelehnt und erledigt abgeschlossen am 29. August 2005.

Motionen

1. Bau einer städtischen Muster-Wohnsiedlung (Nr. 90-003).
Eingereicht von Ernst Wohlwend (SP) am 15. Januar 1990.
Erheblich erklärt am 18. März 1991.
Mit dem Verkauf des Areals Tägelmoo (Nr. 05-039) an die ASIG Genossenschaft erledigt abgeschlossen am 20. Juni 2005.
2. Rychenbergstrasse – Aufhebung der Klassierung als kommunale Strasse Nr. 01-059).
Eingereicht von Rolf Weibel (EVP), Matthias Gfeller (Grüne/DaP) und Hans Ulrich Würzler (SP) am 11. Juni 2001.
Nicht erheblich erklärt und erledigt abgeschlossen am 21. November 2005.
3. Schiessanlage Wülflingen (Nr. 03-097).
Eingereicht von Marianne Ott (SP), Anja Peter (Grüne/AL) und Nik Gugger (EVP) am 10. November 2003.
Zurückgezogen und erledigt abgeschlossen am 28. Februar 2005.
4. Schaffung der Stelle eines Sozialinspektors / einer Sozialinspektorin (Nr. 04-103).
Eingereicht von Ruth Werren (FDP) am 25. Oktober 2004.
Zurückgezogen und erledigt abgeschlossen am 27. Juni 2005.
5. Anpassung des Mutterschaftsurlaubs für städtische Angestellte (Nr. 04-104).
Eingereicht von Natalie Rickli (SVP) am 25. Oktober 2004.
Abgelehnt und erledigt abgeschlossen am 11. Juli 2005.

6. Schliessung des Energieladens (Nr. 04-112).
Eingereicht von Stefan Fritschi (FDP) am 15. November 2004.
Zurückgezogen und erledigt abgeschlossen am 11. Juli 2005.
7. Online-Stelleninserate (Nr. 04-121).
Eingereicht von Natalie Rickli (SVP) am 6. Dezember 2004.
Abgelehnt und erledigt abgeschlossen am 11. Juli 2005.
8. Neues Einbürgerungsorgan (Nr. 05-043).
Eingereicht von Adrian Ramsauer (Grüne/AL) am 20. Juni 2005.
Abgelehnt und erledigt abgeschlossen am 29. August 2005.

Postulate

1. Räumliche Verbindung Altstadt – Sulzerareal Stadtmitte (Nr. 02-090).
Eingereicht von David Hauser (SP) am 23. September 2002.
Erledigt abgeschlossen am 20. Juni 2005.
2. Parkleitsystem für Winterthur (Nr. 02-144).
Eingereicht von Dieter Kläy (FDP) am 9. Dezember 2002.
Zurückgezogen und erledigt abgeschlossen am 31. Oktober 2005.
3. Auf den Winterthurer Friedhöfen ein würdiges Gemeinschaftsgrab (Nr. 03-020).
Eingereicht von Ruth Kleiber-Schenkel (EVP) am 24. Februar 2003.
Erledigt abgeschlossen am 11. Juli 2005.
4. Konzept zur Kinder- und Jugendpartizipation (Nr. 03-040).
Eingereicht von Nicolas Galladé (SP), Nik Gugger (EVP), Anja Peter (Grüne/AL) und Ursula Bründler-Krismer (CVP) am 14. April 2003.
Erledigt abgeschlossen am 27. Juni 2005.
5. Beleuchtung Zebrastreifen (Nr. 03-073).
Eingereicht von Gabriella Schmid (SP), Martin Stauber (Grüne/AL), Ursula Bründler-Krismer (CVP) und Nik Gugger (EVP) am 8. September 2003.
Erledigt abgeschlossen am 11. Juli 2005.
6. Kindertag statt Tochtterttag (Nr. 03-113).
Eingereicht von Natalie Rickli (SVP) am 8. Dezember 2003.
Erledigt abgeschlossen am 11. Juli 2005.
7. Sparrunden ohne Belastung der Familien (Nr. 04-012).
Eingereicht von Ursula Bründler-Krismer am 23. Februar 2004.
Abgelehnt und erledigt abgeschlossen am 28. Februar 2005.
8. Winterthur in den Reisecar-Führer, Parkplätze für Touristen-Cars (Nr. 04-022).
Eingereicht von Ruth Kleiber-Schenkel (EVP) am 22. März 2004.
Erledigt abgeschlossen am 21. November 2005.
9. Liegenschaftspolitik (Nr. 04-066).
Eingereicht von Urs Böni (SP) und Lilith C. Hübscher (Grüne und AL) am 28. Juni 2004.
Abgelehnt und erledigt abgeschlossen am 28. Februar 2005.
10. Überprüfung der städtischen Strukturen, Aufgaben und Standards (Nr. 04-089).
Eingereicht von Ruth Werren (FDP) am 20. September 2004.
Abgelehnt und erledigt abgeschlossen am 28. Februar 2005.
11. Wochenmarkt, Anpassung der Marktverordnung vom 12. Oktober 1983 (Nr. 04-090).
Eingereicht von Beatrix Baltensberger (SP) am 20. September 2004.
Zurückgezogen und erledigt abgeschlossen am 19. September 2005.
12. Zentralisierung der Betreibungs- und Stadtmannämter in Winterthur (Nr. 04-102).
Eingereicht von Elisabeth Leschke (SP) am 25. Oktober 2004.
Zurückgezogen und erledigt abgeschlossen am 18. April 2005.
13. Parkplätze hinter Stadthaus (Nr. 04-123).
Eingereicht von Ursula Künsch (FDP) und Walter Langhart (SVP) am 13. Dezember 2004.
Abgelehnt und erledigt abgeschlossen am 7. November 2005.

14. Evaluation Road Pricing für Winterthur (Nr. 05-048).

Eingereicht von Daniela Werner und Hedi Strahm (SP) am 27. Juni 2005.
Abgelehnt und erledigt abgeschlossen am 21. November 2005.

15. Gratisverleih von Velos für Winterthur (Nr. 05-069).

Eingereicht von Daniela Werner (SP) am 19. September 2005.
Abgelehnt und erledigt abgeschlossen am 21. November 2005.

Interpellationen**1. Verwechslung bei Routinekontrollen (Nr. 03-049).**

Eingereicht von Gabriella Schmid (SP) und Anja Peter (Grüne/AL) am 2. Juni 2003.
Erledigt abgeschlossen am 31. Oktober 2005.

2. Kontrollstelle gegen Sozialhilfe-Missbrauch (Nr. 03-079).

Eingereicht von Herbert Iseli (EDU) und Natalie Rickli (SVP) am 22. September 2003.
Erledigt abgeschlossen am 27. Juni 2005.

3. Verlässlichkeit bei der Eishallennutzung (Nr. 03-091).

Eingereicht von Peter Rütlimann (FDP) am 10. November 2003.
Zurückgezogen und erledigt abgeschlossen am 27. Juni 2005.

4. Gruppenleitungen Horte (Nr. 03-092).

Eingereicht von Carolyn Bodmer-Gilgen (FDP) am 10. November 2003.
Erledigt abgeschlossen am 29. August 2005.

5. Aktionstag «Zur Arbeit ohne mein Auto» (Nr. 03-093).

Eingereicht von Beat Böckli (SP) am 10. November 2003.
Erledigt abgeschlossen am 7. November 2005.

6. Fussgängerbeschilderung (Nr. 03-094).

Eingereicht von Stefan Fritschi (FDP) am 10. November 2003.
Erledigt abgeschlossen am 20. Juni 2005.

7. Pensionsregelung für Stadtratsmitglieder (Nr. 03-096).

Eingereicht von Stefan Fritschi (FDP) am 10. November 2003.
Erledigt abgeschlossen am 27. Juni 2005.

8. Verpflichtung Asylsuchender zu gemeinnütziger Arbeit (Nr. 03-109).

Eingereicht von Alexander Huber (FDP) am 8. Dezember 2003.
Erledigt abgeschlossen am 27. Juni 2005.

9. Auswärtige Angestellte in der Stadtverwaltung (Nr. 03-110).

Eingereicht von Josef Lisbach (SVP) am 8. Dezember 2003.
Erledigt abgeschlossen am 11. Juli 2005.

10. Restaurant Altersheim Neumarkt (Nr. 03-111).

Eingereicht von Ursula Künsch (FDP) am 8. Dezember 2003.
Erledigt abgeschlossen am 7. November 2005.

11. Kriminelle Asylbewerber (Nr. 03-115).

Eingereicht von Christa Kern-Weber (SVP) am 15. Dezember 2003.
Erledigt abgeschlossen am 21. November 2005.

12. Berufliche Integration junger Menschen (Nr. 04-004).

Eingereicht von Beatrix Baltensberger (SP) am 19. Januar 2004.
Erledigt abgeschlossen am 7. November 2005.

13. «Publikations-Ferien» bei Baugesuchen im Monat Dezember (Nr. 04-005).

Eingereicht von Gisela Beutler-Bucher (SVP) und Jakob Heusser (FDP) am 19. Januar 2004.
Erledigt abgeschlossen am 11. Juli 2005.

14. Einrichtung eines Mittagstischs im Oberstufenschulhaus Heiligberg (Nr. 04-006).

Eingereicht von Eva Schlegel (SP) am 19. Januar 2004.
Erledigt abgeschlossen am 27. Juni 2005.

15. Unterhaltungszentrum der Asylkoordination (Nr. 04-010).

Eingereicht von Walter Langhard (SVP) am 23. Februar 2004.
Erledigt abgeschlossen am 27. Juni 2005.

16. Massnahmen gegen die hohe Ozonbelastung (Nr. 04-011).

Eingereicht von Urs Böni (SP) am 23. Februar 2004.
Erledigt abgeschlossen am 7. November 2005.

17. Winterthur als Austragungsort von Sportanlässen (Nr. 04-019).

Eingereicht von Nicolas Galladé (SP) am 22. März 2004.
Erledigt abgeschlossen am 27. Juni 2005.

18. Besetzung Sulzer Hochhaus (Nr. 04-020).

Eingereicht von Natalie Rickli (SVP) am 22. März 2004.
Erledigt abgeschlossen am 31. Oktober 2005.

19. Frühmorgendlicher Lastwagenlärm (Nr. 04-030).

Eingereicht von Peter Rütlimann (FDP) am 26. April 2004.
Erledigt abgeschlossen am 7. November 2005.

20. Taxisituation am Bahnhofplatz (Nr. 04-031).

Eingereicht von Alexander Huber (FDP) am 26. April 2004.
Erledigt abgeschlossen am 7. November 2005.

21. Lehrstellen bei internationalen Firmen (Nr. 04-043).

Eingereicht von Nicolas Galladé (SP) am 7. Juni 2004.
Erledigt abgeschlossen am 29. August 2005.

22. Tieferlegung der Zürcherstrasse (Nr. 04-044).

Eingereicht von Ruth Werren (FDP) am 7. Juni 2004.
Erledigt abgeschlossen am 11. Juli 2005.

23. Nicht in Kraft gesetzte Parkplatzgebühren-Verordnung (Nr. 04-045).

Eingereicht von Elisabeth Leschke (SP) am 7. Juni 2004.
Erledigt abgeschlossen am 7. November 2005.

24. Erscheinungsbild der Stadt Winterthur (Nr. 04-047).

Eingereicht von Werner Badertscher (SVP) am 7. Juni 2004.
Erledigt abgeschlossen am 11. Juli 2005.

25. Festlegung der Gebiete mit publikumsintensiven Einrichtungen (Nr. 04-053).

Eingereicht von Jack Würzler (SP) am 21. Juni 2004.
Erledigt abgeschlossen am 11. Juli 2005.

26. Partikelfilter für Dieselbusse (Nr. 04-054).

Eingereicht von Adrian Ramsauer (Grüne/AL) am 21. Juni 2004.
Zurückgezogen und erledigt abgeschlossen am 27. Juni 2005.

27. Kindergarten und Schule finden statt (Nr. 04-055).

Eingereicht von Eva Schlegel (SP) am 21. Juni 2004.
Erledigt abgeschlossen am 29. August 2005.

28. Schwund der Baurechte im Finanzvermögen (Nr. 04-056).

Eingereicht von Marianne Ott (SP) am 21. Juni 2004.
Erledigt abgeschlossen am 28. Februar 2005.

29. Einhaltung der Budgetvorgaben (Nr. 04-057).

Eingereicht von Ruth Werren (FDP) am 21. Juni 2004.
Erledigt abgeschlossen am 11. Juli 2005.

30. 90 % Ausländeranteil im Jugendhaus (Nr. 04-075).

Eingereicht von Natalie Rickli (SVP) am 30. August 2004.
Erledigt abgeschlossen am 7. November 2005.

31. Koordinationsstelle für Integration (Nr. 04-076).

Eingereicht von Josef Lisbach (SVP) und Peter Rütlimann (FDP) am 30. August 2004.
Erledigt abgeschlossen am 29. August 2005.

32. Einbezug der Veltheimer Bevölkerung bei der Verwendung der Erträge aus dem Luciak-Weilenmann-Fond (Nr. 04-077).

Eingereicht von Urs Böni (SP) am 30. August 2004.
Erledigt abgeschlossen am 7. November 2005.

33. Stelleninserat im Landboten (Nr. 04-078).

Eingereicht von Annina Meier-Camenisch (FDP) am 30. August 2004.
Erledigt abgeschlossen am 11. Juli 2005.

34. Gestaltung eines zugänglichen Gewässers im Rahmen der Höherlegung des Mattenbaches (Nr. 04-088).

Eingereicht von Jack Würgler (SP) am 20. September 2004.
Erledigt abgeschlossen am 11. Juli 2005.

35. Anwendung des Gesetzes über selbständige Gemeindeanstalten in Winterthur (Nr. 04-100).

Eingereicht von Dieter Kläy (FDP) am 25. Oktober 2004.
Erledigt abgeschlossen am 29. August 2005.

36. Einheitliche Grundlagen im Subventionswesen der Stadt Winterthur (Nr. 04-101).

Eingereicht von Ursula Dolski (parteilos) am 25. Oktober 2004.
Erledigt abgeschlossen am 7. November 2005.

37. Mehrwertsteuern bei WOV-Betrieben (Nr. 04-111).

Eingereicht von Ursula Künsch (FDP) am 15. November 2004.
Erledigt abgeschlossen am 7. November 2005.

38. Kosteneinsparungen im Schuldepartement (Nr. 04-118).

Eingereicht von Ruth Werren (FDP) am 6. Dezember 2004.
Erledigt abgeschlossen am 3. Oktober 2005.

39. Neue Polizeiverordnung (APV) Artikel 16 (Nr. 04-119).

Eingereicht von Gabriella Schmid (SP) am 6. Dezember 2004.
Erledigt abgeschlossen am 21. November 2005.

40. Projekt Fokus (Nr. 05-001).

Eingereicht von Norbert Albi (SVP) und Dieter Kläy (SVP) am 24. Januar 2005.
Erledigt abgeschlossen am 24. Januar 2005.

41. Winterthurer Abgaben für das Agglomerationsförderungsprojekt des Bundes (Nr. 05-002).

Eingereicht von Peter Rütimann (FDP) am 24. Januar 2005.
Erledigt abgeschlossen am 24. Januar 2005.

42. Finanzierung von Verkehrsprojekten (Nr. 05-015).

Eingereicht von Jürg Hofmann und Peter Rütimann (FDP) am 21. März 2005.
Erledigt abgeschlossen am 21. November 2005.

43. Reorganisation der städtischen Alters- und Pflegeheime (Nr. 05-033).

Eingereicht von Beatrix Baltensberger und Mona Schwager (SP) am 18. April 2005.
Erledigt abgeschlossen am 21. November 2005.

44. Blockzeitenstundenpläne auf der Mittelstufe (Nr. 05-044).

Eingereicht von Adrian Ramsauer (Grüne/AL) am 27. Juni 2005.
Erledigt abgeschlossen am 27. Juni 2005.

45. Verlängerung der Buslinie 3, Rosenberg (Nr. 05-050).

Eingereicht von Beatrix Baltensberger (SP) am 11. Juli 2005.
Erledigt abgeschlossen am 29. August 2005.

45. Alterspflege (Nr. 05-067).

Eingereicht von Beat Stettler (SP) am 19. September 2005.
Erledigt abgeschlossen am 19. September 2005.

46. Befristete Lohnkürzung des städtischen Personals (Nr. 05-068).

Eingereicht von Ursula Bründler-Krismer (CVP) am 19. September 2005.
Erledigt abgeschlossen am 19. September 2005.

47. Auswirkungen bei einem Nein zur Revision des Arbeitsgesetzes am 27. November 2005 auf Winterthur (Nr. 05-078)

Eingereicht von Natalie Rickli (SVP) am 31. Oktober 2005.
Erledigt abgeschlossen am 31. Oktober 2005.

48. Finanzielle Auswirkungen der Abstimmung vom 27. November betreffend Integrationskurse für die Stadt Winterthur (Nr. 05-088).

Eingereicht von Nicolas Galladé (SP) am 21. November 2005.
Erledigt abgeschlossen am 21. November 2005.

49. Aus für den Bahngüterverkehr in Töss und Wülflingen (Nr. 05-094).

Eingereicht von Adrian Ramser (Grüne/AL) am 5. Dezember 2005.
Erledigt abgeschlossen am 5. Dezember 2005.

Schriftliche Anfragen

1. Sparvorschläge der städtischen Angestellten (Nr. 04-098).

Eingereicht von Werner Badertscher (SVP) am 25. Oktober 2004.
Erledigt abgeschlossen am 12. Januar 2005.

2. Rauchfreie Zone im Foyer des Stadttheaters Winterthur (Nr. 04-099).

Eingereicht von Dieter Kläy (FDP) am 25. Oktober 2004.
Erledigt abgeschlossen am 12. Januar 2005.

3. Sicherheit an der Zürcherstrasse beim Zentrum Töss (Nr. 04-117).

Eingereicht von Ruth Werren (FDP) am 6. Dezember 2004.
Erledigt abgeschlossen am 2. März 2005.

4. Ablehnung des Volksschulgesetzes im Jahre 2002 – Bilanz der Auswirkungen auf die Stadt Winterthur (Nr. 05-003).

Eingereicht von Nicolas Galladé (SP) am 24. Januar 2005.
Erledigt abgeschlossen am 23. März 2005.

5. Überbauung im Schlosstal (Nr. 05-004).

Eingereicht von Ruth Kleiber-Schenkel (EVP) am 24. Januar 2005.
Erledigt abgeschlossen am 20. April 2005.

6. Verkehrsentwicklung auf der Unteren Vogelsangstrasse (Nr. 05-008).

Eingereicht von Rolf Weibel (EVP) am 28. Februar 2005.
Erledigt abgeschlossen am 11. Mai 2005.

7. Entwicklung des Steueraufkommens (Nr. 05-009).

Eingereicht von Rolf Weibel (EVP) am 28. Februar 2005.
Erledigt abgeschlossen am 25. Mai 2005.

8. Floh- und Trödlermarkt (Nr. 05-029).

Eingereicht von Yvonne Beutler (SP) am 18. April 2005.
Erledigt abgeschlossen am 6. Juli 2005.

9. Änderung der Gemeindeordnung (Nr. 05-030).

Eingereicht von David Hauser (SP) am 18. April 2005.
Erledigt abgeschlossen am 13. Juli 2005.

10. Finanzielle Folgen einer Streichung von BVG Art. 69 Abs 2 (Nr. 05-031).

Eingereicht von David Hauser (SP) am 18. April 2005.
Erledigt abgeschlossen am 22. Juni 2005.

11. Steuerausfälle aus Zusammenbruch der Erb-Gruppe (Nr. 05-046).

Eingereicht von Nicolas Galladé (SP) am 27. Juni 2005.
Erledigt abgeschlossen am 28. September 2005.

12. Freibad Geiselweid (Nr. 05-051).

Eingereicht von Edi Wettstein (SP) am 11. Juli 2005.
Erledigt abgeschlossen am 5. Oktober 2005.

Behördenverzeichnis

(Stand 31.12.05)

Grosser Gemeinderat

Amtsduer 2002 – 2006

Präsidentin:	Ott Marianne, Rechtsanwältin (SP)
1. Vizepräsidentin:	Kleiber Ruth, Handarbeitslehrerin (EVP)
2. Vizepräsident:	Rütimann Peter, lic. iur., Rechtsanwalt (FDP)
Stimmenzähler/in:	Bienz-Meier Gabi, lic. iur. Rechtsanwältin (CVP) Künsch Ursula, Dr. med., Frauenärztin (FDP) Schär Stefan, Detailhandelsangestellter (SVP) Wettstein Edi, Werkstatt-Lehrer (SP)
Ratssekretär:	Frauenfelder Arthur, Stadtschreiber

Mitglieder:

- * Albi Norbert, Unternehmer / Schausteller (SVP)
- * Badertscher Werner, Kapo ZH / Zivilangestellter (SVP)
- * Baltensberger Beatrix, Eidg. Dipl. Sozialvers.-Fachfrau (SP)
- * Baumann Monika, lic. iur. Bezirksanwältin (SVP)
- Berger David, Informatiker (AL)
- * Beutler Yvonne, Redaktorin / lic. iur. / Friedensrichter (SP)
- Bienz-Meier Gabi, lic. iur. Rechtsanwältin (CVP)
- * Bodmer-Gilgen Carolyn, lic. phil. I (FDP)
- * Böni Urs, Gartenbauer (SP)
- * Bründler-Krismer Ursula, Kinderkrankenschwester / Hausfrau (CVP)
- * Daurü Andreas, dipl. Psychiatriepfleger DN II (SP)
- Dennler Pia, lic. iur., Rechtsanwältin (SP)
- * Dolski-Gebendinger Ursula, Personalberaterin (CVP)
- * Fritschi Stefan, Dipl. Betriebs- u. Produktionsing. ETH (FDP)
- * Fuchs Peter, Unternehmer (SVP)
- * Galladé Nicolas, Kaufm. Angestellter / Journalist (SP)
- * Gruber Beat, Projektleiter Bauwesen (SP)
- Gugger Niklaus, Jugend- und Schulsozialarbeiter (EVP)
- * Hauser David, lic. phil. I, Historiker (SP)
- * Heusser Jakob, Eidg. Dipl. Hafnermeister (FDP)
- * Hofmann Jürg, Landschaftsarchitekt HTL / Unternehmer (FDP)
- Hollenstein Martin, Dipl. Gärtnermeister (CVP)
- * Huber Alexander, Dr. sc. nat., Wissenschaftler (FDP)
- Hübscher Lilith C., Redaktorin (Grüne)
- * Iseli Herbert, Techn. Kaufmann (EDU)
- * Keller Heinrich, Geschäftsführer ZGS (SVP)
- * Kern-Weber Christa, Kaufm. Angestellte / Hausfrau (SVP)
- * Kläy Dieter, Dr. phil. I (FDP)
- * Kleiber Ruth, Handarbeitslehrerin (EVP)
- * Künsch Ursula, Dr. med., Frauenärztin (FDP)
- * Langhard Walter, Betriebsleiter (SVP)
- * Lisibach Josef, Kantonspolizist (SVP)
- * Martinelli-Weidmann Ursula, Krankenschwester (EVP)
- * Meier-Camenisch Annina Martina, lic. iur. (FDP)
- * Meier Rudolf, Landwirt (SVP)
- * O'Brien Silv, Asylantenbetreuerin / Schulpflegerin (Grüne)
- * Ott Marianne, Rechtsanwältin (SP)

- * Ramsauer Adrian, Rechtsanwalt (Grüne)
- Rickli Natalie, Kaufm. Angestellte (SVP)
- * Rütimann Peter, lic. iur., Rechtsanwalt (FDP)
- * Schär Stefan, Detailhandelsangestellter (SVP)
- * Schlegel Eva, Klavierlehrerin (SP)
- * Schmid Gabriella, Soziologin (SP)
- * Schmid Kilian, Krankenpfleger (SP)
- * Schürmann René, Personalchef (CVP)
- * Schwager Mona, Krankenschwester / Hebamme (SP)
- * Schwengeler René, Kaufmann (SD)
- Senn Yves, Bijoutier (SVP)
- * Stauber Martin, Kulturingenieur ETH (Grüne)
- * Steiner Werner, Dipl. Bauing. ETH/SIA, Geschäftsführer (SVP)
- Stettler Beat, Gewerkschaftssekretär (SP)
- Stierli Silvio, lic. iur., Staatsanwalt (SP)
- * Strahm Hedi, Programmiererin (SP)
- Weibel Rolf, Typograf (EVP)
- * Weiler Heinz, Kantonspolizist (SVP)
- * Werner Daniela, Lehrerin (SP)
- * Wernli Paul, Einsatzleiter Arbeitsprojekte (SP)
- * Werren Ruth, Einkäuferin / Prokuristin (FDP)
- * Wettstein Edi, Werkstatt-Lehrer (SP)
- * Würigler Hans Ulrich, Rechtsanwalt (SP)

Die mit * bezeichneten Mitglieder sind Winterthurer Bürger/innen.

Austritte im Berichtsjahr:

Wegmüller Hanspeter (SVP), Piotrowski Stefan (FDP), Dorizzi Nina (SP), Leschke Elsbeth (SP), Scherrer Franz (CVP), Peter Anja (AL), Böckli Beat (SP), Künzle Michael (CVP) und Beutler-Bucher Gisela (SVP).

Parlamentarische Kommissionen

Erweiterte Ratsleitung (ERL)

Präsidentin:	Ott Marianne (SP)
Mitglieder:	Kleiber Ruth (EVP) Rütimann Peter (FDP) Beutler Yvonne (SP) Wettstein Edi (SP) Ramsauer Adrian (Grüne) Iseli Herbert (EDU) Kern-Weber Christa (SVP) Schürmann René (CVP)

Aufsichtskommission (AK)

Präsidentin:	Beutler Yvonne (SP)
Mitglieder:	Badertscher Werner (SP) Baltensberger Bea (SP) Bienz-Meier Gabi (CVP) Fritschi Stefan (FDP) Kleiber Ruth (EVP) Stauber Martin (Grüne) Stettler Beat (SP) Weiler Heinz (SVP) Wernli Paul (SP) Werren Ruth (FDP)

Sachkommission Stadtentwicklung (SEK)

Präsident: Rütimann Peter (FDP)
Mitglieder: Dennler Pia (SP)
Galladé Nicolas (SP)
Hollenstein Martin (CVP)
Lisibach Josef (SVP)
Weibel Rolf (EVP)
Würgler Hans Ulrich (SP)

Sachkommission Hochbau (HBK)

Präsidentin: Wettstein Edi (SP)
Mitglieder: Albl Norbert (SVP)
Böni Urs (SP)
Daurù Andreas (SP)
Heusser Jakob (FDP)
Huber Alexander (FDP)
Hübscher Lilith C. (Grüne)

Sachkommission Tiefbau, Umwelt, Verkehr, Ent- und Versorgung (TUVEK)

Präsident: Ramsauer Adrian (Grüne)
Mitglieder: Fuchs Peter (SVP)
Kläy Dieter (FDP)
Steiner Werner (SVP)
Stierli Silvio (SP)
Strahm Hedi (SP)
Werner Daniela (SP)

Sachkommission Bildung, Sport und Kultur (BSKK)

Präsident: Iseli Herbert (EDU)
Mitglieder: Baumann Monika (SVP)
Berger David (AL)
Bodmer-Gilgen Carolyn (FDP)
Gruber Beat (SP)
Rickli Natalie (SVP)
Schlegel Eva (SP)

Sachkommission Soziales und Sicherheit (SSK)

Präsidentin: Kern-Weber Christa (SVP)
Mitglieder: Bründler Ursula (CVP)
Gugger Niklaus (EVP)
Langhard Walter (SVP)
Meier-Camenisch Annina M. (FDP)
Schmid Gabriella (SP)
Schwager Mona (SP)

Bürgerrechtskommission (BüK)

Präsident: Schürmann René (CVP)
Mitglieder: Dolski-Gebendinger Ursula (CVP)
Hofmann Jürg (FDP)
Keller Heinrich (SVP)
Meier Rudolf (SVP)
O'Brien Silv (Grüne)
Schmid Kilian (SP)

Parteilpolitische Zusammensetzung des Grossen Gemeinderates

Sozialdemokratische Partei	SP	20
Schweizerische Volkspartei	SVP	14
Freisinnig-demokratische Partei	FDP	10
Christlich-demokratische Volkspartei	CVP	5
Evangelische Volkspartei	EVP	4
Grüne Partei	Grüne	4
Eidgenössische Demokratische Union	EDU	1
Schweizer Demokraten	SD	1
Alternative Liste	AL	1
Total Mitglieder		60

Stadtrat

Stadtpräsident: Ernst Wohlwend
Vizepräsident: Reinhard Stahel
Mitglieder: Pearl Pederngana
Michael Künzle
Walter Bossert
Verena Gick
Maja Ingold
Stadtschreiber: Arthur Frauenfelder

Departement Kulturelles und Dienste

Ernst Wohlwend

Stellvertreter: Reinhard Stahel

Stadtkanzlei
Personalamt
Stadtarchiv
Stadtentwicklung
Integration
Quartierkultur und Freizeitaktionen
Kulturelles
Stadtammann- und Betreibungsämter
Friedensrichteramt

Departement Finanzen

Verena Gick

Stellvertreterin: Pearl Pederngana

Finanzkontrolle
Finanzamt
Steueramt
Informatikdienste
Liegenschaftenverwaltung

Departement Bau

Reinhard Stahel

Stellvertreter: Ernst Wohlwend

Zentrale Dienste
Stadtplanungsamt
Tiefbau
Hochbau
Vermessungsamt
Baupolizeiamt

Departement Sicherheit und Umwelt*Michael Künzle**Stellvertreter: Walter Bossert*

Departementsstab
 Umweltschutzfachstelle
 Stadtpolizei
 Polizeirichteramt
 Feuerwehr
 Zivilschutzamt
 Melde- und Zivilstandswesen
 Arbeitsamt
 Gesundheitsamt

Departement Schule und Sport*Pearl Pedergrana**Stellvertreterin: Maja Ingold*

Departementsstab
 Bildung
 Berufsbildung
 Zentrale Dienste
 Sport

Departement Soziales*Maja Ingold**Stellvertreterin: Verena Gick*

Vormundschaftswesen
 Soziale Dienste
 Alter und Pflege

Departement Technische Betriebe*Walter Bossert**Stellvertreter: Michael Künzle*

Städtische Werke
 Stadtbus Winterthur
 Stadtgärtnerei
 Forstbetrieb

Stadträtliche Ausschüsse**Personalausschuss**

Präsident: Ernst Wohlwend
 Vizepräsidentin: Verena Gick
 Mitglied: Maja Ingold
 Ersatz: Walter Bossert

Bauausschuss

Präsident: Reinhard Stahel
 Vizepräsident: Ernst Wohlwend
 Mitglied: Walter Bossert
 Ersatz: Verena Gick

Grundsteuernausschuss

Präsidentin: Verena Gick
 Vizepräsident: Walter Bossert
 Mitglied: Reinhard Stahel
 Ersatz: Ernst Wohlwend

Michael Künzle

Finanz- und Investitionsausschuss

Präsidentin: Verena Gick
 Mitglieder: Ernst Wohlwend
 Walter Bossert
 Ersatz: Reinhard Stahel

Schulbehörden**Zentralschulpflege**

Präsidentin: Pearl Pedergrana, Stadträtin
 Vizepräsidentin: Dora Weigold,
 Kreisschulpflegepräsidentin

Mitglieder:

Walter Oklé	Präsident Kreisschulpflege Stadt
Ruedi Ehram	Präsident Kreisschulpflege Mattenbach
Toni Patscheider	Präsident Kreisschulpflege Oberwinterthur
Susanne Haelg	Präsidentin Kreisschulpflege Seen
Bea Schläpfer	Präsidentin Kreisschulpflege Töss
Dora Weigold-Maurer	Präsidentin Kreisschulpflege Veltheim
Martin Hasenfratz	Präsident Kreisschulpflege Wülflingen

Kreisschulpflegen**Altstadt**

Präsident: Walter Oklé, Kürschner
 1. Vizepräsident: Felix Müller, dipl. Architekt ETH/SIA
 2. Vizepräsidentin: Iris Brom, Damenschneiderin

Mitglieder:

Jürg Berger, dipl. Experte in Rechnungslegung
 und Controlling
 Iris Brom, Damenschneiderin
 Dorothea Dubs-Sommer, lic. iur.
 Marlene Dünner Leu, kaufm. Angestellte
 Jacqueline Engler-Beauverd, Sprachlehrerin
 Barbara Eppler, Kommunikationsberaterin, Coaching
 Hans Peter Gisler, lic. phil. I/Kaufmann
 Vinzenz Glaus, dipl. Naturwissenschaftler ETH
 Margrit Joelson-Strohbach, Dr. phil. I, Mittelschullehrerin
 Marianne Kienast, Geschäftsfrau
 Philipp Künzler, Techniker TS Klima
 Alfred Lanz, dipl. phil. I, Medienfachmann
 Anne-Käthi Matter-Messerli, Hauswirtschaftslehrerin/
 Familienfrau
 Esther Mötteli-Sigg, Lehrerin/Hausfrau
 Felix Müller, dipl. Architekt ETH/SIA
 Heidi Müller, Sekretärin
 Hanspeter Neumeyer, lic. phil. I, Psychotherapeut
 Walter Oklé, Kürschner
 Johanna Reinhart, Lebensmittelingenieurin ETH
 Martin Sonderegger, Arzt

Hannes Wydler, El.-Ing. HTL

Mattenbach

- Präsident: Ruedi Ehram, Werklehrer
 1. Vizepräsidentin: Kristin Ljungberg,
 dipl. Übersetzerin/Hausfrau
 2. Vizepräsidentin: Ruth Trachsler, Sekretärin

Mitglieder:

Berrin Ant, KV/Familienfrau
 Alfred Artho, Bahnhofsassistent SBB
 Franco Cazzato, eidg. dipl. Malermeister
 Dennis Dell'Apollonia, Reprograf
 Ruedi Ehram-Meierhans, Werklehrer
 Gaby Fritz-Rosser, Familienfrau
 Marie Louise Gisler-Püntener, Familienfrau
 Lilith Claudia Hübscher, Redaktorin
 Andrea Knasmillner, KV/Familienfrau
 Evelyne Landwehr, Familienfrau
 Kristin Ljungberg, dipl. Übersetzerin/Hausfrau
 Sabine Maurus-Marty, KV/Familienfrau
 Yves Senn, Geschäftsführer
 Ruth Trachsler, Sekretärin/Hausfrau
 Linda Vogel, KV/Familienfrau
 Petra Weidemann, Hausfrau/Betriebsbeamtin SBB
 Markus Würzer, Hausmann

Oberwinterthur

- Präsident: Toni Patscheider, El. Ing. HTL
 1. Vizepräsidentin: Vreni Gross-Güntensperger,
 Familienfrau
 2. Vizepräsidentin: Annemarie Gluch-Bosshard,
 Ernährungsberaterin

Mitglieder:

Peter Bleisch, Berufsinspektor
 Cornelia Brändli, Familienfrau/Krankenschwester
 Petra Fink, Betriebsassistentin Post
 Ingrid Gabriele, Sachbearbeiterin/Familienfrau
 Annemarie Gluch-Bosshard, Ernährungsberaterin
 Vreni Gross-Güntensperger, Familienfrau
 Silvia Haller-Girsberger, Hausfrau/Zahnarztgehilfin
 Walter Kübler, Ing. HTL
 Regina Kurzen-Fuchs, Familienfrau/Arztgehilfin
 Anna Lüdi-Kluz, Krankenschwester/Hausfrau
 Daniel Oswald, Ing. HTL
 Toni Patscheider, El. Ing. HTL
 Regula Salm, Familienfrau/Dentalassistentin
 Sonja Sartor-Mettler, Legasthenie-Therapeutin
 Andrea Schär, Köchin
 Paul Schellenberg, dipl. Architekt HTL/STV
 Sonja Scholz-Krögel, Soz.-Pädagogin
 Silvia Waibel-Kraft, Schulsekretärin
 Traugott Würmli, Fachlehrer
 Maria Zehnder, Dr. Oekonomie/Dolmetscherin
 Angela Zoske, Familienfrau/Krankenpflegerin

Seen

- Präsidentin: Haelg Susanne, Kauffrau
 1. Vizepräsidentin: Beatrice Helbling-Wehrli, Typografin
 2. Vizepräsident: Peter Flückiger, Hausmann

Mitglieder:

Esther Althaus, Buchhändlerin
 Bruno Bischof, Dipl. Bauleiter Hochbau
 Emil Bodenmann, Betriebsfachmann
 Claudia Braun, Hausfrau

Peter Flückiger, Hausmann
 Monika Frei-Mattenberger, Kindergärtnerin
 Maya Früh-Huber, med. Praxisassistentin
 Susanne Haelg, Kauffrau
 Beatrice Helbling-Wehrli, Typografin
 Nelly Iseli, Hausfrau
 Dominic Gerhard Kleiber, Oberstufenlehrer
 Betty Konyo Schwerzmann, Buchhalterin
 Markus Kopp, Ing. HTL
 Andrea Lorca, Familienfrau/med. Praxisassistentin
 Angelika Neukomm-Riesen, Hausfrau/Mutter
 Marcel Rüegg, Fachspezialist
 Monique Stadler Schaad, Grafikerin
 Maja Studer, Hausfrau/Turn- und Sportlehrerin ETH
 Suzanne Ziegler-Peter, lic. oec. HSG/Dozentin ZHW

Töss

- Präsidentin: Bea Schläpfer-Schweizer,
 kfm. Angestellte
 1. Vizepräsidentin: Beatrice Tarancón,
 Direktionsassistentin
 2. Vizepräsident: vakant

Mitglieder:

Esther Baptista, Familienfrau, Hauswartin
 Cornelia Brunner-Scherrer, Kinderkrankenschwester
 Werner Burger, Elektro-Kontrolleur/Chefmonteur mit
 eidg. Fachausweis
 Mario Covi, Bankangestellter
 Monika Frey-Schwager, Familienfrau
 Felix Helg, Jurist
 Annegret Jeger, Buchhändlerin/Familienfrau
 Bea Schläpfer-Schweizer, kaufm. Angestellte
 Werner Schwendimann, Betriebsdisponent SBB
 Richard Stadelmann, Dipl. Masch.-Ing. ETH
 Beatrice Tarancon-Ensslin, Direktionsassistentin
 Luzia Toppan-Seiler, kaufm. Angestellte
 1 Vakanz

Veltheim

- Präsidentin: Dora Weigold-Maurer,
 Sekretärin/Hausfrau
 1. Vizepräsidentin: Christa Honegger Hauser, Juristin
 2. Vizepräsident: Gossweiler Hans-Rudolf,
 alt Mittelschullehrer

Mitglieder:

Hans Paul Brunner, dipl. Kaufmann
 Hans-Rudolf Gossweiler, alt Mittelschullehrer
 Christa Honegger Hauser, Juristin
 Christine Kellermüller Schelb, Primarlehrerin/
 Psychomotorik-Therapeutin
 Christoph Magnusson, Finanzberater
 Anita Manser Bonnard, dipl. Betriebs- und
 Organisationspsychologin IAP
 Sylvia Schwob-Häberli, Familienfrau/Arztgehilfin
 Roland Spiri, Siebdrucker, Stellwerkangestellter
 Ursula Staufer-Schüle, Elektrophysiologisch-Technische
 Assistentin
 Susanne Trost Vetter, Theraterschaffende
 Annelise Wehrli Gisler, lic. phil I/Heilpädagogin
 Dora Weigold-Maurer, Sekretärin/Hausfrau
 1 Vakanz

Wülflingen

Präsident: Martin Hasenfratz, Bereichsleiter
 1. Vizepräsident: vakant
 2. Vizepräsident: Andreas Both, Geschäftsführer
 Mitglieder:

Andreas Both, Geschäftsführer
 Regula Crestani-Schneider, Hausfrau und Mutter
 Martin Hasenfratz, Bereichsleiter
 Heinz Juon, Projektleiter
 Rietje Kranz-Creemers, Sprach- und Religionslehrerin
 Cécile Krättli-Derendinger, Geschäfts- und Hausfrau
 Felix Landolt, Architekt/Projektleiter
 Thomas Larcher, Ing. HTL
 Isabella Matzinger, kaufm. Angestellte
 Helena Meier-Suter, Familienfrau
 Markus Moser, Landwirt
 Eva Müller-Angst, kaufm. Angestellte
 Doris Steiner, Hausfrau und Mutter
 Silvia Stöckli, Primarlehrerin
 Michel Vallat, Fachlehrer
 Renate Werren Aeschbach, Hausfrau und Mutter
 Judith Wittwer-Blosser, medizinische Laborantin/
 Hausfrau

Fürsorgebehörde

Präsidentin: Maja Ingold, Stadträtin
 Vizepräsident: Lothar Kausche, lic. oec. HSG
 Sekretärin: Daniela Moro

Mitglieder:

Beatrix Baltensperger-Brander,
 Sozialarbeiterin HFS
 Gabi Bienz-Meier, Juristin/Hausfrau
 Gabriela Böni, kaufmännische Angestellte
 Astrid Füllemann-Seiler,
 Krankenpflegerin FA SRK
 Deborah Kuhn, Primarlehrerin/Hausfrau/Mutter
 Hanspeter Scheuring, Lehrer
 Ursula Schweizer-Stahel, Hausfrau
 Irene Spörri Bättig,
 Reallehrerin/Hausfrau
 Hans Steiger, techn. Angestellter
 Paul Übersax, Diakon
 Urs Wanders, Unternehmensberater
 Alexander Wunderli, Spitalseelsorger
 Heinz Zentner, Grafiker

Vormundschaftsbehörde

Präsidentin: Maja Ingold
 Vizepräsident: Urs Gürtler, Jurist

Mitglieder:

Marcel Brenn, Jurist
 Gabriela Herzog Zah, dipl. Sozialarbeiterin FH
 Elsbeth Lehmann, Juristin
 Doris Schumacher, dipl. Sozialarbeiterin FH

Städtische Kommissionen

1. Departement Kulturelles und Dienste

Verwaltungskommission der Pensionskasse

Präsident: Ernst Wohlwend, Stadtpräsident
 Vizepräsidentin: Verena Gick, Stadträtin

Mitglieder:

Peter Bihr, PVW
 Riccarda Foi Masciadri, PVW
 Stefan Graber, Polizeibeamtenverband
 Silvia Nef, VPOD
 Walter Nisple, PVW
 Christoph Pohl, VPOD

Ersatz:

Kasimir Bischoff, Polizeibeamtenverband
 Alice Maltempi, PVW

Personalkommission

Präsident: Ernst Wohlwend, Stadtpräsident
 Vizepräsident: Maja Ingold, Stadträtin
 Beisitzerin: Verena Gick, Stadträtin

Mitglieder:

Brigitte Berginz, Kindergärtnerinnenkonvent
 Reinhard Linder, VPOD
 Paul Matter, Polizeibeamtenverband
 Helmut Pfeifer, PVW
 Käthi Schneider, VPOD
 Daniel Schneller, PVW
 Jorge Serra, VPOD
 Eugen Kindhauser, PVW
 Silvio Tortelli, Polizeibeamtenverband

Theaterkommission

Präsident: Ernst Wohlwend, Stadtpräsident
 Vizepräsident: Reinhard Stahel, Stadtrat
 Akteur: Ernst Jäggi, Theater am Stadtgarten

Mitglieder:

Yvonne Beutler *
 Walter Büchi, Kultursekretär
 Willy Germann *
 Gian Gianotti, Künstlerischer Leiter
 Sylvia Hirschle **
 Fritz Hoffmann *
 Gottfried Katzgrau ***
 Dieter Lang ****
 Paul Schnewlin
 Ruth Werren *

* Vertreter/innen Grosser Gemeinderat

** Vertreterin Theaterverein

*** Vertreter Kanton

**** Vertreter Regionsgemeinden

Kunstkommission

Präsident: Ernst Wohlwend, Stadtpräsident
 Vizepräsident: Reinhard Stahel, Stadtrat
 Sekretärin: Judith Bodmer

Mitglieder:

Gregor Frehner **
 Werner WAL Frej **
 Othmar M. Gnädinger
 Elisabeth Hefti *
 Daniel Hoehn *
 Stefan Piotrowski *
 Dieter Schwarz

* Vertreter/innen Grosser Gemeinderat
 ** Künstlergruppe

Beratende Stimme:

Walter Büchi, Kultursekretär
 Alois Ulrich, Stadtarchitekt

Literaturkommission

Präsident: Ernst Wohlwend, Stadtpräsident

Mitglieder:

Walter Büchi, Kultursekretär
 Stefan Busz, Redaktor
 Dr. Angelika Maass, Redaktorin
 Denise Sorba-Mosimann, Lehrerin
 Wolfgang Vogel, Buchhändler

Integrationskommission

Präsident: Ernst Wohlwend, Stadtpräsident
 Vizepräsidentin: Maja Ingold, Stadträtin
 Mitglied: Pearl Pedergrana, Stadträtin

Weitere Mitglieder:

Regula Forster
 Silvia Schilter Gander
 Mark Würth
 Nadja Witzemann

Im Weiteren:

Hans-Jakob Mosimann,
 Präsident Ausländer-Beirat (Gast)

Stadtentwicklungskommission

Präsident: Ernst Wohlwend, Stadtpräsident
 Vizepräsident: Reinhard Stahel, Stadtrat
 Mitglieder: Verena Gick, Stadträtin
 Sekretär: Lorenz Schmid, Stadtentwicklung

Fachmitglieder:

Mark Wirth, Stadtentwickler
 Dieter Bachmann, Stadtmarketing
 Regula Forster, Department Schule und Sport
 Ruedi Haller, Stadtplaner
 Regine Sauter, Departement Soziales
 Erik Schmausser, Beauftragter für Umweltschutz
 und Energie
 Fridolin Störi, Bausekretär
 Christian von Burg, Direktor Städtische Werke

Ausländer/innen-Beirat

Präsident: Hans-Jakob Mosimann
 1. Vizepräsidentin: Giovanna Maiorano Del Grosso
 2. Vizepräsident: Shefqet Cakolli
 1. Beisitzerin: Darja Mikulicic
 2. Beisitzer: Peter Uhlmann

Mitglieder:

Vertreter/innen der Ausländerorganisationen
 Muberra Ari, Türkei
 Shefqet Cakolli, Kosovo
 Arlete De Castro Baumann, übrige Länder
 Giuseppe Diana, Italien
 Giordano Facchin, Italien
 Ana Ivanovic, Bosnien
 Umberto Mastrogiuseppe, Italien
 Darja Mikulicic, Kroatien
 Yücel Yildirim, Türkei
 Vakant, übrige Länder
 Vakant, übrige Länder
 Vakant, Mazedonien

Vertreter/innen der Schweizer Organisationen
 Cornelia Bachmann, Verband KMU/GVW
 Georges-A. Braunschweig, Ref. Pfarrkonvent
 Heiner Brodtbeck, DSS
 Luigi Fucentese, GWB Winterthur
 Silvia Schilter Gander, DSO
 Peter Uhlmann, HAW
 Ineke Wiederkehr, Röm.-Kath. Kirchgemeinde

im Weiteren:

Nadja Witzemann, Integrationsdelegierte
 (beratende Stimme)
 Tülün Yanardöner, alevitische Vertreterin
 (Beobachterstatus)

Fachbeirat Gewerbemuseum

Präsident: Peter Spoerli, dipl. Architekt ETH

Mitglieder:

Walter Büchi, Kultursekretär
 Claudia Cattaneo, Kollection Gewerbemuseum
 René Fehr-Biscioni, Künstler
 Karin Kammerlander, dipl. Designerin
 Jue-Hua Liu, Werklehrerin
 Markus Rigert, Kollection Gewerbemuseum
 Walter Rohrer, Metallgestalter

Fachbeirat Uhrensammlung

Präsident: Urs Zimmermann

Mitglieder:

Walter Büchi, Kultursekretär
 Max Denzler
 Kriss Reinhart
 Andreas Strehler
 Andrea Tiziani
 Brigitte Venzens,
 Konservatorin Uhrensammlung Kellenberger

Wissenschaftlicher Beirat Münzkabinett

Präsident: Hans-Ulrich Geiger, Universität Zürich

Mitglieder:

Hans-Markus von Kaenel, Universität Frankfurt
Hortensia von Roten,
Münzkabinett Schweiz. Landesmuseum
Benedikt Zäch, Konservator Münzkabinett
Andreas Zürcher, Kantonsarchäologe Zürich

Funktionsbewertungskommission

Präsident: Fritz Lang, Personalchef
Vizepräsident: Christian Suter, stv. Personalchef
Aktuarin: Yvonne Hörler, Personalamt

Mitglieder:

Verena Anliker, VPOD
Judith Bodmer, PVW
Alice Maltempi, Beauftragte für Gleichstellung
Helmut Pfeifer, PVW
Jorge Serra, VPOD

Ersatz:

Eugen Kindhauser, PVW
Käthi Schneider, VPOD
Helena Stäheli, Beauftragte für Gleichstellung

2. Departement Finanzen

Landwirtschaftskommission

Präsidentin: Verena Gick, Stadträtin
Stellvertreter: Michael Künzle, Stadtrat
Aktuar: Ueli Gnehm, Liegenschaftenverwaltung

Mitglieder:

Markus Briner, Landwirt, Winterthur
Gert Brunner, Landwirt, Winterthur
Adrian Buchli, Umweltpolizei
Erich Dürig, Liegenschaftenverwaltung
Heinrich Egg, Landwirt, Sennhof
Hans-Rudolf Hofer, Landwirt, Winterthur
Hans Huber, Landwirt, Winterthur
Markus Moser, Landwirt, Winterthur
Rudolf Schütz, Landwirt, Rätterschen
Urs Schweingruber, Betriebsleiter Volg, Winterthur

3. Departement Sicherheit und Umwelt

Kommission für arbeitsmarktliche Massnahmen

Präsident: Michael Künzle, Stadtrat
Vizepräsidentin: Pearl Pedergrana, Stadträtin

Die weiteren Mitglieder sind Vertreter von:

- Arbeitnehmerverbänden
- Arbeitgeberverbänden
- Kantonalen Amtsstellen
- Städtischen Amtsstellen

Tripartite Kommission des Regionalen Arbeitsvermittlungszentrums RAV Winterthur

Präsident: Walter Nisple, Arbeitsamt

Mitglieder:

3 Vertreter/innen von Arbeitgeberorganisationen
3 Vertreter/innen von Arbeitnehmerorganisationen
2 Vertreter/innen der Gemeinden der RAV-Region

Kommission Umwelt und Energie

Präsident: Michael Künzle, Stadtrat
Vizepräsident: Erik Schmausser,
Leiter Umweltschutzfachstelle

Mitglieder:

Ruedi Haller, Leiter Stadtplanungsamt
Beat Kunz, Forstbetrieb
Fridolin Störi, Leiter Baupolizeiamt
Jürg Stünzi, Tiefbau, Stabstelle Entsorgung
Christian von Burg, Direktor Städtische Werke Winterthur

Fachgruppe Umwelt

Präsident: Michael Künzle, Stadtrat
Vizepräsident: Erik Schmausser,
Leiter Umweltschutzfachstelle

Mitglieder:

Angelique Daniel, Leiterin Fachstelle Lufthygiene
Herbert Ernst, Stadtplanungsamt, Stv. Leiter Verkehrsplanung
Ulrich Dinkelacker, Baupolizeiamt, Leiter Fachstelle Energieberatung
Urs Buchs, Städtische Werke Winterthur, Hauptabteilungsleiter Gas und Wasser
Beat Kunz, Leiter Forstbetrieb
Eugen Meile, Städtische Werke Winterthur, Hauptabteilungsleiter Wärme und Entsorgung
Claudine Merz, Baupolizeiamt, Baujuristin
Martin Rapold, Stadtgärtnerei, Hauptabteilung Planung/Naturschutz
Jürg Stünzi, Tiefbau, Stabstelle Entsorgung

Fachgruppe Energie

Präsident: Michael Künzle, Stadtrat
Vizepräsident: Erik Schmausser,
Leiter Umweltschutzfachstelle

Mitglieder:

Ulrich Dinkelacker, Baupolizeiamt, Leiter Fachstelle
Energieberatung
Beat Kunz, Leiter Forstbetrieb
Eugen Meile, Städtische Werke Winterthur,
Hauptabteilungsleiter Wärme und Entsorgung
Oskar Schiess, Städtische Werke Winterthur,
Hauptabteilungsleiter, Markt und Kunden
Paul Welti, Hochbau, Leiter Fachstelle Haustechnik

4. Departement Schule und Sport**Aufsichtskommission Sonderschulen**

Präsidentin: Pearl Pedernana
Vizepräsidentin: Bettina Ulrich

Mitglieder:

Eva Binder *
Dr. med. Michael Eicke *
Gabriela Milicevic Decker *
Bettina Ulrich *
Werner Badertscher **
Martin Camenisch **
Kurt Lenggenhager **
Dorothe Schneebeli **

* vom Stadtrat gewählt
** vom GGR gewählt

**Aufsichtskommission Berufswahlschule (BWS),
Werkjahrschule (WJS)**

Präsidentin: Pearl Pedernana
Vizepräsident: Josef Baumgartner

Mitglieder:

Kurt Lenggenhager *
Laure Millius *
Jules Schwarzenbach *
vakant (Vertretung Lehrperson)
Regula Crestani **
Christa Honegger **
Werner Leuenberger **
Rotraud Oertli **

* vom Stadtrat gewählt
** vom GGR gewählt

Sportkommission

Präsidentin: Pearl Pedernana, Stadträtin

Mitglieder:

Niklaus Gugger ***
Kurt Hess **
Jakob Heusser ***
Walter Langhard ***
Emil Manser **
Hansjörg Siegenthaler **
Hedi Strahm ***
Edi Wettstein ***
Urs Wunderlin

* auf Vorschlag des Dachverbandes Sport Winterthur
** auf Vorschlag des Behindertensportes Winterthur
*** auf Vorschlag des Grossen Gemeinderates

5. Departement Soziales**Jugendkommission**

Präsidentin: Maja Ingold, Stadträtin
Vizepräsidentin: Pearl Pedernana, Stadträtin
Mitglied: Michael Künzle, Stadtrat
Sekretär: Heinz Häusermann, Jugendsekretär

Mitglieder:

Charles Baumann, Leiter Jugend- und Familienberatung
Bernadette Frei, Leiterin Schulpsychologischer Dienst
Christine Gämman, Co-Leiterin Medizinisch-
therapeutische Behandlungseinrichtungen
Walter Heim, Stadtpolizei
Rolf Heusser, Jugenddelegierter
Susanne Keller, Büro für Quartierkultur und Freizeit-
aktionen
Markus Städler, Suchtprävention
Franz Trottmann, Leiter Berufsbildung
Nadja Witzemann, Integrationsdelegierte
Urs Wunderlin, Leiter Sportamt
Reto Zubler, Bereichsleiter Bildung

Drogenkommission

Präsidentin: Maja Ingold, Stadträtin
Vizepräsident: Michael Künzle, Stadtrat
Mitglied: Pearl Pedernana, Stadträtin

Weitere Mitglieder:

nach Bedarf aus Sozialamt, Stadtpolizei, Bezirks-
anwaltschaft, Kantonspolizei und Bezirksgemeinden

Schulkommission der Schule für Pflegeberufe

Präsidentin: Maja Ingold, Stadträtin

Mitglieder:

Agi Haas, Leiterin Betreuung und Pflege,
Wohn- und Alterszentrum Oberi
Sibylle Kull, Vertreterin KSW
Peter Liggendorfer, Arzt
Marlies Walder, Berufs- und Laufbahnberaterin
Hanni Wipf-Stengele, Schulleiterin

Arbeitsmarktkommission

Präsidentin: Maja Ingold, Stadträtin
Mitglied: Pearl Pedernana, Stadträtin

Mitglieder:

Peter Baltensberger,
Leiter Koordinationsstelle für Arbeitsprojekte
Walter Nisple, Vorsteher Arbeitsamt
Ernst Schedler, Leiter Sozialamt
Silvia Schilter Gander, Leiterin Sozial- und Wirtschaftshilfe
Mathias Schlumpf, Leiter Berufsberatung
Franz Trottmann, Leiter Berufsbildung

6. Departement Technische Betriebe

Kommission «Förderung des öffentlichen Verkehrs»

Präsident: Walter Bossert, Stadtrat

Mitglieder:

Nina Dorizzi, Gemeinderätin
Urs Huber, Direktor SBW
Beat Kammermann, Leiter Verkehrslenkung
Ruth Kleiber, Gemeinderätin
Ursula Künsch, Gemeinderätin
Michael Künzle, Gemeinderat
Ueli Rüsch, Verkehrsplanung
Kurt Schönauer, Personalkommission
Martin Stauber, Gemeinderat
Werner Steiner, Gemeinderat
Paul Wernli, Gemeinderat

Naturschutzkommission

Präsident: Walter Bossert, Stadtrat

Aktuar: Martin Rapold, Stadtgärtnerei

Mitglieder:

Petra Ammann, Dipl. Natw. ETH
Ernst Bachmann, Landwirt
Urs Buchs, Ing. chem. HTL
Hermann Dähler, Stadtplanung
Jakob Forster, a. Seminarlehrer
Ulrich Gnehm, Liegenschaftenverwaltung
Beat Kunz, Forstmeister
Werner Rüeger, Landschaftsarchitekt BSLA
Christian Wieland, Leiter Stadtgärtnerei

Grabmalkommission

Präsident: Walter Bossert, Stadtrat

Aktuar: Kurt Burgunder, Stadtgärtnerei

Mitglieder:

Gregor Frehner, Bildhauer
Daniel Isler, Bildhauer
Daniel Schneller, Denkmalpflege
Walter Weiss, Künstlergruppe
Christian Wieland, Leiter Stadtgärtnerei

Vertretungen der Stadt Winterthur in handelsrechtlichen Gesellschaften, Genossenschaften, Stiftungen und Zweckverbänden (Stand 31.12.05)

Stiftungen

Stiftung Oskar Reinhart	Ernst Wohlwend	Verein Aids-Informationsstelle Winterthur	Christine Gäumann
Stiftung Technorama	Ernst Wohlwend	Verein für Wohnraum der Studierenden (SWOWI)	Mark Würth
Stiftung Jakob Briner	Martin Haas	Verein Paarberatung und Mediation Winterthur und Andelfingen	Charles Baumann
Anlagestiftung Winterthur	Verena Gick	Heimverein Schulheim Elgg	Heinz Häusermann
Stiftung Greater Zurich Area	Ernst Wohlwend	Verein Familien- und Jugendhilfe	Heinz Häusermann
Wölfflin Stiftung Winterthur	Reinhard Stahel	Kunstverein Winterthur	Ernst Wohlwend
Stiftung für Kleinsiedlungen	Heinz Häusermann	Verein Frauenhaus Winterthur	Silvia Schilter
Zürcher Filmstiftung	Reinhard Stahel	Stiftung Fotomuseum Winterthur	Ernst Wohlwend
	Walter Nisple		
	Ernst Wohlwend		
Schweizerische Technische Fachschule	Franz Trottmann		
Generationen-Dialog	Maja Ingold		
Arnold Schenkel-Stiftung	Maja Ingold		
Ehret-Stiftung	Maja Ingold		
Brühlgut-Stiftung	Ernst Schedler		
Hans Vogel-Stiftung	Maja Ingold		
Stiftung Altersheim St. Urban	Max Romann		
	Martin Hasenfratz		
Stiftung Winterthur – La Chaux-de-Fonds	Hans Peter Haeberli		
	Elsbeth Leschke		
	Regula Forster		
Pro Senectute Kanton Zürich	Andreas Paintner		
Stiftung Ober Halden	Maja Ingold		
Stiftung Internationales Baumarchiv	Ernst Wohlwend		
Stiftung Winsport	Pearl Pedernana		

Genossenschaften

Genossenschaft für Alters- und Invalidenwohnungen	Verena Gick		
	Maja Ingold		
Saalbaugenossenschaft Oberwinterthur	Reinhard Stahel		
	Peter Barandun		
Genossenschaft Schwimmbad Oberwinterthur	Urs Wunderlin		
Genossenschaft Schwimmbad Töss	Urs Wunderlin		
Genossenschaft Schwimmbad Veltheim	Urs Wunderlin		
Genossenschaft Schwimmbad Wülflingen	Urs Wunderlin		
Strassen- und Kanalisationsgenossenschaft			
Weierhöhe, Winterthur-Seen	Max Reifler		
Heimstättengenossenschaft	Peter Barandun		

Vereine

Trägerverein Villa Flora	Ernst Wohlwend		
Verein Stadtmarketing	Ernst Wohlwend		
Verein Musikkollegium Winterthur	Reinhard Stahel		
	Markus Wanner		
Verein Hülfe für ältere Arbeitsfähige	Reinhard Stahel		
	Walter Nisple		

Aktiengesellschaften

Technopark Winterthur AG	Ernst Wohlwend
Fortuna Obertor AG	Ernst Wohlwend
	Verena Gick
Verwaltungsrat Eulachhallen AG	Pearl Pedernana
	Samuel Schwitter
Parkhaus AG Winterthur	Michael Künzle
Erdgas Ostschweiz AG	Walter Bossert
Swisspower AG	Christian von Burg
InstaControl AG	Walter Bossert
	Christian von Burg

Verkehrsverbund

Verkehrsrat	Walter Bossert
-------------	----------------

Zürcher Hochschule Winterthur

Schulrat	Ernst Wohlwend
----------	----------------

Zweckverbände

Regionalplanung Winterthur und Umgebung	Ausschussmitglieder: Ernst Wohlwend Reinhard Stahel
	Delegierte: Walter Bossert Peter Rütimann Elsbeth Lehmann Mathias Gfeller
Interessengemeinschaft Rettungsdienst Region Winterthur	Präsident: Michael Künzle Delegierter: Thomas Engesser

Departements- und Bereichsleitungen

(Stichtag: 27. Dezember 2005)

Stadtkanzlei

Stadtschreiber: Arthur Frauenfelder

Departement Kulturelles und Dienste

Stadtpräsident Ernst Wohlwend

Departementssekretariat

Markus Spring

Stadtentwicklung

Mark Würth

Personalamt

Fritz Lang

Stadtarchiv

Alfred Bütikofer

Integration

Nadja Witzemann

Kulturelles

Walter Büechi

Stadtammann- und Betreibungsämter

Roland Isler

Friedensrichterämter

Yvonne Beutler

Departement Finanzen

Stadträtin Verena Gick

Departementssekretariat

Riccarda Foi Masciadri

Finanzkontrolle

Walter Hubmann

Finanzamt

Peter Barandun

Steueramt

Christian Beusch

Liegenschaftenverwaltung

Erich Dürig

Informatikdienste

Walter Ruprecht

Departement Bau

Stadtrat Reinhard Stahel

Departementssekretariat

Lukas Mischler

Stadtplanungsamt

Rudolf Haller

Tiefbau

vakant

Stadtgestaltung

Alois Ulrich

Vermessungsamt

Daniel Kofmel

Baupolizeiamt

Fridolin Störi

Departement Sicherheit und Umwelt

Stadtrat Michael Künzle

Departementssekretariat

Mark Ulrich Bona

Polizeirichteramt

Heiner Graf

Stadtpolizei

Fritz Lehmann

Feuerwehr

Jürg Bühlmann

Zivilschutzamt

Thomas Engesser

Umwelt und Gesundheitsschutz

Erik Schmausser

Melde- und Zivilstandswesen

Esther Wertli

Arbeitsamt

Walter Nisple

Departement Schule und Sport

Stadträtin Pearl Pedernana

Departementsstab

Regula Forster Erzinger
Eva Schwarzenbach Heusser

Zentrale Dienste

Markus Wanner

Bildung

Reto Zubler

Berufsbildung / MSW

Franz Trottmann

Sport

Urs Wunderlin

Departement Soziales

Stadträtin Maja Ingold

Departementssekretariat

Regine Sauter Grünenfelder

Vormundschaftsamt

Silvia Rey

Soziale Dienste

Ernst Schedler

Alter und Pflege

Andreas Paintner

Departement Technische Betriebe

Stadtrat Walter Bossert

Departementssekretariat

Daniel Jeker

Städtische Werke

Christian von Burg

Stadtbus

Urs Huber

Forstbetrieb

Beat Kunz

Stadtgärtnerei

Christian Wieland

Inhaltsverzeichnis

	<i>Seite</i>		<i>Seite</i>
Grosser Gemeinderat, Stadtrat, Stadtkanzlei	7	Departement Sicherheit und Umwelt	91
Der Grosse Gemeinderat	7	Umweltschutzfachstelle	93
Bürgerliche Abteilung des Grossen Gemeinderates	13	Polizeirichteramt	97
Der Stadtrat	14	Stadtpolizei	98
Stadtkanzlei	15	Feuerwehr	102
Abstimmungen 2005	16	Zivilschutz	104
		Gesundheitsamt	107
Departement Kulturelles und Dienste	19	Melde- und Zivilstandswesen	110
Stadtentwicklung	20	Arbeitsamt	111
Personalamt	23	RAV	111
Personalstatistik 2005	27	Koordinationsstelle für Arbeitsprojekte (KAP)	113
Stadtammann-und Betreibungsämter	28	Departement Schule und Sport	119
Friedensrichteramt	29	Zentralschulpflege	120
Stadtarchiv	30	Selbstständige Aufsichtskommissionen	122
Integration	31	Bereich Bildung	122
Kulturelles	33	Bereich Berufsbildung	130
Museen und Sammlungen	33	Zentrale Dienste	132
Kunst- und Kulturpflege	37	Materialverwaltung	133
Konzerte	39	Sportamt	134
Infostelle der Stadt Winterthur	39	Departement Soziales	137
Theater Winterthur am Stadtgarten	40	Vormundschaftsamt	140
Winterthurer Bibliotheken	40	Soziale Dienste	142
Alte Kaserne	42	Asylkoordination	148
Büro für Quartierkultur und Freizeitaktionen	42	Jugendsekretariat	148
		Prävention und Suchthilfe	152
Departement Finanzen	45	Alter und Pflege	159
Finanzkontrolle	47	Departement Technische Betriebe	167
Finanzamt	47	Städtische Werke Winterthur	169
Steueramt	52	Handel mit Strom	169
Informatikdienste (IDW)	54	Handel mit Erdgas	169
Liegenschaftenverwaltung	57	Handel mit Fernwärme	170
Liegenschaftenbestand	62	Stromnetz	170
		Telekomnetz	171
Departement Bau	63	Gasnetz	171
Departementssekretariat	64	Wasserversorgung	172
Stadtplanungsamt	65	Fernwärmenetz	172
Tiefbau	69	Entsorgung	172
Abteilung Tiefbauten	69	KVA	173
Strasseninspektorat	71	ARA	173
Stadtentwässerung	74	Haustechnik	174
		Energie-Contracting	174
Hochbau	76	Öffentliche Beleuchtung	174
Stadtgestaltung	76	Nachhaltigkeit	175
Abteilung Denkmalpflege	76	Stadtbus Winterthur	176
Hochbauten	79	Forstbetrieb	179
Fachstelle Haustechnik	81	Stadtgärtnerei	183
Vermessungsamt	82	Initiativen und parlamentarische Vorstösse	185
Baupolizeiamt	85	Behördenverzeichnis	190
Bauinspektorat	85	Vertretungen in Gesellschaften, Stiftungen usw.	199
Rechtsdienst	86	Departements- und Bereichsleitungen	200
Feuerpolizei	87		
Fachstelle Energie	88		

